A 1664 E

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 130 DEZEMBER 1997/JANUAR 1998 DM1,-

Rassistische Kampagne der SPD schürt Nazi-Terror

Überall in der „Festung Europa" ist der Terror gegen Immigranten und andere Minderheiten der Rammhock bei den Angriffen der Kapitalisten auf den Lebensstandard der gesamten Arbeiterklasse. Dieser Rassismus wird absichtlich von der herrschenden Klasse geschürt, die das Klassenbewußtsein der Arbeiter vergiftet, um sie zu spalten und vom gemeinsamen Kampf abzulenken. Angefacht durch diese Kampagnen hat es in den letzten Jahren ein bedrohliches Anwachsen des Faschismus gegeben, besonders in Frankreich und Deutschland. Von Rom bis Paris und London sind „Sozialisten" und „Kommunisten" zusammen mit „New" Labour der Vortrupp für den Drang der Bourgeoisie, die Austeritätspolitik durchzudrücken. In Hamburg führte die SPD - mit Blick auf die Bundestagswahlen 1998 - eine rassistische „Law-and-Order"-Kampagne gegen „Ausländerkriminalität" durch. Die Londoner Zeitung *Independent* (22. September 1997) nannte dies „eine der fremdenfeindlichsten Wahlkampagnen, die je von der Linken im Nachkriegsdeutschland durchgeführt wurden".

Diese reaktionäre Offensive ist eine direkte Folge der konterrevolutionären Zerstörung der Sowjetunion und der osteuropäischen bürokratisch deformierten Arbeiterstaaten, die durch den endgültigen Bankrott des Stalinismus herbeigeführt wurde. Gleichzeitig hat dies imperialistische Konflikte über die Neuaufteilung der Weltmärkte und Ausbeutungssphären entfacht und verschärft, die vorher durch die gemeinsame Allianz gegen die UdSSR unterdrückt waren. Mit Deutschland an der Spitze müssen die europäischen Bourgeoisien die Ausbeutungsrate zu Hause scharf anziehen, um international konkurrenzfähig zu sein, besonders gegenüber ihren amerikanischen und japanischen imperialistischen Rivalen.



AP

SPD-Führer Schröder und Lafontaine Hand in Hand beim rassistischen Staatsterror



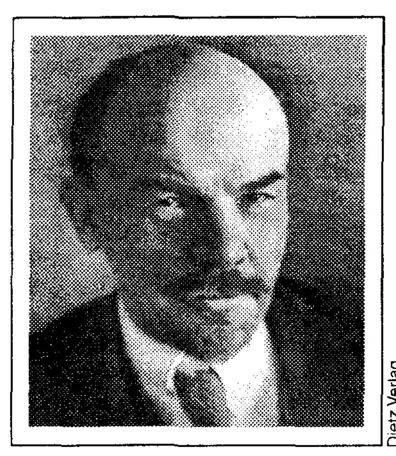
kein Bildnachweis

Während des antisowjetischen Kalten Krieges handelte die SPD relativ hohe Löhne und Sozialleistungen für ihre

Fortgesetzt auf Seite 8

Für eine revolutionäre Arbeiterpartei, die für alle Unterdrückten kämpft!

Die „Drei L“ und die Vierte Internationale



Dietz Verlag

Wladimir Iljitsch Lenin


Dietz Verlag

Karl Liebknecht


Dietz Verlag

Rosa Luxemburg

Im Januar ehren wir die revolutionären Marxisten Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Ihre Ermordung am 15. Januar 1919 wurde von der sozialdemokratischen Regierung angezettelt und organisiert. Und wir ehren W. I. Lenin, der am 21. Januar 1924 starb. Er schmiedete die bolschewistische Partei, die das zentrale Werkzeug für die Machtergreifung der Arbeiter in Rußland im Oktober 1917 war.

Luxemburgs und Lenins Differenzen gingen *nicht* um die Notwendigkeit, den Opportunismus zu bekämpfen, sondern darum, *wie* er bekämpft werden muß. Luxemburgs Ansicht, daß spontane Massenaktionen zur Vertreibung der opportunistischen Kräfte in der SPD führen würden, war zutiefst falsch. Als Ende 1918 die Massenaufstände des deutschen Proletariats begannen, waren die Arbeiter - ohne bolschewistische Partei an ihrer Spitze - unvorbereitet, und die SPD war das Werkzeug der blutigen Konterrevolution.

Hitlers Machtübernahme bestätigte den Bankrott nicht nur der Sozialdemokratie, sondern auch des Stalinismus. Unter Trotzkis Führung war es notwendig, eine neue Weltpartei der Revolution zu schmieden, die Vierte Internationale, um die Arbeit voranzutreiben, die Lenin begonnen hatte. Das erforderte einen politischen Kampf gegen linkszentristische Organisationen wie die Sozialistische Arbeiterpartei (SAP). So wie reformistische und zentristische Gruppen heute verallgemeinerte die SAP Luxemburgs *Schwächen* zur Parteifrage durch eine Anbetung der „Spontaneität", die sie dem Aufbau einer revolutionären Avantgardepartei durch ein scharf definiertes Programm entgegenstellte.

Die Spontaneitätstheorie Rosas war eine heilsame Waffe gegen den verknöcherten Apparat des Reformismus. Indem sie sich manchmal gegen die Leninsche Arbeit des Aufbaus eines revolutionären Apparats richtete, offenbarte die Theorie - allerdings nur im Keime - ihre reaktionären Züge. Bei Rosa selbst.geschah es nur episodisch. Sie war viel zu realistisch im revolutionären Sinne, um aus den Elementen der Spontaneitätstheorie eine vollendete Metaphysik zu konstruieren. Praktisch untergrub sie selbst - wie gesagt - diese Theorie auf Schritt und Tritt. Nach der Novemberrevolution von 1918 begann sie die leidenschaftliche Arbeit der Zusammenfassung der proletarischen Avantgarde. Trotz der von ihr im Gefängnis niedergeschriebenen, aber nicht veröffentlichten, theoretisch sehr schwachen Schrift über die Sowjetrevolution läßt die nachfolgende Arbeit Rosas mit Sicherheit schließen, daß sie sich der Leninschen, theoretisch genau ausgewogenen Auffassung von bewußter Leitung und Spontaneität mit jedem Tage mehr näherte...

Man kann ohne jegliche Übertreibung sagen: Die gesamte Weltlage ist bestimmt durch die *Krise der proletarischen Führung.* Das Feld der Arbeiterbewegung ist von heute noch mächtigen Überresten der alten, bankrotten Organisationen versperrt. Nach den unzähligen Opfern und Enttäuschungen hat sich das Gros zumindest des europäischen Proletariats auf sich selbst zurückgezogen. Die entscheidende Lehre, die es bewußt oder halbbewußt aus den bitteren Erfahrungen gezogen hat, lautet: Große Aktionen erfordern eine fähige Führung. Für die laufenden Angelegenheiten geben die Arbeiter immer noch ihre Stimmen den alten Organisationen. Ihre Stimmen, aber keinesfalls ihr unbegrenztes Vertrauen. Andererseits sind sie nach dem elenden Zusammenbruch der III. Internationale viel schwerer zu bewegen, einer neuen revolutionären Organisation ihr Vertrauen zu schenken. Darin besteht eben die Krise der proletarischen Führung. In dieser Lage ein monotones Lied auf unbestimmte, künftige Massenaktionen im Gegensatz zur zielbewußten Auslese der Kader einer neuen Internationale zu singen, heißt eine-durch und durch reaktionäre Arbeit leisten. Darin besteht eben die Rolle der SAP im „geschichtlichen Prozeß"...

Läßt man historisch Überholtes beiseite, so können wir unsere Arbeit für die IV Internationale mit vollem Recht unter das Zeichen der „Drei L" stellen, nicht nur unter das von Lenin, sondern auch unter das von Luxemburg und Liebknecht.

Leo Trotzki, „Rosa Luxemburg und die IV. Internationale", 1935

SPARTAKIST



herausgegeben vom Zentralkomitee der SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

Verantwortlicher Redakteur: Max Schütz; herausgebende Redakteurin: Doris Kohn; verantwortlich für Produktion: Renate Dahlhaus: verantwortlich für Vertrieb: Wolfgang Stern

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH, Postfach 5 55, 10127 Berlin
Redaktion Spartakist: Tel. (030) 4439401

Korrespondenz über die Verlagsanschrift.
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion.

Presserechtlich verantwortlich: B. Fiedler, 10365 Berlin

Abonnement (6 Ausgaben) DM 10,- an Verlag Avantgarde Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 5001100 60
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Dieser Ausgabe des Spartakist wird im Postvertrieb als Supplement Spartacist, deutsche Ausgabe Nr. 19, beigefügt.

Die soziale Macht der Arbeiterklasse ist Schlüssel!

Stoppt Bildungskahlschlag, rassistische Angriffe von CDU/SPD/Grünen!

Seit fünf Wochen streiken die Studenten gegen das neue Hochschulrahmengesetz und die Einführung von Studiengebühren. Über 70 Unis sind im Streik. Fast täglich demonstrieren Zehntausende Studenten. Doch was ist das Ergebnis? Mit heuchlerischem Applaus aus dem Bundestag wollen CDU, SPD und Grüne die Studenten einlullen.

Wir von der Spartakist-Jugend beteiligen uns an diesen Protesten und sind bei den Streikpostenketten, um mitzuhelfen, den Studentenboykott zu verteidigen. Zugleich argumentieren wir Liegen jegliche Appelle an die Uni-Verwaltung und die SPD/PDS, die Illusionen in einen „besseren" Kapitalismus schüren, und betonten in unserem Flugblatt zum Streik vom 2. Dezember:

..Studenten haben keine soziale Macht. Deshalb kämpfen wir dafür, daß sie sich mit der Arbeiterklasse verbünden, auf deren Schultern das ganze kapitalistische System ruht, die es damit aber auch zum Erliegen bringen kann. Wenn ÖTV und GEW ihre Basis in den Universitäten und Krankenhäusern für einen Streik mobilisieren würden, könnte der gesamte Unibetrieb lahmgelegt werden. Für Streikpostenketten, die niemand überquert!

Obwohl die Bourgeoisie und unsere Professoren den ,Tod des Kommunismus' heraustrompeten, ist der Klassenkampf nicht tot. In ganz Westeuropa hat die Arbeiterklasse zurückgeschlagen und einige der seit Jahren größten und härtesten Kämpfe geführt, wie z. B. jüngst der Fernfahrerstreik in Frankreich. Sie ist die einzige soziale Kraft, die die Macht hat, dieses System der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung zu stürzen."



AP

Studentenproteste fingen in Hessen gegen „rot"-grünen Bildungsklau an

Spartakist-Jugend

In Duisburg haben Stahlarbeiter in Solidarität mit den Studenten demonstriert. An der Berliner Charité hängen reihenweise Transparente und Plakate gegen die Kürzungen im Gesundheitswesen aus. Aber um diese spontanen Proteste zusammenzufassen und ihnen eine revolutionäre Richtung zu geben, ist der politische Kampf gegen die Ausverkaufspolitik der Sozialdemokratie notwendig. Wir von der Spartakist-Jugend wollen Studenten und Jugendliche nicht nur auf die Seite der Arbeiterklasse gewinnen, sondern zum Verständnis, daß wir eine revolutionäre Partei brauchen, die auf dem Programm von Lenin und Trotzki basiert.

Die Angriffe auf die Bildung sind Teil der Austeritätsmaßnahmen der herrschenden Klasse gegen den Lebensstandard der Arbeiterklasse. Jetzt lassen sie die demokratische Fassade des „Sozialstaates" fallen, zu der auch die kostenlose Bildung gehörte. Seit der Konterrevolution in DDR und Sowjetunion sind die ungebremsten kapitalistischen Klasseninteressen klar zu sehen: Die Ausbeutungsrate der Arbeiterklasse soll drastisch verschärft werden, und gleichzeitig wird die Hochschulbildung zum Privileg der Reichen gemacht. Wie wir im Flugblatt schrieben: „Die Universitäten sind Kaderschmieden für die Bourgeoisie, und die kapitalistische Uni-Administration hat die Aufgabe, diese Kader hervorzubringen." Wir kämpfen für eine sozialistische Gesellschaft, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen abschafft und damit kostenlose, hochwertige Bildung für alle ermöglicht!

Mit dem nationalistischen Standortargument versuchen Kapitalisten und SPD, die Studenten für die Weltmachtambitionen des deutschen Imperialismus zu gewinnen. Politiker aller Parteien - Kohl, Lafontaine, Fischer, Gysi - übertrumpfen sich gegenseitig in heuchlerischen „Solidaritäts"bekundungen mit den Studentenstreiks. Ebenso wie CDU-Rüttgers hält Armin Clauss, der SPD-Fraktionsvorsitzende im Hessischen Landtag, Studiengebühren für „sozial wünschenswert". Und der bildungspolitische Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen fügte hinzu: „Im offenen Wettbewerb können nicht alle auf dem Treppchen stehen. Es wird Gewinner und Verlierer geben." Von den Demos bis zum Banner im Hof der Humboldt-Uni widerspiegelt sich dieser Nationalismus in Forderungen für den „Bildungsstandort Deutschland", oder sogar: „Bildung ist unser einziger Bodenschatz". Bei der Bonner Demo'spitzte sich dieser Nationalismus so zu, daß der „Internationalistische Block" von Antikommunisten und Rassisten rausgeworfen wurde! Wir sind revolutionäre Internationalisten. Die Spartakist-Jugend, zusammen mit der SpAD, kämpft militant gegen solche Ausschlüsse und jeden anderen Ausdruck des großdeutschen Nationalismus. Für volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!

Der Rammbock für den von CDU, SPD und Grünen betriebenen Sozialraub ist der rassistische Staatsterror. Es war die Hamburger SPD, die im März dieses Jahres ein

Fortgesetzt auf Seite 4

Uni-Streik...

Fortsetzung von Seite 3

rassistisches Arbeitsverbot gegen ausländische Studenten erließ. Die SPD versperrt ausländischen Studenten die Türen zur Bildung. Sie ist die Vorreiterin der Diskriminierung ausländischer Studenten, denn der Hamburger Erlaß soll ab 1998 per Gesetz bundesweit in Kraft treten.

Gegen diesen Angriff stellten wir auf den Vollversammlungen der Humboldt-Studenten am 4. und 8. Dezember den Antrag:

„Die VV der HUB ruft zu einer Protestkundgebung unter der Losung: ‚Stoppt das rassistische Arbeitsverbot gegen ausländische Studenten' vor dem Roten Rathaus am Mittwoch, dem 10. Dezember 1997, um 16.00 Uhr auf. GEW und ÖTV werden aufgefordert, für diesen Protest mit zu mobilisieren."

Bereits im Juli haben wir gemeinsam mit der Interessenvertretung ausländischer Studierender der Humboldt-Universität (IVAS) unter der Losung „Schluß mit der rassistischen Diskriminierung durch Arbeitsamt und Studentenwerk!" vor dem Arbeitsamt der FU einen Protest durchgeführt (siehe *Spartakist*, September/Oktober 1997).

Doch trotz des Beifalls für unseren Antrag wurde er von der Humboldt-„Streikleitung" abgewürgt. Der Kampf gegen Rassismus ist nicht ihr Ding! Die Rolle dieser „Streikleitung" hatte sich schon vor der ersten VV gezeigt, als sie jammerte, unser Antrag würde die „Einheit" bei der Streikabstimmung sprengen. Es war schon schlimm genug, daß bei Vollversammlungen der Uni-Präsident Meyer - Radunskis Adjutant an der Humboldt-Uni - auf die Tribüne geholt wurde, wo er den Bildungsklau verteidigte. Vor den Augen von fast dreitausend Studenten beteuerten diese Studentenbürokraten ihre Unterstützung für Meyer! Wir warnten schon in unserem Flugblatt: „Das Vertrauen, das die .Streikleitung' in die Uni-Administration schürt, ist die Vorbereitung zum Ausverkauf. Wir fordern dagegen: *Raus mit der kapitalistischen Uni-Administration! Unis unter die Kontrolle der Arbeiter, Studenten und Dozenten!"*

RSB, Linksruck/ISO schüren Illusionen in SPD/PDS

Als dann die „Streikleitung" nach ständiger Vertagung unseres Antrags am 8. Dezember mit einem bürokratischen Manöver darüber abstimmen ließ, ob überhaupt über den Antrag abgestimmt wird (!), enthielt sich der Vertreter des pseudotrotzkistischen Revolutionär Sozialistischen Bundes (RSB), der bei der „Streikleitung" mitmacht, der Stimme. Der rechtszentristische RSB, genau wie die Cliff-Anhänger von Linksruck und der Internationalen Sozialistischen Organisation (ISO), erwähnen in ihren Streik-Flugblättern und Artikeln den Rassismus höchstens unter „ferner liefen".

Das geht auch nicht anders, wenn man mit Losungen wie „Millionärssteuer" und „Umverteilung von oben nach unten" reformistische Illusionen in den Kapitalismus schürt. Doch die einzige Funktion des kapitalistischen Staates ist es, die Ausbeuterklasse zu verteidigen. Die RSB-Losung nach „Abschaffung des Rüstungshaushaltes" will den Studenten weismachen, daß das Vierte Reich des deutschen Imperialismus anders als im Profitinteresse handeln könnte. Wir Trotzkisten sagen dagegen, daß der Staat der Kapitalisten nur durch die proletarische Revolution entwaffnet werden kann. In der Tradition Karl Liebknechts sagen wir: Keinen Mann, keine Frau, keinen Pfennig für die imperialistische Armee! Bundeswehr/UNO: Raus aus dem Balkan!

Die dubiose Partei für soziale Gleichheit (PSG, ehemals Bund Sozialistischer Arbeiter) hat früher mit den Imperialisten gegen die Sowjetunion gehetzt und hetzt heute mit den Kapitalisten gegen die Gewerkschaften. Vor einem Jahr griff sie die „Besessenheit des *Spartakist* mit der Frage des Rassismus" an (siehe *Spartakist*, November/Dezember 1996). So paßte es nur dazu, daß sie an der Humboldt-Uni mit unserer antirassistischen Aktion nichts zu tun haben wollte.

Konkret drückt sich der Reformismus der „Linken" in ihrer Wahlunterstützung für die rassistische SPD oder deren Steigbügelhalter PDS aus. So rufen die pseudotrotzkistische Linksruck-Tendenz (in den Jusos!) und die Gruppe Arbeitermacht (GAM) ständig zur Wahl der SPD auf. Das GAM-Extra zu den Unistreiks jammert, daß „SPD und PDS alles andere als eine entschlossene politische Perspektive weisen". Entschlossen sind SPD und PDS schon - nämlich arbeiterfeindlich. Die Spartakist-Jugend benannte klar die Rolle der SPD und ihrer linken Anhängsel:

„In Hessen, wo die Studentenstreiks begannen, ist es eine rot-grüne Regierung, die die Angriffe auf die Bildung durchführt. Dies gibt einen Vorgeschmack, was eine rot-grüne Bundesregierung bedeuten wird, zu der die PDS schon jetzt erklärt hat, daß sie sie wie die rot-grünen, rassistischen Abschieber in Sachsen Anhalt tolerieren möchte.

All das hält verschiedene ,linke' Kohl-muß-weg-Gruppen, die in den Streiks aktiv sind, nicht davon ab, Illusionen zu schüren, daß es innerhalb des Kapitalismus hochwertige Bildung für alle geben könnte, und daß eine SPD-Regierung dazu gebracht werden könnte, dies durchzusetzen. So geben sie der SPD linke Flankendeckung in ihrem Bemühen, die Verteidigungskämpfe der Studenten zu verraten und zu versuchen, sie soweit wie möglich in die Sackgasse des Parlamentarismus abzulenken."

Die linksreformistische ISO versucht zwar, sich von der SPD abzusetzen, indem sie Lafontaine als „Sparschwein" anklagt, das gestoppt werden muß. Aber was bieten sie statt dessen an? In ihrer Zeitung *Linke Offensive* (Dezember 1997) schreiben sie: „In Frankreich haben die Studentenproteste vom Oktober/November 95 die Entfaltung der sozialen Protestbewegung im Dezember gefördert, die letztlich zum Sturz der konservativen Juppé-Regierung geführt hat. Dieses Beispiel sollte auch hier Schule machen!" Doch die Jospin-Regierung hat gerade eben die rassistischen „Ausländergesetze" ihrer Vorgänger-Regierung zementiert! Der „kommunistische" Arbeitsminister dieser Volksfront-Regierung spielte beim Ausverkauf des kürzlichen Fernfahrerstreiks eine Schlüsselrolle. Dieses „Beispiel" soll laut ISO „auch hier Schule machen"!

Wissen ist eine grundlegende Waffe im Kampf gegen die soziale Ungleichheit. Deshalb war Bildung ein Hauptanliegen der Bolschewiki, um die Trennung von Hand- und Kopfarbeit zu überwinden. Nach der Arbeiterrevolution 1917 schafften sie Kinderarbeit ab, führten den Pflichtunterricht für alle Kinder ein und machten es zur Pflicht für jeden unter 50 Jahren, lesen und schreiben zu lernen. Heute ist der Kampf für eine kostenlose, hochwertige Bildung für alle untrennbar damit verbunden, das System der kapitalistischen Ausbeutung und rassistischen Unterdrückung zu stürzen. Schließt euch unserem Kampf an!«

Veranstaltung der Spartakist-Jugend

Türkei, Kurdistan, Iran und die permanente Revolution

Berlin: Donnerstag, 18. Dezember 1997,18.00 Uhr
Humboldt-Unversität
Seminargebäude am Hegelplatz, Raum 307

SWP/Linksruck: „Jubel" für Jelzin und Blair

Was für „Sozialisten" unterstützen Konterrevolution?

Zum 80. Jahrestag der Russischen Revolution führte Linksruck eine Veranstaltungsreihe durch, genau wie ihre Mutterpartei Socialist Workers Party (SWP) in Britannien. Auf der Linksruck-Veranstaltung am 30. Oktober in Berlin intervenierten Mitglieder der Spartakist-Jugend: „Wir bauen eine Partei auf, die ein Sprachrohr für alle Unterdrückten ist, und wir sagen, daß eine Stimme für die SPD eine Stimme für rassistischen Terror, Abschiebungen und Sozialabbau ist. Linksruck treibt mit seinen linken Phrasen linke Jugendliche in die Arme der Jusos und der verräterischen SPD, der Partei der Mörder von Liebknecht und Luxemburg!"

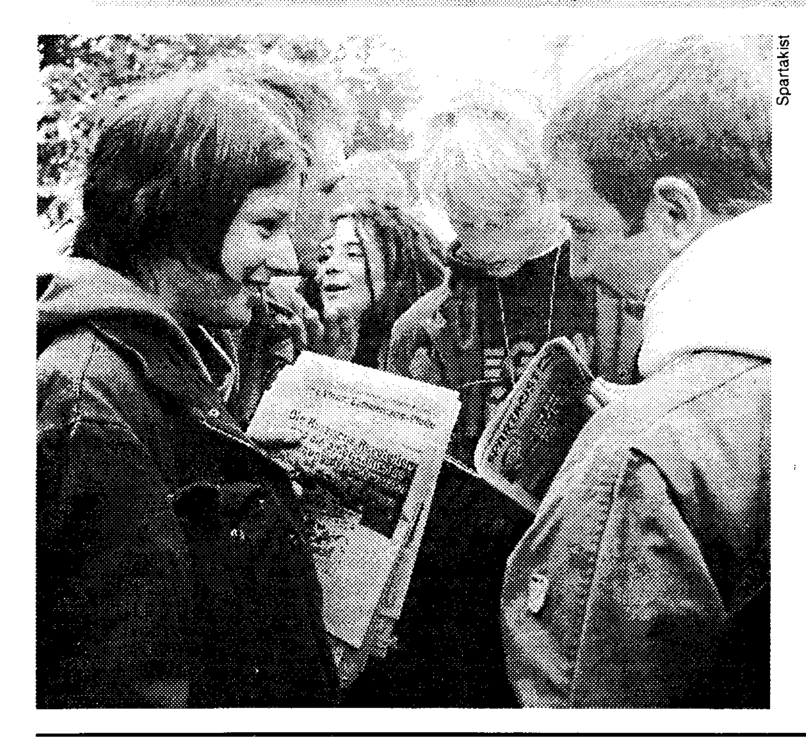
Bei der Veranstaltung gab der Linksruck-Referent den antikommunistischen Unfug von Tony Cliff wider, daß die DDR und die Sowjetunion „staatskapitalistisch" gewesen wären. Dagegen betonte unser Genösse, daß es die Pflicht von Trotzkisten war, „in der Sowjetunion und in den deformierten Arheiterstaaten Osteuropas die proletarischen Eigentumsformen zu verteidigen". Ein Linksruck-Anhänger entgegnete uns: Wenn die DDR ein Arbeiterstaat war, warum ist dann kein Arbeiter aufgestanden, um sie gegen die Konterrevolution zu verteidigen? Marxisten verstehen freilich, daß die Ursache für die Schwäche der Arbeiterbewegung in der Krise der revolutionären Führung liegt. In der DDR gab es trotz der jahrzehntelangen stalinistischen Unterminierung des Klassenbewußtseins das Potential, einen Arbeiteraufstand zu organisieren. Unser Genösse erklärte: „So kämpften wir 1989/90 in der DDR für eine politische Revolution, die die verräterische stalinistische Bürokratie hinwegfegt, für Arbeiter- und Soldatenräte, die die kapitalistische Wiedervereinigung verhindern und diese Revolution in den Westen tragen würden." Wir sind stolz darauf, daß wir um die revolutionäre Führung der Arbeiter gekämpft haben. Organisationen wie Linksruck, die diese revolutionären Möglichkeiten leugnen und damit der Bourgeoisie und der SPD nach dem Munde reden, verdecken nur ihren eigenen Verrat.

Das eindrucksvollste Beispiel für das Potential, die Arbeiter im eigenen Klasseninteresse zu organisieren, war die von uns initiierte Massenkundgebung gegen die Nazi-Schändung des Treptower Ehrenmals in Ostberlin am 3. Januar 1990. In unserem Aufruf warnten wir, daß die SPD das „Trojanische Pferd der Konterrevolution" war. Die Kapitalisten und ihre SPD-Helfershelfer sahen in dieser Mobilisierung zu Recht das Gespenst einer proletarischen politischen Revolution, für die wir vor den 250000 Demonstranten von der Rednerbühne aus eintraten. Die Verantwortung für diese schwere Niederlage der Arbeiterklasse liegt bei den verräterischen Führungen: bei SPD und SED/PDS, die die DDR ausverkauft hat. Und genau diesen Verrätern haben die Linksruck-Vorläufer die Stange gehalten: Bei der Volkskammerwahl im März 1990, die über das Schicksal der DDR entschied, riefen sie zur Wahl der SPD auf-wie immer!

Der Spartakist-Genosse faßte zusammen: „Sieben Jahre nach der Konterrevolution, wo der Unmut mit Kohl immer größer wird, findet man nun Linksruck in der Jugend der SPD, die sich der deutschen Bourgeoisie als Alternative zu

Fortgesetzt auf Seite 6

Spartakist grüßt die neuen Leser!



Spartakist

Ergebnis der Spartakist-Abokampagne

Ortsgruppe	Quote	Erreicht	Prozent
Berlin	125	132	105,6
Hamburg	80	81	101,3
Auf Entfernung	30	32	106,7
Gesamt	235	245	104,3

Abonniert jetzt!

Q Jahresabo (6 Ausgaben): DM 10,-

Q Auslandsabo: DM 15,-; Übersee Luftpost: DM 2.0-
Alle Abos enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe)

Name

Adresse

Telefon

Sp 130

Bestellt bei:

Verlag Avantgarde, Postfach 555, 10127 Berlin
Konto 1 1988-601, Postbank Frankfurt/M., BLZ50010060

SWP/Linksruck...

Fortsetzung von Seite 5

Kohl anbietet, als jemand, dem es leichter fallen wird, den Arbeitern ihre Errungenschaften zu rauben, den Rassismus in die Arbeiterklasse zu tragen - und damit den Faschisten Nährboden zu geben."

Nachfolgend drucken wir eine Übersetzung des Flugblatts unserer britischen Genossen der Spartacist League vom 6. November 1997 ab, das diese bei einer Veranstaltung der Schwesterorganisation von Linksruck in London verteilt hat.

Das Schauspiel einer „Gedenkveranstaltung" zum 80. Jahrestag der Oktoberrevolution von 1917 ausgerechnet durch Tony Cliffs Socialist Workers Party (SWP), die sich in den Mantel des Bolschewismus hüllen will, ist eine groteske Farce. Als die Sowjetunion noch existierte, leistete Cliffs SWP Beihilfe zu dem heißgelaufenen Kalten Krieg der imperialistischen Herrscher, der das Ziel hatte, die verbliebenen Errungenschaften der Machtübernahme des Proletariats von 1917 zu zerstören. In einem seltenen Anfall von Ehrlichkeit wetterte Tony Cliff: „Und ich sage nein, nein, wir haben nichts mit dem verdammten Rußland zu tun, denn es ist kein Quell der Stärke" *(Leveller,* September 1979). Der endgültige Einbruch der Russischen Revolution, der sich 1991 durch Boris Jelzins von den Imperialisten unterstützten „Gegenputsch" ankündigte, rief bei der SWP hämische Zustimmung hervor. Riesenüberschriften proklamierten „Die Russische Révolution von 1991", und Artikel frohlockten, „der Kommunismus ist zusammengebrochen... Diese Tatsache sollte für jeden Sozialisten Grund zum Jubel sein" *(Sodalist Worker,* 31. August 1991).

Heute prahlt Cliff, die Konterrevolution in der früheren Sowjetunion hätte die Richtigkeit seiner Theorie des „Staatskapitalismus" bewiesen, und er fügt hinzu: „In gewisser Hinsicht ist man darüber ganz froh" *(International Socialist Review,* Sommer 1997). Wenn aber die Sowjetunion bereits kapitalistisch war, wie erklärt man dann das Wüten der Massenarbeitslosigkeit, der Hungersnot und den blutigen nationalistischen Brudermord, die Jelzins Gegenputsch mit sich brachten? Und was soll das für ein selbsternannter Revolutionär sein, der über dieses Ergebnis „froh" sein könnte? Die Zerstörung der Sowjetunion steht als Grabinschrift über der schmutzigen Geschichte des Stalinismus *und* über der falschen „Theorie" des Staatskapitalismus, hinter der Renegaten des Trotzkismus wie Tony Cliff zu verbergen versuchten, daß sie im Feuer des Klassenkampfes von der Seite des internationalen Proletariats auf die Seite ihrer eigenen Bourgeoisie desertiert sind.

Die Russische Revolution von 1917 ist der Prüfstein für Revolutionäre. Zum ersten Mal übernahm die Arbeiterklasse die Macht unter der Führung einer proletarischen revolutionären Partei. Sie war ein Leuchtfeuer für die arbeitenden Massen auf der ganzen Welt, die im Sieg der russischen Arbeiterklasse die Möglichkeit sahen, über ihre eigenen kapitalistischen Unterdrücker zu triumphieren. Die bolschewistische Partei unter der Führung von Lenin und Trotzki verstand, daß die Erhaltung des gerade entstandenen russischen Arbeiterstaats davon abhing, ihre Revolution international auszuweiten, besonders auf die fortgeschritteneren kapitalistischen Länder. Die extreme Rückständigkeit und Armut des Landes in Verbindung mit dem Scheitern der Revolution im Westen und dem unerbittlichen Ansturm der imperialistischen Weltmächte führte 1923/24 zur Konsolidierung einer bürokratischen Kaste unter J. W. Stalin. Die stalinistische Bürokratie verwarf den proletarischen Internationalismus der Bolschewiki und trat unter dem antimarxistischen nationalistischen Dogma vom Aufbau des „Sozialismus in einem Land" den Rückzug an.

Leo Trotzki gründete die Linke Opposition, um für die Rückkehr zum leninistischen Programm des authentischen Bolschewismus zu kämpfen, zum revolutionären internationalistischen Kampf für die Herrschaft des Proletariats. Stalins reaktionärer „Sozialismus in einem Land" richtete sich gegen das Wesen des Marxismus selbst (das *Kommunistische Manifest* schließt mit den Worten: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!"). Der Kampf von Trotzkis Linker Opposition war daher von grundlegender Bedeutung, um die Errungenschaften der Russischen Revolution zu bewahren und auszuweiten. Wie Trotzki in seiner scharfen Analyse *Verratene Revolution* (1936) schrieb, waren die Errungenschaften der Russischen Revolution verraten, aber noch nicht vernichtet worden. Ausgehend von ihrer Analyse der Sowjetunion als einem degenerierten Arbeiterstaat kämpften die Trotzkisten für die *proletarische politische Revolution* gegen die stalinistische Bürokratie und für die *bedingungslose militärische Verteidigung* der Sowjetunion gegen imperialistischen Angriff und interne Konterrevolution.

Als das militärische Kalte-Kriegs-Bündnis der Imperialisten gegen die Sowjetunion zu einem völkermörderischen heißen Krieg wurde, diente die Schwindel„theorie" des Staatskapitalismus Tony Cliff als Passierschein aus dem Lager des revolutionären Marxismus zur unterwürfigen Kapitulation vor der antikommunistischen Führung'der Labour Party. 1950 wurde Tony Cliff aus der Vierten Internationale ausgeschlossen, weil er sich öffentlich gegen die Verteidigung Nordkoreas gegen den amerikanischen und britischen Imperialismus stellte. Tony Cliffs Organisation saß damals eingekuschelt in der regierenden Labour Party, die sich hinter den USA einreihte und Truppen schickte, um die Koreaner und später auch die Chinesen zu massakrieren. *Drei Millionen* Koreaner wurden in diesem Krieg abgeschlachtet.

Cliff rasselte durch bei der elementaren marxistischen Feuerprobe: Opposition gegen seine eigene Bourgeoisie und Verteidigung der deformierten und degenerierten Arbeiterstaaten. Cliff war ein verbriefter Renegat des Marxismus, dabei aber weder der erste noch der hellste Kopf. In Wirklichkeit war es der deutsche Sozialdemokrat Karl Kautsky, der der erste „Staatskapitalist" war, und seine Polemik von 1918, *Terrorismus und Kommunismus,* war ein nachhaltiger Angriff auf die bolschewistische Revolution von 1917. Wie schon der Sozialdemokrat Kautsky, so drückte auch der Labour-„Linke" Tony Cliff mit seiner „Theorie" aus, daß er sich die „demokratischen" Werte der imperialistischen Bourgeoisie, gemünzt gegen den „kommunistischen Totalitarismus" völlig zu eigen gemacht hatte. SWP-Mitglieder könnten die Kluft zwischen Cliffs behaupteter marxistischer Orthodoxie und seinem Klassenverrat an den Interessen des Proletariats besser verstehen, wenn sie Lenins wunderbar schonungslose Polemik von 1918 lesen, *Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky.* SWPler, die sich für authentischen Trotzkismus interessieren, täten gut daran, Trotzkis *Verratene Revolution* zu studieren und Trotzkis Kampf gegen Überläufer wie Cliff in seiner Schrift *Verteidigung des Marxismus.*

An jedem Siedepunkt des zweiten Kalten Kriegs blieb die Unterstützung für die Konterrevolution das Markenzeichen von Cliffs SWP. Sie feierten die polnische Solidarrtos'c -eine gelbe „Gewerkschaft" der Bosse, die in Polen mit direkter Hilfe von Reagan, Thatcher, dem Vatikan und den deutschen Bankiers die kapitalistische Konterrevolution anführte. Im Gegensatz dazu riefen die Spartakisten dazu auf: „Stoppt die Konterrevolution von Solidarnos'c", und kämpften für die revolutionäre Einheit der polnischen, deutschen und russischen Arbeiter durch die politische Revolution gegen die stalinistischen Bürokratien und durch Opposition gegen die von den Imperialisten inspirierte Konterrevolution, deren Hauptagentur in Polen die von der CIA gestützte Solidarnos'c war, mit Beihilfe von Pseudolinken wie der SWP.

Die SWP bejubelte die blutigen afghanischen Mudschaheddin-Schlächter - bewaffnet und ausgerüstet von der CIA -. die einen „heiligen Krieg" gegen die Rote Armee führten, damit sie unverschleierte Frauen ermorden und Lehrer umbringen können, die das „Verbrechen" begangen hatten, Mädchen das Lesen zu lehren. Der Rückzug der Roten Armee aus Afghanistan war ein direktes Vorspiel zur Konterrevolution in der Sowjetunion selbst; Cliffs Organisation hat auch das vorausgesehen und *kriminellerweise Agitation dafür betrieben.* Der amerikanische Ableger der SWP, die International Socialist Organization (ISO), schrieb: „Ebenso wie Sozialisten die Niederlage der USA in Vietnam begrüßten, begrüßen wir die Niederlage der Russen in Afghanistan. Dies wird all jenen in der UdSSR und in Osteuropa frischen Mut geben, die die Herrschaft von Stalins Erben zerbrechen wollen" *(Socialist Worker,* Mai 1988). Erzählt das den Frauen, den nationalen Minderheiten und Linken, die heute in der tiefsten Hölle der Herrschaft der Taliban in Afghanistan leben müssen! Im Gegensatz zu den proimperialistischen Cliff-Leuten erklärte die Internationale Kommunistische Liga „Hoch die Rote Armee in Afghanistan!", und wir riefen auf: „Weitet die Errungenschaften des Oktober auf die afghanischen Völker aus!". Wir ließen unseren Worten auch Taten folgen und boten an, eine internationale Brigade zu bilden, um gegen die von der CIA (und der SWP) unterstützten Mudschaheddin zu kämpfen. Dieses Angebot wurde von der afghanischen Regierung abgelehnt, also sammelten wir statt dessen Tausende Dollar an dringend benötigter materieller Hilfe für die Opfer des antisowjetischen imperialistischen Kreuzzugs in Afghanistan.

1989/90 unternahm die Internationale Kommunistische Liga die größte internationale Mobilisierung unserer Geschichte und intervenierte mit dem trotzkistischen Programm bei den arbeitenden Massen in Deutschland. Gegen den vom deutschen Imperialismus betriebenen Anschluß der DDR kämpften wir für die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands - für ein rotes Rätedeutschland als Teil der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa. Wir bezogen Seite, nahmen aktiv an dem Kampf teil, die Errungenschaften des internationalen Proletariats zu verteidigen und auszuweiten; Cliffs Anhänger des „Dritten Lagers" unterstützten dagegen den Imperialismus und weigerten sich, gegen die Konterrevolution im Osten aufzutreten.

Dieser Klassenverrat auf internationaler Ebene spiegelt sich wider in der Politik der SWP zu Hause: bei ihrer Rolle beim *Streikbruch* und bei den *Angriffen auf die Gewerkschaften.* Cliff nannte den großen britischen Bergarbeiterstreik von 1984/85 einen erstklassigen Beweis für seine Theorie des „Abflauens" der Arbeiterkämpfe und gab damit der Labour Party und dem Gewerkschaftsdachverband TUC - die dem Streik die Schlinge um den Hals legten - ein Alibi. Wir kämpften darum, den Streik auf andere Schlüsselindustrien auszuweiten. Cliff freilich prahlte damit, daß SWPler Streikpostenketten der Bergarbeiter überquerten: „Wir haben Stahlarbeiter in Redcar, die Streikposten überqueren. Wir haben drei Stahlarbeiter in Scunthorpe, die überqueren Streikposten..." (Rede von Tony Cliff, Conway Hall, London, 23. August 1984). Das übte offensichtlich eine besondere Anziehungskraft auf Pete Camarata aus, den führenden Kopf der American Teamsters for a Democratic Union (TDU, Amerikanische LKW-Fahrer für eine demokratische Gewerkschaft) - ein Hätschelkind der amerikanischen ISO. Diese „Opposition" innerhalb der Teamsters unterstützte bei den Wahlen Ron Carey, den „Reformer", der sein Amt dadurch bekam, daß er die kapitalistische Regierung direkt in die internen Angelegenheiten der Gewerkschaft hineinzog, *damit die Gewerkschaft um so besser zerschlagen werden kann.* In der Tat hat die TDU 1987 sogar den Entwurf für den Regierungsplan geschrieben - und an die Justizbehörde ge-



Irish News

Britische Armee/RUC-Bullen besetzen katholisches Vierte). Die SWP *unterstützte* 1969 den Einmarsch der britischen Armee in Nordirland, um „Leben zu retten"

schickt -, wie die Gewerkschaft zu „reorganisieren" sei. Wir sagen: Regierung, Hände weg von den Teamsters! Und wir sind gegen jegliche Intervention des Staates in Gewerkschaftsangelegenheiten. Im Gegensatz dazu haben Cliffs Leute die Intervention des kapitalistischen Staates in die Gewerkschaftsbewegung bejubelt und in einigen Fällen direkt mit herbeigeführt. Das rührende Vertrauen der Cliff-Anhänger in die „Neutralität" des bürgerlichen Staates, der die „Demokratie" in der Arbeiterbewegung regeln soll, ist aus dem gleichen Holz geschnitzt wie ihre Appelle an Bullen und Gefängniswärter. Die SWP weist Lenins klare Beschreibung der „besonderen Formationen bewaffneter Menschen" des kapitalistischen Staates zurück und jammert: „Sind wirklich alle Bullen Schweine?" *(Socialist Worker,* 8. Februar).

Auch Blairs Labour Party jubelt heute über die Zerstörung der UdSSR und verbreitet den imperialistischen Mythos, daß der „Tod des Kommunismus" gekommen sei. Das ist die gleiche Labour-Regierung, über deren Wahl die SWP nach eigener Aussage „überglücklich" war. Inzwischen - zurück auf dem Boden der Realität - setzt die von der SWP unterstützte Labour-Regierung ihre bösartigen und im voraus versprochenen Angriffe auf Arbeiter, Minderheiten und Immigranten zugunsten der City-Banker in die Tat um. Blairs Regierung hat Blut an den Händen, seit sie gleich nach ihrem Machtantritt in Irland die protestantische Karte gegen die unterdrückte katholische Minderheit im Norden spielte. Blairs militärische Provokation fand zur gleichen Zeit wie das SWP-Schulungswochenende „Marxism '97" statt. Die Spartacist League gab sofort eine Protesterklärung gegen diese Provokation heraus und forderte den sofortigen und bedingungslosen Rückzug der britischen Truppen; derweil tat die SWP gar nichts, um gegen ihre neuen Labour-Herren zu mobilisieren. Tatsächlich hat die Kapitulation der SWP vor Labour in der irischen Frage eine lange und schmutzige Vorgeschichte. Als 1969 eine Labour-Regierung imperialistische britische Truppen nach Nordirland schickte, *unterstützten* die Cliff-Anhänger dies mit der grotesken Rechtfertigung, dies verschaffe den unterdrückten Katholiken eine „Atempause"! Die SWP als selbsternannte „sozialistische Alternative" zu Labour ist nichts weiter als ein rötlich angehauchtes Feigenblatt für den britischen

Fortgesetzt auf Seite 23

Rassistische SPD-Kampagne...

Fortsetzung von Seite l

Basis in der deutschen Arbeiterklasse aus, um in diesem NATO-Frontstaat den Klassenfrieden zu sichern. Wie wir 1989/90 warnten, diente die SPD als „Trojanisches Pferd der kapitalistischen Konterrevolution", als die früheren Stalinisten und „wiedergeborenen" Sozialdemokraten der PDS die DDR ausverkauften. Seitdem der Sowjetblock nicht mehr existiert, wollen die Bosse auch den „Sozialstaat" zerstören. Die SPD, die historisch die Gewerkschaften im Würgegriff hält, bietet sich als Partei an, die besser als Kohls CDU in der Lage ist, den Arbeitern Lohn- und Sozialkürzungen reinzuwürgen, während sie die Arbeiterklasse durch das Hochpeitschen von Rassismus spaltet.

Die Hamburger Bürgerschaftswahl fand im Kontext des im ganzen Land eskalierenden Staatsterrors gegen Immigranten und Flüchtlinge statt. Im vergangenen Juli schlössen sich die Sozialdemokraten mit der CDU zusammen, um die repressiven „Ausländergesetze" noch weiter zu verschärfen. Wie diese Gesetze angewandt werden, zeigte sich kürzlich bei einer kurdischen Flüchtlingsfamilie, die in die Türkei abgeschoben wurde mit einem von den Bullen gepackten Koffer, voll von PKK-Broschüren und Bildern des PKK-Chefs Öcalan. Als die Familie unterwegs versuchte, den Koffer loszuwerden, hinderten die BGS-Bullen sie daran und händigten das Material direkt an die türkische Polizei aus. Nach ihrer Ankunft wurde der Vater ins Gefängnis geworfen. In anderen Bundesländern, wo die SPD an der Macht ist, werden algerische Flüchtlinge direkt an die algerische Polizei übergeben, bevor das Flugzeug überhaupt abhebt.

SPD-Hochburg Hamburg: Polizeistaat für Immigranten

Die SPD, seit 40 Jahren in Hamburg an der Macht, ist berüchtigt für ihre rassistische Verwaltung und Polizei. Letzten Sommer wandte der Senat eine neue Methode an, um Abschiebungen voranzutreiben. Er heuerte einen Konsulvertreter aus Gambia an, der unabhängig von der Herkunft der schwarzen Flüchtlinge die gambische Staatsbürgerschaft bescheinigte und Pässe für sie ausstellte, damit sie schnell abgeschoben werden konnten. Am 20. April, Hitlers Geburtsdatum, überfielen die Bullen den Hauptbahnhof, nahmen wahllos alle Schwarzen fest und sperrten sie in Bullenwagen ein. Als die Festgenommenen nach dem Grund fragten, antworteten die Bullen: „Wir feiern heute einen Geburtstag". Im Hafen werden Flüchtlinge auf Containerschiffen zusammengepfercht. Als vor eineinhalb Jahren ein Flüchtling während einer Razzia über Bord fiel, sahen die Polizisten ungerührt zu, wie er ertrank. Ein Sprecher der Organisation Schwarzer Studenten zeigte die Bullen an, weil sie dem ertrinkenden Flüchtling nicht geholfen hatten; *er* wurde daraufhin von Anzeigen der Polizei überschüttet. Jetzt ist an Bord der schrecklich überfüllten Schiffe Tuberkulose ausgebrochen - eine Krankheit, die inzwischen aufgrund der imperialistischen Gier wieder weltweit auf dem Vormarsch ist.

Jetzt stellt die SPD die Regierung mit den bürgerlichen Grünen, die „mehr Polizei auf den Straßen" fordern. Was das heißt, hat sich nach den Wahlen plastisch im Bahnhof Altona gezeigt, wo massenhafte Fahrscheinkontrollen durchgeführt wurden. Hunderte von Kontrolleuren überprüften stundenlang jeden einzelnen Fahrgast, während Bullen und BGS mit Kampfhunden sicherstellten, - daß keiner entkam. Dieses Bürgerkriegsmanöver zielte auf die Einschüchterung der gesamten Arbeiterklasse ab.

In diesem abscheulichen rassistischen Klima fühlten die Nazis den Wind in ihren Segeln und forderten die Wähler auf, anstatt der SPD „das Original zu wählen". Fünf faschistische Parteien stellten bei den Wahlen Kandidaten auf und kleisterten provokativ die Stadt mit ihren chauvinistischen Drecksplakaten zu. Um ein Haar wäre die DVU in die Bürgerschaft gewählt worden. Sie gewann vor allem Stimmen und Sitze in Arbeiterwohnbezirken, wo eine besonders hohe Arbeitslosigkeit herrscht und viele türkische und kurdische Immigranten leben. Nazis drohten, Brandbomben gegen das Juso-Büro der Linksruck-Tendenz zu werfen. Und in einer unheilvollen Demonstration ihres Ziels, wie 1933 die Gewerkschaften und alle Organisationen der Arbeiterklasse zu zerstören, ließen die Faschisten ihre Pläne für eine rassistische Massenversammlung am Vorabend der Wahlen fallen und schickten statt dessen Schlägertrupps zur SPD-Wahlveranstaltung, , die sie übernahmen: Der SPD-Bürgermeister Henning Voscherau überließ das Mikrofon flugs dem NPD-Führer Andreas Storr.

Heute gibt es in Deutschland mit sechs Millionen Arbeitslosen die höchste Arbeitslosigkeit seit dem Zweiten Weltkrieg. Die Massenarbeitslosigkeit und soziale Verzweiflung gibt den Nazi-Mörderbanden Auftrieb, zumal die Sozialdemokraten nichts anbieten außer chauvinistischem Protektionismus und Rassismus. Die Faschisten fordern „Arbeit zuerst für Deutsche". Mit dem ausdrücklich gleichen Ziel fordert der SPD-Mann Zwickel, Vorsitzender der machtvollen Metallergewerkschaft, in der viele eingewanderte Arbeiter organisiert sind, „Quoten" gegen Immigranten. Als die antisemitische Gollwitzer Dorfverwaltung sich weigerte, jüdische Immigranten aus Rußland aufzunehmen, stellte sich der brandenburgische SPD-Chef Stolpe hinter die Verwaltung. Aufrufe des SPD-Führers Gerhard Schröder nach „Abschiebung von .ausländischen Stfaftätern ... Raus, und zwar schnell" richten sich direkt gegen die integrierte Arbeiterbewegung und kriminalisieren *alle* Immigranten *und* deren Kinder (die die deutsche Bourgeoisie am liebsten massenhaft deportieren würde, wenn sie es nur könnte). Sie werden dadurch zum Freiwild für die Nazi-Mörderbanden, die seit der kapitalistischen Wiedervereinigung Immigranten und Asylsuchende durch Brandanschläge ermorden und Städte wie Rostock, Solingen, Mölln und Lübeck zum Synonym für Nazi-Terror gemacht haben.

Die Sozialdemokratie hat gemeinsam mit der stalinistisch geführten KPD die am stärksten organisierte Arbei-

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

International Communist League
PO Box 7429
New York, NY10116, USA

KONTAKTADRESSEN

Berlin
SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 5 55, 10127 Berlin
Telefon: (030) 4 43 94 00

Hamburg
SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg
Telefon: (040) 32 36 44

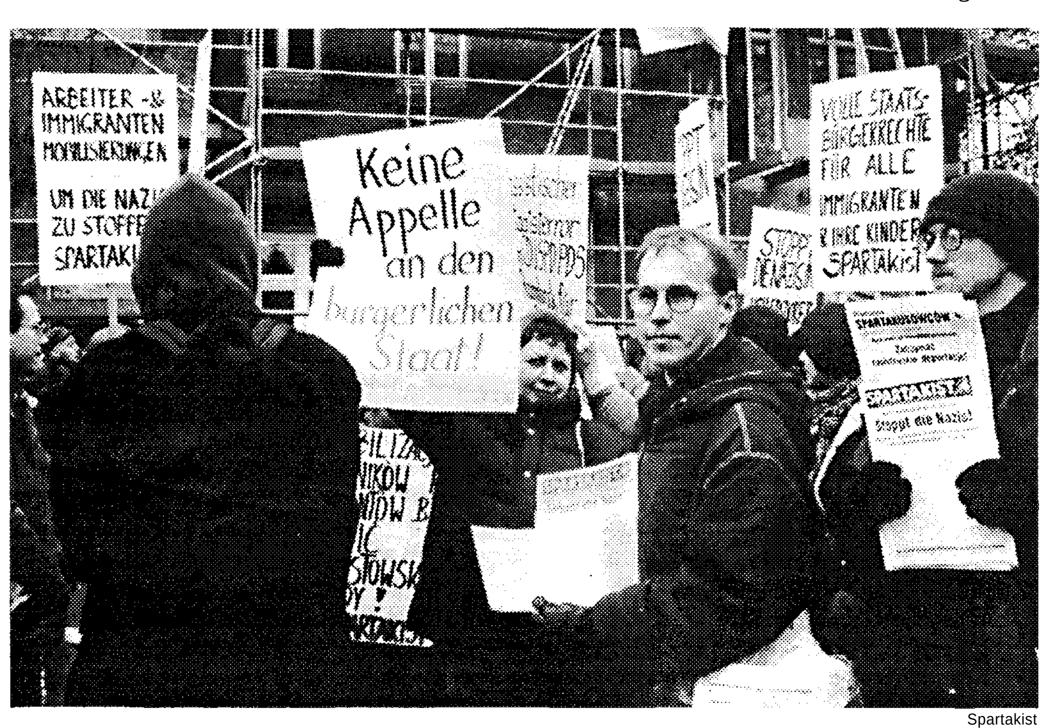
terbewegung Europas gelähmt und es so den Nazis erlaubt, 1933 an die Macht zu kommen, ohne daß auch nur ein Schuß abgefeuert wurde. Gegen ihre selbstmörderische Kapitulationspolitik kämpften die Trotzkisten für die *Einheitsfront* der Arbeiterorganisationen gegen die Nazis:

„Keine gemeinsame Plattform mit der Sozialdemokratie oder den Führern der deutschen Gewerkschaften, keine gemeinsamen Publikationen, Banner, Plakate! Getrennt marschieren, vereint schlagen! Sich nur darüber verständigen, wie zu schlagen, wen zu schlagen und wann zu schlagen!" (Trotzki, „Wie wird der Nationalsozialismus geschlagen", Dezember 1931)

In dieser Tradition kämpft die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands für die *Mobilisierung der Gewerkschaften/Immigranten* und aller potentiellen Opfer des Faschismus, um die Nazi-Provokationen zu stoppen. Und mit Trotzki erklären wir, daß der Kampf, die Faschisten zu stoppen - die völkermördcrischen Sturmtruppen, die von der herrschenden Klasse in Reserve gehalten werden - untrennbar verbunden ist mit der revolutionären Perspektive des proletarischen Kampfes um die Staatsmacht. Unsere Aufgabe ist es, die revolutionäre internationalistische Partei aufzubauen, die das Bewußtsein der Arbeiterklasse schärft, um diese historische Notwendigkeit in die Tat umzusetzen.

Mit dieser Perspektive intervenierten wir, um im Februar dieses Jahres in Berlin-Hellersdorf die Nazis zu stoppen. Mit Flugblättern, die vor Berliner Fabriken, Schulen und Veranstaltungen verteilt wurden, führten wir vor den Augen der Werktätigen und linken Jugendlichen einen politischen Kampf, um die Arbeiterklasse zu bewaffnen gegen die Kräfte um die sozialdemokratische PDS: Diese baute Illusionen in die bürgerliche Demokratie auf und wollte den Staat durch Druck dazu bringen, eine faschistische Provokation zu verhindern. Unser Ziel war eine auf das Proletariat gestützte Mobilisierung, um die Nazis zu stoppen, aber die Gewerkschaftsbürokratic sabotierte die Teilnahme von Arbeiterkontingenten. Trotzdem waren wir gut darauf vorbereitet, um vor Ort die Kräfte abzuspalten und erfolgreich zu organisieren, die die Nazis *stoppen* wollten, und machten dadurch Hellersdorf zu einem bescheidenen, aber politisch bedeutsamen Sieg.

Das Proletariat mit seinem strategischen eingewanderten Bestandteil hat das lebhafte Interesse und die soziale Macht, die Unorganisierten zu organisieren, für gleichen Lohn für gleiche Arbeit und für Arbeitsplätze für alle durch Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich zu kämpfen, für gewerkschaftliche Tariflöhne für alle Arbeiter, einschließlich Frauen und ausländische Arbeiter, und für volle Staatsbürgerrechte für alle eingewanderten Arbeiter und ihre Familien. Um diese Forderungen durchzusetzen, ist es nötig, die Arbeiterklasse von ihren rassistischen sozialdemokratischen Irreführern zu *brechen* - den Agenten der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung - und sie systematisch *für die proletarische Revolution* zu mobilisieren: Nieder mit der rassistischen, imperialistischen „Festung Europa" von Maastricht - Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa! Mit diesem marxistischen Programm haben die Sektionen der Internationalen Kommunistischen Liga in die machtvollen Kämpfe interveniert, die in ganz Europa zur Verteidigung gegen die rassistische kapitalistische Offensive stattgefunden haben - ganz im Gegensatz zu den verschiedenen sozialdemokratischen Volksfront-Sackgassen, die von der Pseudolinken gepriesen werden, besonders von den sich trotzkistisch nennenden linken Reformisten und Zentristen.



Spartakist

Berlin-Hellersdorf - Sieg über Nazis erforderte einen politischen Kampf gegen SPD/PDS-geschürte Illusionen in den bürgerlichen Staat

Warum die Pseudolinke die Faschisten nicht bekämpfen kann

Alle diese „linken" Organisationen unterstützen den Labour-Chef Blair in Britannien sowie die „Volksfront"-Regierungen der Klassenkollaboration in Italien und Frankreich - wo die reformistischen Arbeiterparteien den Interessen und dem Programm der Bourgeoisie *untergeordnet* sind -, und hierzulande laufen sie den Sozialdemokraten hinterher, um den Kampf „gemeinsam gegen rechts" zu führen. Ihre „antifaschistischen" Bündnisse sind Wahlveranstaltungen für die Sozialdemokratie und die Volksfront. Die Labour Party, die „Sozialisten" und „Kommunisten" in Frankreich und Italien und die SPD und PDS in Deutschland sind in Lenins Worten „bürgerliche Arbeiterparteien". Aber parlamentarische Regierungen, die von diesen Parteien gebildet werden, einschließlich der SPD - und unabhängig davon, ob sie allein oder in einer Koalition regieren -, sind *kapitalistische* Regierungen. Diese Regierungen verwalten die Austeritätsprogramme der Kapitalisten auf Kosten der Arbeiter und besonders der Frauen und Immigranten, sie demobilisieren und demoralisieren die Arbeiterklasse und stoßen gleichzeitig die Kleinbourgeoisie und die rückständigsten Arbeiter in die Arme der Reaktion und der Nazis.

Die linksreformistische Linksruck-Tendenz versucht, antirassistische Jugendliche für die rassistische SPD zu rekrutieren. Bei den Hamburger Wahlen übernahm Linksruck *direkt Verantwortung* für den Staatsterror gegen Immigranten und Flüchtlinge, als sie mit ihrer Titelseite „SPD wählen ohne Illusionen" (!) Wahlpropaganda für die rassistischen Sozialdemokraten betrieb. Diese Zeitung verbreiteten sie eine Woche vor der Wahl bei einer Demo, die von einem

Fortgesetzt auf Seite 10

Rassistische SPD-Kampagne...

Fortsetzung von Seite 9

Bündnis pseudolinker Gruppen einschließlich Linksruck, dem rechtszentristischen Revolutionär Sozialistischen Bund (RSB) und der PDS organisiert worden war unter der Losung „NPD-Aufmarsch verhindern!" Am gleichen Tag, an dem die Nazis die SPD-Wahlveranstaltung überfielen, setzte die .SPD 2000 Bullen in voller Kampfmontur gegen die Demonstranten ein. Aber die verschiedenen Aufrufe und die Propaganda für diese Demo *schwiegen* über den rassistischen, von der SPD entfachten Staatsterror. Diese Demo diente nur dazu, der SPD einen „antifaschistischen" Deckmantel zu verschaffen. Das wurde besonders bei einem Planungstreffen für die Demo am 26. August klar, wo es einen Aufruhr gab, als Spartakisten hervorhoben, daß es die Politik der Sozialdemokratie und ihrer reformistischen und zentristischen Anhängsel ist, die den Faschisten grünes Licht verschafft.

Im vergangenen März marschierten in München 5000 Braunhemden/Skinheadschläger mit wehenden Nazi-Flaggen stundenlang ungehindert durch die Straßen. Aber die SPD-loyale *Linksruck-Leitung* verkündete in riesigen Lettern in der April-Ausgabe den „Sieg von München". Warum? Weil Tausende antirassistische Demonstranten auf die Straße gekommen waren. Aber sie wurden von Pseudolinken wie Linksruck *umgelenkt* zu impotenten Protestversammlungen, kilometerweit vom Ort der faschistischen Provokation entfernt. Und die SPD- und DGB-Bürokraten *demobilisierten* die Gewerkschaften. Wir haben zu der Zeit als einzige gewarnt, daß München eine schwere Niederlage für Immigranten, für die Linke und die gesamte Arbeiterklasse war, und daß dadurch der Naziterror wesentlich ermutigt und gestärkt wurde. Die nachfolgenden Entwicklungen - nicht zuletzt, daß die SPD-Veranstaltung in Hamburg von Faschisten auseinandergenommen wurde - bewiesen unsere Einschätzung: Die Nazis sind zunehmend unverfrorener aufgetreten und haben sich bewußt die Arbeiterbewegung zum Ziel gemacht.

Die Verantwortung für die Niederlage in München liegt auch beim RSB, der dabei mithalf, das Ablenkungsmanöver der von den Grünen dominierten „antifaschistischen" Demo zu organisieren. Nick Brauns, damals im RSB, wandte sich bei der Demo mit einem Appell an „meine Damen und Herren Polizisten", die doch aufhören sollten, die Faschisten zu schützen. Inzwischen hat sich der RSB gespalten und den größten Teil seiner Münchner Ortsgruppe verloren, einschließlich der selbsternannten „linken Oppositionellen" Brauns und Max Brym. Diese bauen jetzt eine „linke" Tendenz in der durch und durch reformistischen PDS auf. Nachdem sie im März in München vor den SPD/DGB-Reformisten auf dem Bauch gelegen haben, posieren sie jetzt als Gegner der SPD, vermutlich wegen deren extrem rassistischer Wahlkampagne. Doch das ist nur ein fauler Trick, denn die genauso reformistische PDS ist in Wirklichkeit *eine Hintertür* zur SPD. Wie in Sachsen-Anhalt, wo die PDS Schröders Mann Höppner in Magdeburg unterstützt, *will* die PDS die SPD an die Macht bringen in der Hoffnung, daß sie eines Tages selbst Zutritt zur Regierung kriegt. Die Pseudolinken, die die PDS unterstützen, sind nur ein Teil der „syphilitischen Kette" zur Unterstützung der SPD, die wiederum der deutschen Bourgeoisie dient.

Am 8. November, dem Vorabend des Jahrestags der Nazi-Reichspogromnacht von 1938, mit der der Holocaust begann, drohten die Nazis erneut mit einer Massenzusammenrottung, diesmal vor der Münchner SPD-Zentrale. Als Antwort darauf verbot der Staat *alle* Demonstrationen. Brym enthüllte am 8. November sein rührendes Vertrauen in die bürgerliche Legalität, als er als Anführer eines PDS-Chorus Passagen aus der deutschen Verfassung laut vorlas - *an die Polizisten, von denen sie umstellt waren.* Die „Damen und Herren" der Polizei konfiszierten den Text und erhoben Anklage gegen Brym. Wir fordern: Alle Anklagen gegen Brym müssen fallengelassen werden! Die Linksreformisten der Internationalen Sozialistischen Organisation gingen sogar noch weiter und bejubelten das von der SPD gepushte Verbot. Unter der Überschrift „München, 8. 11.: Nazi-Aufmarsch verhindert!" *(Linke Offensive,* Dezember 1997) behauptet sie, daß ein „Bündnis" von 40 Organisationen, trotz des SPD-Absprungs in letzter Minute, „stark genug [war], die Gerichte zum Verbot des Nazi-Aufmarsches zu zwingen" - obwohl die „Bündnis"-Demo genauso verboten wurde.

In den 30er Jahren stützte sich die SPD gegenüber den Faschisten auf die „demokratische" Weimarer Verfassung und die preußische Polizei und bereitete so Hitler den Weg. Trotzki schrieb in *Was Nun?* 1932 über die bewaffnete Faust des bürgerlichen Staates:

> „Der Umstand, daß die Polizisten in bedeutender Zahl unter sozialdemokratischen Arbeitern rekrutiert wurden, will ganz und gar nichts besagen... Die Arbeiter, die Polizisten im Dienst des kapitalistischen Staates geworden sind, sind bürgerliche Polizisten und nicht Arbeiter. In den letzten Jahren hatten sich diese Polizisten weitaus mehr mit revolutionären Arbeitern zu schlagen als mit nationalsozialistischen Studenten. Eine solche Schule hinterläßt Spuren. Und die Hauptsache: jeder Polizist weiß, daß die Regierungen wechseln, die Polizei aber bleibt."

Die Weimarer Polizei wurde fast intakt in das Dritte Reich integriert und später in den Apparat des Nazi-Völkermords.

Am vergangenen 1. Mai in Leipzig gab die Gruppe Arbeitermacht (GAM) ein Schulbuchbeispiel, was Zentrismus bedeutet. Die Nazis wollten aus ihrem gefährlichen Sieg in München Gewinn schlagen und planten eine weitere Provokation vor dem Völkerschlachtdenkmal am Rande Leipzigs. Der DGB sagte daraufhin alle regionalen Mai-Demonstrationen in Sachsen ab und rief zu einer zentralen Kundgebung in der Innenstadt Leipzigs auf. Die GAM war begeistert: „Daran anknüpfend müssen wir dafür eintreten, diese Kraft dafür zu nutzen, den rechten Mob von der Straße zu jagen!" *(Arbeitermacht,* Mai 1997). Das ist eine Lüge. Die DGB-Kundgebung, mit dem Rassisten Zwickel als Hauptredner, war kilometerweit von dem Ort entfernt, wo die Nazis ihre Völkermord-Provokation geplant hatten, und sie sollte Stunden danach stattfinden. Ihr Zweck war es, eine Arbeitereinheitsfrontaktion zu *verhindern.* DGB, SPD und PDS riefen den Staat auf, die Nazi-Provokation zu verbieten, was auch geschah. Das Ergebnis: 4500 Bullen,



Spartakist-Broschüre

Lenin und die Avantgardepartei

DM3,-
plus DM 1,50 Porto
(56 Seiten)

Bestellt bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 555
10127 Berlin

Konto 119 88-601
Postbank
Frankfurt/M.
BLZ50010060

ArbeiterInnenstandpunkt/LRKI: Wes Brot ich ess', des Lied ich sing'

Für Marxisten, die verstehen, daß der bürgerliche Staat durch sozialistische Revolution zerschlagen werden muß, ist der Kampf für die Unabhängigkeit der Arbeiterbewegung eine Frage des Prinzips. Genau deshalb nehmen wir *keinerlei* finanzielle Unterstützung vom bürgerlichen Staat an. Nicht so die „Liga für eine revolutionär-kommunistische Internationale" (LRKI) und ihre österreichische Sektion Arbeiterinnenstandpunkt (ASt, in Deutschland Gruppe Arbeitermacht). Die Wiener Vereinigung Alternativer Zeitschriften veröffentlichte im Internet eine Dokumentation, wonach die zweimonatliche Zeitung *Arbeiterinnenstandpunkt* wie auch das deutschsprachige theoretische LRKI-Journal *Revolutionärer Marxismus* vom *österreichischen Staat finanziell gefördert werden* Als wir während unserer diesjährigen Abokampagne an der Wiener Uni ein ASt-Mitglied damit konfrontierten, bestätigte er stolz den Erhalt der staatlichen Gelder.

Im November 1996 hatte die SPÖ erfolgreich einen Versuch ihres christdemokratischen Koalitionspartners ÖVP abgewehrt, die die Subvention der ASt/GAM-Publikationen und anderer „linksalternativer" Zeitungen als nicht „förderungswürdig" streichen wollte. In Österreich hält die SPÖ seit Jahrzehnten die Zügel der Staatsmacht in der Hand: Wes Brot ich ess', des Lied ich sing'. Für die ASt standen für das Finanzjahr 1996 nicht weniger als 135000 Schilling (DM 19200,-) auf der Regierungsliste. Mit dem korrupten österreichischen Staat als Zahlmeister - wen wundert da noch die jüngste *ASt*-Titelseite anläßlich der Präsidentschaftswahlen 1998: „Nicht kneifen: SPÖ muß kandidieren!"

Die SPÖ hat vor zwei Jahren die schärfsten rassistischen Einreisegesetze Europas durchgesetzt und damit dem FPÖ-Nazi Haider eine Massenanhängerschaft zugetrieben. Im Einklang mit der SPÖ beschönigen ASt und GAM diesen gefährlichen Faschisten-Führer als „Rechtspopulisten" - wie sie schon in den 80er Jahren den Nazi-Kriegsverbrecher und österreichischen Bundespräsidenten Kurt Waldheim weißgewaschen haben.

Die Trennlinie zwischen Revolutionären und Reformisten ist ihre Haltung gegenüber dem bürgerlichen Staat. Mit der Annahme von Regierungsgeld äfft die österreichische Sektion der LRKI die reformistische Sozialdemokratie nach, deren Programm und Praxis darin besteht, den kapitalistischen Staat im Interesse der Bourgeoisie zu verwalten.

aufgeboten vom SPD-Bürgermeister, verhafteten mehr als 100 Anti-Nazi-Jugendliche und schützten 50 Nazis.

Aufrufe an den bürgerlichen Staat, die Faschisten zu „verbieten", ermutigen diesen nur, seine Polizeistaatsgewalt auszubauen, deren volle Härte unweigerlich die Arbeiterbewegung und Immigrantenorganisationen trifft. Wie Trotzki am 13. Januar 1936 an seine Anhänger in den Niederlanden schrieb: „Aus dem Grund ist die Losung für die Auflösung und Entwaffnung der faschistischen Banden durch den Staat durch und durch reaktionär (die deutschen Sozialdemokraten rufen ‚Der Staat muß eingreifen!')."

Jetzt für eine Stimme entweder für die SPD oder die PDS aufzurufen heißt, die Klasseninteressen des Proletariats zu verraten und es an seine Klassenfeinde zu binden; es heißt, in die Kampagne der rassistischen Hysterie gegen Immigranten einzusteigen, die das Wachstum der Nazis schürt. In den 30er Jahren führten Volksfrontregierungen in Spanien und Frankreich direkt zum Sieg des Faschismus und zum imperialistischen Weltkrieg. Wie Trotzki im *Übergangsprogramm* von 1938 schrieb, dem Gründungsdokument der Vierten Internationale: „Die ‚Volksfront' auf der einen Seite - der Faschismus auf der anderen: dies sind die letzten politischen Hilfsmittel des Imperialismus im Kampf gegen die proletarische Revolution." Gerade weil die Pseudolinken sich mit Händen und Füßen an die Sozialdemokratie und die Volksfront gekettet haben, sind diese Gruppen politisch unfähig, die faschistische Bedrohung zu bekämpfen.

Heute ziehen es die westeuropäischen Bourgeoisien vor, sich auf ihre SPD-Handlanger und die Volksfront zu verlassen, um die werktätigen Massen im Würgegriff zu halten. Sie kultivieren die Nazis als Reservearmee, d.h. wie eine Versicherung für den Fall des Wiederaufstiegs einer revolutionären Arbeiterbewegung. Aber der Nazi-Holocaust und der Krieg gegen die Sowjetunion zeigen, zu welch wahnsinnigen, barbarischen Methoden die Imperialisten bereit sind, um ihr krisengeschütteltes Ausbeutungssystem zu verteidigen, wenn die jetzigen Mittel nicht mehr helfen. Für die Schmiedung der revolutionären Avantgarde behält die strategische Aufgabe, die Arbeiterklasse von der Sozialdemokratie zu brechen, heute genau die gleiche Bedeutung, die sie zu Trotzkis Zeiten hatte. Wir kämpfen für eine neue revolutionäre Führung der Arbeiterbewegung und für die Wiederschmiedung einer wirklichen leninistisch-trotzkistischen internationalen Partei, die für neue Oktoberrevolutionen weltweit kämpft. Dies erfordert damals wie heute einen schonungslosen Kampf gegen unsere zentristischen und linksreformistischen Opponenten, die das Haupthindernis bei der Erfüllung dieser Aufgabe darstellen. Wie es Trotzkis *Übergangsprogramm* am Vorabend des Weltkrieges formulierte:

> „Ohne eine sozialistische Revolution in der nächsten historischen Periode droht der gesamten Kultur der Menschheit eine Katastrophe. Die Reihe ist nun am Proletariat, d. h. vor allem an seiner revolutionären Avantgarde. Die historische Krise der Menschheit geht zurück auf die Krise der revolutionären Führung."«



Marxismus kontra Anarchismus

Von 1848 bis zur bolschewistischen Revolution

Teil 6
1914-1918: Imperialistischer Krieg und die Neuformierung der Linken

Der folgende Teil 6 dieser Artikelserie ist übersetzt aus Workers Vanguard *Nr. 649, 2. August 1996. Die Teile l bis 3. erschienen in* Spartakist *Nr. 124-126, beschäftigten sich mit den Ursprüngen des Anarchismus und dessen führenden Köpfen wie Proudhon und Bakunin bis zur Pariser Kommune und der Spaltung in der Ersten Internationale. Die Teile 4 und 5* (Spartakist *Nr. 127 und Nr. 129) analysierten die anarchistischen und syndikalistischen Bewegungen in der Periode vor dem Ersten Weltkrieg. Der abschließende Teil 7 wird sich mit den Auswirkungen der bolschewistischen Revolution von 1917 und der Gründung der Kommunistischen Internationale auseinandersetzen.*

In einer berühmten amerikanischen Erzählung des Schriftstellers Washington Irving vom frühen 19. Jahrhundert geht es um „Rip van Winkle". Rip, ein Tunichtgut aus einem Dorf im Flußtal des Hudson im Staat New York, schluckt kurz vor dem amerikanischen Unabhängigkeitskrieg einen Zaubertrank und schläft 20 Jahre lang. Er wacht in einer fremden und völlig unvorhergesehenen politischen Welt auf. Als Untertan von König George III. von England eingeschlafen, findet er sich nun als Bürger einer neuen Republik

von Joseph Seymour

wieder, den Vereinigten Staaten von Amerika, mit einem Präsidenten namens George Washington, von dem er vorher noch nie gehört hatte.

Wäre ein linker Rip van Winkle 1913 in Europa oder Nordamerika eingeschlafen und zehn Jahre später aufgewacht, hätte auch er die politische Welt vollkommen unbekannt und völlig unerwartet vorgefunden. Er hätte ehemalige anarchistische und syndikalistische Aktivisten gesehen, die sich inzwischen mit früheren Sozialdemokraten des linken Flügels (Marxisten) in einer neuen internationalen Bewegung vereinigt hatten, die sich kommunistisch nannte, ein Begriff, der von der Linken in dem halben Jahrhundert davor kaum benutzt worden war. Andere führende Vorkriegs-Anarchosyndikalisten ständen im Bündnis mit sozialistischen Parlamentariern gegen die Kommunisten. Er hätte festgestellt, daß Anarchismus und Syndikalismus als Tendenzen von Bedeutung einfach nicht mehr existierten. Gleichzeitig hatten die Parteien, die sich immer noch sozialdemokratisch nannten, offen der proletarischen Revolution den Rücken gekehrt zugunsten von Klassenkollaboration und nationalistischem Militarismus, und in vielen Fällen stellten sie Minister in verschiedenen europäischen kapitalistischen Regierungen.

In Frankreich war vor 1914 die syndikalistische Confédération Generale du Travail (Allgemeine Arbeiterkonföderation [Gewerkschaftsdachverband] - CGT) die bestimmende Arbeiterorganisation gewesen. Jetzt existierten zwei rivalisierende Gewerkschaftsverbände, einer mit den Kommunisten verbunden, der andere mit der reformistischen Sozialistischen Partei. In Italien, dem Ursprungsland der bakunistischen Bewegung in den 1860er und 70er Jahren, war der Anarchismus zur Randerscheinung geworden, und die neu gebildete Kommunistische Partei war bei den radikalen Linken vorherrschend. In den Vereinigten Staaten waren die syndikalistischen Industrial Workers of the World (IWW [Industriearbeiter der Welt]) vor dem Ersten Weltkrieg die bedeutendste Organisation links von der Socialist Party gewesen. Aber Anfang der 20er Jahre waren sowohl die Socialist Party als auch die IWW zu leeren Hülsen geworden: Alle vitalen, kämpferischen, vorwärtsgerichteten Elemente der amerikanischen Linken hatten sich umgruppiert und der Kommunistischen Internationale von Lenin und Trotzki angeschlossen.

Nur in Spanien bildeten die Anarchisten und Syndikalisten bis in die 20er Jahre hinein auch weiterhin einen Hauptbestandteil der Arbeiterbewegung. Diese Ausnahmesituation auf der iberischen Halbinsel rührte zum großen Teil von der Tatsache her, daß Spanien nicht am ersten imperialistischen Weltkrieg teilgenommen hatte. Deshalb machte die spanische Linke nicht die Erfahrungen der schmerzhaften Kämpfe zwischen Sozialchauvinisten und Internationalisten, von denen die Politik der Arbeiterklasse in den anderen Ländern Europas und auch in Nordamerika dominiert wurde.

Die Sozialdemokratie, der Anarchismus und der Syndikalismus von der Zeit vor 1914 starben auf den Schlachtfeldern von Tannenberg und an der Somme, bei Verdun und Caporetto, zusammen mit Millionen europäischer junger Männer. Trotz ihrer Differenzen teilten der führende „orthodoxe" Marxist Karl Kautsky, der führende Anarchist Peter Kropotkin und der Gründer des französischen Syndikalismus Fernand Pelloutier gewisse Grundanschauungen. Alle waren geprägt durch die Stabilität,der europäischen bürgerlichen Ordnung, das stetige Wachstum der Arbeiterbewegung .und die relativen demokratischen Freiheiten, die sie Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts vorfanden. Die Führer und Theoretiker der Hauptströmungen der Sozialdemokratie, des Anarchismus und des Syndikalismus glaubten, daß die Ära der gewalttätigen Revolutionen und Konterrevolutionen in West- und Mitteleuropa der Vergangenheit angehöre. Sie alle sahen erwartungsfroh einer gerechten, egalitären und humanen Gesellschaft entgegen, errichtet im wesentlichen durch „zivilisierte" Maßnahmen, die von allen vernünftigen Men-

sehen guten Willens unterstützt oder wenigstens akzeptiert würden.

Diese rosige Vision einer geordnet durchgeführten sozialen Revolution wurde durch das Geschützfeuer des August 1914 in tausend Stücke zerschlagen. Im ersten Band seiner scharfsinnigen Trotzki-Biographie, *Der bewaffnete Prophet 1879-1921* (1962), erklärt der polnische marxistische Historiker Isaac Deutscher, wie sich in der Leichenhalle, zu der Europa geworden war, zukünftige Kommunisten herausbildeten:

„... das Morden der kommenden Jahre, in denen Millionen von Menschen ihr Leben um ein paar Quadratmeter Feindesland lassen mußten, ließ sie voller Verachtung und Haß die humanitäre Fassade und Täuschung des europäischen Staatswesens durchschauen. Sie zogen den Schluß, daß wenn zivilisierte Regierungen es um ihrer nationalen Machtpolitik für tunlich fanden, Millionen von Menschen auszurotten und Dutzende von Millionen zu Krüppeln zu machen, es sicherlich die Pflicht der Sozialisten war, vor keinem Opfer im Kampf, um eine neue Gesellschaftsordnung zurückzuschrecken, die die Menschheit von dieser Torheit befreien würde. Die alte Ordnung erteilte ihnen eine Lektion in grausamer Unbarmherzigkeit. Die .gotische Spitzenwirkerei' der europäischen Zivilisation war in Stücke gerissen geworden und wurde im Schlamm und Blut der Schützengräben mit Füßen getreten."

Das Trauma vom August 1914

Der europaweite Krieg, der im August 1914 ausbrach, war von der Linken vorhergesehen und gefürchtet worden. Beinahe drei Jahrzehnte vorher hatte Friedrich Engels mit verblüffender Präzision vorhergesagt:

„Und endlich ist kein andrer Krieg für Preußen-Deutschland mehr möglich als ein Weltkrieg, und zwar ein Weltkrieg von einer bisher nie geahnten Ausdehnung und Heftigkeit. Acht bis zehn Millionen Soldaten werden sich untereinander abwürgen und dabei ganz Europa so kahlfressen, wie noch nie ein Heuschreckenschwarm. Die Verwüstungen des Dreißigjährigen Kriegs zusammenge- drängt in drei bis vier Jahre und über den ganzen Kontinent verbreitet; Hungersnot, Seuchen, allgemeine, durch akute Not hervorgerufene Verwilderung..."

In den folgenden Jahren wurde die Frage des Militarismus, und wie man ihn bekämpft, zu einem dominierenden Thema in der Zweiten (Sozialistischen) Internationale, das deren linken und rechten Flügel immer mehr voneinander abgrenzte. Eine Resolution über den Militarismus, die auf dem Kongreß der Internationale 1907 in Stuttgart angenommen wurde, schloß mit einer Ergänzung, die von Lenin, Rosa Luxemburg und dem Führer der russischen Menschewiki Julius Martow vorgeschlagen worden war:

„Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind die arbeitenden Klassen und deren parlamentarische Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet, unterstützt durch die zusammenfassende Tätigkeit des Internationalen Bureaus, alles aufzubieten, um durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern...



Till Europas proletärer!

Editions D'Avron

Bolschewistische Duma-Abgeordnete werden nach Sibirien verbannt, weil sie Agitation gegen den Ersten Weltkrieg betrieben, der Millionen Opfer unter den Arbeitern forderte. Rechts: Zimmerwalder Manifest der Antikriegskonferenz von 1915; den Entwurf schrieb Leo Trotzki

Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es die Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen."

Die deutsche Sozialdemokratie (SPD) in dieser Periode wurde allgemein als Modell einer von Marxisten geführten Arbeiterpartei und als zentraler Kern der internationalen sozialistischen Bewegung angesehen. Als die sozialdemokratische Reichstagsfraktion am 4. August 1914 für die Kriegskredite stimmte, hatte dies deshalb auf revolutionäre Marxisten in der ganzen Welt traumatische Auswirkungen. Luxemburg erlitt einen Nervenzusammenbruch als Reaktion auf die Welle von nationalem Chauvinismus, die über die sozialdemokratische Arbeiterbewegung in Deutschland hereinbrach. Lenin weigerte sich anfangs, dem Bericht über die Reichstagsabstimmung im SPD-Organ *Vorwärts* Glauben zu schenken, er hielt diese Ausgabe für eine Fälschung der Regierung des Kaisers. Trotzki erinnert sich in seiner Autobiographie „Mein Leben" (1929) an seine damaligen Gefühle:

„Das Telegramm von der Kapitulation der deutschen Sozialdemokratie erschütterte mich mehr als die Kriegserklärung, obwohl ich von einer naiven Idealisierung des deutschen Sozialismus weit entfernt war... Ich hatte nicht erwartet, daß die offiziellen Führer der Internationale im Falle eines Krieges sich als fähig erweisen würden zur revolutionären Initiative. Aber gleichzeitig ließ ich den Glauben nicht zu, daß die Sozialdemokratie einfach auf dem Bauche kriechen werde vor dem nationalen Militarismus."

Was die deutsche Sozialdemokratie vor 1914 für Marxisten war, war die französische Confederation Generale du Travail für Syndikalisten und viele Anarchisten: die international stärkste und am meisten respektierte Arbeiterorganisation, die ihre Doktrin und Tradition verkörperte. Zum Beispiel veröffentlichte die amerikanische IWW-Zeitschrift *Solidarity* 1913 eine Übersetzung der Broschüre „Franzö-

Fortgesetzt auf Seite 14



W.W. Norton & Co.



W.W. Norton & Co.

Verräter wie der SPD-Führer Friedrich Ebert (links) halfen dabei, junge deutsche Arbeiter für das brudermörderische Gemetzel zu mobilisieren

Anarchismus...

Fortsetzung von Seite 13

sischer Syndikalismus" des CGT-Generalsekretärs Léon Jouhaux. Jahr für Jahr hatten die französischen syndikalistischen Führer feierlich proklamiert, daß sie auf eine Kriegserklärung mit einem revolutionären Generalstreik antworten würden. Als aber der Krieg tatsächlich erklärt wurde, schlössen sie sich ohne Zögern der „union sacrée" [heilige Allianz] zur Verteidigung des französischen kapitalistischen Staates an, und Jouhaux predigte „Haß auf den deutschen Imperialismus", als er sich an diejenigen wandte, „die jetzt in den Krieg ziehen".

Peter Kropotkins Unterstützung für Britannien, Frankreich und Rußland gegen die Mittelmächte war wahrscheinlich für anarchistische Militante ein noch größerer Schock, als es die berüchtigte Zustimmung der deutschen Sozialdemokraten zu den Kriegskrediten für Luxemburg, Lenin und Trotzki war. Kropotkin war bis dahin als ein Mann von unanfechtbarer revolutionärer Integrität und ebensolchem Idealismus angesehen worden, nicht nur von Anarchisten, sondern auch von vielen nichtanarchistischen Linken. Er stammte aus einer hochrangigen russischen Adelsfamilie und lebte seit drei Jahrzehnten im Exil in England, als der Krieg ausbrach. Der Befürworter von Solidarität innerhalb der menschlichen Gemeinschaft unterschied sich urplötzlich nicht mehr von den rabiatesten britischen oder französischen Chauvinisten. Selbst eine ihm in hohem Maße wohlgesinnte Biographie gibt zu: „Alles, was Kropotkin tat, war, wie jeder Militarist von größeren und besseren Kanonen zu reden, seine Freunde zu ermahnen, ‚sich *wie wilde Tiere* zu verteidigen', und die gängigen übertriebenen Greuelgeschichten über die Deutschen, die ‚wie Teufel kämpfen und auf allen Gesetzen der Menschlichkeit herumtrampeln', zu wiederholen" (George Woodcock und Ivan Avakumovic, *The Anarchist Prince* [Der anarchistische Prinz, 1950]). Der alte russische Volkstümler und Anarchist verteidigte jetzt das zaristische Kaiserreich mit dem lahmen Argument, die militärische Allianz mit Britannien und Frankreich würde zu einer „Stärkung der Kräfte für eine Liberalisierung in Rußland" führen.

Kropotkins Eintreten für den Krieg war beileibe keine individuelle Anomalie innerhalb der anarchistischen Bewegung. Die führenden intellektuellen Köpfe der anarchistischen Bewegung in Frankreich - Jean Grave, Charles Malato, Paul Reclus - schlössen sich der Verteidigung ihres „eigenen" kapitalistischen Staates an. Auch der österreichische anarchistische Gelehrte Max Nettlau, eine anerkannte Autorität auf dem Gebiet von Bakunins Leben und Schriften, unterstützte den Krieg, in seinem Fall auf der Seite der Mittelmächte - Kaiser Wilhelms Deutschland und das Habsburger Kaiserreich Österreich-Ungarn.

Männer und Frauen, die jahrelang, sogar jahrzehntelang eng zusammengearbeitet hatten, wurden über Nacht zu erbitterten politischen Gegnern. Lenin verurteilte Kautsky, den er bis dahin als den herausragenden marxistischen Theoretiker seiner Zeit respektiert hatte, als einen „erstklassige[n] Heuchler und als Virtuose in der Prostituierung des Marxismus". Der langjährige italienische Bakunist Errico Malatesta brandmarkte nun Kropotkin, seinen „alten und geliebten Freund", als einen „Regierungsanarchisten". Lenin berichtete in einem Artikel über die Zimmerwalder Antikriegskonferenz von 1915, daß der französische syndikalistische Führer Alphonse Merrheim erbittert erklärte: „Die Partei, Jouhaux und die Regierung - das sind nur drei Köpfe unter einem Hut" (in „Die revolutionären Marxisten auf der Internationalen Sozialistischen Konferenz", *Werke* Bd. 21).

Sozialisten, Syndikalisten und Anarchisten, die gegen den Krieg waren, stellten fest, daß sie untereinander bei weitem mehr Gemeinsamkeiten hatten als mit ihren ehemaligen Genossen und Gleichgesinnten, die zu Chauvinisten und Militaristen geworden waren. Die Neuformierung der Linken manifestierte sich am klarsten in Frankreich, wo alle Tendenzen in der sozialistischen, syndikalistischen und anarchistischen Bewegung gleichermaßen gut repräsentiert waren.

Vor 1914 waren die beiden Hauptpole der französischen Arbeiterbewegung die „orthodox" marxistische Fraktion von Jules Guesde in der Sozialistischen Partei und die syndikalistische CGT gewesen, wobei der eklektische Sozialist Jean Jaurès eine Mittlerrolle zwischen den beiden einnahm. Jaurès wurde am Vorabend des Krieges von einem rechtsra-

dikalen royalistischen Fanatiker ermordet. Guesde und Jouhaux wurden beide zu Stützpfeilern der „union sacrée": der „marxistische" Sozialist als Minister ohne Geschäftsbereich im „Kabinett der nationalen Verteidigung", der syndikalistische Gewerkschaftsführer als „nationaler Beauftragter".

Die relativ kleine Zahl französischer Linker, die gegen den Krieg waren, organisierte sich um das Komitee für die Wiederaufnahme internationaler Beziehungen. Der Kern und die bekanntesten Köpfe dieser Gruppe waren revolutionäre Syndikalisten - Alphonse Merrheim, Pierre Monatte und Alfred Rosmer -, denen sich Sozialisten und Anarchisten, die von der Mehrheitslinie abwichen, anschlössen, einige von ihnen direkt aus den Schützengräben. Leo Trotzki, der bis zu seiner Ausweisung 1916 in Frankreich im Exil lebte, spielte eine wichtige und in gewissem Sinne führende Rolle bei der Organisierung und Anleitung dieser Antikriegsaktivisten. Ebenfalls an zentraler Stelle beteiligt war ein anderer russischer emigrierter Revolutionär, Salomon Losowski, zu jener Zeit ein eigenwilliger rechter Bolschewik, der später der Vorsitzende der Gewerkschaftsinternationale wurde, die mit der Kommunistischen Internationale verbunden war. Die internationalen Sympathien der französischen Linkssyndikalisten wurden vertieft durch ihre enge Zusammenarbeit mit den zwei Russen, die sie mit einer Art von Marxismus in Kontakt brachten, wie sie damals in Westeuropa unbekannt war. Ein französischer Veteran des Komitees erinnerte sich später, daß Trotzki und Losowski „darüber redeten, eine Revolution zu machen, als ob sie es ernst meinten".

Natürlich blieben die Differenzen zwischen marxistischem Sozialismus, Syndikalismus und Anarchismus über die Frage, wie die Gesellschaft nach dem Sturz des kapitalistischen Systems organisiert werden sollte, weiterhin bestehen und waren nach wie vor bedeutsam. Aber es machte keinen Sinn, diese Frage mit Männern zu diskutieren, die in enger und direkter Kollaboration mit der Bourgeoisie ihre eigenen kapitalistischen Staaten aktiv unterstützten. Die grundlegende Trennungslinie zwischen Revolutionären und Reformisten, zwischen Internationalisten und Sozialchauvinisten löste die Vorkriegskategorien Sozialismus, Syndikalismus und Anarchismus ab.

Hinter dem Sozialpatriotismus

Die Gründung der Kommunistischen Internationale im Jahre 1919, unter dem maßgeblichen Einfluß der bolschewistischen Russischen Revolution, war der Höhepunkt der Neuformierung der Linken, der im August 1914 begonnen hatte. Besonders die Entwicklung der Zimmerwalder antimilitaristischen Bewegung war ein direkter Vorläufer der Komintern. Es sind aber keineswegs alle Antikriegslinken von 1914 der Kommunistischen Internationale beigetreten. Der russische Menschewik Julius Martow zum Beispiel, der sich selbst für einen „orthodoxen" Marxisten hielt, der französische Syndikalist Alphonse Merrheim und der italienische Anarchist Errico Malatesta, sie alle sprachen sich gegen den Krieg aus und verurteilten, den Chauvinismus und Militarismus ihrer früheren ideologischen Mitstreiter. Trotzdem stellten sich dann alle drei gegen die Kommunistische Internationale und versuchten statt dessen (wenn auch ohne Erfolg), jeweils die sozialdemokratische, die syndikalistische und die anarchistische Bewegung, so wie sie vor 1914 existiert hatten, wiederzubeleben. Nach dem Krieg sollten sich Martow und Merrheim wieder mit den Hauptströmungen der Sozialdemokratie und des chauvinistischen Syndikalismus vereinen.

Warum hatten die bedeutendsten Organisationen der Arbeiterklasse, egal ob von vorgeblichen Marxisten (in Deutschland) oder von Syndikalisten (in Frankreich) geführt, ihre erklärten Prinzipien verraten und ihre eigenen kapitalistischen Staaten im europäischen imperialistischen Krieg unterstützt? Warum verteidigten nun Männer wie Kropotkin, die ihr ganzes Leben der Sache der sozialen Revolution gewidmet hatten und die wegen ihrer Überzeugungen Gefangenschaft und Exil durchgemacht hatten, nun genau die Regime, von denen sie und ihre Genossen verfolgt worden waren? Lag der Grund für den Zusammenbruch in Richtung Sozialchauvinismus in der Natur der sozialdemokratischen, syndikalistischen und anarchistischen Bewegungen aus der Zeit vor 1914? Von der unterschiedlichen Beantwortung dieser Fragen sollte es großenteils abhängen, welche Antikriegs-Linken Kommunisten werden würden und welche nicht.



Der Hauptfeind steht im eigenen Land!

Dielz Verlag

Flugblatt des heroischen Revolutionärs Karl Liebknecht vom Mai 1915

Wie alle wichtigen und komplexen historischen Entwicklungen hatte der Sozialpatriotismus, der die europäische Linke beim Ausbruch des Ersten Weltkriegs verschlang, viele Ursachen, die sich auf verschiedenen Ebenen auswirkten. Auf einer Ebene repräsentierte der Sozialpatriotismus die Bürokratisierung der Arbeiterbewegung in West- und Mitteleuropa, die sich zunehmend in starken opportunistische^! Tendenzen manifestiert hatte. Wie Lenin im März 1915 schrieb:

> „Bestimmte Schichten der Arbeiterklasse (die Bürokratie in der Arbeiterbewegung und die Arbeiteraristokratie, für die ein kleiner Teil der Profite aus der Ausbeutung der Kolonien und aus der privilegierten Lage ihres Vaterlands' auf dem Weltmarkt abfiel) sowie die kleinbürgerlichen Mitläufer innerhalb der sozialistischen Parteien waren die soziale Hauptstütze dieser Tendenzen und die Träger des bürgerlichen Einflusses auf das Proletariat." („Die Konferenz der Auslandssektionen der SDAPR"; *Werke* Bd. 21)

Fortgesetzt auf Seite 16

Anarchismus...

Fortsetzung von Seite 15

Der Unterschied zwischen Reformismus und revolutionärer Führung ist nicht der Kampf für Reformen, sondern die Akzeptierung - „erst einmal" - des Kapitalismus. Reformisten versuchen deshalb, mit ihrer „eigenen" Bourgeoisie zusammenzuarbeiten, besonders mit dem vielbeschworenen „fortschrittlichen Flügel" (eine Kategorie, die bereits 1914 wenig Bedeutung hatte, vor allem in den imperialistischen Ländern). Da die Bourgeoisie ihrer Natur nach im nationalen Rahmen existiert, ist die Idee von „nationalen Interessen", die wir mit „unseren" Bossen gemeinsam hätten, eine zentrale Grundlage für die ganzen reformistischen Bemühungen.

Die materiellen Wurzeln des Reformismus sind die sozialen Unterschiede innerhalb der Arbeiterklasse: die privilegierte Sichtweise der sogenannten „Arbeiteraristokratie", die - unter Bedingungen, in denen die Arbeiterklasse nicht für revolutionäre Ziele vereint ist - ihre unmittelbaren Interessen im Gegensatz sieht zu denen der Minderheiten, der Jugendlichen, der ungelernten Arbeiter, ganz zu schweigen von den unterdrückten Massen in den Kolonien. Diese relativ besser gestellte Schicht der Ausgebeuteten ist die soziale Basis für die Bürokratie in der Arbeiterbewegung.

Die Führung der deutschen Gewerkschaften war schon lange die soziale Hauptbasis des rechten Flügels der SPD. Die Gewerkschaftsführer stellten sich durchweg und mit Erfolg gegen die Kampagne der SPD-Linken, geführt von Rosa Luxemburg, die Massenstreiks gegen das antidemokratische Wahlrecht in Preußen organisieren wollten. Einige SPD-Rechte, besonders Gustav Noske, waren so offen und lautstark in ihrer Verteidigung der Interessen des deutschen Imperialismus, daß sie dafür vom hochgeachteten Gründungsvater der Partei, August Bebel (der 1913 starb), zur Ordnung gerufen wurden.

Die Bürokratisierung der französischen syndikalistischen Bewegung war weniger entwickelt als die der deutschen Sozialdemokratie, und die Spaltung zwischen ihrem linken und rechten Flügel war nicht so klar und bestand noch nicht so lange. Die Gründungsväter der CGT wie Pelloutier und der ehemalige anarchistische Aktivist Emile Pouget waren aufrichtig der Emanzipation der Arbeiterklasse verpflichtet gewesen. Ihre „Kinder" jedoch erbten eine etablierte Organisation, die mittlerweile eine wichtige und akzeptierte Rolle im wirtschaftlichen und politischen Leben der französischen Dritten Republik spielte.

Die zweite Generation der CGT-Führer wurde von Léon Jouhaux personifiziert, der 1909 im Alter von 30 Jahren zum Generalsekretär der Organisation wurde. Zu dieser Zeit war die CGT-Führung eifrig damit beschäftigt, Lohnvereinbarungen mit Arbeitgeberverbänden auszuhandeln und Gesetzesvorhaben mit sozialistischen Parlamentariern zu diskutieren. Schon vor dem Krieg zeigte Jouhaux eine starke Neigung, die revolutionären Traditionen der Gewerkschaftsbewegung fallenzulassen oder zu verwässern, um ihren Einfluß auszuweiten. Die Jouhaux-Führung antwortete 1913 auf Vorwürfe einiger Anarchisten, sie ließe es an Militanz fehlen:

> „Wir bekräftigen entschieden unser Recht, in Übereinstimmung mit der Gesamtheit der organisierten Arbeiter, die Form unserer Rekrutierung und Propaganda entsprechend den Entwicklungen zu verändern, die im Bereich der Industrie von unseren Gegnern eingeführt wurden. Unserer Auffassung nach wäre eine Bewegung, die es versäumte, die Umgestaltungen, die um sie herum stattfinden, zu berücksichtigen, und statt dessen in unveränderlicher Haltung erstarrte, eine Bewegung ohne Leben, ohne Einfluß, ohne Zukunft." (zitiert nach Val R. Lorwin, „The French Labor Movement" [Die französische Arbeiterbewegung], 1966)

Man kann sowohl von Jouhaux als auch von Noske sagen, daß der Krieg einfach die perfekte Gelegenheit darstellte, ihre tiefsitzenden opportunistischen Gelüste zu verwirklichen.

Während einige sozialdemokratische und syndikalistische Führer den Krieg unterstützten, um ihre Karriere zu fördern, taten es andere aus politischer und in einigen Fällen persönlicher Feigheit. Das heißt, sie kapitulierten vor der Welle der chauvinistischen Hysterie, von der die Massen im August 1914 erfaßt wurden. Nach dem Krieg versuchte Merrheim, der sich zu diesem Zeitpunkt nach rechts bewegte, eine Erklärung für den Zusammenbruch der CGT zu geben, indem er die Last der Verantwortung von der Führung auf die Mitgliedschaft abwälzte. Wenn die syndikalistischen Führer versucht hätten, sich der Kriegsmobilisierung entgegenzustellen, hätte, behauptete er, „die Arbeiterklasse ... es nicht der Polizei überlassen, uns zu erschießen; sie hätten uns selber erschossen" (zitiert nach Robert Wohl, *French Communism in the Making, 1914-1924* [Entstehung des französischen Kommunismus], 1966).

Merrheim hat hier ganz bewußt zwei unterschiedliche Fragen durcheinandergebracht. Die eine ist, ob die syndikalistischen Führer sich gegen den Krieg hätten stellen sollen; die andere ist, wie sie aufgrund dieser Opposition hätten handeln sollen. Offensichtlich stand ein Versuch, den oft angedrohten Generalstreik gegen die Kriegsmobilmachung in Gang zu bringen, nicht zur Debatte. Selbst eine kleine Protestdemonstration wäre vielleicht unter den Bedingungen vom Auguçt 1914 abenteuerlich gewesen. Die prinzipienfeste und wirkungsvolle Handlungsweise für Revolutionäre war es, Antikriegspropaganda und Agitation in den Fabriken und in der Armee unter den Bedingungen der Illegalität zu betreiben, selbst mit dem Risiko, dafür ins Gefängnis zu müssen.

Hier ist der Unterschied zwischen den französischen Syndikalisten und den russischen Bolschewiki überdeut-

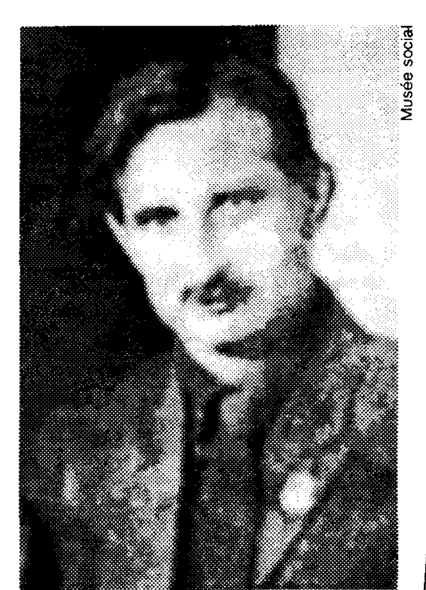


Houghton Mifffin Company



Radio Times Hulton

Der berühmte Anarchist Peter Kropotkin (links) wurde von seinem langjährigen Kollegen Errico Malatesta (rechts) als „Regierungsanarchist" gebrandmarkt, weil er im Ersten Weltkrieg die imperialistischen Mächte Britannien. Frankreich und Rußland unterstützte



Musée social

L'UNION DES MÉTAUX

Pour le 1er Mai

NOTRE ATTITUDE

NOTRE PENSÉE

Französischer revolutionärer Syndikalist Alfred Rosmer betrieb Antikriegsagitation in der Zeitung der Metallarbeitergewerkschaft (weiße Stellen zeigen Regierungszensur)

lieh. Auch in Rußknd bewirkte der Ausbruch des Krieges bei den Massen, einschließlich der Industriearbeiterklasse, eine leidenschaftliche Unterstützung der Regierung. In seiner *Geschichte der russischen Revolution* (1932) erzählt Trotzki: „Der revolutionäre Gedanke glimmte nur noch in kleinen, stillgewordenen Kreisen. Sich .Bolschewik' zu nennen wagte zu jener Zeit in den Betrieben niemand, hieß das doch, sich der Verhaftung oder Verprügelung durch rückständige Arbeiter aussetzen."

Trotzdem war die bolschewistische Partei ein entschiedener Gegner des Krieges, und dies war im ganzen Russischen Reich allgemein bekannt. Die bolschewistischen Deputierten in der Duma (dem impotenten parlamentarischen Gremium, eingerichtet von der zaristischen Selbstherrschaft) stimmten gegen die Kriegskredite und wurden daraufhin ins Exil nach Sibirien verbannt. In den Fabriken wurden die kleinen und zum Schweigen gezwungenen bolschewistischen Zirkel größer und redeten offener in dem Maße, wie die anfängliche patriotische Begeisterung in Kriegsmüdigkeit und Feindseligkeit gegenüber dem zaristischen Regime umschlug. Gerade die Tatsache, daß die Bolschewiki sich 1914 mutig dem Sozialpatriotismus der Massen entgegengestellt hatten, ermöglichte es ihnen drei Jahre später, die Masse der Arbeiter zur sozialistischen Revolution zu führen, die die Selbstherrschaft der Romanows und die bürgerliche liberale Regierung von Alexander Kerenski durch eine Regierung der Arbeiter- und Bauernräte (Sowjets) ersetzte.

Sozialpatriotismus kann nicht vollständig oder angemessen durch die karrieristischen Ambitionen und/oder die politische Feigheit verschiedener führender Köpfe in der Arbeiterbewegung erklärt werden. Die große Mehrheit der Arbeiteraktivisten in West- und Mitteleuropa - die Führer örtlicher Gewerkschaften, betriebliche Vertrauensleute, Funktionäre sozialistischer Parteiverbände - unterstützten in hohem Maße den Krieg und betrachteten sich trotzdem noch als gute Sozialisten oder gute Syndikalisten. Deutsche Sozialdemokraten sahen sich als Verteidiger ihrer Organisationen - und damit der Zukunft des Sozialismus in Deutschland - gegen den zaristischen russischen Imperialismus. Französische Sozialisten und Syndikalisten glaubten, daß sie die zukünftige soziale Revolution in Frankreich gegen das imperialistische Deutschland Kaiser Wilhelms verteidigten. Der eigentliche ideologische Grund für den Sozialpatriotismus im Ersten Weltkrieg war die im wesentlichen *nationale* Konzeption von der sozialen Revolution, die in allen Haupttendenzen der europäischen Arbeiterbewegung weit verbreitet war.

Als Trotzki gegen Stalins Doktrin des „Sozialismus in einem Land" polemisierte, wie sie in den 20er Jahren auf Sowjetrußland angewandt wurde, wies er darauf hin, daß die deutsche Sozialdemokratie vor 1914 auch an den Sozialismus in einem Land geglaubt hatte:

„Der Patriotismus der deutschen Sozialdemokraten begann als ein ganz legitimer Patriotismus gegenüber der eigenen Partei, der mächtigsten Partei der Zweiten Internationale. Die deutsche Sozialdemokratie beabsichtigte, auf der Grundlage der hochentwickelten deutschen Technik und der überragenden organisatorischen Fähigkeitendes deutschen Volkes ihre ,eigene' sozialistische Gesellschaft aufzubauen. Wenn wir die abgebrühten Bürokraten, Karrieristen, parlamentarischen Gauner und politischen Hochstapler allgemein beiseite lassen, so rührte der Sozialpatriotismus des einfachen Sozialdemokraten aus eben dieser Hoffnung auf den Aufbau des deutschen Sozialismus. Man kann doch nicht glauben, daß Hunderttausende einfacher sozialdemokratischer Mitglieder, gar nicht zu sprechen von den Millionen einfacher Arbeiter, die Hohenzollern oder die Bourgeoisie zu verteidigen suchten. Nein, sie wollten die deutsche Industrie, die deutschen Eisenbahnen und Strassen, die deutsche Technik und Kultur und vor allem die Organisationen der

Fortgesetzt auf Seite 18



kein Bifdnachweis

1917: Russische und österreichische Soldaten verbrüdern sich an der Front. Zunehmende Kriegsmüdigkeit führte zur Radikalisierung der europäischen Massen

Anarchismus...

Fortsetzung von Seite 17

deutschen Arbeiterklasse verteidigen, als ‚die notwendigen und ausreichenden' nationalen Voraussetzungen für den Sozialismus." („Die internationale Revolution und die Kommunistische Internationale", enthalten in *Die Dritte Internationale nach Lenin, 1928)*

Genau das gleiche könnte über den französischen Nationalismus und die französischen Syndikalisten gesagt werden. In Wirklichkeit traten die Syndikalisten sogar noch offener für eine auf den nationalen Rahmen begrenzte Arbeiterrevolution ein. Die CGT-Charta von Amiens aus dem Jahre 1906 erklärte, daß „die Gewerkschaften, die heute Kampforganisationen sind, in Zukunft Organe der Produktion und der Verteilung, d. h. die Grundlage der sozialen Umgestaltung sein werden". Weder in dieser Grundsatzerklärung noch in irgendeinem anderen programmatischen Dokument hatten die französischen Syndikalisten die Konzeption, daß eine solche soziale Umgestaltung auf europaweiter und letztlich weltweiter Basis stattfinden würde oder müsse. Sie überlegten auch nicht, wie lange eine soziale Revolution in Frankreich überleben könnte, wenn der Rest Europas, vor allem Deutschland, kapitalistisch bliebe.



Dietz Verlag

Revolutionäre Marxistin Rosa Luxemburg, hier als Rednerin 1907, verurteilte schon vor dem Krieg den wachsenden Konservatismus der SPD-Führer

Die Betonung von Dezentralisierung und lokaler Autonomie, die für die anarchistische und syndikalistische Doktrin von zentraler Bedeutung war, machte diese Bewegungen empfänglich für nationale Organisationsformen. Die Sozialistische Internationale, gegründet 1889, war eine Föderation nationaler Parteien. Ein Versuch im Jahre 1907, eine rivalisierende anarchistische Internationale zu bilden, war eine Totgeburt. Die syndikalistische Bewegung - die in dieser Periode Zehntausende von Aktivisten in verschiedenen Ländern umfaßte - hatte überhaupt kein internationales Gremium.

Was in der syndikalistischen Bewegung unter „proletarischem Internationalismus" verstanden wurde, war gegenseitige Unterstützung von Arbeiterorganisationen, die im wesentlichen einen nationalen Charakter hatten. Die Führer der französischen CGT waren jederzeit bereit, italienische oder amerikanische syndikalistische Aktivisten, die von ihrem eigenen bürgerlichen Staat verfolgt wurden, durch finanzielle Unterstützung oder durch öffentliche Kampagnen zu verteidigen. Aber es wäre für französische Syndikalisten undenkbar gewesen, daß die Führer der Unione Sindacale Italiana oder der amerikanischen IWW eine entscheidende Stimme bei der Festlegung des Programms und der Politik der französischen Arbeiterbewegung haben sollten. Und natürlich war es umgekehrt genauso.

Der *Widerspruch* im französischen Syndikalismus zwischen seinem Antimilitarismus und seiner Feindseligkeit gegenüber dem Imperialismus einerseits und seinem national begrenzten Konzept der sozialen Revolution andererseits explodierte durch den Ersten Weltkrieg. Einige führende Syndikalisten wie Monatte und Rosmer bewegten sich vorwärts zum kommunistischen Internationalismus; andere wie Jouhaux und schließlich Merrheim bewegten sich rückwärts zum Gewerkschaftsreformismus.

Kropotkin und der Anarchochauvinismus

Der materielle Druck, der dem Sozialpatriotismus in den proletarischen Massenorganisationen zugrunde lag, traf auf die anarchistische Bewegung nicht zu, die ja aus relativ kleinen Gruppen von Anhängern dieser Philosophie bestand. Kropotkin, Jean Grave, Max Nettlau und die anderen Anarchisten, die für den Krieg eintraten, taten dies nicht aus bürokratischem Karrieredenken, und sie waren auch nicht mit vorherrschenden chauvinistischen Vorurteilen bei ihrer Unterstützerbasis konfrontiert. Ganz im Gegenteil. Die große Mehrheit der Anarchisten war entsetzt über die Kriegslust von Kropotkin und seinen ideologischen Mitstreitern.

Sie waren auch sehr ratlos darüber. Errico Malatesta warf seinem alten Genossen eine Art politischen Gedächtnisverlust vor: „Kropotkin scheint den Antagonismus der Klassen, die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Emanzipation und alle anarchistischen Lehren vergessen zu haben" (zitiert in *The Anarchist Prince).* Eine Gruppe von russischen Anarchisten in der Schweiz fand, daß die Unterstützung prominenter Anarchisten für die westlichen imperialistischen Staaten und ihre zaristischen Alliierten ihnen „völlig unverständlich" sei. Viele nicht anarchistische Linke äußerten sich ähnlich, darunter Lenin, der Kropotkins Idealismus respektiert hatte. Als Kropotkin 1921 starb, nachdem er aus England nach Rußland zurückgekehrt war, bemerkte Lenin gegenüber Alfred Rosmer: „Schade, daß er am Ende seines Lebens in einem unbegreiflichen Chauvinismus untergegangen ist" (Alfred Rosmer, *Moskau zu Lenins Zeiten*, 1989).

Woher also kam das Phänomen des Anarchochauvinismus? Wir wiesen bereits darauf hin, daß sich die anarchistische Bewegung, die von Michail Bakunin eine Generation zuvor ins Leben gerufen worden war, bis zum Ende der 90er Jahre des 19. Jahrhunderts in zwei Hauptströmungen aufgespalten hatte. Die Propagandisten, deren bester Vertreter Kropotkin war, widmeten sich der Darlegung der Prinzipien des Anarchismus in Büchern und Broschüren, öffentlichen Reden und Schulungen. Die Syndikalisten konzentrierten ihre Bemühungen auf die Organisierung und den Aufbau von Gewerkschaften.

Als erst einmal klar war, daß Anarchisten wie Kropotkin, Elisée Reclus und sein Sohn Paul, Jean Grave und Max Nettlau weder für individuellen Terrorismus eintraten noch ihn persönlich ausübten, gewannen sie in bürgerlichen intellektuellen Kreisen eine gewisse Akzeptanz. Die anarchistischen Propagandisten wurden so Teil der Welt der Universitäten, akademischen Zeitschriften und wissenschaftlichen Gesellschaften. Ihr alltägliches Leben unterschied sich nicht von dem bürgerlicher Intellektueller, mit denen sie andauernd in Kontakt waren und „zivilisierte" Debatten über soziale und politische Theorien führten.

Kropotkins Haus im Londoner Vorort Bromley wurde ein Salon für „fortschrittliche" Vertreter der europäischen Intelligenz wie den anglo-irischen Dramatiker George Bernard Shaw und den dänischen Literaturkritiker Georg Brandes. Der Kropotkin, der regelmäßig an Sitzungen der stinkvornehmen Königlichen Geographischen Gesellschaft teilnahm, war ein ganz anderer als der junge radikale Agitator, der unter Handwerkern und Fabrikarbeitern in der Schweiz und Frankreich gearbeitet und erklärt hatte: „Alles, was außerhalb der Legalität liegt, ist gut für uns."



Penguin



Dietz Verlag

Trotzki und Lenin wurden während des Ersten Weltkriegs Führer des linken Flügels der internationalen Arbeiterbewegung

Die Anarchisten hielten an dem Dogma fest, daß jeder linke Aktivist, der ein Parlamentsabgeordneter oder bezahlter Gewerkschaftsfunktionär wird, unvermeidlich seine Prinzipien aufgeben und sich an die bürgerliche Ordnung anpassen würde. Aber führende anarchistische Intellektuelle waren auf ihre eigene Art und Weise korrumpiert und in die bürgerliche Gesellschaft kooptiert worden. Sie hatten den sozialen Kampf auf der Straße, in den Fabriken und in den Dörfern durch akademische Debatten ersetzt. Wie sozialdemokratische Parlamentarier und syndikalistische Gewerkschaftsfunktionäre gewöhnten sich Kropotkin und andere prominente anarchistische Propagandisten an die „liberale" bürgerliche Ordnung in West- und Mitteleuropa in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg. Deshalb verteidigten sie ihre „eigenen" kapitalistischen Staaten, die sie mittlerweile, wenn auch nicht völlig bewußt, als Beschützer ihrer politischen Freiheiten und ihrer intellektuellen Respektabilität akzeptiert hatten.

Eine bemerkenswerte Ausnahme war Errico Malatesta, der weiterhin mit der Arbeiterbewegung in seinem Heimatland Italien verbunden blieb, wo er und seine Genossen oftmals unter Bedingungen der Illegalität operierten. Malatesta wurde einmal wegen Mitgliedschaft in einer „aufrührerischen Vereinigung" verurteilt und auf der Insel Lampedusa inhaftiert, er konnte jedoch entfliehen und schaffte es, nach London zurückzukehren. Dieser altgediente Bakunist - der letzte der ungebundenen revolutionären Abenteurer aus dem Europa Mitte des 19. Jahrhunderts - kritisierte zunehmend die literarische und friedfertige Richtung, die von der anarchistischen Bewegung eingeschlagen wurde. Er schrieb 1906:

> „Es sieht mir heute so aus, daß die Anarchisten in die gegenteiligen Fehler zu gewalttätigen Exzessen verfallen sind. Wir müssen jetzt eher auf eine gewisse Tendenz reagieren, die Kompromisse schließen und ein ruhiges Leben führen will, wie es in unserem Zirkel auftritt. Es ist jetzt eher notwendig, die schmachtende revolutionäre Leidenschaft wiederzubeleben, den Geist der Opfer, die Liebe zum Risiko." (zitiert in James Joli, *The Anarchists,* 1964)

Aber eine Wiederbelebung von revolutionärer Begeisterung und vorn Geist der Selbstaufopferung gab es nicht mehr in der anarchistischen Bewegung, die ein Jahrzehnt später unter der Wucht des Ersten Weltkriegs zersplitterte. Statt dessen fand die Wiederbelebung revolutionärer Begeisterung ihren Ausdruck in der neugegründeten Kommunistischen Internationale. Die von den Bolschewik! geführte proletarische Eroberung der Staatsmacht im Oktober 1917 in Rußland hatte eine elektrisierende Wirkung auf fortgeschrittene Arbeiter und radikale Linke - nicht nur in Europa und Amerika, sondern auch in der kolonialen Welt, wo sich militante Arbeiter, antikolonialistische Kämpfer, emanzipierte Frauen und linke Intellektuelle in Scharen dem Banner des Kommunismus anschlössen.

Die Gründung der Kommunistischen Internationale 1919 polarisierte nicht nur die sozialistischen Parteien, deren beste Elemente danach strebten, Kommunisten zu werden (während die übelsten eine Karriere des Antikommunismus machen sollten, bis hin zur physischen Liquidierung von Revolutionären). Sie hatte ähnlich grundlegende Auswirkungen auf die Anarchisten und Syndikalisten: Die revolutionären Elemente schlössen sich entweder der Seite der Oktoberrevolution an (z. B. Victor Serge, Alfred Rosmer und der amerikanische IWW-Führer James P. Cannon, der spätere Gründer des amerikanischen Trotzkismus) oder fanden sich abrupt als unbedeutende Fußnote der Geschichte wieder, ein Schicksal, das solche ehemals vielversprechenden Organisationen wie die IWW oder die aus Schottland stammende Socialist Labour Party traf.

[WIRD FORTGESETZT]



Abonniere jetzt!

Workers Vanguard zweiwöchentliche Zeitung der Spartacist League/U.S.

22 Ausgaben inkl. *Spartacist* (englische Ausgabe) und *Women and Revolution*

Luftpost DM 50,-
Seepost DM 20,-

Bestellt bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 5 55
10127 Berlin
Konto 1 1988-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ50010060

Südostasien...

Fortsetzung von Seite 24

„Drachen" von Asien getauft wurde. Der Bäht begann einen Tag, nachdem Hongkong wieder unter chinesische Kontrolle kam, zu fallen, auch wenn das bürokratische Regime in Beijing gelobte, die kapitalistische Wirtschaft der ehemaligen britischen Kolonie beizubehalten. Hongkong, das von der immer mächtiger werdenden chinesischen Bourgeoisie dominiert wird - die 1949 durch die Revolution vom Festland verjagt worden war -, ist das Einfallstor für die kapitalistische Restauration im deformierten Arbeiterstaat China. Während die korrupte stalinistische Bürokratie kapitalistische „Marktreformen" beschleunigt vorantreibt, unterbieten Privatfirmen auf dem Festland mit ihrem niedrigen Lohnniveau in erheblichem Maße die Exporte aus Thailand, Indonesien und anderen Ländern. Die Gefahr der aufziehenden Konterrevolution wurde dadurch unterstrichen, daß der chinesische Präsident Jiang Zemin, der kurz vor seinem USA-Besuch den Plan zur Privatisierung des größten Teils der Staatsindustrie ankündigte, von führenden Politikern und Geschäftsleuten der USA überschwenglich begrüßt wurde.

Die dringende Notwendigkeit einer proletarischen politischen Revolution, die die nationalistische Bürokratie von Beijing stürzt und die tödliche Gefahr einer kapitalistischen Restauration stoppt, stellt sich heute knallhart. Das Schicksal von China - wie das der deformierten Arbeiterstaaten Vietnam und Nordkorea - ist untrennbar verbunden mit der gesamten Region. Genauso wie die industrielle Revolution, die Ende des 18. Jahrhunderts begann, eine Industriearbeiterklasse hervorbrachte, die Karl Marx den Totengräber des kapitalistischen Systems nannte, hat auch die wirtschaftliche Entwicklung in Südostasien ein dynamisches junges Proletariat geschaffen, von Thailand über Indonesien bis zu den Philippinen. Der Weg zur Befreiung dieser Arbeiter, und mit ihnen der Bauern und unterdrückten ethnischen/nationalen Minderheiten, ist der Kampf für die sozialistische Föderation Südostasiens, verbunden mit dem Kampf für die proletarische Revolution in Japan, den USA und anderen imperialistischen Mächten.

Rivalität USA-Japan verschärft sich

Zum großen Teil resultierte der industrielle Aufschwung in Südostasien daraus, daß japanische Konzerne die Produktion von Elektrogeräten, Autos und anderen Waren massiv in die Region verlagerten. Dieser Prozeß wurde nach dem Plaza-Abkommen von 1985 beschleunigt, das die USA durchdrückten, um ihr Handelsbilanzdefizit gegenüber Japan zu reduzieren. Mit dem Abkommen wurde der Kurs des Yen gegenüber dem US-Dollar verdoppelt, was die japanischen Exporte verteuerte. Das zwang die japanische Bourgeoisie dazu, sowohl die Angriffe auf die Arbeiterklasse im eigenen Land zu steigern als auch die Produktionskapazitäten auf Niedriglohnländer enorm auszuweiten. Japanisches Kapital stellt inzwischen über ein Drittel aller ausländischen Investitionen in Thailand, Malaysia, Indonesien und in den Philippinen.

Zwar trug die wilde Spekulation als Auslöser zur gegenwärtigen Abwertung der Währungen bei, doch es waren tiefergehende Faktoren am Werk. Während die Wirtschaft der Region enge Bindungen an Japan hat, sind die Währungen - darunter bis Juli auch der Bäht - an den US-Dollar gekoppelt. Bis vor kurzem konnte Tokio einen im Vergleich zum Dollar harten Yen beibehalten. Aber als der Yen gegenüber dem Dollar jäh im Kurs fiel, wurden die Exporte aus Thailand, Indonesien und Malaysia nach Japan viel teurer. Mit der stark ansteigenden Ausfuhr von Fertigwaren aus China gingen die bis dahin astronomischen Wachstumsraten in den „Tigerstaaten" zurück und erreichten in diesem Jahr nur noch Schneckentempo.

Südostasien ist heute Hauptschauplatz der wiederauflebenden Rivalitäten zwischen den imperialistischen Ländern: nicht nur zwischen den USA und Japan, sondern auch Deutschland, das schnell Kapital nach Asien pumpt. Während der Lobby-Tour von Kohl & Co. letztes Jahr durch Asien erklärte Delegationsteilnehmer und Siemens-Chef von Pierer: „Die Welt wird jetzt verteilt. Wer jetzt nicht aktiv wird, kommt zu spät" *(Frankfurter Rundschau, 2.* November 1996). Siemens ist schon dabei: der Asienhandel macht 15 Prozent des Gesamtumsatzes aus. Laut Schätzung der französischen Investment Bank Paribas beläuft sich das jetzige Kreditvolumen der deutschen Banken in Asien auf 150 Milliarden Mark. Für Frankfurt faßt der Chef des Bundesverbandes der Deutschen Industrie Hans-Olaf Henkel die Lage gegenüber der *Zeit* (28. November 1997) zusammen: „Der chinesische Ministerpräsident Li Peng hat mir kürzlich deutlich gemacht, daß sein Land durchaus nach einer Alternative zu den Ansprüchen der Amerikaner, aber auch der Japaner sucht. Das ist eine Chance für uns... Wir brauchen die asiatischen Märkte und müssen uns gleichzeitig im weltweiten Wettbewerb gegen die Asiaten behaupten." Deutsches Kapital ist in Asien spät dran. Aber seit dem kapitalistischen Anschluß strebt es nach einer Weltmachtrolle, die auf dem bereits aufgeteilten Ostasien-Markt einen scharfen Konkurrenzkampf gegen die USA und Japan bedeutet.

Solange die UdSSR existierte, hatten die imperialistischen Mächte bis zu einem gewissen Grade ihre konkurrierenden Wirtschaftsinteressen dem antisowjetischen, von den USA geführten, Bündnis untergeordnet. Diese Einschränkungen sind mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion entfallen. Als daher die USA ein Arrangement trafen, damit der Internationale Währungsfonds (IWF) 1995 US-Banken in Mexiko mit einer Geldspritze von 30 Milliarden Dollar aus der Patsche half, wurde das von Deutschland und Japan offen angegriffen. Seinerzeit weigerte sich Washington, bei der IWF-Geldspritze von 17 Milliarden Dollar für Thailand mitzumachen, die vor kurzem von Japan durchgedrückt wurde - auch wenn die USA darauf bestanden, die Liste von Austeritätsmaßnahmen mit aufzustellen, die der thailändischen Bevölkerung als Teil des „Hilfs"paketes aufgezwungen wurden. Doch als der IWF Ende Oktober ein weiteres „Notfallpaket" für Indonesien zusammenschnürte, waren die USA mit drei Milliarden Dollar dabei.

Der explosive Charakter der Wirtschaftsrivalität zwischen den USA und Japan wurde kürzlich noch einmal deutlich, als die USA mit einem Embargo gegen japanische Handelsschiffe drohten. Japans gegenwärtige Kampagne, einen „Asienfonds" außerhalb der Kontrolle des von den USA dominierten IWF zu errichten, führte zunächst zu Protestgeschrei aus Washington. Die Gespräche von APEC (Asiatisch-Pazifisches Wirtschaftsforum) im November bringen zweifellos noch mehr Hickhack unter den Imperialisten sowie zwischen ihnen und ihren Klienten in Südostasien.

Auch wenn der US-Imperialismus seine einstige wirtschaftliche Vormachtstellung verloren hat, setzt er weiterhin seine übermächtige militärische Stärke dazu ein, die Völker der halbkolonialen Länder zu unterjochen und eine Überlegenheit gegenüber seinen imperialistischen Rivalen aufrechtzuerhalten. Auch der japanische Imperialismus hat Schritte unternommen, um sich militärisch zu behaupten. Nachdem die japanische Regierung das Verfassungsverbot von Militäreinsätzen im Ausland aufgehoben hatte, beteiligte sie sich an einer UN-„Friedens"mission in Kambodscha 1992/93. Als in diesem Sommer die Währungskrise ausbrach, schickte Ministerpräsident Hashimoto drei Kampfflugzeuge nach Thailand, angeblich um Zivilisten

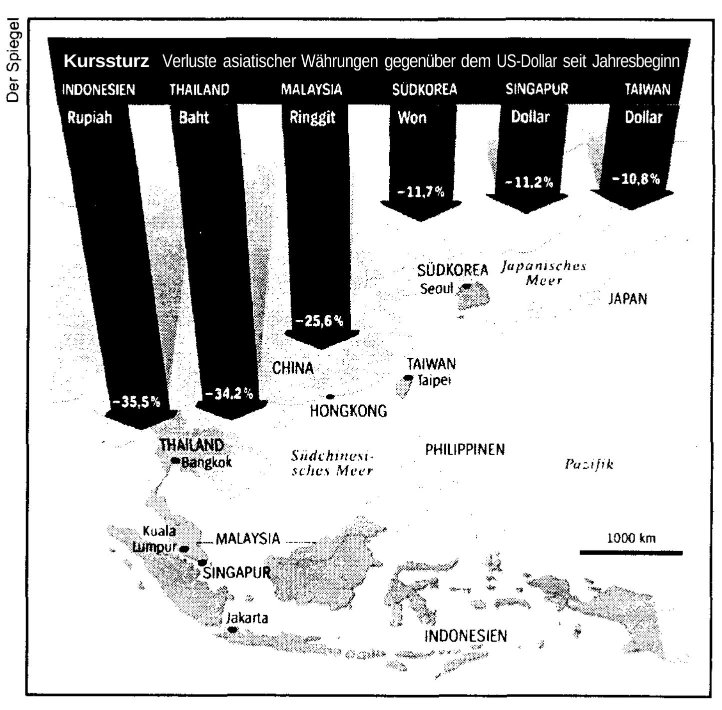
aus Kambodscha während der Kämpfe zwischen der Regierung von Hun Sen und dessen monarchistischen Rivalen zu „evakuieren".

In Südkorea sind über 35000 amerikanische Soldaten stationiert und bilden eine Frontlinie für die Interessen des US-Imperialismus in Ost- und Südostasien. Der Zusammenbruch der UdSSR hat den imperialistischen Druck auf die verbliebenen deformierten Arbeiterstaaten enorm verstärkt. In Vietnam besteht die Gefahr, daß die Hanoi-Bürokratie mit der Einführung von kapitalistischen „Marktreformen" den heroischen Sieg von 1975 über die USA und ihr südvietnamesisches Marionettenregime zunichte macht. Heute steckt Nordkorea inmitten einer Hungersnot und siecht unter der grotesken Karikatur auf den Sozialismus dahin, die von seinen bürokratischen Herrschern praktiziert wird. Trotzkisten rufen zur bedingungslosen militärischen Verteidigung dieser deformierten Arbeiterstaaten gegen Imperialismus und innere Konterrevolution auf und kämpfen gleichzeitig für eine proletarische politische Revolution zum Sturz der nationalistischen stalinistischen Bürokratie. Wir kämpfen für die revolutionäre Wiedervereinigung Koreas und wollen das machtvolle und kämpferische Proletariat Südkoreas mobilisieren, um die bürgerliche Klassenherrschaft wegzufegen und die imperialistische Ausplünderung zu zerschlagen.

Der wachsende Wettbewerb zwischen den USA und Japan im Pazifik, und ähnliche Entwicklungen in anderen Regionen, bestätigen das marxistische Verständnis über den Imperialismus, wie es der Führer der Bolschewiki W. I. Lenin in seinem 1916, mitten im Ersten Weltkrieg geschriebenen Buch *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus* darstellte. Lenin polemisierte gegen den deutschen Sozialdemokraten Karl Kautsky und dessen Theorie vom „Ultraimperialismus", wonach Konflikte zwischen den kapitalistischen Mächten friedlich beigelegt werden könnten. Lenin dagegen betonte, daß die rücksichtslose Konkurrenz um Märkte, Rohstoffquellen und Investitionen nur zu mehr und blutigeren Weltkriegen führen werde, außer wenn die imperialistischen Bourgeoisien durch Arbeiterrevolutionen gestürzt werden. Heute ist Kautskys revisionistische Vorstellung von vielen Linken wieder in Umlauf gebracht worden, die gemeinsam mit verschiedenen bürgerlichen Ideologen den Anbruch einer von „transnationalen" Konzernen beherrschten „Globalisierung" der Wirtschaft verkünden. So hat die Socialist Equality Party von David North (in Deutschland Partei für Soziale Gleichheit) unter besonderem Hinweis auf die rasche Industrialisierung Südostasiens behauptet, daß die „Globalisierung" eine „qualitative Transformation" des kapitalistischen Systems darstelle.

In unseren Argumenten gegen sozialdemokratische Reformisten und gewerkschaftsfeindliche „Sozialisten" wie die North-Leute hoben wir hervor: „Das Anwachsen von international konkurrenzfähigen Herstellern in Ostasien und Lateinamerika ist umkehrbar und kann nicht annähernd mit der Wachstumsrate fortgesetzt werden, die es in den letzten paar Jahrzehnten gab. Das ist eine politische, wirtschaftliche und sogar mathematische Gewißheit" („The ‚Global Economy' and Labor Reformism" [Die „globale Wirtschaft" und der Reformismus], Teil 2, *Workers Vanguard, 1.* Februar 1997). Da dies inzwischen durch die Finanzkrise, die ganz Südostasien durcheinanderwirbelt, für alle sichtbar geworden ist, sprechen die North-Leute von „der Erschütterung des .asiatischen Wunders' und dem Zusammenbruch des damit einhergehenden Mythos, daß dieses irgendeinen neuen und gangbaren Weg der kapitalistischen Entwicklung darstelle" *(Workers News,* 3. Oktober 1997). Diese zynische „Entdeckung" bestätigt nur unsere Charakterisierung des North-Vereins als „politische Banditen", die ungeniert ihre Linie ändern, wenn das nur ihren unmittelbaren Zwecken dient.

Von größerer Bedeutung ist, daß die prokapitalistischen Gewerkschaftsbürokratien das Gespenst der „Globalisierung" und die Produktionsverlagerung in „Dritte-Welt"-Länder benutzen, um die Arbeiter zur Unterstützung ihrer „eigenen" imperialistischen Ausbeuter zu mobilisieren. Die Irreführer vom amerikanischen Gewerkschaftsverband AFL-CIO agitieren für antimexikanischen Protektionismus und geben den Arbeitern in anderen Ländern die Schuld für Lohnsenkungen in den USA. In Japan, wo der Lebensstandard der Arbeiter und die Arbeitsplätze als Ergebnis der Umstrukturierung und des „downsizing" der Konzerne immer mehr angegriffen werden, hat sich die Gewerkschaftsspitze ebenfalls für chauvinistische Klassenzusammenarbeit stark gemacht. Die Dockarbeitergewerkschaft Zenkowan brachte im März ein Flugblatt heraus, wo sie die Hafenarbeiter Südostasiens dafür verurteilte, daß sie „Arbeitsplätze



Der Spiegel

wegnehmen"; gleichzeitig hat der von der KP geführte Gewerkschaftsverband Zenroren gegen „schmutzigen" Importreis aus Thailand demonstriert. Die Gewerkschaftsbürokraten weigern sich, Arbeiter der koreanischen und chinesischen Minderheit zu organisieren, die in Japan seit Generationen schuften, und grenzen die vor kurzem aus Asien und Afrika eingewanderten Arbeiter von den Gewerkschaften japanischer Arbeiter aus und organisieren sie getrennt.

Der politische Kampf gegen die chauvinistischen Irreführer der Arbeiterklasse ist entscheidend für die Schmiedung revolutionärer Avantgardeparteien des Proletariats von den USA bis Japan. Wie die Spartacist-Gruppe Japans, Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga, in einem kürzlich erschienenen Artikel (Japanischer *Spartacist,* Mai 1997) schrieb:

> „Wir kämpfen für aktive Solidarität mit den Kämpfen der militanten Arbeiter in Südkorea, Indonesien, den Philippinen und ganz Asien. Im Geiste des Internationalismus kämpfen wir für volle und gleiche Staatsbürgerrechte und Gewerkschaftsrechte aller eingewanderten arbeitenden Menschen in Japan und gegen jede Form rassistischer Diskriminierung gegenüber einer Million Menschen koreanischer und chinesischer Herkunft, die hier als Bürger zweiter Klasse leben. Die ausgebeuteten und unterdrückten .ausländischen' Arbeiter in Japan bilden eine Brücke zu den Werktätigen in ganz Asien, deren

Fortgesetzt auf Seite 22

Südostasien...

Fortsetzung von Seite 21

Befreiung einen gewaltigen Auftrieb durch die sozialistische Revolution im industriellen Machtzentrum Japan erhalten würde."

Pulverfaß Asien

Die Krise in Südostasien hat eine explosive Wirkung auf das Proletariat in diesen Ländern. In Thailand, wo die Abwertung der Währung auf eine Reallohnkürzung von 40 Prozent hinausläuft und allein bis Ende dieses Jahres mehr als 100000 Entlassungen anstehen, demonstrierten Tausende Arbeiter am 14. September in Bangkok unter der Losung: „Die Armen zahlen die Schulden ab, während die üblen Kapitalisten das Land ausverkaufen." An den anschließenden Protesten beteiligten sich Bauern vom Lande und breite Schichten der Mittelklasse. Die Regierung machte einen Rückzieher bei der Durchführung einiger Maßnahmen, die von den IWF-Geiern verlangt wurden, zum Beispiel eine neue Mineralölsteuer für Verbraucher; dies erinnerte an die Proteste, die 1992 zum Sturz des Militärrcgimes führten. Schließlich trat Ministerpräsident Chavalit, ein ehemaliger Armeegeneral, zurück: Er hatte mit dem Ausnahmezustand gedroht, aber führende Militärs weigerten sich, ihn durchzusetzen.



Australasian Spartacist

Spartacist League/Australien fordert Freilassung der gefangenen indonesischen Arbeiterführer

Auf den Philippinen, wo sich die Mitgliederzahl der Gewerkschaften seit 1985 fast verdoppelt hat, gab es in den letzten Wochen eine Serie von Streiks, darunter eine Arbeitsniederlegung von 5000 Postlern. Gleichzeitig demonstrierten in Manila Tausende Studenten, Lehrer, Verwaltungsangestellte und andere gemeinsam für höhere Löhne und gegen Preiserhöhungen bei Öl und Grundnahrungsmitteln. In Indonesien traten am 13. Oktober in Bandung Tausende Arbeiter des staatlichen Flugzeugherstellers IPTN in den Streik, um Ausgleichszahlungen für den Kursverfall der Rupie zu fordern und gegen die Korruption zu protestieren - eine heikle Frage in einem Land, wo Suhartos Familie und seine Spießgesellen zu märchenhaftem Reichtum durch staatlich geförderte Geschäfte kamen.

Im Oktober ernannte Suharto einen gewissen Widjojo Nitisastro zu seinem speziellen „Krisenmanager", der die Diktate des IWF durchsetzen soll. Das ist derselbe Mann, der 1966 für Suharto die Wirtschaft „umstrukturieren" sollte - genau ein Jahr nach dem antikommunistischen Blutbad, das mindestens eine halbe Million Leben kostete. Sowohl die Militärdiktatur in Indonesien als auch das islamische Regime von Mahathir Mohamad in Malaysia, die „konstitutionelle Monarchie" in Thailand und die Philippinen mit ihrer „demokratischen" Aufmachung zeigen: Die von den Imperialisten gestützten Bourgeoisien sind mehr als bereit, zu blutiger Repression zu greifen, um das System blutiger Unterdrückung aufrechtzuerhalten.'

Die Entstehung des Proletariats in Südostasien hat Ähnlichkeit mit der Entwicklung der Arbeiterklasse unter der zaristischen Selbstherrschaft in Rußland um die Jahrhundertwende. Angesichts der „kombinierten und ungleichmäßigen Entwicklung" in Rußland, wo eine moderne Industrie neben einer rückständigen Landwirtschaft existierte, entwickelte Leo Trotzki die Perspektive der permanenten Revolution für Länder mit verspäteter kapitalistischer Entwicklung: Dort waren die Bourgeoisien unfähig, die Aufgaben zu erfüllen, die mit den bürgerlichen Revolutionen in Westeuropa verbunden waren. Nur durch die Machtergreifung des Proletariats, das von der Bauernschaft unterstützt wird, können die Agrarrevolution, die politische Demokratie und die Befreiung vom Joch des Imperialismus erreicht werden. Diese Perspektive bestätigte sich mit der Oktoberrevolution von 1917, als das zahlenmäßig kleine, aber machtvolle Proletariat unter der Führung der bolschewistischen Partei die imperialistische Kette an ihrem schwächsten Glied durchbrach.

Die Bolschewik! unter Lenin und Trotzki verstanden, daß eine wirklich sozialistische Entwicklung nur durch die internationale Ausweitung der proletarischen Herrschaft, insbesondere auf die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder, erreicht werden konnte. Das Dogma des „Sozialismus in einem Land", das von Stalin und seinen Nachfahren durchgepeitscht wurde, sabotierte den Kampf für die sozialistische Revolution in anderen Ländern und unterminierte den sowjetischen Arbeiterstaat in verheerender Weise; 1991/92 führte das letztlich zu seiner konterrevolutionären Zerstörung. Trotzki warnte 1936 in seinem Buch *Verratene Revolution:*

> „Die von Lenin formulierte Frage Wer wen?' ist die Frage nach dem Kräfteverhältnis zwischen der UdSSR und dem revolutionären Weltproletariat einerseits, den inneren feindlichen Kräften und dem Weltkapital andererseits... Eine militärische Intervention ist gefährlich. Eine Intervention billiger Waren im Gefolge der kapitalistischen Armeen wäre weitaus gefährlicher."

Genau durch diese Gefahr wird heute die kapitalistische Restauration in China genährt. Die chinesischen stalinistischen Herrscher verbreiten die Lüge, nur durch eine Integration in den *kapitalistischen* Weltmarkt könne das Land Modernisierung und sozialen Fortschritt erreichen. Eine trotzkistische Partei in China würde den Kampf für eine politische Revolution, die den Drang zur Konterrevolution stoppen kann, mit dem Kampf für eine sozialistische Revolution in der gesamten Region verbinden.

Überall in Südostasien fördern die despotischen kapitalistischen Herrscher religiösen Obskurantismus und rassistische Fremdenfeindlichkeit, manchmal auch unter dem Deckmantel des „Antiimperialismus", um den Volkszorn über die jetzige Krise abzulenken. Typisch dafür sind die kürzlichen antisemitischen Schmähreden von Malaysias Mahathir, der den westlichen „Spekulanten" George Soros zum Schuldigen für die Finanzkrise stempelt. Gleichzeitig verfolgt das malaysische islamische Regime die Hindus und andere Minderheiten. Die Existenz einer machtvollen chinesischen Bourgeoisie in ganz Südostasien hat immer wieder rassistischen Demagogen dazu gedient, die Lunte anzuzünden: besonders in Indonesien, wo reaktionäre islamische Kräfte Pogrome gegen Chinesen geschürt haben, deren Opfer typischerweise kleine Händler sind. Und auf

SWP/Linksruck...

Fortsetzung von Seite 7

Imperialismus! Im Gegensatz zu diesem Gekrieche vor Labour läßt sich die Spartacist League von Lenins Herangehensweise leiten: Wir wollen die Basis von der Spitze dieser bürgerlichen Arbeiterpartei abspalten und eine authentische bolschewistische Partei aufbauen. In Britannien bedeutet das eine unversöhnliche Opposition gegen alle Spielarten der Labour-Politik.

Heute zeichnet sich drohend die kapitalistische Konterrevolution gegen den chinesischen deformierten Arbeiterstaat ab. Jahrzehnte stalinistischer bürokratischer Herrschaft haben die Überreste der geplanten, vergesellschafteten Wirtschaft ernstlich unterminiert und China an den Rand der Konterrevolution gebracht, die blutiges Chaos und Verelendung für ein Viertel der Weltbevölkerung bedeuten würde. Eine kapitalistische Konterrevolution in China würde die Jagd der Imperialisten nach der Beute und um die Neuverteilung der riesigen Märkte und der Rohstoffe, die jetzt schon vom Imperialismus ausgeplündert werden, weiter verschärfen. Es besteht die sehr reale Möglichkeit, daß diese interimperialistischen Rivalitäten zu heißen Kriegen führen, und das in der Epoche der Atomwaffen. „Wohin geht China?" ist buchstäblich eine Frage, bei der das Schicksal der Menschheit auf dem Spiel steht.

Gegen die Verarmung und Verelendung durch die „Marktreformen" hat es gewaltige Streiks gegeben, aber die Zeit wird knapp für das chinesische Proletariat. Die Katastrophe der kapitalistischen Restauration kann nur abgewendet werden durch die Aneignung von *revolutionärem politischem Bewußtsein* und durch die Mobilisierung der chinesischen Arbeiter hinter dem trotzkistischen Programm der *proletarischen politischen Revolution,* um die proimperialistische stalinistische Bürokratie zu stürzen und für sozialistische Revolutionen in ganz Asien und auf der ganzen Welt zu kämpfen.

Aber für die SWP ist China nur eine weitere „staatskapitalistische" Gesellschaft, und wieder begehen sie Streikbruch an dem Kampf, die Errungenschaften der Arbeiter gegen den raubgierigen Imperialismus zu verteidigen. Denn wenn man Cliffs Schwindel glaubt, daß die Kapitalisten schon an der Macht seien, dann gibt es für die Arbeiterklasse praktisch nichts zu verteidigen. Skandalöserweise stellte sich die SWP letztes Jahr auf die Seite der politischen Erben Chiang Kai-sheks, die heute das brutale kapitalistische Regime in Taiwan führen. Als US-Kriegsschiffe eine Provokation gegen Beijing starteten und die Meerenge von Taiwan durchführen, behaupteten die Cliff-Anhänger: „Chinas Anspruch auf Taiwan ist kolonialistisch. Wir würden jede chinesische Invasion in Taiwan als Akt imperialistischer Aggression betrachten und uns dagegen stellen" *(Socialist Review,* April 1996). Die Unterstützung der SWP für die blutigen Truppen ihrer eigenen Bourgeoisie in Irland und ihre lauthalse Opposition gegen Chinas Selbstverteidigung angesichts imperialistischer Aggression entlarvt ihre Heuchelei und ihre pseudosozialistischen Ansprüche!

Heute wird die SWP wieder von den Ursprüngen der Cliff-Tendenz heimgesucht, als sie sich vom Trotzkismus verabschiedete: angesichts des Kampfes gegen die südkoreanische Diktatur und der tödlichen Krise der stalinistischen Herrschaft in Nordkorea. Im Gegensatz zur SWP, die einen „demokratischen Imperialismus" unterstützt, kämpfen wir Spartakisten für die revolutionäre Wiedervereinigung Koreas durch eine proletarische politische Revolution im Norden gegen das grotesk deformierte stalinistische Regime, und eine soziale Revolution des machtvollen Proletariats im Süden, die den südkoreanischen Kapitalisten den Reichtum entreißt und deren Diktatur stürzt durch die Herrschaft demokratisch gewählter *Arbeilersowjets.* Wir kämpfen für den Abzug der 35000 US-Soldaten aus Südkorea, deren Militärmacht das blutige Regime in Seoul stützt und eine tödliche Bedrohung für den deformierten Arbeiterstaat in Nordkorea und für die Werktätigen in ganz Ostasien darstellt.

Um zu verstehen, was für eine Partei die SWP ist, ist es notwendig zu erkennen, daß ein gähnender Abgrund existiert zwischen der Behauptung der SWP, das Erbe des Bolschewismus zu vertreten, und ihrem tatsächlichen Programm und ihrer Praxis, die sozialdemokratisch bis auf die Knochen sind. Das ist der Grund dafür, daß sie Kritik aus ihren eigenen Reihen fürchten, und daß sie mit Lügen, bürokratischen Ausschlußmethoden und Gewalt gegen die Spartacist League vorgehen, um damit zu versuchen, die authentische Politik des Trotzkismus zum Schweigen zu bringen. Ironischerweise äfft die stalinophobe SWP mit dieser politischen Feigheit und der Zuflucht zur Gewalt Stalins Unterdrückung der Linken Opposition nach. Wir sind dafür, die unterschiedlichen Meinungen in offener politischer Debatte einander gegenüberzustellen. Wer der SWP beigetreten ist, weil er eine revolutionäre Partei sucht, wer nicht den Rest seiner Tage damit verbringen will, Labour zu wählen, Labour unter Druck zu setzen oder Bittsteller bei Labour zu sein, sollte das Programm und die Aktionen des Trotzkismus untersuchen, wie sie heute die Internationale Kommunistische Liga verkörpert.

Mit James P. Cannon, dem Begründer des amerikanischen Trotzkismus, sagen wir: „Wir sind die Partei der Russischen Revolution", und wir kämpfen dafür, Trotzkis Vierte Internationale wiederzuschmieden als notwendige Voraussetzung, um für neue Oktoberrevolutionen zu kämpfen.«

---

den katholisch dominierten Philippinen sind sowohl Chinesen als auch Muslime Verfolgungen ausgesetzt.

Die multiethnische Zusammensetzung der Arbeiterklasse in diesen Ländern unterstreicht, wie sehr eine proletarische Achse erforderlich ist, um die zahlreichen ethnischen, kommunalen und nationalen Teilungen der Region zu überwinden. Beispielsweise pendeln Arbeiter ständig zwischen Malaysia und Indonesien; in Thailand wiederum sind bis zum Ausbruch der jetzigen Krise eine Million Immigranten in die Arbeiterschaft integriert worden.

Eng verbunden mit dem Kampf für die Verteidigung der Immigranten gegen chauvinistische Reaktion ist die notwendige Mobilisierung der Arbeiterklasse für die Rechte der Frauen, insbesondere gegen fundamentalistische religiöse Kräfte. In ganz Südostasien machen Arbeiterinnen die Hälfte des Proletariats aus, und in vielen Bereichen der Leichtindustrie überwiegen sie, wie z. B. in den Sklavenarbeitslagern der Firma Nike. Junge Arbeiterinnen spielten in den kürzlichen Streiks in Indonesien eine führende und kämpferische Rolle und traten bei den Protesten gegen die Regierung in Bangkok besonders hervor.

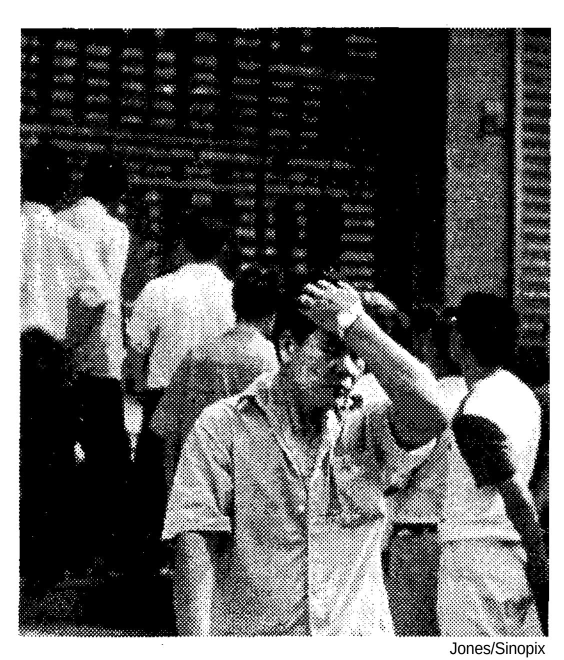
Das kämpferische Proletariat Südostasiens muß die Lehren der bolschewistischen Revolution verinnerlichen, damit es die ungeheure Unterdrückung und Armut abschütteln kann, die ihm von- den kapitalistischen Herrschern und deren imperialistischen Bossen aufgezwungen werden. Als erste und vordringliche Aufgabe ist es notwendig, internationalistische Avantgardeparteien aufzubauen, die dem trotzkistischen Programm verpflichtet sind und als Tribun aller Unterdrückten dienen. Die Internationale Kommunistische Liga kämpft für die Wiederschmiedung von Trotzkis Vierter Internationale und für neue Oktoberrevolutionen - von Malaysia und Thailand bis zu Japan und zu den USA.

Nach Workers Vanguard *Nr. 678, 14. November 1997*

SPARTAKIST

Profitgier löst Arbeiterunruhen aus

Krise erschüttert Südostasien



Jones/Sinopix



Reuters

Börsenkrach und Finanzkrisen in Südostasien entzünden Streiks, Proteste. Rechts: Arbeiterinnen fordern am 14. September in Bangkok Rücktritt des Ministerpräsidenten

Die eskalierende Finanzkrise, die letzten Sommer in Thailand begann, hat sehr schnell die kapitalistischen Regime Südostasiens erfaßt und droht jetzt, sich auf den ganzen westpazifischen Raum auszuweiten. Zuletzt haben der Bankrott des ältesten und viertgrößten japanischen Brokerhauses Yamaichi und die Insolvenz der Regierung von Südkorea gezeigt, wie weit diese Krise geht. Nach monatelangem Wirtschaftschaos und zunehmenden Straßendemonstrationen trat die Regierung von Thailand zurück. Im Oktober gab es bedeutende Streiks von Arbeitern auf den Philippinen gegen die verheerenden Folgen der Abwertung der Währung, die die politische Instabilität im Vorfeld der im Frühjahr stattfindenden Präsidentschaftswahlen verschärften. Genauso in Indonesien, wo die Suharto-Diktatur seit letztem Jahr mit wachsenden Unruhen der Bevölkerung konfrontiert ist. Inzwischen berichtet die *International Herald Tribune* (6. November 1997): „Südkorea stürzt immer tiefer in eine Finanzkrise, die schon bald die Krisen in Thailand und anderen Teilen Südostasiens in den Schatten stellen wird." Die zunehmenden Turbulenzen haben die kapitalistischen Herrscher Japans - der industriellen und finanziellen Hauptmacht in der Region - in große Angst versetzt, da deren Wirtschaft seit Anfang des Jahrzehnts ernsthaft stagniert.

Der drastische Fall des Bäht, Thailands Währung, begann im Juli und löste eine Kettenreaktion von Abwertungen und Börscnkrächen aus - was sich bis auf Hongkong, Tokio und Wall Street ausweitete. Damit zerplatzte auch der Mythos vom „Wirtschaftswunder" Südostasiens. In den letzten zwei Jahrzehnten gab es massive imperialistische Investitionen, hauptsächlich durch das japanische Kapital, in den „Tigerstaaten" Asiens, wobei die industrielle Entwicklung Südkoreas schon vorher eingesetzt hatte. Aber wie wir in *Workers Vanguard* (31. Oktober 1997) im Artikel „Black Monday II on Wall Street - ‚Death of Communism' Myth Goes Splat" [Schwarzer Montag Nr. 2 in Wall Street - Mythos vom ‚Tod des Kommunismus' geplatzt] feststellten: „Der gegenwärtige Wirtschaftsboom in Ostasien erzeugte, so wie *jeder* derartige kapitalistische Boom, eine Jagd nach immer größeren Profiten und eine entsprechende Finanzspekulation, aber das konnte nicht durchgehalten werden. Es mußte krachen, und es kam zum Crash."

Die unmittelbare Ursache für diese Reihe von Crashs hat eine Menge mit China zu tun, das inzwischen zum

Fortgesetzt auf Seite 20

Für eine Sozialistische Föderation von Südostasien!

A 1664 E

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 131 MÄRZ/APRIL 1998 DM1,-

Deutscher Imperialismus will über Balkan/Türkei ans Nahost-Öl

Verteidigt Irak gegen US-Angriff! Bundeswehr raus aus dem Balkan!

Nachfolgend drucken wir das Spartakist-Extrablatt vom 26. Februar 1998 ab.

Mit dem Irak-Abkommen hat der UN-Generalsekretär Kofi Annan die Zusage des irakischen Präsidenten Saddam Hussein ausgehandelt, sich dem imperialistischen Diktat nach „direktem, ungehindertem und bedingungslosem" Zugang für die UN-Waffeninspekteure zu unterwerfen. US-Präsident Clinton stimmte „mit Vorbehalt" zu und drohte gleich mit „ernsten Folgen", falls dem US-Imperialismus irgend etwas in die Quere kommt. Die Gefahr eines militärischen Massakers an der Bevölkerung Iraks ist alles andere als vorbei, die US-Truppenstationierung im Golf geht ungehindert weiter - bis jetzt sind über 300 US-Kriegsflugzeuge, 32 Kriegsschiffe und 30000 Soldaten im Golf stationiert.



Der Spiegel

US-Aufmarsch im Golfkrieg 1991 forderte Zehntausende Opfer

Wenn es zu einem Bombenangriff der US-Imperialisten auf den Irak kommt, rufen wir Trotzkisten der Spartakist-Arbeiterpartei, deutsche Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (IKL), zur *militärischen Verteidigung des Irak gegen die Angriffe des amerikanischen und britischen Imperialismus* auf. Die IKL hat mit Protesterklärungen und Kundgebungen in den USA und international für die Verteidigung des Irak gegen imperialistische Angriffe demonstriert und gefordert: *Nieder mit der UN-Hungerblockade!*

Nieder mit der UN-Hungerblockade!



Le Nouvel Afrique Asie

Protest gegen mörderische UN-Blockade im Irak, 1995. Banner: „Wir brauchen Medikamente, stoppt die Sanktionen"

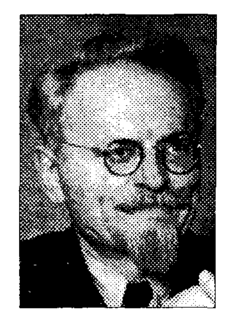
Als proletarische Internationalisten bekämpfen wir unseren „eigenen" Imperialismus: die Bourgeoisie von Auschwitz, die für ihre weltweiten Interessen schon zweimal in diesem Jahrhundert die Welt mit Krieg überzog. Mit dem Bundeswehr-Einsatz auf dem Balkan und der Unterstützung des mörderischen türkischen Regimes sichert sich der deutsche Imperialismus Absatzmärkte und Rohstoffe für seine Profitinteressen. Wir fordern: *Bundeswehr raus aus dem Balkan! Deutscher Imperialismus: Hände weg vom Nahen Osten!*

In den letzten acht Jahren haben die amerikanischen, deutschen und anderen imperialistischen Mächte, unter der Schirmherrschaft der UNO, dem irakischen Volk bereits schreckliche Verwüstungen zugefügt. Im einseitig geführten Golfkrieg 1990/91 wurden Zehntausende abgeschlachtet, und das Wirtschaftsembargo gegen den Irak hat mehr als eine Million Menschen getötet, darunter *mehr als 600000 Kleinkinder.*

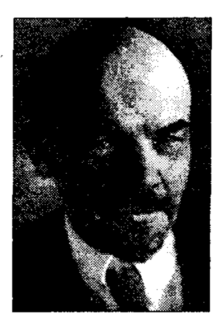
Fortgesetzt auf Seite 7

Zerschlagt imperialistischen Kriegskurs durch Arbeiterrevolution!

Die nationale Frage in der imperialistischen Epoche


TROTZKI

Die konterrevolutionäre Zerstörung der Sowjetunion hat auf der ganzen Welt zu wachsenden interimperialistischen Rivalitäten und zum Wiederaufleben des nationalen Chauvinismus geführt. In Westeuropa und den USA haben sich Repression und Tenor gegen Immigranten und nationale Minderheiten ungeheuer verschärft. Die Militärinterventionen der US-Imperialisten gegen den Irak und der Bundeswehr-Einsatz auf dem Balkan zeigen anschaulich, mit welchen Mitteln die Imperialisten ihre Herrschaft sichern. Das den halbkolonialen Ländern, z.B. Südkorea und Indonesien, aufgezwungene Diktat des Internationalen Währungsfonds beweist, daß ehemalige Kolonien, die nach dem Zweiten Weltkrieg ihre formale Unabhängigkeit erreicht haben, nicht von der imperialistischen Unterjochung befreit worden sind. Wie Trotzki 1934 in „Krieg und die IV. Internationale" betonte, kann es eine gerechte und demokratische Lösung der nationalen Frage nur durch die sozialistische Revolution geben.


LENIN

Das Proletariat verhält sich nicht gleichgültig zur *Nation.* Im Gegenteil, gerade weil die Geschichte ihm das Schicksal der Nation in die Hand legt, lehnt es ab, die Sache ihrer Freiheit und Unabhängigkeit dem Imperialismus anzuvertrauen, der die Nation nur „rettet", um sie morgen schon neuen Lebensgefahren auszusetzen namens der Interessen einer winzigen Ausbeuterminderheit.

Während er die Nation für seine Entwicklung ausnutzt, hat der Kapitalismus nirgends, auf keinem Fleck der Erde, die nationale Frage gänzlich gelöst. Die Grenzen des Versailler Europas sind quer durch das lebendige Fleisch der Nationen gezogen. Reinste Utopie ist der Gedanke, das kapitalistische Europa so umzuschneidern, daß die Grenzen der Staaten mit den Grenzen der Nationen zusammenfallen. Auf friedlichem Wege wird kein einziger Staat auch nur einen Fußbreit Boden abtreten. Ein neuer Krieg aber würde Europa wieder nur umschustern nach Maßgabe der Kriegskarte und nicht der Grenzen der Nationen. Die Aufgabe der völligen nationalen Selbstbestimmung und friedlichen Zusammenarbeit aller Völker Europas ist nur zu lösen auf Grund des wirtschaftlichen Zusammenschlusses eines von bürgerlichen Staaten gesäuberten Europa. Die Losung der *Vereinigten Sowjetstaaten von Europa* ist die rettende Losung nicht allein für die Balkan- und Donauländer, sondern auch für die Völker Deutschlands und Frankreichs.

Einen besonderen und zwar großen Raum nimmt die Frage der *kolonialen und halbkolonialen Länder des Ostens* ein, die erst um den unabhängigen Nationalstaat kämpfen. Ihr Kampf ist zweifach fortschrittlich: indem er die zurückgebliebenen Völker dem Asiatentum, dem Partikularismus und dem fremdländischen Joch entreißt, erteilt er den Staaten des Imperialismus gewaltige Schläge. Man muß sich aber von vornherein klar Rechenschaft darüber ablegen, daß die verspäteten Revolutionen in Asien oder Afrika nicht imstande sind, eine neue Blütezeit des Nationalstaats heraufzubeschwören. Die Befreiung der Kolonien wird nur eine grandiose Episode sein in der sozialistischen Weltrevolution, wie die verspätete demokratische Umwälzung in Rußland, das auch ein halbkoloniales Land war, nur die Einleitung der sozialistischen Umwälzung bildete.

In *Südamerika,* wo der verspätete und bereits faulende Kapitalismus die Verhältnisse eines halbkolonial, d.h. halbversklavten Daseins aufrechterhält, erzeugen die Weltantagonismen einen heftigen Kampf der Kompradorencliquen, unaufhörliche Umstürze im Innern der Staaten und chronische Kriegsgeplänkel zwischen ihnen... Sich aus der Zurückgebliebenheit und Knechtschaft losreißen können Süd- und Mittelamerika nicht anders als durch die Einigung all ihrer Staaten in einem mächtigen Bund. Diese grandiose geschichtliche Aufgabe zu lösen ist jedoch nicht die rückständige südamerikanische Bourgeoisie ausersehen, ganz und gar käufliche Agentur des fremdländischen Imperialismus, sondern das junge südamerikanische Proletariat als der berufene Führer der unterdrückten Volksmassen...

Das nationale Problem verknüpft sich allenthalben mit dem sozialen. Nur die Eroberung der Macht durch das Weltproletariat vermag *allen* Nationen unseres Erdballs wirkliche und unerschütterliche Entwicklungsfreiheit zu sichern.

Leo Trotzki, „Krieg und die IV. Internationale", Juni 1934

SPARTAKIST

herausgegeben vom Zentralkomitee der SPARTAKIST-ARBEITERPARTEIDEUTSCHLANDS Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

Redakteurin: Doris Kohn
Produktionsleiterin: Renate Dahlhaus
Vertriebsleiter: Wolfgang Stern

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH, Postfach 5 55, 10127 Berlin
Redaktion Spartakist: Tel. (030) 4439401

Korrespondenz über die Verlagsanschrift.
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion.

Presserechtlich verantwortlich: B. Fiedler, 10365 Berlin

Abonnement (6 Ausgaben) DM 10,- an Verlag Avantgarde
Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500100 60
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 131 **MÄRZ/APRIL 1998**

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

International Communist League
PO Box 7429
New York, NY10116, USA

KONTAKTADRESSEN

Berlin: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 5 55,10127, Berlin
Telefon: (030) 4 43 94 00

Hamburg: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg
Telefon: (040) 32 36 44

Weg mit jeder Zwangsberatung!
Ersatzlose Streichung von §218/219!

Pünktlich vor seiner Reise nach Kuba heizte der Papst seinen Kreuzzug gegen die Abtreibung wieder an. In Kuba will er eine Organisation wie die konterrevolutionäre Solidarnosc anzetteln, die den deformierten Arbeiterstaat Polen zerstört und Abtreibungen praktisch verboten hat. In Deutschland fordert er von seinen katholischen Beratungsstellen, keine Scheine mehr auszustellen, die laut Gesetz Bedingung für eine „rechtswidrige", aber „straffreie" Abtreibung sind.

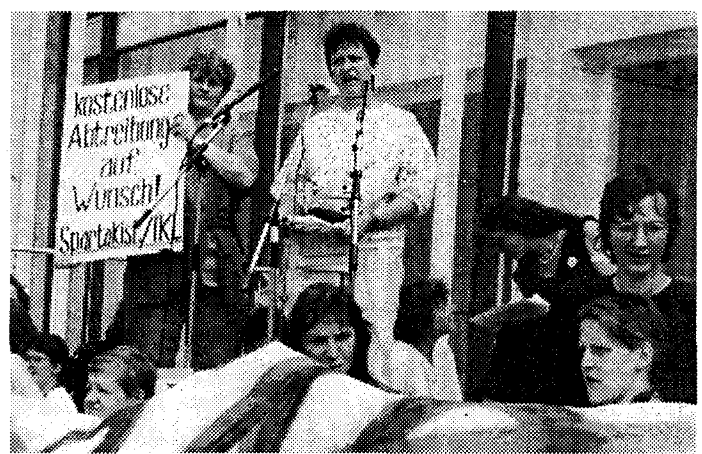
Die Zwangsberatung ist ein Ergebnis des berüchtigten Parteienkompromisses, bei dem die SPD- und PDS-Abgeordneten den §218/219 zustimmten. Diese Schandparagraphen gehen auf Bismarck zurück, der die Abtreibung kriminalisierte, weil er Kanonenfutter für seine zukünftigen Kriege brauchte. Um also unzählige Menschenleben verheizen zu können, mußte das „ungeborene Leben geschützt" werden.

Genau dem „ungeborenen Leben" dient auch heute die Zwangsberatung. Sie ist eine Erniedrigung der Frau und verbreitet die Ideologie, daß Sex zur Vermehrung da sei, das Leben mit dem befruchteten Ei anfange und Abtreibung ...Mord" sei. Abtreibung und Geburtenkontrolle betreffen direkt die Frage der Gleichheit der Frauen. Sie geben den Frauen ein Quentchen Kontrolle darüber, ob sie Kinder haben wollen oder nicht, und werden als Bedrohung der Institution Familie verstanden. Wir Marxisten erkennen in der Familie das Hauptinstrument zur Unterdrückung der Frau in der Klassengesellschaft. Die Spartakist-Arbeiterpartei fordert: Bullen, Richter, Pfaffen raus aus den Schlafzimmern und Ärztepraxen! Für die Trennung von Staat und Kirche! Für kostenlose Abtreibung auf Wunsch!

Jede herrschende Kapitalistenklasse versucht, die Bevölkerung durch den disziplinierenden und konservativen Einfluß der Familie weiter zu reglementieren. Der verschärfte Angriff auf die Abtreibung findet im Kontext der kapitalistischen Konterrevolution in DDR und Sowjetunion statt, die zu der weltweiten kapitalistischen Offensive gegen die Arbeiterklasse führte. Zusammen mit Immigranten werden Frauen als erste gefeuert - als industrielle Reservearmee. Für eine Abtreibung müssen sie DM 600 bis 1500 zahlen.

Obwohl die DDR als Arbeiterstaat bürokratisch deformiert war, waren im Rahmen der Planwirtschaft über 90 Prozent der Frauen berufstätig und es gab Kinderversorgung für alle. Allerdings mußten die Frauen die „zweite Schicht" im Haushalt fahren - in der Familie, die die Stalinisten als ..Keimzelle des Sozialismus" hochjubelten, um ihre bürokratische Kontrolle und Knebelung der Arbeiterklasse aufrechtzuerhalten. Das reaktionäre Spießertum der Stalinisten - mit ihrem nationalistischen Dogma vom „Sozialismus in einem (halben) Land" - war Ausdruck der materiellen Interessen der Stalin-Bürokratie, die 1923/24 der Arbeiterklasse die politische Macht entrissen hatte. Im Gegensatz dazu verstehen wir Trotzkisten, daß die Befreiung der Frau erst in einer sozialistischen Gesellschaft verwirklicht werden kann: auf Grundlage einer internationalen Planwirtschaft, die materiellen Überfluß produziert und die vorhandenen Ressourcen in den Dienst der Menschheit stellt. Auf dieser Grundlage kann die Familie mit ihren verdummenden, unterdrückerischen Funktionen ersetzt werden durch Vergesellschaftung der Kinderbetreuung und Hausarbeit, so daß die Frauen voll am sozialen und politischen Leben teilnehmen können.

Nach dem Vorstoß von Papst und Familienministerin Nolte verteidigte die Linksruck-Gruppe die katholische Zwangsberatung. Zwar sagt sie unter der vielversprechenden Überschrift „218 streichen": „Unsere Forderung ist eine straffreie,



Spartakist

Berlin, 1993: Protest gegen den Paragraphen 218

kostenlose Abtreibung für alle Frauen ohne Zwangsberatung!" *(Linksruck, 5.* Februar). Doch das wollen diese Reformisten offenbar künftigen Generationen vorbehalten. Denn im gleichen Artikel bemerkt Linksruck eine „breite Allianz von einzelnen CSU-Politikern bis hin zu Grünen", die „eine Beibehaltung der kirchlichen Beratung samt Scheinen fordern". Also, folgert Linksruck, „ist diese Forderung erst einmal richtig". Linksruck pfeift auf die Frauen, die mit katholischer Moral und Schuldgefühlen vollgestopft werden, wenn sie eine Abtreibung wollen. Sie sind für Linksruck nur eine Manövriermasse, um die rassistische, frauenfeindliche SPD „in die Offensive" zu treiben - ausgerechnet die SPD, die entscheidend war für die Durchsetzung des Anti-Abtreibungsparagraphen und heute „Verrat am seelsorgerischen Auftrag der Kirche" (SPD-Frauenpolitikerin Hanewinkel) schreit.

Linksruck & Co. geben als „Reformen" aus, was in Wirklichkeit - wie der 218 mit seiner Zwangsberatung - Gegenreformen sind. Das ist das logische Ergebnis der reformistischen Politik des „kleineren Übels": Das Übel wird größer und die Reform kleiner. Diese grotesken „Linken" haben sich nicht nur an das bürgerliche Bewußtsein angepaßt, sondern helfen aktiv mit, die reaktionäre bürgerliche Ideologie in die Arbeiterklasse hineinzutragen.

Nach der Oktoberrevolution von 1917 legalisierten die Bolschewiki die Abtreibung und kämpften, trotz weitverbreiteter Armut und Rückständigkeit, für die Integration der Frauen in die Gesellschaft: Jede Köchin soll regieren können! In seinem Kampf gegen Stalins politische Konterrevolution nannte Trotzki das Recht auf Abtreibung „eines der bedeutendsten politischen und kulturellen Bürgerrechte ... was die Eunuchen und alten Jungfern beiderlei Geschlechts darüber auch sagen mögen". Wir Trotzkisten von heute stimmen dem zu. Weg mit den Paragraphen 218/219!«



Spartakist-Veranstaltungen

Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution!

Frauen und permanente Revolution in Südafrika

Berlin: Donnerstag, 12. März, 18.30 Uhr
Humboldt-Universität, Unter den Linden 6
(Raum auf Anfrage)

Hamburg: Mittwoch, 11. März, 18.30 Uhr
Werkstatt 3, Nernstweg 32-34
Seminarraum, 1. Etage (S-Bahn Altona)




Berlin: Aktionseinheit vor Innensenat, initiiert von der Spartakist-Jugend

Fotos: Spartakist



Weg mit rassistischem Arbeitsverbot!

Berlin - Am 18. Dezember 1997 forderten knapp hundert Demonstranten vor dem Berliner Innensenat auf einer kämpferischen Protestkundgebung, initiiert von der Spartakist-Jugend: „Weg mit dem rassistischen Arbeitsverbot gegen ausländische Studenten!" Diese Kundgebung wurde unter anderem von der Interessenvertretung ausländischer Studierender der Humboldt-Universität (IVAS), der stellvertretenden Vorsitzenden der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Brigitte Reich, Streikaktivisten der Humboldt-Uni und der Internationalen Sozialistischen Organisation (ISO) unterstützt.

Spartakist-Jugend

Dieses rassistische Arbeitsverbot ist Teil des Staatsterrors gegen Immigranten, der als Rammbock für den Sozialraub gegen die ganze Arbeiterklasse dient. Uns Trotzkisten ist klar, daß im Kampf für Kommunismus und für den Aufbau der revolutionären trotzkistischen Partei die Rechte der besonders Unterdrückten wie Immigranten, Frauen, Homosexuelle, zentral sind: Arbeiter und Immigranten gewinnen gemeinsam oder werden getrennt geschlagen.

Die jetzigen Angriffe der deutschen Bourgeoisie sind eine direkte Folge der Konterrevolution in den deformierten und degenerierten Arbeiterstaaten DDR und Sowjetunion. Deren Existenz veranlaßte die Bourgeoisie, die „Sozialstaats"-Maske aufrechtzuerhalten, aus Angst vor einer proletarischen Revolution. Die kurdischen und türkischen Arbeiter, konzentriert in den strategischen Industrien, sind Schlüssel für eine Revolution in Deutschland und lebendige Brücke für die Arbeiterrevolution in der Türkei. Deshalb haben wir in die Studentenproteste interveniert, um Jugendliche zur Verteidigung von ausländischen Studenten und Immigranten gegen das rassistische Arbeitsverbot und zum revolutionären Programm zu gewinnen.

Die pseudotrotzkistischen Gruppen, wie die Cliff-Anhänger von ISO und Linksruck, der Revolutionär Sozialistische Bund (RSB), haben *jede* konterrevolutionäre Bewegung gegen die Sowjetunion unterstützt, wie z. B. die antisemitische klerikale Solidarnosc in Polen. An den Unis übernehmen die reformistischen und zentristischen Lakaien der SPD und PDS deren rassistische Politik. So kämpfte der RSB zusammen mit dem RefRat (AStA) der Humboldt-Uni Berlin - wenn auch erfolglos - gegen unseren Protest.

Die SPD führt den rassistischen Staatsterror an. Ein Beispiel dafür waren die protektionistischen „Standort-Deutschland"-Demonstrationen von arbeitslosen Bauarbeitern, mobilisiert durch die IG-Bau-Bürokratie im März vorigen Jahres in Berlin. Als ein Rep-Nazi bei diesen Demos Flugblätter mit der Überschrift „Deutsche Bauarbeiter, kämpft für Arbeitsplätze für Deutsche" verteilte, wurde er von Gewerkschaftsbürokraten in Schutz genommen. Linksruck beteiligte sich mit einem Block an dieser rassistischen Demo, die zu einer pogromartigen Jagd auf ausländische Arbeiter am Reichstag eskalierte.

Und als die SPD letzten September ihre rassistischste Wahlkampagne seit Jahrzehnten durchführte, riefen die Linksruck-Jusos auf: „SPD wählen - ohne Illusionen!" und gaben damit der SPD Flankenschutz von „links". Mit „Einheit-gegen-rechts"-Demos gingen sie unter radikalen Jugendlichen auf Stimmen- und Mitgliederfang für „Schröfontaines" SPD, die die Arbeiterklasse an die Bourgeoisie kettet. Wir Trotzkisten wollen dagegen die Arbeiterbasis der SPD von ihrer prokapitalistischen Führung brechen. Wie Lenin betont: „*Einheit* mit den Opportunisten bedeutet jetzt *in der Praxis* Unterwerfung der Arbeiterklasse unter die,eigene'nationale Bourgeoisie, Bündnis mit dieser Bourgeoisie zur Unterdrückung fremder Nationen und zum Kampf für die Großmachtprivilegien, also *Spaltung* des revolutionären Proletariats aller Länder" („Sozialismus und Krieg", August 1915).

Der andere Teil der Cliff-Anhänger, die ISO, will sich zwar ein Anti-SPD-Image verschaffen, aber im Kleingedruckten wollen sie auch nichts anderes als eine SPD-Regierung. Sie fordern, „das Kreuzchen links von der gegenwärtigen Regierung zu machen" („Thesen zur politischen Lage", *Linke Offensive*, Januar 1998). Kein Wunder, daß sie auf unserem Protest trotz mehrmaliger Aufforderung nichts zu sagen hatten.

Der RSB ruft zur Wahl der PDS auf und steht voll hinter deren proimperialistischen Politik. Die RSB-Zeitung *Avanti* (Dezember 1997) empört sich: „Die grünen .Menschenrechtler' fordern geradezu den Bundeswehreinsatz aus humanitären Gründen - natürlich nicht dort, wo es nur um Freiheit und Humanität geht wie bei den Kurdinnen oder gegen den Genozid an den Tutsis". Das heißt, die Bundeswehr soll für „Freiheit und Humanität" in Kurdistan und Afrika sorgen - etwa wie das deutsche Militär im Zweiten Weltkrieg?! *Das ist Loyalität zur eigenen Bourgeoisie.*

Wie Conni von der Spartakist-Jugend auf dem Protest sagte:

> „Wir von der Spartakist-Jugend wollen Studenten und Jugendliche zum Verständnis gewinnen, daß wir eine revolutionäre Partei brauchen, die auf dem Programm von Lenin und Trotzki basiert. Nur diese Partei, die in Lenins Worten als Volkstribun agiert und für alle Unterdrückten kämpft, kann sie und auch die revolutionäre Intelligenz, die unter den Studenten zu finden ist, hinter der Macht der Arbeiterklasse vereinigen in dem Kampf für neue Oktoberrevolutionen weltweit. Schließt euch unserem Kampf an."

Stoppt SPD-geführte Hexenjagd gegen Ex-DDR-Bürokraten!

Nach der Inhaftierung von Markus Wolf am 15. Januar sandte das mit der SpAD verbundene Komitee für soziale Verteidigung sofort ein Protestschreiben an das Oberlandesgericht Frankfurt/Main. Nachfolgend drucken wir in leicht gekürzter Form das Flugblatt der Spartakist-Jugend vom 20. Januar 1998 ab, das bei Studentenprotesten und an Universitäten verteilt wurde.

Die Spartakist-Jugend protestiert aufs schärfste gegen die Einkerkerung von Markus Wolf, der am 15. Januar für mehrere Tage in Beugehaft geworfen wurde, um ihn zu zwingen, gegen einen seiner ehemaligen Mitarbeiter auszusagen. Zwar wurde Wolf inzwischen auf freien Fuß gesetzt, aber er kann jederzeit wieder in den Knast geworfen werden. Seine Inhaftierung ist Teil des fortgesetzten Rachefeldzugs gegen ihn aufgrund seiner Arbeit als Leiter der DDR-Aufklärung während des Kalten Krieges. Er wird fortwährend vom BND verfolgt, der aus den Resten von Hitlers antisowjetischem Spitzelapparat aufgebaut wurde und dessen Hauptziel es war. den deformierten Arbeiterstaat DDR zu unterminieren. Es spricht für Wolf, daß er sich jetzt weigert, diejenigen zu verraten, die ihm Hilfe leisteten. Wir fordern: Hände weg von den Ex-DDR-Bürokraten!

Die stalinistische Bürokratie war eine parasitäre Kaste, die sich auf die proletarischen Eigentumsformen eines deformierten Arbeiterstaates stützte und dabei durch bürokratische Polizeistaatsmaßnahmen ein politisches' Machtmonopol über die Arbeiterklasse ausübte. Aber die Stalinisten werden von der falschen Klasse für die falschen Verbrechen angeklagt. Für die deutsche Bourgeoisie von Auschwitz, die sechs Millionen Juden im Holocaust ermordete, besteht das Verbrechen der stalinistischen Bürokraten der ehemaligen DDR darin, daß diese den militärischen Sieg der Roten Armee symbolisierte. Mit ihrem Sieg über Nazi-Deutschland wurde in einem Drittel des Landes der Kapitalismus enteignet und damit der Ausbeutung durch die Bourgeoisie entzogen. Weil die Berliner Mauer eine Verteidigung der kollektiven Wirtschaft der DDR darstellte, wenn auch auf bürokratische Weise, haßte die Bourgeoisie sie, und deswegen verteidigten wir Spartakisten die Mauer. Jetzt bezichtigt hochmütig die gleiche herrschende Klasse, die aus Furcht vor einer Arbeiterrevolution 1933 die Nazis an die Macht holte - damit diese brutal alle Arbeiterorganisationen zerschlagen konnten -, die Überbleibsel des bankrotten Stalinismus des „Verbrechens gegen die Menschlichkeit"!

Wir Spartakisten von der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) haben die DDR gegen die Imperialisten und die von den Stalinisten, Bürgerbewegungen und der SPD geschürte innere Konterrevolution verteidigt. In die 1989 entstehende politische Revolution in der DDR intervenierten wir mit unserem trotzkistischen Programm für ein Rotes Rätedeutschland als Teil der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa, was bedeutete, die stalinistische Bürokratie durch eine proletarisch-politische Revolution hinwegzufegen und in Westdeutschland die Bourgeoisie durch sozialistische Revolution zu stürzen. Unser wachsender politischer Einfluß führte zu der Massendemonstration im Treptower Park am 3. Januar 1990. Wir initiierten und verteilten überall einen Aufruf zu einer Einheitsfront-Arbeitermobilisierung gegen die faschistische Schändung des sowjetischen Ehrenmals. Unter dem Druck ihrer Basis, sich den zunehmenden rechten Provokationen und dem zunehmenden Gerede von der „Einheit" mit Westdeutschland entgegenzustellen, entschied die SED-PDS-Führung, diese Demonstration aufzubauen. Die 250000 Menschen hörten dort zwei entgegengesetzte politische Programme: das der Stalinisten, vertreten von Gysi, und das der revolutionären Trotzkisten Renate Dahlhaus und Toralf Endruweit. Das Gespenst des organisierten Arbeiterwiderstands gegen kapitalistische Wiedervereinigung erschreckte sowohl die stalinistische Bürokratie als auch die deutsche Bourgeoisie. Sie lösten eine wütende konterrevolutionäre Kampagne aus, die direkt zum Ausverkauf der DDR führte.

Das Vereinigte Sekretariat (in Deutschland Revolutionär Sozialistischer Bund, RSB) sagte „Jein" zur kapitalistischen Wiedervereinigung und bejubelte estnische Nazis als „Kämpfer gegen den Stalinismus". In der ersten Ausgabe



Spartakist

25. September 1991: Protest gegen erste Inhaftierung von Markus Wolf vor dem Bundesgerichtshof in Berlin. Die Gedenktafel im Hintergrund erinnert an die unzähligen Todesurteile, die von dem ehemaligen Nazi-Reichskriegsgericht gefällt wurden

der Zeitschrift *Avanti* vom November 1990 bezeichnete der RSB unseren Kampf für ein Rotes Rätedeutschland in einem sozialistischen Europa als ,„linken' Popanz". Er lobte aber die „Erfahrung, der polnischen Arbeiterklasse": „Sie war unter der Führung von Solidarnosc mit einem auf Arbeiterselbstverwaltung orientierten Programm angetreten." Doch die klerikale antisemitische Solidarnosc war die „Gewerkschaft" der Bosse, die in Polen mit direkter Hilfe von Reagan, Thatcher, dem Vatikan und den deutschen

Fortgesetzt auf Seite 6

SED/PDS: Anführer der Konterrevolution in der DDR!

Stoppt Hexenjagd...

Fortsetzung von Seite 5

Bankiers die kapitalistische Konterrevolution anführte. Die SPD war der Zwischenhändler für das CIA-Geld für Solidarno , während der RSB für sie Handlangerdienste unter der Losung „Solidarität mit Solidarnosc leistete. Das Markenzeichen des zentristischen RSB und der Reformisten von Linksruck (früher Sozialistische Arbeitergruppe), den deutschen Anhängern von Tony Cliffs SWP, ist die Unterstützung für die Konterrevolution an jedem Siedepunkt des zweiten Kalten Krieges (siehe *Spartakist* Nr. 130, Dezember 1997/Januar 1998).

Die Bourgeoisie von Auschwitz haßt Markus Wolf, dessen Eltern jüdische deutsche Kommunisten waren, weil er Spionagechef des deformierten Arbeiterstaats DDR war. Wolf beruft sich gegenüber den Häschern des blutigen deutschen Imperialismus auf seine „Friedenstätigkeit" und drückt damit die Illusionen der stalinistischen Bürokratie in einen „Sozialismus in einem halben Land" durch friedliche Koexistenz mit den Imperialisten aus. Wolf war Anhänger von Gorbatschow, der das grüne Licht für die kapitalistische Wiedervereinigung gab. Als Mitglied des „Ältestenrates" der SED war er Hauptarchitekt des SED-Parteikongresses am 18./19. Dezember 1989, der Gysi und Bisky an die Spitze brachte. Der PDS-Führer und DDR-Präsident Modrow gab im Januar 1990 die Linie „Deutschland, einig Vaterland" aus, und die PDS-Wahlkampagne für die Volkskammerwahl im März 1990 stand unter dem nationalistischen Motiv von „Wir sind ein Volk! 1:1". Damit schürten die Stalinisten unter den ostdeutschen Arbeitern Illusionen, sie würden vom deutschen Imperialismus mit Reichtum überhäuft werden. Sie selbst wollten ihren Deal mit Kohl machen, um irgendwo als Parlamentarier, Gewerkschaftsbürokraten oder Bürgermeister ein Plätzchen an der Sonne im Vierten Reich zu kriegen!

Sobald die DDR und die Sowjetunion zerstört waren, hatte die deutsche Bourgeoisie keine Veranlassung mehr, das Image des „Sozialstaats" beizubehalten. Jetzt zeigt die rachsüchtige herrschende Klasse, die sich fälschlicherweise durch den Bankrott des Stalinismus von der Gefahr einer Arbeiterrevolution befreit glaubt, den Arbeitern die geballte Faust, indem sie versucht, an alten Stalinisten ein Exempel zu statuieren. In den letzen Jahren wurden bereits Zehntausende durch die Hexenjagd gefeuert, darunter berühmte Wissenschaftler wie der Immunologe Prof. Porstmann, der sich am Klinikum der Humboldt-Uni, der Charité, weigerte, für die neuen Herren zu spitzeln. Die kapitalistische Uni-Administration der HU, die bis vor kurzem unter dem Kommando der grünen Unipräsidentin Dürkop stand, heuerte den SS-Schergen Krelle an, um die antikommunistischen Säuberungen von linken und Ex-DDR-Lehrkräften durchzupeitschen.

Die SPD, die als Trojanisches Pferd der Konterrevolution in der Ex-DDR operiert hat, treibt diese Vergeltungsmaßnahmen der herrschenden Klasse voran. Seit dem 4. August 1914, als sie für die Kriegskredite in dem von der deutschen Bourgeoisie losgetretenen Ersten Weltkrieg stimmte, dient sie loyal ihren kapitalistischen Herren. 1918/19 ertränkten Ebert und Noske die von den Spartakisten geführte Arbeiterrevolution in Blut und sind verantwortlich für den Mord an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Reformistische sozialdemokratische Massenparteien, wie die SPD, sind in Lenins Worten „bürgerliche Arbeiterparteien", also Parteien, die traditionell auf dem Proletariat basiert sind, die aber vollkommen bürgerlich in ihrer Einstellung und ihrem Programm sind. Die Aufgabe der Kommunisten ist es, diese Parteien zu *spalten*, indem sie den grundsätzlichen Klassengegensatz zwischen der prokapitalistischen Führung und der Arbeiterbasis vertiefen.

Während des Kalten Krieges war die SPD in ganz Europa das ideologische Bollwerk des imperialistischen Antikommunismus. Heute versucht die SPD die Arbeiterklasse zu spalten, indem sie, wie beim Bergarbeiterstreik letztes Jahr, das Gift des Rassismus versprüht. In Hamburg führte sie eine so rassistische Wahlkampagne, daß selbst die Faschisten sagten: „Wählt das Original, nicht die Kopie!" Die SPD schürt den mörderischen Naziterror und benutzt den rassistischen Staatsterror als Rammbock für den Sozialraub. Erst kürzlich spielte die SPD die Scharfmacherrolle in der rassistischen Kampagne gegen die kurdischen Flüchtlinge aus der Türkei und dem Irak. Sie warf der Bonner Regierung vor, diese hätte schon längst Druck auf Rom machen sollen, um die kurdische Immigration zu stoppen. Das gibt einen Geschmack davon, wie eine SPD-geführte Regierung aussieht, die anstelle der CDU den deutschen Imperialismus verwaltet.

Angesichts des wütenden Rassismus der SPD und ihrer Angriffe auf die Arbeiterklasse schließt der RSB „natürlich eine Unterstützung der SPD und der Grünen als bürgerliche Parteien grundsätzlich aus" (*Avanti*, Mai 1997). Indem er die SPD als bürgerlich betitelt, bestätigt der RSB lediglich, daß er keine Absichten hat, gegen die SPD-Führung der organisierten Arbeiterklasse anzukämpfen. Und weiter heißt es in *Avanti:* „Kritisch wählen könnte mensch dagegen die PDS." Doch die PDS, die die Konterrevolution in der DDR führte, hat schon längst erklärt, daß sie für eine SPD/Grünen-Regierung in Bonn eintritt und diese unterstützen wird. Wir werden auch nie das „Verständnis" der PDS für den rassistischen Pöbel beim Rostocker Pogrom von 1992 vergessen. Die Unterstützung des RSB für die PDS ist eine bequeme Hintertür, um der rassistischen SPD doch an die Regierungsmacht zu verhelfen, die sie dafür ausnutzen wird, die Arbeiterklasse an die Bourgeoisie zu ketten und damit den Sozialraub und den rassistischen Staatsterror weiterzutreiben. Linksruck dagegen übernimmt direkt Verantwortung für den Staatsterror gegen Immigranten und Flüchtlinge mit Überschriften wie „SPD wählen ohne Illusionen". Mit „linkeren" Parolen wie „Arbeitsplätze statt Ausländerhetze" appellieren sie an Gewerkschaftsbürokraten wie Zwickel, weniger rassistisch zu sein, sowie an die rückständigsten und rassistischen Elemente der Arbeiterklasse. Die Spartakist-Jugend kämpft zusammen mit der SpAD, um die revolutionäre Arbeiterpartei aufzubauen, die Tribun aller Unterdrückten ist. Wir fordern volle Staatsbürgerrechte für Immigranten! So haben wir während der Unistreiks einen Einheitsfrontprotest gegen das zuerst von der SPD in Hamburg und jetzt bundesweit eingeführte Arbeitsverbot für ausländische Studenten initiiert. RSB und Linksruck weigerten sich, daran teilzunehmen. Um den Kapitalismus zu stürzen, brauchen wir eine Partei, die das Bewußtsein in die Arbeiterklasse trägt, daß nur die Diktatur des Proletariats und neue Oktoberrevolutionen weltweit eine Gesellschaft errichten können, in der die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen nicht mehr existiert.

Über die Hexenjagden auf Linke und Ex-DDR-Bürokraten sagen wir, daß alle Arbeiterorganisationen sich den Verfolgungen und Schauprozessen entgegenstellen müssen. Diese staatlichen Repressionen, wie der vor kurzem drastisch verschärfte Lauschangriff, zielen in Wirklichkeit auf die Arbeiterklasse selbst ab.

Hände weg von den Ex-DDR-Bürokraten! Weg mit dem Verbot von Devrimci Sol, der PKK und aller kurdischen Vereine! Freiheit für die Verurteilten der Mauerprozesse, die Inhaftierten der RAF und alle linken politischen Gefangenen!«

Verteidigt den Irak...

Fortsetzung von Seite 1

1991 haben SPD, PDS und Grüne lauthals das Hungerembargo gegen den Irak gefordert als „friedliche" Strategie zur imperialistischen Unterjochung des Irak. Im Gegensatz zu vielen pseudolinken Gruppen, die das Embargo gegen den Irak offen oder stillschweigend unterstützten, hat die IKL das Embargo stets verurteilt, das im Irak mehr Menschen umbrachte als alle Bombardierungen. Die UNO ist - wie Lenin über deren Vorgänger, den Völkerbund, sagte - eine imperialistische Räuberhöhle, die den Zweck hat, die Unterdrückten der Welt im Interesse der Kapitalisten niederzuhalten.

Die Arbeiterklasse muß sich international dem imperialistischen Militäraufmarsch entgegenstellen, den Irak verteidigen und dafür kämpfen, die Hungerblockade und die UN-Sanktionen zu zerschlagen. Krieg ist nur die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, wie der Militärstratege Clausewitz im 19. Jahrhundert sagte. Imperialistische Kriege sind der konzentrierte Ausdruck des „normalen", brutalen Funktionierens des kapitalistischen Systems. Es ist dringend notwendig, die Arbeiter und alle, die gegen imperialistische Kriege kämpfen wollen, von der SPD zu brechen, die die Arbeiter als Kanonenfutter an ihre eigene Bourgeoisie ausliefert, und eine revolutionäre Partei aufzubauen, um die Arbeiter an die Macht zu führen.

Imperialistische Rivalitäten verschärfen sich

Dem mörderischen Terror gegen den Irak liegen die verschärften interimperialistischen Rivalitäten zugrunde: Der Militäraufmarsch der USA am Golf richtet sich letzten Endes gegen die ebenso raubgierigen deutschen und japanischen Imperialisten. Während Deutschland 1990/91 noch massenweise Geld für den US-Krieg gegen den Irak herausrückte, machte Außenminister Kinkel diesmal klar, daß es weder DM noch deutsche Waffen für den US-Militärschlag geben würde. Der deutsche Imperialismus verfolgt am Golf seine eigenen Weltmacht-Ambitionen - besonders im Iran, wo Deutschland der führende Handelspartner ist und bedeutende Militärhilfe leistet, um die iranischen Ölfelder plündern zu können. So war es kein Zufall, daß sich die EU am Tag nach Annans Irak-Abkommen provokativ über das US-Embargo hinwegsetzte und ihre erneute „Annäherung" an den Iran ankündigte. Die Zerstörung der Sowjetunion hat besonders im Nahen Osten die Konkurrenz zwischen den Imperialisten verschärft, wo die riesigen Gas- und Öl-Reserven der früheren Sowjetrepubliken Zentralasiens jetzt für die kapitalistische Ausbeutung geöffnet sind.

Vor allem will das durch die kapitalistische Wiedervereinigung enorm gestärkte Deutschland wieder Europa beherrschen, um in Konkurrenz zu seinen Rivalen Japan und USA eine Weltmachtrolle zu spielen. Deutschland verschärft den Druck auf seine schwächeren imperialistischen Rivalen in der „Festung Europa", ihre Grenzen noch undurchdringbarer zu machen für kurdische Flüchtlinge, und zwingt den Arbeitern von Polen bis Portugal sozialen Kahlschlag auf. Die SPD will sich dabei als besserer Vertreter der imperialistischen deutschen Interessen beweisen. Während ein Teil der SPD dem Bundeskanzler Kohl „Vasallentreue" gegenüber den USA vorwarf, weil dieser Clinton die Nutzung der *amerikanischen* Militärbasen in Deutschland „erlaubte", sorgte sich der außenpolitische SPD-Sprecher Karsten Voigt um die von Deutschland dominierte „Festung Europa". Er griff die britische Regierung an, weil sie „zu keinem Zeitpunkt versucht habe, eine einheitliche Linie der europäischen Mitgliedsländer im Irak-Konflikt herbeizuführen", *Nieder mit der rassistischen „Festung Europa"! Für ein Arbeitereuropa!*

Das vom deutschen Imperialismus unterstützte türkische Regime hat in seinem Vernichtungskrieg gegen die Kurden Hunderttausende ermordet und ist in den letzten Jahren immer wieder in die kurdischen Gebiete im Irak einmarschiert. In den letzten Wochen hat die mit deutschen und US-Waffen ausstaffierte türkische Armee im Irak eine Menschenmauer aus Soldaten errichtet, um zu verhindern, daß Kurden und andere Flüchtlinge aus dem Irak vor einem Terrorbombardement der US- und britischen Imperialisten fliehen können. Wir fordern: *Türkische Armee raus aus Kurdistan!*

Im ehemaligen Jugoslawien ist der brudermörderische Bürgerkrieg die Konsequenz der vom deutschen Imperialismus geschürten kapitalistischen Konterrevolution, die die Nationen und Völker des Balkans gegeneinander aufgehetzt hat. Es waren die Vaterlandsverteidiger der SPD, die 1995 mit ihrem „Friedens"geschwätz den ersten Kampfeinsatz deutscher Truppen seit Ende des Zweiten Weltkriegs möglich machten, in einem Land, wo die Nazi-Wehrmacht ein Fünftel der Bevölkerung ermordet hat. Die Fratze des deutschen Imperialismus zeigte sich wieder einmal letzte Woche, als deutsche Unteroffiziere in Bosnien antisemitische Drohungen gegen albanische SFOR-Soldaten ausstießen. *Bundeswehr/NATO/UNO raus aus dem Balkan!*

Wir Trotzkisten stellen uns gegen alle nationalistischen Kräfte in diesem brudermörderischen Krieg auf dem Balkan, der von den rivalisierenden Imperialisten angeheizt worden ist. Während der NATO-Bombardierung im September 1995 allerdings verteidigten wir die bosnischen Serben gegen den imperialistischen Angriff und organisierten Protestkundgebungen in Berlin, London, Paris und New York. Wir kämpfen für eine *Sozialistische Föderation auf dem Balkan als Teil der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa.*

Die Flüchtlinge aus dem Balkan und dem Nahen Osten, die dem vom deutschen Imperialismus ausgelösten Elend und Krieg entkommen wollen, werden zu Tausenden abgeschoben. Denjenigen, die noch hier sind, wird jede Sozialhilfe gestrichen, um sie auszuhungern. Wir fordern: *Asylrecht für Flüchtlinge vor rechtem Terror und volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!*

Im Golfkrieg 1990/91 benutzte der deutsche Staat den Bombenterror im Irak, um im eigenen Land den rassistischen Terror zu verschärfen. Bonn verbot arabischen und anderen Immigranten aus dem Nahen Osten, gegen den Massenmord an ihren Völkern zu protestieren. Die SpAD protestierte dagegen im März 1991 mit einer Demo unter der Forderung „Weg mit dem Maulkorberlaß für Araber und Kurden!" Gegen die andauernde Hetze und Verfolgung der Kurden fordern wir: *Weg mit dem Verbot der PKK und aller kurdischen Vereine!*

Die Weltmacht-Ambitionen des deutschen Imperialismus gehen mit dem Wiederaufstieg des Nationalismus im Innern einher, der von der SPD mit ihrer Demagogie vom „Standort Deutschland" vorangetrieben wird. Der faschistische Terror ist nur der extreme Ausdruck des Nationalismus. In Ostdeutschland, wo die Kapitalisten mit einem Rachefeldzug gegen den ehemaligen deformierten Arbeiterstaat DDR fast die ganze Industrie zerstört haben, werden täglich Flüchtlinge, ausländische Arbeiter und linke Jugendliche von Nazi-Banden zusammengeschlagen, und viele haben diesen Terror mit ihrem Leben bezahlt. Als 1993 im Westen Deutschlands bei Nazi-Brandanschlägen in Mölln und Solingen türkische Frauen und Kinder ermordet wurden, gingen Tausende hauptsächlich eingewanderte Arbeiter auf die Straße, um gegen die Nazi-Brandmorde zu protestieren. *Stoppt die Nazis durch Arbeiter/Immigrantenmobilisierung!*

Die SPD hat 1992 mit ihrem Beschluß zur Abschaffung des Asylrechts direkt das staatlich geschürte Pogrom in Rostock angeheizt (und die PDS „Verständnis" für die

Fortgesetzt auf Seite 8

Verteidigt den Irak...

Fortsetzung von Seite 7

Rassisten geäußert) und damit Naziterror und antisemitische Anschläge vorbereitet. SPD/PDS und die sozialdemokratische DGB-Bürokratie tragen den Nationalismus und Rassismus in die Arbeiterklasse hinein, um ihr Klassenbewußtsein zu vergiften und sie zu spalten. In den Bundesländern, wo die SPD die Regierung stellt, gibt es die höchsten Abschiebequoten und massiven Polizeiterror gegen Immigranten und Flüchtlinge, und bei den Hamburger Wahlen Ende letzten Jahres hat die SPD die übelste rassistische Kampagne seit Jahrzehnten geführt. Zugleich entwaffnen die PDS und die reformistischen und zentristischen Linken, die die Wahltrommel für die Sozialdemokratie rühren, antirassistische Jugendliche, die die Nazis stoppen wollen, indem sie deren Proteste in ohnmächtige Kundgebungen umwandeln und Vertrauen in den bürgerlichen Staat predigen.

Der Rassismus der herrschenden Kapitalistenklasse und ihrer SPD-Handlanger ist zugleich eine ideologische Vorbereitung für neue imperialistische Kriege. Gegen diese Sozialpatrioten kämpfen wir Spartakisten für die Schmiedung einer revolutionären Arbeiterpartei, die notwendig ist, um den Kapitalismus zu stürzen, der die Ursache von imperialistischen Raubkriegen und Elend ist. Es ist unsere Aufgabe, die fortgeschrittensten Arbeiter, zu denen türkische und kurdische Arbeiter gehören, die aufgrund ihrer besonderen Unterdrückung in der Gesellschaft weniger Illusionen in den deutschen Imperialismus und die nationalistische Sozialdemokratie haben und gleichzeitig in strategisch wichtigen Industrien konzentriert sind, in einer trotzkistischen Partei zu organisieren, um den Kampf für die proletarische Revolution voranzubringen. Die eingewanderten Arbeiter stellen auch eine menschliche Brücke dar, die Revolution in ihre Herkunftsländer zu tragen.

Für eine Sozialistische Föderation des Nahen Ostens!

Nach der Zerstörung der Sowjetunion 1991/92, einer welthistorischen Niederlage für das internationale Proletariat, treten die gegensätzlichen Interessen der imperialistischen „Verbündeten" immer offener zutage, die zuvor dem antisowjetischen Kalten-Kriegs-Konsens untergeordnet waren. Mit Ausnahme von Kanada, Australien und Tony Blairs Britannien ist die Unterstützung der anderen imperialistischen Mächte für einen Angriff der USA höchstens lauwarm. Frankreich, dessen Erdölfirmen zusammen mit russischen und italienischen Interessenten Abkommen unterzeichnet haben, die ihnen nach Beendigung der UN-Sanktionen einen riesigen Anteil an der irakischen Erdölproduktion sichern, hat sich mehr oder weniger offen gegen einen neuen Militärangriff gestellt.

Sogar US-treue arabische Staaten wie Ägypten und Saudi-Arabien wandten sich gegen eine Bombardierung des Irak. Das zionistische Israel dagegen, das an alle außer an die Palästinenser Gasmasken ausgegeben hat, die teilweise von Deutschland geliefert wurden, steht fest hinter den USA. Wie der israelische Atomtechniker Mordechai Vanunu 1986 enthüllte, hat der zionistische Staat sein eigenes bedeutendes Atomwaffen-Arsenal. Vanunu wurde für seine mutige Enthüllung gekidnappt und in einen fensterlosen Kerker geworfen, in dem er bis heute in Einzelhaft sitzt. Israelische Truppen feuerten in der besetzten Westbank Tränengas und gummi-ummantelte Stahlgeschosse in eine Demonstration von 500 Palästinensern gegen die US-Kriegsvorbereitungen gegen den Irak. Arafats- palästinensische Polizei bewies erneut ihre Rolle als Hilfsbullen für die zionistischen Schlächter, als sie brutal Frauen und Kinder zusammentrieb, die Plakate zur Unterstützung Iraks trugen. *Israel raus aus allen besetzten Gebieten!*

Die imperialistische Vorherrschaft und Ausbeutung des Nahen Ostens beruht auf der Zerstreuung und Unterdrükkung der Palästinenser, genau wie der Kurden. Um eine wirkliche demokratische Lösung für die Palästinenser zu erreichen, muß das zionistische Israel von innen her besiegt werden durch eine revolutionäre Allianz der unterdrückten palästinensischen Werktätigen mit dem hebräischsprachigen Proletariat, das vom Würgegriff des chauvinistischen Zionismus gebrochen werden muß. Dafür ist die Verteidigung der unterdrückten Palästinenser genauso notwendig wie die Verteidigung des Existenzrechts der hebräischsprachigen Nation in dem Gebiet.

Dabei sind die arabischen Bourgeoisien und feudalen Scheichs ebenso der Feind des palästinensischen Volkes und aller Arbeiter und Unterdrückten der Region wie die zionistischen Herrscher. Genauso ist in den kurdischen Gebieten der Kampf für die Unabhängigkeit untrennbar verbunden mit der proletarischen Revolution in den vier kapitalistischen Ländern, in denen die Kurden leben. Gegen den kleinbürgerlichen Nationalismus von Öcalans PKK und Arafats PLO fordern Kommunisten: *Für die Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan! Für die Sozialistische Föderation des Nahen Ostens!*

Wir sind bedingungslose Gegner der imperialistischen Kriegsvorbereitungen gegen den Irak, aber wir geben dem kapitalistischen Hussein-Regime absolut keine politische Unterstützung; es hat seine Herrschaft errichtet und abgesichert durch antikommunistische Massaker, Repression gegen die Arbeiterklasse und blutige Unterjochung des kurdischen Volkes. Es ist die Aufgabe des irakischen Proletariats, das die unterdrückten Frauen und ethnische, nationale und religiöse Minderheiten anführen muß, das blutige Regime Saddam Husseins durch eine sozialistische Revolution wegzufegen.

Die heuchlerische imperialistische Raserei über Saddam Husseins angebliche Massenvernichtungswaffen ist wirklich grotesk. Es waren die USA, die 1945 Nagasaki und Hiroshima mit Atomwaffen einäscherten. Und beim Nazi-Holocaust benutzte der deutsche Imperialismus Zyklon B für seinen Völkermord an sechs Millionen Juden, an Roma, Sinti und anderen Opfern in seinen Vernichtungslagern. Der Imperialismus ist die größte Gefahr für die Menschheit.

Für eine sozialistische Revolution, um dem imperialistischen Krieg ein Ende zu bereiten!

Heute erinnert die politische Lage immer stärker an die Zeit vor dem ersten interimperialistischen Krieg. Der Erste Weltkrieg 1914 war ein Kampf um die Neuaufteilung der Welt und drückte aus, daß die engen Grenzen der Nationalstaaten zu einer Fessel für die Entwicklung der Produktivkräfte geworden waren. Der großangelegte Bau der Bagdad-Bahn zeigte damals den Drang des deutschen Imperialismus nach neuen Ausbeutungssphären im Osten. Mit dem Zweiten Weltkrieg wollte Hitler-Deutschland den degenerierten Arbeiterstaat Sowjetunion zerstören und für die kapitalistische Ausbeutung zurückholen, nicht zuletzt die Ölquellen in Zentralasien. Um die erwartete Beute nicht teilen zu müssen, führte Hitler den Krieg an der Westfront, der schließlich auch gegen die USA ging - Antiamerikanismus in Deutschland ist nicht das Gleiche wie Antiimperialismus.

Mit der Zustimmung zu den Kriegskrediten ging die SPD 1914 in das Lager ihrer eigenen Bourgeoisie über. Sie verriet damit alle Prinzipien des Marxismus, die davon ausgehen, daß die Arbeiter kein Vaterland haben. Gegen diesen Klassenverrat von SPD und II. Internationale erkämpften Lenin und" Trotzki die kommunistische III. Internationale. In Lenins Worten ist die SPD eine „bürgerliche

Arbeiterpartei", das heißt eine traditionell im Proletariat verwurzelte Partei, deren Führung aber von ihrer ganzen Einstellung und von ihrem Programm her durch und durch bürgerlich ist. In Kriegszeiten schicken diese Sozialchauvinisten die Arbeiterjugend in die Schlacht zur „Verteidigung des Vaterlands". Es ist die strategische Aufgabe von Revolutionären, die Arbeiterbasis der SPD von ihrer prokapitalistischen Führung zu brechen und in der Tradition von Karl Liebknecht für das Programm des proletarischen Internationalismus zu gewinnen. Für uns Trotzkisten steht der Hauptfeind im eigenen Land.

Als stärkste imperialistische Weltmacht unterhalten die USA in Europa, Asien und im Nahen Osten Militärbasen, und die Nutzung dieser Basen für einen Militärschlag gegen den Irak ist potentiell politisch explosiv. In Ländern wie Deutschland oder Japan, den imperialistischen Hauptrivalen der USA, werden Proteste gegen diese Basen höchstwahrscheinlich eine ausgeprägt nationalistische Stoßrichtung haben. Diese Außenposten des amerikanischen bürgerlichen Staates werden entweder von der deutschen oder japanischen Bourgeoisie geschlossen werden, als Bekräftigung der erneuten interimperialistischen Rivalitäten, oder durch eine Arbeiterrevolution, die auch den hiesigen bürgerlichen Staatsapparat zerschlägt und durch die Diktatur des Proletariats ersetzt.

Der Aufschrei des SPD-Abrüstungsexperten Gernot Erler, der Kohls Erlaubnis zur Nutzung der US-Militärbasen als „Beihilfe zum Bruch des Völkerrechts" bezeichnete, dient dem deutschen Antiamerikanismus. Im NATO-Kriegskurs gegen die Sowjetunion spielten die westdeutschen US-Basen eine zentrale Rolle, während heute die übriggebliebene US-Militärpräsenz von untergeordneter Bedeutung bei der fortdauernden militärischen Kooperation zwischen Deutschland und USA ist. Nachdem die Rote Armee das Dritte Reich zerschlagen hatte, wurde Westdeutschland von den USA als antisowjetischer Frontstaat wiederaufgebaut und die SPD durch die CIA finanziert, um die Arbeiterklasse mit Antikommunismus zu impfen. Mit dem Wiederaufstieg Deutschlands ging auch die Loyalität der SPD wieder auf den deutschen Imperialismus über. Während die deutsche Bourgeoisie im Moment nicht unverhüllt gegen einen US-Militärschlag gegen den Irak auftreten kann, weil sie nicht stark genug für diesen direkten Konflikt mit den USA ist, sind die Sozialdemokraten wie bei der Konterrevolution in der DDR wiederum die nationalistische Speerspitze und drücken am klarsten die Interessen des Vierten Reichs aus.

Während die SpAD beim Golfkrieg 1991 dazu aufrief: .Verteidigt Irak! Für die Niederlage der US/NATO-Imperialisten!", hatten die Cliff-Anhänger in Deutschland - heute als Linksruck (in den SPD-Jusos) und als Internationale Sozialistische Organisation (ISO) organisiert - mit der Verteidigung des Irak nichts am Hut. Statt dessen unterstützten sie die pazifistische Forderung „Kein Blut für Öl", die die Illusionen vieler Jugendlicher in einen „friedlichen" Kapitalismus ausdrückte, vor allem aber bedeutete, daß die deutsche Bourgeoisie nicht für einen Krieg *im amerikanischen Interesse* zahlen wollte. Als der US-Krieg vorbei war, verschwand die Forderung - auch aus den Seiten der Cliff-Presse. Das Blut von Hunderttausenden Frauen und Kindern im Irak, die durch die UN-Hungerblockade ermordet wurden, war offensichtlich nicht gemeint.

Jetzt gibt Linksruck mit der Losung „Keine Mark für Clintons Krieg" dem Außenminister Kinkel Schützenhilfe, der sowieso nicht zahlen will. Und die ISO erwähnt in ihrem Artikel „Irak-USA: Spiel mit dem Feuer" *(Linke Offensive,* Dezember 1997) den deutschen Imperialismus nicht ein einziges Mal! Die „Opposition" von Linksruck/ ISO gegen den US-Imperialismus ist nichts anderes als der nationalistische Antiamerikanismus à la SPD. Ihre gesamte Politik ist auf die Unterstützung der SPD ausgerichtet, zuletzt bei der berüchtigten rassistischen SPD-Wahlkampagne in Hamburg, wo Linksruck forderte: „SPD wählen ohne Illusionen". Wir Trotzkisten sagen: Eine Stimme für die SPD ist eine Stimme für rassistischen Staatsterror!

In *Linksruck* (5. Februar) heißt es: „In einem Krieg USA gegen Irak treten wir daher für eine Niederlage der USA ein." In Wirklichkeit sind die Cliff-Anhänger dafür bekannt, daß sie jede konterrevolutionäre Bewegung gegen die deformierten und degenerierten Arbeiterstaaten unterstützt und Jelzins Konterrevolution bejubelt haben, die die Sowjetunion zerstört und dem Imperialismus ausgeliefert hat. Und als 1995 die NATO-Bomben auf die bosnischen Serben regneten und die deutsche Luftwaffe *direkt in Aktion* war, riefen sie an keiner Stelle zur Verteidigung der bosnischen Serben gegen den Imperialismus auf. Im Gegenteil, sie treten für die Wehrpflicht im imperialistischen Deutschland ein!

Die Linksruck-Plakate für „Bildung & Arbeit statt Kohls Eurofighter" und „Kein US-Massaker am Golf" verbreiten nur die liberale Lüge, daß es beim Imperialismus um schlechte Politik ginge, die durch Druck auf den bürgerlichen Staat geändert werden kann. Wie Lenin in seiner Polemik gegen den zentristischen Renegaten Kautsky 1917 schrieb, ist der Imperialismus „das höchste Stadium des Kapitalismus", wo das Finanz- und Monopolkapital dominiert und der Kapitalexport und die Konkurrenz um die Beherrschung der Märkte und Ausbeutungssphären zwischen den entwickelten kapitalistischen Ländern typisch sind. Krieg ist das notwendige Produkt des kapitalistischen Systems.

Die Rechtszentristen des Revolutionär Sozialistischen Bundes (RSB) reihen sich hinter dem gestärkten deutschen Imperialismus ein. Sie sind stolz auf den altgedienten Mandel-Anhänger Winfried Wolf, der als „revolutionärer Sozialist" für die PDS im Bundestag sitzt. Wolf war 1991 einer der großen Befürworter der nationalistischen Kampagne „Kein Blut für Öl". Heute besteht seine Hauptaktivität darin, die Bundesregierung aufzufordern, sich für „Menschenrechte" in Chiapas, Mexiko, stark zu machen. In den Seiten der RSB-Zeitung^wm// beschwert sich sein Mitstreiter H.J. Schulz: „Die grünen ,Menschenrechtler' fordern geradezu den Bundeswehreinsatz aus humanitären Gründen - natürlich nicht dort, wo es nur um Freiheit und Humanität geht wie bei den Kurdinnen oder gegen den Genozid an den Tutsis" (Dezember 1997). Das ist ein kaum verhüllter Aufruf an die Bundeswehr, in Kurdistan einzumarschieren. Mit ihrer „Entlarvung" von Kohl/SPD/Grünen eilen diese „Linken" den Wünschen des deutschen Imperialismus voraus. Somit bauen die Reformisten und Zentristen eine Brücke vom Pazifismus zum Militarismus. Trotzki nannte das in *Krieg und die Vierte Internationale* „patriotische Vorbereitung des Kanonenfutters".

Die Sozialdemokratie ist kein halbherziger Opponent des Imperialismus, sondern seine politische Agentur, die für ihn unentbehrlich ist, um die Arbeiterklasse eines Landes gegen ihre Klassenbrüder und Klassenschwestern auf der ganzen Welt in den Krieg zu hetzen. Die Internationale Kommunistische Liga ist der Aufgabe verpflichtet, Trotzkis Vierte Internationale wiederzuschmieden als Weltpartei der sozialistischen Revolution, die den Kampf für die Befreiung der Werktätigen des Nahen Ostens mit dem Kampf für sozialistische Revolutionen weltweit verbindet. Die bolschewistische Revolution von 1917, deren endgültige Zerstörung hauptsächlich das Werk der sozialdemokratischen und stalinistischen Irreführer war, zeigte den Weg, wie wir mit diesem System von Ausbeutung, Rassismus und Krieg Schluß machen können. Wir kämpfen für die sozialistische Revolution in Deutschland und international - das ist der einzige Weg, um den drohenden imperialistischen Krieg zu verhindern.«

Nieder mit der rassistischen „Festung Europa"! Asyl für Kurden und alle Flüchtlinge vor rechtem Terror!

Nachstehend drucken wir die Protesterklärung der Internationalen Kommunistischen Liga vom 12. Januar gegen die chauvinistische Kampagne der deutschen und anderen westeuropäischen Imperialisten gegen kurdische Flüchtlinge ab. Diese brutale Kampagne erfolgt im Zusammenhang mit dem Vernichtungskrieg, den die türkische Armee mit deutschen und amerikanischen Waffen gegen das kurdische Volk führt. In Deutschland sind die türkischen und kurdischen Arbeiter ein strategischer Teil in der Auto-, Stahl- und Chemieindustrie und sind deshalb ein wesentlicher Bestandteil derjenigen Kräfte, die fähig sind, das rassistische kapitalistische System zu zerstören.

IKL-Protesterklärung

Die Erkämpfung der Rechte aller unterdrückten Minderheiten ist untrennbar verbunden mit einer proletarischen Revolution zur Zerschlagung des Vierten Reichs. Die Arbeiterklasse und Minderheiten müssen gemeinsam ihre Interessen durchsetzen, oder sie werden getrennt geschlagen werden.

Gleichzeitig ist die Durchsetzung der kurdischen Unabhängigkeit untrennbar verbunden mit dem Kampfjur die proletarische Revolution in vier kapitalistischen Ländern des Nahen Ostens. Die IKL kämpft für den Aufbau einer internationalen leninistischen Avantgardepartei, die dieses Verständnis in die Arbeiterklasse hineinträgt, um den Kampf für neue Oktoberrevolutionen zu führen. In direktem Gegensatz, zur trotzkistischen Perspektive der permanenten Revolution steht die Strategie der kleinbürgerlich-nationalistischen Arbeiterpartei Kurdistan (PKK). Ihr Programm kann für die Kurden höchstens das erreichen, was die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) in jahrzehntelangem Kampf gegen den zionistischen Staatstenor „erzielt" hat: „autonome" Ghettos unter der Polizeikontrolle von palästinensischen Bullen. Die Sektionen der IKL haben diese Erklärung auf englisch, französisch, deutsch und italienisch verteilt. Wir sind stolz darauf, in dieser Ausgabe des Spartakist *eine Übersetzung ins Türkische hinzufügen zu können.*

Der Krieg, den das türkische Regime seit 13 Jahren gegen die kurdische Bevölkerung führt, hat die Osttürkei verwüstet, rund 3500 Dörfer sind völlig zerstört worden. Mehr als drei Millionen Kurden wurden gezwungen, aus ihrer Heimat zu fliehen. Auch die Kurden im Nordirak sind schon mehrfach Opfer von Militäroffensiven gewesen - zuletzt im letzten Monat -, die von der Türkei mit der Rückendeckung ihrer NATO-Verbündeten, den USA, Deutschland, Italien und Frankreich, durchgeführt wurden. Hinzu kommt noch die seit sieben Jahren anhaltende Hungerblockade gegen den Irak, die auf das Massaker folgte, das die NATO/UN-Truppen 1991 im Golfkrieg verübt hatten. Als dann im letzten Monat vor der italienischen Küste 900 Kurden aus der Türkei und dem Irak zusammen mit anderen Flüchtlingen, die vor rechtem Terror flohen, in zwei überfüllten Frachtern ankamen, entfesselten die europäischen imperialistischen Mächte, Deutschland allen voran, eine hysterische rassistische Kampagne gegen die „Flüchtlingsflut". Die rassistischen Herrscher des kapitalistischen Europas sind entschlossen, den Opfern von rechtem Terror, rassistischer Verfolgung und verzweifelter Armut - alles eine Folge der Jagd dieser Herrscher nach Profiten in der neokolonialen „Dritten Welt" - den Zugang zu verweigern. Die Internationale Kommunistische Liga fordert: Nieder mit der NATO/UN-Hungerblockade - Hände weg vom Irak! Türkische Armee raus aus Kurdistan! Keine Abschiebungen! Asyl für Kurden und alle, die vor rechtem Terror fliehen!

Die kapitalistische Konterrevolution in der Sowjetunion und in Osteuropa hat die innerimperialistischen Konflikte über die Neuaufteilung der Weltmärkte noch verschärft. Dies hat zur Schaffung oder Konsolidierung von rivalisierenden Handelsblöcken wie der Europäischen Union (EU) geführt, die reaktionäre Versuche der Imperialisten darstellen, um Auslandsmärkte zu konkurrieren, während sie die Arbeiterklasse im eigenen Land brutal angreifen. Die Speerspitze der kapitalistischen Offensive ist rassistischer Terror gegen Immigranten und Flüchtlinge, die zum Sündenbock für das wachsende Elend und die Arbeitslosigkeit gemacht werden, die das kapitalistische System selbst geschaffen hat. Die herrschenden Klassen Europas haben ganz bewußt eine rassistische Hysterie geschürt, als ideologische Vorbereitung für neue imperialistische Kriege und um die Arbeiter zu spalten und ihr Klassenbewußtsein zu vergiften.

In ganz Europa sind es die Sozialdemokraten und Exstalinisten, die ihre Position als Führungen der organisierten Arbeiterklasse ausnutzen, um die rassistische Drecksarbeit für die Imperialisten zu erledigen. Während Reformisten und Zentristen sie als das angeblich „kleinere Übel" unterstützen, sind diese Parteien in den Worten Lenins „bürgerliche Arbeiterparteien", die sich auf die organisierte Arbeiterklasse stützen, aber dem Schutz der kapitalistischen Ordnung verschworen sind. Die parlamentarischen Regierungen, die sie stellen, ob in Koalition mit bürgerlichen Parteien oder auch allein, sind *kapitalistische* Regierungen, die die immigrantenfeindliche und arbeiterfeindliche Politik durchsetzen, die von ihren bürgerlichen Herren verlangt wird.

In Italien hat die Koalitionsregierung aus der exstalinistischen Partei der Demokratischen Linken (PDS) und verschiedenen bürgerlichen Politikern eine gegen Flüchtlinge gerichtete Politik durchgesetzt, die in ihrer Brutalität in Europa kaum übertroffen wird. Mit der Unterstützung von Rifondazione Comunista (RC), dem anderen Abfallprodukt des Auseinanderbrechens der reformistischen Kommunistischen Partei Italiens, hat dieses rassistische Regime Gesetze verabschiedet, wodurch bis zu 300000 Menschen die Abschiebung droht. Im letzten Frühjahr hat die italienische Marine ein Schiff in der Adria versenkt, das vollgepackt war mit verzweifelten Flüchtlingen, die dem Chaos und der Armut in Albanien entkommen wollten; dabei wurden 89

Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!



Spartakist

Protest am 30. März 1992 in Berlin gegen das Newroz-Massaker in der Türkei. Proletarischer Internationalismus ist der Schlüssel für die Befreiung Kurdistans - kurdische und türkische Arbeiter sind wichtiger Bestandteil einer proletarischen Revolution in Deutschland

Menschen getötet. Mit dem Blut dieses Massakers an den Händen hat der italienische Imperialismus Truppen nach Albanien geschickt, um dort für „Ordnung" zu sorgen. In der Zwischenzeit wurden Tausende von albanischen Flüchtlingen, die es bis Italien geschafft hatten, in Konzentrationslager gepfercht und umgehend abgeschoben. Heute werden die gleichen Lager dazu benutzt, die kurdischen Flüchtlinge einzusperren. Als Antwort auf das deutsche Diktat, wonach seine Regierung gegen die kurdischen Flüchtlinge hart durchgreifen müsse, schwor ein PDS-Minister in einer Rede am Vorabend eines Treffens von Polizeichefs aus der Türkei und der EU, „mit allergrößter Entschlossenheit gegen die illegale Immigration zu kämpfen".

Die Politik der französischen Koalitionsregierung des sozialistischen Ministerpräsidenten Lionel Jospin ist genauso immigrantenfeindlich wie die seiner italienischen Kollegen und genauso rassistisch wie die seiner konservativen Vorgänger. Jospins Volksfront - eine Koalition der Klassenkollaboration, bestehend aus den Sozialisten, der Kommunistischen Partei Frankreichs und bürgerlichen Politikern - wurde nach einer Welle von Massenstreiks und Demonstrationen gegen die rassistische und arbeiterfeindliche Politik des Neo-Gaullisten Alain Juppé gewählt. Doch die Volksfront hat die rassistische „Vigipirate"-Kampagne weitergeführt, bei der die Armee dazu eingesetzt wird, die Immigranten-Ghettos zu terrorisieren. Die „neuen" Einwanderungsgesetze sind in mancher Hinsicht sogar noch restriktiver als die reaktionären Gesetze des Vorgängerregimes! Nun sollen die „sans-papiers" (Arbeiter ohne gültige Papiere) rausgeworfen werden: Jospin machte letzten Monat eine Tour durch Marokko, den Senegal und Mali, um Massenabschiebungen von mehr als 100000 Menschen vorzubereiten. Und parallel zur Aufpeitschung der Hysterie über kurdische Flüchtlinge wurden massive Kontingente der französischen Polizei in Marsch gesetzt, um die Grenze nach Italien gegen Kurden dichtzumachen.

In Deutschland führen die Christdemokraten (CDU) von Kanzler Kohl ebenfalls einen Krieg gegen die zwei Millionen Immigranten und Flüchtlinge türkischer oder kurdischer Herkunft. Deren Kinder - auch die in Deutschland geborenen - wurden letztes Jahr dazu gezwungen, ein Visum zu beantragen, um hier bleiben zu können. Türkische linke Gruppen und kurdische nationalistische Gruppen einschließlich der PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) sind verboten. Selbst das Hochhalten der kurdischen Nationalfarben ist illegal, genauso wie in der Türkei. Nachdem Bonn seine wirtschaftliche Stärke ausgespielt hatte, um die Bedingungen für die Zerstückelung des ehemaligen deformierten Arbeiterstaats Jugoslawien zu diktieren, die zu Millionen Flüchtlingen führte, begann die deutsche Regierung im letzten Jahr, rund 300000 bosnische Immigranten aus dem Land zu jagen - die größte Massendeportation seit Hitlers Drittem Reich. Jetzt setzt der deutsche Innenminister Manfred Kanther Italien massiv unter Druck, es müsse seine „Grenzkontrollen verschärfen", und erklärt, Deutschland werde „die nächste illegal, verbrecherisch organisierte Wanderungsbewegung wegen Weltkonflikten wie in Bosnien" (*Frankfurter Rundschau,* 7. Januar) nicht hinnehmen.

Die Sozialdemokraten (SPD) greifen dabei Kohl von *rechts* an und werfen der CDU-Regierung vor, sie hätte schon eher Druck auf Rom machen sollen, um die kurdische Immigration zu stoppen. Ihre Forderung ist darüber hinaus die Wiedereinführung von strikten Grenzkontrollen zwischen den EU-Staaten. Das von der SPD regierte Hamburg ist in einen immigrantenfeindlichen Polizeistaat verwandelt worden. Die Hamburger Wahlkampagne der SPD im letzten Herbst war so obszön rassistisch, das selbst die bürgerliche Presse gezwungen war festzustellen, daß dies „einer der fremdenfeindlichsten Wahlkämpfe gewesen ist, den die Linke im Nachkriegsdeutschland geführt hat" (Londoner *Independent,* 22. September 1997). Durch ihr Aufpeitschen des immigrantenfeindlichen Rassismus hat die SPD auch den Nazibanden in ganz Deutschland grünes Licht gegeben.

In Bremen, wo die SPD zusammen mit der CDU regiert, sind inhaftierte Kurden, denen die Abschiebung droht, im Hungerstreik gegen Folter, Überbelegung und andere erniedrigende Bedingungen. Ein SPD-Beamter aus dem Landesjustizministerium war gezwungen zurückzutreten, doch sein Nachfolger tat den Hungerstreik verächtlich als „Fastenzeit" im Monat Ramadan ab *(Neues Deutschland,* 8. Januar). Währenddessen machen etwa 370 kurdische Gefangene in einem türkischen Gefängnis der Stadt Erzurum einen Hungerstreik. Sechs der Hungerstreikenden sind Berichten zufolge in höchster Lebensgefahr. Wir sagen: Weg mit dem Verbot der PKK und der linken türkischen Organisation Devrimci Sol! Freiheit für alle linken und kurdisch-nationalistischen politischen Gefangenen! Weg mit den rassistischen „Ausländergesetzen"! Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!

Die Tatsache, daß Italiens europäische Nachbarn in wahnsinniger Hektik Grenzkontrollen gegen die Einwanderung von Kurden durchsetzen, steht in krassem Widerspruch zum Schengener Abkommen von 1995, bei dem sich die wichtigsten europäischen Länder darauf einigten, die Paßkontrollen an ihren gemeinsamen Grenzen abzuschaffen. Das zeigt den wahren Zweck von Schengen: eine rassistische „Festung Europa" gegen Flüchtlinge und Immigranten auszubauen, die vor der Ausbeutung und den unmenschlichen Bedingungen in ökonomisch rückständigen, vom Imperialismus

Fortgesetzt auf Seite 21

Marxismus kontra Anarchismus

Von 1848 bis zur bolschewistischen Revolution

Teil 7
Der Rote Oktober und die Gründung der Kommunistischen Internationale

Der folgende 7. Teil dieser Artikelserie ist übersetzt aus Workers Vanguard *Nr. 650, 30. August 1996. Die Teile 1 bis 3 dieser Artikelserie (erschienen in* Spartakist *Nr. 124-126) beschäftigten sich mit den Ursprüngen des Anarchismus und den Auffassungen von dessen führenden Köpfen wie Proudhon und Bakunin bis zur Pariser Kommune und der Spaltung in der Ersten Internationale. Die Teile 4 und 5 (erschienen in* Spartakist *Nr. 127 und 129) analysierten die anarchistischen und syndikalistischen Bewegungen in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg. Teil 6 (erschienen in* Spartakist *Nr. 130) befaßte sich mit der Neuformierung der Linken und der internationalen Arbeiterbewegung aufgrund der Auswirkungen des ersten imperialistischen Weltkriegs.*

---

von Joseph Seymour

Lenin bemerkte einmal einige Zeit nach der bolschewistischen Revolution, daß Spanien von allen Ländern Westeuropas am meisten dem zaristischen Rußland vor 1917 ähnelte. Auch dort wurde ein dekadentes monarchistisches Regime von einer Staatskirche, die bis zum Hals in mittelalterlichem Obskurantismus steckte, über Wasser gehalten. Eine große Bauernschaft wurde von einer Grundbesitzerklasse, die vom alten Feudaladel abstammte, brutal ausgebeutet. Es existierte eine unerfahrene, aber kämpferische Arbeiterklasse, die zum großen Teil aus jungen Leuten vom Land bestand, die enge Beziehungen zu ihren bäuerlichen Familien aufrechterhielten. Und wie im zaristischen „Völkergefängnis" gab es auch innerhalb der spanischen Staatsgrenzen zahlenmäßig starke, unterdrückte Nationalitäten, die Basken und die Katalanen.

In Spanien und in anderen romanischen Ländern Europas stellten die Anarchisten und Syndikalisten eine wichtige politische Tendenz dar und wurden allgemein als der linke Flügel der Arbeiterbewegung angesehen. Im zaristischen Rußland hingegen waren die Anarchisten eine Randströmung. Dort hatten die revolutionären Marxisten, d. h. Lenins Bolschewiki, eine Arbeitermassenpartei aufgebaut, die sich auf das Industrieproletariat und den zentralen Kern der radikalen Linken stützte. Die russische anarchistische Bewegung bestand aus vielen kleinen rivalisierenden Gruppen deklassierter Intellektueller mit einer Reihe lumpenproletarischer Elemente. Die organisatorische Schwäche des Anarchismus in Rußland ist um so erstaunlicher, als die beiden Haupttheoretiker des Anarchismus - Michail Bakunin und Peter Kropotkin - aus Rußland emigrierte Radikale waren.

Selbst in Zeiten revolutionärer Massenerhebungen spielten die russischen Anarchisten keine wichtige Rolle. Weder in der Revolution von 1905 noch in der von 1917 folgte irgendein bedeutender Teil der Arbeiter oder der Bauern den Anarchisten. Tatsächlich folgten im Oktober 1917 und im anschließenden Bürgerkrieg viele russische Anarchisten der Führung der Bolschewiki und dienten loyal unter der sowjetischen Regierung von Lenin und Trotzki.

Warum spielten die Anarchisten in Rußland solch eine unbedeutende Rolle? Diese Frage wurde von Trotzki aufgegriffen, als er auf den Roman *Die Eroberer* von André Malraux einging, in dem dieser versuchte, Stalins verhängnisvolle Politik in bezug auf die Chinesische Revolution Mitte der 20er Jahre zu rechtfertigen. In diesem Roman wird der chinesische anarchistische Agitator Hong als ein primitiver revolutionärer Hitzkopf dargestellt, der nicht die angebliche Notwendigkeit versteht, daß die Arbeiterklasse mit der nationalistischen Bourgeoisie zusammenarbeiten müsse. Eine Figur, die stark an Michail Borodin angelehnt ist, damals Moskaus Hauptvertreter in China, stellt sich Hong entgegen. Am Beispiel dieses Abgesandten Moskaus heißt es, „alle Bolschewiki seiner Generation" seien von ihrem Kampf gegen die Anarchisten geprägt. Auf diese Behauptung antwortete Trotzki:

> „Aber historisch gesehen ist sie falsch. Der Anarchismus konnte sich in Rußland nicht deshalb nicht erheben, weil die Bolschewiki ihn erfolgreich bekämpft hätten, sondern deshalb, weil sie ihm von vornherein den Boden unter den Füßen entzogen haben. Anarchismus, wenn er nicht in den vier Wänden der Intellektuellencafes oder Zeitschriftenredaktionen verbleibt, sondern in die Tiefe dringt, ist die Psychologie der Verzweiflung der Unterschichten und die politische Strafe für den Betrug der Demokratie und den Verrat des Opportunismus. Die Kühnheit, mit der der Bolschewismus die revolutionären Aufgaben stellte und Wege zu ihrer Lösung wies, ließ in Rußland für die Entwicklung des Anarchismus keinen Raum." („Die erdrosselte Revolution", Februar 1931, in Trotzki, *Schriften* Bd. 2.2, Schriften über China 1928-1940)

Wie hat der Bolschewismus den Anarchismus in Rußland entscheidend geschwächt?

Seit ihren Anfängen im Jahre 1903 war es das Ziel der Partei der Bolschewiki, die Arbeiterklasse für den revolutionären Sturz der zaristischen Selbstherrschaft zu mobilisieren, unabhängig von der Politik der liberalen Bourgeoisie und, falls notwendig, gegen sie. Dies war eine zentrale Differenz zu den Menschewiki, deren Politik es war, mit der liberalen Bourgeoisie zusammenzuarbeiten. Während der Re-

volution von 1905 unternahmen die Bolschewiki in Moskau den einzigen ernsthaften Versuch eines bewaffneten Aufstands, und zwar im Dezember dieses historisch bedeutsamen Jahres. Georgi Plechanow, der herausragende Sprecher des „orthodoxen" Marxismus in Rußland, verurteilte den Dezemberaufstand als abenteuerlich und schimpfte über den „bolschewistischen Bakunismus".

Lenin erkannte später auf seine Weise, daß seine Partei mehr als nur einige revolutionäre Militante gewonnen hatte, die andernfalls zum Anarchismus hätten gehen können. Er beschrieb, daß nach der Niederlage der Revolution von 1905 eine Fraktion von „linken" Bolschewiki entstand, die, neben anderen politischen Punkten, darauf bestand, die Wahlen zur zaristischen Duma (dem Parlament) zu boykottieren. Dieser Fraktionskampf fand seinen Höhepunkt in einer Spaltung 1908. Dennoch wies Lenin daraufhin, daß es unter den ^Linken' ... viele vortreffliche Revolutionäre gab, die später wieder verdiente Mitglieder der kommunistischen Partei waren (und es auch weiterhin sind)" *(Der „linke Radikalismus", die Kinderkrankheit im Kommunismus,* Mai 1920).

Vor 1917 glaubte Lenin nicht, daß der Sturz der zaristischen Selbstherrschaft direkt zu einem Arbeiterstaat und zur Enteignung der Kapitalistenklasse führen könnte. Statt dessen schwebte ihm ein radikal-demokratisches Übergangsregime vor, was seinen Ausdruck in der Formulierung „revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft" fand. Unter dem Eindruck des Ersten Weltkriegs entwickelten sich jedoch Lenins Auffassungen rapide weiter. So forderte er nach dem Sturz des Zaren im Februar 1917 einen Staat „vom Typus der Pariser Kommune" (d. h. eine proletarische Diktatur), der auf der Abschaffung der Polizei, der Armee und der Bürokratie und auf der Schaffung einer Volksmiliz beruhen sollte. Voraussetzung hierfür war die Perspektive der Ausweitung der Revolution auf die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder Westeuropas. Lenins Programm und Perspektive, ausgedrückt in seinen „Aprilthesen", glichen im wesentlichen dem Konzept der „permanenten Revolution", das Trotzki über ein Jahrzehnt zuvor entwickelt hatte. So wurde die Basis gelegt für die Partnerschaft zwischen Lenin und Trotzki, die die erste erfolgreiche Arbeiterrevolution der Geschichte anführten.

Als Lenin im April 1917 aus dem Exil in Rußland ankam und eine „Arbeiterrevolution" forderte, kommentierte der Menschewik I. P. Goldenberg dies abschätzig: „Lenin hat sich nun zu einem Kandidaten für einen europäischen Thron gemacht, der 30 Jahre lang vakant war - der Thron von Bakunin! Lenins neue Worte sind die Neuauflage von etwas Altem - den veralteten Wahrheiten des primitiven Anarchismus" (zitiert bei N. N. Suchanov, *The Russian Revolution 1917: A Personal Record* [Die Russische Revolution 1917: Ein persönlicher Bericht], 1984). Diese Ansicht wurde von vielen Anarchisten geteilt, die glaubten, daß Lenin praktisch, wenn auch noch nicht formal, mit dem Marxismus gebrochen habe und sich auf ihr Programm zubewege. So schrieb ein gewisser Gregori Raiwa im September 1917:

> „Vom Standpunkt des Marxismus aus, des ‚wissenschaftlichen Sozialismus', sind die konsequentesten Marxisten zweifellos die menschewistischen Sozialdemokraten... Und es ist ganz natürlich, daß die Sozialdemokraten, den Auffassungen von Marx treu ergeben, die augenblickliche Russische Revolution als eine bürgerliche Revolution ansehen müssen. Es ist ganz natürlich, daß die sozialdemokratischen Marxisten konsequent eine Koalition anstreben müssen, Verbindungen zur *Bourgeoisie* anstreben müssen. Denn nach dem marxistischen Programm ist die Zeit für eine soziale Revolution noch nicht gekommen... Es ist einsichtig, daß die Bolschewiki als Revolutionäre uns Anarchisten teurer sind und näher stehen. Denn ihre unnachgiebige revolutionäre Position folgt in Wirklichkeit nicht aus ihrem starren Festhalten an den Lehren von Marx, sondern aus der Tatsache, daß sie die Scholastik ihres Apostels über Bord geworfen haben und eine revolutionäre - das heißt eine antimarxistische - Sichtweise angenommen haben...
>
> Wir freuen uns darüber, daß es die Bolschewiki und nicht die Menschewiki sind, die überall auf dem Vormarsch sind. Aber wir bedauern, daß die Bolschewiki noch nicht den Staub des Marxismus von ihren Füßen abgeschüttelt haben. Die Bolschewiki müssen sich entscheiden: Marxismus oder Anarchismus?" (wiedergegeben in Paul Avrich, Hrsg., *The Anarchists in the Russian Revolution* [Die Anarchisten in der Russischen Revolution], 1973)

Von heute aus betrachtet erscheint diese Sichtweise absurd. Aber auf seine Weise hat Raiwa dennoch eine wichtige Entwicklung in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung registriert: Lenins Entlarvung der *reformistischen Verfälschung* des Marxismus, die in der Zweiten (Sozialistischen) Internationale vorherrschte und von ihren führenden Theoretikern wie Karl Kautsky und Plechanow vertreten wurde.



Nowosti

Soldaten demonstrieren in Moskau nach der Oktoberrevolution 1917 unter dem Banner „Kommunismus"

Lenins *Staat und Revolution* und die Auswirkungen

Wie wir gesehen haben, war für Lenin der chauvinistische Zusammenbruch der Zweiten Internationale - und besonders der deutschen Sozialdemokratie - beim Ausbruch des Ersten Weltkriegs ein unerwarteter Schock. Dies brachte ihn dazu, die konventionell akzeptierte marxistische Doktrin, so wie sie vor allem von Kautsky vertreten wurde, einem kritischen Studium zu unterziehen. In Zusammenarbeit mit anderen Bolschewiki, die in ökonomischen Fragen geschult waren, besonders Nikolai Bucharin, studierte Lenin die Veränderungen in der Weltwirtschaft, die dem Krieg, der Europa in ein Schlachthaus verwandelt hatte, zugrunde lagen. Seine Erkenntnisse faßte er zusammen in der 1916 veröffentlichten Schrift *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus,* worin er die materielle Basis des opportunistischen Flügels der Arbeiterbewegung erklärte.

Lenin studierte auch eingehend Marx' und Engels' Schriften über den Staat. Dazu gehörten auch wichtige theoretische

Fortgesetzt auf Seite 14

Anarchismus...

Fortsetzung von Seite 13

Briefe an ihre Anhänger, wie an den deutschen Arbeiterführer August Bebel, die erst *Jahrzehnte, nachdem* sie geschrieben worden waren, veröffentlicht wurden und daher den meisten - ja sogar der großen Mehrheit - der sozialistischen (oder anarchistischen oder syndikalistischen) Arbeiteraktivisten unbekannt waren. Im Sommer 1917 geschrieben, als Lenin in den Untergrund gegangen war, um der Verhaftung durch das bürgerlich-liberale Regime von Alexander Kerenski zu entgehen, brachte *Staat und Revolution* ein wirklich marxistisches Verständnis dieser Frage zum Ausdruck.

Es war allgemein bekannt, daß Marx und Engels der Auffassung waren, daß die Arbeiterbewegung in den Staaten, wo monarchistische oder bonapartistische Regime herrschten, für eine demokratische Republik kämpfen sollte. Gegen die Anarchisten gerichtet, traten sie auch dafür ein, daß sozialistische Parteien Parlamentswahlen und die Vertretung im Parlament ausnutzen sollten, um ihre Unterstützung durch



Dietz Verlag

I. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale unter dem Vorsitz von W. I. Lenin (Mitte)

die Arbeiter und andere unterdrückte und ausgebeutete Teile der Gesellschaft zu organisieren und festzustellen. Doch die Führer und Theoretiker der Zweiten Internationale verzerrten diese Positionen zu einer Doktrin, daß eine sozialistische Gesellschaft durch parlamentarische Mittel erreicht werden könnte und müßte. Wie Lenin es in *Staat und Revolution* ausdrückte: „Die Opportunisten der heutigen Sozialdemokratie betrachteten die bürgerlichen politischen Formen des parlamentarischen demokratischen Staates als die unüberschreitbare Grenze, sie schlugen sich beim Anbeten dieses Vorbilds' die Stirnen wund und erklärten jedes Bestreben, diese Formen zu *brechen,* als Anarchismus."

Die Reformisten nahmen an, wenn eine sozialistische Partei erst einmal genügend Stimmen gekriegt hat, die ihr eine Mehrheit im Parlament sichern, dann würde ihr die herrschende kapitalistische Partei, bzw. die herrschenden kapitalistischen Parteien, die Regierungsministerien friedlich übergeben. Einige eingefleischte reaktionäre Generäle, Polizeichefs usw. würde man vielleicht von ihren Posten entfernen müssen. Aber man nahm an, daß die große Mehrheit des Offizierskorps, der Polizeikräfte und der Staatsbürokratie loyal unter einer sozialistischen Regierung dienen würde, solange diese die Unterstützung einer parlamentarischen Mehrheit hätte.

Wie Lenin hervorhob, bestand die grundlegende Erkenntnis, die Marx und Engels aus der Erfahrung der Pariser Kommune von 1871 gewonnen hatten, darin, daß die Arbeiterklasse die politische Macht nur durch die *Zerschlagung* der bestehenden bürgerlichen Staatsmaschinerie (Polizei, Armee, Gefängnisse, Gerichte usw.) erobern kann. Der Aufstand des Pariser Proletariats hatte sich ja gegen eine *parlamentarische* bürgerliche Regierung gerichtet, die auf der Basis des allgemeinen Wahlrechts für Männer in ganz Frankreich gewählt worden war, und war später von dieser Regierung niedergeschlagen worden. Marx und Engels, die Proudhonisten und Bakunin, unterstützten *alle* die Pariser Kommune voll und ganz und sahen in ihr ein *Modell* für die zukünftige soziale Revolution, so sehr sie sich auch hinsichtlich der Einschätzung ihres Charakters und der aus ihr zu ziehenden historischen Lehren unterschieden. Wie Lenin feststellte: „Marx stimmt mit Proudhon darin überein, daß sie beide für das .Zerschlagen' der modernen Staatsmaschine sind. Diese Übereinstimmung des Marxismus mit dem Anarchismus (sowohl mit Proudhon als auch mit Bakunin) wollen weder die Opportunisten noch die Kautskyaner sehen, denn sie haben in diesem Punkt dem Marxismus den Rücken gekehrt."

Heute ist die allgemeine Gleichsetzung von Demokratie und Parlamentarismus sogar noch weiterverbreitet und wird noch weniger in Frage gestellt als zu der Zeit, als Lenin *Staat und Revolution* schrieb. Es ist deshalb wichtig, die Aufmerksamkeit darauf zu richten, daß Lenin folgendes mit Nachdruck betonte:

> „Der Ausweg aus dem Parlamentarismus ist natürlich nicht in der Aufhebung der Vertretungskörperschaften und der Wählbarkeit zu suchen, sondern in der Umwandlung der Vertretungskörperschaften aus Schwatzbuden in ‚arbeitende' Körperschaften. ‚Die Kommune sollte nicht eine parlamentarische, sondern eine arbeitende Körperschaft sein, vollziehend und gesetzgebend zu gleicher Zeit.'...
>
> Den korrupten und verfaulten Parlamentarismus der bürgerlichen Gesellschaft ersetzt die Kommune durch Körperschaften, in denen die Freiheit des Urteils und der Beratung nicht in Betrug ausartet, denn die Parlamentarier müssen selbst arbeiten, selbst ihre Gesetze ausführen, selbst kontrollieren, was bei der Durchführung herauskommt, selbst unmittelbar vor ihren Wählern die Verantwortung tragen."

Das beste historische Beispiel für Vertretungskörperschaften der Arbeiterdemokratie sind die Sowjets (Räte) der Arbeiterdeputierten, die die wichtigste organisatorische Basis der Russischen Revolution von 1917 waren.

Praktisch jedesmal, wenn Marx und Engels gegen oder über den Anarchismus schrieben, betonten sie, daß das Verschwinden des Staates (d.h. eines besonderen Unterdrückungsapparates) eine zentrale Voraussetzung für die kommunistische Gesellschaft ist. Und sie sahen das „Absterben des Staates" auch nicht als weit entfernte Zukunftsperspektive. Wie Lenin in *Staat und Revolution* feststellte, ist ein Arbeiterstaat (die Diktatur des Proletariats) von Anfang an radikal anders als ein bürgerlicher Staat oder irgendein früherer Staat, der auf der Herrschaft einer besitzenden und ausbeutenden Klasse beruht. Deshalb werden die Polizei und das stehende Heer durch eine Volksmiliz ersetzt. Es gibt keine Kaste von berufsmäßigen Regierungsbürokraten - statt dessen werden Posten mit Verwaltungsbefugnissen von Arbeitern besetzt, die demokratisch gewählt werden. Aber diese Vorstellung konnte vom bolschewistischen Régi-

me angesichts der extremen Armut und der imperialistischen Umzingelung des revolutionären Rußlands nur teilweise umgesetzt werden.

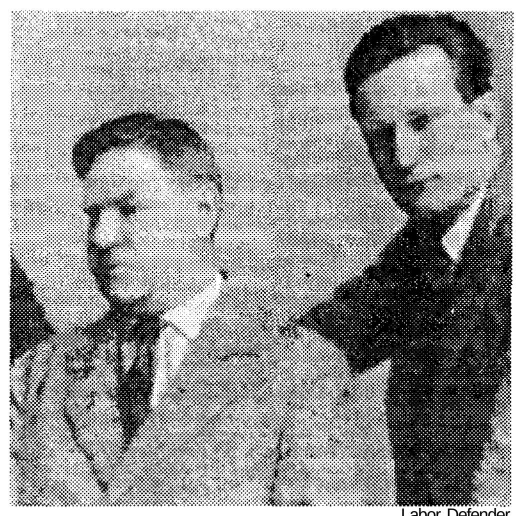
Worin liegt dann der grundlegende Unterschied zwischen Marxismus und Anarchismus in der Frage von Staat und Revolution? Lenin beantwortet diese Frage recht genau:

„Marx greift gegen die Anarchisten zur schärfsten und klarsten Fragestellung: Sollen die Arbeiter ‚die Waffen niederlegen', wenn sie das Joch der Kapitalisten abwerfen, oder sollen sie diese Waffen gegen die Kapitalisten ausnutzen, um deren Widerstand zu brechen? Aber die systematische Ausnutzung der Waffen durch eine Klasse gegen eine andere Klasse, was ist das denn anderes als eine ‚vorübergehende Form' des Staates?"

Obwohl kurz vor der Oktoberrevolution geschrieben, wurde *Staat und Revolution* erst einige Monate danach in Rußland veröffentlicht. Und erst Ende 1918 oder 1919 war es in den westeuropäischen Hauptsprachen (deutsch, französisch, englisch, italienisch) zugänglich. Daher wurde die Wirkung dieses Buches auf die westliche Linke durch die Größe seines Autors, des wichtigsten Führers der ersten erfolgreichen proletarischen Revolution in der Geschichte, bedeutend verstärkt. Dennoch sollte man diesen Faktor nicht überbetonen. Anarchistische und syndikalistische Aktivisten waren im allgemeinen unabhängig denkende Leute, die dazu tendierten, die Russische Revolution und die Politik und die Doktrinen ihrer Führer mit kritischem Blick zu betrachten. Mehr als die Autorität des Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Sowjetrußlands waren es gerade die wesentlichen Aussagen von *Staat und Revolution,* die die Haltung vieler Anarchisten und Syndikalisten gegenüber dem Marxismus geändert haben. Alfred Rosmer, der seine revolutionäre Laufbahn als Anarchist begann, Üann für die Sache des Syndikalismus gewonnen wurde und unter dem Eindruck des Krieges und der bolschewistischen Revolution eine führende Persönlichkeit in der französischen und internationalen kommunistischen Bewegung wurde, beschrieb Lenins Buch als eine „angenehme Überraschung" für Anarchisten und Syndikalisten.

Anarchismus und die Erfahrungen von Revolution und Konterrevolution

Auch wenn Anarchisten und Syndikalisten Lenins *Staat und Revolution* als eine angenehme Überraschung empfanden, so blieb doch die grundsätzliche Differenz über die proletarische Diktatur bestehen. Viele wurden für diese Konzeption und dieses Programm nicht in erster Linie aufgrund theoretischer Diskussionen und Debatten gewonnen, sondern auf der Basis des tatsächlichen Miterlebens der Russischen Revolution und, im allgemeineren Sinn, der re-



Labor Defender

IWW-Sprecher „Big Bill" Haywood (links) mit James P. Cannon, ehemaliger Wobbly und einer der ersten Kommunisten der USA, in Moskau



Historia 16

Anarchistische CNT-Führer in Spanien wurden Minister der bürgerlichen Volksfrontregierung

volutionären Unruhen, die Europa nach dem Ersten Weltkrieg erfaßten.

Der Oktoberaufstand und das, was unmittelbar darauf folgte, verlief relativ unblutig. Doch die reaktionären Elemente, die sich um die ex-zaristischen Generäle zusammengeschlossen hatten, zogen sich in die Randgebiete des ehemaligen Zarenreichs zurück, wo sie konterrevolutionäre Armeen aufstellten, die als Weiße bekannt wurden. Von Mitte 1918 bis 1920 wütete zwischen der Ostseeküste und Ostsibirien ein wirklich schonungsloser Bürgerkrieg zwischen den roten und weißen Armeen. Die Weißen wurden von den verschiedenen imperialistischen Mächten (Deutschland, Britannien, Frankreich, USA, Japan) unterstützt, bewaffnet und finanziert, die darüber hinaus ihre eigenen Expeditionskorps nach Sowjetrußland schickten. Zur gleichen Zeit versuchte die kapitalistische Welt den gerade erst entstandenen Arbeiterstaat durch eine Wirtschaftsblockade auszuhungern.

Unter dem Eindruck dieser Ereignisse brach der russische Anarchismus auseinander. Während des blutigen Bürgerkriegs gab es bei den Anarchisten eine Spannweite von aktiven prosowjetischen Revolutionären über harmlose Utopisten bis zu antikommunistischen terroristischen Kriminellen. Paul Avrich, ein heutiger Historiker mit großen Sympathien für den russischen Anarchismus, faßt zusammen: „Die terroristische Kampagne ging noch viele Monate weiter und erreichte ihren Höhepunkt im September 1919, als eine Gruppe von .Untergrundanarchisten' im Bündnis mit Linken SRs [Sozialrevolutionäre] einen Bombenanschlag auf das Moskauer Hauptquartier der Kommunistischen Partei verübten, bei dem siebenundsechzig Menschen getötet oder verwundet wurden" *(The Anarchists in the Russian Revolution).* Die bedeutendste konterrevolutionäre Kraft unter dem Banner des Anarchismus war die ukrainische, auf Bauern gestützte Armee von Nestor Machno, die Pogrome gegen jüdische Gemeinden durchführte und mit weißen Armeen gegen die Bolschewiki kollaborierte.

Zur gleichen Zeit gab es, wie man bei Avrich lesen kann, eine „kleine Armee von Anarchisten, die im Bürgerkrieg gegen die Weißen zu den Waffen gegriffen haben". Im August 1919 bezeichnete Lenin diese „sowjetischen Anarchisten", wie man sie nannte, als „unsere besten Genossen und Freunde". Ein herausragendes Beispiel war Wladimir („Bill") Schatow. Als junger Mann war Schatow in die Vereinigten Staaten ausgewandert, wo er ein Agitator für die syndikalistische Industrial Workers of the World (IWW) wurde. Er kehrte direkt nach der Februarrevolution nach Rußland zurück und engagierte sich in der Arbeiterbewegung in St. Petersburg (Petrograd). Im Oktober war er ein Mitglied des militärischen Revolutionskomitees des

Fortgesetzt auf Seite 16



Labor Herald



Workers Monthly

Links: Gründungskonferenz der Roten Gewerkschaftsinternationale 1921. Zum Exekutivkomitee gehörten ehemalige Syndikalistenführer wie Tom Mann, William Z. Poster und Andres Nin

Anarchismus...

Fortsetzung von Seite 15

Petrograder Sowjets, das unter Trotzkis Führung den Aufstand gegen die Kerenski-Regierung organisierte. Während des Bürgerkriegs diente Schatow als ein Offizier in der 10. Roten Armee und dann als Verkehrsminister in der Fernöstlichen Republik von Sowjetrußland.

Schatow trat der Kommunistischen Partei nicht bei und bekundete, weiter an den Idealen des Anarchismus festzuhalten, kritisierte aber gleichzeitig dessen naive Haltung gegenüber den harschen Realitäten der sozialen Revolution. Er erklärte seine Ansichten den russisch-amerikanischen Anarchisten Emma Goldman und Alexander Berkman, kurz nachdem sie 1920 in Rußland angekommen waren. Goldman beschrieb dies so:

> „Die russische Erfahrung hatte ihn [Schatow] gelehrt, daß wir Anarchisten die Romantiker der Revolution gewesen waren, ohne an die Kosten zu denken, die sie mit sich bringen würde, an den schrecklichen Preis, den die Feinde der Revolution uns abverlangen würden, an die teuflischen Methoden, zu denen sie greifen würden, um ihre Errungenschaften zu zerstören. Man kann Feuer und Schwert nicht nur mit der Logik und dem Recht des eigenen Ideals bekämpfen. Die Konterrevolutionäre hatten sich zusammengetan, um Rußland zu isolieren und auszuhungern, und die Blockade forderte schrecklich viele Menschenleben. Die [imperialistische] Intervention und die daraus folgende Zerstörung, die zahlreichen Angriffe der Weißen, die Meere von Blut kosteten, die Horden von [den weißen Generälen] Denikin, Koltschak und Judenitsch; ihre Pogrome, bestialische Rache und die allgemein angerichteten Verwüstungen hatten der Revolution einen Krieg aufgezwungen, von dem ihre weitsichtigsten Verfechter niemals geträumt hatten." (zitiert in Avrich, *The Anarchists in the Russian Revolution,* 1973)

Schatow spricht sich hier in der Tat gegen einen Schlüsselaspekt des anarchistischen Dogmas aus. Seine Erkenntnis, daß „wir" nicht „den schrecklichen Preis, den die Feinde der Revolution uns abverlangen würden", vorhergesehen hätten, traf die anarchistische Weltanschauung genau ins Herz. Die zentrale theoretische Grundannahme des Anarchismus ist die Existenz von natürlichen moralischen Prinzipien, die von allen Mitgliedern der Menschheit geteilt werden. In einer Rede bei einer internationalen anarchistischen Konferenz 1907 erklärte der langjährige italienische Bakunist Errico Malatesta: „Die anarchistische Revolution, wie wir sie anstreben, geht weit über die Interessen einer einzelnen Klasse hinaus. Sie setzt sich die vollständige Befreiung der ganzen, augenblicklich geknechteten Menschheit in dreifacher, und zwar in wirtschaftlicher, politischer und moralischer Hinsicht zum Ziel" (wiedergegeben in: *Der Anarchismus,* Hrsg. Erwin Oberländer). Anarchisten nahmen implizit an, daß nach der Revolution die Mitglieder der alten herrschenden Klasse entweder von der libertären Sichtweise überzeugt werden würden oder auf jeden Fall sich dem Volkswillen beugen und sich mit der neuen freien und egalitären Gesellschaft abfinden würden.

Hinzu kam, daß die meisten Anarchisten, mit ihrer bornierten Konzentrierung auf Dezentralisierung und ihrer verächtlichen Ablehnung der wissenschaftlichen marxistischen Analyse des Kapitalismus als Weltsystem, sich keinerlei Gedanken machten über die Frage einer ausländischen Militärintervention gegen das Land, in dem die Revolution als erstes an die Macht kommen würde. Natürlich gab es Ausnahmen. Ein paar Jahre vor dem Krieg schrieben zwei führende französische Syndikalisten, Emile Pataud und Emile Pouget ein Buch in Form eines Zukunftsromans - *Wie wir die Revolution zustande bringen werden: Syndikalismus und das kooperative Gemeinwesen.* Nachdem die Syndikalisten durch einen revolutionären Generalstreik an die Macht gekommen sind, wird Frankreich bedroht durch den Überfall einer Koalition bürgerlicher Staaten unter der Führung von Britannien und Deutschland. Aber diese Bedrohung wird ohne größere Probleme durch die Erfindung und Anwendung neuer, phantastisch wirksamer Waffen aus der Welt geschafft, die die Grenzen des französischen kooperativen Gemeinwesens undurchdringlich machen. Sie mußten also zu Science fiction greifen, um das offensichtliche Problem mit ihrer Vision der Revolution zu überwinden.

Ende 1918 beschrieb Lenin, was bis dahin eine offenkundige Tatsache geworden war: „Wenn die Ausbeuter nur in einem Lande geschlagen sind - und das ist natürlich der typische Fall, denn eine gleichzeitige Revolution in einer Reihe von Ländern ist eine seltene Ausnahme -, so bleiben sie *doch stärker* als die Ausgebeuteten, denn die internationalen Verbindungen der Ausbeuter sind außerordentlich groß" *(Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky).* Eine soziale Revolution, wo auch immer in Europa, brächte mit Sicherheit einen Bürgerkrieg und höchstwahrscheinlich eine ausländische Militärintervention mit sich. Die wichtigsten militärischen Kräfte, die Anfang 1919 die Ungarische Räterepublik zerschlugen, waren die rumänische und die tschechische Armee, beide unterstützt von Frankreich und bera-

ten von französischen Offizieren. Jeder wußte, daß ein Arbeiteraufstand in Deutschland sofort mit den Freikorps konfrontiert sein würde - gut organisierten und schwerbewaffneten ultrarechten paramilitärischen Streitkräften - und im Fall des Sieges es dann mit den Armeen der imperialistischen Westmächte zu tun hätte - Frankreich, Britannien und, in der Reserve, die USA.

Viele Anarchisten und Syndikalisten erkannten daher mit der Zeit, oftmals nach grauenhaften persönlichen Erfahrungen, die Notwendigkeit der revolutionären Diktatur des Proletariats. Ein gutes Beispiel war der deutsche Anarchist und Schriftsteller Erich Mühsam. Im Frühjahr 1919 waren Mühsam und einige seiner anarchistischen Mitstreiter zentral an der ersten Phase der sogenannten Bayerischen Räterepublik in München beteiligt, die von den Freikorps zerschlagen wurde. Während des anschließenden weißen Terrors wurde Gustav Landauer, ein bekannter Anarchist und pazifistischer Intellektueller, von den Freikorps-Faschisten erschlagen; Eugen Leviné und andere Führer der bayerischen Kommunisten wurden von dem konterrevolutionären Regime hingerichtet. Mühsam konnte dem Tod entkommen, wurde aber zu sechs Jahren Haft verurteilt. Aus dem Gefängnis richtete Mühsam Ende 1919 einen Appell an seine anarchistischen Mitstreiter:

> „Lenins theoretische und praktische Anweisungen für die Durchführung der Revolution bis zur Verwirklichung der kommunistischen Ziele des Proletariats schufen neuen Boden, gaben dem revolutionären Kampf um die Befreiung vom Kapitalismus neue Formen... Der Einigung des wahrhaft revolutionären Proletariats stehen keine unüberwindlichen Schranken mehr im Wege. Wir kommu' nistischen Anarchisten mußten allerdings einen wichtigen Differenzpunkt zwischen den beiden hauptsächlichsten sozialistischen Schulen, Bakunins Widerstand gegen eine Diktatur des Proletariats, zugunsten Marxens preisgeben." (zitiert in Alfred Rosmer, *Moskau zu Lenins Zeiten)*

Und in dieser Periode strömten Zehntausende von anarchistischen und syndikalistischen Aktivisten in die Parteien der neu gegründeten Kommunistischen Internationale.

Aufstieg des Kommunismus, Abstieg von Anarchismus und Syndikalismus

Es war alles andere als einfach, die Einheit des revolutionären Proletariats im Rahmen der Parteien der neu gegründeten Kommunistischen Internationale zustande zu bringen. Ehemalige linke Sozialdemokraten und ehemalige Anarchisten und Syndikalisten in einen politisch homogenen Kader zusammenzuschmieden wäre schon unter den besten Bedingungen schwierig und konfliktreich gewesen. Es erwies sich als noch viel schwieriger durch die Bedingungen der revolutionären (und konterrevolutionären) Unruhen, unter denen viele kommunistische Parteien entstanden. Die Mitgliedschaft in einer kommunistischen Partei konnte nicht einfach auf der Verteidigung Sowjetrußlands gegen die Weißen und die Imperialisten und auf der theoretischen Akzeptierung der proletarischen Diktatur als Übergang zu einer klassenlosen und staatenlosen Gesellschaft beruhen. Es mußte auch eine grundlegende Übereinstimmung in den strategischen Aufgaben und Taktiken, die die Tagesaktivitäten der Partei beherrschten, vorhanden sein - z. B. ob und wie man sich an Parlamentswahlen beteiligt oder die Politik gegenüber den von den Reformisten geführten Gewerkschaften.

Die Frage der Rekrutierung und Assimilierung von anarchistischen und syndikalistischen Aktivisten in die Kommunistische Internationale (Komintern) wurde auf ihrem II. Weltkongreß diskutiert, der Juli/August 1920 in Moskau stattfand. Opposition gegen diese Perspektive wurde von Paul Levi vorgebracht, einem jungen Anwalt, der zum wichtigsten Führer der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) geworden war, nachdem Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht Anfang 1919 von den Freikorps ermordet worden waren. Der auf dem äußersten rechten Flügel der kommunistischen Bewegung stehende Levi argumentierte, daß die überwältigende Mehrheit der Arbeiter in Mittel- und Westeuropa bereits die Notwendigkeit einer Partei verstehe, und tat dabei die Anarchisten und Syndikalisten als eine bedeutungslose ultralinke Randerscheinung ab.

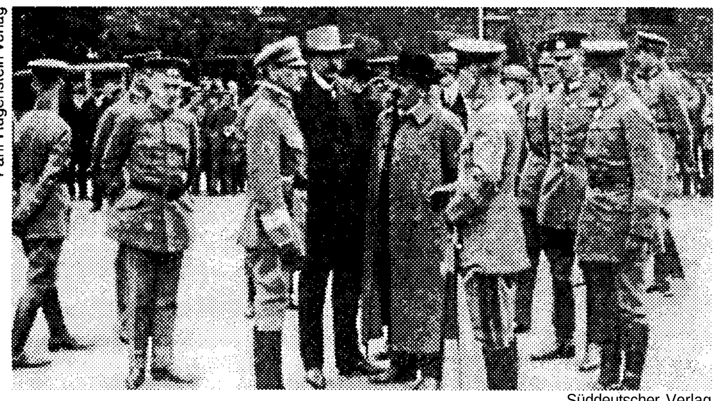
Trotzki entgegnete darauf, daß auch die Sozialdemokraten die Notwendigkeit einer Partei verstehen - einer Partei, die die revolutionären Impulse der Arbeiter eindämmen und, wenn notwendig, unterdrücken würde:

> „Weil ich weiß, daß eine Partei notwendig ist, und weil ich den Wert der Partei ganz gut kenne, und weil ich einerseits Scheidemann und anderseits einen amerikanischen, einen spanischen, einen französischen Syndikalisten habe, der nicht nur das Bürgertum zu bekämpfen gewillt ist, wie es auch Scheidemann gewillt war, sondern auch wirklich ihm den Kopf abreißen will, so sage ich: Ich ziehe vor, mit diesem spanischen, amerikanischen, französischen Kameraden mich auseinanderzusetzen, um ihm für seine geschichtliche Mission - die Vernichtung des Bürgertums - die Notwendigkeit der Partei zu beweisen. Ich werde ihn kameradschaftlich belehren, mich dabei auf

Fortgesetzt auf Seite 18



Pahl-Rugenstein Verlag



Süddeutscher Verlag

Arbeitermilizen (links) verteidigten die Bayrische „Räterepublik" 1919, die durch Noskes Truppen und die paramilitärischen Freikorps blutig zerschlagen wurde. Rechts: Noske und Ebert (in Zivil) besiegeln in München die Niederschlagung der „Räterepublik". Im anschließenden Unterdrückungsfeldzug wurden führende Anarchisten und Kommunisten ermordet

Anarchismus...

Fortsetzung von Seite 17

meine Erfahrung stützen, ihm aber nicht die große Erfahrung von Scheidemann gegenüberstellen und sagen: für die Mehrheit ist diese Frage schon gelöst." (Rede zum Bericht des Genossen Sinowjew über die Rolle und Struktur der kommunistischen Partei, *Protokoll des II. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale,* Reprint 1972)

Leider war Levis Herangehensweise an Anarchisten und Syndikalisten, die sich in Richtung Kommunismus bewegten, ganz anders. Ende 1919 hatte er ganz bewußt Zehntausende von „Linken" aus der KPD rausgetrieben und sie als „Putschisten" abgestempelt. Viele von ihnen gründeten dann ihre eigene Partei, die Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands, eine unstabile Mischung von anarchistischer und kommunistischer Politik. Lenin intervenierte persönlich, um diesen Bruch in der deutschen kommunistischen Bewegung zu heilen, aber ohne Erfolg, was zum großen Teil an Levis nahezu pathologischer Feindseligkeit gegenüber dem Anarchismus und gegenüber Anarchisten lag. Weniger als zwei Jahre später provozierte Levi seinen eigenen Ausschluß aus der KPD und kämpfte seitdem von einem sozialdemokratischen Standpunkt aus gegen den internationalen Kommunismus.

Trotz ihrer positiven Orientierung auf anarchistische und syndikalistische Kämpfer verstanden Lenin, Trotzki und die anderen bolschewistischen Führer, daß die neuen kommunistischen Parteien in der kapitalistischen Welt nicht auf der Basis des Fernbleibens von parlamentarischer Politik und von den Massengewerkschaften aufgebaut werden konnten. Auch wußten sie, daß sie nicht über längere Zeit große Minderheiten in ihren Reihen haben könnten, die diese Politik vertreten. Dies würde die im Aufbau begriffenen kommunistischen Parteien zu politischer Lähmung und permanentem Fraktionskampf verurteilen. Die bolschewistischen Führer wollten Genossen, die Kommunisten sein wollten, aber von anarchistischen und syndikalistischen Anschauungen und Vorurteilen geprägt waren, durch genossenschaftliche Diskussionen und politische Überzeugung gewinnen, nicht durch organisatorische Ultimaten.

Der wichtigste Beitrag zu dieser Diskussion war Lenins Broschüre *Der „linke Radikalismus", die Kinderkrankheit im Kommunismus,* die er im Zusammenhang mit dem II. Weltkongreß der Komintern schrieb und die sofort in allen wichtigen europäischen Sprachen verbreitet wurde. Bei seiner Argumentation, daß Kommunisten in die parlamentarische Politik eingreifen und in Massengewerkschaften, die von sozialdemokratischen Reformisten oder sogar von Reaktionären geführt werden, arbeiten sollen, stützte sich Lenin in starkem Maße auf die Erfahrungen der Partei der Bolschewik! im zaristischen Rußland. Er wies darauf hin, „daß sich der Bolschewismus entwickelt, formiert und gestählt hat im langjährigen Kampf gegen den *kleinbürgerlichen Revolutionansmus,* der dem Anarchismus ähnelt oder manches von ihm entlehnt...".

Diese Ansichten und Positionen, gegen die Lenin polemisierte, waren in der gerade erst entstehenden amerikanischen kommunistischen Bewegung vorherrschend. Zum Beispiel war die Politik, revolutionäre Gewerkschaften neben den bestehenden aufzubauen, ein unbestrittener Glaubensgrundsatz für die damalige amerikanische radikale Linke. Beispiel hierfür war die syndikalistische IWW. Zu den Führern der amerikanischen kommunistischen Bewegung gehörte ein früherer Organisator der IWW, James P. Cannon, der später ein Mitbegründer und Führer des amerikanischen Trotzkismus werden sollte. In den 50er Jahren erinnerte sich Cannon rückblickend an diese Zeit:

> „Das traditionelle Sektierertum der Amerikaner wurde besonders deutlich bei ihrem Versuch, revolutionäre Gewerkschaften außerhalb der existierenden Gewerkschaftsbewegung aufzubauen; bei ihrer Weigerung, für .Tagesforderungen' zu kämpfen im Rahmen des Klassenkampfs für das sozialistische Ziel; und bei ihrem tiefsitzenden Antiparlamentarismus... Dieser ganze Mischmasch von Ultraradikalismus wurde von Lenin 1920-21 aus der amerikanischen Bewegung praktisch rausgefegt. Er schaffte das nicht etwa durch administrative Befehle mit der Rückendeckung durch Polizeikräfte, sondern durch das einfache Hilfsmittel der Veröffentlichung einer Broschüre namens *Der ‚linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus." (The First Ten Years of American Communism* [Die ersten zehn Jahre des amerikanischen Kommunismus], 1962)

Die Wirkung des *„Linken Radikalismus"* ergänzte diejenige von *Staat und Revolution. Staat und Revolution* gewann viele Anarchisten und Syndikalisten für die theoretischen Prinzipien der proletarischen Revolution; der *„Linke Radikalismus"* überzeugte sie von der Strategie und den Taktiken, die notwendig sind, um diese Prinzipien in wirksame Praxis umzusetzen.

Natürlich waren Lenins Schriften keine Zauberformeln, die über Nacht die Vorstellungen aller linksradikalen Aktivisten änderten. Auch forderten die bolschewistischen Führer nicht von ihren Unterstützern die sofortige Zustimmung in allen Fragen. Zu dieser Zeit verteidigten viele Anarchisten und Syndikalisten begeistert Sowjetrußland gegen die Imperialisten und sympathisierten mit der kommunistischen Weltbewegung, lehnten aber immer noch das Konzept einer revolutionären Avantgardepartei ab.

Vor allem um solche Aktivisten anzuziehen, wurde Mitte 1920 die Rote Gewerkschaftsinternationale gegründet, auch bekannt als die Profintern. Ihr Vorsitzender war Salomon Losowski, ein oppositioneller rechter Bolschewik, der während seines Aufenthalts in Frankreich 1914-17 eng mit revolutionären Syndikalisten wie Pierre Monatte und Alfred Rosmer zusammengearbeitet hatte, um die Antikriegslinken zu organisieren. Die Nummer Zwei in der Profintern war der junge Andres Nin, der vorher ein prominenter Aktivist in der anarchosyndikalistischen Confederación Nacional del Trabajo (CNT) Spaniens gewesen war, der einzigen Arbeitermassenbewegung in der Welt, die sich auf die bakunistische Tradition berief. Der Aufruf „Die III. Internationale an



SPARTACIST

Theoretische und dokumentarische Quellensammlung der IKL

Deutsche Ausgabe
Nr. 19, Winter 1997/98

DM 3,- zuzüglich Porto
(Im Abo des *Spartakist* enthalten)

Bestellt bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 5 55
10127 Berlin

Konto 11988-601,
Postbank Frankfurt/M.,
BLZ50010060

die Gewerkschaftsverbände aller Länder" erklärte zur programmatischen Grundlage der Profintern: „Das Programm des internationalen Rats der Gewerkschaftsverbände ist das Programm der III. Internationale, d. h. die revolutionäre Bekämpfung der Bourgeoisie, die Einführung der Diktatur des Proletariats, die Sowjetrepublik und eine enge, unlösbare Verbindung der Kommunistischen Partei mit den Gewerkschaftsverbänden." Dieser Aufruf schloß:

„Der Gewerkschaftsverband ist, wie jede Arbeiterorganisation nicht Selbstzweck, sondern bloß ein Mittel zum Zweck. Und deshalb ist auch Spaltung, wie auch Einheit keine absolute Lösung. Wir brauchen keine Spaltung der Gewerkschaftsbewegung, alle diejenigen Gruppen verräterischer Führer aber, die die Arbeiterorganisationen zu einem Spielball des Imperialismus machen, müssen aus den Gewerkschaften hinausgeworfen werden." *(Die Kommunistische Internationale* Bd. 3, Nr. 13, Reprint 1974)

Die Gründung der Profintern spaltete die syndikalistische Bewegung in vielen Ländern entlang klarer Links-Rechts-Linien. Im allgemeinen gaben die syndikalistischen Führer, die sich einem Anschluß an die Profintern entgegenstellten, jeden Anspruch auf revolutionäre Politik auf und verbündeten sich mit offenen Reformisten und Sozialchauvinisten. Ein gutes Beispiel hierfür war Alphonse Merrheim. Merrheim war ein Protege yon Fernand Pelloutier, dem Gründungsvater und Theoretiker des französischen Syndikalismus, gewesen und war Chef des wichtigen Metallarbeiterverbands der Confédération Generale du Travail (CGT). Wie wir gesehen haben, half die zentrale CGT-Führung um ihren Generalsekretär Léon Jouhaux (der zum „Nationalen Beauftragten" ernannt wurde) beim Ausbruch des Ersten Weltkriegs, die französische Arbeiterklasse für das imperialistische Gemetzel zu mobilisieren. Merrheim stellte sich gegen den Krieg eher aufgrund einer pazifistischen als aufgrund einer revolutionären Perspektive und spielte eine bedeutende Rolle in der Zimmerwalder Antikriegsbewegung, wo er eine zentristische Position einnahm.

In der unmittelbaren Nachkriegszeit gab es in Frankreich wie im übrigen Europa explosive Klassenkämpfe (vor allem einen landesweiten Eisenbahnerstreik 1920) und eine scharfe nach links gehende Radikalisierung der Massen. Der schnell anwachsende linke Flügel der CGT, geführt von Monatte, Rosmer und Fernand Loriot, forderte, daß die Organisation sich der Profintern anschließen sollte. Diese Frage führte 1921 zu einer Spaltung. In diesem Fraktionskampf unterstützte Merrheim den Erzchauvinisten Jouhaux gegen seine eigenen früheren Genossen, revolutionäre Syndikalisten, die zu Unterstützern des internationalen Kommunismus geworden waren. Merrheim stellte sich nun im Namen der Souveränität der französischen Nation gegen die kommunistische Weltbewegung und griff Lenin dafür an, daß dieser versuche, eine „Diktatur über alle Parteien, alle Nationen" zu errichten.

Nicht alle Anarchisten und Syndikalisten, die die kommunistische Bewegung ablehnten und sich ihr politisch entgegenstellten, wurden, wie Merrheim, Arbeiterleutnants oder Apologeten für ihre eigene imperialistische Bourgeoisie. Der alte italienische Bakunist Errico Malatesta und der langjährige amerikanische Syndikalist Vincent St. John, der wichtigste und hochgeschätzte Führer der IWW, nahmen anfänglich eine abwartende, aber aufgeschlossene Haltung gegenüber der bolschewistischen Revolution ein. Doch schon Anfang der 20er Jahre traten ihre antikommunistischen Vorurteile in den Vordergrund, und sie wurden zu entschiedenen Gegnern von Sowjetrußland und seinen internationalen Unterstützern. Männer wie Malatesta und St. John waren in ihrem Denken zu sehr festgefahren, als daß man sie für den revolutionären Marxismus, wie er von Lenin und Trotzki dargelegt und weiterentwickelt wurde, hätte gewinnen können. Aber sie waren auch zu sehr festgelegt und prinzipienfest, als daß sie unter dem Banner des Antikommunismus gemeinsame Sache mit rechten Gewerkschaftsbürokraten und kapitalistischen Reaktionären gemacht hätten.

Malatesta und St. John waren Revolutionäre aus der Ära vor 1914 - persönlich ehrenhaft und sogar heroisch. Aber ihre Doktrinen und ihr Programm hatten in der Welt, die



Oxford University Press

Auf dem II. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale 1920 verteidigte Trotzki die Orientierung, anarchistische und syndikalistische Kämpfer zu gewinnen

aus dem europaweiten imperialistischen Krieg und der proletarischen Revolution in Rußland hervorgegangen war, keine Bedeutung mehr. Sie waren dadurch zu sektiererischer Bedeutungslosigkeit verurteilt. Die Generation junger Arbeiter und linker Intellektueller, deren Haß auf die bürgerliche Ordnung mitten im Dreck und Blut der Schlachtfelder entstand und deren Hoffnung auf eine bessere Zukunft durch den Roten Oktober inspiriert wurde, schloß sich in Scharen der Kommunistischen Internationale an.

Trotz der Welle von revolutionärer Gärung, die nach dem Krieg über Europa hinwegrollte, und trotz des Wachstums von kommunistischen Massenparteien überlebte die bürgerliche Ordnung dank der unentbehrlichen Unterstützung der reformistischen Gewerkschaftsbürokraten, sowohl der sozialdemokratischen als auch der syndikalistischen. Nach sieben Jahren imperialistischem Krieg und Bürgerkrieg war Sowjetrußland weitgehend verwüstet und blieb weiterhin isoliert und von feindlichen und mächtigeren imperialistischen Staaten umzingelt. Deshalb kam das bürokratische Regime unter J. W Stalin an die Macht und entriß dem Proletariat die politische Macht, um sein konterrevolutionäres, antibolschewistisches Programm vom „Sozialismus in einem Land" durchzusetzen. Im Verlauf dieses Prozesses ermordete es praktisch alle Führer und Kader der alten Bolschewiki. Dennoch waren noch jahrzehntelange stalinistische Répression und Lügen notwendig, die das sozialistische Bewußtsein der Arbeiterklasse unterminierten, sowie jahrzehntelanger systematischer Verrat an revolutionären

Fortgesetzt auf Seite 20

Anarchismus...

Fortsetzung von Seite 19

Gelegenheiten in anderen Ländern, bis die endgültige Kapitulation vor der kapitalistischen Konterrevolution 1991/92 die Sowjetunion zerstörte.

Anarchismus gegen die Spanische Revolution

In den 20er Jahren war Spanien das einzige Land der Welt, wo der Anarchismus eine bedeutende Bewegung geblieben war. Aus diesem Grund waren die Spanische Revolution und der Bürgerkrieg von 1936-39 ein entscheidender historischer Test des Anarchismus. Letzten Endes hatte die anarchistische Hegemonie über die militanten Arbeiter Spaniens zur Folge, daß die proletarische Revolution erdrosselt wurde und die Kampfbrigaden der Arbeiterklasse durch die bürgerliche Reaktion blutig niedergeschlagen wurden. Tatsächlich spielten die bürokratischen anarchistischen Führer der CNT, bei all ihrem „revolutionären" Gehabe, die gleiche Rolle wie 1919 die verachteten Sozialdemokraten in Deutschland, deren verräterische Koalition mit der Bourgeoisie zur Verhinderung einer Arbeiterrevolution sie dazu brachte, Handlanger bei der Ermordung von Revolutionären wie Rosa Luxemburg zu sein.

Mit dem Militärputsch des faschistischen Generals Francisco Franco im Juli 1936 begann in Spanien eine revolutionäre Situation der *Doppelherrschaft:* zwischen der bürgerlichen Volksfrontregierung der „Republikanischen Linken" und den bewaffneten Arbeitermilizen, die durch die Straßen patrouillierten, die Kriegsvorbereitungen organisierten und daran gingen, die Armee und Polizei zu entwaffnen. Arbeiterkollektive leiteten die Fabriken, und Landarbeiterkollektive übernahmen die landwirtschaftliche Produktion. Die Klassenherrschaft der Bourgeoisie überlebte in Spanien hauptsächlich deshalb, weil die Stalinisten und Sozialdemokraten alles daran setzten, die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse aufrechtzuerhalten.

Das Bollwerk der proletarischen Doppelherrschaft in Spanien war die kämpferische Arbeiterklasse Kataloniens, wo Landbesetzungen und Versuche, eine Arbeiterkontrolle über die Industrie einzuführen, schon lange vor Francos Aufstand begonnen hatten. Francos Versuch, Barcelona zu erobern, war durch die proletarische Mobilisierung entscheidend zerschlagen worden. Aber obwohl Arbeitermilizen die Straßen von Barcelona kontrollierten, kristallisierten sich nie übergreifende nationale Organe proletarischer Macht wie die russischen Sowjets heraus. Der wesentliche Grund dafür war das Fehlen einer revolutionären Partei, die dafür kämpft, die Arbeiterklasse, in Opposition zu den reformistischen Verrätern, für die Eroberung der Staatsmacht zu vereinigen.

Die katalanische Regierung von Lufs Companys war völlig abhängig von der Führung des anarchistischen Massengewerkschaftsverbandes, der CNT. Companys forderte die CNT-FAI (die anarchistische Gewerkschaft und Partei) und die zentristische POUM auf, in die katalanische Regierung einzutreten. Und genauso wie ihre stalinistischen und sozialdemokratischen Pendants anderswo, die noch offener reformistisch waren, griffen die anarchistischen und zentristischen Führer im September 1936 sofort zu, als ihnen Ministersessel angeboten wurden! Nur der Eintritt der CNT in die katalanische Regierung konnte Companys genügend Rückendeckung für eine konterrevolutionäre Mobilisierung geben.

Die entscheidende Schlacht begann am 3. Mai 1937, als Zivilgarden der Regierung (unter dem Kommando des stalinistischen Kommissars für Öffentliche Ordnung) versuchten, die Telefónica (das Haupttelefongebäude) von Barcelona zurückzuerobern, das wichtigste Gebäude im Stadtzentrum, Symbol der Machtübernahme in der Industrie und im öffentlichen Dienst durch die Arbeiterkomitees. Die Telefónica-Arbeiter, überwiegend Anhänger der CNT, schlugen erbittert zurück. Die Nachricht über diesen Angriff verbreitete sich wie ein Lauffeuer: Innerhalb von Stunden wurden überall in der Stadt Barrikaden errichtet, und nach dem ersten Tag war praktisch ganz Barcelona in der Hand der Arbeiter. Bei Einbruch der Nacht hatten Straßenkämpfe begonnen, als die Volksfrontregierung gegen die bewaffneten Arbeitermassen vorging.

Die CNT-FAI manövrierte, um die Kapitulation der Telefónica auszuhandeln, und gab gleichzeitig ein Flugblatt heraus, in dem die Arbeiter dazu gedrängt wurden, ihre Waffen niederzulegen. Die kämpferische CNT-Basis war eigentlich dagegen, aber ohne organisierte Führung und angesichts des demoralisierenden Verrats ihrer Führer verließen die Arbeiter nach und nach die Barrikaden. Bis zum 6. Mai hatte die Regierung die Kontrolle über die Stadt zurückgewonnen. Vergeltungsmaßnahmen kamen prompt und waren blutig: Die Polizei wütete in den Arbeiterbezirken.

Die Mai-Tage von Barcelona brachen dem Kampf gegen Franco das Genick. In dem entscheidenden Augenblick verhielten sich die anarchistischen Führer wie x-beliebige reformistische Ausverkäufer und dienten als die letzte Stütze, um die spanische bürgerliche Demokratie über die Runden zu bringen und zugleich die Arbeiter niederzuschlagen. Wie Leo Trotzki erklärte:

> „Da die Anarchisten das *Ziel* ablehnten, nämlich die Machteroberung, konnten sie letzten Endes auch nicht umhin, das *Mittel* abzulehnen, d. h. die Revolution. Die Führer der CNT und der FAI halfen der Bourgeoisie nicht nur, im Juli 1936 einen Schatten der Macht zu behalten, sondern auch stückweise das wiederherzustellen, was sie auf einen Schlag verloren hatte. Im Mai 1937 sabotierten sie den Aufstand der Arbeiter und retteten damit die Diktatur der Bourgeoisie. So erwies sich der Anarchismus, der nur antipolitisch sein wollte, in Wirklichkeit als antirevolutionär und in den kritischsten Augenblicken als konterrevolutionär." („Die spanische Lehre: eine letzte Warnung", Dezember 1937)

Sechs Jahrzehnte nach dem Verrat an der Spanischen Revolution durch Anarchisten und Stalinisten gleichermaßen ist der Stalinismus gründlich diskreditiert. Der Anarchismus andererseits erlebt in der letzten Zeit eine gewisse Wiederbelebung. Dazu hat eine verständliche Abscheu vor der stalinistischen Pervertierung der Ideale des Kommunismus beigetragen, genauso wie die Demoralisierung angesichts der scheinbar unerschütterlichen Stabilität des Kapitalismus nach der Zerstörung der UdSSR und der Haß auf den reformistischen Verrat derjenigen, die vorgeben, Anhänger des „Sozialismus" zu sein.

Der Anarchismus, der historisch gescheitert ist, der im lebendigen Klassenkampf entlarvt und durch den Sieg des authentischen Marxismus im Oktober 1917 beiseite gefegt wurde, erhebt wieder sein Haupt. Es wäre ein Hohn, wenn es dieser falschen Ideologie - eine extreme Version von radikaldemokratischem Idealismus - erlaubt würde, eine neue Generation von potentiellen Revolutionären von der entscheidenden Aufgabe abzulenken, die vor uns liegt: dem Aufbau einer revolutionären Führung, die im Proletariat verwurzelt ist - einer leninistischen Avantgardepartei, die die unverzichtbare Voraussetzung für den entscheidenden internationalen Sieg der Arbeiter und Unterdrückten ist. Wir von der Internationalen Kommunistischen Liga sind dieser Aufgabe verpflichtet: in der ganzen Welt neue Rote Oktober vorzubereiten, indem wir junge kämpferische Arbeiter und linke Intellektuelle für das Programm der proletarischen Revolution und die ihm zugrundeliegenden Prinzipien des wissenschaftlichen Sozialismus gewinnen.«

Asyl für Kurden...

Fortsetzung von Seite 11

unterjochten Ländern fliehen. Wie der Maastrichter Vertrag von 1992, der eine gemeinsame europäische Währung bis zum Ende des Jahrhunderts vorsah, sollte Schengen einen Schritt hin zur Verschmelzung der bestehenden kapitalistischen Gesellschaften in einen einzigen übernationalen europäischen Staat darstellen. Doch dies ist reaktionärer Utopismus. Die Bourgeoisie ist von Natur aus eine national beschränkte Klasse, deren Aufstieg zur Macht eng verbunden war mit der Herausbildung mächtiger Nationalstaaten, die dazu dienten, den nationalen Markt der jeweiligen Bourgeoisie zu schützen und gleichzeitig international mit rivalisierenden kapitalistischen Staaten zu konkurrieren. Wie der russische Revolutionär Leo Trotzki während des Zweiten Weltkriegs und am Vorabend des Nazi-Holocaust schrieb:

> „Die Welt des niedergehenden Kapitalismus ist übervölkert. Die Frage, hundert zusätzliche Flüchtlinge aufzunehmen, wird ein Hauptproblem für eine derartige Weltmacht wie die Vereinigten Staaten... Inmitten der weiten Ausdehnung des Landes und der Wundertaten der Technologie, die für den Menschen sowohl den Himmel als auch die Erde eroberte, hat es die Bourgeoisie fertiggebracht, unseren Planeten zu einem ekelerregenden Gefängnis zu machen." („Manifest der IV. Internationale zum imperialistischen Krieg und zur proletarischen Weltrevolution", Mai 1940)

Die von den Kapitalisten und ihren sozialdemokratischen Kumpanen betriebene rassistische Politik hat in ganz Europa faschistischen Banden großen Auftrieb gegeben, die spüren, daß sie grünes Licht für ihre mörderischen Angriffe auf Immigranten und Linke haben. Doch das Endziel dieser rassistischen Schocktruppen der kapitalistischen Reaktion ist es, die gesamte organisierte Arbeiterbewegung auszulöschen. Eingewanderte Arbeiter sind ein entscheidender Bestandteil des Industrieproletariats, ob nun Kurden in Deutschland, Nordafrikaner in Frankreich oder Schwarzafrikaner in Italien. Französische Arbeiter haben in den letzten zwei Jahren mit einer Reihe von Massendemonstrationen gegen die Ausweisung der „sans-papiers" das Potential gezeigt, das multiethnische Proletariat gegen rassistischen Terror zu mobilisieren. In Deutschland hat eine Anzahl von Protesten und Streiks gebürtige Deutsche und eingewanderte Arbeiter vereint, wie bei dem machtvollen einwöchigen Bergarbeiterstreik letztes Frühjahr. Es ist von entscheidender Bedeutung, die Arbeiter von den reformistischen Verrätern zu brechen und revolutionäre Arbeiterparteien als Teil einer leninistisch-trotzkistischen internationalen Partei zu schmieden.

Die kleinbürgerlich-nationalistische PKK fordert die UNO und verschiedene imperialistische Mächte auf, eine „politische Lösung" der kurdischen Frage in der Türkei auszuhandeln. Die EU ist ebenso sehr ein "Feind der Kurden wie die türkische Regierung. Ein Hauptgrund für die kürzliche Ablehnung des türkischen Antrags auf EU-Mitgliedschaft war die Furcht der deutschen und anderer Bourgeoisien vor einer massenhaften Einwanderung von Kurden und Türken. Inzwischen manövriert die türkische Bourgeoisie bei der Suche nach Unterstützung zwischen dem US- und dem deutschen Imperialismus, während sie eine blutige Allianz mit den anti-palästinensischen zionistischen Herrschern Israels schmiedet. Und als PKK-Führer Kani Yilmaz vor drei Jahren London besuchte, um für eine „politische Lösung" Druck zu machen, wurde er verhaftet und für zwei Jahre ins Gefängnis gesteckt, bevor er an Deutschland ausgeliefert wurde, wo er jetzt wegen seiner führenden Rolle in einer „terroristischen Vereinigung" vor Gericht steht. Freiheit für Kani Yilmaz!

Auch wenn die Bourgeoisien des Nahen Ostens die unmittelbaren Unterdrücker des kurdischen Volkes sind, kann es Selbstbestimmung für die Kurden nur im Kampf gegen den Imperialismus und seine wiederholten Interventionen in dieser Gegend geben. Nach dem Golfkrieg 1991 wurde Irakisch-Kurdistan zu einer „Schutzzone" für Kurden erklärt, der von den USA und anderen Imperialisten unter dem Feigenblatt der UNO überwacht werden sollte. Doch das türkische Regime, von den USA und Deutschland bis zu den Zähnen bewaffnet, ist wiederholt in diese „Schutzzone" einmarschiert, um Unterstützer der PKK zusammenzutreiben und zu töten.

Die nationale Befreiung Kurdistans erfordert den revolutionären Sturz von vier kapitalistischen Regimen - Türkei, Irak, Iran und Syrien -, unter denen die 25 Millionen Kurden des Nahen Ostens aufgeteilt sind, und die Abschüttelung des Jochs der imperialistischen Vorherrschaft. Die Verbündeten und die Hauptkraft der kurdischen Befreiung sind in dem jeweiligen Proletariat dieser Länder zu finden, das seine eigene Rechnung mit seinen Ausbeutern zu begleichen hat. Es ist lebenswichtig, in diesen Ländern revolutionäre multinationale Arbeiterparteien zu schmieden, die der nationalen Befreiung Kurdistans durch eine sozialistische Revolution verpflichtet sind. Das kurdische Proletariat in der Diaspora - in den wichtigen Industriezentren nicht nur des Nahen Ostens, sondern auch Westeuropas (gemeinsam mit Türken) - verkörpert die lebendige Brücke zwischen dem Befreiungskampf der kurdischen Nation und der proletarischen Revolution im imperialistischen Westeuropa.

Das ist die Perspektive von Trotzkis permanenter Revolution für Länder, deren kapitalistische Entwicklung durch den Imperialismus verzögert wurde: Die Aufgaben der politischen Demokratie und der nationalen Befreiung können nur dadurch gelöst werden, daß das Proletariat an der Spitze der unterjochten Nation die Macht erobert und dies verbunden wird mit dem Kampf für sozialistische Revolutionen in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern. Diese Perspektive erfordert den Aufbau leninistischer Avantgardeparteien, die jede Art von sozialer und nationaler Unterdrückung bekämpfen als integraler Teil des Kampfes für die politische Macht der Arbeiterklasse. Für eine Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan als Teil einer Sozialistischen Föderation des Nahen Ostens! Nieder mit der imperialistischen „Festung Europa"! Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa! Für die Wiederschmiedung von Trotzkis Vierter Internationale, um für neue Oktoberrevolutionen weltweit zu kämpfen! Das ist die Aufgabe, der sich die Internationale Kommunistische Liga verpflichtet hat.«

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Abonniert die Zeitung der SpAD!

D Jahresabo (6 Ausgaben): DM 10,-

D Auslandsabo: DM 15,-; Übersee Luftpost: DM 20,-
beide Abos enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe)

Name ____________________

Adresse ____________________

____

Telefon ____________________

131

Bestellt bei:
Verlag Avantgarde, Postfach 555, 10127 Berlin
Konto 11988-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 50010060

Kahrolsun "Avrupa Kalesi"...

Baştarafi 24. Sayfada

başlattılar. Kapitalist Avrupa'nın ırkçı efendileri, sağcı terörün, ırkçı zulmün ve yenisömürge "Üçüncü Dünya"daki sömürülerinin yarattığı aşırı sefaletin kurbanlarını dışarıda tutmaya kararlılar. Enternasyonal Komünist Liga olarak talep ediyoruz: Kahrolsun NATO/BM'in açlıktan öldürme ambargosu -İrak'tan ellerinizi çekin! Türk ordusu Kürdistan'dan dışarı! Sınırdışı etmelere son! Sağcı terörden kaçan Kürtlere ve bütün mültecilere iltica hakkı!

Sovyetler Birliği ve Doğu Avrupa'daki kapitalist karşı devrimlerin sonucu olarak dünya pazarlarının yeniden paylaşılması üzerine kurulu emperyalistler arası çıkar çatışmaları keskinleşti. Bu da rakip ticaret bloklarının yaratılması ya da pekiştirilmesine yol açtı, örneğin; emperyalistlerin bir yandan kendi ülkelerindeki emekçi kitlelere karşı vahşi saldırılarda bulundukları ve diğer yandan da dış pazarlar için rekabet etmek amacıyla oluşturdukları, gerici bir çabanın ürünü olan, Avrupa Birliği (AB). Kapitalist saldırının en keskin ucunda, kapitalist sistemin yarattığı artan işsizlik ve sürekli artan sefaletin günah keçisi yapılan göçmen ve mültecilere yönelik ırkçı terör yer almaktadır. Avrupa'nın hakim sınıfları, işçileri bölmek, onların sınıf bilinçlerini zehirlemek ve yeni emperyalist savaşlara ideolojik olarak hazırlanmak için, ırkçı histeriyi bilinçli olarak körüklemektedirler.

Bütün Avrupa'da emperyalistlerin ayak işlerini, örgütlü işçi sınıfı içerisindeki liderlik konumlarını kullanarak, sosyal demokratlar ve eski stalinistler yapmaktalar. Reformistlerin ve merkezcilerin de "kötünün iyisi" oldukları hesabıyla destekledikleri bu partiler, Lenin'in ifadesiyle; örgütlü işçi sınıfına dayanan fakat kapitalist düzeni korumaya yeminli "burjuva işçi partileridir". Böylesi partilerin oluşturdukları parlamento hükümetleri, gerek burjuva partileriyle koalisyonda gerekse tek başlarına olsun, burjuva efendilerinin talep ettiği işçi ve göçmen düşmanı politikaları uygulayan *kapitalist* hükümetlerdir.

İtalya'da, eski Stalinist Demokratik Sol Parti'nin (PDS) çeşitli burjuva politikacılarıyla oluşturduğu koalisyon hükümeti Avrupa'nın en vahşi göçmen düşmanı politikalarından birini uygulamaktadır, italyan Komünist Partisi'nin parçalanmasının yan ürünlerinden biri olan Rifondazione Comunista'nın (RC) desteğiyle, bu ırkçı rejim, parlamentodan 300,000 kadar insanı sınırdışı-etmekle tehdit eden yasaları çıkartmıştır. Geçen ilkbaharda İtalyan Deniz Kuvvetleri Adriyatik denizinde, Arnavutluk'taki karışıklık ve sefaletten kaçan, çaresizlik içindeki mültecilerle dolu bir gemiyi batırarak, 89 insanı öldürdü. İtalyan emperyalizmi, ellerinde bu katliamın kanıyla, sonra da "düzeni" sağlamak üzere Arnavutluk'a asker gönderdi. Bu arada, İtalya'ya ulaşabilmiş olan binlerce Arnavut mülteci, toplama kamplarına sürülüp, alelacele sınırdışı edildiler. Bu toplama kampları, bugün Kürt mültecileri hapsetmek için kullanılmaktalar. Hükümetinin Kürt mültecilere karşı sıkı tedbirler alması üzerine Almanyadan aldığı buyruklara yanıt olarak, bir PDS bakanı, -Türkiye ve AB'nden polis amirleriyle yapacağı toplantının önceki akşam- yaptığı konuşmada "yasadışı göçe karşı kesin bir kararlılıkla savaşacağına" yemin ediyordu.

Fransız koalisyon hükümetinin sosyalist başbakanı Lionel Jospin de, en az İtalyanlarınki kadar göçmen düşmanı, ve önceki muhafazakar başbakan kadar ırkçı politikalar uygulamakta. Sosyalistler ve Komünist Parti'nin burjuva politikacılarla birlikte oluşturduğu sınıf uzlaşmacı bir koalisyon olan halk cephesi hükümeti, neo-gaullist Alain Juppe'nin ırkçı ve işçi düşmanı politikalarına karşı girişilen kitle grev ve gösterileri dalgasının ardından seçildi. Ancak halk cephesi hükümeti, ordunun göçmen azınlık mahallelerini terörize etmek için kullanıldığı ırkçı "Vigipirate" kampanyasını sürdürmeye devam etti. Hükümetin göçmenlik üzerine çıkarttığı "yeni" kanunlar, bazı yönlerden önceki hükümetin çıkarttığı gerici kanunlardan çok daha sınırlayıcıdır. Bu arada "sans-papiers" (resmi belgesi olmayan işçiler) sınırdışı edilecekler: Jospin, 100,000'i aşkın insanı toplu halde sınırdışı etmenin hazırlığım yapmak üzere geçtiğimiz ay Senegal, Mali ve Fas'ı dolaştı. Ayrıca, Kürt mülteciler konusunda histeri körüklendikçe İtalyan sınırını Kürtlere kapatmak üzere Fransız polis birlikleri seferber edilip bölgeye gönderildiler.

Almanya'da Başbakan Helmut Kohl'ün Hıristiyan Demokratları (CDU) da Türk ve Kürt asıllı iki milyon göçmen ve mülteciye karşı savaş ilan etmiş durumda. Bu insanların çocukları -Almanya'da doğanlar da dahil-, geçen yıl, ülkede kalabilmek için vize başvurusu yapmak zorunda bırakıldılar. Solcu Türk grupları ve PKK da dahil olmak üzere Kürt milliyetçi grupları yasaklandılar. Kürt ulusal renklerini teşhir etmek bile, Türkiye'de olduğu gibi, yasadışı ilan edildi. Ekonomik gücünü kullanarak, eski Yugoslavya işçi devletinin parçalanmasının koşullarını kabul ettiren ve böylece milyonlarca insanın mülteci olmasına yolaçan Bonn hükümeti, geçtiğimiz yıl, 300,000 civarında Bosnalıyı sınırdışı etmek üzere harekete geçti. Bu, Hitler'in Üçüncü Reich'ından bu yana en büyük kitlesel sınırdışı etme hareketidir. Şimdi de Almanya içişleri bakanı Manfred Kanther, İtalya'ya "sınırlarını güvenlik altına almasını" emrediyor ve Almanya'nın "Bosna'da olduğu gibi, dünya çelişkilerinden dolayı yasadışı örgütlenmiş bir göç hareketini bir daha" kabul etmeyeceğini ilan ediyor *(Frankfurter Rundschau, l* Ocak).

Bu arada Sosyal Demokratlar (SPD) ise Kohl'e sağdan saldırarak CDU hükümetini, Kürt göçünü durdurması için Roma'ya daha önceden baskı yapmamış olmakla suçluyor ve AB ülkeleri arasında sıkı sınır kontrolünün yeniden uygulamaya geçirilmesini talep ediyorlar. SPD'nin kontrolünde bulunan Hamburg eyaleti tam bir göçmen düşmanı polis devletine dönüştürüldü. Geçtiğimiz sonbaharda SPD'nin burada yaptığı seçim kampanyası o denli iğrençççesine ırkçıydı ki; burjuva basını bile, bunun "savaş sonrası Almanya'sında solun yaptığı en yabancı düşmanı seçim kampanyalarından biri" olduğu tespitini yapmak zorunda kaldı (London *Independent,* 22 Eylül 1997). SPD, göçmen düşmanı ırkçılığı körükleyerek, aynı zamanda, bütün Almanya'da Nazi çetelerine de yeşil ışık yaktı.

SPD'nin CDU ile birlikte hükümet olduğu Bremen'de, sınırdışı edilmekle yüzyüze olan Kürt tutuklular, işkenceye,


SPARTAKİST EK 3

(in türkischer Sprache)

SPARTAKIST 4

Doğu Berlin'den Taşkent'e kadar: Kapitalist Karşı-devrim Kadını Ayaklar Altına Alıyor

Doğu Berlin'den Taşkent'e Kadar: Kapitalist Karşı-devrim Kadını Ayaklar Altına Alıyor

Aşağıdaki makale ilk kez, (Dördüncü Enternasyonalist) Enternasyonal Komünist Ligası'nın Amerika seksiyonu olan Spartakist Ligası/ ABD'nin Kadın Komisyonu tarafından çıkarılan Women and Revolution (Kadın ve Devrim) dergisinin İlkbahar/ Yaz 1993 tarihli 42. sayısında yayınlanmıştır.

16 Sayfa, D M 1 -

isteme adresi:, Verlag Avantgarde, Postfach 5 55,10127 Berlin Postbank Frankfurt/M., Konto 119 88-601, BLZ 500 100 60

hücrelerin kalabalıklığına ve diğer aşağılayıcı koşullara karşı açlık grevindeler. SPD'li bir adalet bakanlığı yetkilisi istifa etmek zorunda kalmış, fakat onun yerine göreve gelen yetkili ise, Ramazan ayına denk gelen açlık grevini alaylı bir tavırla "oruç zamanı" olarak değerlendirip, görmemezlikten gelmişti *(Neues Deutschland,* 8 Ocak). Bu arada, Türkiye'de Erzurum cezaevinde de 370 civarında Kürt tutuklu açlık grevinde. Alınan haberlere göre, açlık grevin-deki protestoculardan altısı ölüm tehlikesiyle karşı karşıya. Taleplerimiz: PKK ve Türk sol örgütü Devrimci Sol'a konulan yasağa son! Solcu ve Kürt milliyetçisi siyasi tutuklulara özgürlük! "Yabancılar Yasasına" son! Bütün göçmenlere tam vatandaşlık hakkı! İtalya'nın Avrupalı komşularının Kürt göçmenlere karşı deli gibi koşuşturarak sınır kontrolü koymaya kalkmaları, başlıca Avrupa ülkelerinin, aralarındaki sınırlarda pasaport kontrolünü kaldırmak üzere, 1995 yılında yaptıkları Schengen Anlaşmasıyla çelişmektedir. Fakat, bu aslında Schengen Anlaşmasının gerçek amacına işaret etmektedir; yani, ırkçı "Avrupa Kalesi"ni emperyalizmin çizmeleri altında bulunan geri kalmış ülkelerdeki insanlık dışı koşullardan ve sömürüden kaçan göçmenlere ve mültecilere karşı daha da sağlamlaştırmak. Yüzyılın sonunda ortak bir Avrupa para birimine geçilmesini öngören 1992'deki Maastricht Anlaşması gibi, Schengen de, varolan kapitalist toplumların tek bir ulus-larüstü Avrupa devletinde bütünleşmesine doğru atılan bir adım olarak nitelenmişti. Fakat bu, gerici bir ütopyacılıktır. Burjuvazi, tabiatı gereği, ulusal olarak sınırlı bir sınıftır. Onun iktidara yükselişi, rakip kapitalist devletlerle uluslararası rekabet yaparken, aynı zamanda kendi ulusal pazarını korumaya hizmet eden güçlü ulus devletlerinin ortaya çıkışına sıkı sıkıya bağlıdır. Rus devrimcisi Leon Troçki'nin II. Dünya Savaşı sırasında ve Nazi soykırımının hemen öncesinde yazdığı gibi:

> "Çürüyen kapitalizmin dünyası çok kalabalıklaştı. Yüz mülteciyi daha içeri almak Amerika Birleşik Devletleri gibi bir süper güç için büyük bir sorun yaratır... Muazzam geniş toprakların ve insanlık adına yeri ve göğü fetheden harika teknolojinin ortasında, burjuvazi gezegenimizi iğrenç bir hapishaneye dönüştürmeyi becerdi." ("Manifesto of the Fourth International on the Imperialist War and the Proletarian World Revolution" [IV. Enternasyonal'in Emperyalist Savaş ve Proleter Dünya Devrimi Üzerine Manifestosu], Mayıs 1940)

Kapitalistlerin ve onların sosyal demokrat uşaklarının ırkçı politikaları, bütün Avrupa'da, göçmenlere ve solculara karşı katil saldırılarına devam etmeleri için kendilerine yeşil ışık yakıldığını hisseden faşist çetelerin büyük oranda güç kazanmalarım sağladı. Ancak, kapitalist gericiliğin bu ırkçı şok birliklerinin nihai amacı, örgütlü işçi sınıfı hareketimin bir bütün olarak imha edilmesidir. Almanya'da Kürtler, Fransa'da Kuzey Afrikalılar ve İtalya'da siyah Afrikalılar olmak üzere, göçmen işçiler sanayi proleteryasının anahtar bir parçasıdırlar. Fransız işçiler, geçtiğimiz iki yıl içerisinde, resmi belgesiz işçilerin sınırdışı edilmelerine karşı yaptıkları bir dizi kitlesel protesto gösterisiyle, proletaryanın diğer etnik kökenlerden gelen kesimlerini ırkçı teröre karşı seferber etme potansiyellerini ortaya koydular. Almanya'da yapılan birçok grev ve protesto gösterisi, geçtiğimiz ilkbaharda bir hafta süren son derece etkili maden işçileri grevinde olduğu gibi, Alman işçilerle göçmen işçileri birleştirdi. Bu bağlamda, belirleyici görevimiz: işçileri reformist hainlerden koparmak ve leninist-troçkist bir enternasyonal partinin parçaları olan devrimci işçi partileri kurmaktır.

Küçük burjuva milliyetçi PKK, Birleşmiş Milletlere ve emperyalist gü re, Türkiye'de Kürt sorununun "politik çözümü" için aracılık etmeleri çağrısı yapıyor. AB de, en az Türk

H. Cristoph



Ruhr Bölgesi'nde bir alüminyum fabrikası. Almanya endüstri proletaryasının stratejik unsurları, Türk ve Kürt işçiler

hükümeti kadar Kürt düşmanıdır. Geçenjerde Türkiye'nin AB'ye başvurusunun reddedilmesinin de en büyük nedenlerinden biri, Alman ve diğer burjuvazilerin, yığın halinde Türk ye Kürt göçünden korkmalarıdır. Bu arada Türk burjuvazisi, İsrail'in, Filistinlilerin can düşmanı, Siyonist yöneticileriyle kanlı bir pazarlığa oturmuşken, Alman ve ABD emperyalizmi arasında da destek arayışıyla gidip gelmektedir. Üç yıl önce, PKK lideri Kani Yılmaz Londra'da "politik çözüm" peşinde koşarken, tutuklanıp, iki yıl hapsedildikten sonra, Almanya'ya iade edildi ve şimdi "terörist örgüte" önderlik yapmaktan yargılanmaktadır. Kani Yılmaz'a özgürlük!

Kürtleri doğrudan ezenler Yakın Doğu burjuvazileri olduğu halde, emperyalizme ve onun bölgeye müdahalelerine karşı çıkmaksızın Kürtler için kendi kaderlerini tayin gerçekleşemez. 1991 Körfez Savaşını takiben Irak-Kürdistanı, Kürtler için, BM'in incir yaprağryla örtülüp, ABD ve diğer emperyalistlerin polisliğini yaptığı bir "güvenlik bölgesi" ilan edildi. Ancak, Almanya ve ABD tarafından tepeden tırnağa silahlandırılan Türk rejimi bu "güvenlik bölgesi"ni PKK destekçilerini toparlamak ve öldürmek için, defalarca işgal etti.

Kürdistan'ın ulusal kurtuluşu, 25 milyon Kürdün aralarında paylaşıldığı, İran, Irak, Türkiye ve Suriye'deki dört kapitalist rejimin yıkılmasını ve emperyalist hakimiyetin boyunduruğundan kurtulmayı gerektirir. Kürt kurtuluşunun müttefikleri ve motor gücü, yaşadıkları ülkelerin -kendi sömürücülerine soracak hesapları olan- proleteryalarıdır. Bu ülkelerde, Kürdistan'ın sosyalist devrim yoluyla kurtuluşuna kararlılıkla bağlı, çok-uluslu devrimci işçi partilerinin oluşturulması hayati öneme sahiptir. Sadece Yakın Doğu'ya değil, -Türklerle birlikte- Batı Avrupa'nın başlıca sanayi merkezlerine de yayılmış Kürt proleteryası, Kürt ulusunun kurtuluş mücadelesi ile emperyalist Batı Avrupa'daki proleter devrim arasında canlı bir köprüyü temsil ediyor.

Bu Troçki'nin, kapitalist gelişmeleri emperyalizm tarafından geri bıraktırılmış ülkeler için öngördüğü sürekli devrim perspektifidir, buna göre; politik demokrasi ve ulusal kurtuluş görevleri ancak, baskı altındaki ulusun liderliğini ele alarak proleteryanın iktidarı ele geçirmesi ve bunun ileri kapitalist ülkelerde sosyalist devrimlerle birleşmesiyle gerçekleşebilir. Bu perspektif; toplumsal ve ulusal baskının her biçimiyle savaşmayı, işçi-sınıfı politik iktidarı için mücadelenin ayrılmaz bir parçası yapan Leninist öncü partilerin kurulmasını gerektirir. Yakın Doğu Sosyalist Federasyo-nu'nun parçası bir Sosyalist Birleşik Kürdistan Cumhuriyeti için İleri! Kahrolsun emperyalist "Avrupa Kalesi"! Avrupa Birleşik Sosyalist Devletleri için İleri! Dünya çapında yeni Ek Devrimleri için mücadele edecek, Troçki'nin Dördüncü Enternasyonali'nin yeniden oluşturulması için ileri! Enternasyonal Komünist Liga işte bu göreve kararlılıkla bağlıdır. •

SPARTAKIST

Kahrolsun Irkçı "Avrupa Kalesi"!

Sağcı Terörden Kaçan Kürtlere ve Bütün Mültecilere İltica Hakkı!



dpa



Eligio Paoni/Contrasto

İtalyan Halk Cephesi hükümetinin Toplama Kamplarına hapsettiği, Türkiye ve Irak'lı çaresiz Kürt mülteciler

Aşağıda, Enternasyonal Komünist Liga'nın (EKL), Alman ve diğer Batı Avrupa emperyalistlerinin Kürt mültecilere karşı yürüttükleri ırkçı dışlama kampanyasını protesto eden, 12 Ocak tarihli açıklamasını yayınlıyoruz. Bu korkunç kampanya, Türk ordusunun, Alman ve Amerikan silahlarıyla Kürt halkına karşı sürdürdüğü yok etme savaşının bir uzantısıdır.

Enternasyonal Komünist Liga'nın Protesto Açıklaması

Almanya'da otomobil, metal ve kimya endüstrisinin stratejik unsurları olma özelliği taşıyan Türk ve Kürt işçiler, ırkçı kapitalist sistemi ortadan kaldıracak olan gücün önemli bir parçasıdırlar. Tüm azınlıkların haklarının savunulması, Dördüncü Reich'ı paramparça edecek olan proleter devrim mücadelesinden ayn düşünülemez. İşçi sınıfı ve azınlıklar, ya çıkarları yönünde birlikte ilerleyecek, ya da ayn ayn yenileceklerdir.

Aynı şekilde, Kürtlerin bağımsızlık istemlerinin gerçekleşmesi, Yakın Doğu'nun dört kapitalist devletinde verilecek proleter devrim mücadelesine bağlıdır. EKL, bu anlayışı işçi sınıfına taşıyacak, yeni Ekim devrimlerine önderlik edecek enternasyonal Leninist öncü partiler kurmak için mücadele ediyor. PKK'nın (Kürdistan İşçi Partisi) küçük burjuva milliyetçi stratejisi, Troçki'nin sürekli devrim perspektifine taban tabana zıt olup, Kürtlere, FKÖ'nün (Filistin Kurtuluş Örgütü) Siyonist devlet terörüne karşı uzun yıllar sürdürdüğü mücadelenin sonucunda "elde ettiğinden"fazlasını kazandıramaz:yani, Filistin polisinin kontrolü altında olan "özerk" mahalleler. Şpartakist'm *bu sayısında, EKL seksiyonlarının daha önce İngilizce, Fransızca, Almanca ve İtalyanca dillerinde dağıttıklan bu açıklamanın Türkçe çevirisini yayınlayabiliyor olmakla gurur duyuyoruz.*

Türk rejiminin Kürtlere karşı 13 yıldır sürdürdüğü savaş, Türkiye'nin doğusunu çöle çevirip; 3,500 köyü tamamen yerlebir ederek üç milyonun üzerinde Kürdü yerlerini yurtlarım terkedip göçe zorladı. Kuzey İrak'ta yaşayan Kürtler de, Türkiye'nin, NATO müttefikleri ABD, Almanya, İtalya ve Fransa'nın destekleriyle gerçekleştirdiği askeri saldırılardan nasiplerini aldılar. Bu saldırılardan en sonuncusu henüz geçtiğimiz ay gerçekleşti. Bunlar, 1991'de Körfez Savaşı'nda NATO ve Birleşmiş Milletler (BM) birliklerinin gerçekleştirdikleri katliamı takiben Irak nüfusunu açlıktan ölüme mahkum eden yedi yıllık ambargonun üstüne olmaktadır. Bütün bu olup bitenlerin sonucu olarak, geçtiğimiz ay iki şilebe doluşarak Türkiye ve İrak'taki sağcı terörden kaçan 900 Kürt ve diğer mülteciler italya'ya ulaştıklarında Avrupa'nın bütün emperyalist güçleri, Almanya başta olmak üzere, bu "mülteci akınına" karşı histerik bir ırkçı kampanya

Devamı 22. Sayfada

Bütün Göçmenlere Tartı Vatandaşlık Hakkı!

A 1664 E

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 132 SOMMER 1998 DM1,-

IWF, deutscher Imperialismus: Hände weg von Südostasien!

Indonesien: Für Arbeiterrevolution!



Reuters

Massenproteste führten zu Suhartos Machtübergabe an Gefolgsmann Habibie, brutale Militärdiktatur bleibt intakt

- **Nieder mit den Generälen!**
- **Nieder mit den antichinesischen Pogromen!**
- **Für die Unabhängigkeit von Osttimor!**

Suhartos tyrannische Militärdiktatur, die 1965/66 mit dem Abschlachten einer halben Million Arbeiter, Bauern, Kommunisten und Menschen chinesischer Herkunft eingeleitet wurde, ist zu Ende. Der Wechsel von Suharto zu seinem Handlanger B.J. Habibie ändert nichts für die verarmten Massen, die unter der Last der schweren Wirtschaftskrise und grausamer rechter Repression ums Überleben kämpfen. Habibie, der von allen als Übergangsfigur angesehen wird, wurde von den gleichen Militär-Schlächtern eingesetzt, die jahrzehntelang Suhartos Terrorherrschaft durchgesetzt haben.

Inflation und Arbeitslosigkeit, die seit Monaten als Ergebnis der Wirtschaftskrise in Südostasien in die Höhe schießen, führten im ganzen Land zu wachsendem Aufruhr. Die Wut explodierte im Mai, als die Regierung unter dem Diktat des imperialistischen Internationalen Währungsfonds (IWF) die Subventionen für Benzin und andere Bedarfsartikel drakonisch kürzte. Die schrecklich verarmten Massen der Slumbewohner nahmen sich vor allem die Wohnsitze und Geschäfte des Präsidenten, seiner Familie und seiner Kumpane vor. Aber die Plünderungen von Geschäften und Einkaufszentren schwappten auch in mörderische Angriffe gegen chinesische Kaufleute und ihre Wohnungen über. Es gibt klare Anzeichen dafür, daß diese Pogrome vom Regime

Fortgesetzt auf Seite 2



Frauen und Revolution

Indonesien...

Fortsetzung von Seite 1

selbst angestachelt wurden, das schon zuvor immer wieder den Zorn der Bevölkerung in antichinesischen Rassismus kanalisiert hat.

Die Imperialisten setzten alle Hebel in Bewegung, um mit den Schlächtern vom Militär den Weg für Suhartos Nachfolge zu ebnen, dessen berüchtigte Korruption weite Schichten der Bourgeoisie und der Mittelklasse gegen sich aufgebracht hatte.

Der neue Präsident B. J. Habibie, ein fanatischer antichinesischer Rassist mit Verbindungen zum deutschen Imperialismus, ist weitgehend eine Kreatur seines Paten Suharto. *Wir warnen: Dieses „reformierte" indonesische kapitalistische Regime wird ebenso repressiv und blutig sein wie sein Vorgänger und ist ebenso entschlossen, die arbeitenden Massen des Landes für die kapitalistische Krise zahlen zu lassen.*

In den letzten Jahrzehnten hat der gewaltige Zustrom imperialistischer Investitionen das Wachstum eines kämpferischen jungen Proletariats gefördert, das in den vergangenen Jahren wiederholt in Streik getreten ist. In Medan, einer Stadt in Nord-Sumatra, schlössen sich Arbeiter den Studentenprotesten an, und anderswo brachte ein Streik der Fahrer den öffentlichen Nahverkehr zum Stillstand. Bisher jedoch hat das Proletariat als Klasse noch nicht die Kampfarena betreten. Es ist dringend notwendig, daß die Arbeiterklasse als unabhängiger revolutionärer Faktor auftritt. Das erfordert die Schmiedung einer internationalistischen Avantgardepartei, die der Aufgabe verpflichtet ist, das Proletariat zur Eroberung der Staatsmacht zu führen.

Im Kampf für die sozialistische Revolution gegen alle Flügel der Kapitalistenklasse muß das Proletariat seinen Platz an der Spitze der arbeitslosen Armen, der ländlichen Massen, der Frauen, der Hunderten von brutal unterjochten ethnischen und nationalen Minderheiten einnehmen. Das ist der einzige Weg, um die Bedürfnisse der Massen befriedigen und den Würgegriff imperialistischer Ausbeutung und Vorherrschaft zerbrechen zu können. Indonesien ist ein klassisches Beispiel von kombinierter und ungleichmäßiger Entwicklung, wo eine moderne kapitalistische Industrie neben ungeheurer Rückständigkeit existiert. Der bolschewistische Führer Leo Trotzki ging von der Erfahrung der russischen Oktoberrevolution 1917 aus und erklärte in *Die permanente Revolution* (1930):

„In bezug auf die Länder mit einer verspäteten bürgerlichen Entwicklung, insbesondere auf die kolonialen und halbkolonialen Länder, bedeutet die Theorie der permanenten Revolution, daß die volle und wirkliche Lösung ihrer *demokratischen Aufgabe und des Problems ihrer nationalen Befreiung* nur denkbar ist mittels der Diktatur des Proletariats als des Führers der unterdrückten Nation und vor allem ihrer Bauernmassen."

Eine proletarische Revolution im indonesischen Inselreich würde in ganz Südost- und Ostasien Widerhall finden, wo Hunderte Millionen Werktätige mit der ganzen Gewalt brutaler Ausbeutung unterdrückt werden, die vom IWF aufgezwungen wird. Sie hätte auch eine enorme Auswirkung auf eine proletarisch-politische Revolution in China, wo die nationalistische stalinistische Bürokratie geradewegs auf eine kapitalistische Konterrevolution zusteuert. Die amerikanischen und australischen Imperialisten - die Suharto bis an die Zähne bewaffnet haben - würden sofort versuchen, ihre finanzielle und militärische Macht einzusetzen, um jede Herausforderung der kapitalistischen Klassenherrschaft niederzuschlagen. Deshalb ist der Kampf für ein sozialistisches Asien - für Arbeiterrevolutionen in der gesamten Region, besonders in den imperialistischen Zentren wie Japan und Australien - für proletarische Kämpfer in Indonesien eine Frage auf Leben und Tod.

Südostasien ist heute einer der Schauplätze der wiederauflebenden Rivalitäten zwischen den imperialistischen Ländern, nicht nur zwischen den USA und Japan, sondern auch dem seit der kapitalistischen Konterrevolution und dem Anschluß der DDR erstarkten Deutschland, das schnell Kapital nach Asien pumpt. Für den Bundesverband der Deutschen Industrie ist Indonesien einer der wichtigsten Handelspartner in Südostasien. Das Handelsvolumen stieg im vergangenen Jahr um knapp 30 Prozent auf 9,2 Milliarden Mark. Dabei ist der in Deutschland ausgebildete Habibie für zahllose deutsch-indonesische Kooperationsabkommen verantwortlich. Viele dieser Geschäfte umfassen Waffenlieferungen und Rüstung: MBB vergab die Lizenz zum Bau von Hubschraubern an Habibies Flugzeugwerk IPTN, HDW verkaufte U-Boote und MAK Systemtechnik erhielt die Ausfuhrgenehmigung für Kleinpanzer. Und General Prabowo, ein Schwiegersohn Suhartos, der bis vor kurzem eine der berüchtigten Elitetruppen-Einheiten kommandierte, wurde in der deutschen Kommandoeinheit GSG 9 ausgebildet. Die SpAD fordert: *IWF, Viertes Reich des deutschen Imperialismus: Blutige Hände weg von Indonesien!*

Wir intervenieren in die Arbeiterklasse für gewerkschaftliche Boykottaktionen gegen Waffenlieferungen des

Fortgesetzt auf Seite 7

SPARTAKIST

herausgegeben vom Zentralkomitee der SPARTAKIST-ARBEITERPARTEIDEUTSCHLANDS Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

Redakteurin: Doris Kohn
Produktionsleiterin: Renate Dahlhaus
Vertriebsleiter: Herbert Adler

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH, Postfach 555, 10127 Berlin
Redaktion Spartakist: Tel. (030) 4439401

Korrespondenz über die Verlagsanschrift.
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion.

Presserechtlich verantwortlich: B. Fiedler, 10365 Berlin

Abonnement (4 Ausgaben) DM 8,- an Verlag Avantgarde
Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500100 60
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 132 **SOMMER 1998**

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

International Communist League
PO Box 7429
New York, NY10116, USA

KONTAKTADRESSEN

Berlin: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 555, 10127 Berlin
Telefon: (030) 4 43*Q4* 00

Hamburg: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg
Telefon: (040) 32 36 44

Dieser Ausgabe des *Spartakist wird* im Postvertrieb als Supplement *Spartacist,* deutsche Ausgabe Nr. 20, beigefügt.

Frauen und Revolution

Veröffentlicht in Zusammenarbeit zwischen *Spartakist und Women and Revolution* (USA)



Indonesien: Arbeiterinnen und der Kampf für sozialistische Revolution

Wir drucken im folgenden in gekürzter und überarbeiteter Fassung die Präsentation ab, die unsere Genossin Margaret Rodda bei Diskussionsveranstaltungen der Spartacist League of Australia Ende März in Sydney und Melbourne gehalten hat. Die vollständige Präsentation ist bereits im Workers Vanguard *Nr. 688, 10. April, veröffentlicht worden.*

Die Arbeiterklasse muß herrschen – Schmiedet eine trotzkistische Partei!

Indonesien ist ein Pulverfaß. Für die Arbeiterklasse bedeuten die von den imperialistischen Blutsaugern des Internationalen Währungsfonds (IWF) diktierten Austeritätsmaßnahmen, noch tiefer in die Verelendung gestürzt zu werden. Millionen sind schon arbeitslos geworden, Bauarbeiter und Industriearbeiter hat es am schlimmsten getroffen. Die Arbeitslosigkeit liegt jetzt offiziell bei 8 Millionen, Mitte 1997 lag sie noch bei 2,5 Millionen. Die vom Staat kontrollierte SPSI (Gesamtindonesische Arbeitergewerkschaft) erwartet, daß die Zahl der Arbeiter, die nicht genügend verdienen, um auch nur den täglichen Bedarf decken zu können, in diesem Jahr auf 40 Millionen ansteigen wird, bei einer erwerbsfähigen Bevölkerung von 90 Millionen. Die Situation wird noch verschärft durch die schlimmste Dürre seit 50 Jahren, was dazu führt, daß Dorfbewohner auf der Suche nach Arbeit in großer Zahl in die Städte wie Jakarta strömen. Die Wirtschaftskrise hat einerseits Arbeiterunruhen hervorgebracht, andererseits aber auch dem Wachstum von islamischem Fanatismus Auftrieb gegeben. Dies hat ernsthafte Konsequenzen nicht nur für die zum großen Teil christliche chinesische Minderheit, die das Opfer von Gewalttätigkeiten und Brandstiftungen durch marodierende Mobs wurde, sondern auch für Arbeiterinnen, die eine zunehmend starke Rolle bei Streiks und Protesten gespielt haben.

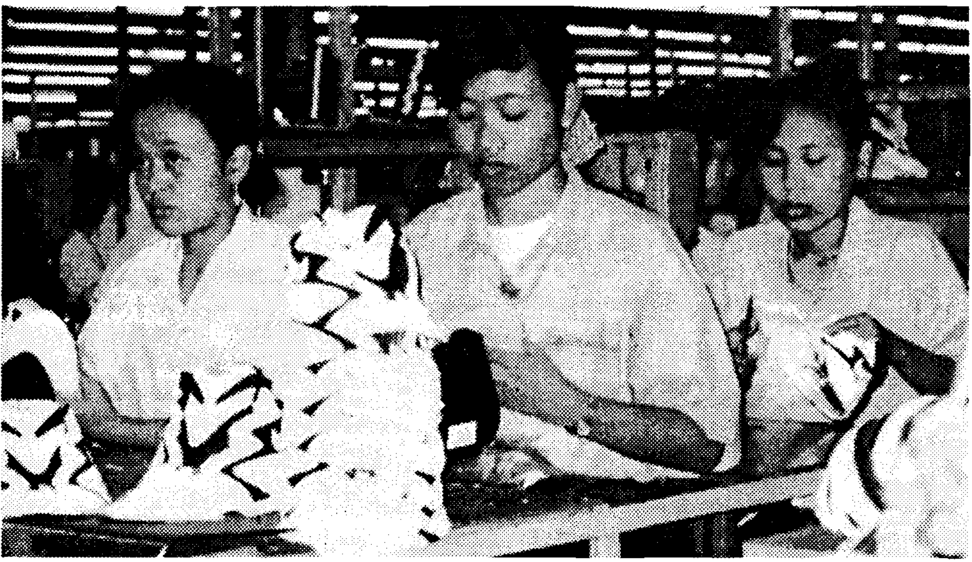
Von Thailand und Indonesien bis zu den Philippinen haben hohe imperialistische Investitionen, vor allem durch japanisches Kapital, in den letzten zwei Jahrzehnten ein dynamisches junges Proletariat geschaffen. Dies ist die Kraft, die die bluttriefende Suharto-Diktatur wegfegen kann und genau dafür kämpfen muß; aber das geht nicht dadurch, daß sie ein Bündnis mit einem illusorischen „demokratischen" Flügel des indonesischen Kapitalismus anstrebt, sondern durch eine sozialistische Revolution gegen die gesamte herrschende Klasse von Kapitalisten und Großgrundbesitzern und gegen deren imperialistische Herren.

Um diesen Kampf zum Sieg zu führen, muß eine leninistisch-trotzkistische Partei geschmiedet werden, die darangeht, die Klassenkämpfe in Indonesien mit denen der Arbeiter in ganz Asien und auf der ganzen Welt zu verbinden. Der Weg zur Emanzipation der Arbeiterklasse in der Region - und damit zugleich der Frauen, der Bauern und der unterdrückten ethnischen nationalen Minderheiten - besteht im Kampf für eine sozialistische Föderation von Südostasien, der verbunden ist mit den Kämpfen für eine proletarische Revolution in Japan, Australien, den USA und anderen imperialistischen Mächten und für proletarisch-politische Revolution in China, um dort die Gefahr der kapitalistischen Restauration zu stoppen.

Die Familie: Wichtigste Stütze der sozialen Reaktion

Frauen haben im letzten Jahrzehnt eine militante Rolle in den Arbeiterkämpfen gegen die Suharto-Diktatur gespielt. Sie haben für das Recht auf Organisierung in unabhängigen Gewerkschaften gekämpft, für Lohnerhöhungen und bessere Arbeitsbedingungen, außerdem für das Recht auf Mutterschaftsurlaub. Beispielhaft hierfür ist Marsinah, eine junge Kämpferin, die für Millionen von Frauen und Jugendlichen zur Heldin wurde, als sie nach Arbeiterkämpfen in Ostjava 1993 brutal ermordet wurde. Viele dieser neuen Proletarierinnen sind erst vor kurzem aus Dörfern in die Städte gekommen, weil dort traditionelle Arbeitsplätze durch Mechanisierung ersetzt wurden oder durch immer weiter vordringende Urbanisierung weggefallen sind. Zwar werden diese jungen Frauen in den Fabriken schrecklich ausgebeutet, doch erlangen sie auch gewisse Freiheiten gegenüber den gesellschaftlichen Zwängen des Familien- und Dorflebens, insbesondere was den Zwang angeht, heiraten zu

Fortgesetzt auf Seite 4



Richburg/Washington Post

Nike-Fabrik in der indonesischen Stadt Serang. Superausgebeutete Arbeiterinnen, die während des Wirtschaftsbooms in die Fabriken gegangen sind, sind jetzt von Massenentlassungen bedroht

Indonesische Arbeiterinnen...

Fortsetzung von Seite 3

müssen, was auch arrangierte Ehen einschließt.

Zentrale Bedeutung für die Unterdrückung der Frauen in Indonesien hat, wie in allen Klassengesellschaften, die Institution der Familie -eine wirtschaftliche und soziale Einheit, die die Frauen als abhängige Haussklaven unterjocht und die zusammen mit der organisierten Religion als Hauptstütze der sozialen Reaktion dient. Suhartos Militärregime der „Neuen Ordnung", das 1965 mit dem schrecklichen antikommunistischen Blutbad an die Macht gekommen ist, bei dem mehr als eine halbe Million Menschen umgebracht worden sind, hat der Bevölkerung ganz massiv die Ideologie eingeimpft, daß Frauen sich auf die Rolle als Ehefrau und Mutter zu beschränken haben. 1974 verabschiedete die Regierung ein nationales Ehegesetz, das in seiner ursprünglichen Form bei islamischen Führern allgemeinen Aufruhr hervorrief, weil damit die Abschaffung der Polygamie und die Schwächung der Rolle der islamischen Gerichte drohte, die sich hauptsächlich mit Familienrecht und Erbschaftsfragen befassen. Um die Islamisten zu beschwichtigen, schrieb das endgültige, revidierte Gesetz die Rolle der islamischen Gerichte fest und weitete sie noch erheblich aus; so erlaubte es auch die Institution der Polygamie, wenn auch etwas eingeschränkt. Das Gesetz schrieb auch die Rolle der Ehefrau als Hausfrau in der Familie fest, sowie die Rolle des Mannes als Beschützer und Ernährer der Familie.

Von zentraler Bedeutung für diese ideologische Kampagne des Regimes waren die von der Regierung kontrollierten Frauenorganisationen wie Dharma Wanita und besonders die PKK (Bewegung für das Wohl der Familie), die sowohl die städtischen als auch die ländlichen Gebiete im ganzen indonesischen Inselreich durchdringen. Diese Organisationen verbreiten die Doktrin „Panca Dharma Wanita" (Fünf Pflichten der Frauen). Diese ergänzt die Doktrin „Panca Sila", die seit der Zeit von Sukarno propagiert wird, der Indonesiens erster nationalistischer Herrscher war, nachdem dieses 1948 die Unabhängigkeit von den Niederländern erlangte. Während die Doktrin „Panca Sila" die fünf „Grundsätze" vom Glauben an einen Gott, von Humanismus, Patriotismus, Demokratie und sozialer Gerechtigkeit aufgestellt hat, erklärt die Doktrin „Panca Dharma Wanita" die fünf grundlegenden Rollen, auf denen die Unterdrückung der Frauen in der Familie beruht: als Partnerin und Unterstützerin des Ehemanns, Verantwortliche für den Haushalt, Produzentin künftiger Generationen, Verantwortliche für die primäre Sozialisation der Kinder und indonesische Staatsbürgerin.

Gleichzeitig haben die Unwägbarkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung die Regierung dazu veranlaßt, Frauen zu ermutigen, außerhalb des Haushalts Arbeit aufzunehmen, auch wenn sie weiterhin ihre Hauptrolle innerhalb der Familie ausfüllen sollen. Der steigende Anteil der Frauen an der erwerbstätigen Bevölkerung ging zumindest für eine bestimmte Schicht von Frauen mit einem besseren Zugang zum Bildungssystem einher und war verbunden mit sinkenden Geburtenraten, einem höheren Heiratsalter und einer größeren Mobilität in der Bevölkerung.

Imperialistische Kapitalinvestitionen haben ebenfalls zum Entstehen eines städtischen und ausgebildeten, wenn auch hochgradig ausgebeuteten, Proletariats geführt, besonders in der verarbeitenden Industrie. 20 Millionen Arbeiter leben in städtischen Regionen wie dem Industriegürtel Jakarta-Bogor-Tangerang-Bekasih. Frauen, besonders diejenigen, die aus den Dörfern kommen und nur ein niedriges Bildungsniveau haben, stellen in solchen Regionen die Masse der superausgebeuteten Arbeiter in den Fabriken, die Gefängnissen ähneln. Trotz solcher höllischen Bedingungen bedeutet die Möglichkeit für Frauen, außerhalb ihres Zuhauses zu arbeiten, daß ihre Beziehung zu männlichen Arbeitern zunehmend eine von Genossen im Klassenkampf wird, statt Haussklavinnen zu sein, die von der Welt abgeschottet sind.

Der Kampf für die Befreiung der Frauen ist verbunden mit dem proletarischen Klassenkampf zum Sturz des Systems der kapitalistischen Ausbeutung. Wir kämpfen dafür, den patriarchalischen Praktiken ein Ende zu setzen, durch die Frauen unterdrückt werden, wie dem System der Polygamie und dem Brautpreis - ein Erbe der sozialen Rückständigkeit, das heute von religiösen Reaktionären im Bund mit den kapitalistischen Herrschern aufrechterhalten wird. Die Frauenbefreiung kann nur erreicht werden durch eine sozialistische Revolution, die auf die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder ausgeweitet wird. In einer sozialistischen Planwirtschaft wird die Familie als soziale Einheit ersetzt werden durch die Vergesellschaftung der Kinderbetreuung und der Haushaltspflichten. Erst dann können die Menschen frei und ohne wirtschaftlichen Zwang persönliche Beziehungen eingehen. Wie bei der Russischen Revolution 1917 werden die Arbeiterinnen an der Spitze des Kampfes gegen die kapitalistische und halbfeudale Versklavung in Indonesien stehen.

Kostenlose hochwertige Gesundheitsversorgung für alle! Kostenlose Abtreibung auf Wunsch!

Eine wichtige Frage im Zusammenhang mit der Unterdrückung der Frauen in Indonesien ist die Abtreibung, die illegal ist. Dies wurde Anfang dieses Jahres deutlich, als eine Reihe von Ärzten und Schwestern verhaftet wurden, weil sie Abtreibungen, durchgeführt hatten; ihre Kliniken wurden geschlossen und Unterlagen beschlagnahmt. Gleichzeitig sollen Abtreibungen bei Frauen aus der Mittelklasse nicht ungewöhnlich sein, die größere Bildungsmöglichkeiten und ein gewisses Maß an persönlichen Freiheiten haben, und auch das Geld, um den Eingriff bezahlen zu können. Für arme Frauen und Frauen aus der Arbeiterklasse ist der Zugang zu kostenloser, sicherer Abtreibung eine explosive Frage. Schwangerschaft außerhalb der Ehe ist mit einem riesigen Stigma verbunden, nichteheliche Kinder und ihre Mütter werden von der Gesellschaft ausgegrenzt. Laut einem Bericht im *Sydney Morning Herold* (3. Januar) ergaben Statistiken von 1994, daß in Indonesien von jeweils 100000 Frauen 450 während der Schwangerschaft starben - die höchste Sterberate von schwangeren Frauen in ganz Südostasien. 16 Prozent dieser Todesfälle sollen auf unsachgemäße Abtreibungen zurückgehen.

Der Kampf für das Recht auf kostenlose Abtreibung ist eng verbunden mit dem Kampf für eine kostenlose hochwertige Gesundheitsversorgung für alle. Die medizinische Versorgung in Indonesien ist schlecht, selbst gemessen am Standard für sogenannte „Entwicklungsländer. Neben sehr hohen Todesraten bei der Geburt gibt es eine hohe Kindersterblichkeitsrate. Auf dem Land sind rund 80 Prozent der schwangeren Mütter und der Kinder unter fünf Jahren unterernährt. Diese Situation hat sich durch den Zusammenbruch der Rupiah und die drastisch steigenden Kosten für Güter wie zum Beispiel Artikel zur medizinischen Versorgung noch verschärft.

Mit einer Bevölkerung von mehr als 200 Millionen ist Indonesien das viertgrößte Land der Welt und eines der am dichtbesiedeltsten Länder. Das Suharto-Regime verfolgt ein aggressives Programm zur Kontrolle des Bevölkerungswachstums, von dem alleinstehende Frauen ausgenommen sind. Zwar gibt es im Rahmen des Regierungsprogramms KB (Keluarga Berencana) kostenlose Verhütungsmittel für verheiratete Frauen, aber viele konnten nur durch Drohun-

gen oder Bestechung dazu gebracht werden, mitzumachen. Dieser Druck wird noch verstärkt durch die Einbeziehung des indonesischen Militärs (ABRI) in das Programm als Teil seiner sogenannten „Doppelfunktion" in militärischen und zivilen Angelegenheiten - eine Vorgehensweise, mit der wiederholt der blutige Militärterror entfesselt wurde, um die Bevölkerung in die Schranken zu weisen und zu unterdrücken.

Ein weiterer Aspekt des Programms zur Begrenzung des Bevölkerungswachstums ist die „Transmigrations"-Politik der Regierung, wobei landlose Arme aus dicht besiedelten Gebieten, besonders auf Java, umgesiedelt werden in weit abgelegene Gebiete mit ethnisch anderer Bevölkerung, wie Irian Jaya und Ostthnor. Diese Politik hat die schon seit langem vorhandenen ethnischen und religiösen Spannungen noch angeheizt. Zum Beispiel kämpft die Bevölkerung von Osttimor seit 1975 für ihre Unabhängigkeit gegen die völkermörderische indonesische Militärbesetzung. Mehr als 200000 Menschen in Osttimor - ein ganzes *Drittel* der Bevölkerung - sind seither umgekommen, sei es durch direkten Mord, wie das Massaker an mehr als 200 Demonstranten 1991 in Dili, der Hauptstadt Osttimors, oder als Folge von Krankheiten und Unterernährung.

Die Kindersterblichkeit in Osttimor gehört zu den fünf höchsten der ganzen Welt. Die Bevölkerung von Osttimor leidet in hohem Maße an Unterernährung, TB, Malaria und Geschlechtskrankheiten. Schreckliche wirtschaftliche Verhältnisse haben junge Frauen in die Prostitution oder zur Zwangsheirat getrieben. Die Frauen in Osttimor, die zum großen Teil katholisch sind und Geburtenkontrolle aus religiösen Gründen ablehnen, werden häufig dazu gezwungen, ihr Einverständnis dazu zu geben; man schüchtert sie ein, wenn sie Gesundheitseinrichtungen aufsuchen, wo Ärzten und Schwestern oft Soldaten zur Seite stehen. Weit verbreitet ist die Befürchtung, daß Sterilisationen und Injektionen durchgeführt werden, von denen die Betroffenen nicht in Kenntnis gesetzt werden, so zum Beispiel, als an einer weiterführenden Schule nur den Schülerinnen Spritzen gegeben wurden, die angeblich gegen Tetanus schützen sollten. Eine solche Barbarei unterstreicht die sehr reale Furcht der Menschen in Osttimor, daß die indonesische Regierung vorhat, ihr Volk zu vernichten.

Nur ein revolutionärer Sturz des existierenden Systems des kapitalistischen Imperialismus kann überhaupt erst *anfangen,* gegen die Unterdrückung, Erniedrigung und das Elend von Frauen vorzugehen sowie die Rechte und die Emanzipation der nationalen Minderheiten im ganzen Inselreich durchzusetzen. Indonesien ist ein Völkergefängnis - es leben dort rund 300 verschiedene ethnische und nationale Gruppierungen, die unter der Unterdrückung durch das bürgerliche Regime leiden, dessen Machtbasis die Insel Java ist. Besonders hervorzuheben sind die Unabhängigkeitskämpfe in Acehn im Norden Sumatras und des Volkes von Irian Jaya sowie der Kampf des Volkes von Osttimor. Wirfordern die sofortige Unabhängigkeit für Osttimor.

Islam als politischer Faktor

Rund 90 Prozent der 203 Millionen Einwohner Indonesiens bezeichnen sich selbst als Moslems, Indonesien ist damit das größte islamische Land der Welt. Besonders auf Java jedoch, wo islamische Glaubensvorstellungen mit vorher existierenden animistischen, hinduistischen und buddhistischen Traditionen verschmolzen wurden, wird ein Großteil der Moslems als „Abangun" (nominelle Moslems) bezeichnet. Neben den „Abangun" gibt es noch die „Santri" (fromme Moslems). Annähernd 56 Millionen gehören zu zwei Organisationen, die die Hauptströmungen der Santri-Moslems widerspiegeln: die traditionalistische Nahdlatul Ulama, die sich auf die ländlichen Islam-Schulen namens ..Pesantren" stützt, und die städtische „modernistische" Organisation Muhammadiyah. Infolge der weitverbreiteten Verärgerung in den neuen Mittelklassen über Vetternwirtschaft, Kumpanei und Korruption der Suharto-Clique hat es eine zunehmende „Santrifizierung" der Abangun-Moslems gegeben.

Das Suharto-Regime hat eine spezielle Beziehung zu den „Modernisten" aufgebaut, was sich in Verschiebungen in der Armeeführung niederschlug und in der Gründung der Indonesischen Vereinigung Muslimischer Intellektueller (ICMI) 1990 unter der Führung von Suhartos Vizepräsidenten Habibie. Suharto hat auch versucht, den Interessen konservativer Moslems nachzukommen, indem er den Status der islamischen Gerichte erhöht hat und Gesetze verabschieden



Andrew Buurman

Islamische Studenten vor dem Parlamant in Jakarta. Islamische Reaktion verschärft Frauenunterdrückung und schürt rassistischen Terror gegen die vorwiegend christliche chinesische Minderheit

ließ, die zum Beispiel religiöse Erziehung zum Pflichtfach an den Schulen machten. Ende der 80er Jahre durften Standesämter keine Hochzeiten mehr durchführen, wodurch Ehen zwischen Menschen unterschiedlicher Religion praktisch unmöglich wurden. Der Aufstieg des Islam zu einem politischen Faktor in Indonesien kann nur der einer reaktionären Kraft sein. Es ist notwendig, für die Trennung von Staat und Religion und gegen die theokratische Reak-

Fortgesetzt auf Seite 6

Schulung der Spartakist-Jugend

Für die Wiederschmiedung der Vierten Internationale!

Berlin

Donnerstag, 16. Juli 1998, 18.00 Uhr
Humboldt-Universität
Seminargebäude am Hegelplatz, Raum 202
Kontakt: (030) 4 43 94 00

Hamburg

Donnerstag, 9. Juli 1998, 18.30 Uhr
Teestube im Pferdestall
Hamburger Universität, Allende-Platz 1
Kontakt: (040) 32 36 44

Indonesische Arbeiterinnen...

Fortsetzung von Seite 5

tion zu kämpfen, dazu gehört auch, sich jeder Diskriminierung von religiösen Minderheiten entgegenzustellen.

In den letzten Jahren hat es eine zunehmende Zahl von gewalttätigen Angriffen islamischer Mobs auf sino-indonesische und christliche Kirchen gegeben, zum Beispiel die Angriffe, die in Ortschaften um Tasikmalaya in Westjava 1996 vorgekommen sind. Heute wird die chinesische Minderheit, zu der auch eine unerhört reiche Elite gehört, zum Sündenbock für die Wirtschaftskrise gemacht, die ganz Südostasien heimgesucht hat. Im britischen Fernsehprogramm *ITN World News* gab es neulich einen Bericht, daß zumindest eines der Pogrome, die es in letzter Zeit gegen Chinesen gegeben hat, nämlich das in der Stadt Praya auf der Insel Lombok, von Sicherheitskräften der Regierung organisiert worden ist. Im Anschluß an die Angriffe sind viele Chinesen, die dort wohnten, einfach geflohen, zu sehr verängstigt, um ihre Läden wieder aufzumachen. Moslemische Ladenbesitzer, die von *ITN* interviewt wurden, beschrieben, daß sie von Bullen vorher gewarnt worden waren, man hatte ihnen geraten, sich an jenem Tag vom Markt fernzuhalten.

Die Angriffe auf Chinesen erreichen zur Zeit ein Niveau, das es seit 1965 nicht mehr gegeben hat. Solange es keine revolutionäre proletarische Partei gibt, die die Arbeiter über ethnische und nationale Linien hinweg vereint, wird die Unzufriedenheit wahrscheinlich noch weiter in Richtung Pogrome umgelenkt werden. Jedes Auftreten von antichinesischem Chauvinismus muß entschieden bekämpft werden durch klassenbewußte Arbeiter in ganz Indonesien. Nieder mit antichinesischem Terror!

Für permanente Revolution!

Genauso wie die Niederländer während ihrer Kolonialzeit in großem Umfang Reichtümer aus Indonesien plünderten, ist das Land heute eine reiche Quelle für Superprofite für die Imperialisten, wo verelendete Arbeiter in den Fabriken und Bergwerken, auf den Ölfeldern und Gummi-Plantagen brutal ausgebeutet werden. Besonders in Java, wo wirtschaftlich nutzbare Flächen knapp sind, hat die Expansion der., Industrie den ländlichen Sektor umgewandelt und bäuerliche Haushalte durch Entwicklungsprojekte verdrängt. Ein Ergebnis davon ist die erhebliche Entvölkerung der Dörfer, besonders was Frauen angeht. Diejenigen aus den ländlichen Gebieten, die auf der Suche nach Arbeit in die Städte ziehen, können nicht übersehen, daß es einen tiefen Graben zwischen den Reichen und den Armen gibt. Allein in Jakarta leben Millionen in Elendsvierteln ohne fließendes Wasser oder Elektrizität.

Indonesien ist ein Land, wo Leo Trotzkis Theorie und Programm der permanenten Revolution offensichtlich anwendbar ist. Die Russische Revolution von 1917 zeigte für Länder wie Indonesien den Weg vorwärts. Unter der Führung der bolschewistischen Partei von Lenin und Trotzki wurde die kapitalistische Klasse enteignet und ein Arbeiterstaat auf der Grundlage einer geplanten kollektivierten Wirtschaft errichtet - die Vorbedingung für eine egalitäre sozialistische Gesellschaft. Dies geschah in einem Land mit einer kleinen, aber sozial konzentrierten Arbeiterklasse, wo es darüber hinaus eine große rückständige Bauernschaft und viele nationale Minderheiten gab.

Die bolschewistische Revolution stellte einen enormen Schritt vorwärts dar, besonders für Frauen. Die neue sowjetische Regierung schaffte sofort alle Hindernisse für die Gleichheit der Frauen vor dem Gesetz ab, sie bekamen das Wahlrecht, Heirat und Scheidung wurden zu einer einfachen Erklärung auf dem Standesamt, Abtreibung wurde legalisiert und Diskriminierung gegen Homosexuelle verboten. Es wurden Kinderbetreuungseinrichtungen und öffentliche Kantinen und Wäschereien eingerichtet, um die Frauen von der Plackerei im Haushalt zu befreien.

Aber in einem isolierten rückständigen Land konnten diese Anstrengungen nur andeutungsweise die Möglichkeiten für Frauen aufzeigen, wenn die sozialistische Revolution auf die fortgeschritteneren Industrieländer hätte ausgeweitet werden können. 1923/24 riß eine sich konsolidierende konservative Bürokratie, angeführt von Stalin, die Macht durch eine politische Konterrevolution an sich. Unter dem nationalistischen Dogma des „Sozialismus in einem Land" stellte sich die stalinistische Bürokratie dem Kampf für die internationale Ausweitung der Revolution entgegen. Sie glorifizierte die Rückständigkeit des jungen Sowjetstaates und machte viele der bolschewistischen Maßnahmen zur Befreiung der Frauen wieder rückgängig. Von der stalinistischen Bürokratie stranguliert, wurde die Sowjetunion schließlich durch die kapitalistische Konterrevolution 1991/92 zerstört. Dies war ein enormer Rückschlag für die Arbeiter und Unterdrückten in der ganzen Welt. Es ist jedoch nicht der Kommunismus, der in der Sowjetunion gestorben ist, sondern seine nationalistische Perversion, der Stalinismus. Heute erheben wir die Forderung nach neuen Oktoberrevolutionen - der einzigen Lösung für die Kriege und die Armut, die im Kapitalismus begründet sind.

Für proletarischen Internationalismus!

Indonesien hat wegen seiner strategischen Lage eine besondere Bedeutung für die Imperialisten. Die Malakka-Straße, die Meerenge zwischen der indonesischen Insel Sumatra und der Halbinsel Malakka mit Singapur, stellt die schnellste Seeverbindung zwischen dem Pazifischen Ozean und dem ölreichen Persischen Golf dar. Wenn es zu imperialistischen Konflikten kommt, wird die Kontrolle über die Meerenge eine zentrale Bedeutung haben. Indonesien ist auch der größte Öllieferant für Japan außerhalb des Nahen Ostens, und 90 Prozent von Japans Ölimporten passieren indonesische Gewässer. Die Appetite des japanischen Imperialismus in bezug auf Indonesien werden von der Erinnerung an die US-Seeblockade gegen Ölimporte verstärkt, wodurch sich Japan gezwungen sah, in den Zweiten Weltkrieg einzutreten.

Politische Gruppen, die einfach nur der linke Flügel der bestehenden kapitalistischen Ordnung sind, können keinerlei Perspektive anbieten für die Befreiung der Frauen und auch für niemanden sonst. Als Teil des Kampfes zur Schmiedung einer revolutionären Avantgardepartei der Arbeiterklasse versuchen wir, die fortgeschrittensten Arbeiter für das Verständnis zu gewinnen, daß die politische Unabhängigkeit des Proletariats von der herrschenden Klasse eine notwendige Vorbedingung für erfolgreiche Kämpfe gegen das kapitalistische System der Ausbeutung und Unterdrückung ist.

Wir streben an, eine internationalistische revolutionäre Partei aufzubauen, die als Volkstribun handelt und das Proletariat zur Verteidigung aller Unterdrückten gegen den gemeinsamen Klassenfeind mobilisiert. Besonders in Asien ist der Kampf für die Emanzipation der Frauen ein Schlüsselelement dieser Perspektive. Wir fordern gleichen Lohn für gleiche Arbeit und die volle Integration der Frauen als Arbeitskräfte. Wir treten für die vollständige Gleichstellung der Frauen ein. Die Abschaffung der Unterdrückung der Frauen erfordert einen enormen Schritt vorwärts über die existierenden materiellen Bedingungen hinaus. Und dies kann nur erreicht werden durch sozialistische Revolution, die zur Schaffung einer *international geplanten Wirtschaft* führt mit dem Ziel, die Produktion weltweit so stark zu steigern, daß die Bedürfnisse aller erfüllt werden können. Schmiedet die Vierte Internationale wieder, die Weltpartei der sozialistischen Revolution!«

Indonesien...

Fortsetzung von Seite 2

deutschen Imperialismus an bluttriefende neokoloniale Regime wie in der Türkei oder das blutige indonesische Militär. Solidaritätsaktionen mit den- indonesischen Massen haben besonders unter den australischen Hafenarbeitern eine lange Tradition: vom Boykott niederländischer Lieferungen während des indonesischen Unabhängigkeitskampfes 1940 bis zum Boykott 1996 für die Befreiung der verhafteten indonesischen Arbeiterführer. Internationale Solidarität mit den indonesischen Arbeitermassen erfordert einen politischen Kampf gegen die sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokraten, die die Ziele ihrer imperialistischen Herren unterstützen. Während sich die imperialistischen Rivalitäten verschärfen, kämpfen wir dafür, daß die Arbeiter in Deutschland, USA, Japan und Australien verstehen, daß der Hauptfeind im eigenen Land steht!

Der „Volksmacht"-Schwindel

Mit Bergen von Propaganda haben Sprecher der Imperialisten die „Volksmacht"-Bewegung gepriesen, die 1986 zur Einsetzung von Corazon („Cory") Aquino auf den Philippinen führte, und diese als Vorbild für Indonesien dargestellt. Tatsächlich wurden die „Volksmachf'-Mobilisierungen auf den Straßen, die vom mächtigen katholischen Klerus massiv unterstützt wurden, als Hebel benutzt, um Ferdinand Marcos unter Federführung der USA abzuservieren und eine glaubwürdigere und verläßlichere Regierung einzusetzen. Aquino hatte mit ihrem „Volksmachf-Schwindel nur deshalb Erfolg, weil sich unter direktem Druck aus Washington zwei hohe Militärführer - der Verteidigungsminister Juan Ponce Enrile und der Armeestabschef Fidel Ramos - auf ihre Seite schlugen. Als Ergebnis davon haben die Imperialisten die Kontrolle über ihren halbkolonialen Klientenstaat konsolidiert.

Mit Aquino, die dem Landadel angehört und eine der größten Grundbesitzer des Landes ist, hatte Washington eine bereitwillige Kandidatin mit tadellosen antikommunistischen Referenzen, deren loyale Unterwerfung unter das US-Diktat schon erprobt war. Ihr Ehemann Benigno, der 1983 in Manila ermordet wurde, war seit langer Zeit von der CIA als potentieller Ersatz für das mehr und mehr verabscheute Marcos-Regime aufgebaut worden. Die philippinischen Massen sind heute genauso ausgebeutet und unterdrückt wie unter Marcos. Die militärischen Schlächter, die in Marcos' Diensten standen, haben ihre Posten behalten. Die städtischen und ländlichen Massen gehören zu den ärmsten in ganz Südostasien. Die unzähligen nationalen und religiösen Minderheiten, besonders im überwiegend islamischen Mindanao, leiden weiterhin unter der Brutalität des Polizeistaatsterrors.

Klassenkollaboration: Der Weg in die blutige Niederlage

„Oppositions"politiker wie Megawati Sukarnoputri - Tochter des Nationalistenführers Sukarno - und der Moslem-Führer Amien Rais haben als Stützen der Suharto-Militärdiktatur gedient. Dennoch gibt es allgemein Illusionen in solche Gestalten, und diese Illusionen sind ein Hindernis für die Mobilisierung des indonesischen Proletariats. Eine syphilitische Kette verbindet diejenigen, die behaupten, für die proletarischen und plebejischen Massen zu sprechen, mit der bürgerlichen „Opposition" von Megawati und Rais, die wiederum auf einen Flügel des Militärs schauen. So ruft die linksnationalistische People's Démocratie Party (PRD) explizit zu einem Bündnis mit Megawati und der islamischen PPP auf. Typisch für die Rolle der „gemäßigten" islamischen Führer ist Rais - Vorsitzender der 28 Millionen



Reuter

Kohl-Besuch bei Schlächter Suharto im Oktober 1996. Seit der Kpnterrevolution drängt der deutsche Imperialismus massiv auf asiatische Märkte, diktiert zusammen mit IWF Angriffe auf unterdrückte Massen

starken Muhammadijah -, der an die Armee appelliert, „die Interessen der Nation" zu schützen, und sie als „Rückgrat der Gemeinschaft" bejubelt (*Jakarta Post*, 18. April).

Es ist nur natürlich, daß diese bürgerlichen Politiker auf die Schlächter vom Militär schauen, die „die Interessen der Nation schützen" sollen. Aber diejenigen, die unter den Arbeitern und Armen eine solche Perspektive verbreiten, führen sie in eine Wiederholung der blutigen Niederlage von 1965/66. Suharto kam durch ein antikommunistisches Massaker an die Macht, das vom Militär und den reaktionären islamischen Banden unter direkter Beteiligung der amerikanischen CIA und ihrer australischen Bluthunde ausgeführt wurde. Durch den Terror, der im Oktober 1965 begann, wurde die Kommunistische Partei Indonesiens (PKI) vernichtet, die mit drei Millionen Mitgliedern und 14 Millionen Unterstützern in Gewerkschafts-, Bauern-, Frauen- und Jugendorganisationen die größte KP in der kapitalistischen Welt gewesen ist.

Dieses entsetzliche Blutbad zeigt eindringlich die tödlichen Gefahren der Klassenkollaboration. Die Geschichte hat wiederholt bewiesen - von der Niederlage der Chinesischen Revolution 1925-27, in Blut ertränkt durch Chiang Kai-sheks Guomindang-Nationalisten, bis zum Sturz von Allendes Volksfront-Regierung durch das chilenische Militär 1973 -, daß dieses Programm den Massenmord an Kommunisten und Arbeitern bedeutet.

Die PKI stützte sich auf das menschewistische/stalinistische Schema der Revolution in „Etappen" - das darauf hinausläuft, in der ersten „Etappe" die bürgerlichen Nationalisten an die Macht zu bringen, und das mit dem Massaker an Arbeitern und Kommunisten endet - und stellte sich gegen den Kampf für die proletarische Revolution. Sie predigte „nationale Einheit" mit den bürgerlich-nationalistischen Herrschern, den islamischen Institutionen und den Offizieren und erhielt dafür eine Reihe von Ministerposten in Sukarnos Regierung. Die PKI übernahm Sukarnos Strategie des „Nasakom" - ein Bündnis von bürgerlichen Nationalisten, islamischen Gruppen und „Kommunisten". Sie verbot Streiks, unterdrückte Bauernproteste und verpflichtete sich, „die Kooperation zwischen dem Volk und

Fortgesetzt auf Seite 8

Indonesien...

Fortsetzung von Seite 7

den Streitkräften, besonders der Polizei" zu verstärken; damit stärkte die PKI genau den Unterdrückungsapparat, der später gegen sie selbst losschlug.

Dieses Regime war ein Musterbeispiel für eine Volksfront, eine Koalition der Klassenkollaboration, in der das Proletariat und die Unterdrückten an den Klassenfeind gekettet sind. Als bei einem konterrevolutionären Putsch im Oktober 1965 unter Führung Suhartos die Generäle zuschlugen, mit Unterstützung des Imperialismus, und die PKI enthaupteten, waren die indonesischen Massen politisch, organisatorisch und militärisch entwaffnet. Als Unterdrückungsmaßnahme wurden reaktionäre islamische Fundamentalisten gegen die PKI, deren Verbündete und die chinesische Minderheit losgelassen.

Viele Tausende Menschen chinesischer Herkunft wurden 1965/66 abgeschlachtet. Heute sind Menschen chinesischer Herkunft aus dem politischen System, dem öffentlichen Dienst und dem akademischen Leben praktisch verbannt. Gleichzeitig hat der sagenhaft reiche Suharto-Klan seine Interessen auf das engste mit einer winzigen chinesischen Elite verknüpft, die etwa 70 bis 80 Prozent der Wirtschaft des Landes kontrolliert. Dies wurde dazu benutzt, alle Menschen chinesischer Herkunft - eine hauptsächlich christliche Minderheit, die in diesem größten islamischen Land der Welt weniger als 5 Prozent der Bevölkerung ausmacht - zum Sündenbock für die bittere Armut der indonesischen Massen zu stempeln. Aber in ganz Südostasien sind Menschen chinesischer Herkunft ein wichtiger Teil des Proletariats und haben historisch eine führende Rolle bei Arbeiterkämpfen gespielt. Die Londoner *Sunday Times* (17. Mai) gibt Hinweise darauf, daß die gleiche Kostrad-Militäreinheit, die, wie man allgemein annimmt, für den Mord an den Studenten der Trisakti-Universität verantwortlich ist, auch die treibende Kraft bei den Überfällen auf chinesische Wohnungen und Läden in Jakarta war. Indonesische Arbeiter müssen für die Verteidigung der verfolgten chinesischen Minderheit eintreten als Teil des Kampfes gegen ihre bluttriefenden kapitalistischen Herrscher.

Um den Plänen der Imperialisten, der bürgerlichen „Opposition" und des Militärs entgegenzutreten, die nach Suhartos Abgang ein neues Polizeistaatsregime durchsetzen wollen, kämpfen wir gegen das Verbot von politischen Parteien und rufen zu einer *revolutionären verfassunggebenden Versammlung* auf. Trotzki erhob diese Losung für China nach der Niederschlagung der Revolution 1925-27 durch die bürgerlich-nationalistische Guomindang und erklärte, wie der Kampf für eine verfassunggebende Versammlung mit der Perspektive der proletarischen Macht verbunden werden muß:

> „Die Kommunistische Partei kann und muß die Forderung nach einer mit allen Vollmachten versehenen konstituierenden Versammlung aufstellen, die auf der Basis des allgemeinen, gleichen und direkten und geheimen Wahlrechts gewählt wird. Während der Agitation für diese Losung wird sie natürlich den Massen darlegen, daß eine solche Versammlung wohl kaum zustande kommen wird, und daß sie, sollte sie doch zustande kommen, machtlos wäre, solange sich die materielle Gewalt in der Hand der Guomindang-Generalität befindet."

Im letzten Jahrzehnt ist eine Anzahl unabhängiger Gewerkschaften entstanden, aber das Regime konnte nicht einmal die zahmste „Opposition" zulassen, und indonesische Gefängnisse sind voll mit Gewerkschaftsführern und anderen Dissidenten. Am 26. Mai setzte Habibie den Gewerkschafter Muchtar Pakpahan von der Indonesian Workers for Prosperity Union (SBSI) auf freien Fuß und kündigte die Legalisierung der SBSI an. Aber andere Aktivisten wie Dita Sari vom Indonesia Center for Labor Struggle, Budiman Sudjatmiko von der PRD und Xanana Gusmao, ein Führer aus Osttimor, leiden immer noch im Gefängnis, ebenso wie PKI-Mitglieder, die mehr als 30 Jahre im Gefängnis verbracht haben. Freiheit für die PKI-Gefangenen! Freiheit für alle gefangenen Linken und Gewerkschafter!

Schmiedet eine leninistisch-trotzkistische Partei!

Wenn man es nur begrenzt aus der Sicht des indonesischen Inselreichs betrachtet, mögen die Aussichten auf die Konsolidierung einer proletarischen Herrschaft wegen der imperialistischen Feindschaft düster erscheinen. Aber angesichts des ökonomischen Aufruhrs in der Region, besonders in Thailand und Malaysia - das starke sprachliche und kulturelle Verbindungen mit Indonesien hat -, wäre eine sozialistische Revolution in Indonesien ein Funke für den Klassenkampf in den ganzen Pazifik-Anrainerstaaten. Die Bande, die das Proletariat dieser Länder vereinen, verkörpern sich in den Millionen von immigrierten Arbeitern dieser Region. In Südkorea begehrt die kämpferische Arbeiterklasse gegen die Aussicht von Millionen Entlassungen auf. Am 27. Mai streikten 120000 Arbeiter im ganzen Land gegen die massive Arbeitsplatzvernichtung, die vom IWF gefordert wird. Auch in Japan, dem industriellen Machtzentrum der Region, ist das Proletariat mit Massenentlassungen konfrontiert, während die Bourgeoisie versucht, einen sich verstärkenden ökonomischen Niedergang und eine Finanzkrise aufzuhalten, und in Australien haben Arbeiter erlebt, wie ihre Gewerkschaften zerstört wurden, während die Kapitalisten ein Job-Massaker durchführen.

Das Schicksal der indonesischen Massen ist besonders mit den Ereignissen in China verbunden. Die Bürokratie in Beijing trug die direkte Verantwortung für den katastrophalen Kurs der maoistischen PKI: ein Verrat an der sozialistischen Revolution, der bewirkte, daß der chinesische bürokratisch deformierte Arbeiterstaat nur weiter isoliert wurde. Jetzt drängen die chinesischen Stalinisten mit aller Macht auf die Restauration des Kapitalismus und rufen damit eine Welle von Arbeiterkämpfen hervor. Der Kampf für die proletarisch-politische Revolution, um die stalinistische Bürokratie zu stürzen und die kapitalistische Konterrevolution zu stoppen, steht im Zentrum jeder revolutionären Perspektive in der Region. Es ist von zentraler Bedeutung, daß proletarische Kämpfer in Indonesien und anderen Ländern zur bedingungslosen militärischen Verteidigung von China und den anderen deformierten Arbeiterstaaten - Nordkorea, Vietnam und Kuba - gegen kapitalistische Angriffe und innere Konterrevolution aufrufen.

Es steht außer Frage, daß PRD-Aktivisten Mut bewiesen haben, als sie gegen das blutige Suharto-Regime vorgingen, aber sie propagieren ein *nationalistisches* Programm, in dem das Wort Sozialismus noch nicht einmal vorkommt und wo versucht wird, die indonesischen Werktätigen an einen illusorischen „demokratischen" Flügel der Bourgeoisie zu ketten. Ihre gelegentlichen Aufrufe zur Unabhängigkeit für Osttimor haben die Form von Appellen an die imperialistischen Vereinten Nationen, daß diese ihre Schwindel-Resolutionen einhalten sollten. Zum Beispiel ruft die PRD in ihrer „Resolution zu Osttimor" von 1996 nicht zum sofortigen Rückzug der blutigen Besatzungstruppen auf, sondern dazu, „militärische Operationen und die Verwaltung in Osttimor zu verringern". Aber ohnehin wird all dies Lügen gestraft durch die tatkräftige Unterstützung der PRD für die javanesische Chauvinistin Megawati, die verlangt, das Territorium als Indonesiens 27. Provinz einzugliedern. Wir sagen: Unabhängigkeit für Osttimor!

Fortgesetzt auf Seite 23

FPR/IG: Pabloistische Deserteure aus der LTF

Der Kampf für eine französische Sektion der IKL

Der folgende Artikel ist übersetzt aus Le Bolchevik, *Zeitung der Ligue trotskiste de France (Nr. 145, Frühjahr 1998). Wir drucken hier eine leicht gekürzte Fassung ab.*

LE BOLCHEVIK

Am 26. Januar hat das Zentralkomitee der Ligue trotskyste de France (LTF), französische Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (IKL), zwei Mitglieder wegen Verstoßes gegen unsere leninistische Parteidisziplin ausgeschlossen. Diese zwei Ex-Mitglieder, die sich sechs Wochen zuvor zur „Fraktion Permanente Revolution" (FPR) erklärt hatten, weigerten sich, mit einer Kontrollkommission zu sprechen, die eingesetzt worden war, um ihre offenkundige Zusammenarbeit mit einer politisch feindlichen Opponentenorganisation, der „Internationalist Group" (IG), zu untersuchen. Die IG besteht aus einer Handvoll Renegaten vom Trotzkismus, die 1996 aus unseren Reihen desertierten. Ihr Lider maximo, Jan Norden, war viele Jahre der Redakteur unserer amerikanischen Zeitung *Workers Vanguard* gewesen.

Unter dem Druck dieser Periode der nachsowjetischen Reaktion desertierten Norden und seine kleine Clique aus unserer internationalen Tendenz, auf der Suche nach und in Anpassung an andere soziale Kräfte als das Proletariat sowie anderer Mittel als einer leninistischen Avantgardepartei, die die Sache des Kampfes für die Befreiung der Menschheit vorantreibt. Und genau über die Parteifrage, die Frage der revolutionären Führung, gingen die neuen Anhänger der IG innerhalb unserer französischen Sektion in politische Opposition. Die Wahl von Jospins Volksfront trieb sie vom revolutionären Trotzkismus zur zentristischen Anpassung an die kapitalistische Ordnung.

Diese politische Flucht begann in der Hitze des Klassenkampfes gegen die Volksfrontregierung von Jospin/Gayssot während des Fernfahrerstreiks im letzten November. Die gerade entstehende FPR ging in Opposition zu den Anweisungen des Internationalen Sekretariats (IS) der IKL, die gesamte LTF und die Jugendorganisation zu mobilisieren, zu den Barrikaden der Fernfahrer hinauszugehen und uns durch unsere marxistische Zeitung den Streikenden vorzustellen als *die einzige linke Gruppe in Frankreich, die nicht für diese rassistische, streikbrecherische Volksfrontregierung gestimmt hat.*

Sie *waren dagegen,* Abonnements unserer Zeitung an Streikende zu verkaufen, und beschuldigten das IS unglaublicherweise, der Sektion „Routinismus" und „Abstentionismus" (!) einzuimpfen. Statt dessen wollten sie ein zutiefst ökonomistisches Flugblatt herausgeben, das - vollständig von außerhalb dieses Industriezweigs - die Arbeiter auffordern sollte, militantere Streiktaktiken anzuwenden. Gleichzeitig sagte es *nichts* über die Notwendigkeit, eine revolutionäre Führung zu schmieden gegen die reformistischen Irreführer der Gewerkschaften und die reformistische KP- und SP-Volksfrontregierung, und kein Wort über unsere zentristischen Opponenten, von denen die meisten Flugblätter herausgaben, die qualitativ identisch waren mit jenem, das die LTF nach den Vorstellungen der FPR herausgeben sollte.

LE BOLCHEVIK
LO, Voix des travailleurs, PO font pression sur le front populaire
Il faut rompre avec le gouvernement capitaliste de Jospin !
...ouvernement ouvrier!

AP

November 1997: Französische Fernfahrer treten in den Streik gegen die Volksfrontregierung. LTF besuchte Streikposten und Barrikaden mit ihrer Zeitung: „Man muß mit der kapitalistischen Jospin-Regierung brechen!"

Gleichzeitig bekämpften das IS und andere in der IKL und besonders in der LTF-Jugend einen rechtszentristischen Block in der LTF-Führung, der von einer aktiven Intervention in diesen wichtigen Streik nichts wissen wollte. So argumentierte die „linkszentristische" FPR dafür, in den Fernfahrerstreik auf der rein gewerkschaftlichen Basis von Streiktaktiken zu „intervenieren", während die Rechtszentristen den Streik insgesamt ignorieren wollten. Beide kapitulierten vor der opportunistischen Linken, die die Tatsache verbergen will, daß die Volksfrontregierung ebenso wie die Gaullisten entschlossen ist, die Austeritätsmaßnahmen gegen die französische Arbeiterklasse durchzusetzen. Der gemeinsame Nenner für beide Varianten des Zentrismus ist der, daß beide unser trotzkistisches Programm für irrelevant halten.

Ein paar Wochen später, am 19. Dezember, erklärten sich D. und Z. zur Fraktion Permanente Revolution. Allein schon im Umfang ihrer ersten fraktionellen Erklärung - etwa 35 Seiten - zeigte sich unverkennbar die Handschrift des Schaumschlägers Norden. Dieses Fraktionsdokument,

Fortgesetzt auf Seite 10

IKL...

Fortsetzung von Seite 9

offensichtlich von jemandem aus der Ferne verfaßt, verteidigte rückhaltlos jede einzelne IG-Position und machte nicht den leisesten Versuch zu erklären, wie und warum D. und Z. davon völlig überzeugt worden waren. Dabei hatte Z. vor gar nicht langer Zeit innerhalb der LTF mehrere Präsentationen über die IG gegeben, darunter auch eine, wo er die mit der IG brüderlich verbundene brasilianische LQB (Liga Quarta-internacionalista do Brasil, früher bekannt als Luta Melalúrgica [LM]) entlarvte.

Die IKL hatte im Juni 1996 die brüderlichen Beziehungen zur LM/LQB abgebrochen, nach Monaten intensiver Diskussion und gemeinsamer Arbeit vor Ort in Brasilien. Trotz des formalen Anspruchs der LQB, revolutionären Trotzkismus zu vertreten, machte ihr eingefleischter Gewerkschaftsopportunismus sie zu einem Hindernis beim Aufbau einer revolutionären Partei (siehe „Abbruch brüderlicher Beziehungen mit Luta Metalûrgica", *Spartakist* Nr. 124, September/Oktober 1996). Die LQB versuchte, eine mit Bullen durchsetzte Gewerkschaft von oben zu kontrollieren, obwohl sie keine kommunistische Fraktion an der Basis hatte. Als die IKL das herausfand und mitkriegte, daß es Bullen in der Gewerkschaft gab, drängten wir LM dazu, für das Prinzip zu kämpfen, daß die Bullen nicht Teil der Arbeiterbewegung sind und in der Gewerkschaft nichts zu suchen haben. Dies erzwang eine Spaltung innerhalb des prinzipienlosen, von LQB/LM zusammengezimmerten Blocks der Gewerkschaftsführung. Ihr früherer Verbündeter Artur Fernandes, ein Bullenfreund und Schläger, verklagte den Ex-Bullen Geraldo Ribeiro, ein Mitglied der LQB und Gewerkschaftsvorsitzender. Die LQB und ihre ebenso schmutzigen Konkurrenten zerrten die Gewerkschaft vor die kapitalistischen Gerichte, während die IG eine internationale „Solidaritäts"kampagne führte - eine Abdeckung für ihren Klassenverrat in Brasilien.

Im Sinne von Lenins Ermahnung, daß nur ein Narr sich bloß auf jemandes Wort verläßt, freut sich die LTF, bald die Dokumentation des Fraktionskampfes zu veröffentlichen, zur Erbauung und für die politische Hygiene innerhalb der Arbeiterbewegung. Bis zur Veröffentlichung der vollständigen Dokumentation fordern wir unsere Leser auf, unser „Wahrheitspaket zur Internationalist Group" zu bestellen (in französischer Sprache, erhältlich über die Kontaktadresse), das diese Leute, die sich schmählich vom Trotzkismus verabschiedet haben, als Apologeten für die stalinistischen Bürokraten entlarvt, die die degenerierten und deformierten Arbeiterstaaten der früheren Sowjetunion und Osteuropas ausverkauft haben, und als Apologeten für den Gewerkschaftsopportunismus ihrer brüderlich verbundenen Genossen in Brasilien.

Obwohl es offensichtlich war, daß die FPR in der LTF unter der Kontrolle von Nordens IG stand, entschieden wir uns aus eigenen Gründen dafür, nicht früher organisatorische Maßnahmen gegen die FPR zu ergreifen: Wir wollten die politischen Fragen, um die es ging, vollständig auskämpfen, um die Partei zu stärken. Unsere Partei ist nicht immun gewesen gegen den Druck, der in dieser Periode auf der gesamten Linken lastet, besonders seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion. Der interne politische Kampf ist das Mittel, das eine revolutionäre Partei zur Verfügung hat, um ihre programmatische Integrität gegen den zersetzenden Druck der bürgerlichen Gesellschaft aufrechtzuerhalten. Deshalb wurde diese interne Herausforderung als Möglichkeit aufgegriffen, die französische Sektion der IKL programmatisch zu stärken gegen den Druck der Volksfrontpolitik und der nationalen Engstirnigkeit, die sich bei der Fraktion Permanente Revolution so ausgeprägt zeigte.

Gleichzeitig ist das Recht auf fraktionellen Kampf, das unsere internationale Organisation sehr hoch schätzt, ein Recht für *disziplinierte Mitglieder.* Die FPR wurde wiederholt gewarnt, daß sie das Programm der IKL von innerhalb der Partei oder von außerhalb der Partei bekämpfen könnte, aber nicht beides gleichzeitig. Die Organisationsrichtlinien der LTF legen ausdrücklich fest: „Politische Zusammenarbeit mit Nichtmitgliedern der LTF muß durch das entscheidungsbefugte Gremium der LTF formal autorisiert werden." Nach Dutzenden von Dokumenten, mehreren Plenarsitzungen und einer nationalen Konferenz der LTF am 16./17. Januar war die antitrotzkistische Politik der FPR vollständig entlarvt: Es war ihnen nicht gelungen, auch nur *einen einzigen Unterstützer* in der LTF oder international zu gewinnen, und unsere Organisation ging aus diesem Kampf wesentlich gestärkt hervor.

Die kürzlich abgehaltene Dritte Internationale Konferenz der Internationalen Kommunistischen Liga verabschiedete einen Antrag, der den Ausschluß der Fraktion Permanente Revolution aus der LTF unterstützt:

> „Wir stellen fest, daß der prompte Protest von Unterstützern der Internationalist Group im Internet als Bestätigung für die organisatorische Zusammenarbeit zwischen der ehemaligen französischen Minderheit und der IG dient.
>
> Die Dokumente der LTF-Mehrheit und die Anträge der Mehrheit, die auf der 17. Nationalkoriferenz der LTF verabschiedet wurden, dokumentieren die Flucht der Fraktion Permanente Revolution weg vom revolutionären Trotzkismus, deren logische Folge ihre organisatorische Illoyalität war. Mit der falschen Gleichsetzung von Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse mit revolutionärem Bewußtsein negierte die Fraktion Permanente Revolution die Notwendigkeit einer revolutionären Partei. Das war für die Fraktion Permanente Revolution die Brücke zu Jospins Volksfront und zur Internationalist Group. Als Karikatur der schlechtesten Impulse der LTF und ihrer Anpassung an klassenfremde politische Kräfte diente die Fraktion dazu, die seit langem bestehende Desorientierung der LTF und ihre Anpassung an den KPF-Flügel der Volksfront zu beleuchten. Diese Verherrlichung französischer nationalchauvinistischer Traditionen ist das verrottete Erbe der pabloistischen Liquidierung der französischen trotzkistischen Bewegung und ihrer Kapitulation vor der Volksfront - die französische Sektion der IKL steht in Opposition zu dieser Vergangenheit. Der Fraktionskampf diente als nützliches Werkzeug, um eine französische Sektion politisch und organisatorisch zusammenzuschweißen. Jetzt besteht der Test für die LTF darin, sich nach außen zu wenden, gegen unsere Opponenten mit unserem revolutionären Programm zu intervenieren und zu rekrutieren."

Pabloisten der zweiten Mobilisierung

Trotzki bemerkte in *Lehren des Oktober* (1924), daß plötzliche Veränderungen in der Weltlage, immer Desorientierung und Konfusion in der revolutionären Partei hervorrufen, besonders in deren Führung. Zu Beginn des von der amerikanischen Bourgeoisie angeführten Zweiten Kalten Krieges, als die vorherrschende öffentliche Meinung die Sowjetunion als das „Reich des Bösen" sah, hätte man eine politische Opposition in der IKL erwarten können. Statt dessen trat die zerfallende Gruppierung, die sich „Internationale Bolschewistische Tendenz" (IBT) nennt, auf individueller Basis aus, oder sie wurden wegen Gaunereien gegen die Partei oder das Proletariat ausgeschlossen, während sie natürlich verkündeten, sie würden das revolutionäre Programm und Erbe der Spartacist League vertreten. Dann gab es 1991/92 die kapitalistische Konterrevolution in der So-

wjetunion, die endgültige Niederlage der einzigen erfolgreichen proletarischen Revolution, und einen Ansturm von bürgerlichem Triumphgeheul über den angeblichen „Tod des Kommunismus" sowie umfangreiche Spaltungen und Umgruppierungen in der Linken. Man hätte auch an diesem Punkt eine politische Opposition erwartet. Statt dessen bewerkstelligten vier Personen, die dann zur Internationalist Group wurden, ihren eigenen Ausschluß ... während sie behaupteten, die revolutionären Traditionen und das Erbe der IKL zu vertreten.

Keine dieser Gruppierungen nahm auch nur einmal den Kampf innerhalb der IKL als erklärte Fraktion auf, um offen irgendeine politische oder programmatische Frage auszukämpfen. Jetzt macht Logans Internationale Bolschewistische Tendenz Nordens Internationalist Group einen Heiratsantrag (siehe „Willful Blindness" [Vorsätzliche Blindheit], *1917* Nr. 20, 1998) auf der Grundlage gemeinsamer Lügen über bürokratischen Mißbrauch. Dies bringt die angeblich auseinanderklaffenden Weltanschauungen - die Stalinophobie der IBT und die Stalinophilie der IG - auf das Niveau eines Cliquenkampfes an einer Uni-Fakultät. Aber was können schließlich solche angeblichen Prinzipien im akademischen Elfenbeinturm auch bedeuten? Außerdem betrachtet der reformistische und zentristische Sumpf, in dem die IG schwimmt, die russische Frage als passé. Und zwar so ausdrücklich, daß die angebliche Irrelevanz der russischen Frage ein Leit„prinzip" von Delegierten einer kürzlich abgehaltenen trotzkoiden „Umgruppierungs"konferenz in Südafrika war, zu deren Teilnehmern auch ... Bill Logan von der IBT gehörte.

Wie vor ihm Michel Pablo, der jeden Grund für die Existenz der Vierten Internationale aufgab, indem er die Notwendigkeit einer revolutionären trotzkistischen Führung leugnete und behauptete, die stalinistischen Parteien könnten „sich eine annähernd revolutionäre Orientierung geben", paßte sich Norden an genau die Kräfte an, die die kapitalistische Konterrevolution in den früheren deformierten Arbeiterstaaten geführt haben. Nachdem er das trotzkistische Programm und einen proletarischen Kompaß aufgegeben hat, ist er imstande, seine armselige Anhängerschaft überallhin zu führen - auch über die Klassenlinie, nämlich Gewerkschaften in Brasilien vor Gericht zu verklagen -, ebenso wie Logans IBT in New York City Streikpostenketten überquert.

Wie die LTF-Mehrheit in ihrem Perspektiven- und Aufgabendokument schrieb: „Die IG kann als nachsowjetische BT charakterisiert werden. Wir müssen feststellen, daß sie in einem 35-Seiten-Dokument nichts zur russischen Frage sagen, insbesondere nichts über die zentrale Aufgabe von Trotzkisten, über den Kampf für die revolutionäre Verteidigung des chinesischen deformierten Arbeiterstaats. Da es keine Rolle spielt, wozu darüber reden und wozu kämpfen? Mit anderen Worten, dieses Dokument ist für D. und Z. das Ausreisevisum weg vom Trotzkismus."

Durch die FPR in der LTF hatten wir endlich eine Gelegenheit, den Kampf um politische Fragen weiterzuführen, vor dem Norden aus der IKL geflohen war, und wir waren in der Lage, die ganze Palette des nachsowjetischen Pabloismus auseinanderzunehmen, den wir „Pabloismus der zweiten Mobilisierung" genannt haben. Die FPR brachte ihre Verachtung für den Internationalismus zum Ausdruck, als sie sich beklagte, daß innerhalb von 24 Stunden, nachdem das Internationale Sekretariat ihr Dokument übersetzt und an alle Mitglieder unserer Internationale verteilt hatte, von Genossen überall auf der Welt mehr als 15 Entgegnungen auf ihr Fraktionsdokument hereinströmten. Wie Trotzki schrieb: „Der Opportunismus ist dem Wesen nach national, da er sich auf lokale und zeitweilige Bedürfnisse des Proletariats stützt, nicht aber sich an dessen historischen Aufgaben orientiert... Die internationale Einheit ist für uns keine Dekoration, sondern die Achse unserer Theorie und unserer Politik."

Trotzkis gesamte Schriften sind ein Zeugnis für seinen unnachgiebigen Kampf, eine Vierte Internationale zu schmieden und, gegen zentristische Anpassungen an die bürgerliche Herrschaft, den notwendigen subjektiven Faktor in der Geschichte zusammenzuschweißen: eine revolutionäre internationalistische leninistische Avantgardepartei. Die Notwendigkeit eines ständigen Kampfes gegen den Druck der bürgerlichen Gesellschaft ist unbegreiflich für größenwahnsinnige Leute wie Jan Norden, der zuallererst an seine eigene Unfehlbarkeit glaubt. Als Norden noch Mitglied der IKL war, versuchte er wiederholt, auf einer „Ein-Mann-Herrschaft" zu bestehen (bei einer leninistischen Zeitung, die als *kollektiver Organisator* der Partei dienen soll!), und einmal verlangte er bei einem Auftrag in der Internationale sogar noch „Generalvollmacht", um frei zu sein von der kollektiven Führung, in der Norden zu Recht ein Hindernis dafür sah, seinen impressionistischen Gelüsten freien Lauf lassen zu können. „Ein-Mann-Herrschaft", „Generalvollmacht": Diese Art persönlicher Prestigepolitik ist sehr typisch für stalinistische und pabloistische Organisationen, doch wirklichen Leninisten ist sie völlig fremd. Unter den Dutzenden Dokumenten, die von Genossen aus allen Sektionen der Internationale gegen die Minderheit in der französischen Sektion geschrieben wurden, faßte vielleicht Genösse Peter M. aus Australien am besten das politische Krankheitsbild von FPR und IG zusammen.

> „Die Islamische Kommission bei der anstehenden internationalen Konferenz der IKL (und unsere auf China und Südostasien ausgerichtete Arbeit) ist Teil unseres Kampfes für Sektionen in der ,Dritten Welt' und Teil unserer Entschlossenheit, diese aufzubauen; ein Kampf für die Wiederschmiedung der Vierten Internationale. Der feige Abgang der ,IGler' aus unserer Partei erfolgte insbesondere wegen ihrer Opposition gegen unseren Kampf für Trotzkismus in Brasilien (nach den erbärmlichen leichenschänderischen Annäherungsversuchen an die ehemaligen Stalinisten in Deutschland, die längst zu Sozialdemokraten geworden sind). Nicht wir sind es, die sich von den Kämpfen der Arbeiterklasse ,abwenden', sondern die Norden-Leute: Als Ersatz wollten sie den Exstalinisten hinterherlaufen, die an der Spitze des Kampfes gegen die proletarische politische Revolution in Ostdeutschland gestanden hatten, wollten für Gewerkschaftspfründe in Brasilien .kämpfen' und wollten den ökonomistischen Weg gehen, um französische Arbeiterstreiks ,anzuspornen'

Fortgesetzt auf Seite 12

SPARTAKIST
HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Abonniert die Zeitung der SpAD!

D Jahresabo (4 Ausgaben): DM 8,-
D Auslandsabo: DM 15,-; Übersee Luftpost: DM 20,–
jedes Abo enthält *Spartacist* (deutsche Ausgabe)

Name ______

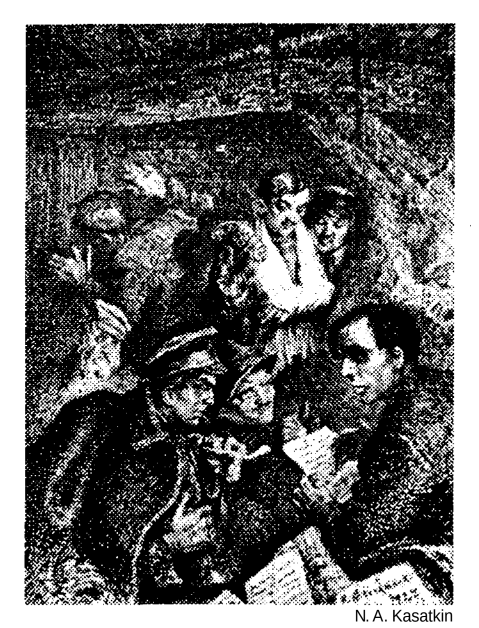
Adresse ______

______

Telefon ______

132

Bestellt bei:
Verlag Avantgarde, Postfach 555, 10127 Berlin
Konto 11988-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 50010060


N. A. Kasatkin


VAAP



Links: früher russischer marxistischer Studienzirkel. Mitte: Putilow-Werk in Petrograd, proletarische Unterstützungsbasis für die Bolschewik! Die Spartakist-Broschüre beschreibt Lenins Kampf für eine Avantgardepartei, die den Zusammenschluß revolutionärer Intellektueller mit fortgeschrittenen Arbeitern darstellt

IKL...

Fortsetzung von Seite 11

und gleichzeitig den Kampf für eine revolutionäre Führung im Dienste der Volksfrontregierung zu begraben. In der Opposition gegen das angeblich ,neue IS' drückt sich die Feindseligkeit gegen die Kämpfe aus, die unsere internationale Führung in den verschiedenen Sektionen geführt hat, um unsere Mitgliedschaft gegen den Druck dieser Periode zu stählen. Es ist auch ein Fischzug nach jeglichen schwachen, erschöpften oder kleinbürgerlichen Elementen, denen jemals im Verlauf dieser notwendigen politischen Kämpfe auf die Füße getreten oder die Nase ausgerenkt wurde. Der Kampf gegen diese antitrotzkistische Fraktion wird unsere französische Sektion stärken. Ein fortwährender politischer Kampf ist auch in der australischen Sektion nötig, um eine leninistische Organisation aufzubauen, die unseren großen Aufgaben gewachsen ist."

Fraktionskampf und Parteiführung

Einzigartig unter linken Organisationen, legt die IKL in ihren Organisationsregeln das Recht auf erklärten Fraktionskampf fest. Das entspringt unserer Erfahrung als bürokratisch mißhandelte Minderheit in der rechts-zentristischen amerikanischen Socialist Workers Party 1961-64. Da wir als revolutionäre Minderheit in einer sehr bösartigen Organisation am kürzeren Hebel saßen, waren wir gegenüber der demokratischen Seite des demokratischen Zentralismus sehr hellhörig, die letztlich fraktionelle Demokratie bedeutet: das Recht, sich in organisierter Weise in Opposition gegen die existierende Führung der Partei zusammenzuschließen auf Grundlage der Auffassung, daß das gegenwärtige Programm unrichtig ist, daß die Partei sich von einem revolutionären Programm abgewendet hat und deshalb ein neues Programm und eine entsprechende neue Führung braucht.

Die FPR hatte innerhalb der LTF volle Fraktionsrechte. Sie bekam Redezeit, um auf einer Sitzung der Jugendgruppe der LTF, der Jeunesse Spartaciste (JS), ihr Debüt zu geben. (Unsere Jugendgruppe ist keine Frontgruppe, sondern eine politisch untergeordnete und organisatorisch unabhängige Jugendorganisation. Deshalb werden Auseinandersetzungen innerhalb der Partei auch der Jugendgruppe zur Diskussion vorgelegt.) Alle Mitglieder von LTF und JS wurden aufgefordert, das Material der Minderheit zu lesen, sie hatten das Recht, sich mit ihr zu treffen, zu diskutieren und selber zu entscheiden. Eine Mehrheitsgruppe wurde in Opposition zur Minderheit gebildet. Alle Mitglieder der LTF und der Jugend schlössen sich der Mehrheit an, nachdem sie die Dokumentation gelesen hatten, auf die sich die Mehrheitsfraktion stützte. Sowohl die erklärte Minderheit als auch die Mehrheitsfraktion hatten das Recht auf private Fraktionssitzungen und Korrespondenz (für die FPR hieß das, die beiden konnten einander Briefe schreiben oder zu zweit in einem Raum sitzen, da sie nirgends in der ganzen IKL Anhänger gefunden hatten).

Die LTF-Sitzungen waren organisierte Diskussionen entsprechend unseren demokratisch-zentralistischen Normen: gleiche Zeit für Präsentationen der Mehrheits- und der Minderheitsfraktion über die Fragen, die zur Debatte standen. Der ganze Zweck dieser Vorgehensweise bestand darin, *größtmögliche politische Klarheit* aus diesem Kampf zu erreichen und das Wasser in keinster Weise durch zweitrangige organisatorische Beschwerden trüben zu lassen. Gleichzeitig wurde die Minderheit politisch zur Verantwortung gezogen. Mehrere Male war die Mehrheit gezwungen, in Anträgen die von der Minderheit unverfroren zur Schau gestellte Tatsache festzuhalten, daß diese sich nicht an unsere Organisationsregeln hielt, was den Kontakt mit politisch feindlichen Opponentenorganisationen betrifft. Dies wurde mehrfach dokumentarisch festgehalten, während wir fortfuhren, die zur Debatte stehenden politischen Fragen zu klären.

Neben der genauesten Beachtung der demokratischen Rechte der Minderheit antwortete die Mehrheitsfraktion auch mit einer Menge fraktionellem Enthusiasmus und *Humor*. Dies versetzte die Minderheit in Wut, die nichts Komisches darin sehen konnte, daß sie ohne Erklärung ihre politischen Ansichten um 180 Grad gedreht hatte, oder in unserem Vorschlag, ein FPR-Mitglied solle doch mit sich selbst debattieren, xla wir mehrere Tonbandkassetten mit Präsentationen dieses Renegaten hatten, die dieser auf LTF-Sitzungen gegen die Internationalist Group gehalten hatte! Aber vor allem ging es der FPR gewaltig gegen den Strich zu *kämpfen.* So schrieb die IS-Sekretärin einen Brief an die FPR mit dem Angebot, daß sie eine Rundreise durch die Sektionen der Internationale machen, um zu versuchen, Unterstützung für ihre Fraktion zu gewinnen - ein Angebot, das die FPR *ausschlug.*

Ähnliches passierte, als die FPR Nordens berüchtigte

„Humboldt-Rede" in Berlin unterstützte - wo Norden den Trotzkismus wegwarf, vor stalinistischen Schreiberlingen zu Kreuze kroch und die Rolle der IKL als revolutionäre Führung in der beginnenden proletarisch-politischen Revolution gegen die von den Stalinisten geführte Konterrevolution in der DDR 1989/90 verschwinden ließ. Genossen der Mehrheitsfraktion forderten die FPR heraus, die Mehrheit in dieser Schlüsselfrage für sich zu gewinnen. Die Genossen boten an, eine Tribüne aufzustellen und einige ältere Leute aus der Nachbarschaft einzuladen - ersatzweise für die SED-Jugendlichen" -, und unsere eigenen Genossen würden dann zuhören, wie die -FPR Nordens Humboldtrede laut vorliest, und danach eine demokratische Diskussion haben. Die FPR weigerte sich und erklärte, wir könnten nicht überzeugt werden. Da muß man sich doch fragen, warum sie überhaupt eine Fraktion gebildet hatten, wenn sie kein Vertrauen in ihre Fähigkeit hatten, irgend jemanden in der Partei von der Richtigkeit ihrer Ansichten zu überzeugen.

Aber was die FPR wirklich rasend machte, war eine kleine Neudekorierung des Pariser Büros. Genossen der Mehrheit ehrten Trotzki und hängten ein Plakat von ihm als Führer der Roten Armee an die Wand in unserem Büro. Wir ehrten auch den kubanischen General Ochoa, der die rassistische Apartheid-Armee in Angola besiegte und danach verbrecherischerweise von dem Stalinisten Castro in Kuba hingerichtet wurde - eine Hinrichtung, die Norden zu entschuldigen versucht hatte. Aber die Mehrheit widmete auch eine Wand im Büro der Zurschaustellung der verabscheuungswürdigen „Helden" der Minderheitsfraktion. Auf der Minderheitswand gab es unter anderem: Stalin, den Totengräber der Oktoberrevolution, den der IG-Macker Norden unnötigerweise als Oberbefehlshaber der Roten Armee hochjubelte (tatsächlich zerschlug die Rote Armee den Hitlerfaschismus - *trotz* Stalin); Erich Honecker, dessen SED die Konterrevolution in der DDR führte; und kleinere Leuchten, die am stalinistischen Firmament herumgeistern, Norden und Negrete höchstpersönlich. Die Minderheitsfraktion platzte fast vor Wut und kreischte: „Was kommt als nächstes, Schandhüte?" - und voilà, ein talentiertes Jugendmitglied setzte dem Oberbefehlshaber der FPR, Stalin, einen Schandhut auf den Kopf.

IG und FPR haben nichts übrig für Humor, der ein Verständnis von Widersprüchen voraussetzt, das ihnen zutiefst abgeht. Aber die wirkliche Unernsthaftigkeit dieser Ersatzfraktion in der LTF bei dem Kampf, das Parteiprogramm oder die Parteiführung zu ändern, wird doppelt und dreifach unterstrichen durch die Tatsache, daß diese Marionetten - genau wie ihr Puppenspieler Norden - nicht einmal daran interessiert waren, gegen ihre Ausschlüsse *Einspruch* zu erheben. Sie wußten sehr gut, daß sie nicht nur an die französische Sektion, sondern auch an die anstehende internationale Konferenz der Internationalen Kommunistischen Liga hätten appellieren können. Dies enthüllt das wirkliche Wesen ihrer „Fraktion" - es war kein Kampf, um die Partei zu stärken, kein Kampf, um das Programm oder die Führung der Partei zu verändern, sondern nur eine oppositionelle Verkleidung für Leute, die verschämt Abschied vom Trotzkismus nehmen wollten. (Oder, um einen bei der IG beliebten Ausdruck zu benutzen, die FPR war nur ein Topflappen für zwei Renegaten, die es eilig hatten, „die Hände aus dem kochenden Wasser zu ziehen".) Die FPR war glücklich darüber, das Programm und die Organisation los zu sein, die sie von den politischen Volksfrontmilieus zurückhielt, in denen sie schwimmen wollen.

Wie James P. Cannon, der Gründer des amerikanischen Trotzkismus, schrieb:

> „Trotzki hat einmal geschrieben, daß "ein Revolutionär unter allen möglichen Umständen und bei allen möglichen Aktionen getestet wird, von Streiks und Straßenkämpfen bis zum revolutionären Kampf um die Macht, der allerwichtigste Test sei aber seine Haltung zu den Auseinandersetzungen innerhalb der eigenen Partei."

Die Krise der revolutionären Führung

Wie Trotzki in „Bolschewismus und Stalinismus" schrieb:

> „Reaktionäre Epochen wie die unsere zersetzen und schwächen nicht nur die Arbeiterklasse und isolieren ihre Avantgarde, sondern drücken auch das allgemeine ideologische Niveau der Bewegung herab und werfen das politische Denken auf bereits längst durchlaufene Etappen zurück. Die Aufgabe der Avantgarde besteht unter diesen Umständen vor allem darin, sich nicht von dem allgemeinen rückwärts flutenden Strom davontragen zu lassen - es heißt gegen den Strom schwimmen. Wenn ein ungünstiges Kräfteverhältnis es nicht erlaubt, die früher eroberten politischen Positionen zu wahren, gilt es, sich wenigstens auf den ideologischen Positionen zu halten, denn sie sind der Ausdruck einer teuer bezahlten vergangenen Erfahrung. Dummköpfen erscheint eine solche Politik als ‚Sektierertum'. In Wirklichkeit bereitet sie nur einen neuen gigantischen Sprung vorwärts vor, zusammen mit der Welle des kommenden historischen Aufschwunges."

Die beharrliche falsche Gleichsetzung des *Kampfwillens* der Arbeiter mit dem notwendigen *revolutionären Bewußtsein,* das den Arbeitern von außen gebracht werden muß, damit sie über die kapitalistischen Herrscher *siegen,* bringt IG und FPR dazu, sich an das niedrigere Bewußtseinsniveau anzupassen, das durch die Zerstörung der Sowjetunion und den darauffolgenden bürgerlichen Triumphalismus hervorgerufen wurde. Im Gegensatz dazu kämpft die IKL darum, militante Arbeiter dafür zu gewinnen, den breiteren Zusammenhang ihrer Kämpfe zu verstehen: Die nachsowjetische Welt ähnelt sehr der Welt vor 1914, da interimperialistische Feindseligkeiten die Gefahr eines neuen Weltkrieges hervorrufen, wodurch das Proletariat erneut weltweit vor dringende revolutionäre Aufgaben gestellt wird.

Trotzki hat nie behauptet, daß die Masse der Arbeiter (im Gegensatz zu ihrer Führung) immer und überall „spontan" die „rote Revolution" herbeisehnen würden und daß daher das Problem auf die Führung der Revolution „reduziert" sei. Die trotzkistische Bewegung hat nie das Konzept von der Krise der proletarischen Führung dazu benutzt, sich selber von der Verantwortung loszusagen, das rückständige Bewußtsein der Arbeiter zu bekämpfen, ob in Form des parlamentarischen Reformismus oder des nationalen Chauvinismus und Rassismus. Genau an diesem Punkt ist der opportunistische Charakter von Norden und seinen Anhängern in der FPR und die Tatsache, daß sie den Leninismus aufgegeben haben, am offensichtlichsten.

Die bolschewistische Revolution und die Gründung der Kommunistischen Internationale führten auf der ganzen Welt zu einer qualitativen Hebung des politischen Bewußtseins der Arbeiterklasse und der linken Intelligenz. Aber in keinem Land der Welt können wir heute sagen - wie Trotzki in den 30er Jahren über die Arbeiter Spaniens sagte -, daß das politische Niveau des Proletariats über dem des russischen Proletariats am Vorabend der Februarrevolution liegt. Tatsächlich gibt es unter fortgeschrittenen Arbeitern und linken Intellektuellen keine bedeutende Strömung mehr, die sich als Kommunisten im leninistischen Sinne versteht. Dieser Zustand schließt keineswegs militante Massenkämpfe der Arbeiter und anderer unterdrückter Schichten aus, oder sogar revolutionäre Aufstände in Ländern, wo die bürgerliche politische Ordnung gegenwärtig zerbrechlich und das existierende System in der Bevölkerung verhaßt ist (z. B. Mexiko und Indonesien). Aber ob in den imperialistischen Zentren oder in instabilen Ländern der „Dritten Welt": Wir müssen darum kämpfen, die historische Rück-

Fortgesetzt auf Seite 14

IKL...

Fortsetzung von Seite 13

entwickung des politischen Bewußtseins der Arbeiterklasse und der Linken zu überwinden. Diese zu leugnen, wie IG/FPR es tun, heißt vor ihr zu kapitulieren und die Rolle der Partei zu liquidieren.

So heißt es in der „Grundsatzerklärung und einige Elemente des Programms", die von der IKL auf ihrer Dritten Internationalen Konferenz angenommen wurde:

„Trotzkis Behauptung im Übergangsprogramm von 1938: ,Die politische Weltlage als Ganzes ist vor allem durch eine historische Krise der proletarischen Führung gekennzeichnet', wurde vor dem gegenwärtigen riesigen Rückschritt im proletarischen Bewußtsein aufgestellt. Die Wirklichkeit dieser nachsowjetischen Periode fügt zu Trotzkis Beobachtung eine neue Dimension hinzu. Nur auf eine einzige Art und Weise kann dieser Rückschritt überwunden und die Arbeiterklasse zu einer Klasse *für* sich werden, das heißt für die sozialistische Revolution kämpfen: Eine internationale leninistisch-trotzkistische Partei muß wiedergeschmiedet werden als Führung der Arbeiterklasse."

Die Volksfront: Keine Taktik, sondern das größte Verbrechen

Während der Streikwelle im Dezember 1995, als die rechte Juppé-Regierung an der Macht war, spielten die Ex-Genossen der FPR eine wichtige Rolle dabei, eine zentristische Barriere im LTF-Zentralkomitee zu bekämpfen, das sich damals bei der Streikwelle raushalten oder unseren pseudotrotzkistischen Gegnern hinterherlaufen wollte. Unter Führung des IS wurde 1995 in der LTF ein Kampf geführt für die Intervention einer kämpfenden Propagandagruppe, konzentriert auf die Frage der revolutionären Führung. Aber 1997, als die Volksfront unter Jospin an der Macht war, bestand das Maximalprogramm von D. in militantem Ökonomismus, den ihr Blockpartner Z. hinterher durch das Anheften einiger programmatischer Punkte tarnen wollte. Darin zeigt sich eine tiefgehende und grundlegende Desorientierung über die Volksfront, genau wie irr ihrem Beharren darauf, daß nun mit der Machtübernahme von Jospin die Zeit gekommen sei, sich auf Nordafrikaner in Frankreich zu konzentrieren -während Tausende Immigranten von der rassistischen Volksfront deportiert werden. Im Grunde haben sie eine Position, die Volksfront unter Druck zu setzen, anstatt das Proletariat für deren revolutionären Sturz zu mobilisieren.

Sogar noch vor der formalen Erklärung der Minderheit zu einer Fraktion am 19. Dezember waren die politischen Linien klar: Kampf für eine leninistisch-trotzkistische Partei kontra zentristische Nachtrabpolitik. So erklärte ein Antrag, den die LTF am 9. November annahm:

„Die Dokumente von D. und Z. definieren unser revolutionäres Programm als Aufrufe zur Ausweitung des Streiks, für gewählte Streikkomitees, d.h. im wesentlichen über Gewerkschaftstaktiken. Dies steht im Widerspruch zu Lenins *Was tun?*, wo er hervorhob: Nur auf Basis von Gewerkschaftsmilitanz an die Arbeiterklasse heranzugehen (d. h. zu versuchen, ,dem eigentlichen ökonomischen Kampf politischen Charakter zu verleihen'), hat die Auswirkung, die Autorität der existierenden reformistischen Führung zu stärken - was auch immer die Absicht dabei ist. Die. Rolle von Marxisten ist es, revolutionäres Bewußtsein in die Arbeiterklasse hineinzutragen, und ist damit gänzlich gegen die existierende reformistische Führung und *deren zentristische Anhängsel* gerichtet. Unsere Aufgabe ist es, die Notwendigkeit eines *bewußten* Bruchs mit der reformistischen Führung politisch zu motivieren. Die Konzeption, daß dieser Bruch durch militanteren gewerkschaftlichen Kampf automatisch geschehen wird, ist .Spontaneismus', eine Anpassung an das existierende Bewußtsein der Arbeiterklasse, das ein bürgerliches Bewußtsein ist - für das die reformistische Bürokratie der Transmissionsriemen ist.

Das von D. und Z. entworfene Flugblatt wäre einfach eine militantere Version des Flugblatts von Voix des travailleurs gewesen, das die existierende Streikführung ,kritisierte' und sogar die Frage eines Generalstreiks stellte. D. und Z. suchen nach *einer Abkürzung*, um die Arbeiter zu erreichen, und werfen das revolutionäre Programm über Bord, als ob es Ballast wäre. Darum erwähnt das von D. vorgeschlagene Flugblatt nicht die geringste Polemik gegen unsere Opponenten, besonders unsere zentristischen Opponenten, die jetzt, beim brodelnden Kampf und mit der Volksfront an der Macht, äußerst verwundbar und gefährlich sind.

Eine Intervention in den Fernfahrerstreik mit einer Linie ökonomischer Militanz wäre eine Anpassung an unsere zentristischen Opponenten gewesen, die diese Volksfrontregierung wählten.

Die Zwillingspolitik von ,linkem' und .rechtem' Zentrismus ist eine Fortsetzung der Politik, die die Sektion zu Beginn der Streikwelle im Dezember 95 gelähmt hat. Die Führung ignorierte zunächst die Streiks und intervenierte dann mit der Linie ,Für einen Mai 68, der bis zum Ende geht' - einer Version des militanten Ökonomismus -, und die LTF war unfähig, überhaupt Propaganda über die Notwendigkeit der revolutionären Führung zu schreiben. Dann wurde die Verbreitung der vom IS produzierten Propaganda behindert, deren Überschrift lautete: .Zerschlagt Vigipirate! Vereinigt „Immigranten", Frauen, Jugendliche hinter der sozialen Macht der Arbeiterklasse! Für eine neue, revolutionäre Führung! Für eine Arbeiterregierung, die das gesamte verrottete kapitalistische System hinwegfegt!'"

Der klarste Maßstab für eine revolutionäre Partei ist ihre Haltung gegenüber ihren zentristischen und reformistischen Opponenten. Der Kampf gegen die Opponenten leitet sich aus dem marxistischen Grundsatz ab, daß das falsche Bewußtsein des Proletariats geändert werden kann und muß: zu einem höheren Klassenbewußtsein über seine revolutionären Aufgaben. Das bedeutet, reformistische Illusionen zu bekämpfen, die die Arbeiterklasse an ihre eigene Bourgeoisie ketten. Die Zentristen sind gefährlicher, denn sie verpacken ihre Anpassung an die Reformisten, und damit an die bestehende kapitalistische Ordnung, in pseudorevolutionäre Rhetorik. Wenn man also den politischen Kampf mit unseren zentristischen Opponenten vermeidet, bedeutet das logischerweise, eine revolutionäre Perspektive aufzugeben. Es bedeutet, der linke Schwanz des parlamentarischen, auf die Wahlen fixierten Reformismus zu werden.

Wie es auf der Dritten Internationalen Konferenz der IKL diskutiert wurde, ist der Druck auf unsere verschiedenen internationalen Sektionen unterschiedlich: In Australien ist es der Druck der Labour Party in der Opposition; alle Probleme unserer britischen Sektion lassen sich hauptsächlich auf die Schwierigkeiten zurückführen, mit der Labour Party umzugehen; in Mexiko ist es der Druck des bürgerlichen Nationalismus; in Deutschland spüren die Genossen den Druck von SPD, PDS und Autonomen; in den USA besteht der Druck in der Rückständigkeit des Proletariats und der Arroganz der brutalsten Militärmacht der Welt. In der gesamten Geschichte des französischen Trotzkismus bestand der Druck in der Anpassung an die Volksfrontpolitik und in der Kapitulation vor ihr. Dieser Druck wirkt unterschiedlich deformierend in verschiedenen Sektionen. Unsere Aufgabe ist es, den Kadern den politischen Druck bewußt

zu machen, damit dieser Druck bekämpft werden kann und die Partei effektiv intervenieren kann im Kampf für den Aufbau der Partei, die das Proletariat im Kampf für neue Oktoberrevolutionen auf der ganzen Welt führen wird.

Der Fraktionskampf mit der FPR erhellte historische Probleme der LTF und ermöglichte es so der Partei, die nahezu fortwährende Geschichte, unser Programm abzustumpfen, um sich an zentristische und reformistische Gegner anzupassen, zu verstehen und zu beginnen, damit zu brechen. Während des „Zweiten Kalten Krieges" - einem imperialistischen Kreuzzug gegen die Sowjetunion, der in Mitterrands Frankreich bis zur Weißglut geschürt wurde - beteiligte sich jeder Pseudotrotzkist, von Mandel und Krivine bis Lambert und Laguiller, uneingeschränkt am Antisowjetismus der eigenen kapitalistischen Herrscher. Die LTF stand auf ihrem Posten als harter Verteidiger der Sowjetunion gegen Imperialismus und kapitalistische Restauration. Aber es gab eine beharrliche Tendenz, vor dem KP-Flügel der Volksfront zu kapitulieren wegen des angeblichen „Prosowjetismus" der Stalinisten.

Laßt uns darüber im klaren sein: Wenn wir über die Anpassung an den KP-Flügel der französischen Volksfront reden, dann reden wir über eine Anpassung an die Sozialdemokratie. Mit der Erklärung des VII. Weltkongresses der Komintern über die „Volksfront" im August 1935 wurde Reformismus offiziell zur Politik aller Parteien in der stalinisierten Kommunistischen Internationale - das heißt Menschewismus, Sozialdemokratie. *Das Adjektiv prosowjetisch ist ein stalinistischer Mythos* - sie waren *prostalinistisch.* Der angebliche Prosowjetismus der französischen Kommunistischen Partei hatte nur den Zweck, das Proletariat zu betrügen, während die tatsächliche Praxis der KP das Proletariat an den Kapitalismus kettete.

FPR und IG dagegen verherrlichen das bestehende Bewußtsein der französischen Arbeiterklasse und ihrer gegenwärtigen Irreführer in dem - wie die IG es nennt - „historischen Revolutionsland Europas", aber *nirgends* in all ihren umfangreichen Dokumenten über Frankreich erwähnen sie die Notwendigkeit, die reformistischen Parteien zu spalten. Tatsächlich bot die FPR in ihrer Fraktionserklärung ein *Alibi* für die Rolle von KP und SP in der Volksfront an, als sie behauptete: „Die Massenparteien der Arbeiterklasse sind durch die Volksfront dem Programm der Klassenkollaboration untergeordnet."

Die Erklärung der FPR ist schlichtweg falsch. KP und SP sind nicht Opfer eines Wesens namens Volksfront, das sie einem klassenkollaborationistischen Programm unterwirft. Klassenkollaboration *ist* das Programm und die Praxis aller *bürgerlichen* Arbeiterparteien. Eine parlamentarische Regierung, die auf reformistischen Arbeiterparteien basiert, wie Tony Blairs Labour-Regierung heute in Britannien, ist genauso eine kapitalistische Regierung.

Eine Volksfront ist eine Koalition zwischen reformistischen Arbeiterparteien und bürgerlichen Formationen. Die Bedeutung einer Beteiligung auch nur der bescheidensten nichtproletarischen politischen Formation (von Trotzki als „Schatten der Bourgeoisie" bezeichnet) liegt darin, als Garant für das Programm der Volksfront - einer *kapitalistischen Regierung* - zu agieren. Das ist das Alibi, mit dem die „Arbeiter"-, „sozialistischen" oder „kommunistischen" Parteien ihrer eigenen Gefolgschaft ihre Weigerung erklären, entsprechend ihres nominellen Programms zu handeln. Der diesen Parteien innewohnende Widerspruch zwischen einer Unterordnung unter die Interessen des kapitalistischen Systems und der Behauptung dieser Parteien, Arbeiterinteressen zu vertreten, wird dadurch unterdrückt. KP und SP müssen politisch gespalten werden im Laufe des Prozesses, eine leninistisch-trotzkistische Partei in Frankreich aufzubauen.

Genösse Petersen von der deutschen Sektion der IKL beschrieb treffend die symbiotische Kapitulation der IG vor den stalinistischen Bürokraten, die die deformierten Arbeiterstaaten ausverkauften, und den stalinistischen und sozialdemokratischen Gewerkschafts- und Parteispitzen, die Gewerkschaftskämpfe ausverkaufen:

> „Nur ist der Witz, daß Norden heute behauptet, die Stalinisten hätten die Konterrevolution nicht geführt. Man muß sich fragen, was ist der Unterschied dazwischen, ‚die DDR ausverkauft' oder ‚die Konterrevolution geführt' zu haben? Nehmen wir zum Beispiel die IG-Metall-Bürokratie beim Metallarbeiterstreik 1984. Der Streik geht sechs Wochen, sie mobilisieren nur 35 000 Arbeiter in den Streik. Millionen wollen mitmachen. Und dann schließen sie ab, daß die 35-Stundenwoche in sieben Jahren verwirklicht wird - oder in acht. Das nennt man Ausverkauf. Ich meine, was haben sie gemacht? Was hat die IG-Metall-Bürokratie mit dem Streik gemacht? Sie hat den Streik verraten. War die IG-Metall-Bürokratie auch ein ‚halb williges Opfer'? Oder hat sie den Streik *verraten!"*

Der „Sozialstaat", der jetzt in Europa angegriffen wird, stellte lange Zeit eine Art „Tribut" dar, den die Kapitalistenklasse der Sowjetunion zollte. Mit anderen Worten, die Kapitalisten erkannten, daß sie Einschnitte in ihre Profite zulassen und der Arbeiterklasse eine Art „Sicherheitsnetz" verschaffen mußten, um keine neue Oktoberrevolution vor *ihrer* Tür zu haben. Die reformistischen Parteien, die jahrzehntelang Reformen liefern sollten und ihre Autorität auf die Fähigkeit stützten, sie auch wirklich zu liefern, sind inzwischen in vielen europäischen Ländern an die Regierung gebracht worden, damit sie selber darangehen, die Errungenschaften der Arbeiter abzubauen. Das ist der Grund, warum der Reformismus, obwohl er *scheinbar* gestärkt ist (was die Wahlen betrifft), in Wirklichkeit in eine Krise hineingeht. Das stellt eine Öffnung dar, um den parlamentarischen Reformismus und seine zentristischen Apologeten unter den bewußtesten Arbeitern und radikalisierten Intellektuellen zu unterminieren, *vorausgesetzt,* wir intervenieren als Leninisten auf der Basis unseres revolutionären Programms.

Aber statt dessen bringt es die FPR in ihrem 35seitigen Gründungsdokument nicht einmal zustande, die Volksfront als rassistisch zu charakterisieren! Tatsächlich begann die FPR zu entstehen, als die Volksfront an die Macht kam und selbst unter nordafrikanischen Immigranten wirkliche Illusionen aufkamen. Eine Provokation gegen unsere nordafrikanischen Parteigenossen, die einige Zeit davor stattfand, brachte uns dazu, diese Genossen besonders zu schützen, womit sie einverstanden waren. Aber die FPR fabrizierte aus diesen Schutzmaßnahmen ein „Aufgeben der Perspektive, nordafrikanische Kader im Exil umzugruppieren, um den Kern einer leninistischen Partei zu schmieden mittels einer Zeitung, die im Exil veröffentlicht wird"! Hier ist ihre Unehrlichkeit offensichtlich. Die FPR definiert sich selbst als „trotzkistische Militante aus Ex-Kolonien", die deshalb unmöglich vor dem französischen Chauvinismus kapitulieren könnten. Sie sahen sich selbst nicht als internationalistische Kommunisten, sondern als „Experten" für ihr eigenes Herkunftsland, sie orientierten sich in engstirniger Weise besonders auf die demoralisierten Elemente des Exilmilieus und hatten wenig oder gar kein Interesse daran, die zweite Generation der „immigrierten" Jugendlichen zu gewinnen.

Im Gegensatz zu diesem Sektoralismus, der eine Widerspiegelung der von den kapitalistischen Herrschern innerhalb der Arbeiterklasse geschürten Trennungslinien ist, verstehen wir als revolutionäre Marxisten, daß die Notwendigkeit, Rassismus und nationalen Chauvinismus zu bekämpfen und die Rechte der Immigranten als verwundbarstem Teil des Proletariats zu verteidigen, eine *Klassenfra-*

Fortgesetzt auf Seite 16

IKL...

Fortsetzung von Seite 15

ge ist. Der moderne Kapitalismus, d. h. Imperialismus, der nach allen Gebieten dieses Planeten greift, holt je nach dem Verlauf des Klassenkampfes und den ökonomischen Erfordernissen neue billige Arbeitskräfte ganz unten ins Proletariat, hauptsächlich Immigranten aus ärmeren und weniger entwickelten Regionen der Welt~- Arbeiter mit wenigen Rechten, die man in Zeiten wirtschaftlicher Schrumpfung leichter loszuwerden meint. So schafft der Kapitalismus fortlaufend unterschiedliche Schichten unter den Arbeitern, während er gleichzeitig die Arbeiter vieler verschiedener Länder verschmilzt. Überall versuchen die Kapitalisten mit Hilfe der Opportunisten der Arbeiteraristokratie, das Klassenbewußtsein und die Solidarität unter den Arbeitern zu vergiften, indem sie religiöse, nationale und ethnische Trennungen schüren. Daher steht die proletarische Avantgarde vor der notwendigen Aufgabe, gegen Chauvinismus und Rassismus für die Einheit und den Zusammenschluß der Arbeiterklasse zu kämpfen.

Das Perspektiven- und Aufgabendokument der Mehrheitsfraktion, das bei der 17. Nationalkonferenz der LTF angenommen wurde, erklärt: „Die LTF, Sektion der IKL, bekräftigt erneut ihre internationalistische Verpflichtung, auf beiden Seiten des Mittelmeers für Revolutionen zu kämpfen, deren Schicksal untrennbar miteinander verbunden ist. Wir wollen unter Jugendlichen der zweiten Generation rekrutieren, auch unter denen, die Algerien in den letzten Jahren als Emigranten verließen."

Die FPR gegen die permanente Revolution

IG und FPR reden (ein bißchen) über die Theorie der permanenten Revolution - d.h. die Notwendigkeit einer *Arbeiter*revolution in ökonomisch rückständigen, vom Imperialismus unterdrückten Ländern und deren Ausweitung, um die Agrarfrage zu lösen und diese Länder vom imperialistischen Joch zu befreien. Aber ihr Klassenverrat in Brasilien zeigt, daß dies für sie nur inhaltslose Rhetorik ist.

Ähnlich ist es in Mexiko, wo sie das Proletariat in einer Masse kleinbürgerlicher Sektoren auflösen, die sich um die bürgerliche PRD sammeln, und das pompös eine „Volksfront" nennen. Tatsächlich aber war das mexikanische Proletariat historisch - und ist es immer noch - durch den bürgerlichen „Anti-Yankee"-Nationalismus direkt seiner eigenen Bourgeoisie untergeordnet, ohne die Vermittlung einer Arbeiterpartei, wie es in den meisten europäischen Ländern der Fall ist. Diese Wahrheit will die IG wegen ihrer Orientierung auf den Anti-Yankee-Nationalismus verstecken.

Um sich selbst abzudecken, machen IG/FPR viel Theater über eine fehlerhafte Charakterisierung der ländlichen Gebiete in Mexiko. Um die Rückständigkeit und die Unterdrückung zu beschreiben, sprachen wir von „feudalen" Überresten, was nicht korrekt ist. Es wäre genauer gewesen, die schreckliche Rückständigkeit der ländlichen Massen in Mexiko als Erbe des spanischen Handelskapitalismus zu bezeichnen und nicht als „feudale Überreste". Trotzki benutzte in *Die permanente Revolution* den Begriff „moderner Feudalismus", um zum Beispiel China Ende der 20er Jahre zu beschreiben. Aber die Realität ist, daß Überreste des Frühkapitalismus, die man in Ländern wie den USA oder Frankreich nicht mehr findet, tatsächlich Seite an Seite mit den modernsten Formen der konzentrierten Ausbeutung durch den Industriekapitalismus existieren.

Diese vielfältige Realität kapitalistischer Unterdrückung ist es gerade, was IG/FPR leugnen. Sie charakterisieren alles als eine „Volksfront", von Mexiko bis zum Frankreich von Jospin/Gayssot. Aber wenn man ernsthaft um die Macht kämpfen will, muß man untersuchen, welche spezielle Form die kapitalistische Unterdrückung annimmt. Wie Trotzki sagte: „In Wirklichkeit bilden die nationalen Eigenschaften eine eigenartige Vermengung der wesentlichen Triebkräfte des Weltprozesses. Diese Eigenarten können während einer Reihe von Jahren für die revolutionäre Strategie von entscheidender Bedeutung sein" (Vorwort zur deutschen Ausgabe von *Die permanente Revolution).*

Das Wesen der permanenten Revolution besteht im Kampf für die proletarische sozialistische Revolution gegen den bürgerlichen Nationalismus in Ländern mit kombinierter und ungleichzeitiger Entwicklung. Die Verniedlichung der bürgerlich-nationalistischen PRD als „Volksfront" - wo impliziert wird, es gäbe eine proletarische Komponente, vor der die IG kapitulieren könnte - verrät das wirkliche Programm der IG, nämlich die Anwendung des trotzkistischen Programms der permanenten Revolution fallenzulassen.

In Ländern mit verspäteter kapitalistischer Entwicklung ist die nationale Bourgeoisie zu schwach und zu sehr dem Imperialismus untergeordnet, als daß sie einen Kampf anführen oder unterstützen könnte, der auf grundlegende demokratische Rechte wie die Agrarrevolution oder wirkliche nationale Unabhängigkeit zielt. Im Gegenteil, frühere Formen der Unterdrückung und Ausbeutung werden beibehalten und von den Kapitalisten und ihren imperialistischen Herren noch verstärkt. In diesen Ländern können die Aufgaben, die früher mit dem Sieg der bürgerlich-demokratischen Revolutionen in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern verknüpft waren, nur durch den Sieg der sozialistischen Revolution gelöst werden, indem das Proletariat sich an die Spitze der Nation setzt und die unterdrücktesten Teile der Bauernschaft hinter sich schart. Das unentbehrliche Werkzeug für den Sieg ist eine revolutionäre proletarische Partei, die durch einen unnachgiebigen Kampf, die Arbeiterklasse und die Werktätigen von Illusionen in den bürgerlichen Nationalismus wegzubrechen, geschmiedet wird.

Wie die LTF-Mehrheit im Titel eines ihrer Dokumente erklärte: „Wir sind die Partei der Russischen Revolution!" Im Gegensatz zu Deserteuren wie die IG/PRF gründet sich die IKL auf „die Notwendigkeit, in der Kontinuität der bolschewistischen Partei die Weltpartei der sozialistischen Revolution aufzubauen, eine wiedergeschmiedete Vierte Internationale, mit Sektionen, die darum kämpfen, das Niveau des Bewußtseins des Proletariats auf die Höhe seiner historischen Aufgaben zu heben. Für uns ist die russische Frage die Parteifrage. Eine Partei, die für die Unabhängigkeit des Proletariats kämpft, um es auf der Grundlage seiner historischen Interessen für die Eroberung der Macht zu mobilisieren."«







Fotos: Spartakist

Berlin, Januar 1990: Spartakisten initiierten Massenkundgebung gegen Nazi-Schändung des sowjetischen Ehrenmals in Treptow. Während Gysis SED-PDS die kapitalistische Konterrevolution vorbereitete und kurz danach zu „Deutschland, einig Vaterland" aufrief, trat Spartakist-Sprecherin Renate Dahlhaus (rechts) vor 250000 Demonstranten für ein rotes Rätedeutschland in einem sozialistischen Europa ein: „Stoppt die Nazis durch Einheitsfrontaktion! Arbeiter- und Soldatenräte an die Macht!" Der volle Wortlaut ihrer Rede ist im *Spartakist-Extrablatt* vom 27. April 1998 nochmals nachgedruckt

Stoppt Nazi-Terror...

Fortsetzung von Seite 24

Lage ist, Proteste gegen Rassismus und Sozialabbau zu kanalisieren und den Nazis freie Bahn zu geben. Denn eines fürchten die Reformisten weit mehr als jeden Nazi-Aufmarsch: die unabhängige Mobilisierung der Arbeiter, da sie den Arbeitern einen Geschmack ihrer eigenen Macht vermittelt und sich gegen die SPD-Handlanger der Bourgeoisie richten könnte. In einer solchen Situation ist die Intervention der revolutionären Partei entscheidend, um die Arbeiter von der Sozialdemokratie zu brechen und für das trotzkistische Programm der proletarischen Machtergreifung zu gewinnen.

Unterstützt wurden PDS/SPD von pseudotrotzkistischen Gruppen wie Linksruck, ISO, Voran, Gruppe Arbeitermacht und RSB. Die ganze Orientierung dieser Gruppen ist es, eine SPD/Grünen-Volksfront an die Macht zu bringen, indem sie dazu aufrufen, SPD oder PDS zu wählen und dann auf diese Volksfrontregierung Druck auszuüben. Was von Schröders/Lafontaines SPD tatsächlich zu erwarten ist, zeigte zuletzt der Vorstoß des SPD-geführten Bundesrates, der de facto alle Hilfen für Asylsuchende gestrichen hat. Nach dem Willen der rassistischen SPD, die sich diese Pseudotrotzkisten an die Regierung wünschen, sollen Flüchtlinge vor rechtem Terror und imperialistisch geschürten Bürgerkriegen hier verhungern!

Nur wir Trotzkisten sagten am 20. Juni in Berlin die Wahrheit. „Die Nazis konnten sich versammeln, der Tag ist eine ' Niederlage!", zitiert die *Süddeutsche Zeitung vom* 23. Juni eine Genossin der SpAD. Wir waren die einzigen, die den Teilnehmern der Demonstration ein Programm aufzeigten, wie der Nazi-Terror gestoppt werden kann: Brecht mit der Sozialdemokratie! Für eine revolutionäre Arbeiterpartei! - Für Arbeiter/Immigranten-Mobilisierung gegen Nazi-Terror! Und wir sagten die Wahrheit über diese Volksfrontmobilisierung für Schröder: Weit davon entfernt, eine Barriere gegen die Faschisten zu sein, bahnt die Sozialdemokratie diesem Mordgesindel den Weg! Eine Stimme für SPD oder PDS ist eine Stimme für rassistischen Staatsterror, wie Hamburg, Sachsen-Anhalt und auch Berlin zeigen! Um unsere Verkaufsteams bildeten sich immer wieder Diskussionsgruppen, und Arbeiter, Immigranten und Jugendliche kauften über 600 Exemplare des Extras. Viele verlangten nach unserer Propaganda, weil wir die PDS wegen ihrer Unterstützung für die SPD-Regierung in Sachsen-Anhalt entlarvten, die für ihren rassistischen Abschiebeterror berüchtigt ist und damit den DVU- und NPD-Nazis den Weg bahnt.

Genau über die Verantwortung der sozialdemokratischen Arbeiterverräter wollen die Reformisten der Gruppe Linksruck auch mit ihrer Überschrift „1. Mai in Leipzig: Punktsieg!" *(Linksruck,* Juni 1998) hinwegtäuschen. Diese „Punktsieg"-Lüge, mit der Linksruck die Gefahr der Faschisten herunterspielt und die SPD weißwäscht, die den Nazi-Aufmarsch in Leipzig von Tausenden Bullen absichern ließ, dient einem klaren politischen Zweck: die Sozialdemokratie an die Regierung zu bringen. Während vor den Augen Tausender Jugendlicher und Arbeiter die Illusion geplatzt ist, man könne auf den bürgerlichen Staat - der die Nazis schützt - Druck ausüben, hilft also Linksruck mit, die Proteste wieder in parlamentarische Bahnen zu lenken. Sie bereiten damit weitere Niederlagen vor, wie zuletzt in Berlin, als sie die Volksfront-Demo als „eine hervorragende Gelegenheit, den Nazis einen Strich durch die Rechnung zu machen", darstellten (LmfaracÄ-Flugblatt zum 20. Juni).

Die Rolle des Staates der Bosse war in Leipzig ganz offensichtlich. Die Nazi-Provokation wurde durch eine Armee von über 6000 Bereitschaftsbullen geschützt, die die Stadt praktisch in einen Belagerungszustand versetzten. Während die Polizei mit Wasserwerfern in die Menge von etwa 5000 antifaschistischen Demonstranten schoß und Bullenkommandos mit Knüppeln immer wieder auf Gruppen von linken Jugendlichen losprügelten, erhielt der Nazi-Abschaum freie Bahn, seinen rassistischen Dreck auszuspeien. Dutzende von Linken wurden von den Bullen festgenommen. Und knapp zwei Wochen später überfiel der Staatsschutz in einer national koordinierten Razzia die Wohnungen von 39 Antinazi-Aktivisten." Die SpAD fordert: Nieder mit allen Anklagen gegen die antifaschistischen Demonstranten und andere Antinazi-Aktivisten!

Daß die Bullen die Nazis schützen, wie sie es bei zahllosen anderen Gelegenheiten auch getan haben, konnte niemanden überraschen. *Die Verantwortung für diese ungeheure Nazi-Provokation liegt unzweifelhaft bei den Klassenverrätern, die heute an der Spitze der Arbeiterbewegung stehen: der SPD, der sozialdemokratischen DGB-Bürokratie und der PDS.* Wie

Fortgesetzt auf Seite 18

Stoppt Nazi-Terror...

Fortsetzung von Seite 17

wir im *Spartakist-Extrablatt* betonen, das wir massiv in Leipzig verkauft haben: Die Entscheidung der Nazis, ihre rassistische Provokation am 1. Mai durchzuführen, dem Tag der internationalen Arbeiterklasse, symbolisiert ihr Endziel, die Zerschlagung der Arbeiterbewegung. 500 000 Arbeiter gingen am 1. Mai in ganz Deutschland auf die Straße, aber die Sozialdemokratie - PDS, SPD und DGB-Bürokratie - hielt sie durch das Schüren von Verbotsillusionen von jeder Aktion gegen die Nazis fern. Alles, was der DGB, mit Unterstützung der PDS, zu bieten hatte, war eine Kundgebung zum 1. Mai, die zu einer SPD-Regierung aufrief und nicht einmal vorgab, den Nazi-Aufmarsch stoppen zu wollen, sowie ein „antifaschistisches" Konzert in der Nacht vor der Nazi-Provokation. Somit lieferten die sozialdemokratischen Spitzen auf kriminelle Weise die Gruppen von linken Jugendlichen auf sich allein gestellt den vereinten Kräften von Nazis und Bullen aus. Und unterdessen bedankte sich der DGB in grotesker Weise bei den Bullen, deren Beschäftigung darin bestand, antifaschistische Demonstranten zu verprügeln und festzunehmen, für ihre „gute Arbeit".

Knapp eine Woche vor dem l. Mai erhielt die faschistische Deutsche Volksunion (DVU) in Sachsen-Anhalt 13 Prozent der Wählerstimmen. Schlüssel zum DVU-Erfolg waren die 25 Prozent an Stimmen, die sie bei den Jugendlichen des Bundeslandes erhielt, das in Deutschland die höchste Arbeitslosigkeitsrate hat. Die rachsüchtige Verwüstung der Wirtschaft durch die Bourgeoisie nach der konterrevolutionären Einverleibung des früheren deformierten Arbeiterstaates DDR 1990 hat zu steil ansteigender Arbeitslosigkeit geführt. Die einzige Zukunft, die CDU und SPD versprechen, bringt weitere Massenentlassungen und weiteren Sozialraub. Nach dem Vorbild des britischen Labour-Premierministers Tony Blair verspricht der SPD-Kanzlerkandidat Gerhard Schröder, bei der Verteidigung der Interessen der Bourgeoisie noch drakonischer vorzugehen als Kohl. Dabei verbreiten die SPD/DGB-Spitzen einen Abklatsch der faschistischen Parolen, indem sie sich für rassistische Abschiebungen und für „Quoten" für eingewanderte Arbeiter stark machen.

Die PDS, das sozialdemokratische Überbleibsel der stalinistischen SED, die die DDR ausverkauft hat, macht sich für denselben chauvinistischen Dreck wie die SPD stark, kombiniert mit nostalgischen Appellen an den „Ossi-Nationalismus". Die Faschisten setzen solche demagogischen Appelle nicht weniger geschickt ein; über ein Fünftel der DVU-Wähler haben ihre Erststimme der PDS gegeben. Und kürzlich zitierte *Die Zeit* (23. April) in einem Bericht über die NPD einen Nazischläger, der mit Kontakten zur Kommunistischen Plattform prahlte, dem selbsternannten „linken Flügel" der PDS: „Die sind auch gegen das Großkapital. Wir haben im Moment ähnliche Probleme wie Nordkorea und stehen unter Druck des Weltimperialismus."

Die nationalistische SED-Bürokratie trug in DDR-Zeiten dazu bei, eine Basis für das jetzige Wachstum der Faschisten in Ostdeutschland zu schaffen, indem sie seit 1948 den ostdeutschen NPD-Namensvetter NDPD offiziell zuließ, als ein „konservatives" Feigenblatt für die „Volksdemokratie" der Stalinisten und als „politische Heimat für einfache Mitglieder von Nazi-Organisationen" *(German Reunification,* Hanna Behrend, Hrsg., 1995). Vor einiger Zeit haben diverse PDS-Führer Treffen mit Faschisten arrangiert (siehe *Spartakist,* Mai 1994). Zu diesen PDS-Führern gehört Christine Ostrowski, die jetzt *im Neuen Deutschland* (30. April) fragt: „Warum gelang es der PDS nicht, viele von denen, die jetzt DVU gewählt haben ... für sich zu gewinnen?" Ostrowski will in Reaktion darauf den Faschisten die Schau stehlen und hetzt gegen „ausländische Beschäftigte", die „auch illegal" arbeiten, obwohl „jeder dritte Bauarbeiter im Osten" arbeitslos ist.

Gegen die Sozialchauvinisten sowohl der SPD als auch der PDS kämpft die SpAD dafür, eine internationalistische leninistisch-trotzkistische Avantgardepartei aufzubauen, die das multiethnische Proletariat führt, um den Nazi-Dreck zu zerschlagen, als Teil unseres Kampfes für die sozialistische Revolution. Wir veröffentlichen im folgenden das *Spartakist-Extrablatt.*

Die Ankündigung der Nazis, am 1. Mai in Leipzig aufzumarschieren, stellt eine tödliche Bedrohung für alle Arbeiter, Immigranten, Linke und unterdrückte Minderheiten dar. Unter dem Deckmantel einer „Wahlveranstaltung" wollen die Nazis für ihr völkermörderisches Programm marschieren: rassistische Morde wie in Mölln und Solingen und Pogrome wie in Rostock und Hoyerswerda. Vom Staat ermutigt und geschützt, haben sie bei einer Reihe von Aufmärschen wie in München, Saalfeld, Dresden und Lübeck ihr rassistisches Gift versprüht. Die Folgen jedes Aufmarsches sind verschärfter mörderischer Terror und Brandanschläge, die Ermordung von Immigranten und Linken wie zuletzt einer 14jährigen jungen Frau in Saalfeld.

Die Nazi-Provokation am 1. Mai, dem internationalen Tag der Arbeiterklasse, zeigt, daß sich der Nazi-Terror gegen Immigranten letztlich gegen die Gewerkschaften richtet. Heute wachsen und nähren sich die Nazis aus der Krise des Kapitalismus, der ansteigenden Massenarbeitslosigkeit und aus der damit verbundenen Demagogie gegen Immigranten, die von Regierung und SPD verbreitet wird.

Heute haben die Nazis, verglichen mit der organisierten Arbeiterbewegung, das Gewicht einer Fliege, aber sie wachsen mit jeder Mobilisierung. Ihre ersten Opfer sind die verwundbarsten Teile der Arbeiterklasse und der gesamten Bevölkerung. Morgen werden sie sich direkt gegen die Arbeiterorganisationen richten; zur Zerschlagung von Streiks, Gewerkschaften, Kundgebungen der Arbeiterklasse. Als die Nazis 1933 an die Macht kamen, zerstörten sie alle Arbeiterorganisationen und ermordeten im Holocaust Millionen Juden, Roma und Sinti, Kommunisten, Homosexuelle. Wie Leo Trotzki 1932 warnte:

> „Der Faschismus ist nicht einfach ein System von Repressionen, Gewalttaten, Polizeiterror... Die Aufgabe des Faschismus besteht nicht allein in der Zerschlagung der proletarischen Avantgarde, sondern auch darin, die ganze Klasse im Zustand erzwungener Zersplitterung zu halten... Es heißt, alle selbständigen und freiwilligen Organisationen zu zertrümmern, alle Stützpunkte des Proletariats zu zerstören..." *(Was nun? Schicksalsfragen des deutschen Proletariats,* Januar 1932)

Es ist dringend notwendig, daß die Arbeiterbewegung in Aktion tritt. Die Gewerkschaften haben die soziale Macht, die Faschisten zu zerschlagen. Die Arbeiter sind in den Betrieben organisiert - wenn sie streiken, stehen die Räder der Industrie still. Sie produzieren den gesamten Reichtum der Gesellschaft, aber die Früchte ihrer Arbeit werden von den kapitalistischen Profitmachern gestohlen. Die integrierte Arbeiterbewegung hat nicht nur die Macht, das faschistische Pack zu stoppen, sie hat die Macht, die Menschheit vom kapitalistischen Profitsystem zu befreien. Die Faschisten sind die Kettenhunde der Bourgeoisie, die als letzter Ausweg von der Leine gelassen werden, um die Arbeiterbewegung zu zerschlagen. Daher muß der Kampf gegen den Faschismus ein untrennbarer Bestandteil des Kampfes für die proletarische Revolution gegen das gesamte kapitalistische System sein.

In allen Schlüsselindustrien wie Bergbau, Metall, Auto, Chemie arbeiten die aus der Türkei und Kurdistan eingewanderten Arbeiter Seite an Seite mit den deutschen Arbeitern und sind zusammen in der Gewerkschaft organisiert. Die Arbeiterbewegung muß für volle Staatsbürger-

rechte für alle Immigranten kämpfen. Die Mobilisierung der deutschen und eingewanderten Arbeiter, gemeinsam als vereintes Proletariat, ist strategisch wichtig für die Verteidigung ihrer eigenen Klasseninteressen und gegen die Faschisten. Das erfordert einen scharfen politischen Kampf gegen die prokapitalistischen Gewerkschaftsspitzen.

Kleine Gruppen von Linken und Autonomen - wie mutig sie auch sein mögen - sind für die Bullen eine leichte Beute. Was wir brauchen, sind Massenmobilisierungen der Gewerkschaften, mit ihren zahlreichen aus der Türkei, Kurdistan und anderen Ländern eingewanderten Arbeitern, und die Unterstützung von Homosexuellen, Juden, Flüchtlingen, Linken und allen anderen potentiellen Opfern der Faschisten, um die Nazis am gleichen Ort und zur gleichen Zeit zu stoppen, wo diese ihre Provokation planen, und um sie zurück in ihre Rattenlöcher zu jagen. Stoppt die Nazis durch Arbeiter/Immigranten-Mobilisierung!

Die prokapitalistische Gewerkschaftsführung von SPD und PDS will den Nazis kein Haar krümmen. Das ist der Grund, warum sie Ablenkungsmanöver planen und ohnmächtige antirassistische Kundgebungen zu einer anderen Zeit oder weit entfernt vom Aufmarschort der Nazis organisieren. Sie hoffen, daß linke Gegendemos als Gefahr für den „Rechtsstaat" des Vierten Reichs gesehen und als Konsequenz beide - die Linken und die Nazis - verboten werden. Damit würde den Nazis die Straße freigeräumt werden. Die sozialdemokratischen Irreführer bereiten eine Niederlage vor, die sogar das entsetzliche Schauspiel der 5000 Nazis übertrifft, die im März letzten Jahres ungehindert durch das sozialdemokratische München marschierten. Linke und Immigranten in Leipzig bereiten sich darauf vor, ihre Zentren gegen Anschläge der Faschisten zu verteidigen, die bereits am vorigen 1. Mai in Leipzig und Umgebung wüteten, nachdem eine ähnliche Nazi-Provokation verboten worden war.

Eine Einheitsfront ist eine Taktik, mit der die Arbeiter- und Inimigrantenorganisationen in der Aktion vereint werden, um die Nazis zu stoppen. Wer dieser Konfrontation mit den Nazis aus dem Weg geht, läßt zu, daß dieser Abschaum sein rapides Wachstum und den mörderischen Terror fortsetzt. Im Gegensatz zu einer „Koalitions"politik des kleinsten gemeinsamen Nenners, wo besonders revolutionäre Ansichten zensiert werden, hat jede an der Einheitsfront beteiligte Organisation das volle Recht, ihr eigenes Programm in ihren Reden und ihrer Propaganda auszudrücken, und behält die volle Freiheit der Kritik. Durch die offene Auseinandersetzung der verschiedenen Ansichten erhöht sich das Bewußtsein und werden die konkurrierenden politischen Programme erprobt.

Wie die SPD 1933 vertrauen die Gewerkschaftsbürokraten heute auf die Wahlurne und sagen „Staat, greif zu", indem sie fordern, daß die Bullen und die Gerichte die Nazis und ihre Aufmärsche verbieten sollten. Hitler kam ohne Widerstand von SPD und KPD an die Macht. Die Sozialdemokratie unterstützte Hindenburg, der Hitler auf Basis der Weimarer Verfassung zum Reichskanzler ernannte. In Deutschland sind seit Ende des Zweiten Weltkrieges wiederholt Nazis verboten worden, doch das hindert sie nicht im geringsten daran, ihren mörderischen Terror auszuüben. Appelle an den Staat sind utopisch und schaffen innerhalb der Arbeiterklasse nur Illusionen in den bürgerlichen Staat. Gesetze, die sich gegen die Faschisten richten, werden letztlich gegen die Arbeiterorganisationen eingesetzt werden.

Während des Nazi-Aufmarsches in München voriges Jahr hielt ein Sprecher des pseudotrotzkistischen Revolutionär Sozialistischen Bundes (RSB), weit entfernt vom Aufmarschort der Nazis, eine Rede - an die Bullen! Mit den Worten „Meine Damen und Herren Polizisten!" appellierte er an diesen bewaffneten Arm des Staates, daran zu denken, daß kürzlich einer der ihren von einem Nazi umgebracht wurde, und bedauerte, daß „Staat und Polizei uns nicht schützen können und wollen" (Leserbrief „RSB-Zentrist rechtfertigt Appell an Polizei", *Spartakist*, Juni/Juli 1997).

Die Cliff-Anhänger von Linksruck erklärten München zu einem Sieg, und ihre britischen Genossen behaupten, daß Bullen ein Teil der Arbeiterbewegung seien; sie führten Lesezirkel mit Gefängnisbullen durch und jammerten: „Sind wirklich alle Bullen Schweinehunde?" *(Socialist Worker*, 8. Februar 1997). Das ist reformistischer Unsinn. Lenin beschreibt in *Staat und Revolution* den Staat als „besondere Formationen bewaffneter Menschen" und macht klar, „daß die Arbeiterklasse ‚die fertige Staatsmaschine' *zerschlagen, zerbrechen* muß und sich nicht einfach auf ihre Besitzergreifung beschränken darf." Und die Oktoberrevolution 1917 hat das vollauf bestätigt. Trotzki prangerte 1932 die Illusionen der SPD in „ihre" Polizei an:



Spartakist

Spartakist-Protest im September 1995 gegen imperialistische Bombenangriffe auf bosnische Serben. Für Revolutionäre steht der Hauptfeind im eigenen Land!

> „Für den Fall wirklicher Gefahr setzt die Sozialdemokratie ihre Hoffnungen nicht auf die ‚Eiserne Front', sondern auf die preußische Polizei. Eine trügerische Rechnung! Der Umstand, daß die Polizisten in bedeutender Zahl unter sozialdemokratischen Arbeitern rekrutiert wurden, will ganz und gar nichts besagen. Auch hier wird das Denken vom Sein bestimmt. Die Arbeiter, die Polizisten im Dienst des kapitalistischen Staates geworden sind, sind bürgerliche Polizisten und nicht Arbeiter. In den letzten Jahren hatten sich diese Polizisten weitaus mehr mit revolutionären Arbeitern zu schlagen als mit nationalsozialistischen Studenten. Eine solche Schule hinterläßt Spuren. Und die Hauptsache: jeder Polizist weiß, daß die Regierungen wechseln, die Polizei aber bleibt."

Die reformistischen DGB-Bürokraten mobilisieren zum 1. Mai in Leipzig, um Wahlveranstaltungen für SPD und PDS durchzuführen, 'die sie als „kleineres Übel" bei den Bundestagswahlen im Herbst anpreisen. Eine SPD-Regierung wird genau wie die CDU-Regierung eine Regierung des deutschen Kapitals sein. Die Sozialdemokratie hat nicht einmal Reformen anzubieten, sondern führt die Entlassungen, den Sozialabbau und brutale rassistische Angriffe auf Immigranten durch; sie bedroht damit die Existenz der arbeitenden Massen und treibt das Kleinbürgertum in die Arme der Faschisten.

Fortgesetzt auf Seite 20

Stoppt Nazi-Terror...

Fortsetzung von Seite 19

Einen Vorgeschmack darauf, wie das „kleinere Übel" einer SPD-Regierung aussehen wird, gibt Hamburg. Unter dem Vorwand der „Bekämpfung von Drogen und Kriminalität" sind staatliche Repression gegen Immigranten, Massenabschiebungen und Bullenterror tägliches Erscheinungsbild in der SPD-Hochburg. So führten im März die rassistischen Bullen einen pogromartigen Überfall auf das Wohnschiff „Bibby Kalmar" durch. Vor laufenden Kameras überfielen 450 Bullen vom Land und vom Wasser aus das Wohnschiff, auf dem über 330 Asylbewerber zusammengepfercht sind. Bei der rassistischen Aktion wurden 53 Bewohner festgenommen, die meisten, weil sie angeblich nicht die „richtigen" Papiere vorweisen konnten, und drei von ihnen wurden kurz danach in den Abschiebeknast gesteckt. 1996 kam der Flüchtling Jude Abubaka aus Sierra Leone bei einer ähnlichen Polizeiaktion ums Leben, als er ins Wasser sprang und die Bullen am Ufer so lange warteten, bis er ertrunken war. Ein schwarzer Aktivist der Black Students Organisation mobilisierte gegen diesen Terror und protestierte dagegen, daß die Polizei nicht belangt wurde. Er wurde wegen Beleidigung angeklagt, zu einer Geldstrafe verurteilt und sieht sich einer Polizeivendetta gegenüber.



Spartakist

Berlin-Hellersdorf, Februar 1997: Durch scharfen politischen Kampf gegen die reformistische PDS, die ein „Verbot" der Nazis forderte und einen ohnmächtigen Protest abhielt, gelang uns militante Mobilisierung von Nazigegnern, die eine NPD/JN-Provokation an diesem Tag verhinderte

Weit davon entfernt, eine Barriere gegen den Faschismus zu sein, bereitet die Sozialdemokratie diesem Mordgesindel den Weg! Wie Trotzki 1929 („Die österreichische Krise, die Sozialdemokratie und der Kommunismus") zusammenfaßte:

> „In Österreich wie in allen anderen Ländern tritt der Faschismus als notwendige Ergänzung der Sozialdemokratie auf, lebt von ihr und kommt mit ihrer Hilfe zur Macht ... Der Faschismus nährt sich von der Sozialdemokratie, aber er muß ihr den Schädel einschlagen, um an die Macht zu kommen. Die österreichische Sozialdemokratie tut, was sie kann, um ihm diese chirurgische Operation zu erleichtern."

Um gegen die Faschisten kämpfen zu können, muß man gegen den Kapitalismus kämpfen. Die dringendsten Aufgaben, vor denen wir heute stehen - von vereinten Arbeiteraktionen, um die Faschisten zu zerschlagen, über Gegenwehr gegen die kapitalistischen Kampagnen gegen Immigranten, bis zur Organisierung von siegreichen Streiks - erfordern einen kompromißlosen Kampf gegen die sozialdemokratischen Arbeiterverräter und ihre reformistischen und zentristischen Wasserträger. Das heißt, wir müssen eine revolutionäre Partei schmieden, um die- SPD und die PDS auf dem Amboß des Klassenkampfes zu spalten und ihre proletarische Basis zu einem revolutionären Programm zu gewinnen. Diese sozialdemokratischen Parteien sind, wie Lenin erklärte, bürgerliche Arbeiterparteien: mit einer proletarischen Basis, aber einem durch und durch bürgerlichen Programm. Eine revolutionäre Partei muß dem Kampf für die Enteignung der Bourgeoisie und die Errichtung eines Arbeiterstaates verpflichtet sein.

Kapitalistische Konterrevolution schürte Nazi-Pest

Der Anstieg des faschistischen Terrors in ganz Europa ist ein direktes Ergebnis der Konterrevolution in der DDR, in Osteuropa und der Sowjetunion. Die deutsche Bourgeoisie hat die Industrie der ehemaligen DDR niedergewalzt. Die Arbeitslosigkeit in Deutschland ist auf offiziell 4,63 Millionen gestiegen - die höchste Arbeitslosenrate seit dem Zweiten Weltkrieg -, und in Ostdeutschland liegt sie in vielen Bundesländern bei 25 Prozent und höher. Ganze Gebiete sind verwüstet und viele Menschen haben keine Zukunft. Die ins Elend gestoßenen Arbeitslosen sind haßerfüllt gegen dieses System und suchen nach einer radikalen Lösung. Die Faschisten rekrutieren durch den rassistischen Terror unter diesen Schichten und wachsen in den zerstörtesten Gebieten am stärksten.

Wir Trotzkisten haben für die bedingungslose militärische Verteidigung der Sowjetunion und der deformierten Arbeiterstaaten gegen imperialistische Angriffe und interne Konterrevolution gekämpft. Unsere Internationale mobilisierte im Herbst 1989 alle unsere Reserven, um in der Schlüsselperiode im Winter 1989/90 bis zur Volkskammerwahl zu intervenieren. Wir riefen auf: „Für Arbeiter- und Soldatenräte", „Für ein Rotes Rätedeutschland", „Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa". Wir waren die einzigen, die gegen die kapitalistische Wiedervereinigung kämpften und warnten, daß sie Massenarbeitslosigkeit, den Anstieg des Nazi-Terrors und Angriffe auf Frauenrechte bedeutete sowie verschärfte interimperialistische Rivalitäten und damit die Gefahr eines neuen Weltkriegs. Wir benannten die SPD als das, was sie ist: das Trojanische Pferd der Konterrevolution. Und wir hatten recht.

Im Januar 1990 initiierten wir eine Arbeitermobilisierung gegen die faschistische Schändung des Treptower Ehrenmals für die Rote Armee, die Hitlers Nazis zerschlagen hat. Wie unsere Vorläufer, die Trotzkistische Liga Deutschlands und die frisch gegründeten Spartakist-Gruppen in der DDR, im Aufruf zu dieser Demonstration warnten:

> „Noch ist der wiederaufsteigende Faschismus eine extremistische Randerscheinung. Er würde erneut die ganze Menschheit bedrohen, sobald die ersten Krisen in einem

wiedervereinigten Großdeutschland auftauchen. Heute ist die SPD/SDP das Hauptinstrument, ein solches Großdeutschland herbeizuführen. Jetzt das vielköpfige faschistische Ungeheuer abzuwürgen heißt, diesem sozialdemokratischen Vordringen Einhalt zu gebieten."

Wir verteilten mehr als 130000 Flugblätter bei den U- und S-Bahnhöfen, in den Arbeiterbezirken, vor Fabriken und besonders an ausländische Arbeiter. Es waren die Fabrikarbeiter, die das Rückgrat dieser Mobilisierung bildeten, und nachdem die SED-PDS dazu gezwungen war, den Einheitsfront-Aufruf zu unterstützen, kamen 250000 am 3. Januar nach Treptow, um zu protestieren.

Bei dieser Kundgebung rief Renate Dahlhaus für die IKL zur politischen Revolution auf, um die stalinistischen Bürokraten in der DDR zu stürzen, und für eine soziale Revolution, um den Kapitalismus in Westdeutschland zu stürzen - als einzigen Weg, um den kapitalistischen Anschluß zu stoppen. 250000 hörten Trotzkismus versus Stalinismus, die IKL versus SED-PDS-Gysi. Es war das erste Mal, seit Trotzki aus der Sowjetunion ausgewiesen und die Linke Opposition zerschlagen worden war, daß Trotzkisten in der Lage waren, zu einer Massenzuhörerschaft in einem deformierten Arbeiterstaat zu sprechen.

Wir waren die einzige Partei, die die Wahrheit über den Kapitalismus und den Kampf gegen die Konterrevolution sagte. Die Cliff-Anhänger von Linksruck und ISO bejubelten die Konterrevolution genauso, wie sie die antisemitische klerikale Solidarnos'c und die Mudschaheddin in Afghanistan hochgejubelt hatten. In dem Artikel „Daniel Jonah Goldhagen: ‚Hitler's willing executioners' - Wer waren die Täter" macht sich Linksruck sogar zum Verteidiger der „Ehre" der jungen Nazi-Sturmtruppen: „Ist der einfache Hitler-Junge genauso schuld, wie der Industrielle, der Hitler an die Macht finanzierte?" Das ist das Ergebnis von Jahren von begeisterter Unterstützung für jede antikommunistische Bewegung auf dieser Welt, und war genau zu erwarten von einer Gruppe, die tief in der rassistischen, sozialchauvinistischen SPD begraben ist. So rief Linksruck kürzlich zur Wahl der SPD sogar in Hamburg auf - wo die SPD eine Wahlkampagne führte, die international als die rassistischste Kampagne gesehen wurde, die man in Deutschland seit Jahren erlebt hat.

Als die DDR von den westdeutschen Imperialisten verschlungen wurde, nahmen die Pabloisten, die jetzt im RSB organisiert sind, Alka-Seltzer, während ihre französischen Genossen der LCR mit Champagner feierten. Die Sozialistische Alternative Voran (SAV) trat ein für das „Recht auf nationale Selbstbestimmung, das wir bedingungslos verteidigen müssen" (*Voran*, Februar 1990). Was für ein jämmerliches Beispiel von deutsch-nationalistischen „Marxisten". Sie alle unterstützten die Konterrevolution in Polen, der DDR und der Sowjetunion.

Die von der SED/PDS geführte Konterrevolution in der DDR bedeutete die Zerschlagung der Planwirtschaft, die, obwohl sie grotesk stalinistisch deformiert war, allen - Frauen und Männern, Alten und Jungen - Arbeit und Auskommen garantierte. Unter der kapitalistischen Wiedervereinigung waren die Frauen die ersten, die ihren Arbeitsplatz verloren, während die Abtreibungsrechte scharf angegriffen wurden. Mit der Unterstützung für die Kräfte der kapitalistischen Konterrevolution in der Sowjetunion, DDR und Osteuropa trägt die vorgebliche Linke ihren Teil der Verantwortung für die Verelendung der Massen und den Anstieg des faschistischen Terrors.

Gegen Volksfrontpolitik

Die Sozialleistungen, die jetzt in Westeuropa unter Beschüß stehen, wurden in der Periode nach dem Zweiten Weltkrieg gewährt, um die von den Kapitalisten gefürchtete „kommunistische Gefahr" abzuwenden. Seit der Zerstörung der Sowjetunion sind die imperialistischen Bourgeoisien darangegangen, den „Sozialstaat" zu demontieren.

Heute sind es in Europa die Sozialdemokraten, die bei der Verwaltung der kapitalistischen Austerität die Drecksarbeit für die Bourgeoisie machen. In Deutschland deutet alles auf eine SPD-Regierung hin, möglicherweise in einer Koalition mit den bürgerlichen Grünen, wie sie bereits mehrfach auf Länderebene besteht. Aber selbst eine SPD-Alleinregierung (egal ob von der PDS unterstützt oder nicht) wäre nichts anderes als eine kapitalistische Regierung, die die Angriffe auf die Arbeiter und Immigranten durchführt. In Ländern wie Italien und Frankreich verwalten die Sozialdemokraten in Koalitionen mit vollständig bürgerlichen Parteien den kapitalistischen Staat. Die IKL ist prinzipiell gegen jede Unterstützung solcher Volksfrontkoalitionen, ob an der Regierung oder in Opposition, und wir sind gegen jede Stimme für Arbeiterparteien in Volksfronten. Unsere Genossen in Frankreich, die Ligue trotskyste de France, riefen gegen jede Stimme für Jospins SP oder die KPF auf. Während die Arbeitslosigkeit in die Höhe schießt und die Jospin-Regierung Immigranten aus dem Land schmeißt, werden Le Pens Faschisten weiter ermutigt. Wie Trotzki hervorhob: „Die Volksfront' auf der einen Seite - der Faschismus auf der anderen: dies sind die letzten politischen Hilfsmittel des Imperialismus im Kampf gegen die proletarische Revolution" („Übergangsprogramm", 1938).

Die reformistischen Irreführer ordnen die Arbeiterinteressen der Bourgeoisie und ihrem Staat unter. Wie Trotzki betonte, müssen die Gewerkschaften vollständig unabhängig vom kapitalistischen Staat sein: „Die Gewerkschaften in unserer Epoche können entweder als Hilfsinstrumente des imperialistischen Kapitalismus dienen, um die Arbeiter unterzuordnen, sie zu disziplinieren und die Revolution zu verhindern, oder sie können im Gegenteil die Instrumente der revolutionären Bewegung des Proletariats werden" („Die Gewerkschaften in der Epoche des imperialistischen Niedergangs", August 1940). Die Verschmelzung der Gewerkschaften mit dem kapitalistischen Staat ist symbolisiert durch die „Gewerkschaft" der Polizei, der professionellen Streikbrecher und rassistischen Schläger der Bosse. Wir fordern: Bullen raus aus dem DGB!

Es sind die SPD und die reformistischen Gewerkschaftsbürokraten, die den Klassenkampf der Arbeiter (wie den Bergarbeiterstreik im Frühjahr 1997) sabotiert und ihnen die Entlassungen reingewürgt haben. Gleichzeitig spalten diese Arbeiterverräter das Proletariat durch Chauvinismus und Rassismus. Der IG-Metall-Vorsitzende Zwickel rief zu Quoten für ausländische Arbeiter auf. Mit solcherart Dreck spielt er direkt in die Hände des faschistischen Mobs.

Die zahlreichen Arbeiter türkischer und kurdischer Herkunft, die der chauvinistischen deutschen bürgerlichen Gesellschaft entfremdet sind, können eine lebenswichtige Rolle im Kampf gegen den deutschen Imperialismus spielen. Die soziale Macht des Proletariats muß zur Verteidigung aller Unterdrückten mobilisiert werden. *Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!*

Notwendig ist der Kampf für eine gleitende Skala der Löhne und der Arbeitszeit ohne Lohnverzicht, um die Arbeit auf alle Hände aufzuteilen und den Lebensstandard der Arbeiter aufrechtzuerhalten. Die Versuche der Bosse, ein Zwei-Klassen-Lohnsystem zu schaffen, zielt auch darauf ab, Jugendliche und Immigranten gegen die Gewerkschaften aufzuhetzen. Jetzt müssen die Gewerkschaften mehr denn je dafür kämpfen, alle nicht gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und die Arbeitslosen zu organisieren. Die Krise der Arbeitslosigkeit und die Angriffe auf Sozialleistungen haben Arbeiterinnen am härtesten getroffen. Wir fordern

Fortgesetzt auf Seite 22

Stoppt Nazi-Terror...

Fortsetzung von Seite 21

gleichen Lohn für gleiche Arbeit sowie kostenlose Kinderbetreuung rund um die Uhr. Um diese Forderungen zu erreichen, muß man die Massen systematisch für die proletarische Revolution mobilisieren.

Das Übergangsprogramm der Vierten Internationale von 1938 zeigt klar, wie die revolutionäre Partei den Kampf zur Mobilisierung des Proletariats für die Machtergreifung mit dem Kampf gegen die Faschisten verbindet:

> „Der Kampf gegen den Faschismus beginnt nicht in einem liberalen Verlagsbüro, sondern in der Fabrik - und endet auf der Straße. Streikbrecher und Privatgendarmen in Fabrikanlagen sind die Kernpunkte der faschistischen Armee. *Arbeiterstreikposten* sind die Kernpunkte der proletarischen Armee. Davon muß man ausgehen. Im Zusammenhang mit jedem Streik und jeder Straßendemonstration muß man unbedingt die Notwendigkeit der Schaffung von *Arbeitergruppen zur Selbstverteidigung* propagieren."

Pseudolinke kriecht Sozialdemokratie hinterher

Mit ihrer antileninistischen Konzeption, daß der Staat neutral sei und über den Klassen stehe, besteht die Politik von reformistischen Gruppen wie ISO und Linksruck und vom zentristischen RSB darin, die Sozialdemokraten zu wählen. Linksruck: „Wählt SPD - ohne Illusionen", ISO: „Das Kreuzchen links von der gegenwärtigen Regierung ... machen" *(Linke Offensive,* Januar 1998), RSB: „Denkbar ist hingegen eine kritische Wahlaussage für die PDS" *(Avanti,* Dezember 1997). Ein Wahlaufruf für die PDS ist einfach eine Methode, durch die Hintertür eine SPD-Regierung zu unterstützen. Die PDS ist das erbärmliche Überbleibsel der stalinistischen Bürokraten der SED, die die DDR kampflos an den Kapitalismus ausverkauft haben. Sie ist Modrows/ Gysis „Deutschland, einig Vaterland"-Partei.

Diese Gruppen verbreiten alle die Illusion, daß die verräterischen Sozialdemokraten durch Druck dazu gebracht werden könnten, für die Interessen der Arbeiter zu kämpfen. Linksruck sagt: „Volle Kraft gegen Kohl! DGB muß kämpfen!", „Was Schröder bringen muß: - 100% Lohnfortzahlung für alle!" Genauso die ISO: „Alle Antifaschisten, Antirassisten, Sozialdemokraten, Sozialisten müssen sich gegen die Faschisten zusammenschließen. Hier liegt die größte Verantwortung bei den Sozialdemokraten. Sie sitzen in den Parlamenten und haben auch Einfluß bei den Gewerkschaften" *(Linke Offensive,* Juni 1997).

Die zentristische Sozialistische Aktion/Arbeitskreis Kommunistische Politik (AKP) will sich als links davon darstellen und druckt ausführliche Auszüge aus der *Permanenten Revolution* ab, der Zeitung der deutschen Trotzkisten Anfang der 30er Jahre. Tatsächlich besteht die Linie von AKP darin, andauernde Propagandablöcke mit anderen sogenannten „antifaschistischen" Gruppen zu bilden auf Grundlage der Volksfrontlinie „gemeinsam gegen rechts". So brachte die AKP zu den Europa-Wahlen im Juni 1994 eine gemeinsame Erklärung mit der Antifaschistischen Aktionsgruppe, dem Demokratischen Arbeiterverein aus der Türkei, dem Autonomen Antifa Café und änderen heraus, wo stand:

> „Verhindern wir den Einzug der Faschisten ins Europaparlament! Keine Stimme den Rechten! Keine Stimme den Faschisten von REP und NPD! ... Jede Stimme für Faschisten und Rechtsextreme ist ein Signal an die Herrschenden, mit ihrer Politik des sozialen Kahlschlags weiterzumachen!"

Das ist ein kaum verhüllter Aufruf, SPD, PDS oder die bürgerlichen Grünen zu wählen, von denen keine in dieser Erklärung kritisiert oder auch nur erwähnt wird. Überdies ist die Idee, daß der Faschismus an der Wahlurne gestoppt werden könnte, übelster parlamentarischer Kretinismus. Trotzki polemisierte in den 30er Jahren scharf gegen zentristische Organisationen wie die Sozialistische Arbeiterpartei (SAP), die unter dem Deckmantel eines Aufrufs für eine „Einheitsfront" dafür eintraten, daß linke Organisationen sich in Propagandablöcken zusammentun, um gemeinsame Kandidaten zu stellen, die „gemeinsam gegen rechts" kämpfen. Trotzki schrieb in *Was nun?:*

> „Aber gerade auf dem Gebiete der Propaganda ist die Einheitsfront unzulässig. Die Propaganda muß sich auf klare Prinzipien stützen, auf ein bestimmtes Programm. Getrennt marschieren, vereint schlagen. Der Block dient lediglich praktischen Massenaktionen. Spitzenabkommen ohne prinzipielle Grundlage können nichts als Verwirrung bringen."

Eine Einheitsfront ist *kein* politischer Block, der die programmatischen Unterschiede verwischt, sondern bedeutet ganz im Gegenteil, daß verschiedene Organisationen der Arbeiterbewegung in einer gemeinsamen *Aktion* kämpfen, bei der jede Organisation ihre eigenen Banner und Losungen trägt, bei völliger Freiheit der Kritik. Eine Einheitsfront ist eine Taktik der Kommunisten, um das Proletariat in der Aktion gegen seinen Klassenfeind zu vereinen, während sie gleichzeitig uns Kommunisten in die Lage versetzt, die Überlegenheit unseres Programms gegenüber den Programmen der Reformisten und Zentristen zu demonstrieren.

Trotzki kritisierte scharf diejenigen, die die Einheitsfront zum Fetisch erhoben, und bemerkte: „Der Zentrist schwört auf die Einheitsfrontpolitik, wobei er sie des revolutionären Inhalts beraubt und aus einer taktischen Methode zum obersten Grundsatz macht" („Der Zentrismus und die IV. Internationale", 1934). Und in *Was nun?* schrieb er:

> „Jedenfalls kann die Einheitsfrontpolitik nicht einer revolutionären Partei als Programm dienen. Darauf ist aber die gesamte Tätigkeit der SAP aufgebaut. Als Ergebnis wird die Einheitsfront ins Innere der Partei hineingetragen, d. h. sie dient zur Verwischung der Gegensätze zwischen den verschiedenen Tendenzen. Aber gerade das ist die wesentliche Funktion des Zentrismus."

Im Kampf für den Aufbau dieser revolutionären Partei stellen die pseudotrotzkistischen Zentristen das Haupthindernis dar. Zentrismus läßt sich beschreiben als revolutionär in Worten, opportunistisch in Taten.

Der Hauptfeind steht im eigenen Land!

Die Zerstörung der Sowjetunion hat zu rivalisierenden Handelsblöcken und zu verschärften interimperialistischen Konflikten über die Neuaufteilung der Weltmärkte und Ausbeutungsmöglichkeiten geführt, was letztlich die Gefahr eines dritten Weltkrieges bedeutet. Die Europäische Union ist ein vom deutschen Imperialismus dominierter Wirtschaftsblock, der ein Mittel zur Zusammenarbeit der Kapitalisten gegen die werktätigen Massen Europas ist. Dieser Handelsblock dient dem Zweck„ gegen die von den USA und Japan dominierten Handelsblöcke um Märkte zu konkurrieren. Unter dem Kapitalismus ist die Idee einer friedlichen Vereinigung Europas ein Hirngespinst: Sie ist nur möglich mit den Kriegsmitteln eines Hitler. Als proletarische Internationalisten lehnen wir von der IKL die EU ab. Nieder mit Maastricht! Nieder mit der rassistischen Festung Europa! Für ein rotes Rätedeutschland! Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!

Die deutsche Patenschaft für den Massenmord an den Kurden, der von der türkischen Bourgeoisie ausgeübt wird, ist Ausdruck der imperialistischen Interessen der deutschen Bourgeoisie. Mobilisierungen der Gewerkschaften, um Waffentransporte in die Türkei zu stoppen, wären ein Akt des proletarischen Internationalismus, mit dem die Solidarität

unter deutschen, türkischen und kurdischen Arbeitern vorangebracht werden könnte. Das besonders von der SPD betriebene Verbot der PKK ist die Speerspitze des rassistischen Staatsterrors. Während wir nicht mit dem kleinbürgerlich-nationalistischen Programm der PKK übereinstimmen, verteidigen wir die PKK gegen staatliche Repression. Weg mit dem Verbot von PKK und Devrimci Sol! Türkische Armee raus aus Kurdistan! Für eine Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan! Für eine Sozialistische Förderation des Nahen Ostens! Stoppt Abschiebungen durch Arbeiterstreiks! Asyl für die Kurden und alle, die vor rechtem Terror fliehen!

Die Kriegsdrohungen der USA gegen den Irak im Januar waren auch eine Zurschaustellung der Militärmacht gegenüber ihren genauso räuberischen Rivalen, dem deutschen und dem japanischen Imperialismus, um erneut ihre Kontrolle über die Ölfelder des Nahen Ostens geltend zu machen. In unseren internationalen Protesterklärungen im Januar riefen wir auf: Verteidigt Irak gegen US-Angriff! Nieder mit der UN-Hungerblockade! Bundeswehr raus aus dem Balkan! Der Balkan ist für die deutsche Bourgeoisie von strategischer Bedeutung, nicht zuletzt, weil ihr projizierter Landweg zu den Ölreserven des Persischen Golfs der Trasse der alten Berlin-Bagdad-Bahn entspricht, durch den Balkan nach Istanbul und durch die Türkei hindurch. Außerdem kommt ein Großteil der gegenwärtigen Öllieferungen nach Deutschland aus Rußland, Libyen und Saudi-Arabien über die Dardanellen und die Adria auf dem Weg zur transalpinen Pipeline, die in Triest anfängt.

Angesichts der wachsenden interimperialistischen Rivalitäten bekräftigen wir: Der Hauptfeind steht im eigenen Land! Die Linksruck-Jusos dagegen waschen in ihrem „Antikriegs"flugblatt die Verbrechen der deutschen Bourgeoisie von Auschwitz weiß, die zwei Weltkriege geführt hat: „Der rücksichtsloseste Aggressor sind die USA selbst. Kein anderes Land hat auch nur annähernd sooft Krieg geführt, wie die USA, z. B. in Korea, Vietnam, Grenada, Panama, Honduras, Irak." Was ist mit dem deutschen Imperialismus, der im Ersten Weltkrieg Millionen ermordet hat, und mit dem Zweiten Weltkrieg, dem Unternehmen Barbarossa und dem Holocaust!

In der Erklärung des RSB zur Golfkrise *(Avanti*, März 1998) fordert dieser „US-Truppen raus aus der Golfregion!" und „Türkische Truppen raus aus dem Irak!" und druckte einen antiamerikanischen Cartoon zum Balkan ab. Doch die Forderung „Bundeswehr raus aus dem Balkan" erhebt er nicht. Im Gegenteil! Während die Armee des deutschen Imperialismus 1993 wieder in den Balkan einmarschierte, argumentierte der RSB für eine Wehrpflichtigenarmee! Und im Januar dieses Jahres pries er die Bundeswehr: „Es gibt ohne Zweifel auch engagierte demokratische Offiziere... Der Bundeswehrverband ... ist keineswegs ein reaktionärer Haufen. Die Mehrheit der Offiziere gibt sich liberal und technokratisch." Eine Ausgabe später bedauerte er, daß die Grünen für Bundeswehreinsätze sind, aber „natürlich nicht dort, wo es nur um Freiheit und Humanität geht wie bei den Kurdinnen oder den Genozid an den Tutsis." Was ist das anderes als ein Aufruf an den deutschen Imperialismus, dort direkt militärisch zu intervenieren? Kurz gefaßt steht der RSB für: US-Truppen raus, türkische Armee raus und deutscher Imperialismus rein! Das ist sozialchauvinistische Loyalität zur eigenen Bourgeoisie!

Wir Trotzkisten sagen dagegen: Kein Mann, keine Frau, keinen Pfennig für die imperialistische Armee! Deutscher Imperialismus - Hände weg vom Nahen Osten!

Der einzige Weg zum Sturz des Imperialismus ist durch die internationale proletarische Revolution. Wir streben danach, vorwärtszugehen zu neuen Oktoberrevolutionen in ganz Europa und auf der ganzen Welt. Die Internationale Kommunistische Liga kämpft für den Aufbau einer Avantgardepartei, einer revolutionären Weltpartei, die notwendig ist, um das Bewußtsein der Arbeiterklasse zu heben, damit sie ihre historische Aufgabe verwirklichen kann, die Eroberung der Staatsmacht überall auf der Welt. Vorwärts zur Wiederschmiedung der Vierten Internationale! Schließt euch uns an!»

Indonesien...

Fortsetzung von Seite 8

Ihr bürgerlich-demokratisches Programm führt die PRD notwendigerweise dazu, nach guten Amtsträgern des „demokratischen" Imperialismus Ausschau zu halten. In einem Interview in *Green Left Weekly* (11. März), der Zeitung der Démocratie Socialist Party (DSP), erklärte PRD-Führer Sudjatmiko: „Die Diktatur kann wegen der Vetternwirtschaft und der Monopole, die von Suharto kontrolliert werden, nicht die von den USA gewünschten Reformen des freien Markts garantieren. Deshalb haben wir zur Zeit ein gemeinsames Interesse daran, uns gegen dieses korrupte Regime zu stellen." Solche Appelle an die imperialistischen Schlächter sind auch gang und gäbe für die reformistische DSP, die als Presseagent für die PRD agiert. Die DSP hat jahrelang die rassistischen australischen Herrscher dazu aufgerufen, das Suharto-Regime unter Druck zu setzen, und gleichzeitig imperialistische UN-Besatzungen von Somalia über Kambodscha bis Zaire bejubelt.

Währenddessen wiederholt die Internationalist Socialist Organisation (ISO, in Deutschland Linksruck) die imperialistische Propaganda und setzt die Studentenproteste gegen Suharto groteskerweise mit dem antikommunistischen Mob gleich, der „eine Rolle dabei spielte, das frühere Sukarno-Regime zu Fall zu bringen" *(Socialist Worker*, 6. März). Diese elenden Reformisten verbreiten sogar die Illusion, Megawati und Rais könnten „eine revolutionäre Bewegung der Armeebasis (schaffen), um sie von unten zu spalten". Die britische Mutterorganisation der ISO, Tony Cliffs Socialist Workers Party (die die konterrevolutionäre Zerstörung der Sowjetunion bejubelte), hat an den Labour-Premierminister Tony Brair eine Petition gerichtet, er möge doch Waffenverkäufe nach Indonesien stoppen „entsprechend der .ethischen' Außenpolitik von New Labour". Dieses Kriechen vor der rassistischen, gewerkschaftsfeindichen Blair-Regierung - deren Vorstellung von „ethischer" Politik darin besteht, Polizeiterror gegen Katholiken in Nordirland auszuüben und mit der Bombardierung irakischer Frauen und Kinder zu drohen - wirft ein Schlaglicht auf die zutiefst sozialdemokratische Politik der Cliff-Anhänger.

Revolutionär gesinnte Kämpfer in Indonesien müssen sich in Acht nehmen vor diesen „sozialistischen" Apologeten des imperialistischen Terrors, die die Lüge der Bourgeoisie über den „Tod des Kommunismus" geschluckt haben. Die Militärdiktatur und ihre imperialistischen Herren wollten sicherstellen, daß alles, was nach Kommunismus riecht, unter einem Berg von Leichen begraben wird. Aber durch die unlösbaren Widersprüche des Kapitalismus wird eine neue Generation von Arbeitern und radikalisierten Jugendlichen in den Kampf hineingezogen. Aus dieser Schicht muß durch das Studium der teuer bezahlten Lehren des revolutionären Marxismus der Kern einer leninistischen Avantgardepartei zusammengeschmiedet werden - eine Fusion von revolutionären Intellektuellen, die sich von ihrer Klasse getrennt haben, mit klassenbewußten Arbeitern. Für Arbeiterrevolution in Indonesien! Für internationale sozialistische Revolution!

Nach Workers Vanguard *Nr. 691, 22. Mai 1998*

SPARTAKIST

Brecht mit der Sozialdemokratie – Baut eine revolutionäre Arbeiterpartei auf!

Stoppt Nazi-Terror durch Arbeiter/Immigranten-Mobilisierung!

Sechs Wochen nach dem Nazi-Aufmarsch am 1. Mai in Leipzig - eine der massivsten faschistischen Provokationen seit Jahrzehnten - marschierten am 20. Juni erneut 400 Mann dieses Nazi-Abscnaums durch den Ostberliner Stadtteil Hohenschönhausen und terrorisierten dessen Bewohner.

Zur gleichen Zeit veranstaltete die PDS-geführte Volksfront „Erfurter Erklärung" im Zentrum Berlins eine Demonstration mit 80000 Teilnehmern „Für eine andere Politik!" - sprich „Wählt Schröder". Die Kontingente von Gewerkschaftern und Immigranten auf dieser Demo hätten die Nazis von den Straßen Berlins fegen können. PDS und SPD aber hatten im Vorfeld der Demonstration jede Stimmung, die Nazis zu stoppen, niedergewalzt und in die Volksfront-Demo für eine SPD-geführte Regierung kanalisiert. Insbesondere die PDS wollte der deutschen Bourgeoisie zeigen, daß diese sich auf sie verlassen kann. *Neues Deutschland* titelte deshalb am 19. Juni: „Keine Konfrontation - Rechter Aufmarsch verlegt". Im Kampf gegen diese reformistischen Arbeiterverräter intervenierte die SpAD mit dem unten abgedruckten *Spartakist-Extra* vom 27. April für die unabhängige Mobilisierung der Arbeiter/Immigranten im eigenen Klasseninteresse, um die Nazis an Ort und Stelle zu stoppen. Für dieses Programm ist der Aufbau einer revolutionären Führung der Arbeiterklasse unerläßlich.

Daß die Nazis an diesem Tag in Hohenschönhausen für ihren Mordterror marschieren durften, war das Ergebnis der faktischen Koalition von PDS und SPD/CDU-Senat: Die PDS sorgte für „Keine Konfrontation", die SPD-Senatoren hetzten gegen zu erwartende „linke Gewalt", der SPD/CDU-Senat in der Person Schönbohms organisierte für die Nazis deren Aufmarsch in Hohenschönhausen, weg von der Volksfront-Demo. Der Senat stellte den Nazis vier BVG-Stadtbusse zur Verfügung und schickte Hunderte Bullen hin, um sicherzustellen, daß die 400 Nazi-Mörder ungestört die Einwohner der PDS-Hochburg terrorisieren konnten, von denen viele ihre Empörung zum Ausdruck brachten.

An diesem Tag haben PDS und „linke" sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokraten gezeigt, daß eine SPD/Grünen-Regierung mit PDS-Unterstützung besser in der

Fortgesetzt auf Seite 17



Spartakist



Reuters

Spartakisten kämpfen für Arbeiteraktion gegen Nazis (links: SpAD-Block im Februar 1997 in Berlin), gegen Illusionen in staatliches Verbot. Oben: 1. Mai in SPD-Stadt Leipzig, Bullenterror gegen Anti-Nazi-Demonstranten

A 1664 E

SPARTAKIST

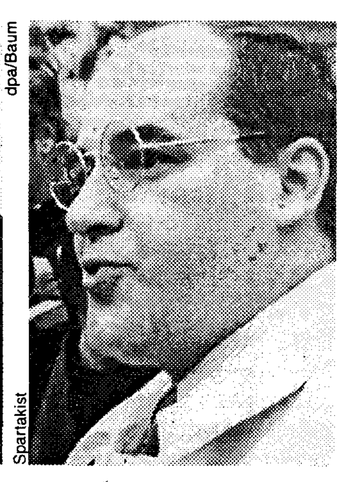
HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 133 HERBST 1998 DM1-,

SPD/PDS: Rassistische Abschieber und imperialistische Kriegshetzer!


Bonn-Sequenz


dpa/Baum


Spartakist

Keine Stimme für SPD, PDS!

Acht Jahre nach der konterrevolutionären Wiedervereinigung Deutschlands und sechs Jahre nach der Zerstörung der Sowjetunion und der osteuropäischen deformierten Arbeiterstaaten überrollt eine weltweite Wirtschaftskrise Asien,

Für eine revolutionäre Arbeiterpartei!

während die Aktienkurse von Wall Street bis Frankfurt wilde Ausschläge nach unten zeigen, der Rubel abstürzt und die imperialistischen Interventionen auf dem Balkan die verschärften imperialistischen Rivalitäten unterstreichen. Fast überall in Europa sind Sozialdemokraten und Volksfronten an der Regierung und verwalten das arbeiterfeindliche nationalistische Programm des kapitalistischen Kahlschlags, das vom gestärkten deutschen Imperialismus diktiert wird. Faschistische Banden, beschützt von der Polizei, wachsen auf dem Nährboden der Arbeitslosigkeit und der kapitalistischen Verelendung und verbreiten ihren rassistischen und antisemitischen Terror.

In Deutschland übertrifft die Arbeitslosigkeit inzwischen die der Weimarer Republik. Dabei tauchen in den offiziellen Statistiken viele Jugendliche, Frauen, Immigranten und Minderheiten nicht einmal auf. Die Mehrheit der Bevölkerung hat die Schnauze voll, und es sieht so aus, daß die kommenden Wahlen das Ende der „Kohl-Ära" bringen und es zu einer SPD-geführten Koalitionsregierung kommt.

Als loyaler Handlanger der Kapitalisten bietet die SPD („Wir sind bereit") an, die geforderten „Strukturreformen" durchzudrücken: über die Gewerkschaften herzufallen, die restlichen Sozialleistungen einzustampfen, Frauen zurück an „Heim und Herd""zu treiben und mit chauvinistischer

Fortgesetzt auf Seite 4

Für ein rotes Rätedeutschland als Teil der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!

Korrespondenz

Von Ostalgie zum großdeutschen Nationalismus

Berlin, 18. August 1998

Liebe Genossen!

Wie *Spartakist* Nr. 132 (Sommer 1998) feststellt:

„Die PDS, das sozialdemokratische Überbleibsel der stalinistischen SED, die die DDR ausverkauft hat, macht sich für denselben chauvinistischen Dreck wie die SPD stark, kombiniert mit nostalgischen Appellen an den ‚Ossi-Nationalismus'. Die Faschisten setzen solche demagogischen Appelle nicht weniger geschickt ein; über ein Fünftel der DVU-Wähler haben ihre Erststimme der PDS gegeben."

Das spricht Bände sowohl über die PDS als auch über die Ostalgie. Die prokommunistischen Impulse, die sich hinter einer positiven Erinnerung an die guten alten DDR-Zeiten verbergen können (können!, nicht müssen), werden von der PDS in prokapitalistische Scheiße kanalisiert. Die große Überlappung von DVU- und PDS-Stimmen illustriert genau-

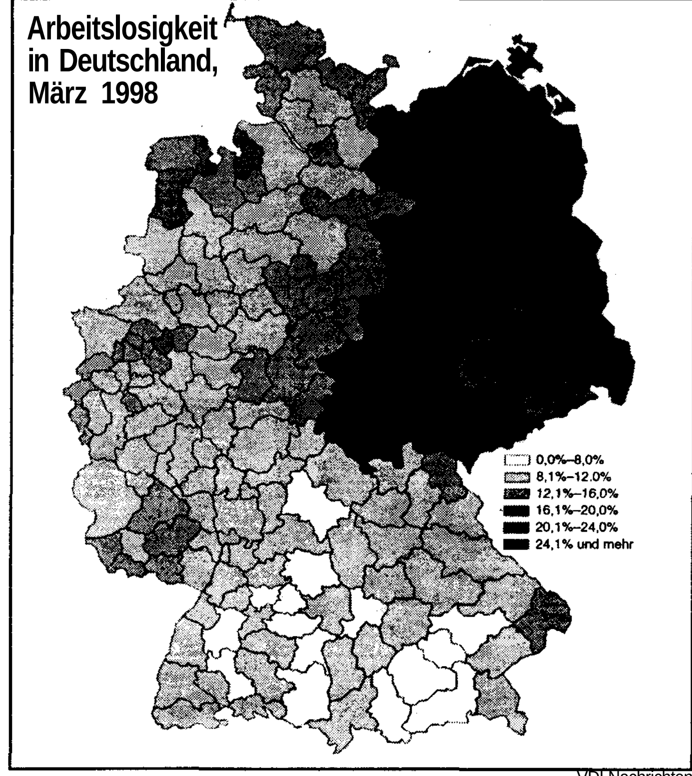
Wie die PDS die DDR ausverkaufte und der DVU den Weg bahnt

so wie der rassistische Dreck, den die PDS gegen Hütchenspieler verbreitet, daß ostdeutscher Nationalismus genauso reaktionäre Scheiße ist wie großdeutscher Nationalismus.

Ich hatte das Mißvergnügen, einige PDS-Wähler, deren Alter um die 40 liegt, kennenzulernen. Diese stammen vor allem aus der Intelligenz der DDR; die meisten haben in der Sowjetunion studiert und verfolgen genau, was dort abläuft. Viele von ihnen sind „Ossi"-Nationalisten - die „Wessis wissen alles besser", „Wir sind beschissen worden von den Wessis" etc. pp. Und antipolnische Chauvinisten - ein Erbe des DDR-Stalinismus - waren aus meiner Erfahrung in der DDR nicht ungewöhnlich, besonders in dieser Schicht: „Wir sind das wirtschaftlich stärkste bzw. effektivste Land im Warschauer Vertrag, die anderen können nicht richtig arbeiten" usw. Und auch allgemein Rassisten gab es, und sie wählen die PDS als die Partei der betrogenen Ossi-Intelligenz. Viele von ihnen sind gleichzeitig Gegner der antikommunistischen Hexenjagd, die es *ihnen* noch schwerer macht, Jobs zu finden.

Die Erklärung dafür ist recht einfach. Die meisten dieser Typen waren Gorbatschowisten. Als Teil der Intelligenz und unteren Schicht der DDR-Bürokratie waren sie sowohl arbeiterfeindlich, d. h. die Arbeiter sind faul, verdienen zuviel usw., als auch feindlich gegenüber den Führungsspitzen, die sie für unfähig hielten. Wie Genösse Seymour nach der Konterrevolution in der UdSSR ausführte (siehe *Spartacist* deutsche Ausgabe, Nr. 16, Herbst 1994):

„Zunehmend kamen Teile der Bürokratie und der Intelligenz zur Überzeugung, daß die Arbeitsproduktivität nur durch die Peitsche der Marktkonkurrenz wiederhergestellt werden könnte (d.h. zunehmende Lohn-



VDI Nachrichten

Anschluß führte zu Massenarbeitslosigkeit in Ex-DDR

unterschiede, Akkordlöhne, Arbeitslosigkeit und Betriebsschließungen). Die vorgebliche Sorge um die Arbeitsproduktivität war eine Form des falschen Bewußtseins, mit dem die Intelligenz ihren Appetit verschleierte (auch vor sich selbst), ihr materielles Wohlergehen auf Kosten des Proletariats zu verbessern. Unter dem relativ egalitären Breschnjew-Regime hatten die unteren Schichten der sowjetischen Intelligenz (Lehrer, Ärzte, Forschungsassistenten) oft einen niedrigeren Lebensstandard als Industriearbeiter."

Das gilt auch für die DDR, und es gibt ein weiteres Element: Westdeutschland war vor der Tür. Ich erinnere mich genau an die Diskussionen im Freundeskreis meiner Eltern Mitte der 80er Jahre, wo sie ihre Stellung und ihren Verdienst als Ingenieure, Entwickler, Abteilungsleiter mit denen ihrer westdeutschen Kollegen verglichen und sich aufregten, daß sie weniger verdienen als Facharbeiter, und sich über Honeckers Spruch: „den Westen überholen, ohne ihn einzuholen", lustig machten.

Die Hoffnungen eines Teils der DDR-Intelligenz, im Vierten Reich eine Stellung einzunehmen wie ihre westdeutschen Kollegen, haben sich zerschlagen. So, hier haben wir eine



herausgegeben vom Zentralkomitee der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEIDEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

Redakteurin: Doris Kohn
Produktionsleiter: Derek Lemur
Vertriebsleiter: Kurt Weiss

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,
Postfach 555,10127 Berlin
Redaktion Spartakist: Tel. (030) 4439401

Korrespondenz über die Verlagsanschrift.
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion.

Presserechtlich verantwortlich: B. Fiedler, 10365 Berlin

Abonnement (4 Ausgaben) DM 8,- an Verlag Avantgarde
Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500100 60
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 133 HERBST 1998

Schicht verzweifelter, verbitterter Kleinbürger ohne jede Aussicht auf Karriere. Dazu kommt, daß 1997 im Osten Tausende Neugründungen pleite gemacht haben. Das alles ist ein böses Potential. Wohin treibt die PDS diese Leute?

In Sachsen-Anhalt hat die PDS im Vergleich zu 1994 0,3% der Stimmen verloren, während die DVU 13% gewonnen hat! Dies ist das Ergebnis von vier Jahren Arbeit der PDS/SPD/Grünen-Landesregierung im Dienste der deutschen Bourgeoisie. Die PDS ist genauso verantwortlich für den rassistischen Staatsterror wie die SPD und die Grünen. Sachsen-Anhalt ist Nr. 2 bei Abschiebungen, nur übertroffen vom SPD-regierten Niedersachsen. Doch ich bin sicher, die PDS arbeitet daran, daß *ihr* Land Nr. 1 wird.

1991 initiierten wir eine Arbeiter/Immigranten-Mobilisierung, um die Nazis daran zu hindern, in Halle Hitlers Reichspogromnacht zu „feiern". Doch die DGB-Führer kriegten in der letzten Minute kalte Füße und zogen ihren eigenen Aufruf zur Mobilisierung zurück. Wir stießen auf eine Gegenmobüisierung unter der Führung einer Volksfront aus PDS, Kirchengruppen und Autonomen, die es vorzogen, mit einer „Lichterkette" einen pazifistischen Protest zu veranstalten. Arbeiter in Wölfen und Bitterfeld waren besonders begeistert dafür, die Nazis zu stoppen. Diese Arbeiter sind seitdem auf die Straße gesetzt worden, ihre Fabriken wurden dem Erdboden gleichgemacht, und ihre Kinder wählen jetzt DVU zu einem Prozentsatz, der über dem Landesdurchschnitt liegt!

In einer Einschätzung des PB der SpAD wird die Situation nach der Sachsen-Anhalt-Wahl und vor dem 1. Mai folgendermaßen charakterisiert:

„Mit ihrer auf Jugendliche ausgerichteten .Wahlkampagne' haben die DVU-Faschisten ein Schlaglicht auf die potentiellen Kräfte der Nazis geworfen. Dies führt zu einer weiteren Polarisierung, die die Nazis ermutigen kann, aber auch die Entschlossenheit derjenigen erhöhen


14 Neues Deutschland — *Die Freitags-*DEBATTE — Freitag, 31. Juli 1998

Streitpunkt: Wie national muß die Linke sein?

Die Nation zur Sache des Volkes machen

Roland Wehl (41)

Abzulehnen ist alles Völkische

Ellen Brombacher (51)

Neues Deutschland

Sprecherin der Kommunistischen Plattform buhlt mit einem Nazi darum, der bessere Nationalist zu sein

kann, die die Nazis hassen. Unsere politischen Gegner werden versuchen, diese in wahlkretinistische Kampagnen ‚Kampf gegen Rechts'/Wählt SPD-PDS' zu kanalisieren."

Ich habe einen Beweis für die wirkliche Polarisierung unter Jugendlichen: der 1. Mai in Leipzig und wie unser Extrablatt bei denjenigen, die die Nazis stoppen wollten, aufgenommen und sofort gelesen wurde. Und ich sehe auch, was die Antwort der PDS ist: der 20. Juni in Berlin. Unter der Losung „Für eine andere Politik" - die bedeuten wird: mehr Abschiebungen, Arbeitslosigkeit usw. und weiteres Anwachsen des Nazi-Terrors, d.h. „Sachsen-Anhalt" bundesweit - kanalisiert sie die Kämpfe in wahlkretinistische Scheiße für die SPD.

Die rechten Politiker machten ein großes Geschrei über

Fortgesetzt auf Seite 31

Spartakist-Abokampagne

Abonniert jetzt!

O Jahresabo (4 Ausgaben): DM 8,-
Q Auslandsabo: DM 15,-; Übersee Luftpost: DM 20,-
Alle Abos enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe)



Spartakist

Bestellt bei: Verlag Avantgarde, Postfach 555, 10127 Berlin
Konto 11988-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 50010060

Quoten der Abokampagne 1998
12. Oktober bis 15. November

Berlin	**180**
Hamburg	**100**
Auf Entfernung	**1 5**
Gesamt	**295**

Gratis: Ein Abogeschenk eurer Wahl

O *Spartakist-Paket* Eine proletarische Strategie zum Kampf gegen den Faschismus
O Marxismus kontra Anarchismus: Von 1848 bis zur bolschewistischen Revolution (7-teilige *Spartakist-Serie)*
O *Spartakist-Paket* Türkei, Kurdistan und permanente Revolution
O *Spartacist Nr.* 16 (deutsche Ausgabe), Analyse und Lehren aus dem Zusammenbruch des Stalinismus in DDR und Sowjetunion-

Name.

Adresse.

Telefon

Sp133

Keine Stimme für SPD/PDS...

Fortsetzung von Seite 1

Hetze und Polizeirazzien die Arbeiter türkischer, kurdischer, jugoslawischer und polnischer Herkunft von ihrem Arbeitsplatz und aus Deutschland zu vertreiben.

Die Sozialleistungen, die heute unter Beschüß stehen und mit der Sozialdemokratie identifiziert werden, wurden von der Bourgeoisie zur Abwehr einer von ihr gefürchteten „kommunistischen Gefahr" nach dem Sieg der Roten Armee im Zweiten Weltkrieg zugelassen. Seit der Zerstörung der Sowjetunion fühlen sich die imperialistischen Bourgeoisien in Westeuropa nicht mehr politisch dazu gezwungen, eine „soziale" Fassade aufrechtzuerhalten.

Die deutsche Bourgeoisie steht in erbitterter ökonomischer und auch militärischer Konkurrenz mit ihren Rivalen Japan und USA und baut zu diesem Zweck den imperialistischen Wirtschaftsblock der Europäischen Union aus. Die geplante Einführung des Euro kann freilich höchstens auf eine kurze, konfliktreiche Episode hinauslaufen. Die Bourgeoisien sind im nationalen Rahmen entstanden und operieren auf nationalstaatlicher Grundlage, was bereits wiederholt zu imperialistischen Kriegen um die Neuaufteilung der Welt geführt hat. Ein imperialistischer „Superstaat" Europa kann nie durch „friedliche" Mittel, sondern nur durch militärische Methoden erreicht werden, wie es zuletzt Adolf Hitler versuchte. *Nieder mit der EU, der rassistischen Festung Europa! Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!*

Seit der Zerstörung der Sowjetunion sieht die deutsche Bourgeoisie den Weg frei, ehemals deutsche Gebiete „heim ins Reich" zu holen. Mit der Unterstützung der SPD marschierte 1995 die deutsche imperialistische Armee wieder im ehemaligen Jugoslawien ein, wo die Nazi-Wehrmacht mehr als ein Fünftel der Bevölkerung ermordet hat. Kriegsminister Ruhe fordert Militärschläge gegen Serbien, um sich den Balkan als Halbkolonie zu sichern. Wir fordern: *Bundeswehr/NATO'/UNO - Raus aus dem Balkan! Keinen Mann, keinen Pfennig für die imperialistische Armee!*

Das deutsche Kapital kann sich sicher sein, daß seine SPD-Leutnants als politische Polizei in der Arbeiterbewegung agieren. Und aus gutem Grund: Die SPD dient dem deutschen Imperialismus bei seinen Kriegszügen und bei der Niederschlagung jeder Revolution - seit ihrem entscheidenden Verrat, als sie im August 1914 für die Kriegskredite stimmte und damit das Abschlachten von Millionen Arbeitern in den Schützengräben des Ersten Weltkriegs einleitete und nach Kriegsende die revolutionäre Erhebung der Arbeiter und Soldaten 1918/19 blutig niederschlug.

Die Sozialdemokratie im Osten, die PDS, hat einer künftigen SPD-Regierung ihre Unterstützung zugesagt. Ihr Modell ist die SPD-Landesregierung von Sachsen-Anhalt, die sich nur durch die PDS-„Tolerierung" halten kann. Als Ergebnis der Austeritätspolitik und der berüchtigten rassistischen Abschiebungen durch die SPD/PDS/Grünen-Koalition in Sachsen-Anhalt sind die Faschisten stark gewachsen - besonders unter Jugendlichen -, was sich zum Teil in den 13 Prozent Stimmen für die faschistische DVU zeigte. Verschiedene pseudosozialistische Gruppen haben erneut der SPD die Treue geschworen, zu deren Wahl sie aufrufen oder die sie über die PDS durch die Hintertür unterstützen.

Wir Spartakisten sagen klipp und klar: Keine Stimme für die SPD! Keine Stimme für die PDS! Dies sind die Parteien der kapitalistischen Konterrevolution, des rassistischen Staatsterrors und des imperialistischen Krieges! Eine sozialdemokratische Regierung - mit oder ohne CDU oder Grüne als bürgerliche Koalitionspartner -wird genauso eine Regierung des deutschen Kapitals sein wie die Kohl-Regierung heute. Marxisten wissen, daß die Ursache aller Ausbeutung und Unterdrückung das kapitalistische System ist. Und im Unterschied zu unseren politischen Gegnern in der Linken, die Illusionen schaffen, daß dieses System mit Hilfe der Wahlurne geändert werden könne, kämpfen wir für eine proletarische Revolution, um den kapitalistischen Staat zu zerschlagen.

Die Internationale Kommunistische Liga (IKL), deren deutsche Sektion die Spartakist-Arbeiterpartei (SpAD) ist, stellt sich in erster Linie in die Tradition der Bolschewiki in Rußland: Wir kämpfen für den Sozialismus durch neue Oktoberrevolutionen weltweit. Die bolschewistische Revolution war das entscheidende Ereignis dieses Jahrhunderts: Sie zeigte, daß die Arbeiter, geführt von einer revolutionären Partei, die Macht haben, den Kapitalismus zu stürzen. Wir Trotzkisten kämpfen dafür, eine solche Partei aufzubauen, die im scharfen politischen Kampf gegen die reformistischen und zentristischen Irreführer geschmiedet wird; wir wollen die fortgeschrittensten Arbeiter für die leninistische, internationalistische Partei gewinnen, gerade auch Immigranten, die ein strategisch wichtiger Bestandteil der Arbeiterklasse in Deutschland sind, sowie subjektiv revolutionäre Studenten und Jugendliche.

Sozialdemokratie: Loyale Diener der deutschen Bourgeoisie

Heute haben in fast allen Ländern Westeuropas die Kapitalisten - aus Furcht vor massenhaftem Arbeiterwiderstand - bürgerliche Arbeiterparteien an die Regierung gebracht, wie Blairs gewerkschaftsfeindliche Labour-Regierung, des-

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

International Communist League
PO Box 7429
New York, NY 10116, USA

KONTAKTADRESSEN

Berlin: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 5 55, 10127 Berlin
Telefon: (030) 4 43 94 00

Hamburg: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg
Telefon: (040) 32 36 44

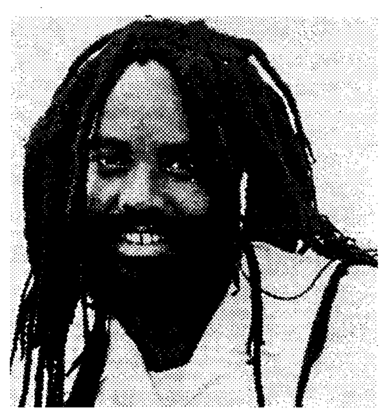


Freiheit für Mumia Abu-Jamal! Weg mit der rassistischen Todesstrafe!

Der Kampf zur Befreiung Mumia Abu-Jamals ist international zu *dem* Symbol des Kampfes gegen die rassistische, kapitalistische Ungerechtigkeit geworden. Der rassistische Repressionsapparat in den Vereinigten Staaten gipfelt im „legalen Lynchmord", der zur Institution erhobenen Barbarei der Todesstrafe, die den Impuls des kapitalistischen Staates zum Völkermord offenlegt. Mumia Abu-Jamal ist kein namenloses, gesichtsloses Opfer, sondern mit den lebendigen Kämpfen des Proletariats und der Unterdrückten auf der ganzen Welt verbunden. Dazu haben in nicht geringem Maße die Anstrengungen der IKL und des Partisan Défense Committee (PDC) beigetragen, die diese Arbeit auf den Weg brachten und unermüdlich fortsetzen.

Vor über zehn Jahren begann das PDC, Propaganda herauszugeben, Unterschriftskampagnen durchzuführen, Einheitsfrontproteste zu initiieren und Gewerkschaften, Prominente, Bürgerrechtsorganisationen und andere Linke zu motivieren, sich dem Kampf anzuschließen. Wir deckten auf, daß der Staat es auf den Tod von Mumia Abu-Jamal abgesehen hat seit der Zeit, als dieser ein junger Führer der Black Panther Party in Philadelphia war. Er wurde später ein Unterstützer der Organisation MOVE und ein preisgekrönter Journalist, bekannt als „Voice of the Voiceless" (Stimme der Entrechteten). Unsere Proteste waren geprägt vom Verständnis, daß die soziale Macht der Arbeiterklasse jeder Herkunft und Hautfarbe für Jamals Verteidigung mobilisiert und nach dem Prinzip der nichtsektiererischen Einheitsfrontverteidigung organisiertwerden muß. Es gelang uns, andere Organisationen zu bewegen, Jamals Fall aufzugreifen - Organisationen, die größer sind und über mehr Mittel verfügen als wir und die oft Ansichten haben, die unserer politischen Perspektive ziemlich feindlich gegenüberstehen.

Jetzt, in dieser Phase des Kampfes - im entscheidenden Wettlauf gegen die Uhr des Henkers und im Kampf für Mumia Abu-Jamals Freiheit -, besteht unsere Aufgabe vor allem darin, der internationalen Arbeiterklasse das Bewußtsein zu vermitteln, daß nur der Kampf für die sozialistische Revolution mittels einer leninistischen Partei, die als *Volkstnbun* kämpft, den Ausweg aus diesem ganzen System der kapitalistischen Ungerechtigkeit bieten kann. Das bedeutet, daß die Partei als Volkstribun handeln muß, der es, in Lenins Worten, „versteht, an allen diesen Erscheinungen das Gesamtbild der Polizeiwillkür und der kapitalistischen Ausbeutung zu zeigen, ... um *vor aller Welt* seine sozialistischen Überzeugungen und seine demokratischen Forderungen darzulegen, um *allen* und jedermann die welthistorische Bedeutung des Befreiungskampfes des Proletariats klarzumachen."



Jenni)er Beach

Beteiligt euch jetzt am Kampf! Nehmt Kontakt auf:

Komitee für soziale Verteidigung
c/o Werner Brand, Postfach 21 07 50
10507 Berlin

Partisan Defense Committee
P.O. Box 99, Canal Street Station
New York, NY **10013-0099, USA**

Spenden für Jamals Rechtsverteidigung:

Werner Brand, Commerzbank Berlin,
Konto 590 109 500, BLZ 100 400 00,
Stichwort,Jamal"

sen Programm von „Law and Order", Privatisierungen, Entlassungen und Sozialkürzungen den Schröders/Lafontaines als Beispiel dient. Die französische KP und die italienische Rifondazione Comunista sind Teil einer Volksfront, also einer Koalition mit bürgerlichen Parteien. Die Teilnahme von noch so kleinen nichtproletarischen politischen Formationen (wie den Grünen) liefert die Gewähr für das bürgerliche Programm einer solchen Koalition. Von Spanien 1936 bis Chile 1973 sind hervorragende Gelegenheiten für eine proletarische Revolution durch die Volksfront zum Scheitern gebracht worden. Wie Trotzki 1936 schrieb: „Indem sie die Arbeiter und Bauern durch parlamentarische Illusionen einschläfert, ihren Kampfwillen lahmt, erzeugt die Volksfront' die günstigsten Bedingungen für den Sieg des Faschismus."

Unsere Genossen der Ligue trotskyste de France (LTF) waren die einzige linke Organisation, die keinerlei Unterstützung für Jospins Volksfront oder irgendeine beteiligte Partei gab. Unter der Parole „französisch sprechen" bejubelte die deutsche Linke die Militanz der französischen Arbeiter bei der massiven Streikwelle 1995, während ihre Schwesterorganisationen in Frankreich zur Wahl der Volksfront aufriefen. Eine Beteiligung von bürgerlichen Arbeiterparteien an der Regierung ist heute das bevorzugte Werkzeug der Kapitalisten, um den rassistischen Terror zu verschärfen und die brutalen Kriterien des Maastrichter Vertrages durchzupeitschen zugunsten eines von der Deutschen Bank dominierten Europas. Genau wie wir gewarnt hatten, zeigte sich beim Fernfahrerstreik im letzten Jahr die Funktion der französischen KP: Ihr Transportminister ging zu den Streikenden, um sie zu beschwichtigen, während seine Regierung die Bullen gegen die Streikpostenketten losließ. Gerade darauf setzen auch die deutschen Kapitalisten bei einer SPD-Regierung.

In Deutschland bot die SPD während des sechstägigen Bergarbeiterstreiks im März 1997 ihre gesamte Führungsriege auf, um die Arbeiter nach Hause zu schicken, die die Bannmeile in Bonn belagert hatten. Während die Arbeiter türkischer, kurdischer und deutscher Herkunft im Kampf gegen die Massenentlassungen Seite an Seite standen, spielte der SPD-Fraktionsvorsitzende Rudolf Scharping die rassistische Karte: „Wollen wir, daß in den Ruhr- und in den saarländischen Revieren Kumpel mit 32 oder 35 Jahren entlassen werden müssen, ihre türkischen Kollegen in den Zechen bleiben?" Die SPD spielt die deutschen Arbeiter gegen ihre türkischen Kollegen aus, um die arbeitenden Massen zu spalten und das Klassenbewußtsein der Arbeiter zu vergiften. Damit treiben sie das Kleinbürgertum und die rückständigen Teile des Proletariats in die Arme von Nazi-Demagogen.

Die SpAD kämpft für den Aufbau einer leninistischen

Fortgesetzt auf Seite 6

Keine Stimme für SPD/PDS...

Fortsetzung von Seite 5

Partei, die der Volkstribun aller Unterdrückten ist - der Frauen, Immigranten, Juden, Roma, Homosexuellen -, um die Interessen der Arbeiterklasse voranzubringen und dieses rassistische kapitalistische System zu zerschlagen. Türkische, kurdische und aus Osteuropa eingewanderte Arbeiter in Deutschland werden in einer solchen Partei eine wichtige Rolle spielen: Sie sind in Schlüsselindustrien konzentriert und weniger empfänglich 'für den deutschen Nationalismus, wie er von der SPD verbreitet wird. Die multiethnische Arbeiterklasse Deutschlands muß gemeinsam für ihre Interessen kämpfen, oder sie wird getrennt geschlagen werden. Eine dringende Aufgabe ist die Verteidigung der Immigrantenviertel und Flüchtlingswohnheime gegen die Angriffe der Faschisten und des Staates: *Für Arbeiterverteidigungsgruppen gegen Nazitenor! Volle Staatsbürgerrechte für alle, die es hierher geschafft haben! Stoppt die Massenabschiebungen! Für das Recht auf Asyl für Flüchtlinge vor rechtem Terror!*

Die Mobilisierung der eingewanderten und deutschen Arbeiter erfordert einen scharfen politischen Kampf gegen die sozialdemokratischen Irreführer und ihre reformistischen und zentristischen Anhängsel, um eine revolutionäre Führung der Gewerkschaften zu erreichen. Notwendig ist der Kampf für eine gleitende Skala der Löhne und der Arbeitszeit ohne Lohnverzicht, um die Arbeit auf alle Hände aufzuteilen und den Lebensstandard der Arbeiter zu verteidigen. Das Zwei-Klassen-Lohnsystem, das von den Bossen durchgesetzt wurde, zielt auch darauf ab, Jugendliche und Immigranten gegen die Gewerkschaften aufzuhetzen. Jetzt müssen die Gewerkschaften mehr denn je dafür kämpfen, alle nicht gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und die Arbeitslosen zu organisieren. Die Arbeitslosigkeit und die Angriffe auf Sozialleistungen haben Arbeiterinnen und Immigranten am härtesten getroffen. Wir fordern gleichen Lohn für gleiche Arbeit sowie kostenlose Kinderbetreuung rund um die Uhr. Um diese Forderungen durchzusetzen, müssen die Massen systematisch für die proletarische Revolution mobilisiert werden.

Es ist ein Mythos, der von der Pseudolinken verbreitet wird, daß SPD/PDS irgendwie durch Druck zum Kämpfen gebracht werden könnten. Die Rolle einer bürgerlichen Arbeiterpartei - die eine proletarische Basis hat, aber eine Führung mit einer durch und durch bürgerlichen Politik - besteht darin, den Kapitalismus zu verwalten und den Widerstand der Arbeiter zu brechen, wenn die Kapitalisten „Opfer" verlangen. Wenn ihre Überzeugungskraft nicht ausreicht, greifen sie auf die bewaffnete Macht der Diktatur des Kapitals zurück, gleichzeitig bahnen sie mit ihrer Politik den Faschisten den Weg, die von den Kapitalisten in Reserve gehalten werden.

Die Pseudotrotzkisten fordern allesamt „Kohl muß weg" und kämpfen unverhüllt für eine sozialdemokratische Regierungsübernahme. So die reformistischen Cliff-Anhänger von Linksruck: „Wir fordern darum dazu auf, Kohl und seine Bande am 27. September mit der Stimmabgabe für die SPD aus dem Amt zu katapultieren" *(Linksruck-Flugblatt,* August 1998). Genauso fordert die andere Gruppe von Cliff-Anhängern, die Internationale Sozialistische Organisation (ISO), „das Kreuzchen links von der gegenwärtigen Regierung zu machen" *(Linke Offensive,* Januar 1998). Und die zentristische Gruppe Arbeitermacht (GAM) ruft zur Wahl „der SPD im Westen bzw. von SPD und PDS im Osten" auf *(Arbeitermacht,* Mai/Juni 1998).

Der Revolutionär Sozialistische Bund (RSB), Zögling des Zentristen Ernest Mandel, sagt; „Trotz der reformistischen Ausprägung der PDS kann linker Protest auch heute noch am ehesten in der kritischen Stimmabgabe für diese



Spartakist

Spartakisten protestieren 1996 gegen Brandanschlag in Lübeck, bei dem 10 Menschen starben

Partei zum Ausdruck gebracht werden." *(Avanti,* Juni 1998) Wie tief ihr Glaube an irgendeine progressive Rolle des Reformismus sitzt, zeigt sich am besten im Westen, wo die PDS nur aus dem RSB und ähnlichen Gruppen besteht, von denen sie überhaupt erst aufgebaut wurde. Ein Wahlaufruf für die PDS ist nichts weiter als eine Unterstützung für die SPD durchs Hintertürchen: Die PDS - die Partei für „Deutschland, einig Vaterland" -, die die Konterrevolution in der DDR geführt hat, erklärt sich schon seit langem „bedingungslos" für Kanzler Schröder. Sie finanziert Jugendzentren für Nazi-Schläger, und die Ex-Bürokratin von der Kommunistischen Plattform Ellen Brombacher buhlt im *Neuen Deutschland* (31. Juli) mit einem Nazi darum, wer der bessere Nationalist ist.

Mit ihrem Wahlaufruf für die SPD oder PDS kriechen alle diese Pseudotrotzkisten der Sozialdemokratie hinterher, übernehmen Verantwortung für die rassistische Politik dieser Parteien und sorgen dafür, daß die Arbeiterklasse weiterhin an den Kapitalismus gefesselt ist. Trotzki erklärte die politische Rolle der sozialdemokratischen Arbeiterleutnants des Kapitals so: „Die Politik des Exekutivkomitees der II. Internationale kann nur diejenigen verblüffen, die entgegen der Beweiskraft der Realität darauf bestehen, die Sozialdemokratie als Klassenorganisation des Proletariats zu verstehen. Alles ist sofort an seinem richtigen Platz, wenn man die Sozialdemokratie klar als eine bürgerliche Partei versteht, die die Funktion einer .demokratischen' Bremse für den Klassenkampf des Proletariats erfüllt." („Fortschreitende Paralyse", 29. Juli 1939)

SPD: Bluthunde gegen die Revolution

Die Sozialdemokratie, die im August 1914 definitiv zur kapitalistischen Ordnung übergegangen war, bestätigte ihre Loyalität zur Bourgeoisie dadurch, daß sie die Deutsche Revolution 1918/19 zerschlug. Unter den Bedingungen des allgemeinen sozialen und politischen Aufruhrs wurde die SPD gerade wegen ihrer Massenbasis im Proletariat zum Hauptbollwerk der bürgerlichen Weimarer Republik. Die SPD-Führer Noske und Scheidemann schworen, die „Bluthunde" der Konterrevolution zu sein; erst organisierten und dann entfesselten sie die mörderischen Freikorps, um das Proletariat niederzuschlagen, die revolutionäre Führung von Liebknecht und Luxemburg zu ermorden und die Möglichkeit der Ausweitung der bolschewistischen Revolution auf Deutschland und andere Länder abzuwehren.

Lenin und Trotzki waren sich immer darüber bewußt, daß die Oktoberrevolution niemals im rückständigen Rußland alleine überleben kann. Daher kämpften sie um jeden Preis dafür, den neu gegründeten kommunistischen Parteien im Westen die Lehren des erfolgreichen Kampfes der Bolsche-

wiki um die Macht beizubringen. Von Anfang an sahen sie im mächtigen Proletariat Deutschlands die wichtigste Möglichkeit, die proletarische Herrschaft auf die entwickelten Industrieländer auszuweiten, wo der Krieg eine revolutionäre Welle, inspiriert durch die Oktoberrevolution, hervorgerufen hatte. Was aber die Bolschewiki selbst von den besten revolutionären Sozialdemokraten in Deutschland heraushob - auch von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg -, war Lenins unnachgiebiges Beharren darauf, daß man sich von den Sozialdemokraten getrennt in einer Avantgardepartei organisieren muß. Die deutschen Spartakisten haben sich erst sehr spät von den Reformisten und Zentristen der SPD abgespalten und waren dadurch in der revolutionären Situation 1918/19 sehr schwach. Wie Lenin am 13. August 1921 in seinem „Brief an die deutschen Kommunisten" schrieb:

> „Eine wirklich revolutionäre Partei hatten die deutschen Arbeiter im Augenblick der Krise nicht, infolge der zu spät vorgenommenen Spaltung, infolge der verfluchten Tradition der ‚Einheit' mit der korrupten (die Scheidemann, Legien, David und Co.) und charakterlosen (die Kautsky, Hilferding und Co.) Bande der Lakaien des Kapitals."

Die Krise im imperialistischen Deutschland spitzte sich noch einmal 1923 zu, als französische Truppen das Ruhrgebiet besetzten und darauf eine galoppierende Inflation und Massenstreiks folgten. Die Polarisierung der Gesellschaft zeigte sich in dem rasanten Wachstum der KPD und auch der weitaus kleineren faschistischen Bewegung. Die Revolution stand auf der Tagesordnung. TrotŸki drängte die KPD und die Kommunistische Internationale, sich auf einen Aufstand vorzubereiten. Aber Stalin predigte Passivität, und die KPD-Führung unter Brandler richtete sich nach dem linken Flügel der SPD - in Sachsen und Thüringen trat sie sogar in eine bürgerliche Regierung mit der SPD ein. So ermöglichte es die KPD-Führung, daß die Bourgeoisie im Bündnis mit der SPD die Kontrolle wiedererlangte: SPD-Führer Ebert unterschrieb den Marschbefehl für die Reichswehr, die sofort die Arbeiterklasse in Sachsen, Thüringen und Hamburg niederschlug.

Die Niederlage der deutschen Revolution 1923 besiegelte die Isolierung der jungen Sowjetrepublik. Das führte direkt zum sowjetischen Thermidor - zur Konsolidierung der politischen Macht durch eine konservative Bürokratie unter Stalin. Damit setzte auch die Umwandlung der Kommunistischen Internationale in ein Werkzeug gegen die proletarische Revolution ein. Es waren Trotzki und die Linke Opposition, die gegen die politische Konterrevolution der Stalinisten kämpften - gegen das nationalistische Programm des „Sozialismus in einem Land" und gegen die damit verbundene Politik der Klassenzusammenarbeit in den kapitalistischen Ländern, die von China 1927 über Spanien 1936 bis zu Indonesien 1965 blutige Niederlagen brachte. Der schlimmste Verrat der Stalinisten war die Unterminierung der Oktoberrevolution selber, die 1991/92 zur Zerstörung des degenerierten Arbeiterstaates führte.

Sozialdemokratie bereitet Nazis den Weg

Im Sommer 1992 gab die SPD ihre Zustimmung für die Vernichtung des Asylrechts, genau während des einwöchigen Nazi-Pogroms in Rostock-Lichtenhagen, wo zahlreiche Anwohner den Nazis Beifall klatschten bei deren Angriff auf Hunderte Roma und andere Flüchtlinge und wo die Nazis das benachbarte vietnamesische Wohnheim in Brand setzten. 115 vietnamesische Arbeiter, Frauen und Kinder konnten nur mit knapper Not ihr Leben retten.

Jetzt haben die NPD-Faschisten für den 19. September erneut eine tödliche Provokation vor dem gleichen Haus in Rostock angekündigt. Dieses Nazi-Mordgesindel muß gestoppt werden durch eine massenhafte Mobilisierung der Arbeiter, Immigranten, Jugendlichen und Minderheiten aus dem ganzen Land! Wie zuletzt der Aufmarsch von Tausenden NPD-Faschisten in Leipzig am 1. Mai zeigte, zielt der Nazi-Terror letztlich auf die Zerschlagung der ganzen Arbeiterbewegung ab. Die Gewerkschaften haben die soziale Macht, die Faschisten zu zerschlagen. Aber die sozialdemokratische Führung der DGB-Jugend demobilisiert kriminellerweise jeden Impuls, die Nazis zu stoppen, und ruft für genau diesen 19. September in Frankfurt/Main zu einer Wahlkundgebung auf. Linksruck, der linke Flügel der Sozialdemokratie, verkauft Fahrkarten mit der Behauptung, daß Frankfurt wichtiger sei als Rostock. Zwar behaupten sie, „keine Illusionen" in Schröder zu haben, aber Taten sprechen lauter als Worte.

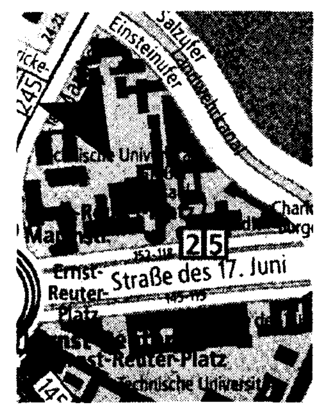
Die Sozialistische Alternative Voran (SAV) hat für den 19. September in Rostock den Aufruf „Nazi-Aufmarsch stoppen!" herausgegeben mitjinks klingenden Forderungen nach einem „effektiven Selbstschutz durch Gewerkschaften, antifaschistische Bewegung, Immigrantinnenorganisationen und linke Parteien" usw. Doch in Wirklichkeit mobilisieren sie für eine Volksfront-Demo von SPD, PDS und DKP, die ein „Bündnis gegen Rechts" organisieren, um die Nazis an der Wahlurne zu „stoppen". Die DKP-Zeitung *Unsere Zeit*

Fortgesetzt auf Seite 8

Spartakist-Veranstaltungen

Für ein Arbeitereuropa! Für sozialistische Revolution!

Keine Stimme für SPD/PDS!



BERLIN

Donnerstag
24. September
18.30 Uhr

Café Campus
Technische Universität
U-Bahn
Ernst-Reuter-Platz

HAMBURG

Dienstag
22. September
18.30 Uhr

Haus für Alle
Amandastraße 58
U/S-Bahn
Sternschanze

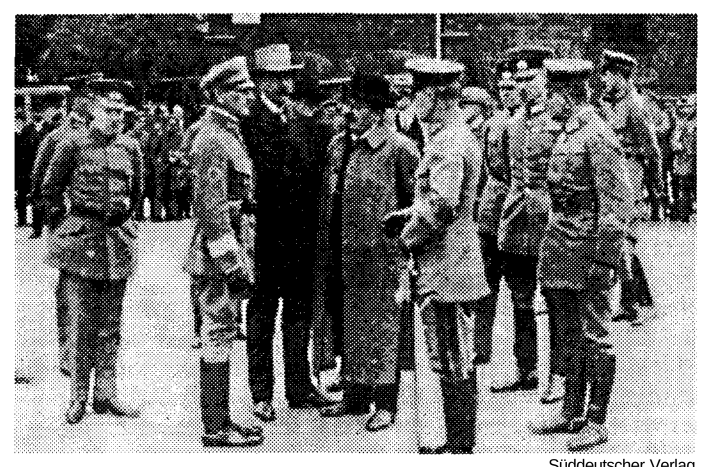


Keine Stimme für SPD/PDS...

Fortsetzung von Seite 7

(4. September) zitiert das „Bündnis": „Ein Wiedererstarken der Nazis und ein Einzug in die Parlamente können verhindert werden." Das ist Wahlkretinismus der plumpesten Sorte. Die Nazi-Bedrohung kommt nicht aus den Parlamenten, sondern die Nazis sind paramilitärische Aktionstrupps, deren Zweck rassistischer Mord und Völkermord ist.

Ähnlich ruft die reformistische SAV zur Wahl der PDS auf (neben ein paar eigenen Kandidaten) mit der Behauptung, „ein Wiedereinzug der PDS in den Bundestag [würde] deutlich machen, daß linke Ideen Unterstützung finden und wäre ein Schlag gegen die Hetzpropaganda der Herrschenden" *(Voran,* Juni/Juli 1998). Ihre Losungen gegen Nazis dienen



Süddeutscher Verlag

Ebert/Noske besiegeln Zerschlagung der „Bayrischen Räterepublik" 1919 durch Reichswehr und Freikorps

nur dazu, das Image der SPD/PDS aufzupolieren, um Anti-Nazi-Jugendliche an eine rassistische Schröder-Regierung auszuliefern. Die SAV sagt: „Beim Kampf gegen die Nazis können wir uns nicht auf den Staat verlassen", aber gleichzeitig ist ihre Forderung „Keine Vermietung öffentlicher Räume an faschistische Organisationen" ein offener Appell an den bürgerlichen Staat, er solle als Schiedsrichter darüber entscheiden, wer Versammlungen abhalten darf. Die britische Mutterorganisation der SAV, die Socialist Party (früher Militant) ist berüchtigt für ihre chauvinistische Weigerung, den Abzug der britischen Truppen aus Nordirland zu fordern, und für ihre Veranstaltungsreihen mit loyalistischen Faschisten wie Billy Hutchinson als Sprecher, der katholische Iren ermordet hat.

Verbotsappelle an den kapitalistischen Staat werden immer gegen Arbeiter, Linke und Immigranten eingesetzt, wie im Herbst 1993, als die faschistische FAP verboten und zeitgleich die Jagd auf die PKK und 35 kurdische Vereine, die bis heute verboten sind, eröffnet wurde. Verbotsforderungen schüren nur Illusionen in den bürgerlichen Staat - der aus „besonderen Formationen bewaffneter Menschen" besteht, die das kapitalistische Eigentum an Produktionsmitteln verteidigen - und demobilisieren das Proletariat.

So marschierten am 20. Juni unter Polizeischutz Hunderte Nazis durch den PDS-regierten Ostberliner Stadtteil Hohenschönhausen, während zur gleichen Zeit die PDS/SPD-geführte Volksfront „Erfurter Erklärung" am Alexanderplatz eine Demonstration mit 80 000 Teilnehmern veranstaltete, darunter Gewerkschaftskontingente aus allen Teilen Deutschlands. Diese Kontingente hätten die Nazis stoppen können. Statt dessen wurden sie dafür mobilisiert, Schröder zu wählen. Genau dieses Volksfront-Ablenkungsmanöver feiert der RSB mit der Überschrift „20. Juni: Erfolgreiche Demo in Berlin", Linksruck sagt: „Für die gesamte bundesweite linke Opposition war diese Demo ein großer Schritt nach vorne" usw. usf. Nur wir Trotzkisten sagten die Wahrheit über den 20. Juni in Berlin. „Die Nazis konnten sich versammeln, der Tag ist eine Niederlage!", zitiert die *Süddeutsche Zeitung vom* 23. Juni eine Genossin der SpAD.

Seit April haben wir Tausende Exemplare unseres *Spartakist-Extrablatts* vom 27. April verkauft, das dazu aufruft: „Stoppt die Nazis durch Arbeiter/Immigranten-Mobilisierung!" Wir zeigten auf, daß die Verantwortung für die tödliche Bedrohung durch diese Nazi-Aufmärsche ganz und gar bei den Arbeiterverrätern liegt, die an der Spitze der Arbeiterbewegung stehen: der SPD, der sozialdemokratischen DGB-Bürokratie und der exstalinistischen PDS. Für uns Trotzkisten ist der Kampf gegen den Faschismus nicht zu trennen vom Kampf für die proletarische Revolution. Jede andere Perspektive reduziert sich auf den Versuch, die „demokratische" Bourgeoisie unter Druck zu setzen - sei es durch offenen Wahlaufruf für die Volksfront oder den Versuch, die rassistischen SPD/PDS-Leutnants des deutschen Imperialismus nach links zu drücken.

Was die pseudolinken Gruppen im Umfeld von SPD/PDS allesamt ablehnen, ist die Notwendigkeit einer Arbeiterrevolution. Ihre Auffassung besteht in einer rein parlamentarischen, reformistischen Perspektive, wonach das kapitalistische System der brutalen Ausbeutung, des Rassismus und imperialistischen Krieges dazu gebracht werden kann, den Interessen der Arbeiterklasse und Unterdrückten zu dienen. Wir Marxisten wissen, daß das kapitalistische System ein Hindernis für die Entwicklung der produktiven Fähigkeiten der Menschheit ist. Nachdem die Bourgeoisie die Menschheit in zwei Weltkriege gestürzt hat, bedroht sie sie heute mit Auslöschung durch einen Atomkrieg. Nur mit einer revolutionären Perspektive kann die Arbeiterklasse sich und die übrige Menschheit von der Geißel der Lohnsklaverei, des Rassismus und des Krieges befreien. Der Kapitalismus kann nicht reformiert werden, er muß zerschlagen werden.

Verrat von SPD/KPD führte zur kampflosen Niederlage

Die Faschisten sind die Kettenhunde der Bourgeoisie, die losgelassen werden, wenn es darum geht, durch die Zerschlagung der Arbeiterbewegung die kapitalistische Herrschaft zu retten. In der Zeit, bevor die Bourgeoisie an Hitler die Macht aushändigte, war die Gesellschaft zwischen den beiden Klassenlagern aufs schärfste polarisiert: Auf der einen Seite stand die militante Arbeitermassenbewegung, auf der anderen Seite die überwiegende Mehrheit des Kleinbürgertums sowie die Bourgeoisie, die ihre Weimarer Republik fallenließ und schließlich vollständig auf Hitlers braune Horden setzte, in denen sie die einzige Rettung vor der drohenden proletarischen Revolution sah. Daß die Krupps, Thyssens und anderen Kapitalisten die Nazi-Banden finanzierten, ist ein schlagender Beweis dafür, daß es einen „antifaschistischen" Flügel der Bourgeoisie nicht gibt. Die Nazi-Pest kann nur durch die proletarische Revolution ein für allemal beseitigt werden.

Trotzki und die Linke Opposition kämpften für die Ausweitung der Errungenschaften des Oktober durch eine sozialistische Revolution in Deutschland. Das war Teil ihres Kampfes, das nationalistische Regime Stalins im bürokratisch degenerierten Arbeiterstaat zu stürzen und die Sowjetunion und die Kommunistische Internationale auf den Weg des bolschewistischen Internationalismus zurückzuführen. Statt die Arbeiter von der SPD loszureißen - unter der Losung „getrennt marschieren, vereint schlagen!", um den Aufstieg der Nazis zurückzuschlagen -, trieb Stalins/Thälmanns KPD-Führung nicht zuletzt mit der ultralinken Rhetorik vom „Sozialfaschismus" die sozialdemokratischen Arbeiter in die Arme der SPD-Führung zurück und ließ damit diese bluttriefenden Arbeiterverräter davonkommen.

Die Einheitsfront ist eine Taktik der Kommunisten, um das Proletariat in der Aktion gegen seinen Klassenfeind zu vereinen und es gleichzeitig den Kommunisten zu ermöglichen, die Überlegenheit unseres Programms gegenüber den Programmen der Reformisten und Zentristen zu beweisen. Trotzki bekämpfte scharf die Vorstellung einer „strategischen Einheitsfront", wie sie von der zentristischen SAP vertreten wurde, die KPD und SPD aufforderte, gemeinsame Kandidaten aufzustellen. Er bestand darauf: „Jedenfalls kann die Einheitsfrontpolitik nicht einer revolutionären Partei als Programm dienen." Dagegen bedeutete die Politik der SAP-Zentristen, sich der verräterischen Sozialdemokratie politisch unterzuordnen.

Die SPD stellte beim Blutmai 1929 den preußischen Innenminister, der bei einer Berliner Mai-Demonstration ein Massaker an kommunistischen Arbeitern anordnete. Die SPD-Führung versuchte, jede Mobilisierung der Arbeiter gegen die Nazis zu ersticken, indem sie mit der Forderung „Staat, greif ein" tödliches Vertrauen in die preußische Polizei predigte und den reaktionären Reichspräsidenten Hindenburg unterstützte, der später Hitler zum Kanzler ernannte. Wie Trotzki sagt, „tritt der Faschismus als notwendige Ergänzung der Sozialdemokratie auf, lebt von ihr und kommt mit ihrer Hilfe zur Macht" („Die österreichische Krise, die Sozialdemokratie und der Kommunismus", 1929).

Sogar als Hitler an der Macht war und viele KPD-Mitglieder bereits in Nazi-Kellern gefangen waren, versuchte die SPD immer noch, die bürgerliche Ordnung zu stützen: Sie stimmte für Hitlers Außenpolitik und mobilisierte die Gewerkschaften für Hitlers Maifeier. Erst als die Hitler-Faschisten eindeutig klarmachten, daß es für die SPD keine Verwendung gab, setzten sie ihre Hoffnungen auf die alliierten Imperialisten - die daraufwarteten, daß Hitler die Sowjetunion (zusammen mit fast dem ganzen übrigen Europa) zerstören würde. Die SPD-Führer hofften, daß ein alliierter Sieg über die Nazi-Diktatur ihnen einen demokratischen Kapitalismus und damit die Wiederbeschaffung „eines gutgefüllten Troges" bringen würde, „in den die konservative Arbeiterbürokratie ihre Schnauzen grub" („Manifest der IV. Internationale zum imperialistischen Krieg und zur proletarischen Weltrevolution", 1940). Trotz des Verrats von Stalin war es die Rote Armee, die Hitlers Wehrmacht zerschlug, die letzten überlebenden europäischen Juden rettete und die Massen vom faschistischen Gefängnis befreite.

Die USA griffen erst ein, um die Rote Armee an der Elbe zu stoppen und in Westeuropa die kapitalistische Herrschaft wieder zu stabilisieren. Nach dem Krieg pumpte die CIA Millionen Dollar in die SPD, die sie als kapitalistische Agentur in der Arbeiterbewegung wieder aufbaute. Die SPD sorgte dann dafür, daß spontane Arbeiterstreiks und Betriebsbesetzungen nicht so weit gingen, die Frage der Klassenherrschaft der Arbeiter in Deutschland zu stellen. In anderen westeuropäischen Ländern (besonders in Griechenland, Italien und Frankreich) wurden bewaffnete Arbeiteraufstände von der stalinistischen Partei des jeweiligen Landes, oft gemeinsam mit den Alliierten, niedergeschlagen, und zwar im Namen der „friedlichen Koexistenz", wie sie 1943 bis 1945 in Teheran, Jalta und Potsdam festgeschrieben worden war.

Wir kämpften gegen die kapitalistische Konterrevolution!

1989 gingen die ostdeutschen Arbeitermassen auf die Straße, um die stalinistischen Bürokraten rauszuschmeißen, unter Bannern wie „Für kommunistische Ideale - Keine Privilegien!" und „Für eine neue kommunistische Partei!" In dieser sich entfaltenden politischen Revolution erhoben wir von der Internationalen Kommunistischen Liga die Losungen „Für eine leninistisch-egalitäre Partei!", „Für den Kommunismus Lenins und Trotzkis!"; unser Aufruf zur Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten wurde in verschiedenen NVA-Einheiten aufgegriffen. Wir kämpften für die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands mit der Losung „Für ein rotes Rätedeutschland in einem sozialistischen Europa!" und mobilisierten alle unsere Kräfte, um für eine proletarische politische Revolution die Führung zu stellen - für den Sturz der stalinistischen Bürokratie und die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiter, um die vergesellschafteten Eigentumsformen zu verteidigen und auszuweiten.



Spartakist

Kundgebung in Berlin-Treptow 1990: Spartakisten brandmarkten SPD als Vorkämpfer der Konterrevolution und riefen auf für „eine neue Arbeiterpartei im Geiste von Lenin", für die politische Revolution zum Sturz der Stalinisten, für Arbeiter- und Soldatenräte

Im Januar 1990 initiierten wir eine Massenmobilisierung unter dem Aufruf „Stoppt die Nazis durch Einheitsfrontaktion!", nachdem Faschisten das Treptower Ehrenmal für die sowjetischen Soldaten, die im Kampf zur Zerschlagung des Nazi-Regimes gefallen waren, beschmiert hatten. Wir gingen zu den Fabriken, und die Arbeiter nahmen stapelweise unsere Flugblätter. Die herrschende stalinistische Partei, die eifrig dabei war, die Betriebskampfgruppen aufzulösen und die Arbeiter mit irrwitzigen Parolen wie „Konföderation BRD/DDR" einzulullen, war mit unserem wachsenden Einfluß in der ostdeutschen Arbeiterklasse konfrontiert und sah sich dazu gezwungen, unseren Einheitsfrontaufruf aufzugreifen. 250000 Arbeiter und Soldaten kamen am 3. Januar nach Treptow, um ihre Solidarität mit der Roten Armee gegen den Faschismus zu zeigen, und richteten sich damit direkt gegen den sozialdemokratischen (und nationalistischen/faschistischen) Kreuzzug „Besatzer raus".

In Treptow hörten die Arbeiter und Soldaten die IKL kontra Gysis SED-PDS. Obwohl geprägt durch das Mißverhältnis von Kräften, gab es eigentlich einen Wettstreit zwischen dem IKL-Programm der politischen Revolution und dem stalinistischen Programm von Kapitulation und Konterrevolution. Die Bourgeoisie und ihr Handlanger SPD sahen „rot" über diese prosowjetische Demonstration, wo wir Trotzkisten die Wahrheit über die SPD als „Trojanisches Pferd der Konterrevolution" gesagt hatten, und genauso erschraken die Stalinisten über das Gespenst der proletarisch-politischen Revolution, die ihren Sturz bedeutet hätte. Kurz darauf distanzierte sich Gysi von der Demo, die SED/

Fortgesetzt auf Seite 10

Keine Stimme für SPD/PDS...

Fortsetzung von Seite 9

PDS setzte sich - mit grünem Licht von Gorbatschow - an die Spitze der Konterrevolution mit den Parolen „Deutschland, einig Vaterland" und „Wir sind ein Volk! 1:1!".

In unserem Demo-Aufruf hatten wir gewarnt, der wiederaufsteigende Faschismus „würde erneut die ganze Menschheit bedrohen, sobald die ersten Krisen in einem wiedervereinigten Großdeutschland auftauchen". Dagegen bezogen die vorgeblich trotzkistischen Organisationen einhellig die Seite der Konterrevolution. Ganz offen waren die reformistischen Cliff-Anhänger und die Voran-Gruppe für die kapitalistische Wiedervereinigung; die deutschen Anhänger des zentristischen Vereinigten Sekretariats, zu dem der RSB gehört, priesen die konterrevolutionäre polnische Solidarnosc als Vorbild und forderten den Abzug der sowjetischen Truppen aus der DDR. In der Hetzkampagne gegen die Treptower Demonstration stellten sich alle diese linken Gruppen hinter die SPD.

Die Gruppe Spartakus (GS), eine Ansammlung von verbitterten Ex-Mitgliedern aus unserer Organisation, die vor dem antisowjetischen Kalten Krieg in die Knie gegangen waren, lamentierte, wir hätten unseren Aufruf zu Treptow,*fluch an die Sozialdemokratie"* (ihre Hervorhebung) richten sollen. Auch heute ruft die GS zu einem Propagandablock mit SPD/PDS auf: „Die Aufgabe von Revolutionärinnen ist es, im antifaschistischen Kampf auch die Einheitsfront mit den reformistischen Führungen von Gewerkschaften, SPD und PDS zu suchen, um sie in der Aktion mit ‚ihrer' Basis zu testen." (*Bolschewik*, April 1998) Es gibt hier nichts zu „testen": Die SPD hat eine durchweg konterrevolutionäre Rolle gespielt. Und sie tischt eine Menge an „Aktion" auf: Sie dirigiert rassistischen Staatsterror, schützt die Faschisten durch ihre Bullen und knüppelt Anti-Nazi-Demonstranten nieder wie in Hamburg, Sachsen-Anhalt, Nordrhein-Westfalen.

Trotzkis Forderung an die KPD, zu einer Einheitsfront mit der SPD aufzurufen, beruhte nicht auf der Erwartung, daß die SPD-Führung das Proletariat mobilisieren wollte, um die Nazis zu zerschlagen. Sondern er ging von dem stark verbreiteten Bedürfnis der Arbeiter aus, sich gegen die unmittelbare Gefahr zu verteidigen, die ihnen und ihren Organisationen durch die Nazis drohte. Im Gegensatz zur GS, die an irgendeinen „antifaschistischen" Charakter der Sozialdemokratie glaubt, schrieb Trotzki über die sozialdemokratischen Führer: „Die Tausende von Noskes, Wels und Hilferdings ziehen *letzten Endes* den Faschismus dem Kommunismus vor." („Wie wird der Nationalsozialismus geschlagen?", Dezember 1931)

Die Sozialdemokratie war jahrzehntelang das Hauptinstrument der deutschen Bourgeoisie, um den ostdeutschen deformierten Arbeiterstaat zu unterminieren, angefangen mit der Geheimdienst-Operation „Ostbüro" bis zur imperialistischen „Entspannungs"politik von Willy Brandt; im Winter 1989/90 demonstrierte sie gemeinsam mit Nazis unter der Losung „Wir sind ein Volk" in den Straßen von Leipzig. Genauso hatte die SPD 1975 entscheidenden Anteil an der Niederschlagung der aufständischen Arbeiter in Portugal: Sie gründete und finanzierte die Kräfte der portugiesischen SP, die dann in der vorrevolutionären Situation 1975 die KP-Büros stürmten und niederbrannten. Wie Trotzki schrieb, ist die SPD die „linke Flanke des demokratischen Imperialismus".

Keine Stimme für SAV, MLPD und PSG!

Wir sagen auch klar: Keine Stimme für die Sozialistische Alternative Voran! Die SAV stellt in mehreren Städten Direktkandidaten auf, wo diese der PDS nicht weh tun, und ruft ansonsten zur Wahl der PDS auf. Sie ist damit Teil der syphilitischen Kette, die zu einer Schröder-Koalitionsregierung führt - genauso wie die maostalinistische Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD), die Kandidaten aufstellt mit der Aufforderung, mit der Erststimme MLPD zu wählen, d.h. die entscheidende Zweitstimme geht an SPD/PDS. Die SAV greift, ähnlich wie die PDS, unter der Überschrift „Wir brauchen Arbeitsplätze - Keine Nazis!" (*Voran*, Juni/Juli 1998) die „antikapitalistische Rhetorik" der faschistischen Mörderbanden auf, über die sie sagt: „Heiße Luft und nichts dahinter". Als ob nicht klar wäre, was die Nazis bedeuten: Völkermord, Holocaust, imperialistischen Krieg, Zerschlagung der Arbeiterbewegung!

Wir sagen auch kategorisch: Keine Stimme für die „Partei für Soziale Gleichheit" (PSG), die formal eigenständig kandidiert. Solange die Sowjetunion existiert hat, hetzte diese sehr dubiose Organisation im Chor mit ihrer eigenen Bourgeoisie gegen den degenerierten Arbeiterstaat; sie unterstützte jede antisowjetische Bewegung, von den Mudschaheddin in Afghanistan bis zur klerikal-antisemitischen Solidarnosc in Polen.

Inzwischen, wo die Sowjetunion nicht mehr existiert, hat sich die PSG im Gleichschritt mit der Bourgeoisie ein neues Opfer ausgesucht und führt eine reaktionäre Kampagne gegen die Gewerkschaften. Sie behauptet, „daß die Verwandlung der Gewerkschaften von einer Interessensvertretung der Arbeiter in ein Werkzeug der Unternehmer und Vollzugsorgan der Regierung längst stattgefunden hat und nicht rückgängig gemacht werden kann" (*Neue Arbeiterpresse*, 25. April 1996). Die PSG, die offen und wiederholt Streikbruch gerechtfertigt hat (z.B. haben ihre britischen Gesinnungsgenossen gegen Solidaritätsstreiks für den viele Monate dauernden Streik der Liverpooler Hafenarbeiter gehetzt: „Hafenarbeiter müssen Pseudo-Internationalismus ablehnen" - *International Worker*, 2. Dezember 1995), versucht bei diesen Wahlen, mit einem antirassistischen Gesicht aufzutreten. Aber sie will genau die Kraft zerstört sehen, die unter einer klassenkämpferischen Führung den Naziterror stoppen kann: die Massenorganisationen der Arbeiterklasse, die Gewerkschaften.

Die Russische Revolution 1917 hat in der Realität gezeigt, daß die Arbeiter die Macht haben, den Kapitalismus zu stürzen, wenn sie von einer revolutionären Partei geführt werden. Mit der Konterrevolution in der Sowjetunion ist in einer ganzen Reihe von Ländern dem Proletariat die Lüge vom „Scheitern des Sozialismus" verkauft worden, nicht zuletzt von den Stalinisten, die an der Spitze dieser deformierten Arbeiterstaaten gestanden und deren Zerstörung geleitet haben. Wie wir in der „Grundsatzerklärung und einige Elemente des Programms" der IKL (veröffentlicht in *Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 20, Sommer 1998) betonen:

> „Trotzkis Feststellung im Übergangsprogramm von 1938: ‚Die politische Weltlage als Ganzes ist vor allem durch eine historische Krise der proletarischen Führung gekennzeichnet', wurde vor dem gegenwärtigen riesigen Rückschritt im proletarischen Bewußtsein aufgestellt. Die Wirklichkeit dieser nachsowjetischen Periode fügt zu Trotzkis Beobachtung eine neue Dimension hinzu. Nur auf eine einzige Art und Weise kann dieser Rückschritt überwunden und die Arbeiterklasse zu einer Klasse *für* sich werden, das heißt für die sozialistische Revolution kämpfen: Eine internationale leninistisch-trotzkistische Partei muß wiedergeschmiedet werden als Führung der Arbeiterklasse. Der Marxismus muß erneut die Loyalität des Proletariats gewinnen."

Den Aufbau dieser Partei, die der Arbeiterklasse eine revolutionäre Führung geben wird, um sie an die Macht zu bringen, hat sich die SpAD zum Ziel gesetzt. Für die Wiederschmiedung der Vierten Internationale! Für neue Oktoberrevolutionen, weltweit! •

Gruppe Arbeitermacht wieder im „Dritten Lager"

Zentristen der Marke „Tod des Kommunismus"



Der Spiegel



Workers Hammer

In den 80ern riefen GAM/WP zur „Solidarität" mit der von CIA/Vatikan/ Deutscher Bank inspirierten antikommunistischen Solidarnosc auf, heute übernehmen sie die imperialistische Lüge vom „Tod des Kommunismus"

Nach der Intervention der Roten Armee in Afghanistan im Dezember 1979 feuerten die Imperialisten die Eröffnungssalven ihres Zweiten Kalten Kriegs ab, dessen Ziel die Zerstörung der Sowjetunion war. Die meisten linken Gruppen marschierten beim antisowjetischen Kriegszug im Gleichschritt mit und beschleunigten ihre stürmische Bewegung nach rechts. Im Gegensatz hierzu gab die Organisation Workers Power (WP), in Deutschland Gruppe Arbeitermacht (GAM), bei dieser Gelegenheit ihre Zurückweisung der antisowjetischen Position des „Dritten Lagers" bekannt, die ein Erbe von Tony Cliffs Organisation war, von der sich WP fünf Jahre zuvor abgespalten hatte. Sie wandten sich gegen Cliffs ignorante „Theorie" - deren Ursprung darin lag, der „demokratischen" Glaubwürdigkeit des britischen Imperialismus auf den Leim zu gehen -, daß die Sowjetunion „totalitär" und „staatskapitalistisch" sei, und WP erklärte, sie hätten jetzt Trotzkis Auffassung übernommen, daß die Sowjetunion unter dem Stalinismus ein degenerierter Arbeiterstaat sei.

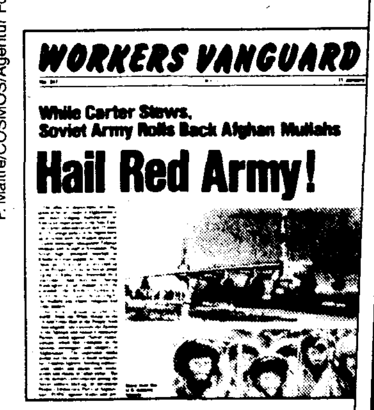
WORKERS HAMMER

In der Praxis zogen WP/GAM aber nie die programmatischen Schlußfolgerungen aus Trotzkis Analyse: bedingungslose militärische Verteidigung der Sowjetunion und der anderen deformierten Arbeiterstaaten gegen imperialistische Angriffe und innere Konterrevolution. WP schloß sich den Imperialisten und ihren Labour-Leutnants an und stellte sich *gegen* die sowjetische Militärintervention gegen die von der CIA unterstützten islamischen Fundamentalisten in Afghanistan, behaupteten aber gleichzeitig, es sei „taktisch falsch ... den sofortigen Abzug der sowjetischen Truppen zu fordern" (*Workers Power,* Februar 1980). Und als Ende 1981 die polnische Solidarnosc nach der Macht griff, gab WP zwar zu, daß dies eine offen konterrevolutionäre Bewegung war, unterstützt von Papst, CIA und westlichen Bankiers, aber sie *unterstützten sie trotzdem.*

Die WP-Broschüre *The Degenerated Revolution* [Die degenerierte Revolution] von 1982, die ihre Linien„änderung" festschrieb, ist ein chemisch reiner Ausdruck von Trotzkis Beschreibung des Zentrismus als „kristallisierte Konfusion". Workers Power erkannte zwar an, daß der Kapitalismus in den osteuropäischen Ländern unter der sowjetischen Besatzung nach dem Zweiten Weltkrieg gestürzt worden war, aber sie nannten dies einen „konterrevolutionären sozialen Umsturz". Als der Wind des Zweiten Kalten Kriegs zunehmend heftiger blies, ging WP weiter nach rechts. 1990 forderte Workers Power von der antikommunistischen Tory-Premierministerin Margaret Thatcher, die von Faschisten durchsetzte litauische Sajudis mit Waffen zu versorgen. Im gleichen Jahr spielten sie eine aktive Rolle dabei, die von der Geheimpolizei MI5 inszenierte antikommunistische Hexenjagd gegen Arthur Scargill, den Führer der National Union of Mineworkers [die nationale Bergarbeitergewerkschaft] voranzutreiben. Die britische Bourgeoisie haßte Scargill nicht nur, weil er den heroischen Bergarbeiterstreik 1984/85 geführt hatte, sondern auch, weil er den antisowjetischen Kriegszug verurteilt hatte und korrekterweise Solidarnosc

Fortgesetzt auf Seite 12


P. Maitre/COSMOS/Agentur Focus


WORKERS VANGUARD

While Carter Stews,
Soviet Army Rolls Back Afghan Mullahs

Hail Red Army!


SPARTACIST

Deutsche Ausgabe

Imperialistische Wut über Afghanistan

Hoch die Rote Armee!

Trotzkisten begrüßten Intervention der Sowjetunion 1979 gegen imperialistisch unterstützte islamische Reaktion und warnten vor dem Rückzug des Kreml 1989

Gruppe Arbeitermacht...

Fortsetzung von Seite 11

„antisozialistisch" genannt hatte (siehe „Workers Power Caught with Russian Fascists, Thatcher's Scabs" [Workers Power mit russischen Faschisten und Thatchers Streikbrechern erwischt], *Workers Hammer* Nr. 116, September 1990). Im August 1991 standen Unterstützer von WP buchstäblich auf den Barrikaden der Konterrevolution in Moskau, Seite an Seite mit Jelzins vom Imperialismus unterstützten Kräften.

Nachdem sie gemeinsam mit Jelzin auf dem Grab der großen Oktoberrevolution von 1917 getanzt hatten, haben Workers Power und ihre Internationale, die Liga für eine revolutionär-kommunistische Internationale (LRKI), inzwischen ihre „Theorie" in Einklang mit ihrer Praxis gebracht. In einem ebenso pompösen wie ignoranten Artikel von Mark Abrams und Heien Watson, der in *Revolutionärer Marximus* (Frühjahr 1998) mit dem Titel „Stalinismus und marxistische Staatstheorie" auf deutsch veröffentlicht wurde, behaupten WP/GAM, in der Sowjetunion sei 1927 ein bürgerlicher Staat wiederhergestellt worden. Über die deformierten Arbeiterstaaten in Osteuropa sagen sie, diese seien geschaffen worden, „ohne den bürgerlichen Staatsapparat zu zerschlagen". Trotzki wird vorgeworfen, daß er nicht die Zerschlagung des Sowjetstaates unter Stalin gefordert hat, und Trotzkis gesamte Analyse des Klassencharakters der Sowjetunion wird offen zurückgewiesen.

Die antikommunistische Schlußfolgerung von der GAM kommt deutlich zum Ausdruck:

> „In der Sowjetunion war die Zerschlagung der stalinistischen Staatsmaschine seit der konterrevolutionären politischen Enteignung der Arbeiterklasse durch die stalinistische Kaste eine programmatische Notwendigkeit. In Osteuropa wurde eine solche Aufgabe ab dem Moment der Erschaffung von Arbeiterstaaten erforderlich."

Dies ist ein bequemes Alibi für die Tatsache, daß die LRKI sich den Kräften der Konterrevolution anschloß, die tatsächlich den sowjetischen degenerierten Arbeiterstaat und die bürokratisch deformierten Arbeiterstaaten Osteuropas zerschlagen haben. Aber darüber hinaus drückt es aus, wie sehr sich GAM/WP den „Tod des Kommunismus" von der imperialistischen Bourgeoisie reinziehen.

Sie wollen das Erbe der Russischen Revolution begraben

Die „russische Frage" ist die bestimmende politische Frage des 20. Jahrhunderts und der Prüfstein für Revolutionäre. Wir Trotzkisten standen auf unserem Posten und kämpften für die Bewahrung und Ausweitung der revolutionären Errungenschaften der Arbeiterklasse, die in den proletarischen Eigentumsformen der ehemaligen Arbeiterstaaten verkörpert waren. Wir verstanden, daß der Kampf dafür, daß die Arbeiter der antirevolutionären stalinistischen Bürokratie die politische Macht entreißen - als ein Teil des Kampfes für die sozialistische Weltrevolution -, die einzige wirkliche Verteidigung dieser Errungenschaften war.

Praktisch jede andere Tendenz der Linken versteckte sich hinter dem Rücken ihrer „eigenen" imperialistischen Herrscher und heulte mit den Wölfen gegen die Sowjetunion. Tony Cliffs Socialist Workers Party (SWP) bejubelte Jelzins Machtantritt und erklärte: „Der Kommunismus ist zusammengebrochen" (*Socialist Worker,* 31. August 1991). Der Vierte Kongreß der LRKI produzierte ein Manifest mit dem Titel „A New Dawn for Humanity" [Eine neue Morgendämmerung für die Menschheit] (*Workers Power,* Oktober 1997), das ebenso den Sieg der Kräfte der Konterrevolution feierte: „Diese Bewegungen machten Jahrzehnten stalinistischer Diktatur ein Ende. Alle wirklichen Revolutionäre jubelten über den Sturz dieser bürokratischen, totalitären Monstrositäten."

Mit ihrer „neuen" Theorie über den Klassencharakter des sowjetischen Staates gehört die Gruppe Arbeitermacht zu der Horde von Pseudotrotzkisten, die sich in panischer Massenflucht dem Versuch der Imperialisten angeschlossen haben, das Erbe der Russischen Revolution zu beerdigen und damit auch das „Gespenst" der Diktatur des Proletariats. Al Richardson, Herausgeber der britischen Zeitschrift *Revolutionary History* [Revolutionäre Geschichte], legt uns heute nahe, daß die Russische Revolution „voreilig" gewesen sei oder ein „Fehlstart". Richardson drückt seine eigene zynische Haltung zur revolutionären Geschichte aus, wenn er höhnt: „Die augenblickliche Debatte zwischen Unterstützern der Theorie des Arbeiterstaates und den Verfechtern des Staatskapitalismus [ist ein] ... infantiles Sandkastenspiel, unwürdig der Beachtung durch ernsthafte Marxisten und zudem eine Verschwendung von Zeit und Mühen" („In Defence of the Russian Revolution: A Sélection of Bolshevik Writings 1917-1923" [Zur Verteidigung der Russischen Revolution: eine Auswahl bolschewistischer Schriften 1917-1923], 1995).

Das Vereinigte Sekretariat (VS), das viele Jahre lang fälschlicherweise behauptete, die Kontinuität von Trotzkis Vierter Internationale darzustellen, will inzwischen davon überhaupt nichts mehr wissen. So fragte ein führender Unterstützer des VS in Italien: „Macht es für Aktivisten noch Sinn, von der Geschichte mal abgesehen, den Schriften des russischen Revolutionärs Referenz zu erweisen? ... Ich glaube nicht, daß man sich ein sozialistisches Projekt für das 21. Jahrhundert vorstellen kann, das von den Paradigmen

des Leninismus und Trotzkismus ausgeht."

Die neue „Theorie" der LRKI ist die entsprechende Kodifizierung ihrer Zurückweisung des Kampfes für die proletarische Revolution. In schrillem Ton fordern sie: „die Zerschlagung der stalinistischen Staatsmaschine", während sie im eigenen Land als die kriecherischsten, servilsten Apologeten der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Herrschaft in deren sozialdemokratischer Variante auftreten. In „Stalinismus und marxistische Staatstheorie" tut Workers Power kund, in der Sowjetunion und den deformierten Arbeiterstaaten Osteuropas die Existenz von: „bürgerlicher Form der Staatsmaschine und dem proletarischen Inhalt der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse, die durch diese Maschinerie verteidigt wurden", erkannt zu haben. Dieses ignorante Kauderwelsch macht die elementarsten Grundsätze des Marxismus zum Gespött, damit sich Gruppe Arbeitermacht/Workers Power besser bei der Labour-Sozialdemokratie anbiedern können. Ihre Vorstellung einer „Morgendämmerung" für die Arbeiterklasse in Britannien war die Wahl von Tony Blairs rabiat arbeiterfeindlicher Labour-Regierung.

Wie wir in unserem Artikel „Workers Power's ‚United Front' with Counterrevolution" ^Einheitsfront' von Workers Power mit der Konterrevolution] (*WH* Nr. 160, Januar/Februar 1998) schrieben:

> „Besonders gegen den deutschen Sozialdemokraten Kautsky gerichtet, der sich gegen die proletarische Revolution stellte, sagte Lenin, daß ‚das Proletariat nicht einfach die Staatsmacht erobern kann in dem Sinne, daß der alte Staatsapparat in neue Hände übergeht, sondern daß es diesen Apparat zerschlagen, zerbrechen, ihn durch einen neuen ersetzen muß' *(Staat und Revolution).* Mit ihrer Behauptung, daß Arbeiterstaaten entstehen könnten, ohne die .bürgerliche Form der Staatsmaschine' zu zerschlagen, enthüllen die heutigen Kautskyaner von Workers Power ihr wahres Programm: Druck auf sozialdemokratische Parteien wie die australische Labor Party oder die britische Labour Party auszuüben, damit diese den Kapitalismus abschaffen."

Die Degeneration der Russischen Revolution

Die Konterrevolution in der Sowjetunion und in Osteuropa bedeutete eine noch nie dagewesene Niederlage für die arbeitenden Massen in diesen Ländern und in der ganzen Welt. Sie führte zu einer Eskalation der Unterdrückung der halbkolonialen Völker, zu brudermörderischen nationalistischen Kriegen in den jetzt kapitalistischen Staaten des ehemaligen Jugoslawiens und der UdSSR und zu einem dramatischen Anstieg des rassistischen Terrors in ganz Europa. Sie verschärfte die Rivalität zwischen den konkurrierenden imperialistischen Mächten und treibt die Welt damit näher auf einen imperialistischen Krieg zu. Und sie hat zu einer dramatischen Zurückentwicklung im politischen Bewußtsein der Arbeiterklasse und der linken Jugendlichen geführt, die mit bürgerlicher Ideologie bombardiert werden: „Sozialismus ist unmöglich" und „Der Kommunismus ist tot".

Die Internationale Kommunistische Liga kämpft dafür, die Aufgabe zu Ende zu führen, die Lenins und Trotzkis bolschewistische Partei anging, als sie die Arbeiterklasse 1917 in Rußland zum Sieg führte: den Klassenkampf zu seinem siegreichen Abschluß zu bringen, was bedeutet, daß die Staatsmacht in der ganzen Welt durch Arbeiterräte verkörpert wird. In dieser Periode, die bedingt ist durch eine solche ungeheure Niederlage für das internationale Proletariat wie die kapitalistische Konterrevolution im Heimatland der Oktoberrevolution, besteht ein großes Mißverhältnis zwischen unserem Ziel und dem gegenwärtigen politischen Bewußtsein der Arbeiterklasse, der Jugendlichen und der Linken international. Im Unterschied zu jenen selbsternannten Linken, die den Leninismus und die Lehren der Russischen Revolution herabwürdigen, halten wir an den teuer erkauften Lehren der Vergangenheit fest als Teil unseres Kampfes, die revolutionäre Führung zu sein, die im Kampf für neue Oktoberrevolutionen das Proletariat mit dem Bewußtsein seiner historischen Interessen wiederbewaffnen kann.

Zum ersten und bisher einzigen Mal in der Geschichte der Menschheit holte die Russische Revolution das marxistische Programm der proletarischen Revolution aus dem Reich der Theorie heraus und erweckte es zum Leben durch die Schaffung einer Gesellschaft, in der das Proletariat durch seine eigene Klassendiktatur herrschte. Die bolschewistische Revolution war ein Leuchtfeuer für die Arbeiter der ganzen Welt. Die Bolschewiki verstanden, daß für das Überleben der proletarischen Diktatur in Rußland die sozialistische Revolution in den imperialistischen Ländern von zentraler Bedeutung war. Sie sahen die Russische Revolution als den Startschuß für den Sturz des Kapitalismus international und erwarteten, daß schnell auch in anderen Ländern Arbeiterrevolutionen folgen würden.

Die Niederlage besonders der Revolution in Deutschland 1918/19 und die imperialistische Feindschaft gegen die gerade erst entstandene Sowjetrepublik, in die 14 kapitalistische Armeen einmarschierten, führten zu einer sich lange hinziehenden Isolation des Arbeiterstaates in einem sehr rückständigen Land. Im Jahre 1921 stellte Lenin fest: „Der Arbeiterstaat ist eine Abstraktion. In Wirklichkeit haben wir nämlich einen Arbeiterstaat, erstens mit der Besonderheit, daß im Lande nicht die Arbeiter-, sondern die Bauernbevölkerung überwiegt; und zweitens haben wir einen Arbeiterstaat ‚mit bürokratischen Auswüchsen'" (zitiert in Trotzki: „Von einer Schramme - zur Gefahr der Knochenfäule", 1940). 1922 drängte Lenin Trotzki dazu, den Kampf gegen die zunehmende Bürokratisierung der bolschewistischen Partei aufzunehmen. Besonders nach dem Scheitern einer zweiten revolutionären Gelegenheit in Deutschland im Oktober 1923 und der darauf folgenden Demoralisierung des sowjetischen Proletariats schlug Quantität in Qualität um, und die bürokratische Schicht, an deren Spitze Stalin stand, entriß dem Proletariat die Macht durch eine *politische Konterrevolution.*

In seiner rückblickenden Analyse des Triumphs der stalinistischen Bürokratie über die trotzkistische Linke Opposition schrieb Trotzki:

> „Das Proletariat ist sozial homogener als die Bourgeoisie, enthält aber doch eine ganze Reihe von Schichten, die sich besonders nach der Machtergreifung deutlich voneinander abheben, wenn sich die Bürokratie und eine mit ihr verbundene Arbeiteraristokratie herausbilden. Die Zerschlagung der Linken Opposition war unmittelbar gleichbedeutend mit dem Übergang der Macht aus den Händen der revolutionären Avantgarde in die der konservativeren Elemente der Bürokratie und der Oberschicht der Arbeiterklasse. Das Jahr 1924 war der Beginn des sowjetischen Thermidors." („Arbeiterstaat, Thermidor und Bonapartismus", 1935)

1924 sagten sich die Stalinisten vom internationalistischen Programm von Lenins Bolschewiki los und nahmen das nationalistische Dogma des „Sozialismus in einem Land" an, was die GAM kaum erwähnt. Statt dessen beten sie Tony Cliffs Position nach und behaupten, die qualitative Degeneration der Russischen Revolution habe 1927 stattgefunden. Wie Cliff erklärt die GAM, dies signalisiere die Wiederherstellung eines kapitalistischen Staates in der Sowjetunion. Die GAM fragt in unaufrichtiger Weise: „Warum hat Trotzki nie vertreten, daß die stalinistische Staatsmaschine im Laufe der politischen Revolution ‚zerschlagen'

Fortgesetzt auf Seite 14

Gruppe Arbeitermacht...

Fortsetzung von Seite 13

werden muß?"

Die Antwort ist ganz einfach. Im Unterschied zu Cliff und GAM verstand Trotzki, daß die Degeneration der Russischen Revolution *politisch* war und keine soziale Konterrevolution bedeutete. Daß die stalinistische Bürokratie durch massive Unterdrückung und Terror herrschte, war nicht Ausdruck irgendeines Wechsels im Klassencharakter der Sowjetunion, sondern Ausdruck der Tatsache, daß die Bürokratie auf einem enormen Widerspruch basierte. Trotzki beschrieb die sowjetische Bürokratie als fragile, privilegierte und parasitäre *Kaste:* „Sie rekrutiert, ergänzt, erneuert sich kraft einer administrativen Hierarchie." Trotzki betonte: „die Bürokratie verdankt ihre Privilegien nicht irgendwelchen Eigentumsverhältnissen, die für sie als ‚Klasse' spezifisch sind, sondern jenen Eigentumsverhältnissen, die von der Oktoberrevolution geschaffen wurden und ihrem Wesen nach der Diktatur des Proletarats angemessen sind" („Der Klassencharakter des Sowjetstaats", 1933).

Das trotzkistische Programm war sehr klar: bedingungslose militärische Verteidigung der Sowjetunion gegen imperialistische Angriffe und innere Konterrevolution sowie proletarisch-politische Revolution zum Sturz der stalinistischen Bürokratie, *bedingungslose* Verteidigung" bedeutete explizit, daß diese Verteidigung nicht vom vorherigen Sturz der stalinistischen Bürokratie abhing. Trotzki benutzte den Begriff der proletarisch-politischen Revolution, um klarzumachen, daß keine neue Form von Klassenherrschaft notwendig war, sondern ein Wechsel im politischen Charakter des Regimes, das die Diktatur des Proletariats ausübte. Die bürokratische Kaste mußte gestürzt und wirkliche Arbeiterdemokratie - durch die Herrschaft von Sowjets - wiederhergestellt werden.

Trotzki unterschied sorgfältig eine solche politische Revolution von einer sozialen Revolution zum Sturz des Kapitalismus, bei der es notwendig ist, den existierenden Staatsapparat zu zerschlagen. Bei einer politischen Revolution der Arbeiter, sagte Trotzki, geht es „nicht um einen Aufstand gegen die Diktatur des Proletariats, sondern um deren Befreiung von einer bösartigen Geschwulst".

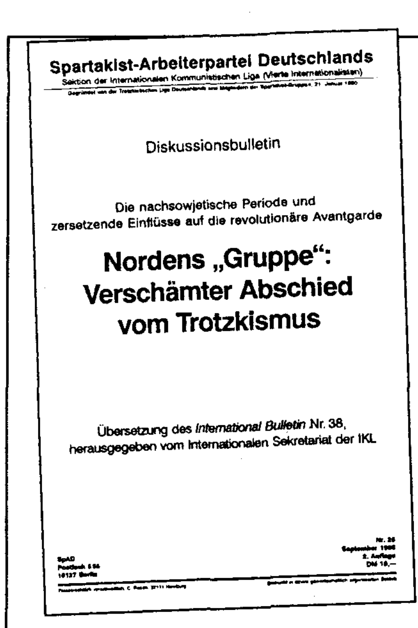
Trotzki versus Vorfahren der Gruppe Arbeitermacht

Trotzki führte einen unermüdlichen politischen Kampf gegen diejenigen, die behaupteten, daß der Kapitalismus in der Sowjetunion wiederhergestellt worden sei oder daß eine neue Ausbeuterklasse ihre Macht konsolidiert hätte. Laut GAM war „die Zerschlagung der stalinistischen Staatsmaschine seit der konterrevolutionären politischen Enteignung der Arbeiterklasse durch die stalinistische Kaste eine programmatische Notwendigkeit." Trotzki machte sich über frühere antimarxistische Renegaten lustig, die die billige Rhetorik der „Demokratie" benutzten und behaupteten, Stalin habe die Diktatur des Proletariats durch die „Diktatur über das Proletariat" ersetzt:

> „Das meistverbreitete, populärste und auf den ersten Blick unwiderlegbarste Argument für den nichtproletarischen Charakter des gegenwärtigen Sowjetstaats beginnt mit dem Hinweis auf die Erstickung der Freiheit der proletarischen Organisation und auf die Allmacht der Bürokratie...
>
> Dies verführerische Argument beruht nicht auf einer materialistischen Analyse des realen Prozesses, sondern auf rein idealistischen Schemata, kantianischen Normen. Einige wohlmeinende ‚Freunde' der Revolution machen sich ein äußerst strahlendes Bild von der Diktatur des Proletariats. Sie sind vollkommen niedergeschmettert, wenn sie die reale Diktatur sehen, die - mit ihrem Erbe der Klassenbarbarei, ihren inneren Widersprüchen und den Fehlern und Verbrechen der Führung - ganz und gar nicht dem geleckten Bild gleicht, das sie sich geschaffen hatten. In ihren edelsten Gefühlen enttäuscht, kehren sie der Sowjetunion den Rücken." („Der Klassencharakter des Sowjetstaats")

Die Position der GAM, daß 1927 in der Sowjetunion ein kapitalistischer Staat wiederhergestellt worden sei, ist einfach ein Neuaufguß der gleichen sozialdemokratischen Methodologie, die Trotzki schon vor 60 Jahren widerlegt hat. In der Tat gibt es bei ihrer „neuen Theorie" einige Ähnlichkeiten mit dem bürokratischen Kollektivismus von James Burnham, der 1939/40 zusammen mit Max Shachtman eine kleinbürgerliche Opposition innerhalb der damals trotzkistischen amerikanischen Socialist Workers Party gegen das Programm der bedingungslosen militärischen Verteidigung der Sowjetunion führte.

Burnham erklärte, die Sowjetunion habe eine nichtkapitalistische Wirtschaft, und behauptete gleichzeitig, eine neue „bürokratisch-kollektivistische" Ausbeuterklasse habe die Macht in der Sowjetunion erobert. Diese „Theorie" wurde später von den Anhängern Shachtmans aufgegriffen und im nachhinein als Begründung dafür benutzt, daß sie zum Zeitpunkt des Hitler-Stalin-Paktes 1939 die Verteidigung der



Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands

Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten)

Diskussionsbulletin

Die nachsowjetische Periode und zersetzende Einflüsse auf die revolutionäre Avantgarde

Nordens „Gruppe": Verschämter Abschied vom Trotzkismus

Übersetzung des *International Bulletin* Nr. 38, herausgegeben vom Internationalen Sekretariat der IKL

SpAD

Nr. 25

2. Auflage

DM 10,–

SpAD-Diskussionsbulletin Nr. 25

Übersetzung des *International Bulletin* Nr. 38 (in englischer Sprache, ebenfalls erhältlich)

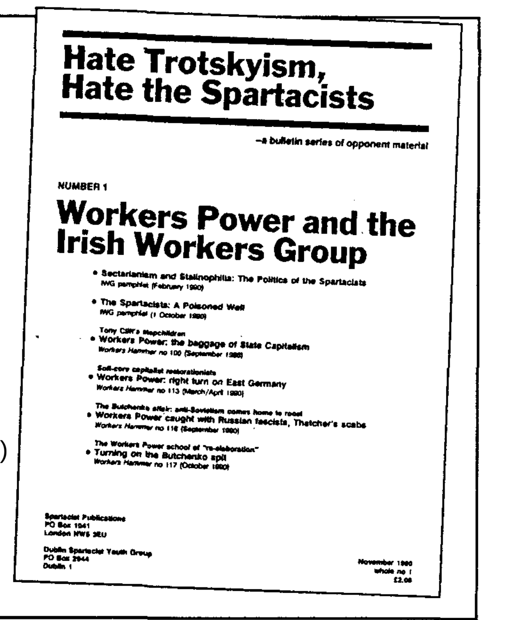
DM 10,-(164 Seiten)

„HateTrotskyism, Hate the Spartacists"

(Nr. 1 der Dublin Spartacist Group): enthält Polemiken von Workers Power gegen die IKL zur russischen Frage (in englischer Sprache)

DM 6-(42 Seiten)

Zu beziehen über: Verlag Avantgarde, Postfach 555, 10127 Berlin, Postgiro Frankfurt/M., BLZ 500100 60, Konto 119 88-601



Hate Trotskyism, Hate the Spartacists

—a bulletin series of opponent material

NUMBER 1

Workers Power and the Irish Workers Group

- Sectarianism and Stalinophilia: The Politics of the Spartacists
  IWG pamphlet (February 1990)
- The Spartacists: A Poisoned Well
  IWG pamphlet (1 October 1990)
- Tony Cliff's stepchildren
  Workers Power: the baggage of State Capitalism
  Workers Hammer no 100 (September 1988)
- Soft-core capitalist restorationists
  Workers Power: right turn on East Germany
  Workers Hammer no 113 (March/April 1990)
- The Butchenko affair: anti-Sovietism comes home to roost
  Workers Power caught with Russian fascists, Thatcher's scabs
  Workers Hammer no 116 (September 1990)
- The Workers Power school of "re-elaboration"
  Turning on the Butchenko spit
  Workers Hammer no 117 (October 1990)

Spartacist Publications
PO Box 1041
London NW5 3EU

Dublin Spartacist Youth Group
PO Box 2944
Dublin 1

November 1990
whole no 1
£2.00



Skurihinaya/Prawda



Protest von Workers Power 1990 in London zur Unterstützung von mit Faschisten durchsetzten baltischen Konterrevolutionären

Workers Hammer

Sowjetunion fallengelassen hatten - eine Kapitulation vor der liberalen kleinbürgerlichen „öffentlichen Meinung".

In ähnlicher Weise ist die verspätete „Entdeckung" von der GAM, daß die Sowjetunion im Jahre 1927 ein „bürgerlicher" Staat geworden sei, eine bequeme theoretische Begründung für ihre Unterstützung der Kräfte der Konterrevolution während des Zweiten Kalten Kriegs. Sie dient auch dazu, zu suggerieren, daß nichts Entscheidendes passiert sei, als 1991/92 tatsächlich ein kapitalistischer Staat restauriert wurde, ein Ergebnis von Jelzins durch die Imperialisten unterstützter Konterrevolution. Die GAM prahlte damit, daß sie auf Jelzins Barrikaden standen, inmitten des Mobs von „zwielichtigen Typen und Gaunern", in einer „Einheitsfront" für „Demokratie".

Gruppe Arbeitermacht versus Diktatur des Proletariats

Schon im Jahre 1918 prangerte Lenin in *Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky* den deutschen Sozialdemokraten Karl Kautsky dafür an, daß dieser die kapitalistische „Demokratie" gegen die Diktatur des Proletariats unterstützte: „Es ist nur natürlich, wenn ein Liberaler von .Demokratie' schlechthin spricht. Ein Marxist wird nie vergessen zu fragen: ‚Für welche Klasse?'" Die „neue" Analyse der LRKI revidiert die marxistische Definition des Staates, indem sie den Staat von den Eigentumsformen trennt, die er verteidigt. Für Marx, Engels, Lenin und Trotzki war der Staat ein Organ der Klassenherrschaft. Der bürgerliche Staat besteht aus „besonderen Formationen bewaffneter Menschen" - eingeschworen auf die Verteidigung des kapitalistischen Privateigentums. Durch die sozialistische Revolution muß die Arbeiterklasse ihre eigene Klassenherrschaft errichten - die Diktatur des Proletariats -, indem sie den existierenden kapitalistischen Staatsapparat zerschlägt.

Lenin schrieb in *Staat und Revolution,* daß der Staat vom ersten Tag der proletarischen Diktatur an „abzusterben" beginnt. Die GAM verweist auf das Programm der Kommunistischen Partei Rußlands von 1919, in dem erwartet wurde, daß schon bald das stehende Heer durch die Volksbewaffnung ersetzt werden würde. Unter Hinweis darauf, daß diese Normen in der Sowjetunion nicht realisiert wurden und daß die Staatsmaschinerie unter Stalin zu monströsen Proportionen heranwuchs, schlußfolgern WP/GAM, daß ein kapitalistischer Staat wiederentstanden sei, und beschreiben dies in einer Sprache, die direkt von antikommunistischen Ideologen des „demokratischen" Imperialismus stammt: „Die Sowjetmacht war umfassend zerschlagen oder .gesprengt' worden und durch die absolutistische Herrschaft einer totalitären bürgerlichen bürokratisch-militärischen Staatsmaschine ersetzt worden, die jedoch ihre Macht und ihre materiellen Privilegien aus verstaatlichtem Eigentum und einer Planwirtschaft bezog" (zitiert nach dem englischen Original in *Trotskyist International,* Januar-Juni 1998). Trotzki beantwortete solche Argumente mit beißender Schärfe:

> „Für diese Herren ist die Diktatur des Proletariats einfach ein unwägbarer Begriff, eine ideale Norm, die sich auf unserer sündigen Erde nicht verwirklichen läßt. Kein Wunder also, wenn ‚Theoretiker' dieses Typs versuchen, den unversöhnlichen Widerspruch zwischen der Diktatur des Proletariats und der bürgerlichen Demokratie zu verwischen - sofern sie nicht den Diktatur-Begriffüberhaupt ablehnen." („Der Klassencharakter des Sowjetstaats")

Trotzki bestand darauf, daß das Wachstum und die Konsolidierung des stalinistischen bürokratischen Apparates nicht bewies, daß sich ein kapitalistischer Staat konsolidiert habe, sondern daß der Aufbau des „Sozialismus in einem einzigen Land" - dazu noch in einem rückständigen und isolierten Land - eine stalinistische *Lüge* war. Die materielle Basis für den Sozialismus ist die Abschaffung des *Mangels,* wozu es erforderlich ist, über das höchste durch die kapitalistische Gesellschaft erreichte Entwicklungsniveau noch hinauszugehen. Aus diesem Grund kann der Sozialismus nur auf einer *internationalen Basis* erreicht werden.

Die notwendige Vorbedingung für das „Absterben" des Staates ist die Abschaffung der Klassengesellschaft, was nur erreicht werden kann durch proletarische Revolutionen in zumindest einigen fortgeschrittenen kapitalistischen Staaten. Wie Trotzki in „Weder proletarischer noch bürgerlicher Staat?" (November 1937) schrieb:

> „Die UdSSR als Arbeiterstaat entspricht nicht der .traditionellen' Norm. Das heißt nicht, daß sie kein Arbeiterstaat ist. Ebensowenig heißt das, daß sich die Norm als falsch erwiesen hat. Die ‚Norm' ist auf den vollständigen Sieg der proletarischen Weltrevolution ausgelegt. Die UdSSR ist nur der teilweise und entstellte Ausdruck eines zurückgebliebenen und isolierten Arbeiterstaates."

Manchmal behauptet die GAM, der sowjetische degenerierte Arbeiterstaat sei gleichzeitig die Diktatur des Proletariats *und* die Diktatur der Bourgeoisie gewesen: „Die Diktatur des Proletariats nahm die paradoxe Form einer politischen Diktatur ‚eines bürgerlichen Staates ohne Bourgeoisie' über das Proletariat an." Sie benutzen Trotzkis Formulierung „bürgerlicher' Staat ohne Bourgeoisie" aus seiner grundlegenden Analyse der Degeneration der Russischen Revolution, *Verratene Revolution* (1936) - unter bewußter Auslassung der Anführungsstriche, die Trotzki bei der Erläuterung dieses Begriffs um „bürgerlich" gesetzt hat. Trotzki benutzte diesen Ausdruck in der gleichen Art und Weise, wie er von Marx und Lenin benutzt worden war: um die allgemeine Notwendigkeit zu erklären, unter der Diktatur des Proletariats eine öffentliche Gewalt aufrechtzuerhalten, die die

Fortgesetzt auf Seite 26



Reuters

Für neue Oktoberrevolutionen, weltweit!

Obwohl Washington den Deal widerwillig akzeptiert hat, den der Generalsekretär der Vereinten Nationen Kofi Annan Ende Februar mit dem Irak in der Frage der „Waffeninspektionen" vereinbart hatte, zieht der US-Imperialismus die riesige Vernichtungs-Armada, die er im Persischen Golf zusammengezogen hat, vorerst nicht ab. Die andauernden Drohungen des Präsidenten der Demokraten Clinton, Militärschläge gegen das irakische Volk zu führen - noch verschärft durch die Forderungen der Führer der Republikaner im Kongreß, daß das UN-Abkommen in keiner

Spartakist-Jugend

Weise akzeptiert werden könne -, strafen die Behauptungen der Herrscher der USA Lügen, daß die angedrohten Bombardierungen den Zweck hätten sicherzustellen, den UN-„Inspektoren" Zugang zu vermuteten Arsenalen des Iraks an chemischen und biologischen Waffen zu verschaffen.

Wie wir in *Workers Vanguard* Nr. 685 in einer Erklärung festgestellt haben: „;Hinter den Kriegsvorbereitungen im Golf steht der Anspruch des US-Imperialismus, sein ‚Recht' durchzusetzen, nach Belieben mit den kolonialen und semikolonialen Völkern der Welt umzuspringen, und die Absicht, seinen imperialistischen Rivalen zu demonstrieren, daß die USA durch ihr riesiges Vernichtungsarsenal auch weiterhin die Nummer eins sind." Während Liberale und Reformisten Petitionen an die raubgierige amerikanische herrschende Klasse richteten, sie möge sich eine „friedlichere" Politik zu eigen machen und „die Iraker leben lassen", forderte die Internationale Kommunistische Liga (IKL) gerade heraus, den Irak im Falle eines US-imperialistischen Angriffs militärisch zu verteidigen, und trat für die Perspektive der proletarischen Revolution ein als dem einzigen Weg, um die Gefahr eines imperialistischen Krieges aus der Welt zu schaffen. So wie wir es von Beginn der Verhängung von Wirtschaftssanktionen durch die UN vor beinahe 8 Jahren an getan haben, erklären wir auch jetzt: Nieder mit der imperialistischen Hungerblockade gegen den Irak!

Die aufeinander stoßenden Appetite der verschiedenen imperialistischen Mächte - wobei Britannien voll und ganz hinter den USA steht, Frankreich dagegen sich neben anderen offen gegen Militäraktionen ausgesprochen hat - traten auch wieder zutage bei der Debatte im UN-Sicherheitsrat, bei der über das Annan-Abkommen diskutiert wurde und über die Drohungen zukünftiger Raketenschläge gegen den Irak. Die konterrevolutionäre Zerstörung der Sowjetunion hat die interimperialistischen Rivalitäten verschärft: Handelskrieg zwischen den USA und Japan, das Wiedererstarken des deutschen Imperialismus in Osteuropa, die Zuspitzung der Konflikte über die Kontrolle der Öl- und Gasvorkommen und der Pipeline-Routen um den Persischen Golf und das Schwarze Meer herum. Angesichts der erneut aufgeflammten Machtkämpfe unter den drei Hauptmächten - den USA, Japan und Deutschland - um die Neuaufteilung der Märkte und Ausbeutungszonen ähnelt die allgemeine Weltsituation zunehmend der vor dem ersten imperialistischen Weltkrieg von 1914-18.

Die Oktoberrevolution von 1917, geführt von Lenins und Trotzkis bolschewistischer Partei, wies den Ausweg aus imperialistischem Abschlachten und kapitalistischer Ausbeutung und Unterdrückung. Heute kämpft die IKL für den Aufbau revolutionärer Arbeiterparteien als Teil einer wiedergeschmiedeten trotzkistischen Vierten Internationale, um international neue Oktoberrevolutionen anzuführen. Parallel zum augenblicklichen Militäraufmarsch im Golf setzen die USA den von ihnen dominierten Internationalen Währungsfonds ein, um den Arbeitern in Südostasien und Lateinamerika eine Austeritätspolitik, die sie in den Hunger treibt, aufzuzwingen - und außerdem werden in den USA Löhne und Sozialausgaben massiv gekürzt. Der Imperialismus ist, wie Lenin betonte, „das höchste Stadium des Kapitalismus". Wir drucken im folgenden die überarbeitete Rede des Genossen Joseph Seymour ab, die er auf der jüngst

durchgeführten Dritten Internationalen Konferenz der Internationalen Kommunistischen Liga gehalten hat. In ihr geht es um die Ursprünge und die Entwicklung des imperialistischen Systems.

Im Jahre 1909 verhandelten mehrere New Yorker und Londoner Banken über eine Anleihe an die Dominikanische Republik. Die Sicherheiten für die Anleihe sollten die Zolleinnahmen der dominikanischen Regierung sein. Jacob Schiff, der wichtigste Wall-Street-Bankier, der an diesem Deal beteiligt war, fragte seinen britischen Kollegen Sir Ernest Cassel: „Wenn sie nicht zahlen, wer wird dann diese Zolleinnahmen eintreiben?" Cassel antwortete: „Eure Marinetruppen und unsere."

Dieser Wortwechsel beleuchtet ein Grundprinzip des Kapitalismus und auch jeder anderen Gesellschaftsordnung, die auf der Ausbeutung der Arbeit durch eine bestimmte Klasse von Eigentümern beruht. Sogenannte Eigentumsrechte - ob in der Form von Anleihen, direkten Investitionen oder Handelsabkommen - sind nur ein Fetzen Papier, wenn sie nicht durch militärische Macht abgesichert werden. Und dies ist nicht irgendein abstruses marxistisches Prinzip. Jeder Kredithai von der Mafia versteht, daß die Rückzahlungen viel geringer ausfallen werden, wenn er nicht jemanden zur Verfügung hat, der Leuten, die ihm Geld schulden, die Kniescheiben zerschlagen kann.

Im allgemeinen gilt, daß Eigentumsrechte außerhalb des eigenen • Landes zu wahren wesentlich mehr militärische Stärke erforderet als innerhalb. Historisch gesehen ist es normal, daß die imperialistische Bourgeoisie nicht unmittelbar oder kurzfristig eine proletarische Revolution in ihrem eigenen Nationalstaat zu erwarten hat. Aber Investitionen in anderen Ländern, besonders in Ländern, die man heute zur sogenannten Dritten Welt zählt, sind viel anfälliger gegenüber Unruhen in der Bevölkerung, manchmal auch gegenüber bürgerlich-nationalistischen Kräften vor Ort und nicht zuletzt gegenüber rivalisierenden imperialistischen Staaten. Die Männer, denen General Motors gehört und die dort das Sagen haben, glauben im Augenblick nicht, daß sie eine starke amerikanische Streitmacht brauchen, um ihre Autofabriken im Mittleren Westen der USA zu beschützen. Aber sie glauben tatsächlich, daß sie starke amerikanische Streitkräfte brauchen, um ihre Autofabriken in Mexiko zu schützen. Und die Top-Manager von Exxon wissen nur allzu • gut, daß sie ihre Ölfelder im Persischen Golf ohne die Armee, Marine und Luftwaffe der USA nicht sehr lange behalten würden.

Die kapitalistische Weltwirtschaft basierte schon seit den ersten Anfängen im 16. Jahrhundert auf starken Nationalstaaten und war geprägt durch Konflikte zwischen ihnen. Wie Lenin betonte, ging die Entwicklung des modernen Imperialismus, die Ende des 19. Jahrhunderts begann, Hand in Hand mit dem enormen Anstieg des Militarismus sowohl auf materieller als auch auf ideologischer Ebene. Dies war nicht eine einzigartige tiefschürfende Einsicht seitens Lenins. Die Imperialisten selber sagten laut und deutlich das Gleiche. Leo Amery, ein rechter britischer Politiker, erklärte 1905:

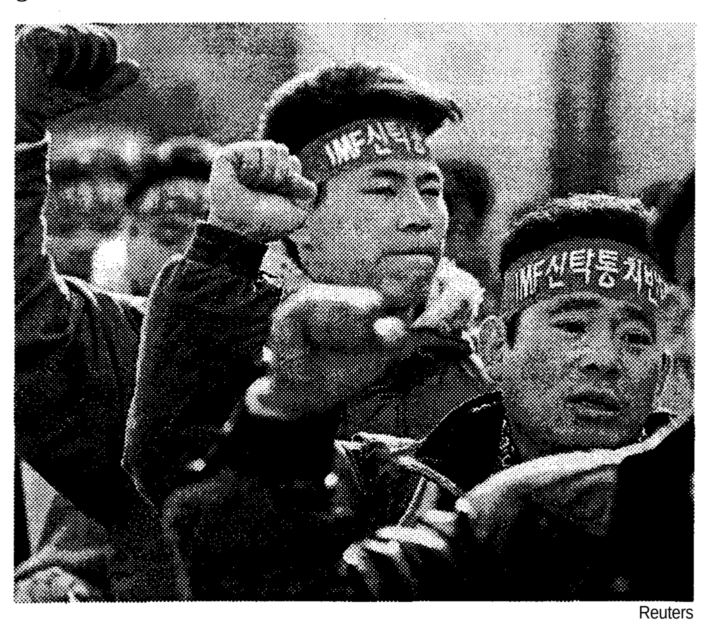
> „Jedes Jahr wird das Wettstreiten um die Macht unter den großen Staaten der Welt schärfer, und wenn wir es nicht schaffen, weiterhin unsere Position zu halten, wenn wir es nicht schaffen, daß unsere Marine unbesiegbar bleibt, und wenn wir es nicht schaffen, das Empire an all seinen Grenzen zu verteidigen, dann werden uns unser Empire und unsere Märkte von anderen weggenommen." (zitiert in Paul M. Kennedy, „The Rise of Anglo-German Antagonism, 1860-1914" [Das Anwachsen des anglo-deutschen Antagonismus, 1860-1914], 1987)

Ebenso erklärte und rechtfertigte Admirai Alfred von Tirpitz, der Architekt der modernen deutschen Marine, den Ersten Weltkrieg in seinen Erinnerungen folgendermaßen: „Wir hatten Welthandel, der uns zur Weltmacht zwang." Imperialistische Politiker und Militärs in der Zeit vor 1914 waren viel ehrlicher und weniger scheinheilig als ihre heutigen Pendants.

Die zweite Generation imperialistischer Mächte

Am besten versteht man die fälschlicherweise als „Globalisierung" bezeichneten Veränderungen in der Weltwirtschaft der letzten paar Jahrzehnte, wenn man sich einen breiten historischen Überblick über den Weltkapitalismus seit der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart verschafft und sich dabei auf die Wechselwirkung zwischen den internationalen wirtschaftlichen Entwicklungen und den wichtigsten imperialistischen Staaten konzentriert. Die industrielle Revolution begann in England und Schottland zu Beginn des 19. Jahrhunderts und breitete sich dann auf Frankreich und die Niederlande (Belgien und Holland) aus. Ende des 19. Jahrhunderts entstanden drei neue kapitalistische

Fortgesetzt auf Seite 18



Reuters



AP

Die in Ostasien durch den Internationalen Währungsfonds durchgedrückte Raubpolitik, die zu Hungersnöten führt, entfachte Arbeiterproteste von Südkorea (links) bis Indonesien

Imperialistische Rivalitäten...

Fortsetzung von Seite 17

Industriemächte: die Vereinigten Staaten, Deutschland und Japan. Die *Art und Weise* jedoch, in der sich der Industriekapitalismus in diesen drei Ländern entwickelte, war sehr unterschiedlich: Unterschiede, deren Auswirkungen bis heute existieren.

Der spätere amerikanische bürgerliche Staat entstand in der Ära des Handelskapitalismus als eine Siedlerkolonie von Britannien, das damals das gesellschaftlich und wirtschaftlich fortgeschrittenste Land der Welt war. Infolgedessen war die amerikanische Landwirtschaft nicht mit dem Erbe des Feudalismus belastet, im Unterschied zu den rückständigen Bauerndörfern Frankreichs und Deutschlands im 19. Jahrhundert, ganz zu schweigen von Japan. Die Landwirtschaft im nördlichen Teil der USA basierte auf relativ großen Familienfarmen, die hochgradig marktorientiert und technologisch dynamisch waren. Dies wiederum schuf einen weitreichenden und wachsenden inneren Markt für Industriegüter, von der Bekleidung bis zu landwirtschaftlichen Maschinen.

Zur gleichen Zeit profitierte der amerikanische Kapitalismus des 19. Jahrhunderts von umfangreichen Auslandsinvestitionen aus Britannien sowie von der Einwanderung wohlhabender Engländer und Schotten. 1914 waren die britischen Investitionen in den Vereinigten Staaten größer als in Indien und Südafrika zusammengenommen. Die finanzielle Integration der britischen und amerikanischen Kapitalistenklassen wurde auf einer noch grundlegenderen Ebene verstärkt, denn die Töchter des Yankee-Geldadels heirateten in die englischen herrschenden Kreise ein. Zwei von J. P. Morgans Nichten zum Beispiel heirateten englische Adlige, und die Mutter von Winston Churchill - der Personifikation des britischen Imperialismus im 20. Jahrhundert - war die Tochter eines New Yorker Finanziers.

Diese günstigen inneren und äußeren Bedingungen schufen in den USA eine große Kapitalistenklasse mit breiter Basis, die mit einer relativ schwachen Zentralregierung operierte. So hatten die USA bis 1913 noch nicht einmal eine Zentralbank. Bis dahin agierte de facto das Haus Morgan als Zentralbank. In den USA entwickelte sich (wie in Britannien) der Monopolkapitalismus schrittweise und organisch aus dem Wettbewerb einer Vielzahl von eigenständig auftretenden Unternehmern. Viele große amerikanische Firmen - Landmaschinenkonzerne wie International Harvester und John Deere, Standard Oil (dessen wichtigster Nachfolger Exxon ist), Ford - waren jahrzehntelang vollständig das Eigentum des Gründungsunternehmers und dessen Erben. Sie wuchsen durch die Reinvestition der Gewinne und waren schon recht groß, als sie, um weiter zu expandieren, Kapital von außen in Form von Aktien und Anleihen aufnehmen mußten.

In Deutschland hingegen, und noch mehr in Japan, war der Industriekapitalismus von Anfang an hochgradig konzentriert und zentralisiert, unter der Schirmherrschaft eines starken und interventionistischen Staates. Die einzelnen deutschen Unternehmer hatten einfach nicht genügend Kapital, um Produktionsbetriebe in ausreichender Größe und mit moderner Technologie aufzubauen, die mit schon etablierten britischen Firmen hätten konkurrieren können. Deshalb ermutigte die preußisch-deutsche Regierung die Mobilisierung von Kapital durch das Bankwesen. Das kaiserliche Deutschland unter Bismarck war bahnbrechend bei den Investmentbanken - die nicht nur den größten Teil des Kapitals für Industrieunternehmen zur Verfügung stellten, sondern auch Fusionen und Aufkäufe arrangierten und zumeist die Richtschnur für die jeweilige Firmenpolitik vorgaben. Dies gilt auch heute noch. Deutsche Aktionäre bei Siemens und Volkswagen geben ihre Stimmvollmachten nicht dem Management dieser Firmen, sondern meist ihrer Hausbank, die als der beste Garant für ihre Interessen angesehen wird.

Japan, das in der Mitte des 19. Jahrhunderts wirtschaftlich noch viel rückständiger war als Deutschland, brauchte infolgedessen einen noch höheren Grad von Monopolisierung und Staatsinterventionen, um zu einer imperialistischen Macht zu werden. Im Verlauf der Meiji-Reformen ab 1867 gestaltete die neue herrschende Gruppe in Japan dessen politische Strukturen und Wirtschaftspolitik in hohem Maße nach dem Vorbild des kaiserlichen Deutschlands. Bismarck selber gab einem japanischen Botschafter den Rat, direkte Eigentumsrechte für ausländisches Kapital zu beschränken, um die nationale Unabhängigkeit seines Landes zu erhalten. Der Kern von Japans Schwerindustrie wurde direkt durch den Meiji-Staat, aufgebaut und dann gegen Ende des 19. Jahrhunderts an politisch bevorzugte kapitalistische Gruppen verkauft, deren Basis bestimmte Familien waren. Das war der Ursprung der Zaibatsu - riesige integrierte Komplexe von Industrie-, Finanz- und Handelskapital, die eng mit dem Staat verbunden sind - wie Mitsui, Mitsubishi und Sumitomo. Das gleiche System gibt es auch heute noch unter dem Namen Keiritsu.

Vorbereitung auf den Ersten Weltkrieg

Das Entstehen dieser drei neuen kapitalistischen Industriemächte Ende des 19. Jahrhunderts war die eigentliche Ursache für die beiden großen interimperialistischen Kriege des 20. Jahrhunderts. Der Ausbruch des Ersten Weltkriegs im August 1914 markierte einen grundlegenden Wendepunkt in der modernen imperialistischen Geschichte. Was man heute die Globalisierung des Kapitalismus nennt, ist eine *teilweise* Rückkehr zu den Normen der imperialistischen Ära vor 1914. Seit Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur konterrevolutionären Zerstörung der Sowjetunion 1991/92 waren die *politischen* Bedingungen für internationale Kapitalbewegungen bei weitem ungünstiger als in der Ära vor 1914.

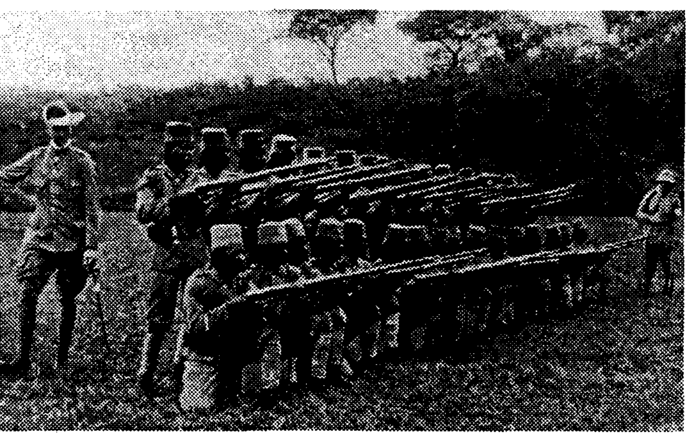
Das kann man aus einigen wenigen grundlegenden Statistiken ablesen. 1914 betrug der Wert des gesamten Produktiwermögens, das britische Kapitalisten außerhalb Britanniens besaßen, mehr als ein Viertel des Kapitals in Britannien selber! Im Fall von Frankreich, dem zweitgrößten Kapitalexporteur, betrug der Gesamtwert aller langfristigen Auslandsinvestitionen rund 15 Prozent des inländischen Produktiwermögens. Im Vergleich dazu beträgt der Marktwert des Produktiwermögens, das amerikanische Kapitalisten außerhalb der Vereinigten Staaten besitzen, rund 9 Prozent des Gesamtkapitals in den USA. Die Vergleichszahlen liegen bei Japan etwas und bei Deutschland erheblich niedriger.

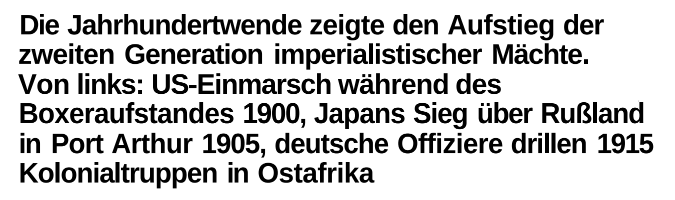
Die zwei Hauptfaktoren für die außergewöhnliche Globalisierung des Kapitalismus in der imperialistischen Ära vor 1914 waren der Kolonialismus und der Goldstandard. Besonders Britannien und Frankreich, aber auch andere westeuropäische Länder sowie die USA und Japan übten direkte Staatsmacht über Millionen von Werktätigen in der ganzen Welt aus. Britische Plantagenbesitzer in Indien machten sich keine Sorgen darüber, daß die indische Regierung Gesetze verabschieden könnte, die für sie ungünstig wären, denn die indische Regierung war *ihre* Regierung.

Es war auch allgemeine Praxis der imperialistischen Staaten, daß sie zugunsten ihres Finanzkapitals ihre militärische Macht gegen rückständige Länder einsetzten, die nominell unabhängig waren. Als zum Beispiel die Regierung von


Museum of thé American China Trade


Burton Holmes


Der Spiegel


Die Jahrhundertwende zeigte den Aufstieg der zweiten Generation imperialistischer Mächte. Von links: US-Einmarsch während des Boxeraufstandes 1900, Japans Sieg über Rußland in Port Arthur 1905, deutsche Offiziere drillen 1915 Kolonialtruppen in Ostafrika

Venezuela 1902 sagte, daß sie ihre Auslandsanleihen - meist von britischen Banken und auch von ein paar deutschen Banken - nicht wie geplant zurückzahlen könnte, überwanden Britannien und Deutschland für einen Augenblick ihre eigenen Rivalitäten und schickten ihre Kriegsmarine zur gemeinsamen Blockade von Venezuela, dabei forderten sie das Caracas-Regime auf, seine Rückstände zu bezahlen, sonst würden sie das Land aushungern, bis es sich unterwirft. Britannien und Deutschland bliesen ihre Pläne erst ab, als die USA auf ihrem Monopol für Kanonenbootpolitik in dieser Region bestanden und ihnen erklärten, sie sollten nicht in ihrem Revier wildern.

Während Kolonialismus und Kanonenbootdiplomatie die politischen Voraussetzungen für die großen Kapitalbewegungen von den imperialistischen in die rückständigen Länder waren, so war der Goldstandard eine Voraussetzung für die großen Kapitalbewegungen zwischen den imperialistischen Staaten. Der Goldstandard stellte sicher, daß die Wechselkurse stabil blieben, daß es wenige oder gar keine Einschränkungen für internationale Kapitalbewegungen gab und daß die realen Zinssätze in den wichtigsten Finanzzentren - London, Paris, New York - stabil und eng miteinander verbunden waren. Britische Inhaber von amerikanischen Eisenbahnanleihen mußten sich keine Sorgen darüber machen, daß ihr Vermögen durch eine Hyperinflation oder die Abwertung des Dollars gegenüber dem Pfund entwertet werden könnte. Und wenn sie diese Anleihen verkaufen, ihre Dollar-Erträge in Pfund umtauschen und ihr Geld in Britannien reinvestieren wollten, dann brauchten sie sich keine Gedanken darüber zu machen, daß die US-Regierung solche Transaktionen beeinträchtigen würde.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts hatte sich ein starkes und anwachsendes Ungleichgewicht entwickelt zwischen dem riesigen Kolonialreich und finanziellen Reichtum von Britannien und Frankreich einerseits und andererseits ihrer industriellen Kapazität, die letztendlich die Basis militärischer Stärke ist. Als 1871 unter Bismarck ein einheitlicher deutscher Staat geschaffen wurde, verfügte Britannien über *ein Drittel* der Produktionskapazitäten auf der ganzen Welt und Deutschland nur über 13 Prozent. Britannien produzierte 7 Millionen Tonnen Eisen und Stahl, Deutschland nur 1,5 Millionen. Zwei Generationen später war Britanniens Anteil an der weltweiten Industriekapazität auf 15 Prozent zurückgegangen, etwas *weniger* als der Anteil Deutschlands. Im Jahr 1914 produzierte Deutschland beinahe doppelt so viel Eisen und Stahl wie Britannien. Deutschlands herrschende Kreise verlangten deshalb eine Neuaufteilung der Weltmärkte und Ausbeutungsgebiete entsprechend ihrer größeren und wachsenden industriellen Stärke. In den Worten des deutschen Kanzlers Bernhard von Bülow: „Wir können es nicht zulassen, daß irgendeine ausländische Macht, irgendein ausländischer Jupiter, uns sagt: Was kann man machen? Die Welt ist bereits aufgeteilt.'"

Es gibt heute eine starke Tendenz, sich den Imperialismus aus der Sicht der „Dritten Welt" als die Vorherrschaft über und die Ausbeutung von Asien, Afrika und Lateinamerika durch die Vereinigten Staaten, Westeuropa und Japan vorzustellen. Diese Konzeption ist jedoch zu eingeschränkt und allzu simpel. Die Hauptziele der Expansion des deutschen Kaiserreichs, die zum Ersten Weltkrieg führten, lagen innerhalb Europas, nicht außerhalb. Deutschlands Hauptkriegsziele 1914 waren die Annektion der wirtschaftlich wertvollen Regionen in Nordfrankreich, die Reduzierung von Belgien und Holland zu direkt abhängigen Staaten und die Annektion der Ukraine auf Kosten des zaristischen Rußlands. Dies war ein bestimmter historischer Ausdruck eines allgemeinen Musters. Imperialistische Bourgeoisien, die im eigenen Land relativ stärker wachsen, verlangen und streben danach, einen größeren Anteil am Mehrwert, der außerhalb ihrer eigenen Nationalstaaten geschaffen wird, zu bekommen.

Wirtschaftliche Auswirkungen des Krieges und der bolschewistischen Revolution

Der Erste Weltkrieg brachte das Ende für den Goldstandard. Mit Ausnahme der Vereinigten Staaten finanzierten alle wichtigen kriegführenden Länder ihre beispiellosen

Fortgesetzt auf Seite 20

Imperialistische Rivalitäten...

Fortsetzung von Seite 19

riesigen Militärausgaben damit, daß sie Geld druckten und gleichzeitig über alle internationalen Transaktionen strenge Kontrollen verhängten. Als der Krieg 1918 zu Ende ging, hatte das Preisniveau in den wichtigsten kapitalistischen Ländern keinerlei Beziehung mehr zu den Wechselkursen der Vorkriegszeit oder der realen Kaufkraft. Der Versuch, Mitte der 20er Jahre den Goldstandard wiederherzustellen, wurde unter den Trümmern der Weltwirtschaftskrise in den 30er Jahren begraben, als die größeren kapitalistischen Länder mit einer Handelspolitik nach dem Motto „beggar thy neighbor" [Bring deinen Nachbarn an den Bettelstab] reagierten: höhere Zölle, Einfuhrquoten, Währungsabwertungen, Devisenkontrollen (besonders in Nazi-Deutschland) und Errichtung regionaler Wirtschaftsblöcke, die von einer einzigen imperialistischen Macht dominiert wurden, wie zum Beispiel Japans „Ostasiatische Wohlstandssphäre".

Für die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der 20er und 30er Jahre war die bolschewistische Revolution von 1917 mindestens so wichtig wie der Erste Weltkrieg. Sie hatte unter anderem zur Folge, daß die Schulden des zaristischen Rußlands nicht mehr anerkannt wurden und daß die Kommunistische Internationale gegründet wurde, was die Kräfte der nationalen Befreiung in Asien, Afrika und Lateinamerika enorm stärkte und dadurch das Kolonialsystem schwächte. Zum ersten Mal seit der Revolution von 1848 in Europa fürchteten sich die besitzenden Klassen vor dem Gespenst des Kommunismus.

1930 führte der britische liberale Wirtschaftswissenschaftler John Maynard Keynes die Weltwirtschaftskrise darauf zurück, daß das Zinsniveau in den 20er Jahren viel höher war als in der Zeit vor 1914. Dies spiegelte das allgemeine Klima politischer Unsicherheit wider - die Furcht vor einem neuen großen Krieg, vor Bürgerkriegen und vor der „roten Revolution". Bankiers und andere Finanziers verlangten daher höhere Zinsen und kürzere Rückzahlungsfristen für das Geld, das sie verliehen.

Die politisch-wirtschaftlichen Auswirkungen der bolschewistischen Revolution waren besonders stark in den größeren halbkolonialen Ländern wie Mexiko und China. Nach der Mexikanischen Revolution von 1910-17 wurde Mexiko in den 20er Jahren von bürgerlichen Nationalisten regiert, den Vorläufern des gegenwärtigen PRI-Regimes. Ermutigt durch das bolschewistische Beispiel, verweigerten die neuen Herrscher Mexikos die Rückzahlung der Auslandsschulden von mehr als einer Milliarde Dollar - dies betraf hauptsächlich amerikanische Investoren -, die sie vom alten Regime von Porfirio Diaz geerbt hatten. Im Unterschied zu den Bolschewiki lehnten die mexikanischen bürgerlichen Nationalisten die Anerkennung der Auslandsschulden nicht offen ab. Statt dessen zogen sie die Verhandlungen mit dem Hause Morgan über die Rückzahlungsbedingungen über Jahre in die Länge und zahlten am Ende fast nichts. Die andere Seite davon war, daß neue Investitionen des Hauses Morgan und anderer internationaler Finanziers in Mexiko ebenfalls gegen Null gingen.

In China waren die Auswirkungen der bolschewistischen Revolution viel größer und direkter als in Mexiko. Die Chinesische Revolution von 1925 -27 scheiterte nur deshalb, weil Stalin und Bucharin der Kommunistischen Partei (KPCh), die an der Spitze des kleinen, aber machtvollen Proletariats stand, befohlen hatten, sich in Chiang Kaisheks bürgerlich-nationalistische Guomindang aufzulösen. Chiangs konterrevolutionäres Regime schaffte es jedoch nicht, die politische Ordnung wiederherzustellen. Bauernarmeen unter der Führung von Mao Zedongs KPCh kontrollierten einige Regionen des Landes, während verschiedene rivalisierende Warlords andere Regionen kontrollierten. Infolgedessen dachten Wall Street und London nicht daran, ihr Geld in Chiangs China zu riskieren. In dieser Zeit kamen die einzigen bedeutenden Auslandsinvestitionen in China von den Japanern in der Mandschurei, und zwar *nachdem* sie dieses Gebiet 1931 erobert und besetzt hatten. Hier sehen wir wieder, daß die militärisch-politische Kontrolle eine Voraussetzung für die großen Kapitalbewegungen von einem imperialistischen in ein rückständiges Land ist.



VAAP

Oktoberrevolution, geführt von Lenins bolschewistischer Partei, zeigte den Ausweg aus dem imperialistischen Gemetzel des Ersten Weltkriegs. Banner der Arbeiterdemonstration vom Dezember 1917 lautet: „Lang lebe die Sowjetmacht, die den Weg zum Frieden zwischen den Nationen bahnte"

Der Kampf der kapitalistischen Großmächte um die Neuaufteilung der Märkte und Ausbeutungsgebiete führte 1939-41, wie schon 1914, zu einem interimperialistischen Weltkrieg. Aber es gab natürlich einen wichtigen Unterschied: die Existenz der Sowjetunion, die trotz ihrer Degeneration unter der nationalistischen stalinistischen Bürokratie ein Arbeiterstaat blieb. In seinem Drang, Europa zu beherrschen, überfiel Deutschland Sowjetrußlarid und versuchte, es zu unterjochen. Die Niederlage der deutschen Wehrmacht durch die sowjetische Rote Armee beeinflußte entscheidend die Weltordnung nach dem Zweiten Weltkrieg. Die USA wurden durch die Niederlage ihrer wichtigsten imperialistischen Rivalen, Deutschland und Japan, zur vorherrschenden kapitalistischen Weltmacht. Aber die globale Hegemonie des amerikanischen Imperialismus wurde durch den sowjetischen degenerierten Arbeiterstaat blockiert, der aus dem Krieg als zweitstärkster Staat der Welt hervorgegangen war. Von Westeuropa bis Südamerika und

Ostasien war der Kurs der wirtschaftlichen Entwicklungen zwischen 1945 und 1991 untrennbar verbunden mit dem Kalten Krieg.

In Westeuropa und auch in Japan ließen die Verwüstungen des Zweiten Weltkriegs in Verbindung mit der nach links gehenden Radikalisierung der Arbeiterklasse eine Rückkehr zur Politik des „Freihandels" und der „freien Marktwirtschaft" aus der Ära vor 1914 nicht zu. 1947 erzählte US-Präsident Harry Truman einer Gruppe von amerikanischen Kongreßabgeordneten: „Wir müssen ein Programm von Übergangshilfen zur Verfügung stellen, bis das Marshall-Programm anläuft, andernfalls werden die Regierungen von Frankreich und Italien fallen, Österreich auch, und Europa wird praktisch kommunistisch werden" (zitiert in: Philip Armstrong u. a., *Capitalism Since World War II* [Kapitalismus seit dem Zweiten Weltkrieg], 1984).

In der frühen Nachkriegsperiode gab es in allen wichtigen fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern, mit Ausnahme der USA, ein hohes Maß an staatlicher Intervention ins Wirtschaftsleben. Um eine massive Kapitalflucht in die USA zu verhindern, wo die Gewinnraten viel höher waren, führten alle westeuropäischen Regierungen strikte Einschränkungen für Devisengeschäfte ein. Dies wiederum schreckte Kapitalbewegungen von den USA nach Europa ab, denn amerikanische Investoren waren sich unsicher, ob und zu welchen Bedingungen sie ihr Geld wieder herausholen könnten.

Man stelle sich einen wohlhabenden Amerikaner in den 50er Jahren vor, der einige Anleihen des großen italienischen Autoherstellers Fiat geerbt hat. Wenn er diese Anleihen hätte verkaufen wollen, um das Geld in einer amerikanischen Firma zu reinvestieren, dann hätte er die Spitzenbeamten von 15 verschiedenen Ministerien Italiens bestechen müssen. Unter diesen Bedingungen haben sich wohlhabende Amerikaner nicht gerade überschlagen, um in Europa zu investieren. Erst Ende der 50er Jahre wurden das Pfund, der Franc, die D-Mark und die Lira frei konvertierbar in Dollar und untereinander. Und erst danach haben große amerikanische Industriekonzerne wie General Motors und Ford neue Fabriken in Westeuropa gebaut.

Ich möchte hier abschweifen und etwas über die Beziehung zwischen der Währungskonvertibilität und der internationalen Bewegung des Kapitals in seinen unterschiedlichen Formen sagen, zum Teil weil dies ein Schlüsselelement der gegenwärtigen Finanzkrise in Ostasien ist. Das für sich allein genommen wertvollste Eigentum, das der amerikanische Kapitalismus im Ausland besitzt, sind die Ölfelder in Saudi-Arabien, die ein Konsortium von vier US-Konzernen gepachtet hat. Dennoch weiß niemand, was der Dollarkurs des Saudi Riyals ist, und es ist auch allen egal. Das liegt daran, daß das Öl, das in Saudi-Arabien gefördert wird, auf dem Weltmarkt gegen Dollars verkauft wird. Die Autos jedoch, die in Deutschland von General-Motors-Werken produziert werden, werden an Deutsche gegen D-Mark verkauft; die Autos, die in den USA von Honda-Werken produziert werden, werden an Amerikaner gegen Dollars verkauft. Diese Art von Auslandsinvestitionen macht man nur, wenn die D-Mark in den Dollar konvertierbar ist und der Dollar in den Yen und wenn die Wechselkurse stabil sind. Das gleiche Prinzip gilt auch für Investitionen in die Wertpapiere ausländischer Firmen. Amerikanische und japanische Finanziers werden Anleihen, die von Hyundai und Samsung auf den Markt gebracht werden, nur kaufen, wenn der südkoreanische Won in Dollar und Yen zu stabilen Kursen konvertiert werden kann.

Eine Grundvoraussetzung für den wirtschaftlichen Boom in Ostasien während des letzten Jahrzehnts war es, daß die Regierungen dieser Region nicht nur die Konvertierbarkeit ihrer jeweiligen Währung zugesichert haben, sondern ihre Währung auch fest an den Dollar koppelten. Die gegenwärtige Krise begann im letzten Sommer, als Thailand davon abrückte und seine Währung abwertete, um die Exporte zu steigern und die Importe zu senken. Als andere Länder in der Region das gleiche taten, löste dies eine massive und panikartige Kapitalflucht aus.

US-Imperialismus und der Kalte Krieg

Doch laßt uns zu unserer historischen Analyse zurückkehren, die es uns erlaubt, jüngste wirtschaftliche Entwicklungen in einem größeren Zusammenhang zu sehen. Das Ergebnis des Zweiten Weltkriegs hatte auf die wirtschaftlich rückständigen Regionen der Welt eine sogar noch tiefergehende Auswirkung als auf die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder. Zunächst einmal wurden wichtige Regionen vollständig der Sphäre der kapitalistischen Ausbeutung entzogen. Ende der 40er Jahre schuf die sowjetische Bürokratie, unter dem Druck des amerikanischen Imperialismus, in Osteuropa deformierte Arbeiterstaaten, die strukturell der stalinisierten Sowjetunion ähnelten und ebenfalls auf einer kollektivierten Planwirtschaft, dem staatlichen Außenhandelsmonopol usw. beruhten. Bürokratisch deformierte Arbeiterstaaten entstanden als ein Ergebnis von eigenständigen, auf Bauern gestützten Revolutionen unter der Führung von Stalinisten auch in China, Nordkorea und Vietnam. Zur gleichen Zeit gab es auch erhebliche politische Veränderungen in den wirtschaftlich rückständigen Ländern, die innerhalb der Sphäre der kapitalistischen Ausbeutung geblieben waren. Die durch den Zweiten Weltkrieg hervorgerufene Schwächung der westeuropäischen imperialistischen Staaten, kombiniert mit der Radikalisierung der kolonialen Massen, führte zur „Entkolonisierung" Asiens, des Nahen Ostens und Afrikas. Die Staatsmacht ging nun in die Hände der einheimischen Bourgeoisien über, die ihre eigenen nationalen Interessen innerhalb eines globalen Kontextes, der vom internationalen Finanzkapital dominiert wurde, durchzusetzen versuchten.

Trotz einiger von der CIA organisierter Putsche (wie der gegen das linksnationalistische Mossadegh-Regime im Iran 1953) wurden die Möglichkeiten des US-Imperialismus, die Regierungen der ehemaligen Kolonialländer zu kontrollieren, durch das Gleichgewicht der Kräfte gegenüber der Sowjetunion begrenzt. Die Unterstützung Moskaus erlaubte es bürgerlich-nationalistischen Regimen wie Nassers Ägypten, Indien unter Nehru und Indira Gandhi und dem Irak unter Saddam Hussein, sich ein gewisses Maß an politischer und wirtschaftlicher Unabhängigkeit von den imperialistischen Mächten zu verschaffen, was sie auf der Basis ihrer eigenen nationalen Wirtschaftsressourcen nicht geschafft hätten. Westliche und japanische Firmen schreckten davor zurück, in Länder wie Ägypten und Indien zu investieren, weil sie Strafzölle, Beschränkungen der Rückübertragung von Gewinnen und die Möglichkeit von Verstaatlichungen ohne angemessene Entschädigungen befürchteten. Die 60er und 70er Jahre brachten den Höhepunkt des wirtschaftlichen Nationalismus und des staatlich gelenkten Kapitalismus innerhalb des damals so genannten „Afro-Asiatischen Blocks".

Gleichzeitig benutzten die Bourgeoisien von bestimmten amerikanischen Halbkolonien ebenfalls die Rahmenbedingungen des Kalten Krieges, um den Anschein einer gewissen wirtschaftlichen Unabhängigkeit zu erreichen. Ich möchte an dieser Stelle etwas über Südkorea sagen, denn es ist jetzt der Brennpunkt einer größeren Wirtschaftskrise mit weltweiten Auswirkungen. Das schnelle Industriewachstum in Südkorea während der letzten drei Jahrzehnte wurde vom US- und japanischen Imperialismus subventioniert, weil es

Fortgesetzt auf Seite 22

Imperialistische Rivalitäten...

Fortsetzung von Seite 21

ein Frontstaat im Kalten Krieg war. Südkorea wird üblicherweise als Musterbeispiel für ein Wirtschaftswachstum, das sich auf Exportsteigerungen stützt, bezeichnet. Bis Mitte der 80er Jahre jedoch hatte Südkorea normalerweise Handelsbilanzdefizite, keine Überschüsse. Es importierte große Mengen von High-Tech-Maschinen und -Anlagen, hauptsächlich aus Japan, um eine industrielle Infrastruktur und Fabriken aufzubauen. Diese Defizite wurden mit amerikanischer Hilfe und japanischen Darlehen zu günstigen Bedingungen finanziert.

Seit den 60er Jahren, unter der Militärdiktatur von Park Chung Hee, unternahmen die südkoreanischen Kapitalistengruppen - die sogenannten Chaebol - eine ehrgeizige Industrialisierungskampagne, und zwar über ein hohes Maß an Staatsinterventionen und eine nationalistische Wirtschaftspolitik. In den 70er Jahren zum Beispiel verfügte das Seouler Regime, daß alles Öl, das vom Persischen Golf nach Südkorea verschifft wird, in Schiffen transportiert werden muß, die in koreanischem Besitz sind. Diese und ähnliche Maßnahmen schadeten den wirtschaftlichen Interessen der USA und Japans. Aber Washington und Tokio konnten es sich nicht erlauben, wirtschaftlichen Druck auf Südkorea auszuüben - damit zu drohen, die Hilfe oder die Darlehen einzustellen -, weil sie befürchteten, daß dies die rechte Diktatur destabilisieren und die linken und antiamerikanischen Oppositionskräfte stärken könnte.

Heute verurteilen Wall-Street-Sprecher und die amerikanische und britische Finanzpresse die „Vetternwirtschaft" in Südkorea und wettern gegen dessen unreguliertes und unverantwortliches Bankwesen. So läuft es in Südkorea aber schon seit einem Vierteljahrhundert. Was ist jetzt also anders? Anders ist jetzt, daß die Sowjetunion nicht mehr existiert und Nordkorea sich in einer ernsten Notlage befindet. Deshalb steigen die amerikanischen und japanischen Imperialisten jetzt aus ihren alten Vereinbarungen mit den Chaebol einfach aus und diktieren neue Bedingungen: Früher haben wir euch immer 50 Prozent des Überschusses gelassen, den ihr durch die südkoreanischen Arbeiter eingenommen habt; von jetzt an bleiben euch nur noch 25 Prozent, und die auch nur dann, wenn ihr genau das tut, was wir euch sagen. Das nennt man die „Globalisierung" des Kapitalismus, auch bekannt als Imperialismus.

Historische Entwicklung und Dialektik

Wenn man die Entwicklung der zweiten Generation imperialistischer Staaten untersucht - die USA, Deutschland und Japan -, dann könnte man sich fragen, warum" heute nicht eine dritte Generation aus den industriell weiter entwickelten Ländern der Dritten Welt wie Südkorea oder Brasilien entstehen kann. Dies wirft die Frage des methodischen Ansatzes auf. Die historische Entwicklung ist dialektisch, nicht zyklisch. Die Geschichte besteht nicht aus einer ständigen Wiederholung von vorgegebenen Mustern ohne wesentliche Änderung. Man muß den Imperialismus in seinen historisch konkreten, komplexen und sich ständig ändernden Dimensionen verstehen. Was zu irgendeinem bestimmten Zeitpunkt möglich und wahrscheinlich ist, wird bestimmt und ist bedingt durch die gesamte vorherige Entwicklung. Wie Menschen denken und handeln, wird bestimmt und beeinflußt von ihrem Verständnis zurückliegender Ereignisse. Sie versuchen, Aktivitäten und Vorgehensweisen zu entwickeln, die als erfolgreich gelten, und sie versuchen, diejenigen zu vermeiden, bei denen man einen Fehlschlag oder eine Katastrophe für vorprogrammiert hält.

Ich möchte hier ein paar Beispiele dafür bringen, was ich unter der dialektischen Natur der Geschichte in bezug auf den modernen Imperialismus verstehe. Als Lenin 1916 *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus* schrieb, machten sich die imperialistischen Bourgeoisien keine allzu großen Sorgen über soziale Revolutionen in ihren Kolonien und Halbkolonien. Es hatte zahlreiche Revolten der jeweiligen einheimischen Bevölkerung gegen die Kolonialherrschaft gegeben - den Sepoy-Aufstand in Britisch-Indien, den philippinischen Befreiungskampf gegen den US-Imperialismus, den Aufstand der Hereros in Südwestafrika gegen ihre neuen deutschen Kolonialherren -, aber sie alle waren durch drückend überlegene militärische Kräfte niedergeschlagen worden. In keinem einzigen Fall hatten solche Kolonialrevolten die Imperialisten verjagt und deren Besitz enteignet. Nach der bolschewistischen Revolution aber waren, wie wir gesehen haben, amerikanische, britische und französische Bankiers extrem zurückhaltend bei der Kreditvergabe an Kolonien und besonders an Halbkolonien. Mit anderen Worten, die proletarische Revolution, die Lenin in Rußland angeführt hatte, *veränderte* auf erhebliche Art und Weise das Verhalten der Kapitalisten und ihrer Regierungen, so wie es Lenin *vor* dieser Revolution analysiert hatte.

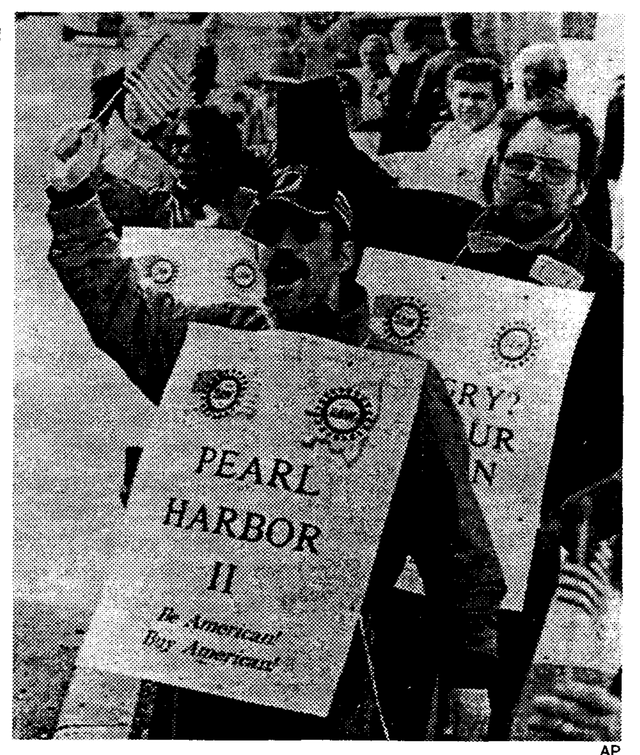
Ein anderes Beispiel: Die deutsche herrschende Klasse konnte Ende des 19. Jahrhunderts nicht dadurch eine große Industriemacht wie Britannien aufbauen, daß sie die gleiche Wirtschaftspolitik verfolgte wie Britannien früher - gerade weil sie es mit Britannien als der weltweit vorherrschenden Industrie- und Finanzmacht zu tun hatte. Deshalb mußte der Industriekapitalismus in Deutschland, wie er sich Ende des 19. Jahrhunderts entwickelte, von seiner Struktur und seinem Charakter her ganz anders sein als im Pionierland des Industriekapitalismus, und das war er auch. Tatsächlich haben es um 1900 herum einige Sprecher der britischen herrschenden Klasse bedauert, daß sie sich in den 1860er Jahren nicht gegen die Vereinigung Deutschlands gestellt hatten oder daß sie kein Bündnis mit Rußland und Frankreich geschlossen hatten, um Deutschland in den 1880er Jahren niederzuwerfen, als es noch relativ schwach war. Sie bedauerten es, daß sie keine hohen Zollschranken gegen deutsche Importe eingeführt hatten, so wie Deutschland hohe Zollschranken gegen britische Importe eingeführt hatte.

Oder man betrachte Japan unter diesem Aspekt. In den Jahrzehnten vor dem Zweiten Weltkrieg (den man in Japan den Pazifikkrieg nennt) verliehen das Haus Morgan und wichtige britische Banken wie Barings und die Rothschilds große Summen an Japan, womit sie dazu beitrugen, die Entwicklung von Japans Industrie und Militär zu finanzieren. Wall Street und die City von London verlangten im Gegenzug für diese Darlehen nicht, daß es amerikanischen und britischen Industriellen ermöglicht werden müsse, die produktiven Ressourcen der Zaibatsu billig aufzukaufen.

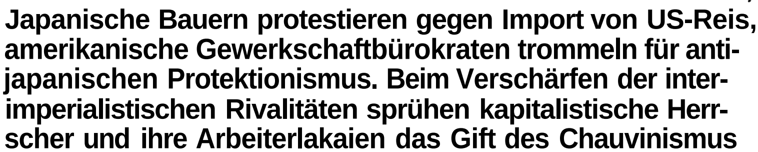
Doch genau das passiert jetzt mit Südkorea. Während der zurückliegenden drei Jahrzehnte versuchte die südkoreanische herrschende Klasse ganz bewußt, das Wirtschaftsprogramm nachzuahmen - zum Beispiel massive Staatssubventionen und staatliche Garantien für Darlehen zur Finanzierung von Industrieinvestitionen -, das Japan Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts in eine wichtige kapitalistische Macht verwandelt hatte. Wie die jüngsten dramatischen Ereignisse jedoch gezeigt haben, konnten die südkoreanischen Chaebol nicht einfach in die Fußstapfen der japanischen Zaibatsu treten, zum großen Teil deshalb, weil sie durch die japanische Industrie- und Finanzmacht daran gehindert wurden. Südkorea ist es nicht gestattet, sich Geld zu leihen, um seine eigene nationale Bourgeoisie zu subventionieren. Die Bedingungen der jüngsten Kredite des Internationalen Währungsfonds (IWF) an Südkorea sehen



Fujifotos



AP



Japanische Bauern protestieren gegen Import von US-Reis, amerikanische Gewerkschaftbürokraten trommeln für antijapanischen Protektionismus. Beim Verschärfen der interimperialistischen Rivalitäten sprühen kapitalistische Herrscher und ihre Arbeiterlakaien das Gift des Chauvinismus

so aus, daß die Amerikaner und Japaner - und auch die Deutschen, wenn sie Interesse zeigen - den größten Teil der produktiven Ressourcen der Chaebol spottbillig aufkaufen können. Die amerikanischen Imperialisten haben nicht vor, es zuzulassen, daß sie durch ihre eigenen Aktionen oder Untätigkeit von einem anderen Land überflügelt werden.

Kurz gesagt, die südkoreanische Bourgeoisie ist vom Imperialismus zu sehr abhängig, als daß sie eine unabhängige nationale Entwicklung einschlagen kann. Der Zustrom von Kapital in Länder wie Thailand, Indonesien und besonders Südkorea - was man im Augenblick „Globalisierung" nennt - hat jedoch ein kämpferisches junges Proletariat geschaffen. In solchen Ländern mit verspäteter kapitalistischer Entwicklung in der imperialistischen Epoche treten wir für das Programm der permanenten Revolution ein: Nur unter der Herrschaft des Proletariats - das an der Spitze der armen Bauernschaft und anderer unterdrückter Sektoren steht und das dafür kämpft, die sozialistische Revolution in den fortgeschritteneren, mächtigeren kapitalistischen Ländern zu fördern - kann das Joch des Imperialismus abgeworfen werden.

Die Art und Weise, wie in diesen Ländern die wirtschaftliche Entwicklung in den letzten Jahrzehnten abgelaufen ist - besonders in bezug auf die veränderte Rolle der Landwirtschaft in der Weltwirtschaft -, hat auch eine programmatische Bedeutung für die Entwicklung der Perspektive der permanenten Revolution. Heutzutage ist die klassische Agrarforderung der bürgerlich-demokratischen Revolution - „das Land denen, die es bebauen" - nicht mehr angemessen. Die Art und Weise, wie sich die Agrarrevolution in Rußland 1917-21 entfaltete, als die Bauern einfach das Land besetzt und untereinander aufgeteilt haben, wird sich in vielen rückständigen Ländern heute so wahrscheinlich nicht wiederholen. Im 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts entwickelte sich die Arbeitsproduktivität in der Industrie viel schneller als in der Landwirtschaft. Das zaristische Rußland war ein wichtiger Exporteur von Getreide, das von Bauern durch arbeitsintensive Methoden produziert wurde, die sich im letzten Jahrhundert kaum geändert hatten.

Aber seit dem Zweiten Weltkrieg ist die Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft schneller gewachsen als in der Industrie. Es gibt in der amerikanischen Landwirtschaft mehr Kapital pro Arbeitskraft als in der amerikanischen Stahlindustrie. Viele Länder der Dritten Welt exportieren inzwischen Erzeugnisse der Leichtindustrie, wie zum Beispiel Kleidung und Konsumelektronik, nach Nordamerika und importieren Grundnahrungsmittel aus Nordamerika. Als Konsequenz davon gibt es jetzt in vielen rückständigen Ländern eine massive Landflucht. Die Masse der Werktätigen lebt nicht mehr in kleinen Ortschaften auf dem Land, sondern in den Slums am Rande der Großstädte. Kleinbauerntum ist ohne große Kapitalinvestitionen und erhebliche technische Ausbildung nicht mehr wirtschaftlich lebensfähig. In Ländern wie Mexiko ist das Programm der landwirtschaftlichen Kollektivierung - unterstützt durch eine vergesellschaftete Industrie und intensive technische Ausbildung - der Schlüssel für eine wirkliche Agrarrevolution.

Der Zusammenbruch der Sowjetunion

Die wirtschaftlichen Wurzeln dessen, was man jetzt „Globalisierung" nennt, besonders das Wachstum der verarbeitenden Industrie in Ostasien, lassen sich auf die sinkende Rentabilität der Industrie in den USA seit Ende der 60er Jahre und in Japan während des folgenden Jahrzehnts zurückführen. Mit der Verwüstung Deutschlands und Japans im Zweiten Weltkrieg erreichten die USA in den frühen Nachkriegsjahren einen Grad an wirtschaftlicher Vorherrschaft, der nicht lange aufrechterhalten werden konnte. 1950 entfielen auf die USA 60 Prozent der Industrieproduktion und mehr als die Hälfte des Kapitalvermögens aller entwickelten kapitalistischen Länder und ein Drittel des Welthandels bei Industriegütern.

Doch in dem Maße, wie Deutschland und Japan ihre Industrie wieder aufbauten, begannen beide Länder immer größere Anteile des Weltmarktes und selbst des Marktes in den USA zu erobern. Zur gleichen Zeit erwiesen sich die Industrieanlagen in den USA, die zum größten Teil während und unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg gebaut worden waren, immer mehr als technologisch überholt. Der Wettbewerbsvorteil des amerikanischen Kapitalismus schrumpfte außerdem durch den Inflationsdruck infolge des Vietnamkriegs. 1970 war der Anteil der USA am Welthandel mit Industriegütern nur noch die Hälfte dessen, was er 20 Jahre vorher gewesen war. Die Profitrate fiel von

Fortgesetzt auf Seite 24

Imperialistische Rivalitäten...

Fortsetzung von Seite 23

19 Prozent Anfang der 60er Jahre auf 13 Prozent Ende der 70er Jahre. Die amerikanischen Konzerne reagierten darauf mit einer Offensive gegen die Gewerkschaften, kombiniert mit einer gewissen Verlagerung der Produktion in Niedriglohnländer. Zwischen 1977 und 1994 stieg der Gesamtwert der Industrieanlagen in Ländern der Dritten Welt, die im direkten Besitz von US-Firmen waren, auf das Fünffache.

Mitte der 70er Jahre brauchte das sogenannte japanische „Wirtschaftswunder" ganz offensichtlich weiteren göttlichen Beistand, weil die Profitabilität stark zurückging. Hierzu trugen eine Reihe von Faktoren bei: höhere Lohnkosten, weil praktisch Vollbeschäftigung herrschte, der drastische Anstieg der Ölpreise, protektionistische Maßnahmen in den USA und Westeuropa. Der eigentliche Grund aber war das, was Marx im dritten Band des Kapitals analysiert hat: Die schnelle Akkumulation bewirkt ein Sinken der Profitrate, weil das zusätzliche Kapital nicht eine entsprechende Steigerung des Mehrwerts nach sich zieht. Im Falle Japans fiel die Profitrate von 23 Prozent in den 60er Jahren auf 15 Prozent in der zweiten Hälfte der 70er Jahre.

Daher entschlossen sich auch die Keiritsu dazu, die Produktion ins Ausland zu verlagern. Die japanischen Direktinvestitionen in Ostasien schössen von 100 Millionen Dollar pro Jahr am Anfang der 60er Jahre auf *2,7 Milliarden* pro Jahr Ende der 80er Jahre in die Höhe. Matsushita ließ nun viele seiner Fernsehgeräte und Klimaanlagen in Malaysia fertigen, Yamaha seine Sportgeräte in Taiwan, Minebea seine Miniaturkugellager in Singapur und Thailand, TDK seine Magnetbänder in Taiwan und Südkorea usw.

Trotzdem gab es in den 80er Jahren aufgrund der Ungewißheiten des Kalten Krieges immer noch Einschränkungen für Investitionen des Westens und Japans in neokolonialen Ländern. Eine revolutionäre Massenerhebung oder auch nur eine Wahl oder ein Militärputsch hätten ein linksnationalistisches Regime hervorbringen können, das von Moskau unterstützt würde. Eine politische Grundvoraussetzung für den gegenwärtigen Triumph der kapitalistischen „Globalisierung" war das Zurückweichen der Sowjetmacht unter Gorbatschow Ende der 80er Jahre, dem die konterrevolutionäre Zerstörung der Sowjetunion 1991/92 folgte. Es war zum Beispiel kein Zufall, daß der Sturz des radikal-nationalistischen Sandinista-Regimes 1990 in Nicaragua, der den von Washington organisierten Contrakrieg zum Abschluß brachte, mit dem Beginn eines massiven Investmentbooms von US-Banken und -Konzernen in Mexiko zusammenfiel. Gleichzeitig eröffnete die kapitalistische Konterrevolution im Sowjetblock eine riesige neue Sphäre der Ausbeutung, besonders für den deutschen Imperialismus. Vor vier oder fünf Jahren frohlockte ein Sprecher der deutschen Industrie: „Direkt vor unserer Haustür in Osteuropa haben wir zum erstenmal einen riesigen Pool von billigen und gut ausgebildeten Arbeitskräften."

Die multinationalen Konzerne und der Nationalstaat

Ich möchte hier einige weitverbreitete falsche Vorstellungen über das, was man jetzt die „Globalisierung" des Kapitalismus nennt, auseinandernehmen. Daß sie so weitverbreitet sind, liegt daran, daß sie von allen Seiten des politischen Spektrums propagiert werden - von der Rechten des „freien Marktes", von linken Liberalen und Sozialdemokraten, besonders von der Gewerkschaftsbürokratie, und von selbsternannten Marxisten wie den politischen Banditen von David Norths Socialist Equality Party (in Deutschland die Partei für soziale Gleichheit).

Eine dieser falschen Vorstellungen ist die, daß große Industriekonzerne und Banken mittlerweile keine starke Verbindung mehr zu einem besonderen Nationalstaat haben, sondern statt dessen über und zwischen den Nationalstaaten operieren, gleichgültig gegenüber deren jeweiligem Zustand. So behauptete der amerikanische liberale Ökonom Charles Kindleberger: „Der internationale Konzern hat kein Land, dem er eine größere Loyalität schuldet als irgendeinem anderen, und auch kein Land, wo er sich vollständig zu Hause fühlt" (zitiert in: *California Management Review*, Winter 1992).

Dies ist völlig falsch, was leicht bewiesen werden kann. Wenn große Konzerne wirklich multinational oder transnational wären, dann sollte man erwarten, daß ihre Eigentümer und Topmanager aus vielen verschiedenen Ländern stammen würden. Aber so läuft es nicht. Es gibt keine Nicht-Amerikaner im Vorstand von Exxon, General Motors oder Ford; es gibt keine Nicht-Deutschen im Vorstand von Siemens oder der Deutschen Bank; es gibt keinen Nicht-Japaner im Vorstand von Toyota, Nissan oder Honda. Der Unterschied zwischen internationalen Geschäften und nationalen Eigentümern läßt sich im Extremfall am Schweizer Nestlé-Konzern zeigen. Während sich 95 Prozent seines Anlagevermögens außerhalb der Schweiz befinden, sind 97 Prozent seiner Aktionäre Schweizer Bürger. General Motors, Siemens und Toyota sind *nationale* Firmen mit internationalen Geschäften. Sie sind nicht multinationaler oder transnationaler, als es die British East India Company war, die die koloniale Eroberung Indiens im 18. Jahrhundert organisiert und durchgeführt hat.

Zweitens haben nicht alle Geschäftsfelder eines Großkonzerns die gleiche strategische Bedeutung. Die Profitabilität vieler Großkonzerne hängt von technologischen Innovationen ab. Dies gilt besonders für die Firmen, die zum „militärisch-industriellen Komplex" gehören, wie es der ehemalige republikanische Präsident Dwight D. Eisenhower nannte. Der riesige US-Flugzeughersteller Boeing läßt einige Teile für seine Flugzeuge in China produzieren. Aber er *entwirft* seine Flugzeuge nicht in China, und wenn sein Management je versuchen sollte, das zu tun, dann würde die US-Regierung das verhindern. Der größte amerikanische Chemiekonzern, Du Pont, hat jetzt 35 Prozent seines Anlagevermögens außerhalb der USA, aber 90 Prozent seiner Forschung und Entwicklung werden *innerhalb* seines eigenen Nationalstaates durchgeführt. Eine Untersuchung von 20 großen deutschen multinationalen Konzernen ergab in den 80er Jahren, daß sich fast 90 Prozent ihrer Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen in Deutschland befanden. Wenn die großen deutschen Chemiekonzerne nicht bereit sind, Forschungslabors in den Nachbarländern Frankreich oder Holland aufzubauen, dann werden sie sie ganz sicher nicht in die Türkei oder nach Brasilien verlagern.

Eine andere weitverbreitete falsche Vorstellung ist die, daß die sogenannten multinationalen Konzerne die weltweite Integration des industriellen Fertigungsprozesses erreicht hätten. Der australische Führer der North-Anhänger, Nick Beams, informiert uns, daß sich „die Globalisierung auf die Internationalisierung des Kreislaufs des Produktivkapitals bezieht". Im Gegensatz zu David North und Nick Beams sind die Männer, die General Motors, Toyota oder Volkswagen leiten, nicht so dumm, ein System zu schaffen, wo ein paar tausend Arbeiter in unstabilen Ländern der Dritten Welt ihren gesamten Produktionsprozeß international stören können.

Man stelle sich vor, General Motors und Toyota hätten-

zehn Werke in zehn verschiedenen Ländern, die jeweils eine Schlüsselkomponente für ihre Autos produzieren. Ein Streik von 2000 Arbeitern in Mexiko oder Indonesien könnte dann die gesamte weltweite Produktion der beiden größten Autohersteller der Welt zum Erliegen bringen. Ein paar Autofabriken gibt es in den USA, die eine derartige wirtschaftliche Hebelwirkung für Nordamerika haben. Vor rund einem Jahr traten 3000 Arbeiter einer Bremsenfabrik im amerikanischen Mittleren Westen in den Streik, und innerhalb von zwei Wochen kam die gesamte Produktion von General Motors in Nordamerika zum Stillstand. Das riesige Volkswagenwerk in Brasilien zum Beispiel produziert keine wichtigen Teile für die Autos, die in Wolfsburg in Deutschland hergestellt und in ganz Europa verkauft werden. In Brasilien werden Autos zusammengebaut, für die einige Teile aus Deutschland importiert werden, und sie werden dann in Brasilien und dem übrigen Lateinamerika verkauft.

Für die Wiederschmiedung der Vierten Internationale!

Ich möchte mit dem gleichen Punkt schließen, mit dem ich angefangen habe. Die Sicherheit von Auslandsinvestitionen ist nur so groß wie die Stärke des Staates, der sie beschützt. Und dies setzt der Bereitwilligkeit der imperialistischen Bourgeoisien, die Industrieproduktion zu „globalisieren", bestimmte Grenzen. In der Mitte des 19. Jahrhunderts, als Britannien den Weltmarkt für Industriegüter dominierte, proklamierten britische Kapitalisten und ihre Ideologen die Doktrin des „Freihandels", als wäre dies das elfte Gebot, das Moses auf dem Berg Sinai von Jehovah übergeben worden sei.

Doch zu Beginn dieses Jahrhunderts konnten die deutschen Industriellen ihre britischen Rivalen selbst auf dem britischen Markt zurückdrängen. Deshalb schlug in der britischen herrschenden Klasse die Stimmung um, und einflußreiche Sektoren traten nun für Importprotektionismus ein. Einer seiner Befürworter, W. S. Hewins, argumentierte:

> „Angenommen, eine Industrie, die bedroht ist [durch ausländische Konkurrenz], hat zentrale Bedeutung für unsere nationale Verteidigung, wo wären wir dann? Man käme nicht weiter ohne eine Eisenindustrie, einen leistungsfähigen Maschinenbau, denn im modernen Kriegswesen würde man keine Mittel für die Produktion haben und könnte unsere Flotten und Armeen nicht effizient aufrechterhalten... Es ist vorstellbar, daß unter Bedingungen eines strikten und gnadenlosen internationalen Wettbewerbs die großen Industrien Englands auf sehr wenige reduziert werden würden. Warum sollten wir nicht alle zu Finanziers der einen oder anderen Art werden, weil wir im Finanzwesen stärker sind als andere Völker? Aber man kann weder eine Nation noch ein Weltreich aus Finanziers aufbauen." (Zitiert in Paul M. Kennedy, „The Rise of Anglo-German Antagonism, 1860-1914" [Das Anwachsen des anglo-deutschen Antagonismus, 1860-1914], 1987)

Jede Ausgabe der *AFL-CIO News,* der offiziellen Zeitung der amerikanischen Gewerkschaftsbürokratie, sagt im großen und ganzen dasselbe. Und das gilt auch für andere Bürokratien der Arbeiterbewegung in imperialistischen Ländern, zum Beispiel für die Kommunistische Partei Frankreichs. Das ist es, was Lenin „Sozialchauvinismus" oder „Sozialimperialismus" genannt hat, die Doktrin, daß die Arbeiterklasse ein Interesse an der Stärke ihres „eigenen" imperialistischen Staates habe, an der Fähigkeit ihres „eigenen" imperialistischen Staates, das Herausholen von Mehrwert aus dem Rest der Welt zu maximieren.

„Globalisierung" oder „Neoliberalismus", wie man es auch nennt, ist eine oberflächliche und vorübergehende ideologische Mode, für die heute die offiziellen Sprecher des Finanzkapitals eintreten, das vom IWF und der Weltbank repräsentiert wird. Aber dies ist *nicht* die einzige Art von bürgerlicher Ideologie, mit der wir es zu tun haben und zu tun haben werden. Ganz und gar nicht. Es ist wichtig, nicht zu vergessen, daß die faschistische Massenpartei in Frankreich, der Front National von Le Pen, gegen eine gemeinsame europäische Währung ist, wie sie im Maastrichter Vertrag festgelegt wurde. Der bekannteste Sprecher der „respektablen" Ultrarechten in den USA, Pat Buchanan - der sich in einem klerikal-faschistischen Regime wie zu Hause fühlen würde -, ist gegen das nordamerikanische Freihandelsabkommen, das er dafür anprangert, daß es zur Verarmung der amerikanischen arbeitenden Bevölkerung führen würde.

Die Mobilmachung der Arbeiterklasse der Vereinigten Staaten, Deutschlands und Japans für einen neuen imperialistischen Weltkrieg wird nicht im Namen des Freihandels, der Währungskonvertibilität, der internationalen Mobilität des Kapitals oder der Globalisierung der Produktion erfolgen. Sie wird erfolgen im Namen von Nationalismus, Rassismus, „dem Recht der Macht, dem Recht der Stärke". Den arbeitenden Menschen wird von ihren kapitalistischen Herrschern erzählt werden, daß andere Völker sie töten und ausrauben werden, wenn sie nicht andere Völker töten und ausrauben. Wir sollten also besser verstehen, was wir zu erwarten haben, um dagegen effektiver ankämpfen zu können.

Besonders in den USA, Deutschland und Frankreich wird bei einer größeren Wirtschaftsflaute das Programm der Faschisten und der Ultrarechten für solche Schichten wie kleine Geschäftsleute, extrem rückständige Arbeiter, arbeitslose und lumpenproletarische Jugendliche attraktiv werden. Es würde mich überhaupt nicht überraschen, wenn in der nächsten Zeit Faschisten und Ultrarechte gegen die Welthandelsorganisation, den IWF und dergleichen protestieren, weil sie in ihnen die Agenten der „internationalen zionistischen Verschwörung" sehen, und es vielleicht bei Protesten nicht belassen. Wie August Bebel, Gründer und Führer der marxistischen Arbeiterbewegung im Deutschland des 19. Jahrhunderts, gesagt hat: .Antisemitismus ist der Sozialismus des dummen Kerls."

Wie werden wir also damit umgehen? Natürlich wollen wir Mobilisierungen, die sich auf die Arbeiterbewegung stützen, um die Faschisten auf der Straße zu schlagen, und internationale Aktionen auf Gewerkschaftsebene unterstützen und dafür Propaganda machen und uns, wenn möglich, daran beteiligen. Aber unsere Antwort kann nicht in erster Linie auf der Ebene von gewerkschaftlicher Militanz liegen. Wir müssen den „Sozialismus des dummen Kerls" mit dem „Sozialismus der Weisen" beantworten. Dies bedeutet, unser *vollständiges Programm* - Vereinigte Sozialistische Staaten von Europa, eine sozialistische Weltordnung, internationale Wirtschaftsplanung auf der Basis des höchsten Niveaus von Wissenschaft und Technologie - in den Vordergrund zu stellen. Es gibt heute allein in Europa Millionen von gut ausgebildeten Jugendlichen, die arbeitslos sind. In einer Wirtschaftskrise bleiben die produktiven Ressourcen in riesigem Ausmaß ungenutzt. Dazu kommt die wachsende Gefahr eines neuen imperialistischen Weltkriegs. Unsere Antwort - und die einzige Antwort - auf all das sind neue Oktoberrevolutionen im Weltmaßstab. Und das ist der Grund, warum wir für die Wiederschmiedung von Trotzkis Vierter Internationale als der Weltpartei der sozialistischen Revolution kämpfen.

Übersetzt aus Workers Vanguard
Nr. 686, 13. März, und Nr. 687, 27. März 1998

Gruppe Arbeitermacht...

Fortsetzung von Seite 15

Verteilung regelt, solange es noch Mangel gibt.

Trotzki bemerkte, daß selbst in einem fortgeschrittenen Industrieland wie Amerika ein Arbeiterstaat nicht sofort die Bedürfnisse aller befriedigen könnte: „Sofern der Staat, der sich die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft zur Aufgabe macht, gezwungen ist, mit Zwangsmethoden Ungleichheit, das heißt materielle Vorteile einer Minderheit aufrechtzuerhalten, bleibt er noch immer in gewissem Grade ein .bürgerlicher' Staat, wenn auch ohne Bourgeoisie."

Die GAM ist gezwungen anzuerkennen, daß Trotzkis Hinweise auf die „bürgerlichen Verteilungsnormen" in der Sowjetunion nicht bedeuteten, daß er die UdSSR für einen „bürgerlichen Staat" hielt. Hierüber greifen sie Trotzki scharf an und schreiben, daß „das Erbe Trotzkis zur Frage der Klassencharakterisierung der Staatsmaschine in der UdSSR selbst zweideutig ist. Nirgends deutete er klar auf die Tatsache hin, daß, abstrahiert von den Eigentumsverhältnissen, die die Bürokratie verteidigt, diese Staatsmaschine bürgerlich war." Tatsächlich könnte oder würde kein Marxist den Klassencharakter des Staates unabhängig von den Eigentumsverhältnissen, die dieser verteidigt, betrachten! Nur für kleinbürgerliche Vulgärdemokraten wie Gruppe Arbeitermacht ist die Frage der Eigentumsverhältnisse eine Abstraktion!

Trotzki argumentierte in seiner Polemik von 1937 gegen Burnhams Auffassung, wonach die Sowjetunion „weder proletarischer noch bürgerlicher Staat" sei: Der Klassencharakter des Staates „kann nur durch das Einwirken revolutionärer oder konterrevolutionärer Gewalt auf die Eigentumsverhältnisse" verändert werden. Des weiteren räumt Trotzki ein, daß es *vorübergehende* Situationen gibt, in denen Wirtschaft und Staat im Widerspruch stehen: „Während der ersten Monate des Sowjetregimes herrschte das Proletariat über eine bürgerliche Ökonomie... Im Falle einer erfolgreichen bürgerlichen Konterrevolution in der UdSSR müßte sich die neue Regierung für eine längere Zeitspanne auf die nationalisierte Wirtschaft stützen. Was bedeutet dann aber ein derartiger zeitweiliger Gegensatz zwischen Staat und Wirtschaft? Er bedeutet *Revolution* oder *Konterrevolution."*

Der Sieg der Jelzin-Konterrevolution in der UdSSR führte genau zu einer solchen Situation. Aber GAM/WP argumentierten, daß einiges an Industrie in den Händen des Staates verblieben war, und charakterisierten lächerlicherweise die frühere Sowjetunion als einen „todgeweihten Arbeiterstaat". Im Kern leitete sich WPs Auffassung von „Arbeiterherrschaft" vom britischen Labourismus ab, der „Sozialismus" gleichsetzt mit der Verstaatlichung der „Kommandohöhen der Wirtschaft" unter einer *kapitalistischen* parlamentarischen Demokratie.

Gruppe Arbeitermacht versus Trotzki über die Sowjetarmee

Bei dem Versuch, ihre „Unterstützung" für die bolschewistische Revolution auf der Basis rein demokratischer Überlegungen zu rechtfertigen, legt Workers Power großen Wert darauf, eine auf einem Milizsystem basierende Rote Armee einem stehenden Heer gegenüberzustellen. Um dies tun zu können, präsentieren sie verworrene und in sich widersprüchliche Schilderungen dessen, was in der Oktoberrevolution passiert ist. Eine dieser Versionen zitiert Trotzki: „Die Oktoberrevolution ließ vom Zarenheer keinen Stein auf dem anderen. Die Rote Armee wurde von Grund auf neu gemauert" *(Verratene Revolution).* Dem folgt die Behauptung der GAM, daß die Bolschewiki die zaristische Armee nur reformiert hätten:

„Doch fast unmittelbar nach der Revolution fanden sie sich in einem Bürgerkrieg wieder, und die Norm mußte mit der vorgefundenen und ererbten Realität - mit zaristischer Armee, ihren Rängen und ihrer personellen Ausstattung - einen Kompromiß eingehen. Trotzki mußte diese Armee einsetzen. Als nächstbeste Lösung unterstellten sie die Armee der Arbeiterkontrolle - durch Parteikommissare, die die Generäle überwachten etc."

Dies läuft darauf hinaus zu leugnen, daß der kapitalistische Staat zerschlagen und durch eine neue Staatsmacht ersetzt wurde, die Diktatur des Proletariats. GAM stellt fälschlicherweise Trotzki, den Organisator der Roten Armee, als Befürworter eines reinen Milizsystems dar. Aus dem gleichen Grund, weshalb der Staat nicht über Nacht „absterben" konnte, konnte die Sowjetrepublik nicht das stehende Heer durch ein Milizsystem ersetzen. In *Verratene Revolution* weist Trotzki darauf hin, daß das Miliz- (oder Territorial-) System ein „hohes wirtschaftliches Fundament" erfordert, das man innerhalb der Grenzen der Sowjetunion nicht erreichen konnte. Er schrieb: „Wären die notwendigen materiellen Voraussetzungen vorhanden, das Territorialheer stünde der Kasernenarmee nicht nur nicht nach, sondern würde sie bei weitem übertreffen. Die Sowjetunion muß ihre Verteidigung teuer bezahlen, da sie für das billigere Milizheer nicht reich genug ist." Aber Trotzki forderte nie die Abschaffung der regulären Sowjetarmee, was gleichbedeutend gewesen wäre mit der Forderung nach Entwaffnung des degenerierten Arbeiterstaats, der mit den imperialistischen Mächten konfrontiert war.

Während WP in *The Degenerated Revolution* zumindest (in Worten) die Notwendigkeit eines stehenden Heeres zur Verteidigung des sowjetischen Arbeiterstaates gegen Angriffe anerkannte, argumentieren sie heute, „die Formulierung, daß das stehende Heer der stalinistischen Kaste einen Doppelcharakter habe - *flls Instrument der bürokratischen Tyrannei so wie der Verteidigung'* - gibt den Stalinisten einen viel zu großen Bonus, vor allem, wenn wir das alles im Lichte der Ereignisse seit 1989 sehen". Kurz gesagt, Workers Power kann keinen Klassenunterschied erkennen zwischen der sowjetischen Armee und den Streitkräften des Imperialismus. Was die Ereignisse seit 1989 angeht, so war es Workers Power, die sich der Forderung der westdeutschen Imperialisten nach Rückzug der sowjetischen Truppen aus Ostdeutschland anschlössen. Der Abzug dieser Truppen durch Gorbatschow war ein integraler Bestandteil vom Ausverkauf des ehemaligen ostdeutschen deformierten Arbeiterstaates.

Trotzki beschrieb die Wiedereinsetzung des Offizierkorps und der Kosaken als „eine der krassesten Erscheinungen des Thermidor". Er kritisierte vernichtend Stalins Desorganisierung der sowjetischen Streitkräfte und die Enthauptung der militärischen Führung am Vorabend des Zweiten Weltkriegs. Dennoch betonte Trotzki zur Zeit des Hitler-Stalin-Pakts in „Die UdSSR im Krieg" (1939), daß die Pflicht für Bolschewiki-Leninisten klar sei, wenn Hitler seine Armeen gegen die Sowjetunion richte:

„In diesem Falle werden die Anhänger der Vierten Internationale, ohne ihre Einstellung zur Kreml-Oligarchie im geringsten zu ändern, die militärische Abwehr Hitlers zur vordringlichsten Aufgabe des Augenblicks machen. Die Arbeiter werden sagen: ‚Wir können nicht Hitler den Sturz Stalins überlassen; das ist *unsere* Sache.' Während der militärischen Auseinandersetzungen mit Hitler werden die revolutionären Arbeiter sich bemühen, möglichst enge kameradschaftliche Beziehungen zu den einfachen Soldaten der Roten Armee herzustellen. Die Bolschewiki-Leninisten werden Hitler einen Schlag erteilen und zugleich revolutionäre Propaganda gegen Stalin machen und so seinen Sturz als nächste, möglichst baldige Etappe vorbereiten."



Keystone

John Sadovy

Als sich 1956 in Ungarn bei der politischen Revolution das Proletariat erhob, spaltete sich die stalinistische bürokratische Kaste, Oberst Pal Maleter (rechts) schloß sich den Arbeitern an

Trotzki ließ keinen Zweifel daran, welche Klasse die Bürokratie stürzen sollte - das Proletariat. Wie er in „Weder proletarischer noch bürgerlicher Staat?" schrieb: „Stalin dient der Bürokratie und damit auch der Weltbourgeoisie; aber er kann der Bürokratie nicht dienen, ohne das soziale Fundament zu erhalten, das die Bürokratie in ihrem Interesse ausbeutet... Jedoch organisiert er diese Verteidigung mit Methoden, die den Zusammenbruch der gesamten Sowjetgesellschaft vorbereiten. Eben darum muß die Stalinclique gestürzt werden. Aber nur das revolutionäre Proletariat kann sie stürzen. Den Imperialisten kann diese Aufgabe nicht anvertraut werden." Diese Aufgabe den Imperialisten und anderen konterrevolutionären Kräften anzuvertrauen ist genau das, was die GAM getan hat.

Gruppe Arbeitermacht und der Mythos des „stalinistischen Staates"

Die Beschreibung, die WP vom Sturz des Kapitalismus in Osteuropa liefert, ist zutiefst revisionistisch: „Nach dem Zweiten Weltkrieg übernahm die stalinistische Bürokratie einfach den alten Apparat der politischen Beherrschung, anstatt den kapitalistischen Staat zu zerschlagen, und transformierte bzw. säuberte seine Strukturen ... mittels bürokratischer, militärischer und polizeilicher Maßnahmen. In der ersten Periode wurde dieser Staat unter Kontrolle der Stalinisten dazu eingesetzt, den Kapitalismus zu verteidigen und wiederaufzubauen, und später wurde dieselbe Staatsmaschine als Hebel zur wirtschaftlichen Enteignung der Bourgeoisie verwendet." Wie wir schon gesagt haben, ist die Vorstellung, daß der bürgerliche Staat übernommen und zur Enteignung der Bourgeoisie benutzt werden kann, durch und durch reformistisch.

Im Falle von Osteuropa während der Nachkriegszeit war die Sowjetarmee - die Armee eines degenerierten Arbeiterstaates - die entscheidende militärische Kraft, die „besonderen Formationen bewaffneter Menschen", die die Nazi-Kriegsmaschine zerschlagen hat. Angesichts der imperialistischen Feindseligkeit und des beginnenden Kalten Krieges - speziell in Form des Marshall-Plans für Westeuropa - enteigneten die sowjetischen Besatzungstruppen die jeweiligen einheimischen Kapitalisten und schufen bürokratisch deformierte Arbeiterstaaten. Ebenso gelang es in Jugoslawien, China, Vietnam und Kuba kleinbürgerlichen Guerillakräften unter außergewöhnlichen Umständen, deformierte Arbeiterstaaten zu errichten, die qualitativ dem degenerierten sowjetischen Arbeiterstaat entsprachen. Aber in jedem dieser Fälle wurde der bürgerliche Staat zerschlagen (siehe *Marxist Bulletin* Nr. 8, „Cuba and Marxist Theory", veröffentlicht von der Spartacist League/U.S.).

Wenn die GAM den Begriff „stalinistische Staatsmaschine" benutzt, ist dies einfach nur eine obskure Version von Tony Cliffs Position, daß die stalinistische Bürokratie eine neue herrschende Klasse sei. Im Gegensatz hierzu war es Trotzkis Verständnis, daß die Bürokratie eine zutiefst widersprüchliche Kaste war, die sich auf proletarische Eigentumsformen stützte, während sie gleichzeitig als Transmissionsriemen für den Druck des Weltimperialismus diente, indem sie diese Errungenschaften unterminierte.

Workers Power fälscht die Geschichte für ihre Zwecke, wenn sie sagen, die ungarische politische Revolution von 1956 „zeigte, daß die herrschende Kommunistische Partei, die Armee, die Geheimpolizei und die staatliche Verwaltung als Agenten der Repression gegen jeglichen Versuch der Arbeiterklasse handeln würden, ihre eigene Kontrolle über einen Staat zu errichten, der sich proletarisch nannte". In Wirklichkeit zeigte Ungarn 1956, daß die Bürokratie eine fragile, widersprüchliche Kaste war, denn die Revolte der Arbeiter zog die Mehrheit der einfachen Soldaten der

Fortgesetzt auf Seite 28

SPARTACIST

Theoretische und dokumentarische Quellensammlung der IKL

Deutsche Ausgabe
Nr. 16, Herbst 1994

Analyse des Stalinismus und Lehren aus dem Zusammenbruch der stalinistischen Herrschaft in DDR und Sowjetunion

DM 2,- zuzüglich Porto

Bestellt bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 5 55, 10127 Berlin
Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/M., BLZ 50010060



Gruppe Arbeitermacht...

Fortsetzung von Seite 27

Armee und der Kader der Kommunistischen Partei mit sich. Im Unterschied zur polnischen Solidarnosc zu Beginn der 80er Jahre *verteidigten* die ungarischen Arbeiter *explizit* die verstaatlichte Planwirtschaft und errichteten nach dem Vorbild der Sowjets Arbeiterräte und Arbeitermilizen in allen wichtigen Industriezentren.

Der Kreml mußte zwei Wellen von Truppen hineinschicken, denen man erzählte, daß sie eingesetzt würden, um anglo-französische Imperialisten oder Faschisten niederzuschlagen. Eine erste Welle von russischsprachigen Einheiten mußte abgezogen werden, nachdem die ungarischen Arbeiter sich mit ihnen verbrüdert hatten und viele für ihre Sache gewinnen konnten. Das wesentliche Element, das fehlte, war eine bewußte proletarische Avantgardepartei, die den nationalistischen Vorurteilen und Illusionen in die Vereinten Nationen, die von liberalen Stalinisten wie Imre Nagy geschürt wurden, revolutionären Internationalismus hätte entgegensetzen können. Nur eine solche Partei, die von dem Programm der bedingungslosen militärischen Verteidigung der Errungenschaften aller degenerierten und deformierten Arbeiterstaaten ausgeht, hätte erfolgreich dafür kämpfen können, die Soldaten der Roten Armee auf ihre Seite zu ziehen im Kampf für eine politische Revolution in Ungarn und ganz Osteuropa und in der UdSSR.

Mehr als 30 Jahre später kamen die Widersprüche, die dem Stalinismus eigen sind, in der kapitalistischen Konterrevolution voll zum Durchbruch. Unter dem Druck des imperialistischen Weltmarkts führten die stalinistischen Bürokratien „Marktreformen" ein, was die Basis für die allumfassende Restauration des Kapitalismus legte. Trotzki warnte 1933 vor dieser Möglichkeit und schrieb:

> „Doch auch wenn diese schlimmste Variante der Entwicklung sich realisiert, wird die Frage, wo die an der Katastrophe Schuldigen zu suchen sind, von größter Bedeutung für die weitere Entwicklung des revolutionären Kampfes sein. Auf die revolutionären Internationalisten darf nicht die geringste Schuld fallen. In der Stunde der tödlichen Gefahr müssen sie auf der letzten Barrikade aushallen." („Der Klassencharakter des Sowjetstaats")

Im scharfen Gegensatz zu WP und dem Rest der Pseudolinken kämpfte die IKL in der Stunde der tödlichen Gefahr bis zum bitteren Ende, um die kapitalistische Konterrevolution in der Sowjetunion und Osteuropa zu besiegen. 1989/90 mobilisierten wir unsere Kräfte international, um die Führung für die beginnende politische Revolution in der DDR zu stellen und den Moloch der Konterrevolution zu stoppen, unter der Losung: „Für ein rotes Rätedeutschland als Teil der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!" Ende 1991 verteilten unsere Unterstützer in der Sowjetunion Zehntausende Flugblätter in russischer Sprache mit dem Aufruf: „Sowjetische Arbeiter: Zerschlagt die Konterrevolution von Jelzin und Bush!" Heute kämpfen wir dafür, das chinesische Proletariat für die dringend notwendige Perspektive einer proletarisch-politischen Revolution zu gewinnen, um dort die stürmische Offensive zur Restauration des Kapitalismus zu stoppen.

Der Untergang der degenerierten und deformierten Arbeiterstaaten in der UdSSR und Osteuropa ist letztlich die Verantwortung der stalinistischen Bürokratien, die diese Staaten unterminiert und jeden, auch nur den leisesten Anflug von revolutionärem Bewußtsein in der Arbeiterklasse zerstört haben. (Für eine weitergehende Analyse siehe *Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 16, Herbst 1994.) Als Marxisten verstehen wir, daß die Erhaltung der proletarischen Macht vom politischen Bewußtsein und der Organisierung der Arbeiterklasse abhängt. In der Sowjetunion waren die Traditionen der Oktoberrevolution systematisch aus dem Gedächtnis der Arbeiterklasse getilgt und durch den nationalistischen Horizont der Stalinisten ersetzt worden, die die Lüge vom „Sozialismus in einem Land" zu einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung machten, indem sie revolutionäre Möglichkeiten im Westen verrieten und dabei halfen, sie zu unterdrücken. Insofern sie überhaupt irgendeinen Einfluß hatten, tragen pseudolinke Gruppierungen wie Workers Power, die britische SWP oder das Vereinigte Sekretariat ihren Teil an Verantwortung für die politische Desorientierung des Proletariats.

GAM/WP haben nun die erforderlichen „theoretischen" Schlußfolgerungen aus ihrer streikbrecherischen Rolle gezogen und rückwirkend den sowjetischen degenerierten Arbeiterstaat mehr als sechs Jahrzehnte vor seiner Zerstörung abgeschrieben. Kurz nach ihrer Entstehung aus Cliffs Gruppe heraus vollzog WP in Britannien eine kurzlebige „Fusion" mit Scan Matgamnas pseudotrotzkistischer Gruppierung, die damals formal die Sowjetunion verteidigte. Um ihre Fusion zu rechtfertigen, taten beide Seiten die russische Frage als eine „zehntrangige Frage" ab. Als sich Matgamna dann immer tiefer in die Labour Party hinein liquidierte, wollte er folgerichtig nicht einmal mehr Lippenbekenntnisse zu Trotzkis Position in der russischen Frage abgeben, und er riet Workers Power, es genauso zu machen, wenn sie nicht dem Weg der fürchterlichen „Sparts" folgen wollten. Rund zwei Jahrzehnte später hat WP den zentristischen Kreis geschlossen und ist ganz offen zu ihren Urspüngen im „Dritten Lager" zurückgekehrt.

Die vollständige Zurückweisung des Bolschewismus, der Oktoberrevolution und der Diktatur des Proletariats durch diese Gruppen ist ein Ausdruck der enormen Auswirkung, die diese welthistorische Niederlage auf das Bewußtsein des Proletariats international hatte. Auch in unserer eigenen Partei mußten wir scharfe Kämpfe gegen die zersetzende Wirkung von dieser Periode der nachsowjetischen Reaktion führen. Der frühere Redakteur unserer amerikanischen Zeitung *Workers Vanguard,* Jan Norden, der sich später mit einer kleinen Clique anderer langjähriger Genossen absetzte und die Internationalist Group (IG) bildete, hatte auf eine „Umgruppierungs"-Orientierung auf die altersschwachen Überbleibsel der ehemaligen ostdeutschen stalinistischen Bürokratie gedrängt. Norden argumentierte, diese Ex-Stalinisten hätten noch „Bindungen" an den ehemaligen ostdeutschen deformierten Arbeiterstaat - *den sie selbst ausverkauft hatten!*

Seit die IG sich von unserer Organisation absetzte, hat sie sich dahin weiterentwickelt, daß sie Interventionen des Staates in Gewerkschaften in Brasilien entschuldigt und ökonomistischen Gewerkschaftskampf propagiert, um so durch die Hintertür Druck auf Sozialdemokraten in Westeuropa und „linke" bürgerliche Nationalisten in Lateinamerika auszuüben. Hinter der überschwenglichen Begeisterung der IG für gewerkschaftliche Militanz steht die gleiche Verunglimpfung der Oktoberrevolution wie bei der GAM et al. Der IG zufolge hatte die konterrevolutionäre Zerstörung der Sowjetunion eine derart geringe Bedeutung, daß sie angeblich keine Auswirkung auf das Bewußtsein des Proletariats hatte.

Wie Trotzki einmal feststellte: „Wer alte Positionen nicht verteidigen kann, wird niemals neue einnehmen." Wir stehen zu dem, was der amerikanische Trotzkist James P. Cannon erklärte: „Wir sind die Partei der Russischen Revolution." Wir kämpfen für den Aufbau leninistisch-trotzkistischer Parteien, die eine notwendige Voraussetzung dafür sind, revolutionäres Bewußtsein ins Proletariat hineinzutragen, um es neu zu bewaffnen und zu seiner historischen Aufgabe zu führen - *dem Kampf für neue Oktoberrevolutionen.*

Übersetzt aus Workers Hammer *Nr. 161, März/April 1998*

Balkan...

Fortsetzung von Seite 32

sind wütend darüber, daß es ihnen nicht gelingt, dem Pulverfaß Balkan Ordnung aufzuzwingen. Die herrschende Klasse der USA denkt genau wie ihr bluttriefender deutscher Rivale, sie könne die Völker der Welt nach Belieben terrorisieren, von den nach Kolonialmanier besetzten Ländern Somalia, Haiti und Panama bis zur Bombardierung von Ländern der Dritten Welt wie Libyen und Irak und jetzt zuletzt dem Sudan und Afghanistan. *Im Falle eines imperialistischen Angriffs muß die internationale Arbeiterklasse Serbien gegen die NATO/UNO-Kräfte verteidigen!*

Jahrelang wurden muslimische und kroatische Kräfte von den Imperialisten gegen die bosnischen Serben bewaffnet und aufgehetzt. Nach den Luftangriffen von 1995 erzwangen die NATO-Mächte einen „Friedensvertrag", der durch eine imperialistische Besatzungsstreitmacht überwacht wurde. Aber wie unsere Genossen der Spartacist League/U.S. damals warnten: „Der von den USA aufgezwungene Vertrag und die NATO-Besetzung werden zu noch mehr Blutvergießen führen und gleichzeitig den nationalistischen Haß unter den südslawischen Völkern weiter verhärten" *(Workers Vanguard,* 1. Dezember 1995). Durch direkte militärische Angriffe von Bundeswehr/NATO gegen Serbien droht jetzt ein noch größeres Ausmaß an Zerstörung und entsteht das Risiko, neue und vielleicht weiter um sich greifende Kriege zu entfesseln. Inzwischen haben die imperialistischen Strafmaßnahmen gegen Serbien, die 1992 eingeführt, nach dem Abkommen von 1995 eingeschränkt und dieses Frühjahr wieder verstärkt wurden, der Zivilbevölkerung schreckliches Leid gebracht - besonders alten Menschen, Kindern und Armen. Dieses Hungerembargo wurde auch von der PDS unterstützt, als „friedliche" imperialistische Alternative. *Nieder mit den imperialistischen Sanktionen gegen Serbien! Alle Bundeswehr/UNO/NATO-Kräfte raus aus dem Balkan, sofort!*

Kapitalistische Konterrevolution und nationalistischer Brudermord

Die vom Imperialismus geschürte kapitalistische Konterrevolution in der Sowjetunion und Osteuropa hat den Völkern auf dem Balkan ein allseitiges kommunalistisches Blutbad gebracht, das den ehemaligen deformierten Arbeiterstaat Jugoslawien entlang nationaler/kommunalistischer Linien auseinanderriß. Die Orgie des Blutvergießens in Bosnien, um dessen Territorium sich Serben, Kroaten und Muslime heftige Kämpfe liefern, zeichnete sich durch Zwangsumsiedlungen aus („ethnische Säuberungen" genannt), die von allen Seiten durchgeführt wurden. Wenn die Streitkräfte der bosnischen Serben für den Löwenanteil solcher kommunalistischer Greueltaten verantwortlich waren, dann nur deshalb, weil sie die überlegene Feuerkraft und historisch den größeren Teil des Landes hatten. Die Internationale Kommunistische Liga stellte sich in den ethnischen Bürgerkriegen, die 1991 im ehemaligen Jugoslawien ausbrachen, gegen *alle* konkurrierenden nationalistischen Kräfte. Gleichzeitig stellten wir uns gegen jede imperialistische Intervention auf dem Balkan.

Im Gegensatz zu Bosnien hat Kosovo eine größtenteils homogene Bevölkerung - 90 Prozent der zwei Milionen Einwohner sind ethnische Albaner. Seit Anfang März richtet die serbische Armee mörderische Angriffe gegen Dörfer im Kosovo, der südlichen Provinz Serbiens, mit dem Ziel, eine separatistische Rebellion der Befreiungsarmee des Kosovo (UCK) zu ersticken. Durch die Militärschläge wurden mehr als 300 Menschen getötet und etwa 80000 verloren ihr Zuhause, besonders entlang der albanischen Grenze, wo Milosevic eine Pufferzone errichten will, um den militärischen Nachschub an die nationalistischen Guerillas zu verhindern.

Wir verteidigen das Recht der von Albanern bewohnten Gebiete des Kosovo auf Selbstbestimmung - das heißt das Recht, sich von dem serbisch-chauvinistischen Regime in Belgrad abzutrennen. Sollten jedoch die Imperialisten wegen Kosovo eine militärische Intervention starten, wäre die Frage der Selbstbestimmung untergeordnet zu unserer militärischen Verteidigung Serbiens gegen die Bundeswehr/NATO-Kräfte. In jedem Fall geben wir der UCK, deren eigener mörderischer Nationalismus sich in wahllosen Angriffen gegen ethnische Serben widerspiegelt und die das Ziel hat, diese aus dem Kosovo zu vertreiben, keine politische Unterstützung. Eine Reihe von UCK-Führern kämpfte zuvor zusammen mit den muslimischen Kräften - die mit islamischen Fundamentalisten durchsetzt sind - gegen die Serben in Bosnien. Wir verteidigen das Recht der serbischen Minderheit, auf der Grundlage völliger Gleichheit im Kosovo zu leben. Und wir verteidigen nachdrücklich die Minderheit der Roma, die von allen Seiten chauvinistischen Greueltaten ausgesetzt sind.



AP

Kosovo-Albanerinnen und Kinder fliehen vor serbischen Angriffen

Das andauernde Aufflammen nationaler und ethnischer Kriege auf dem Balkan unterstreicht die Tatsache, daß nur eine Arbeiterrevolution den Teufelskreis des nationalistischen Abschlachtens in dieser blutgetränkten Region beenden kann, denn nur auf Basis einer vergesellschafteten Planwirtschaft, demokratisch verwaltet durch Organe der proletarischen Macht (Sowjets), können die nationalistischen Antagonismen, die der Kapitalismus hervorbringt, überwunden werden. Das Beispiel dafür ist die Erfahrung der bolschewistischen Revolution in Rußland 1917. Als Lenins Bolschewiki im Oktober 1917 die Arbeiter an die Macht führten, schufen sie die Basis dafür, daß die zahlreichen Nationalitäten, die im zaristischen Völkergefängnis unterdrückt worden waren; das Recht auf Selbstbestimmung erlangen konnten. Die Oktoberrevolution, die sich fest auf die Perspektive der internationalen proletarischen Revolution gründete, machte durch die Enteignung der Kapitalisten und Großgrundbesitzer den Weg frei zu wahrer sozialistischer Gleichheit.

Für eine Sozialistische Föderation des Balkans

Nationalistische Bürgerkriege gingen der kapitalistischen Konterrevolution, die den deformierten Arbeiterstaat

Fortgesetzt auf Seite 30

Balkan...

Fortsetzung von Seite 29

Jugoslawien zerstörte, direkt voraus und waren gleichzeitig ihr Nebenprodukt. Der Sieg von Titos kommunistischen Partisanen gegen die deutschen Nazis und gegen kroatische und serbische Nationalisten im Zweiten Weltkrieg führte zum Sturz des Kapitalismus und brachte den Völkern Jugoslawiens zwei Generationen von Frieden und relativer ethnischer Harmonie. Kosovo erhielt ein gewisses Maß an Eigenständigkeit und 1974 formale Autonomie. Dies bedeutete unter anderem, daß ethnische Albaner und Serben in gemeinsamen Schulen in ihrer jeweils eigenen Sprache unterrichtet wurden. Titos stalinistischer Nationalismus war jedoch diametral entgegengesetzt zum Kampf für die sozialistische Revolution in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern Westeuropas, die notwendig war, um auf dem relativ armen Balkan die ökonomische Basis für wirkliche nationale Gleichheit zu schaffen.

Von Beginn an war der jugoslawische Arbeiterstaat deformiert und wurde durch die Herrschaft der stalinistischen Bürokratie unterminiert. Das wurde durch die Einführung des „Marktsozialismus" verschärft, der Jugoslawien für eine zunehmende wirtschaftliche Durchdringung durch den Imperialismus öffnete und Ungleichheiten zwischen den verschiedenen Regionen verstärkte und vergrößerte. Als Ergebnis wurde ein wieder aufsteigender Nationalismus geschürt und der Konterrevolution der Weg gebahnt, in der Milosevic eine prominente Rolle spielte. An die Macht kam Milosevic in Serbien 1987 durch eine bösartig chauvinistische Kampagne gegen die Kosovo-Albaner, als er Kosovos Autonomie wieder aufhob und mehr als 140000 Albaner - darunter auch Lehrer - aus dem öffentlichen Dienst der Provinz raussäuberte. Unterricht in albanischer Sprache wurde unterdrückt, und ethnische Albaner waren gezwungen, Diskriminierung und Polizeibrutalität zu ertragen.

Ibrahim Rugova, ein Führer im Kosovo, den Bonn und Washington als „gemäßigt" preisen, ruft jetzt offen zu einer militärischen Intervention der NATO gegen Serbien auf, ebenso wie der albanische Ministerpräsident Fatos Nano. Nano ist selber eine Marionette der Imperialisten, oberster Verwalter der Besetzung Albaniens durch ein italienisches Expeditionskorps. Nano ruft jetzt dazu auf, daß NATO-Truppen Nordalbanien besetzen, das größtenteils unter der Kontrolle von Sali Berisha steht, früher Albaniens starker Mann, der letztes Jahr von der Macht verjagt wurde durch eine Rebellion, die durch eine massive Korruptionsmasche nach Art des „Schneeballsystems" provoziert wurde. Berisha hat inzwischen versucht, auf der Basis von albanischem Nationalismus ein Comeback zu starten, indem er die UCK sponsert, die ebenfalls eine NATO-Intervention unterstützt. Ein UCK-Führer sagte der *New York Times* (10. Juni): „Wenn NATO-Truppen in den Kosovo gehen, werden wir sie willkommen heißen und jede Vereinbarung respektieren, die mit ihnen abgeschlossen wird, aber in Albanien haben sie nichts zu suchen."



Spartakist

September 1995 in Berlin: Spartakisten protestieren gegen imperialistischen Angriff auf bosnische Serben

Tatsächlich sind die westlichen Imperialisten *gegen* eine Unabhängigkeit der Kosovo-Albaner. Sie fürchten, ein weiteres Zerbröckeln des Balkans entlang nationaler Linien könnte die ganze Region zur Explosion bringen. Trotz der vereinten Zurschaustellung der NATO-Macht im letzten Monat haben die Ereignisse im Kosovo die grundlegenden Unterschiede zwischen den rivalisierenden imperialistischen Mächten erhellt. Die Europäische Union besteht darauf, eine UN-Vollmacht für jedwede militärische Intervention im Kosovo zu erhalten, mit Ausnahme von Kriegsminister Ruhe und SPD-Kriegshetzern wie dem Außenpolitischen Sprecher Verbeugen, die um jeden Preis die Bundeswehr marschieren lassen wollen. Rußland dagegen, traditioneller Schirmherr der Serben, drohte damit, gegen jede Resolution des UN-Sicherheitsrates ein Veto einzulegen. Deutschland hat seine historische Rolle als imperialistischer Schirmherr Kroatiens und Sloweniens wieder eingenommen.

Der Vorstoß des wiedervereinigten Vierten Reichs in den Balkan wurde durch die von Deutschland durchgesetzte „Anerkennung" Sloweniens und Kroatiens eingeleitet, was zum Zerfall des deformierten jugoslawischen Arbeiterstaats und den „ethnische Säuberungen" genannten nationalistischen Gemetzeln führte. Diese Aktionen des deutschen Imperialismus erhielten von Zentristen wie der Gruppe Arbeitermacht und ihrer österreichischen Gruppe Arbeiter-Innenstandpunkt mit ihrer Kampagne „Arbeiterhilfe für Bosnien" politische Flankendeckung, als sie unter UN-Schutz Hilfsgüter an die muslimischen Kräfte transportierten. Mit ihrem Anschluß an den imperialistischen Kreuzzug für das „arme kleine Bosnien" rief die GAM sogar noch während der NATO-Bombardierung gegen die bosnischen Serben nach Bewaffnung der bosnisch-muslimischen Truppen! Jetzt fordern diese begeisterten UCK-Unterstützer „die diplomatische Anerkennung der unabhängigen Republik Kosova durch die Bundesregierung" *(Arbeiterinnenstandpunkt,* Mai 1998). Sie richten sich damit an Österreich, einen imperialistischen Staat (der gerade gegenüber dem Balkan eine Vorreiterrolle für die deutsche Bourgeoisie spielt), dessen revanchistische Interessen auf dem Balkan bruchlos von heute über das Nazi-Regime bis zum Völkergefängnis der Habsburger zurückreichen. Kein Wunder, daß die Zeitung *Arbeiterinnenstandpunkt,* die Mitte der 80er Jahre den Nazi-Kriegsverbrecher und österreichischen Bundespräsidenten Waldheim weißgewaschen hat, vom österreichischen Staat subventioniert wird.

Partner von Arbeitermacht bei der Bosnien-Hilfe zur Zeit der ersten Balkaneinsätze der Bundeswehr war die Gruppe Revolutionär Sozialistischer Bund (RSB). Am 15. Juni wirft dessen Politisches Sekretariat dem deutschen Kriegsminister Ruhe zum Anlaß des geplanten Kampfeinsatzes der Bundeswehr vor: „Weder sah er ihn [den Anlaß] in der Unterdrückung der Kurden in der Türkei, noch in der Erklärung des Ausnahmezustandes in Kosova 1981 und auch nicht in der Abschaffung der Autonomie Kosovas 1989..." *(Avanti,* Juli/August 1998). Das ist nichts anderes als eine offene Aufforderung an die Imperialisten zur Zerstörung des 1981 und 1989 noch existierenden deformierten

Arbeiterstaats Jugoslawien. Tatsächlich ist das Markenzeichen dieser Pabloisten, jegliche konterrevolutionäre Bewegung zu unterstützen - von den estnischen Waldbrüdern über die klerikale antisemitische Solidarnosc bis hin zu den Mudschaheddin in Afghanistan und Bosnien. Hört sich an, als wollten die politischen RSB-Sekretäre mit Möchtegern-Außenminister Joschka Fischer bei der Herstellung deutscher Ordnung in der Welt konkurrieren.

Die zunehmende Aggressivität, mit der die deutsche Bourgeoisie den Balkan für sich reklamiert, geht Hand in Hand mit rassistischem Herrenmensehentum gegen Slawen und besonders Albaner, wie die faschistischen Angriffe und Provokationen aus den deutschen SFOR-Truppen zeigen. Innerhalb Deutschlands veranstalten immer mehr BGS-Truppen tagtäglich eine Menschenjagd auf Flüchtlinge der imperialistischen Balkanpolitik: So wurden kürzlich sieben albanische Flüchtlinge in ihrem Kleintransporter zu Tode gehetzt und 22 verletzt. Gleichzeitig treibt die deutsche Bourgeoisie die Deportation von über 320000 Flüchtlingen voran. Ein großer Teil dieser Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien sind Roma sowie Familienangehörige der Arbeiter, die seit Jahren zusammen mit den türkischen und kurdischen Arbeitern eine strategische Stellung in den Schlüsselbetrieben haben. *Keine Abschiebungen! Volle Staatsbürgerrechte für alle, die hier sind!*

Die nationalistischen Konflikte auf dem Balkan sind ein Stolperdraht zum Krieg. Außer im Kosovo und in Albanien selbst ist die albanische Bevölkerung über Serbien, Griechenland und Makedonien verbreitet, wo die unterdrückte albanische Minderheit mehr als ein Viertel der Bevölkerung stellt. Jede „Lösung" für diese widersprüchlichen nationalen Interessen im Rahmen des Kapitalismus bringt unvermeidlich Ausweisungen, Zwangsumsiedlungen und Massenmord mit sich. Außerdem wäre das Auseinanderbrechen Makedoniens - das von tausend UN-Soldaten besetzt ist und von Nachbarn umgeben ist, die Anspruch auf sein Territorium erheben - ganz sicher ein Vorbote des Krieges. Unmittelbarer Auslöser der Balkankriege 1912/13 war eine Revolte der Albaner des Kosovo, deren Einnahme von Skopje, heute die Hauptstadt von Makedonien, den Balkan in seinem Zentrum destabilisierte. Die angrenzenden Staaten Bulgarien, Serbien, Griechenland und Montenegro stürzten sich in einem verrückten Anfall, Territorium zu erobern, in den Krieg. Dies war ein Vorspiel zum Ersten Weltkrieg.

Die Bourgeoisie posaunt heute den angeblichen „Tod des Kommunismus" hinaus, aber was verschwand, war der nationalistische Stalinismus, der am Ende die Völker Jugoslawiens - ebenso wie das übrige Osteuropa und die frühere Sowjetunion - zum kapitalistischen Schlachthof zurückzerrte. Die gerechte Lösung selbst der elementarsten nationalen und anderen demokratischen Rechte auf der Balkan-Halbinsel erfordert den gemeinsamen revolutionären Kampf der multiethnischen Arbeiterklasse, um alle konkurrierenden bürgerlich-nationalistischen Regime und das gesamte kapitalistische System hinwegzufegen. Dies erfordert die Schmiedung revolutionärer Arbeiterparteien, die imstande sind, die Massen von den nationalistischen Demagogen aller Seiten wegzugewinnen im Kampf für eine Sozialistische Föderation des Balkans als Teil der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa.«

Ostalgie...

Fortsetzung von Seite 3

die PDS-Zweitstimmen durch DVU-Wähler. Der PDS-Fraktionschef im Landtag von Sachsen-Anhalt versprach, etwas zu tun. Was? Genau wie CDU und SPD will die PDS die jugendlichen Nazi-Wähler dadurch zurückgewinnen, daß sie sich Aspekte des ausländerfeindlichen DVU-Programms „gegen das Großkapital" zu eigen macht.

Sie startete ihre Kampagne, die jugendlichen Wähler zurückzugewinnen, mit einer Kolumne der PDS-Kandidatin Ostrowski im *Neuen Deutschland* direkt am Tag vor dem 1. Mai, um Anti-Nazi-Demonstranten mit einer Dosis von sozialdemokratischem Rassismus zu begrüßen. Zwar vergießt sie Krokodilstränen, wenn „einem hiesigen Bauarbeiter" nicht in den Sinn kommt, „daß die ausländischen Kollegen z.T. weit unter dem Mindestlohn, häufig unter menschenunwürdigen Bedingungen, auch illegal, arbeiten", doch vorher stellt sie die rhetorische Frage: Kann man es ihm „verdenken, daß er die Wut kriegt, wenn er nicht zuletzt deswegen seine Arbeit verliert", weil „nicht wenige ausländische Beschäftigte auf dem Bau" arbeiten. „Also, seien wir die Stimme seines Protestes", lautet ihre Antwort.

Ostrowski prahlte zum ersten Mal 1994 über ihre Treffen mit Nazi-Führer Meyer von der Nationalen Offensive und über ihre „Übereinstimmung bei sozialen Forderungen", und sie wurde von ihrer PDS-Basis in Dresden lautstark verteidigt (siehe „Nazis/Skins sind rassistische Mörder, keine Gesprächspartner", *Spartakist* Nr. 112, Mai 1994).

Das PDS-Sprachrohr *Neues Deutschland* (31. Juli 1998) druckte eine Debatte mit dem Nazi Roland Wehl ab, in einer Reihe von Artikeln zum Thema „Wie national muß die Linke sein?". Angela Marquardt, die Sprecherin der AG Junge Genossinnen, lehnte einen Beitrag ab. Marquardt, eine enge Mitarbeiterin von Gysi, gilt kaum als eine Linke in der PDS, doch sie weiß, wo ihre Basis bei den Anti-Nazi-Jugendlichen ist, die die PDS als Stimmvieh einfangen will, selbst wenn sie die ostdeutschen Jugendklubs für „fehlgeleitete" Skinhead-Killer mit schwarzen Stiefeln organisiert.

Ellen Brombacher von der Kommunistischen Plattform nahm das Angebot zur „Debatte" an, was mich an die „rot"-braune Koalition in Rußland erinnert. Ihr Foto ist auf der gleichen Seite zu sehen wie das des Nazis, der als 41jährig, „Geschäftsführer ... Vater von sechs Kindern" vorgestellt wird und der die nationalistischen Werte der DDR lobt. Brombacher blutet das Herz:

> „Kürzlich kamen Skins in den Verein, in dem ich arbeite. Sie blickten finster, wollten aber nichts Böses. Einer mußte dringend auf Toilette, ein ideologieübergreifender Vorgang. Mit dem anderen unterhielt ich mich: Lehrstellensuche, Scheißsystem. Aber nicht wegen der Jagd nach dem Profit, sondern weil es so viele Ausländer zuläßt, so der Skin." *(Neues Deutschland,* 31. Juli)

Das ist angeblich der „linke Flügel" der PDS - ein Attraktionspol für Pseudotrotzkisten wie die Mehrheit der ehemaligen Münchener Ortsgruppe des Revolutionär Sozialistischen Bundes (RSB), die sich in die PDS/KomPlatt aufgelöst hat. Die Kommunistische Plattform wurde Ende 1989 gegründet, auf Initiative von Gysi, um der Stimmung in der damaligen SED, eine neue Kommunistische Partei zu gründen, entgegenzuwirken.

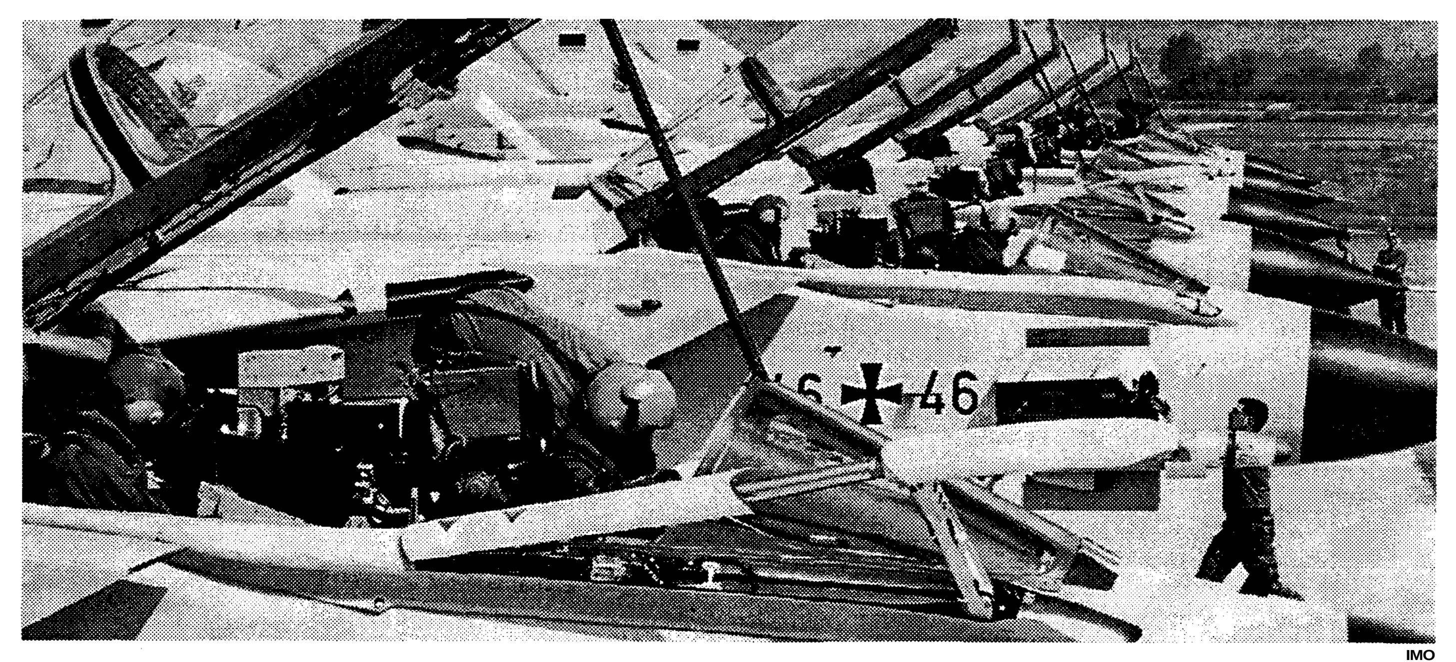
Während es also eine Klassenlinie zwischen der DDR, nicht als antifaschistischem Staat (was die stalinistische Konzeption ist), sondern als bürokratisch deformiertem Arbeiterstaat, und dem deutschen Imperialismus gab, gibt es diese Klassenlinie zwischen den „positiven Erinnerungen an die DDR" („Ossi"-Nationalismus) und dem großdeutschen Nationalismus nicht!

Trotzki hatte Recht! Über faschistischen Völkermord gibt es nichts zu debattieren! Keine erbärmlichen Appelle an den kapitalistischen Staat, der die faschistischen „Kettenhunde" hervorbringt und schützt! Keine kriecherische Wahlunterstützung für die stalinistischen Überreste, die die DDR ausverkauft haben und inzwischen im M) vor Nazi-Mördern den Hut ziehen.

Mit kommunistischen Grüßen
Steffen

SPARTAKIST

Bundeswehr/NATO/UNO: Raus aus dem Balkan!


IMO

Faktische große Koalition von CDU/SPD giert nach Militärschlag, bringt Luftwaffe gegen den Balkan in Stellung

Mitte August führten die Bundeswehr und die anderen Mitglieder der imperialistischen „Kontaktgruppen" einschließlich Rußlands ein fünftägiges Gefechtsmanöver in Albanien an der Grenze zum Kosovo durch. Bereits im Juni donnerten mehr als 80 Kampfflugzeuge aus 13 NATO-Ländern über Makedonien und Albanien hinweg. Zweck dieser „Übung", die ganz knapp vor den Grenzen Jugoslawiens stoppte, war eine offene Drohung mit imperialistischem Terror gegen dieses Land. Es war die größte Mobilmachung der NATO-Militärmacht auf dem Balkan seit der mörderischen Kampagne von Luftangriffen gegen bosnische Serben im Sommer 1995. Verteidigungsminister in Washington und in europäischen Hauptstädten debattieren offen über geplante Luftangriffe gegen das von Serben dominierte Jugoslawien und über eine Intervention durch Bodentruppen für den Fall, daß Jugoslawiens Präsident Slobodan Milosevic nicht die militärische Unterdrückung gegen ethnische Albaner in der Provinz Kosovo beendet. Volker Ruhe, der Verteidigungsminister des imperialistischen Deutschlands - das im Zweiten Weltkrieg unter den Nazis Jugoslawien besetzte - erklärte provokativ, NATO-Bombardierungen würden sich nicht auf den Kosovo beschränken, sondern „ausgewählte Ziele in der gesamten Föderativen Republik Jugoslawien" ins Visier nehmen (Reuters, 17. Juni). Der SPD-Kanzlerkandidat Schröder hat bereits lautstark seine Übereinstimmung mit Ruhe erklärt.

Für das Selbstbestimmungsrecht der Kosovo-Albaner!

Auf der letzten Sitzung des NATO-Rates wurden vom deutschen General Naumann die Pläne für einen imperialistischen Überfall auf den Balkan vorgetragen. Diese sehen den Einsatz von bis zu 200 000 Mann Bodentruppen und bis zu 400 Flugzeugen vor. „Dabei wird nicht ausgeschlossen, daß es nötig werden könnte, die militärischen Operationen auf ganz Jugoslawien auszuweiten" *(Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 14. August). Während die US-Imperialisten wie im Golfkrieg ihren imperialistischen Konkurrenten zeigen wollen, daß sie Weltpolizist Nr. 1 sind, will die deutsch/französisch/russische „Troika" auf dem Balkan demonstrieren, daß sie gleichrangige imperialistische Kräfte sind. Außenminister Kinkel betont, daß zentral zu vermeiden sei, „was die Zusammenarbeit zwischen der NATO und Rußland gefährden könnte" *(Berliner Zeitung,* 30. Juni). Der deutsche Imperialismus will verhindern, daß dieses strategisch wichtige Gebiet, durch das der Großteil des für Deutschland bestimmten Öls von Rußland nach Triest transportiert wird, unter die Kontrolle seines US-Rivalen kommt. Gleichzeitig soll, ausgehend von Kroatien und den unter deutschem Oberbefehl stehenden SFOR-Truppen, der Griff der deutschen Bourgeoisie nach dem Balkan fester werden, wobei man kräftig in die Fußstapfen der Nazi-Wehrmacht tritt, die von Titos prokommunistischen Partisanen geschlagen wurde.

Nur wenige Monate nachdem die US-Herrscher damit gedroht haben, Saddam Husseins Irak zurück in die Steinzeit zu bomben, posieren sie nun als Verfechter der Menschenrechte im Kosovo. Die imperialistischen Herrscher

Fortgesetzt auf Seite 29

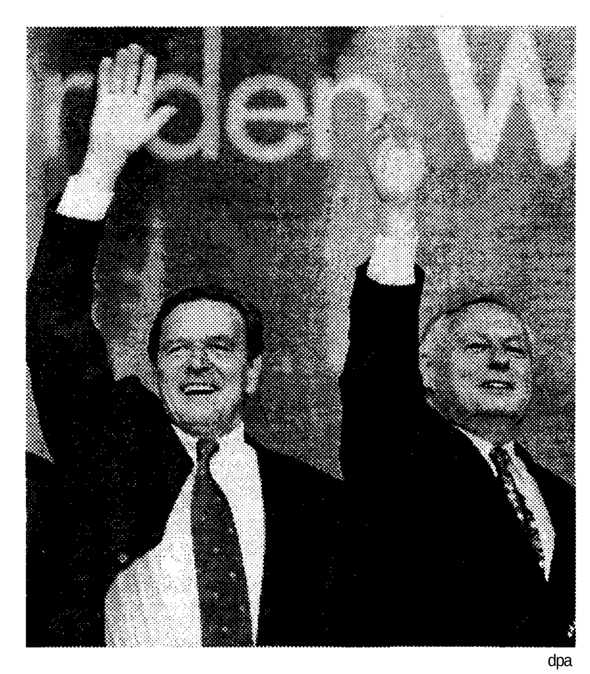
A 1664 E

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 134 WINTER 1998/99 DM 1,-

SPD herrscht für rassistischen deutschen Imperialismus



dpa



Reuters/Bonss

Bourgeoisie setzt auf SPD-Regierung, um ihre Weltmachtrolle, Kahlschlag und Abschiebeterror voranzutreiben

Mit der konterrevolutionären Zerstörung der Sowjetunion begann eine neue Periode der Weltgeschichte. Die Imperialisten sind nicht länger gezwungen, eine gemeinsame Front gegen die UdSSR aufrecht zu erhalten, was zu einer rapiden Verschärfung der imperialistischen Rivalitäten geführt hat

Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!

und auf einen neuen Krieg zusteuert, der alles zu vernichten droht. Die westeuropäischen Bourgeoisien sehen keinen Grund mehr für eine Fassade des „Sozialstaats", der eingerichtet wurde, um nach dem Sieg der Roten Armee im Zweiten Weltkrieg die Gefahr einer Revolution zu bannen. Bürgerliche Parteien wie die CDU, oder in Britannien die Tories, sind weniger effektiv, um die Angriffe auf die Arbeiter durchzuführen. Tatsächlich führen jetzt fast überall in Westeuropa sozialdemokratische und exstalinistische Parteien die kapitalistischen Regierungen an.

Die neue SPD-Regierung tritt als ein effektiveres Instrument des deutschen Imperialismus an, um in der Periode nach der konterrevolutionären Zerstörung der Sowjetunion den Sozialraub gegen die Arbeiter durchzusetzen und die Interessen des wiedervereinigten Deutschland zu verwirklichen. Der von Deutschland dominierte imperialistische Wirtschaftsblock EU dient dabei als Machtbasis gegen seine Hauptrivalen USA und Japan. Mit der Erklärung, Deutschland müsse erneut eine „selbstbewußte" Nation sein, machten sich Schröder/Fischer gleich nach der Wahl für NATO-Bombenangriffe auf Serbien stark und stationierten weitere Truppen im ehemaligen Jugoslawien, wo die deutsche Armee im Zweiten Weltkrieg über ein Fünftel der Bevölkerung ermordet hat. Und SPD-Innenminister Schily verkündete: „Die Grenze der Belastbarkeit Deutschlands durch Zuwanderung ist überschritten."

Gleich vier Tage nach der Wahl führte die Sozialdemokratie aus, was sie vor der Wahl „versprochen" hatte: In der SPD-Hochburg Hamburg stürmte die Polizei ein Wohnschiff von 300 Asylsuchenden. Mit der Abschiebung des

Fortgesetzt auf Seite 2

Brecht mit der Sozialdemokratie! Für eine multiethnische revolutionäre Arbeiterpartei!

SPD herrscht...

Fortsetzung von Seite 1

14jährigen „Mehmet" in die Türkei - dessen Eltern seit 30 Jahren in München leben - wurde ein Exempel statuiert, daß niemand vor Abschiebung sicher ist, der nicht von „deutschem Blut" abstammt. Der rassistische Staatsterror hat die bedrohlichen Aufmärsche von Tausenden Nazis angeheizt, deren Nährboden die Massenarbeitslosigkeit ist. Der Rassismus ist eine der Hauptwaffen der deutschen Bourgeoisie und ihrer sozialdemokratischen Lakaien, um die Arbeiterbewegung zu attackieren und zu spalten. Die Immigranten werden als Sündenbock für die Massenarbeitslosigkeit benutzt, die ein Ergebnis der kapitalistischen Profitwirtschaft ist und von der Bourgeoisie aufrechterhalten wird als Rammbock, um die Arbeitskosten zu drücken.

Die „selbstbewußte Politik" der SPD entfachte eine Welle des Antisemitismus, als Schröder sich „zum Schutz der deutschen Unternehmen" verpflichtete - gegen die wenigen Überlebenden der Millionen Zwangsarbeiter, die vom Dritten Reich, von Siemens, Daimler-Benz und den anderen Großkapitalisten versklavt wurden. Das war direkt grünes Licht für die Nazis, die bereits zweimal in den letzten Wochen Sprengsatz-Anschläge auf das Grab des ehemaligen Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Heinz Galinski, verübten.

Im Unterschied zu Kohl und der vorherigen Generation von SPD-Führern, die zur Zeit des Kalten Krieges gegen die Sowjetunion eine enge Bindung an die USA pflegten, kommen Lafontaine/Fischer aus der Führung der nationalistischen „Friedensbewegung Anfang der 80er Jahre. Der starke Antiamerikanismus zusammen mit dem Antisowjetismus spiegelte wider, daß sich die deutsche Bourgeoisie immer weniger damit abfindet, daß sie den imperialistischen Zweiten Weltkrieg verloren hat. Augstein, der nationalistische Herausgeber des liberalen *Spiegel,* gibt die Richtung vor, wenn er über die „Monstrosität" eines Holocaust-Denkmals in Berlin spricht und gegen „die New Yorker Presse und die Haifische im Anwaltsgewand" loszieht. Und der Schriftsteller Martin Waiser, der den „Friedenspreis" erhielt, hetzte gegen eine „Instrumentalisierung" von Auschwitz, das als „Moralkeule" benutzt werde - die Ermordung von sechs Millionen Juden und Millionen Roma und Sinti, Homosexuellen und Kommunisten in den Nazi-KZs! Als der amtierende Vorsitzende des Zentralrats der Juden, Ignatz Bubis, entsetzt gegen Waiser protestierte und ihn als „geistigen Brandstifter" bezeichnete, bekräftigte Schröder: „Ein Schriftsteller muß das sagen dürfen, der Bundeskanzler nicht".

Die Angriffe auf die Arbeiter und der Anstieg des Nazi-Terrors sind das direkte Ergebnis der Konterrevolution in der DDR 1990 und der Sowjetunion 1991/92, durch die der bürokratisch degenerierte Arbeiterstaat UdSSR und die deformierten Arbeiterstaaten Osteuropas zerstört wurden. Die PDS hat in der DDR die Konterrevolution angeführt und schürt heute, im wiedervereinigten Vierten Reich des deutschen Imperialismus, ost- und großdeutschen Chauvinismus, der dem Nazi-Terror Auftrieb gibt. Der PDS-Parteichef Gysi schürt den Rassismus mit „Verständnis" für diejenigen, „die nach Hause geschickt werden und am nächsten Tag einen Spanier oder Portugiesen auf ihrer alten Baustelle sehen" *(junge Welt,* 16. Dezember), während *Neues Deutschland* „Debatten" mit Nazi-Führern abdruckt - über Völkermord gibt es nichts zu diskutieren!

Wir Spartakisten haben bei den Wahlen klar gesagt: *„Keine Stimme für die SPD! Keine Stimme für die PDS!* Dies sind die Parteien der kapitalistischen Konterrevolution, des rassistischen Staatsterrors und des imperialistischen Krieges!" Die SPD und die PDS sind bürgerliche Arbeiterparteien, deren durch und durch bürgerliches Programm sich nicht unterscheidet von dem anderer kapitalistischer Parteien. Was sie unterscheidet, ist ihre proletarische Basis, deren Klasseninteressen grundsätzlich im Gegensatz zu dem proimperialistischen Programm ihrer Führung stehen. Es ist unsere strategische Aufgabe, diese Arbeiterbasis von ihrer verräterischen Führung zu brechen. Marxisten verstehen, daß der Kapitalismus ein System von Klassenherrschaft der Bourgeoisie ist. Die SPD-Regierung herrscht im Interesse dieser Klasse - sie ist eine kapitalistische Regierung.

Es ist die SPD, die die Massenentlassungen und die massiven Kürzungen im öffentlichen Dienst durchpeitschen will - allein in Berlin will sie sieben Krankenhäuser schließen und die Hälfte der Arbeitsplätze im öffentlichen Nahverkehr streichen. Viele Arbeiter erwarten fälschlicherweise, daß sie unter einer SPD-Regierung den Kahlschlag, den die Kohl-Regierung begonnen hat, zumindest bremsen können, und haben aus diesem Grund die Sozialdemokratie gewählt. Genau diese Illusion wird von den Pseudolinken geschürt, die allesamt die SPD/PDS unterstützen und jetzt IG-Metall-Bürokraten wie Zwickel auffordern, mehr „Druck" zu machen. Doch man braucht sich nur das Beispiel von Frankreich anzusehen, wo die Streiks zurückgegangen sind, nachdem Jospins Sozialdemokraten an die

Fortgesetzt auf Seite 18

SPARTAKIST

herausgegeben vom Zentralkomitee der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

Redakteurin: Doris Kohn
Produktionsleiter: Derek Lemur
Vertriebsleiter: Kurt Weiss

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,
Postfach 555,10127 Berlin
Redaktion Spartakist:Tel. (030) 4439401

Korrespondenz über die Verlagsanschrift.
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion.

Presserechtlich verantwortlich: B. Fiedler, 10365 Berlin

Abonnement (4 Ausgaben) DM 8,- an Verlag Avantgarde
Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500100 60
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 134 **WINTER 1998/99**

Veranstaltungen der Spartakist-Jugend

Stoppt Nazi-Terror durch Arbeiter/Immigranten-Mobilisierung!
Mittwoch, den 20. Januar

Die Russische Revolution
Mittwoch, den 3. Februar

Für Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution!
Mittwoch, den 3. März

Die Veranstaltungen finden an der Humboldt-Uni, im Seminargebäude am Hegelplatz, Raum 107, um 18.30 Uhr statt.
Kontakt: (030) 4 43 94 00

Kontakt zur SpAD«

Berlin Telefon (0 30) 4 43 94 00
Postfach 555,10127 Berlin

Hamburg Telefon (0 40) 32 36 44

Bundeswehr/UNO/NATO: Raus aus dem Balkan!

Verteidigt Irak gegen imperialistischen Angriff!

Am 16. Dezember begannen USA und Britannien den Irak zu bombardieren - drei Nächte lang. Die irakische Regierung gab bekannt, daß Tausende starben. Wir Spartakisten und die Spartakist-Jugend führten sofort am nächsten Tag einen Protest an der Berliner Humboldt-Universität durch:

PDS-Chauvinismus bahnt Weg für imperialistischen Krieg

„Verteidigt Irak gegen imperialistische Angriffe! Bundeswehr raus aus dem Balkan!" Dort erklärten wir:

„USA und Britannien bombardieren Irak. Die imperialistische SPD/Grünen-Regierung stationiert die Bundeswehr auf dem Balkan, um selbst wieder Massaker an den neokolonial unterdrückten Völkern im Interesse der deutschen Bourgeoisie zu begehen. Gleichzeitig heizen sie hier Nationalismus und Antisemitismus an. Gemeinsam mit unseren Genossen in den USA, Britannien und weltweit fordern wir: *Verteidigt Irak gegen den US-Angriff! Bundeswehr raus aus dem Balkan!*

Die massive Bombardierung, angeordnet von Clinton, durchgeführt mit der gierigen Unterstützung des sozialdemokratischen britischen Premierministers Blair, ist nackter imperialistischer Terror. Mehr als eine Million Iraker, überwiegend Kinder, sind seit der imperialistischen Wüsten'-Schlächterei 1991 durch die UNO-Hungerblockade ermordet worden. Jetzt fallen die amerikanischen und britischen Bomben in die dicht besiedelten Gebiete von Bagdad und töten irakische Männer, Frauen und Kinder. Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands fordert die arbeitenden Menschen auf, in Verteidigung des Iraks aufzustehen: Nieder mit den imperialistischen Bombardierungen! Nieder mit der UNO-Hungerblockade! Deutsche Bourgeoisie: blutige Hände weg vom Balkan!"

Dieses kapitalistische Mordsystem kann nicht reformiert werden, wie die Sozialdemokraten und ihre pseudotrotzkistischen Anhängsel uns einreden wollen. Es kann nicht durch Druck dazu gebracht werden, friedlicher und menschlicher zu sein. Entgegen den reformistischen Illusionen erklärte der russische Bolschewik Lenin, daß Imperialismus das höchste Stadium des Kapitalismus ist. Und wie Lenins Bolschewiki gezeigt haben, indem sie die Oktoberrevolution 1917 führten, kann und muß der Imperialismus durch Arbeiterrevolution besiegt werden. Für Revolutionäre hier bedeutet dies den Kampf für ein Rotes Arbeiterräte-Deutschland, den Kampf für proletarischen Internationalismus und damit auch die Entlarvung der PDS und ihrer Anhängsel als das, was sie hier betreiben: deutschen Nationalismus in der Form von Antiamerikanismus.

Die im Angriff auf Irak zum Ausdruck kommenden interimperialistischen Rivalitäten sind direkte Folge der SED/PDS-geführten kapitalistischen Konterrevolution in der DDR 1990 und der Konterrevolution in der Sowjetunion 1991/92. Der antisowjetische Kalte-Kriegs-Block der Imperialisten ist jetzt in rivalisierende Handelsblöcke zerbrochen. Wir haben 1989/90 unsere Internationale mobilisiert und interveniert für ein Rotes Rätedeutschland durch politische Revolution gegen die stalinistische Bürokratie im Osten und soziale Revolution gegen die Bourgeoisie von Auschwitz im Westen. Wir haben als einzige gewarnt, daß in einem wiedervereinigten kapitalistischen Deutschland bei den ersten Zeichen der Krise erneut der Faschismus und die Gefahr eines interimperialistischen Krieges, diesmal mit Atomwaffen geführt, aufsteigen werden. Und wir hatten recht.

Die damals stalinistische, jetzt sozialdemokratische PDS hatte 1989/90 nicht vergessen, daß eine beginnende proletarisch-politische Revolution am 17. Juni 1953 in Ostdeutschland ihre Macht bedroht hatte. Sie fürchtete die Herrschaft der Arbeiterklasse mehr als alles andere. Die von der SPD, Bürgerrechtlern und Nazis auf den Leipziger Montagsdemos gerufene Losung „Deutschland einig Vaterland" wurde von der SED-PDS übernommen, die damit die Konterrevolution anführte (siehe auch *Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 16, Herbst 1994).

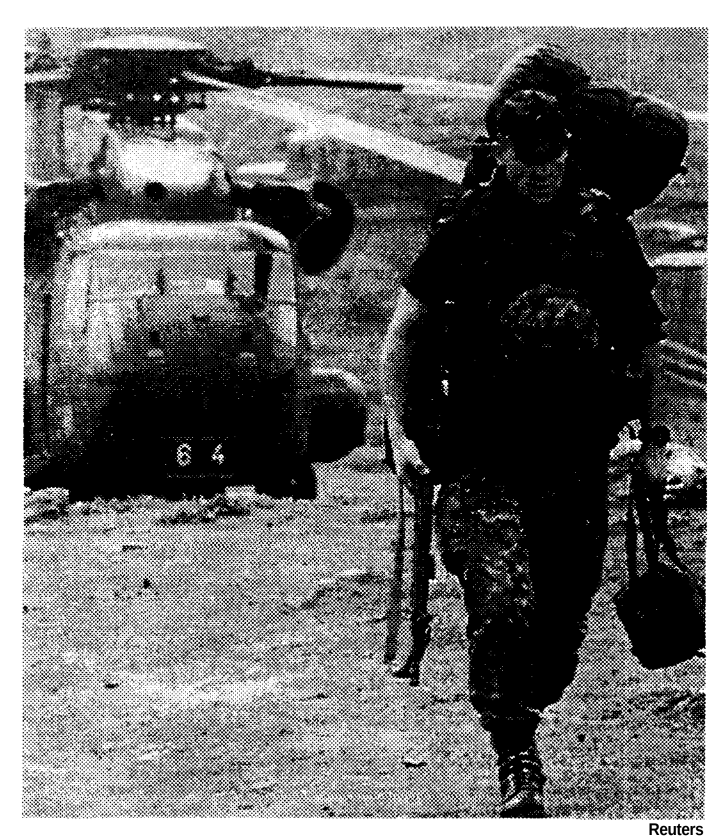
Am Samstag, den 19. Dezember versammelten sich etwa 1000 Leute auf einer PDS-Demo, die im krassesten Gegensatz zu unserem internationalistischen, gegen die deutsche

Fortgesetzt auf Seite 4



AP

Irakische Krankenschwestern pflegen ein Opfer der Bombardierung. Durch die imperialistische Blockade wurden seit 1991 mehr als eine Million irakischer Frauen und Kinder ermordet



Reuters

Bundeswehr in Ex-Jugoslawien. Trotzkisten fordern: Bundeswehr/UNO/NATO - Raus aus dem Balkan!

Verteidigt Irak...

Fortsetzung von Seite 3

Bourgeoisie gerichteten Protest stand. Der außenpolitische Sprecher der PDS, Wolfgang Gehrcke, machte den Zweck der Demo in einer Erklärung im *Neuen Deutschland* am gleichen Tag klar: Die PDS will zur „strategische[n] Neuorientierung der deutschen Außenpolitik beitragen". Er sprach sich dagegen aus, daß das „Gewaltmonopol des UN-Sicherheitsrates ausgehebelt [wird] wie derzeit in Kosovo und Irak", und warf Schröder vor, daß „die Bundesregierung selbst die Grundlagen ihrer modernisierten Außenpolitik" untergräbt.

Darin sind sich alle diese Sozialchauvinisten und imperialistischen Regierungen einig, von der PDS bis zu Schröder, Blair und Clinton: Die neokolonial ausgebeuteten Völker müssen unterdrückt werden und dem Diktat der Imperialisten bedingungslos gehorchen. Differenzen gibt es nur darüber, *wer* sie unterdrückt und *in wessen Interesse, wer* das Blut aus ihnen aussaugen darf. Der deutsche Imperialismus will über Balkan, Türkei und Iran an das Öl des Nahen Ostens herankommen, das von strategischem Interesse für die deutsche Bourgeoisie ist. Und die PDS protestierte an diesem Samstag gegen den Angriff der USA mit der Forderung an die imperialistische SPD/Grünen-Regierung, *aggressiver* die Interessen Deutschlands zu vertreten.

Die PDS tritt für die UNO ein, weil Deutschland und seine Verbündeten, Frankreich und Rußland, dort ein größeres Gewicht haben. 1991 kämpfte die PDS für das UNO-Hungerembargo, mit dem über eine Millionen Iraker ermordet wurden, überwiegend Kinder, Frauen und alte Menschen. Wie Lenin schon vom Vorgänger der UNO, dem Völkerbund, sagte, ist sie „eine imperialistische Räuberhöhle". Wir erklärten: Die UNO ist ein Feigenblatt für imperialistische Schlächterei! Imperialismus ist ein mörderisches System, das auf Ausbeutung, Unterdrückung und Mord an den Arbeitern und neokolonial unterdrückten Massen beruht, um die Profite einer Handvoll unglaublich reicher Kapitalisten zu vergrößern.

SPD und PDS sind beide bürgerliche Arbeiterparteien, die Leutnants des Kapitals in der Arbeiterbewegung. Die von der PDS unterstützte imperialistische Politik der kapitalistischen SPD/Grünen-Regierung nach außen geht Hand in Hand mit rassistischem Staatsterror und antisemitischer Hetze, die SPD wie PDS nach innen durchführen, mit Entlassungen und Kürzungen, die sie den Arbeitern reinwürgen, mit dem Bullenterror, mit dem sie die Naziaufmärsche, wie am 1. Mai 1998 in Leipzig, schützen. Wir führen einen scharfen politischen Kampf gegen diese Klassenverräter und kämpfen für die unabhängige Mobilisierung des Proletariats, für Arbeiter/Immigranten-Mobilisierungen, um den Nazi-Terror zu stoppen.

Von den pseudotrotzkistischen „Linken", die für die Sozialdemokratie Wahlkampf gemacht haben und die Illusionen verbreiten, SPD oder PDS seien ein „kleineres Übel", waren am 19. Dezember die Sozialistische Alternative Voran (SAV) und Linksruck mit Blöcken und die Gruppe Arbeitermacht (GAM) mit einem Verkaufsteam dabei. Die SAV hatte für die PDS Wahlkampf gemacht, Linksruck und GAM direkt für die SPD, und alle ihre Schwesterorganisationen in Britannien gemeinsam für Blair. Auf der Demo appellierte die SAV im Gleichschritt mit ihrer PDS an Schröder: „Kein Mann und keine Mark für diesen Krieg - gegen jegliche politische, militärische oder finanzielle Unterstützung der BRD!" Diese Gruppe ist in Britannien ebenfalls für ihr pro-imperialistisches Programm berüchtigt: Nicht nur, daß sie sich *don weigern,* den Abzug der britischen Truppen aus Nordirland zu fordern, sie haben sogar den berüchtigten antikatholisch-loyalistischen Killer Billy Hutchinson gesponsert.

Linksruck verbreitete unverhüllt Antiamerikanismus in ihrem Flugblatt, das sie auf der Demo verteilten: „Kein Land hat so häufig Massenvernichtungswaffen eingesetzt wie die USA: z. B. 1945, als erstes und bisher einziges Land Atomwaffen gegen Japan; im Vietnamkrieg die chemischen Kampfstoffe Napalm und agent orange. Im Golfkrieg 1990 [sie!] Napalm." Kein Wort zur *deutschen* Bourgeoisie, die den größten Völkermord industriell organisierte und Millionen Juden, Roma, Sinti und Kommunisten ermordete! Damit hängt sich Linksruck an die nationalistische, antisemitische Kampagne von Waiser und SPD an, die Bourgeoisie von Auschwitz weißzuwaschen.

Die GAM hatte während des Golfkrieges 1991 gelegentlich die Losung „Verteidigt Irak!" aufgestellt. Doch bei der massiven NATO/Bundeswehr-Bombardierung der bosnischen Serben vor zwei Jahren standen sie offen im sozialdemokratischen Lager und weigerten sich, eine militärische Seite gegen die Imperialisten zu beziehen. Dies ist eine offene Zurückweisung des leninistischen Prinzips, neokolonial unterdrückte Nationen gegen imperialistische Aggression zu verteidigen. Als Lakaien der Sozialdemokratie waschen alle diese Gruppen den deutschen Imperialismus weiß. Sie alle schüren Illusionen in die Möglichkeit, den Kapitalismus zu reformieren, und sehen die *kapitalistische* Schröder-Regierung auf die eine oder andere Weise als die „ihre" an. Lenin polemisierte während des Ersten Weltkrieges gegen den damaligen Führer des „Zentrums", Karl Kautsky, der Druck auf die Sozialdemokratie und Einheit mit ihr predigte:

> ‚*Einheit* mit den Opportunisten bedeutet jetzt *in der Praxis* Unterwerfung der Arbeiterklasse unter die ‚eigene' nationale Bourgeoisie, Bündnis mit dieser Bourgeoisie zur Unterdrückung fremder Nationen und zum Kampf für die Großmachtprivilegien, also *Spaltung* des revolutionären Proletariats aller Länder... Nur der ist wahrhaft ein Internationalist, der gegen das Kautskyanertum kämpft und begreift, daß das .Zentrum'... in Prinzipienfragen *der Verbündete der Chauvinisten und Opportunisten*

bleibt." *(Sozialismus und Krieg,* August 1915)

Unsere Zeitung mit den Überschriften „SPD/PDS: Rassistische Abschieber und imperialistische Kriegshetzer!" und „Keine Stimme für SPD, PDS!" war dagegen unter Leuten sehr populär, die erkannten, daß sie auf der falschen Demo waren, und sich abgestoßen fühlten vom Sozialchauvinismus der PDS und ihrer Anhängsel. Während die deutschnationalen Lobpreisungen der sozialdemokratischen Redner für die UNO und gegen die USA auf die Teilnehmer herabregneten, fanden zunehmend mehr Leute die Titelseite, besonders die Entlarvung der PDS als imperialistische Kriegshetzer, zusammen mit der Rückseite „Bundeswehr/NATO/ UNO: Raus aus dem Balkan!" anziehend. Wie ein Käufer sagte: „Der Hauptfeind steht nach wie vor im eigenen Land."



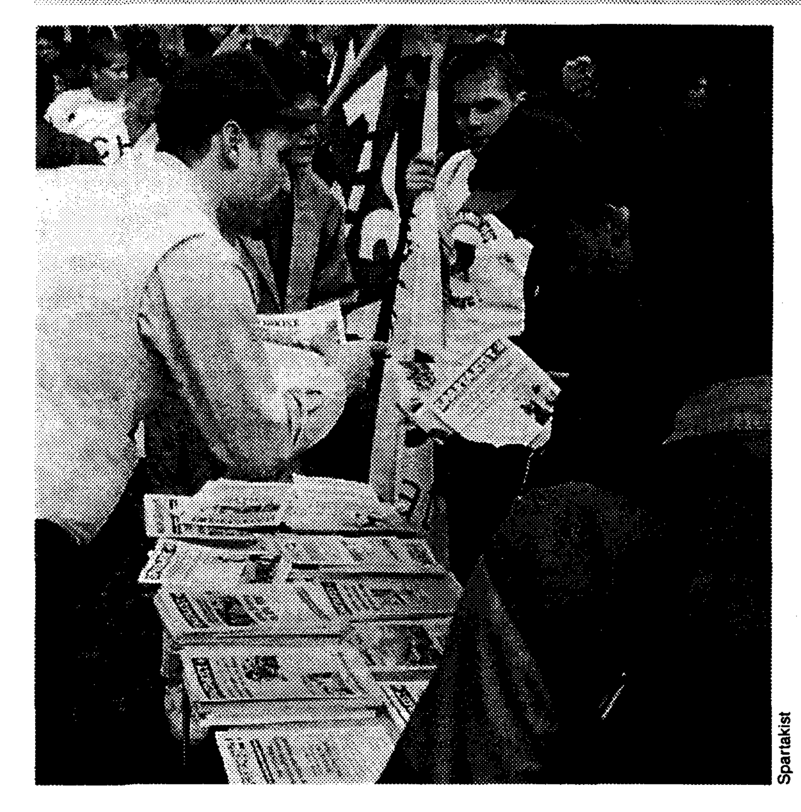
Spartakist

Hamburg, 21. September: Spartakisten auf Einheitsfrontprotest mit der Arbeiterkommunistischen Partei Irans gegen das reaktionäre islamische Regime Irans

Sowohl Schröders als auch Clintons regionale Verbündete führen ihre eigene brutale Unterdrückung durch. Das zionistische Israel unterdrückt die seit langem leidenden palästinensischen Massen durch Hunger, Terror und allseitige Repression. Jetzt bedienen sie sich auch der Peitsche ihres kleinbürgerlich-nationalistischen Lakaien Arafat. Die Türkei führt einen Vernichtungskrieg gegen die zutiefst unterdrückten Kurden, die zwischen vier verschiedenen kapitalistischen Staaten aufgeteilt leben. Es ist der deutsche Imperialismus zusammen mit den USA, der die Türkei bis an die Zähne bewaffnet. Saddam Hussein ist ein antikommunistischer Schlächter der irakischen Arbeiter und Minderheiten, aber es ist die Aufgabe des irakischen Proletariats, sein despotisches Regime hinwegzufegen. Wir sagen: Verteidigt die Palästinenser - Israel raus aus den besetzten Gebieten! Nieder mit allen Scheichs, Obristen, Mullahs und zionistischen Schlächtern! Für eine Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan! Für permanente Revolution - Für eine Sozialistische Föderation des Nahen Ostens!

Die Macht, dieses System von Rassismus, Krieg und Ausbeutung zu zerstören, liegt in den Händen der multiethnischen Arbeiterklasse. Gegen die Sozialdemokratie, die die Arbeitenden an ihre Ausbeuter kettet, kämpfen wir Trotzkisten für den Aufbau einer revolutionären Arbeiterpartei, wie es die Bolschewiki Lenins und Trotzkis waren, einer Partei als Volkstribun, die gegen jede Form von Unterdrückung kämpft und tief verwurzelt ist im proletarischen Internationalismus. Macht mit beim Aufbau unserer Partei, die für neue Oktoberrevolutionen kämpft, um ein für alle Mal dem imperialistischen Massenmord ein Ende zu bereiten. Verteidigt Irak! Besiegt den deutschen Imperialismus durch Arbeiterrevolution!«

Spartakist grüßt die neuen Leser!



Spartakist

Ergebnis der Spartakist-Abokampagne

Ortsgruppe	Quote	Erreicht	Prozent
Berlin	180	182	101%
Hamburg	100	104	104%
Auf Entfernung	15	18	120%
Gesamt	**295**	**304**	103%

Abonniert jetzt!

Q Jahresabo (4 Ausgaben): DM 8,-

Q Auslandsabo: DM 15,-; Übersee Luftpost: DM 20,-

Alle Abos enthalten *Spartaclst* (deutsche Ausgabe)

Name.

Adresse.

Telefon.

Sp134

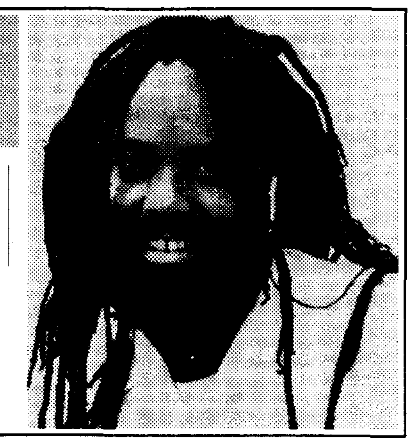
Bestellt bei:

Verlag Avantgarde, Postfach 555,10127 Berlin

Konto 11988-601. Postbank Frankfurt/M.. BLZ 50010060

Freiheit für Mumia, jetzt! Weg mit der rassistischen Todesstrafe!

Mumia Abu-Jamal in Lebensgefahr!



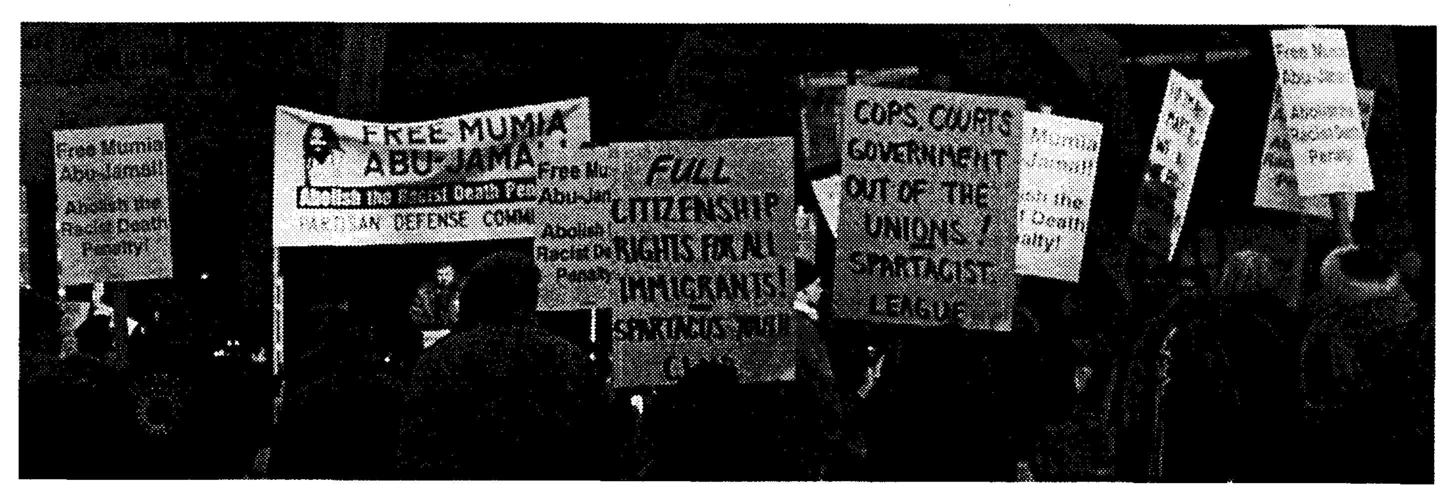
„Alle auf die Straße für die Freiheit von Mumia Abu-Jamal! Weg mit der rassistischen Todesstrafe!" Diesem Aufruf des Partisan Defense Committee (PDC) zu einer Demonstration von Arbeitern/Schwarzen folgte am 21. November in Chicago ein breites Spektrum von Gewerkschaftern, Jugendlichen, Linken und anderen antirassistischen Aktivisten; es gab viele Grußadressen aus den USA und der ganzen Welt. Die etwa 250 Teilnehmer sahen diesen Einheitsfrontprotest als eine Möglichkeit zu kämpfen, um Jamal aus dem rassistischen Unrechtssystem zu befreien und um ihre Stimme zu erheben gegen Angriffe der herrschenden Klasse, die sich gegen die Arbeiterklasse und Minderheiten richten. Marcellus Barnes, Sprecher der Ortsgruppe 241 der Amalgamated Transit Union (ATU - Nahverkehrsgewerkschaft) und Präsident des Black Caucus der ATU bekam großen Applaus, als er sagte: „Wir repräsentieren die arbeitenden Menschen. Wir sind diejenigen, die in vorderster Front stehen und die Botschaft weiterverbreiten."

Der Hauptvorstand der IG Medien in Stuttgart sandte Grüße, forderte „Mumia Abu Jamals sofortige Freilassung" und erklärte: „Die Industriegewerkschaft Medien, die in Deutschland 180000 Menschen in den Medien, in Kunst und Kultur, in den Druckbetrieben und in der Papierverarbeitung vertritt und deren Ehrenmitglied Mumia Abu Jamal ist, unterstützt vehement die Forderung nach Aufhebung der Todesstrafe gegen unseren Kollegen." Die Media Workers' Association of South Africa (Assoziation der Arbeiter in den Medien Südafrikas), die ebenso wie die Fachgruppe Journalismus der IG Medien Berlin-Brandenburg Mumia zum Ehrenmitglied machte, als er 1995 unmittelbar von der Hinrichtung bedroht war, schrieb: „Wir rufen die gesamte Arbeiterbewegung auf, sich gegen die Entscheidung des Staates Pennsylvania zu vereinen." Unter den vielen internationalen Solidaritätserklärungen waren auch Grüße der ÖTV und HBV Berlins.

Aus Hamburg schickte die Black Students' Organisation (Organisation Schwarzer Studenten) eine bewegende Solidaritätsbotschaft und erklärte: „Die Erfahrung von Kriminalisierung der Black Community und Zerstörung von gesellschaftlichen Strukturen, die sich dem rassistischen System widersetzen, wird überall auf der Welt tagtäglich zur Realität. Auch hier in Deutschland machen wir derzeit Erfahrungen mit dem Staat als Unterdrückungsmaschinerie, die Schwarze Menschen erniedrigt und körperlichen Schaden zufügt." Eine Grußbotschaft des Roma National Congress klagte an: „Die Methoden des amerikanischen Staates entsprechen denen des damaligen SS-Staates, mit denen Menschen nach ihrem religiösen und kulturellen ‚Leben' hingerichtet worden sind. Die Todesstrafe ist Barbarei und Menschenverachtung; dieses zu leugnen bedeutet mitschuldig zu werden am Tod von Abu-Jamal!"

Diese Aufrufe für Mumia Abu-Jamal von den Opfern des Dritten und Vierten Reichs des rassistischen deutschen Imperialismus sind besonders bedeutsam. Wie die Spartakisten bei Demonstrationen für die Freiheit von Mumia Abu-Jamal in Berlin und Hamburg sagten: „Deutsche Bourgeoisie - Auschwitz und Babi Jar vergessen wir nie!" Und bei unserer kürzlichen Veranstaltungsreihe zur jüdischen Frage erklärte der Redner der SpAD: „In Deutschland gibt es offiziell keine Todesstrafe. Denn nach dem Holocaust wollte ein großer Teil der deutschen Bevölkerung nicht zulassen, daß dieses mächtige Instrument in die Hände des Staates gelegt wird, und das war gut so. Allerdings wollte die Bourgeoisie von Auschwitz damit auch verhindern, daß die Nazi-Mörder hingerichtet werden, und noch heute gibt es eine Hexenjagd gegen die Verantwortlichen aus der damaligen DDR, die die Nazi-Mörder doch hingerichtet haben."

Das PDC und seine Schwesterorganisation in Deutschland, das Komitee für soziale Verteidigung (KfsV), gründen



Workers Vanguard

Chicago, 21. November: Die vom PDC initiierte Demonstration für die Freiheit Mumias und die Abschaffung der rassistischen Todesstrafe zog einen entschlossenen Kern von Gewerkschaftern an

sich auf die Klassenkampf-Politik ihrer Vorläufer, der International Labor Défense (Internationale Arbeiterverteidigung) und der Roten Hilfe. James P. Cannon, ein Führer der ILD in ihren Anfängen, der später eng mit Leo Trotzki zusammenarbeitete, schrieb 1927 in seinem Artikel „Wer kann Sacco und Vanzetti retten?" über die „Politik des Klassenkampfes": „Sie legt das zentrale Gewicht auf die Protestbewegung der Arbeiter Amerikas und der Welt. Sie legt alles Vertrauen in die Macht der Massen und überhaupt keinerlei Vertrauen in die Gerechtigkeit der Gerichte... Die andere Politik ist die Politik der ‚Respektablität', der .Leisetreterei' und lächerlicher Illusionen über .Gerechtigkeit' der Gerichte des Feindes."

Der kapitalistische Staat hat immer wieder seine Entschlossenheit gezeigt, auf jede mögliche Weise den Kampf für Mumias Freiheit zu unterdrücken (siehe dazu das *Spartakist-Extrablatt* vom 19. November 1998, „Freiheit für Mumia, jetzt!"). Mumias Sohn Jamal Hart wurde aufgrund erfundener Anklagen für 15 Jahre ins Gefängnis geworfen, weil er für die Freiheit seines Vaters kämpft. Veronica Jones, die mutig hervortrat, um vor Gericht zugunsten Mumias auszusagen, wurde buchstäblich aus dem Zeugenstand heraus verhaftet. Bullen versuchten, Arbeitermobilisierungen für Jamal zu unterdrücken und hielten illegalerweise Mitglieder der Ortsgruppe 308 der Transportarbeitergewerkschaft ATU fest, die vor einer UPS-Zweigstelle zur Unterstützung von Jamal mobilisierten.

Vor wenigen Wochen produzierte der Fernsehsender ABC-TV eine Sendung über Mumia in direkter Zusammenarbeit mit der Fraternal Order of Police (FOP - Polizeibruderschaft). Jamal hatte sich geweigert, an dieser Sendung mitzuwirken, in Solidarität mit den Mitgliedern der Gewerkschaft NABET, die von den ABC-TV-Bossen ausgesperrt worden waren. Jamal beschrieb treffend den finsteren Zweck dieser Sendung, „mich ‚tötbar' zu machen".

Mumia Abu-Jamal, die „Stimme der Entrechteten", soll durch einen legalen Lynchmord zum Schweigen gebracht werden. Um dies zu verhindern, ist es dringend nötig, die Mobilisierung der Hunderttausenden Arbeiter, die schon für Mumia und gegen die rassistische Todesstrafe aufgestanden sind, auszuweiten und weiterzutragen. Nachfolgend drucken wir leicht gekürzt den Aufruf des PDC für die Chicagoer Demonstration ab:

Am 29. Oktober bestätigte der Oberste Gerichtshof Pennsylvanias die abgekartete rassistische Verurteilung, aufgrund derer Mumia vor mehr als 16 Jahren in die Todeszelle geschickt worden war. Sie wollen Mumia töten aufgrund dessen, was er repräsentiert: die Kampfansage an dieses rassistische System, das das Lebensblut so vieler Millionen Menschen aussaugt, um für die wenigen Reichen sagenhafte Profite zu sichern. *Die gesamte Arbeiterbewegung muß jetzt unter der Forderung mobilisieren: Freiheit für Mumia! Weg mit der rassistischen Todesstrafe!*

Mumia, ein Unterstützer von MOVE, stand im Fadenkreuz der rassistischen Herrscher seit der Zeit, als er mit 15 Jahren ein Sprecher der Black Panther Party war, die durch das COINTELPRO-Programm, Terroroperation des FBI gegen schwarze Revolutionäre, zerstört werden sollte. Wenn sie damit durchkommen, Mumia zu ermorden, wird das ein Schlag gegen alle schwarzen Menschen, alle Minderheiten, alle arbeitenden Menschen sein - denn der Staat hätte dann seine Kräfte gestärkt, um gegen uns alle vorzugehen. *Die Rechte der Schwarzen und die Rechte der Gewerkschaften werden entweder gemeinsam verteidigt und erkämpft, oder sie werden getrennt zurückgeworfen.*

Diejenigen, die nach Mumias Hinrichtung schreien - von der Fraternal Order of Police Philadelphias und dem Büro des Distriktstaatsanwalts bis hinauf zum Gouverneur - sind



Spartakist

5. Dezember: Spartakisten bei Intervention auf Wiener Demonstration für die Freilassung von Mumia

die gleichen, die Streikpostenketten zerschlagen, Streiks brechen und versuchen, die Gewerkschaften zu kriminalisieren, die aufgebaut wurden, um unsere Jobs und unseren Lebensunterhalt zu verteidigen. Die Gewerkschaften sind die einzigen rassisch integrierten Massenorganisationen in diesem Land. Die Bosse und ihr Staat hassen und fürchten die integrierte Gewerkschaftsbewegung, denn hier liegt die Macht, die gegen die Spaltung entlang von Rassenlinien angehen kann, die vorangetrieben wird, um die Arbeiterklasse zu schwächen. Durch eine Mobilisierung zur Zerschlagung des Komplotts gegen Mumia Abu-Jamal werden die Gewerkschaften einen riesigen Schritt tun, um zu einem Kampfinstrument nicht nur zur Verteidigung ihrer eigenen unmittelbaren Interessen zu werden, sondern aller Unterdrückten.

Als letzten Sommer die Arbeiter im Nahverkehr Philadelphias in den Streik traten, erhob Mumia aus dem Todestrakt heraus machtvoll für sie seine Stimme. Jetzt muß die gesamte Arbeiterklassse für Mumia ihre Stimme erheben und für ihn *in Aktion treten.* Jede Gewerkschaft im Gebiet von Chicago sollte dem Beispiel der Ortsgruppe 241 der Amalgamated Transit Union (ATU) folgen, die den Aufruf des Partisan Défense Committee aufgegriffen hat, eine machtvolle Einheitsfrontmobilisierung von Arbeitern/Schwarzen aufzubauen, um Mumias Freiheit und die Abschaffung der rassistischen Todesstrafe zu fordern.

Chicago ist eine Stadt der Arbeiter und Schwarzen. Es ist die Geburtsstätte der modernen Arbeiterbewegung. Erinnert euch an die Haymarket-Märtyrer - sie wurden 1886 hingerichtet, weil sie den Kampf für Gewerkschaftsrechte und den Acht-Stunden-Tag führten. Unter diesen heroischen Kämpfern war Albert Parsons, der auch dafür kämpfte, daß die Arbeiterklasse für gleiche Rechte für schwarze Menschen eintrat. *Wir brauchen nicht noch weitere Märtyrer!* Wir brauchen Mumia, zurück in den Armen seiner Familie und frei, um an vorderster Front den Kampf gegen dieses rassistische System von Armut, Krieg und Tod zu führen.

Gewerkschaften in der Region Chicago haben eine stolze Geschichte, an der Verteidigung der Rechte von Schwarzen gegen die gewerkschaftshassenden Lynchmörder des Ku Klux Klan teilzunehmen, von der Arbeiter/Schwarzen-Mobilisierung im Juni 1982, die eine Nazi-Provokation gegen den Gay Pride Day auseinandertrieb, bis zur Mobilisierung im Januar 1994 in Springfield gegen eine Rassenhaß-Versammlung des KKK am Geburtstag von Martin Luther King Jr.

Fortgesetzt auf Seite 17

Mobilisiert die Macht der Arbeiterklasse für Mumia Abu-Jamals Freiheit

Nach der Ablehnung von Mumia Abu-Jamals Berufung durch den Obersten Gerichtshof von Pennsylvania am 29. Oktober 1998 gab es internationale Proteste. In Berlin fand vor dem US-Konsulat eine Protestkundgebung statt, in Hamburg zogen am 6. November 400 Demonstranten für die Freiheit von Mumia Abu-Jamal durch die Straßen zum amerikanischen Konsulat. Die Hamburger Demo, an der u. a. die türkische TKP/ML und Linksruck teilnahmen, wurde organisiert vom Solidaritätsbündnis „Free Mumia Abu-Jamal". Die Spartakist-Sprecherin Carola Schirm betonte auf der Kundgebung: „Wir brauchen heute ganz dringend Arbeiterproteste, denn die soziale Macht liegt in der Hand der multirassischen Arbeiterklasse, nicht nur Mumia aus dem Gefängnis, sondern alle zu befreien von einem System, welches Mumia zum Tode verurteilt hat und jeden Tag unzählige andere auf der Straße tötet, durch Polizeiterror, Massenarbeitslosigkeit, schlechte Krankenversorgung und durch die Abschaffung von Sozialhilfe."

Spartakist-Intervention: Proletarischer Internationalismus kontra Antiamerikanismus

Die Demonstrationen für Jamal waren oft durchdrungen von Antiamerikanismus, amerikanische Flaggen wurden verbrannt, als ob die schwarz-rot-goldenen Farben des Vierten Reichs besser wären. Hinter dem Antiamerikanismus der deutschen „Linken" verbirgt sich deutscher Nationalismus, der von SPD/PDS geschürt wird. Dagegen machten wir Trotzkisten klar, daß der Hauptfeind im eigenen Land steht: „Deutsche Bourgeoisie - Auschwitz und Babi Jar vergessen wir nie!" und „Bundeswehr/ NATO/UNO: Raus aus dem Balkan!" lauteten einige unserer Losungen. Wie Carola Schirm auf der Hamburger Demo betonte: „In Deutschland gibt es offiziell keine Todesstrafe, aber hier erschießen Polizisten auf offener Straße ein ehemaliges RAF-Mitglied wie in Bad Kleinen und einen Kurden, der Plakate klebt, in Hannover. Da springt ein Flüchtling von einem Wohnschiff in Hamburg wegen einer Polizeirazzia und ertrinkt. Und Alexander von der Black Students' Organisation wird gejagt und verurteilt, weil er eine Demonstration zur Verteidigung dieser Flüchtlinge organisiert hat. Da werden kurdische, türkische und afrikanische Flüchtlinge abgeschoben, direkt in die Kerker ihrer Henker. Da stehen wieder mordende Bundeswehrsoldaten auf dem Balkan und in Somalia. Da ermutigt eine SPD/Grünen-Regierung mit der Unterstützung der PDS durch ihre Abschiebungen die Nazis, ihre rassistischen Überfälle zu planen, die oft mit dem Tod der Immigranten enden, in Mölln, Solingen usw."

Es gab Proteste, als wir davon sprachen, die Macht der multirassischen Arbeiterklasse zu mobilisieren, um für die Freiheit von Mumia zu kämpfen. Die Organisatoren der Demo argumentierten, *in Deutschland* könne man den Begriff Rasse nicht benutzen, weil die Nazis mit ihrem Rassenwahn sechs Millionen Juden ermordet haben.

Wie wir beim Kampf um Mumias Freiheit immer betonen, ist die Todesstrafe ein rassistisches Instrument, dessen Wurzeln im Sklavensystem der Südstaaten liegen. Wir wären nicht in der Lage, die besondere Unterdrückung und die Frage der Schwarzen in den USA zu verstehen und dagegen zu kämpfen - ganz zu schweigen von Ländern wie Südafrika oder Brasilien -, wenn wir das Wort „Rasse" einfach aus unserem Vokabular löschten. „Rasse" ist keine biologische Kategorie, wie es die Nazis in ihrer Völkermord-Propaganda verbreiten. Sie ist eine *soziale* Kategorie, deren Wurzeln im kapitalistischen System liegen. Und genau wie bei allen anderen sozialen Kategorien, die der Unterdrückung dienen, wissen Marxisten, daß eine soziale Revolution nötig ist, geführt von einer politischen Partei der Arbeiterklasse, die aus bewußten Revolutionären besteht, um diese Kategorie verschwinden zu lassen. Wie Richard Fräser, trotzkistischer Veteran und unnachgiebiger Kämpfer für die Befreiung der Schwarzen, treffend bemerkte:

> „Das Phänomen *Rasse* existiert. Beweis: Versucht, schwarzen Menschen zu erzählen, daß es so etwas nicht gibt... Die Rasse wird dadurch Realität, daß sie die Form sozialer Diskriminierung darstellt... Deshalb ist Rasse, sehr ähnlich wie Wert [ökonomischer Wert der Ware], ein *soziales Verhältnis."*

Fortgesetzt auf Seite 17



Spartakist

Berlin, 6. November 1998 - Auf der Demo des Autonomen Mumia-Solidaritätskomitees betonten die Spartakisten: Der Hauptfeind steht im eigenen Land!

Propagandisten für Irans „Islamische Republik"

Cliff-Anhänger und islamische Reaktion

Der folgende Artikel ist eine leicht gekürzte Übersetzung aus Spartacist Canada *(Nr. 117, Sommer 1998), Zeitung der Trotskyist League/Ligue trotskyste, der kanadischen Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga.*

Als Teilnehmer an der Demonstration zum Internationalen Frauentag am 7. März in Toronto zum anschließenden Frauentagsfest an der Ryerson-Universität gingen, entdeckten sie, daß die feministischen Organisatoren einen Stand sowohl an die kanadische Armee - berüchtigt für ihre sadistische Folter an Somalis bei ihrem Einsatz als „friedenserhaltende" Truppe - als auch an Propagandisten für die mörderische Islamische Republik Iran zur Verfügung gestellt hatten. Beide Provokationen wurden von Hunderten Demonstranten beendet.

Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution!

Der Protest gegen die Agenten der iranischen Regierung - auf Initiative der Arbeiterkommunistischen Partei Irans (AKPI) und unter Führung von kurdischen und persischen Frauen - hat die kanadische Linke zutiefst polarisiert. Mitglieder der Trotskyist League/Ligue trotskyste, der Ontario Coalition Against Poverty (OCAP, Ontario-Bündnis gegen Armut), von Socialist Action und der New Socialist Group beteiligten sich alle an dieser Aktion gegen das durch und durch reaktionäre theokratische Regime im Iran. Auf der anderen Seite standen mehre/e andere selbsternannte sozialistische Organisationen, um die Vertreter der Ajatollahs zu verteidigen: von den ausgebrannten Stalinisten der Kommunistischen Partei bis zu den langjährigen Apologeten der iranischen Regierung in der Communist League.

Die ersten, die für die Agenten der islamischen Republik die Lanze brachen, waren die International Socialists (I. S., in Deutschland die Gruppe Linksruck), die kanadischen Anhänger von Tony Cliffs Socialist Workers Party in Britannien. Innerhalb von Tagen druckten die I. S. einen Artikel in ihrer Zeitung *Socialist Worker* ab, wo sie die AKPI und andere Linke, die die Provokation zurückgeschlagen hatten, als Schläger verleumdeten, die einen „rassistischen Angriff" gegen moslemische Frauen durchgeführt hätten!

Auch Socialist Resistance, verbunden mit der British Socialist Party von Peter Taaffe, jammerte über angebliche „Gewalt". Als am 16. März auf einer Sitzung der OCAP ein Antrag angenommen wurde, die Aktion der AKPI „uneingeschränkt zu unterstützen", gehörten Mitglieder von Socialist Resistance zu den ganz wenigen, die dagegen stimmten. Nach jahrelangen Manövern, sich selbst als die Führung dieses Bündnisses zu etablieren, trat Socialist Resistance aus Protest aus dem OCAP-Vorstand zurück. Wie die AKPI in einer Erklärung vom 28. März feststellte: „Socialist Resistance zog es vor, sich auf die Seite eines der berüchtigsten und repressivsten Regime zu stellen, das es heutzutage auf der Welt gibt."

Verleumdungen der Cliff-Anhänger entlarvt

Doch die wahnsinnige Verleumdungskampagne wird weiterhin von den I. S. geführt. Anfangs versuchte es *Socialist Worker* (11. März) mit der Behauptung, daß der fragliche Büchertisch nichts mit dem iranischen Regime zu tun gehabt habe, sondern nur „ein Stand, dessen Personal aus einigen moslemischen Frauen bestand", gewesen sei. Ein Flugblatt der Trotskyist League vom 14. März, das in der Linken breit verteilt wurde, wies diese Lüge sofort zurück.

Ein anschließender „Offener Brief an die International Socialists" von der AKPI, einem Mitglied der I. S., das aus Protest ausgetreten war, und anderen hielt fest: „Alle Zeitschriften und Bilder auf dem Büchertisch waren voll mit Lügen, die das .wunderbare und erfüllte Leben' schilderten, das Frauen im Iran genießen, und sie alle hatten das Logo der Islamischen Republik Iran." Weiter heißt es in der Erklärung:

> „Es gab zwei weitere Stände von traditionalistisch moslemischen Frauenorganisationen in der Halle, und sie nahmen an dem Fest ohne irgendwelchen Ärger teil. Tatsächlich befand sich einer von ihnen direkt neben dem Stand der A-KPI...
>
> Die Tatsache, daß die International Socialists es vorzogen, in ihrem offiziellen Organ die Fakten des Vorfalls derart falsch darzustellen, ist nichts anderes als ein Skandal. Wenn sie denken, es sei richtig, daß die Republik des

Fortgesetzt auf Seite 10



Kommunistische Korrespondenz

herausgegeben von der Trotzkistischen Liga Deutschlands

Oktober 1978

Nieder mit dem Schah! Nieder mit den Mullahs!

Iran im Aufruhr

Für proletarische Revolution! Gegen islamische Reaktion!

***Kommunistische Korrespondenz*, Vorläufer des *Spartakist*, Oktober 1978**



The form – religion
The spirit – revolution

***Workers'Action*, Zeitung der kanadischen Cliff-Anhänger, Februar 1979**

Cliff-Anhänger (rechts; in Deutschland Linksruck, ISO) jubelten Chomeinis „Islamische Revolution" von 1979 hoch, die den Frauen den Schleier aufzwang und die kurdische Minderheit (Mitte) blutig unterdrückte. Die Überschritt lautet: „Die Form - Religion, Der Geist - Revolution". Trotzkisten kämpfen für Arbeiterrevolution im Iran!

Islamische Reaktion...

Fortsetzung von Seite 9

Iran auf dem Frauentagsfest einen Stand hat, sollten sie das offen sagen, statt die Wahrheit in der Sache falsch darzustellen, um ihre Spuren zu verwischen."

In einem ganzseitigen Artikel von *Socialist Worker* (25. März) gab I. S.-Führer Paul Kellogg den Angriffen auf die AKPI und andere Linke eine neue Verpackung mit der Behauptung, die wirkliche Frage sei „rassistisches Abstempeln von Leuten aus dem Nahen Osten zu Sündenböcken". Kellogg stellt die rhetorische Frage: „Selbst wenn es auf dem Frauentagsfest einen Stand gäbe, der etwas Unterstützung vom iranischen Staat hätte, würde das einen Angriff rechtfertigen?" Er antwortet, daß ein Protest gegen ein von der Islamischen Republik gesponsertes Display „eine Konzession an die anti-islamische Kampagne der herrschenden Klasse, Sündenböcke zu fabrizieren", sei. Also kann laut I. S. *jeder* linke Protest gegen das Ajatollah-Regime nur rassistisch und proimperialistisch sein!

Daß sich die I. S. als Gegner des antimoslemischen Rassismus von Kanadas herrschender Klasse hinstellen, ist die erbärmlichste Heuchelei. Wochenlang hat *Socialist Worker* die Lüge verbreitet, daß die AKPI - eine Gruppe von Exil-Linken, von denen viele selber in den Kerkern der Ajatollahs saßen - eine Schlägerbande sei, die den „Angriff eines wütenden Pöbels" gegen Frauen angeführt hätte. Das spielt direkt in die Hände der rassistischen Herrscher, für die „Gewalt" und „Terrorismus" Codewörter sind für ihre Kampagne, verzweifelte Flüchtlinge und andere Immigranten auszuweisen.

Um von ihrer skandalösen Verteidigung der Ajatollah-Agenten abzulenken, loben die I. S. im nachhinein den Protest gegen die kanadische Armee auf dem Frauentagsfest. Kellogg schreibt: „Glücklicherweise hatten einige auf dem Fest genug Verstand, um zu wissen, daß dies [der Protest gegen die Islamische Republik] falsch war. Einige versuchten, das Recht der moslemischen Frauen, bleiben zu können, zu verteidigen. Andere führten einen Angriff gegen den wirklichen Feind - der Stand, dessen Personal von der kanadischen Armee gestellt wurde - und vertrieben ihn vom Fest." Die nicht genannten „anderen", die die Aktion gegen die kanadische Armee führten - die TL und die OCAP - spielten auch beim Protest gegen das iranische Regime eine führende Rolle, und zahlreiche AKPI-Unterstützer beteiligten sich am Protest gegen die Armee. Die I.S. hingegen, deren eigener Tisch sich direkt gegenüber der Armee befand, machten erst mit, als Hunderte von wütenden Demonstranten sich vor der militärischen Rekrutierungsstation aufbauten.

Cliff-Anhänger unterstützen islamische Reaktion: Iran und Afghanistan

Die empörende Kampagne der I.S. gegen den Protest auf dem Frauentagsfest ist nicht vom Himmel gefallen. Schon seit Jahren versucht diese Organisation, moslemischen Fundamentalismus als „antiimperialistisch" und sogar „revolutionär" hinzustellen. Die gegenwärtige Periode des Aufstiegs vom politischen Islam in der historisch moslemischen Welt begann mit dem Machtantritt von Ajatollah Chomeini 1979 in Iran. Damals brachten die I. S. lobhudelnde Artikel über die „Massenbewegung" von Chomeini-Anhängern, die den Schah stürzte, mit solchen Überschriften wie „Die Form - Religion. Der Geist - Revolution" *(Workers'Action,* Februar 1979).

Als einzige in der Linken sagten wir, daß die Mullahs an der Macht den Frauen wieder den Tschador (den von Kopf bis Fuß reichenden Schleier) aufzwingen, wieder barbarische Strafen wie das Steinigen und Auspeitschen einführen, nationale Minderheiten unterdrücken und die Arbeiterbewegung und Linke genauso rücksichtslos wie der Schah zerschlagen wollen. Wir sagten: „Nieder mit dem Schah! Nieder mit den Mullahs! Für Arbeiterrevolution im Iran!" Tragischerweise wurden unsere Vorhersagen allzu wahr.

Gegen Ende des gleichen Jahres, 1979, intervenierte die sowjetische Rote Armee in den Bürgerkrieg in Afghanistan, um ein linksnationalistisches Regime zu unterstützen, das sich bemüht hatte, Reformen wie die Befreiung der Frauen vom Schleier, die Reduzierung des Brautpreises und die Möglichkeit von Schulbildung für Mädchen einzuführen. Die I. S. stellten sich auf die Seite der von der CIA unterstützten islamischen Mudschaheddin, die dafür kämpften, Frauen versklavt zu halten. Afghanistan war die Eröffnungssalve im „zweiten Kalten Krieg" der Imperialisten, mit dem Ziel der Zerstörung des sowjetischen degenerierten Arbeiterstaates. Während Washington Zeter und Mordio schrie über den „gottlosen Kommunismus", lieferte es massiv Waffen an die Mörderbanden der afghanischen Moslems. Hier kam für die I. S. beides zusammen: ihre Hochjubelung islamisch-fundamentalistischer Kräfte und ihre eingefleischte Feindschaft gegen die Sowjetunion. Der führende britische Cliff-Anhänger Paul Foot benutzte sogar seine Kolumne im bürgerlichen *Daily Minor,* um die konservative Thatcher-Regierung von rechts anzugreifen, indem er die Möglichkeit an die Wand malte, daß britische Fleischexporte in die Sowjetunion an sowjetische Soldaten in Afghanistan gelangen könnten.

Im Gegensatz dazu sagten Trotzkisten: „Hoch die Rote Armee in Afghanistan!" Wir erkannten, daß diese militärische Aktion, welche Absichten die Bürokraten im Kreml auch immer haben mochten, die Möglichkeit eröffnete, die sozialen Errungenschaften der Oktoberrevolution auf die schrecklich unterdrückten Völker Afghanistans auszuweiten. Dieses Verständnis beruht auf der Anerkennung der Tatsache, daß die Sowjetunion trotz ihrer Degeneration unter einer stalinistischen bürokratischen Kaste weiterhin ein Arbeiterstaat war und historische Errungenschaften der russischen Arbeiterrevolution vom Oktober 1917 verkörperte, nicht zuletzt für Frauen und die historisch islamischen Völker von Sowjet-Zentralasien.

Ein Jahrzehnt später trug der Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan durch die Kremlbürokratie dazu bei, dem Sieg der Konterrevolution in der Sowjetunion und in Osteuropa den Weg zu bahnen. Dieser Rückzug führte auch zu unsäglichem Grauen für die Frauen Afghanistans, das sie durch die Taliban und andere moslemische Fundamentalisten erleiden. Für die I. S. jedoch war der Rückzug der Roten Armee ein „Sieg". Sie freuten sich hämisch darüber, daß „ein besiegtes Rußland die Kämpfe der unterdrückten Nationalitäten in Osteuropa und in Rußland selbst anspornen wird" *(Socialist Worker,* März 1989). Von Ostberlin bis Moskau *bejubelten* die Cliff-Anhänger diese konterrevolutionären „Kämpfe", die zur Restauration der kapitalistischen Ausbeutung, der Massenarbeitslosigkeit, des rassistischen Terrors und der rasant zunehmenden Angriffe auf Frauenrechte führte.

Cliff-Anhänger unterstützen islamische Reaktion: Algerien und Indonesien

Der Redakteur Kellogg von *Socialist Worker* versucht, die Anwesenheit der iranischen Regierungsvertreter auf dem Frauentagsfest in Toronto zu rechtfertigen und schreibt:

> „In Wirklichkeit sollten wir den Begriff .islamischer Fundamentalismus' zurückweisen und statt dessen vom Massenphänomen *Islamismus* sprechen - eine teils religiöse, teils politische Bewegung, die seit vierzig oder fünfzig Jahren zur politischen Landschaft des Nahen Ostens gehört. Islamismus ist eine Art von Nationalismus, eine

Reaktion auf das zerstörerische Eingreifen des Imperialismus im Nahen Osten."

Aber der Aufstieg des Islam ist kein Ausdruck von „Antiimperialismus", sondern vielmehr von Verzweiflung. Er ist die reaktionäre Widerspiegelung der Tatsache, daß bürgerlicher Nationalismus offensichtlich eine *Sackgasse* ist und eine kommunistische Alternative fehlt. In einem aufschlußreichen Artikel über den Aufstieg des islamischen Fundamentalismus schrieb Paul Trewhela in *Searchlight South Africa* (Juli 1989), einer linken Zeitschrift, die von Südafrikanern im Londoner Exil herausgegeben wird:

> „Er ist der Schrei der unterdrückten Kreatur des späten 20. Jahrhunderts, die in rastloser Wut die Ketten um sich wickelt, weil sich bis jetzt kein bedeutendes Projekt der Befreiung gezeigt hat. Die Flut der islamischen Reaktion ist das Ergebnis des jahrzehntelangen Fehlens irgendeiner internationalen Politik, die die Dinge von Grund auf ansprechen würde...
>
> Die islamische Kampagne, die die Ängste und den Groll der moslemischen Armen dirigiert und manipuliert wie so vieles Rohmaterial, ist in jedem Land in den Händen von dieser oder jener Schicht von Eigentümern. Denen geht es darum, ihre Position relativ zu anderen Klassen durch ein politisches Bündnis mit den imamen zu stärken, bei dem die Moscheen als Keimzellen einer politischen Organisation dienen, die vor allem darauf abzielt, der jüngeren Generation moslemischer Frauen den Zugang zum gesellschaftlichen Leben zu versperren." („Islam, South Africa and ‚The Satanic Verses'", abgedruckt in *Women and Revolution* Nr. 37, Frühjahr 1990)

Algerien liefert ein klares Beispiel. Die Algerier gewannen einen Unabhängigkeitskrieg gegen Frankreich, doch der Sieg über den Kolonialismus brachte ein arbeiterfeindliches neokoloniales kapitalistisches Regime hervor, das die Ausbeutung und Unterdrückung der Massen nicht lindern konnte. Millionen wandten sich dem Islam als „Antwort" zu. Das Ergebnis ist ein allseitiges Blutbad zwischen dem brutalen Militärregime und islamischen Fundamentalisten, das Zehntausenden Menschen das Leben gekostet hat.

Und die Cliff-Anhänger sind direkt ins islamistische Lager gegangen. Die Vernarrtheit der Cliff-Anhänger in die islamische Reaktion kam in einem längeren Artikel des britischen SWP-Theoretikers Chris Harman mit der Überschrift „The Prophet and the Proletariat" *(International Socialism,* August 1994) auf den Punkt. Harman schreibt dort: *„Die Islamisten haben jetzt die Sozialisten und die Linke als diejenigen ersetzt, die in vielen Ländern gegen den Staat Front machen"* (Hervorhebung im Original). Mit der Behauptung, daß die algerische FIS (Islamische Heilsfront) „zwischen Respektabilität und Insurrektionismus gefangen" sei, deutet Harman noch nicht einmal an, daß das Ziel des „Insurrektionismus" der FIS eine theokratische Diktatur ist!

Erst kürzlich haben die australischen Cliff-Anhänger angesichts der Massenproteste gegen die Suharto-Diktatur in Indonesien die tödlichen Illusionen geschürt, daß der Moslem-Führer Amien Rais „eine revolutionäre Basisbewegung in der Armee" schaffen könnte, „um sie von unten zu spalten" *(Socialist Worker* [Australien], 6. März). Heute machen sie für Rais Werbung, dabei begrüßen sie im nachhinein den antikommunistischen islamischen Mob, der dazu beigetragen hat, das linksnationalistische Sukarno-Regime 1965/66 zu stürzen. Sie schreiben:

> „Studenten haben sich an den Unis im ganzen Land versammelt und fordern, daß die Diktatur abtritt.
>
> Die am meisten beeindruckende Aktion lief an der Universität von Jakarta, wo Studenten einst beim Sturz des früheren Sukarno-Regimes eine Rolle spielten."

Ungeheuerlicherweise setzt *Socialist Worker* die Studentenproteste gegen Suharto mit dem reaktionären Mob von 1965 gleich und gibt damit ihr Einverständnis zu dem von der CIA unterstützten Blutbad, das Suharto an die Macht brachte und bei dem eine halbe Million Kommunisten, Arbeiter und ethnische Chinesen ermordet wurden!

Für permanente Revolution!

In Indonesien, Iran und anderen Ländern war der Aufstieg der islamischen Reaktion sowohl durch den Bankrott der bürgerlichen Nationalisten als auch durch den Verrat der stalinistischen Massenparteien bedingt, die ein Bündnis des Proletariats mit „antiimperialistischen" Kapitalisten und Generälen predigten. Nach dem menschewistischen/stalinistischen Dogma der „Revolution in Etappen" wird die Arbeiterklasse dazu aufgerufen, die bürgerlichen Nationalisten zu unterstützen, die mit der Aufgabe betraut werden, eine unabhängige kapitalistische „Demokratie" zu schaffen. Aber in den rückständigen früheren Kolonialländern der „Dritten Welt" ist die Bourgeoisie so sehr mit ihren imperialistischen Herren verbunden, daß sie nicht imstande ist, auch nur die grundlegendsten demokratischen Aufgaben wie die nationale Befreiung zu lösen. Wie 1965 in Indonesien mit Blut besiegelt wurde, ist eine „Revolution in Etappen" ein Hirngespinst, das nur zur vernichtenden Niederlage der Unterdrückten führen kann.

Unsere Perspektive ist die *permanente Revolution:* das Verständnis, daß in Ländern mit verspäteter kapitalistischer Entwicklung die Lösung selbst der demokratischen Aufgaben den Sturz der Herrschaft des Kapitals erfordert. Das Proletariat muß sich im Kampf für die sozialistische Revolution an die Spitze aller Unterdrückten stellen. Dies ist untrennbar damit verbunden, die Macht der imperialistischen Herrscher durch den Kampf für die proletarische Staatsmacht in den imperialistischen Zentren zu brechen. Die Internationale Kommunistische Liga hat es sich zum Ziel gesetzt, leninistische Parteien aufzubauen als das entscheidende Werkzeug, um das Proletariat mit dem Bewußtsein und dem Ziel der sozialistischen Weltrevolution als seiner historischen Aufgabe zu bewaffnen.

Da die Cliff-Anhänger den Kräften der islamischen Reaktion ein „revolutionäres" Potential zuschreiben, legen sie nicht einmal ein Lippenbekenntnis über die Notwendigkeit ab, das Proletariat als unabhängige Klassenkraft zu mobilisieren. Die AKPI greift sie zu Recht dafür an, daß sie „den islamischen Staat verteidigen", und stellt die rhetorische Frage: „Müssen wir an die schändliche Position der I. S. erinnern, Chomeini zu verteidigen?" Doch während die AKPI weit links von den meisten selbsternannten Marxisten in der Region steht, hat sie den tödlichen Rahmen der „Revolution in Etappen" nicht überwunden.

Weder die AKPI noch ihr Vorläufer, die Kommunistische Partei Irans (KPI), existierten zur Zeit von Chomeinis Aufstieg an die Macht 1978/79. Doch wenn sie über diese Periode schreibt, zieht sie einen nicht existierenden Trennstrich zwischen der „Revolution", die den Schah gestürzt hat, und der Machtergreifung der Mullahs. Zum Beispiel erwähnt eine politische Resolution der KPI die „Erfahrung der Unterdrückung der Revolution von 1979 durch das islamische Regime" *(Bolshevik Message,* Februar 1989). Arbeiterstreiks waren ausschlaggebend für den Sturz des Schah, aber das Proletariat würde durch seine Irreführer - mit der entscheidenden Hilfe der iranischen Linken - den Chomeini-Anhängern politisch untergeordnet. Vor allem fehlte eine bolschewistische Partei, die die Arbeiterklasse zur Eroberung der politischen Macht sowohl gegen den Schah als auch gegen die Kräfte der islamischen Reaktion hätte führen können.

Heute ruft das Programm der AKPI mit dem Titel „Eine bessere Welt" zum „Sturz der Islamischen Republik und zur

Fortgesetzt auf Seite 20

Arbeiterrevolution wird Terrorherrschaft rächen!

Pinochet: Massenmörder chilenischer Arbeiter und Linker



Gerretsen/Gamma

Mörderbande: Pinochet (sitzend) im Kreise seiner Militärs



Gerretsen/Gamma

Chiles Hauptstadt Santiago während des Futsches von 1973: Truppen treiben Linke zusammen

Am 17. Dezember 1998 erklärte der Berufungsausschuß des Oberhauses in London - auf Antrag von Pinochets Anwälten - einen der fünf Lordrichter, der am 25. November Pinochet die Immunität abgesprochen hatte, für befangen, weil dieser nicht vorher seine enge Verbindung zu Amnesty International offengelegt hatte. Damit wurde - bis zu einer im Januar zu erwartenden neuen Entscheidung der Lordrichter - die am 9. Dezember verkündete und vielbejubelte Zustimmung des britischen Innenministers Jack Straw zum spanischen Auslieferungsantrag hinfällig.

Das Auslieferungsverfahren gegen den blutigen Diktator Pinochet wird von vielen Pseudolinken begierig aufgegriffen, um dem jeweils eigenen Imperialismus den Deckmantel der „Menschenrechte" umzuhängen. Auch in Deutschland schüren Linke im Kielwasser der Sozialdemokratie kräftig diese Illusionen. So verlangte eine Demo am 7. November in Berlin, zu der lateinamerikanische Exilgruppen sowie verschiedene Linke und Grüne aufgerufen hatten, „von der neuen deutschen Regierung ... daß sie dem internationalen Recht Nachdruck verleiht und sich über das Außenministerium gegenüber Spanien und Großbritannien dafür einsetzt, daß Pinochet der Prozeß gemacht wird". Und die Gruppe Linksruck (Schwesterorganisation der britischen Socialist Workers Party von Tony Cliff), die sich an dieser Demo beteiligte, wirft den Imperialisten ausgerechnet vor, daß diese Herren, die gerade den Irak bombardierten und Truppen gegen Serbien einsetzen, nicht genauso gegen die Diktatoren anderer Halbkolonien durchgreifen: „Dabei ist Pinochet genauso ein Verbrecher wie Tudjman, Milosevic oder Hussein" (*Linksruck,* November 1998).

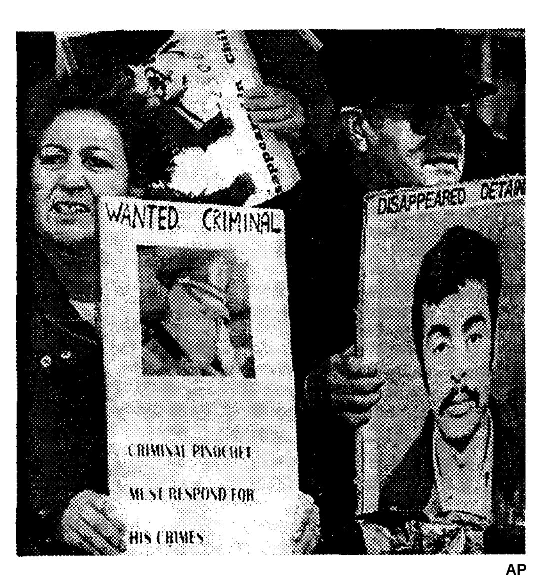
Der folgende Artikel ist übersetzt aus *Workers Vanguard* Nr. 700 vom 6. November 1998.

Die „Verhaftung" von General Augusto Pinochet am 16. Oktober 1998 in London wurde von den Opfern des ehemaligen chilenischen Militärdiktators bejubelt, die massenhaft auf die Straße gingen. Am 25. Oktober versammelten sich rund 35 000 Demonstranten in der chilenischen Hauptstadt Santiago und forderten, daß der Schlächter nun endlich wenigstens ansatzweise eine gerechte Strafe bekommt. Unter ihnen waren Angehörige der vielen Tausenden von Menschen, die unter der Terrorherrschaft, die nach dem Militärputsch vom September 1973 wütete, gefoltert worden waren und seitdem „verschwunden" sind. Doch die unangebrachten Hoffnungen, daß Labour-Premierminister Tony Blair oder US-Präsident Bill Clinton - die Sprecher der imperialistischen Bourgeoisien, die Pinochet Rückendeckung gegeben hatten - diesem Massenmörder Gerechtigkeit widerfahren lassen würden, platzte nur drei Tage später.

Am 16. Oktober hatte ein britisches Gericht angeordnet, daß Pinochet unter Haus„arrest" gestellt wird - d. h. daß eine Polizeiwache vor der exklusiven Londoner Klinik aufgestellt wurde, die er zur Behandlung aufgesucht hatte. Die Maßnahme des Gerichts war die Reaktion auf ein Auslieferungsersuchen eines spanischen Richters, um Pinochet wegen der Ermordung von spanischen Staatsbürgern während seiner Terrorherrschaft vor Gericht stellen zu können. Am 28. Oktober hob Britanniens High Court die Entscheidung der Unterinstanz auf und entschied, daß der Massenmörder wegen der Verbrechen, die er als „souveränes" Staatsoberhaupt begangen hat, nicht vor Gericht gestellt werden könne. Pinochet wurde sofort gegen Kaution freigelassen und wird wahrscheinlich in Kürze wieder nach Santiago zurückfliegen.

Was alle beteiligten kapitalistischen Regierungen angeht, strotzte die ganze Geschichte vor Zynismus und .Scheinheiligkeit. Die Vorstellung, daß das Madrider Regime, Erbe der faschistoiden Franco-Diktatur, einem ultrarechten Diktator Gerechtigkeit widerfahren lassen könne, ist bizarr. Die Blair-Regierung versuchte seit Pinochets Verhaftung, sich um eine Stellungnahme zu drücken, trotz ihres Geredes über eine „ethische Außenpolitik", auf die niemand so sehr

hereingefallen ist wie die Labour-Anhänger im pseudolinken Lager. Fakt ist, daß Chiles starker Mann wiederholt Britannien besucht hat, um mit Margaret Thatcher, der ehemaligen Premierministerin der Konservativen Partei, ein gemütliches Schwätzchen zu halten, ohne auch nur im geringsten eine Mißbilligung seitens der Regierung befürchten zu müssen, geschweige denn seine Inhaftierung. Pinochets Nachfolger, die Regierung des christdemokratischen Ministerpräsidenten Eduardo Frei - die Pinochet Immunität gewährte, ihn sogar zum „Senator auf Lebenszeit" ernannte - sprach sich, wie zu erwarten, gegen seine Festnahme aus. Diese Marionette des Internationalen Währungsfonds, der Wall Street und Washingtons erhob wütendes Geschrei, daß ihre „nationale Souveränität" verletzt werde.



AP

London, Oktober 1998: Angehörige der Opfer Pinochets fordern Gerechtigkeit

Noch ominöser war, daß Sprachrohre für imperialistische „Menschenrechte" proklamierten, dies sei „ein Arrest, der anderen Tyrannen als Warnung dient" - so der Titel eines Leitartikels des Londoner *Independent* (19. Oktober) -, und sich dabei auf eine „Super-Souveränität" beriefen, um die Ergreifung jedes beliebigen ausländischen Herrschers zu rechtfertigen, der nicht auf der Linie von Washington und London liegt. Der *Independent* trat dafür ein, daß „der lange Arm des internationalen Rechts" sich nun auch vornehmen sollte, Serbiens Slobodan Milosevic zu entführen. In den USA schrien Republikaner im Kongreß danach, den kubanischen Führer Fidel Castro zu verhaften, sobald er wieder wegen einer Versammlung der Vereinten Nationen New York besucht. Das ist keine leere Drohung, wie der US-Imperialismus gezeigt hat, als er vor acht Jahren in Panama einmarschierte, um den in Ungnade gefallenen starken Mann des Landes Manuel Noriega, einen früheren CIA-„Aktivposten", wegen „Drogenvergehen" zu kidnappen und ins Gefängnis zu stecken.

Solche zynischen Rechtfertigungen für imperialistisches „Law and Order" fanden ihr Echo bei selbsternannten „Revolutionären", die mit der kapitalistischen Ordnung ihren Frieden gemacht haben. Die französische Sektion des pseudotrotzkistischen Vereinigten Sekretariats (VS), die Ligue Communiste Révolutionnaire (LCR), beklagte, daß es der Regierung des sozialistischen Ministerpräsidenten Lionel Jospin nicht gelungen war, „die Verhaftung selber vorzunehmen", und lamentierte darüber, daß anderen „Staatskriminellen" wie Milosevic „Straffreiheit" zuteil würde *(Rouge,* 22. Oktober). Dieser groteske Appell an die kriminelle imperialistische Bourgeoisie, die von Indochina bis Algerien Massenmorde begangen hat, kommt nicht überraschend angesichts der langjährigen Unterstützung der LCR für Jospins Sozialisten, egal ob sie an der Regierung waren oder nicht.

Pinochet und seine vielen Handlanger und Schirmherren werden die prompte Bestrafung, die sie verdienen, nur bekommen, wenn sie vor ein Arbeitertribunal gebracht werden, das die überlebenden Opfer und die Genossen derjenigen, die von der chilenischen Bourgeoisie gefoltert und abgeschlachtet wurden, einbezieht. Dafür muß eine chilenische bolschewistische Partei geschmiedet werden - gestählt gegen den Verrat der Volksfront, dieser höchsten Form der Klassenzusammenarbeit, die Pinochets Terrorherrschaft den Weg geebnet hat -, die das Proletariat an die Macht führen kann, wobei sie alle Unterdrückten hinter sich sammelt. Nur eine Arbeiterrevolution, die sich von Chile auf den ganzen amerikanischen Kontinent ausbreitet - auch auf die Höhle des imperialistischen Löwen -, kann die schrecklichen Verbrechen rächen, die die von den Imperialisten unterstützte Pinochet-Diktatur an Arbeitern und Linken begangen hat.

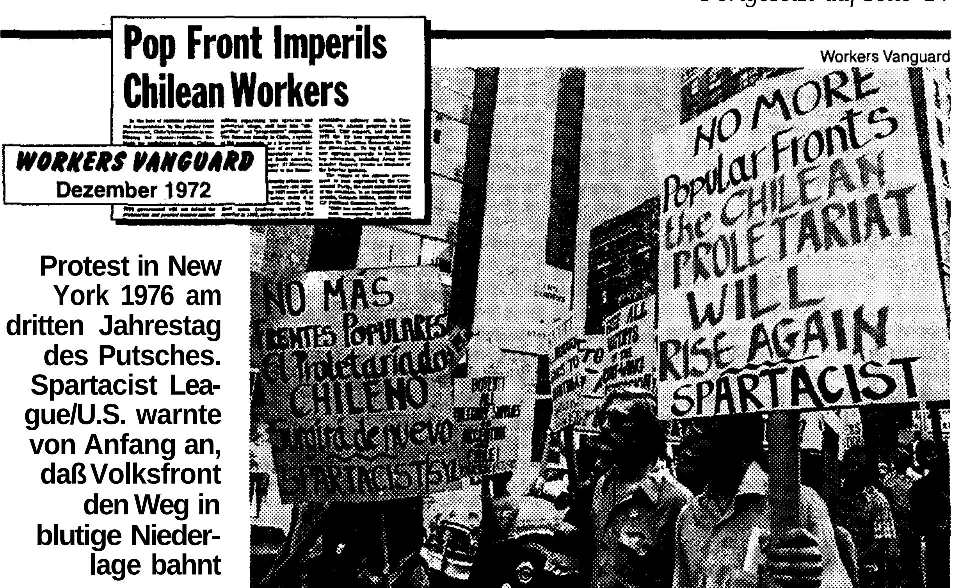
Volksfront: Keine Taktik, sondern das größte Verbrechen

Pinochets Verhaftung erfolgte kaum einen Monat nach dem 25. Jahrestag des Futsches vom 11. September 1973, der die Regierung der „Volkseinheit" (UP - Unidad Populär) des Präsidenten Salvador Allende von der Sozialistischen Partei (SP) stürzte und Allende zusammen mit Tausenden von kämpferischen Arbeitern und Linken umbrachte. Diese beiden Ereignisse haben eine Flut von Artikeln, Büchern und Filmen hervorgebracht, die im großen und ganzen Allende zu einem Idol hochstilisieren und seine Perspektive eines nationalistischen und parlamentarischen „chilenischen Weges zum Sozialismus" glorifizieren.

Das Allende-Regime und der Putsch von 1973 waren die entscheidenden politischen Ereignisse für eine Generation von Linken auf der ganzen Welt. Die UP war eine „Volksfront", eine *bürgerliche* Koalition von Allendes SP, der stalinistischen Kommunistischen Partei (KP), den bürgerlichen Radikalen und mehreren kleinbürgerlichen Parteien. Die historische vernichtende Niederlage der chilenischen Arbeiterklasse durch Pinochets Schlächter war ein tragisches Beispiel dafür, wie die Volksfront das Proletariat entwaffnet und in eine blutige Niederlage führt. In „Chile nach dem Putsch" *(Spartadst,* deutsche Ausgabe Nr. 2, Herbst 1974) schrieben wir:

„Eines tut also not: den sozialistischen Militanten fest einzuprägen, daß die Metzelei und Zerstörung des

Fortgesetzt auf Seite 14



Workers Vanguard

Protest in New York 1976 am dritten Jahrestag des Putsches. Spartacist League/U.S. warnte von Anfang an, daß Volksfront den Weg in blutige Niederlage bahnt



Washington Post

Nur wenige Wochen vor dem blutigen Putsch im September 1973 ernannte Präsident Allende Pinochet zum Armeeführer und pries ihn als „verfassungstreu"

Pinochet...

Fortsetzung von Seite 13

September-Futsches Produkt der von den Stalinisten und Sozialdemokraten betriebenen Politik eines .friedlichen Übergangs zum Sozialismus' und ‚einer Volksfront' mit Teilen der Bourgeoisie sind."

Diese Lehren hatte sich das Proletariat schon mehr als einmal mit seinem eigenen Blut erkauft, besonders im Spanischen Bürgerkrieg der 30er Jahre, als eine „Volksfronfregierung, die der chilenischen UP ganz ähnlich war, ebenfalls dazu diente, den revolutionären Kampf der Massen, die auf die Enteignung der Industrie und auf die Verteilung des Landes an die Bauern drängten, zu demobilisieren und zu unterdrücken. Kurz vor Beginn des Spanischen Bürgerkriegs betonte der bolschewistische Führer Leo Trotzki in einem Artikel:

> „Die allerwichtigste Frage ist gegenwärtig die der Volksfront. Die linken Zentristen versuchen, diese Frage als ein taktisches oder gar ein technisches Manöver hinzustellen, damit sie mit ihrem Kram im Schatten der Volksfront hausieren gehen können. In Wirklichkeit ist die Volksfront die *Hauptfrage proletarischer Klassenstrategie* in dieser Epoche. Sie bietet auch das beste Kriterium für die Differenz zwischen Bolschewismus und Menschewismus." (Leo Trotzki, „Die POUM und die Volksfront", Juli 1936)

Die Erfahrung mit der chilenischen UP, die vom größten Teil der Linken international unterstützt wurde, bestätigte hinreichend Trotzkis Darstellung. Und diese Erfahrung ist heute genauso von Bedeutung, denn in den meisten Ländern Westeuropas sind noch weit rechtere „Volksfront"-Formationen aus sozialdemokratischen und bürgerlichen Parteien dafür eingesetzt worden, kapitalistische Regierungen zu stellen - wieder mit der eifrigen Unterstützung durch eine ganze Skala von pseudorevolutionären Gruppen -, um eine gegen die Arbeiter gerichtete Austeritätspolitik und gegen Immigranten gerichteten Rassismus durchzudrücken.

Allendes UP wurde 1970 auf der Grundlage eines Wahlprogramms gewählt, das vor dem Hintergrund eines enormen Aufschwungs von Klassenkämpfen weitreichende Verstaatlichungen versprach. Landlose Bauern gingen immer mehr dazu über, die riesigen Landgüter zu besetzen, während die Zahl von Arbeiterstreiks - besonders der machtvollen Arbeiter in den Kupferminen, der Stahlindustrie und bei den Eisenbahnen - drastisch anstieg. Die gewaltsame Unterdrückung durch die Bullen und das Militär schaffte es nicht, die Explosion des Klassenkampfes aufzuhalten. Das berüchtigste der Massaker war im März 1966, als Truppen unter dem damaligen Oberst Auguste Pinochet acht Kupferbergarbeiter umbrachten.

Um sein Amt antreten zu können, schloß Ailende ein Abkommen mit den Christdemokraten, der dominierenden bürgerlichen Partei. In einem „Statut der verfassungsmäßigen Garantien" versprach Allende, das Offizierskorps der Armee unangetastet zu lassen und Arbeitermilizen zu verbieten. Die Führer der Sozialistischen und der Kommunistischen Partei predigten am laufenden Band Vertrauen in die angebliche „Neutralität" des „demokratischen" Militärs. Aber Marxisten wissen, daß der kapitalistische Staat von Grund auf ein Unterdrückungsapparat ist - Bullen, Militär und das Strafvollzugswesen -, der dazu dient, das Privateigentum und die Klassenherrschaft der Bourgeoisie zu verteidigen. Die chilenischen Streitkräfte, denen es um alles andere ging als um die Verteidigung des „verfassungsmäßigen Regimes", standen an der Spitze der konterrevolutionären Kampagne, die Pinochet an die Macht brachte.

In dem Maße, wie die sozialen Spannungen in Chile sich verschärften, wurde das Land zunehmend zwischen der Arbeiterklasse und den Kapitalisten polarisiert. Die UP-Regierung unterdrückte Landbesetzungen der Bauern und setzte die Bereitschaftspolizei zur Unterdrückung von Arbeiterdemonstrationen und Streiks ein; doch ihre Unfähigkeit, die sich vertiefende Gesellschaftskrise zu lösen, brachte die Bourgeoisie nur weiter in Rage. Als die tiefe Kluft zwischen den beiden grundlegenden Klassen immer größer wurde, trieb Allendes Politik der „Mäßigung" die verzweifelte Kleinbourgeoisie dazu, auf eine „radikale" Lösung im



London Times

Anfang 1973 ließ die Volksfrontregierung ihre Bullen auf 4000 Streikende des Kupferbergwerks ElTeniente los, die in Santiago demonstrierten

Lager der Reaktion zu setzen. Das schuf die Basis für das rapide Anwachsen-faschistischer Gruppen wie Patria y Libertad, für Großdemonstrationen der Ultrarechten und für die politische Atmosphäre für den Militärputsch. Die reaktionären Mobilisierungen wurden durch eine massive CIA-„Destabilisierungs"-Kampagne aktiv unterstützt und angeheizt.

Angesichts der Offensive der Rechten versuchte die UP-Regierung vergeblich, die Kapitalisten zu beschwichtigen, während sie die Repression gegen die Arbeiter verstärkte. Nach einem „Unternehmerstreik" durch Fuhrunternehmer und Ladenbesitzer 1972 holte Allende Militärführer in die Regierung und verkündete ein Gesetz, das dem Militär Razzien erlaubte, um nach Waffen zu suchen. Dieses Gesetz wurde gegen die Gewerkschaften benutzt, gegen besetzte Fabriken und gegen Arbeiterparteien, während die Faschisten ihre Waffenlager aufstokken konnten. Das Land war in einer vorrevolutionären Situation, Cordones Industriales (Arbeiterkomitees) - embryonale Formationen der Doppelherrschaft - entstanden in den Industriezentren. Während die Putschisten aktiv das Komplott gegen Allende schmiedeten, ernannte dieser den General Pinochet, einen der führenden „verfassungstreuen" Offiziere, zum Armeechef und holte ihn in die Regierung. Sowohl politisch als auch buchstäblich haben die Sozialisten und Stalinisten das Proletariat entwaffnet Und dem bevorstehenden „weißen Terror" ausgeliefert.


AP

Lehrer in ganz Chile demonstrierten im Oktober 1998 für Lohnerhöhungen. Trotz scharfer Repression haben Bergarbeiter und andere Arbeiter wiederholt Kämpfe gegen Hunger- und Kahlschlagpolitik geführt

Wenige Wochen später führte Pinochet den reaktionären Putsch an und entfesselte eine der blutigsten Terrorwellen in der Geschichte Lateinamerikas. Um ihr Ziel, die Vernichtung der organisierten Arbeiterbewegung, zu erreichen, errichteten die Generäle eine Terrorherrschaft, die Tausenden das Leben kostete. Unzählige weitere Tausende wurden in Konzentrationslager gesteckt, wo viele von ihnen schrecklich gefoltert wurden, und bis zu 100000 mußten ins Exil gehen, wo sie weiterhin von Pinochets Mörderbanden und imperialistischen geheimpolizeilichen Agenturen gejagt und ermordet wurden. Um die Profite der einheimischen und ausländischen Kapitalisten zu steigern, ging Pinochets reaktionäres Regime daran, die Arbeiterklasse auf ein Niveau herabzudrücken, das nur knapp über dem Verhungern lag, und setzte eine brutale Austeritätspolitik durch, die vom „neoliberalen" Wirtschaftswissenschaftler Milton Friedman an der Universität von Chicago und von seinen „Chicago Boys" entworfen worden war.

Für eine trotzkistische Partei - Für Arbeiterrevolution!

Praktisch als einzige linke Organisation trat die Spartacist League/U.S. von Anfang an gegen die Unterstützung von Allendes Koalition der Klassenkollaboration auf. Unmittelbar nach den Wahlen von 1970 warnten wir *(Spartacist,* englische Ausgabe Nr. 19, November/Dezember 1970):

„Es ist die elementarste Pflicht für revolutionäre Marxisten, sich unversöhnlich gegen die Wahl der Volksfront auszusprechen und ihr absolut kein Vertrauen entgegenzubringen, wenn sie an der Macht ist. Jede Art von .kritischer Unterstützung' für die Allende-Koalition ist Klassenverrat, der dann, wenn die einheimische Reaktion mit Unterstützung des internationalen Imperialismus soweit ist, einer blutigen Niederlage der chilenischen Werktätigen den Weg bereitet."

Der kubanische stalinistische Führer Fidel Castro, das Idol von Jack Barnes' extrotzkistischer Socialist Workers Party (SWP) in den USA, setzte sich aktiv für Allende und seinen „parlamentarischen Weg" ein; dabei ermahnte er die chilenischen Kupferbergarbeiter, härter zu arbeiten, da ihre Bergwerke verstaatlicht worden seien, und ging sogar so weit, sich in Santiago kurz vor dem Putsch Arm in Arm mit Pinochet zu zeigen. Heute wettert Barnes' *Militant* (2. November) gegen die „flagrante Verletzung von Chiles nationaler Souveränität", die in der Verhaftung von Pinochet zum Ausdruck komme.

Das zentristische VS, mit dem die reformistische SWP damals verbunden war, trat als linker Schwanz der Volksfront auf. Mitte der 60er Jahre schloß sich die chilenische VS-Gruppe mit einer Reihe von stalinistischen und sozialdemokratischen Gruppen zusammen und bildete die auf Castro orientierte Linksrevolutionäre Bewegung (MIR), die Allendes Wahl als „einen Schritt vorwärts für die

Fortgesetzt auf Seite 16



NEU!
SPARTACIST
Theoretische und dokumentarische Quellensammlung der IKL

Spanische Ausgabe
Nr. 29, August 1998 •
56 Seiten

DM 3,- zuzüglich Porto

Bestellt bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 5 55
10127 Berlin

Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/M., BLZ 50010060

Pinochet...

Fortsetzung von Seite 15

[Chile], 13. Oktober 1970) bejubelte. Anfang der 70er Jahre entstand eine neue VS-Gruppe in Chile, die zwar die Bildung von Arbeitermilizen und die Konsolidierung der Cordones Industriales forderte, aber ebenso Illusionen in das Allende-Regime schürte, indem sie an dieses appellierte, die Verstaatlichungen auszuweiten. Bis kurz vor dem Putsch 1973 weigerte sich das VS, die UP als eine Volksfront zu charakterisieren, und bezeichnete sie statt dessen als „eine reformistische Regierung mit Multiklassencharakter", in der die reformistischen Arbeiterparteien angeblich die „Hegemonie" hätten *(Revolution Permanente* [Chile], 15.-31. August 1973).

Hinter diesen verbalen Taschenspielertricks steckte ein Programm der Kapitulation vor der Volksfront. Wie schon Trotzki im Fall der spanischen Volksfront in den 30er Jahren - in der die Stalinisten und Sozialdemokraten ebenfalls die „Hegemonie" hatten - nachdrücklich betont hat, ist selbst die Anwesenheit des „Schattens" der Bourgeoisie in einer solchen Formation der Klassenkollaboration ausreichend, um ihren bürgerlichen Charakter sicherzustellen. Wenn reformistische Parteien einer solchen Koalition beitreten, wird der Widerspruch zwischen ihrer proletarischen Basis und ihrem prokapitalistischen Programm unterdrückt, und jede Wahlunterstützung für diese Parteien, egal wie kritisch, ist marxistischen Prinzipien völlig entgegengesetzt. Auf jeden Fall ist selbst eine Regierung, die sich ausschließlich aus reformistischen Parteien zusammensetzt



Captain Hector Bonzo

Während des Falkland/Malvinas-Krieges 1982 begingen britische Imperialisten Massenmord und versenkten das argentinische Schiff *Belgrano.* Die kapitalistische Regierung von Labour-Premier Tony Blair wird Pinochet nicht einer gerechten Strafe zuführen

- wie Blairs Labour-Regierung in Britannien - eine *kapitalistische Regierung.*

Erst vor kurzem hat die sozialdemokratische International Socialist Organization (ISO) - verbunden mit Tony Cliffs SWP in Britannien - der Allende-Volksfront im nachhinein ein „linkes" Zeugnis ausgestellt. Ein Flugblatt zu einer Diskussionsveranstaltung der ISO am 8. Oktober in New York war des Lobes voll: „Nachdem das chilenische Volk Allende, einen Sozialisten, zum Präsidenten gewählt hatte, begann es die Kontrolle über den Boden und die Fabriken zu übernehmen." Im Flugblatt wird den reformistischen Irreführern dadurch eine Amnestie erteilt, daß die gesamte Schuld für die Niederlage der „Revolution in Chile" Pinochet und der CIA gegeben wird. Ein Artikel in der ISO-Zeitung *Socialist Worker* (25. September) kritisiert Linke in Allendes Chile zynisch dafür, daß sie „ihre Hoffnung darauf gesetzt haben, die Regierung überzeugen zu können, radikaler zu sein". Aber genau das tun die Cliff-Anhänger selber, von ihrer Unterstützung für Blairs Labour-Regierung in Britannien bis zu ihrer jüngsten Auflösung in Rifondazione Comunista in Italien, die bis vor einigen Monaten eine Hauptstütze der dortigen Volksfrontregierung war.

Die Auswirkungen der katastrophalen Niederlage von 1973 sind im heutigen Chile immer noch deutlich zu spüren. Trotz des Übergangs zu einer „parlamentarischen Demokratie" 1990 ist Pinochet als Chef der Streitkräfte erst 1998 zurückgetreten, und Arbeiterstreiks und Protestdemonstrationen stoßen weiterhin auf brutale Unterdrückung. Vor zwei Monaten griff die Polizei eine Demonstration in Santiago anläßlich des Jahrestags des Putsches an und tötete zwei Menschen. Als im letzten Jahr 800 Kohlebergarbeiter gegen Massenentlassungen eine Protestkundgebung in der Hauptstadt abhielten, wurden auch sie von der Bereitschaftspolizei mit Tränengas und Wasserwerfern angegriffen. Landesweite Gewerkschaften sind verboten - die durchschnittliche Gewerkschaft hat nur 62 Mitglieder -, und Tarifverhandlungen sind nur auf Betriebsebene zulässig. Dennoch haben Kupfer- und Kohlebergarbeiter sich der Polizeistaatsunterdrückung widersetzt und in den letzten Jahren verzweifelte Kämpfe geführt, um ihren Lebensstandard zu verteidigen.

Das chilenische „Wirtschaftswunder", für das imperialistische Ideologen immer Reklame machen, bedeutet für die Arbeiterklasse und die Unterdrückten schreckliche Armut. Während eine Handvoll von Leuten aus der halbkolonialen Elite in Mercedes-Limousinen herumfährt, lebten 45 Prozent der Arbeiter 1994 unterhalb der offiziellen Armutsgrenze, und die Reallöhne sind seitdem weiter, gefallen. Frauen sind besonders brutaler Unterdrückung unterworfen: Abtreibung ist unter allen Umständen verboten, selbst wenn das Leben der Frau in Gefahr ist. Pinochets Zerschlagung der Sozialversicherungen zugunsten eines Systems der privaten Rentenvorsorge 1981 - das Gegner des Sozialversicherungswesens in den USA als Modell anpreisen - bedeutete eine massive Vermögensumschichtung von der Arbeiterklasse zur einheimischen Bourgeoisie und den Imperialisten. Der US-Versicherungsriese Aetna zum Beispiel kontrolliert mehr als die Hälfte des zweitgrößten Rentenfonds des Landes. Hinzu kommt, daß mehr als ein Drittel aller chilenischen Arbeiter überhaupt keine Ansprüche auf irgendeine Altersversorgung hat.

Da die wachsende weltweite Finanzkrise auch Südamerika zu verschlingen droht und der Horror von Pinochets Terrorherrschaft wieder im Rampenlicht steht, könnte Chile sich in ein Pulverfaß sozialer Kämpfe verwandeln. Dabei ist zu bemerken, daß die zutiefst reformistische KP in letzter Zeit bei Wahlen erheblich zulegen konnte.

Das chilenische Proletariat hat für die reformistische Politik, die von der KP und den Sozialdemokraten gepredigt wird, schon mit seinem Blut bezahlt. Es ist notwendig, eine authentisch bolschewistische Avantgardepartei des Proletariats zu schmieden - gestählt in der Gegnerschaft zu bürgerlichem Nationalismus und allen Arten der Klassenkollaboration -, die dem trotzkistischen Programm der permanenten Revolution verpflichtet ist. Um die Verbrechen der Pinochet-Diktatur zu rächen, um die arrogante chilenische Oligarchie und ihre blutrünstigen militärischen Beschützer wegzufegen, um das Joch der imperialistischen Vorherrschaft abzuwerfen, ist eine tiefgreifende sozialistische Revolution notwendig, die das Proletariat - an der Spitze aller Unterdrückten stehend - an die Macht bringt, als Teil des Kampfes für die proletarische Revolution in ganz Süd- und Nordamerika.»

Protestdemos für Mumia...

Fortsetzung von Seite 8

Dieses Wort zu zensieren bedeutet, Mumia Abu-Jamal selbst zu zensieren, der einen machtvollen Artikel mit der Überschrift „Die Rassenfrage" schrieb. Die deutsche Fassung des ursprünglich vom PDC produzierten Mumia-Videos ist ein Beispiel dafür: Wo Mumia von „race" (Rasse) spricht, heißt es in der Übersetzung „rassistisch".

Wenn Liberale und selbsternannte Linke in Deutschland argumentieren, man dürfe das Wort nicht benutzen, erkennen sie damit implizit die „biologische" rassistische „Definition der Nazis an. Sie verbreiten die Vorstellung, Faschismus sei eine Frage von „schlechten Ideen" - die man dadurch „bekämpfen" könne, daß man bestimmte Worte nicht benutzt. Eine solche metaphysische und klassen„neutrale" Vorstellung geht meist zusammen mit der Anerkennung einer „Kollektivschuld", mit der die Arbeiterklasse für die Verbrechen der deutschen Bourgeoisie verantwortlich gemacht und die Bourgeoisie amnestiert wird. Dies soll die Kontinuität zwischen dem Dritten und Vierten Reich verwischen (siehe dazu *Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 20, Sommer 1998: „Holocaust, .Kollektivschuld' und deutscher Imperialismus").

Bei einer Demo am 5. Dezember in Wien, wo etwa 200 Demonstranten Freiheit für Mumia Abu-Jamal forderten, war der Antiamerikanismus besonders krass. Es gab Sprechchöre „Hey, Hey, USA, how many times did you kill today?" [Hey, Hey, USA, wie viele Male hast du heute getötet?] und „USA: Internationale Völkermordzentrale!". Die Große Lüge der österreichischen Bourgeoisie lautet, daß Österreich nur ein „Opfer" von Nazi-Deutschland gewesen sei. Ein großer Teil der Wiener „Linken" segelt im Kielwasser der antisemitischen Sozialdemokratie und beschönigt Haider als „Rechtspopulisten". Wie Genösse Philipp von der Spartakist-Jugend sagte: „Die Lüge der Sozialdemokratie und der Stalinisten über die angebliche antifaschistische .Zweite Republik' dient nur dazu, die heutigen Herren der Hermann-Göring-Werke, die österreichischen Kapitalisten und Nazi-Kriegsverbrecher wie Kurt Waldheim zu schützen. Wir sagen: Zerschlagt die Haider-Faschisten durch Arbeiter/Immigrantenmobilisierung!"

Die Cliff-Anhänger (in Deutschland Linksruck, in Österreich Linkswende) schüren schon seit Monaten mit Überschriften wie „USA: Welterrorist Nr. l!" (*Linksruck*, September 1998) antiamerikanischen Chauvinismus. Ihre US-Schwesterorganisation ISO behauptet, daß die Polizei Teil der Arbeiterklasse sei und jubelt, wenn Bullen und Gefängniswärter „streiken" - für bessere Arbeitsbedingungen für die Wärter, die Mumia im Knast drangsalieren, und die Bullen, die seinen Tod wollen?

Wie unsere Genossin auf der Demo in Hamburg sagte: „Nicht nur Einheit im Kampf, sondern auch politische Klarheit... sind nötig, um endgültig Unterdrückung und kapitalistische Ausbeutung zu beseitigen und Mumia freizubekommen. Die Spartakisten sagen, daß die Polizei der Todfeind der Arbeiterklasse ist und daß der kapitalistische Staat zerschlagen werden muß und nicht reformiert werden kann. Es geht um Mumias Leben! Wir müssen alle unsere Kräfte mobilisieren für seine Freilassung, für die Abschaffung der rassistischen Todesstrafe und für die Zerschlagung des gesamten Systems von brutaler Ausbeutung, Unterdrückung und Tod!"

Mumia Abu-Jamal...

Fortsetzung von Seite 7

Es darf keine Illusionen geben, daß dem kapitalistischen Staat die Macht oder der Wille fehlen, Mumia hinzurichten. Es darf keine Illusionen geben, daß Mumia in den kapitalistischen Gerichten ein faires Verfahren bekommen könnte, trotz der massiven Beweise, daß er am Tod eines Polizisten in Philadelphia im Dezember 1981 unschuldig ist. Von der Farce eines Gerichtsverfahrens 1982 über die manipulierten Berufungsanhörungen 1995/96 bis zur letzten Entscheidung hat Jamals Fall gezeigt, daß dieses „Rechts"system durch und durch rassistisch und gegen die Arbeiterklasse gerichtet ist.

Es darf auch keinerlei Illusionen in die Demokratische Partei geben, die kein Freund der Arbeiter und Schwarzen ist, sondern nicht weniger als die Republikaner eine Partei des Big Business. Clinton hat durch die Zerstörung der Sozialleistungen Millionen Frauen und Kinder zum Verhungern verurteilt. Sein Weißes Haus hat das rassistische System von „Gesetz und Ordnung" in großem Ausmaß ausgebaut; dazu gehörten auch der „Krieg gegen Drogen", der die Gefängnisse bis zum Überlaufen füllte, und eine massive Ausweitung der Todesstrafe. Damit die soziale Macht der Arbeiterklasse entfesselt werden kann, müssen die Arbeiter von den politischen Parteien und dem Staat unabhängig sein, die die feindliche Klasse repräsentieren. Das bedeutet auch, Bullen aus der Arbeiterbewegung hinauszuwerfen und sich gegen die Einmischung der Gerichte zu wenden. Die Arbeiterklasse kann das rassistische Komplott gegen Jamal nicht effektiv bekämpfen mit Gewerkschaften, die von Bullen durchsetzt und von der Regierung kontrolliert sind.

Das Partisan Défense Committee ist eine nichtsektiererische, klassenkämpferische Organisation zur rechtlichen und sozialen Verteidigung, die sich für Fälle und Anliegen einsetzt, die im Interesse der Gesamtheit der arbeitenden Menschen sind. Dieser Zweck entspricht den Ansichten der marxistischen Spartacist League. Unser Verständnis ist es, daß Bullen, Gerichte und das Gefängnissystem, die Mumia verfolgen und zu töten versuchen, der Kern eines Unterdrückungsapparates sind, der die Herrschaft und die Profite der besitzenden Klasse schützt. Die Todesstrafe ist die Spitze dieses Systems der kapitalistischen Unterdrückung. Und Mumias Fall symbolisiert, um was es bei der Todesstrafe geht: Sie ist schlicht und einfach legaler Lynchmord, dessen Wurzeln im Sklavensystem des Südens liegen, das durch den Bürgerkrieg zerschlagen wurde, sowie in der Unterdrückung der schwarzen Massen - seit dieser Zeit eine der Grundfesten des amerikanischen Kapitalismus.

Wir wollen so breite Kräfte wie möglich in Einheitsfrontaktionen zusammenbringen, die sich zentral auf die Arbeiterbewegung stützen - wo alle Teilnehmer das Recht haben, ihre eigenen besonderen Ansichten zu vertreten -, um Mumia zu befreien und die rassistische Todesstrafe abzuschaffen. Indem die Arbeiterklasse den Kampf für Mumias Freiheit aufnimmt, führt sie einen Schlag gegen das gesamte System, das auf der brutalen Ausbeutung der Arbeiter basiert und in der rassistischen Unterdrückung der schwarzen Bevölkerung wurzelt. Der Kampf für die Freiheit der Schwarzen ist zentral für die Befreiung der Arbeiterklasse selbst. Diejenigen, die arbeiten, müssen herrschen!«

Spendet großzügig und noch heute für die Rechtsverteidigung Jamals!

Konto des Komitees für soziale Verteidigung:
Werner Brand, Commerzbank Berlin,
Konto 590109500, BLZ 10040000,
Stichwort „Jamal".

SPD herrscht...

Fortsetzung von Seite 2

Regierung kamen. Die SPD-Regierung ist dazu da, genau aufgrund ihrer Verschmelzung mit der Gewerkschaftsbürokratie effektiver als ihre Vorgängerin den Widerstand der Arbeiter zu brechen. Das ist z. B. der Zweck des Ex-Metallbürokraten Riester, der jetzt als kapitalistischer Arbeitsminister für staatlichen Streikbruch zuständig ist.

Wir Trotzkisten sind für die Klassenunabhängigkeit der Arbeiter von den Bossen und vom bürgerlichen Staat. Solange die Arbeiterklasse Illusionen in die SPD als „ihre" Partei hat, wird sie nicht in der Lage sein, für ihre eigenen Klasseninteressen zu kämpfen. Es sind SPD/PDS, die mit Hilfe ihrer chauvinistischen Gewerkschaftsbürokratie Razzien auf den Baustellen durchführen, die Arbeiter spalten und durch Klassenzusammenarbeit an die Bosse und ihren Staat ketten - auf Regierungsebene durch das „Bündnis für Arbeit" und direkt in den Betrieben durch die Betriebsräte. Die Betriebsräte sind Organe der Klassenkollaboration, die über Gesetze und „Friedenspflicht" die Arbeiterklasse an die kapitalistischen "Bosse und den Staat fesseln und mehr und mehr die Gewerkschaften ersetzen. Die Politik von SPD und DGB-Spitzen läuft darauf hinaus, die Gewerkschaften als Werkzeuge zur Verteidigung der Arbeiterklasse zu zerstören. Wir kämpfen für Industriegewerkschaften, die alle Arbeiter einer Industrie umfassen - keine Bosse und keine Bullen! Das erfordert einen scharfen politischen Kampf gegen die Sozialdemokratie und die Schmiedung einer klassenkämpferischen Führung in den Gewerkschaften, deren bewußteste Elemente mit der trotzkistischen Avantgardepartei verbunden sind.

Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!

Bei den Wahlen gewann die SPD unter vielen Arbeitern türkischer und kurdischer Herkunft Unterstützung mit dem Versprechen, die Einbürgerungsgesetze zu reformieren und mehr an die Gesetze anderer EU-Staaten anzugleichen. Doch diese Illusion ist eine Falle. Die Sozialdemokratie wird genauso wie Kohl Massenabschiebungen von Immigranten durchführen, weil sie als Handlanger der Bourgeoisie agiert, die angesichts der hohen Arbeitslosigkeit keine Verwendung für Immigranten hat, die sie als „überflüssig" ansieht. In Frankreich kann man das in der Praxis sehen: Bei den Parlamentswahlen im Juni 1997 versprach Jospins Sozialistische Partei Aufenthaltsgenehmigungen, und etwa 140000 „Sans papiers" (Immigranten ohne Papiere) meldeten sich bei der Polizei in der Hoffnung, diese zu bekommen. Nur etwa die Hälfte kriegte Papiere, und alle anderen sind jetzt von direkter Ausweisung bedroht.

Mit der „Reform" der SPD/Grünen-Regierung soll die Basis der deutschen Staatsbürgerschaft, die „Blutsabstammung", nicht aus der Welt geschafft werden. Sie legt Ausnahmen von dieser Regel fest und ist so minimal - eine Vorbedingung ist eine langjährige Wartezeit mit vielen Auflagen - ,daß sie nur einen Teil der Immigranten betrifft. Zugleich werden die Abschiebungen und die Menschenjagd an den Grenzen verschärft. PKK, kurdische Vereine und türkische Organisationen sind weiter verboten, um die politische Aktivität eingewanderter Arbeiter zu unterdrücken. Weg mit dem Verbot von PKK, DHKP-C und THKP-C! Stoppt die Abschiebungen! Recht auf Asyl für Flüchtlinge vor rechtem Terror!

Wie wir in dem Artikel „Immigration und die rassistische ,Festung Europa'" (*Spartakist* Nr. 125, November/Dezember 1996) schrieben: „Eine zentrale Losung in Europa ist .volle Staatsbürgerrechte' für alle Immigranten; sie spiegelt die Tatsache wider, daß die Frage der Immigration grundsätzlich eine demokratische Frage ist, die aber für die proletarische Einheit von strategischer Bedeutung ist. Und heute können demokratische Rechte - z.B. gleiche Rechte für Frauen, nationale Unabhängigkeit für die Kolonien, Rechte für Immigranten und Minderheiten - nur dadurch gewonnen und gesichert werden, daß das Proletariat dafür kämpft, der Bourgeoisie die Staatsmacht zu entreißen und eine sozialistische Wirtschaft zu errichten in einer Gesellschaft ohne Ausbeutung und jegliche Unterdrückung."

Chauvinistische Mobilmachungen der Gewerkschaftsbürokratiei - „Für deutsche Kohle" und Aufrufe für „Arbeitsplätze für Deutsche", die vom IG-Metall-Führer Zwickel geschult werden - sind buchstäblich nicht zu unterscheiden von Aufrufen der Nazis. Damit treibt die Gewerkschaftsbürokratie die rückständigsten Arbeiter und arbeitslose Jugendliche in die Arme der Nazi-Mörder und dient gleichzeitig zur ideologischen Vorbereitung der Arbeiterklasse auf imperialistische Kriege. Die multiethnische Arbeiterklasse in Deutschland, mit ihrem strategisch wichtigen Bestandteil an türkischen, kurdischen und jugoslawischen Arbeitern, muß gemeinsam für ihre Interessen kämpfen, oder sie wird getrennt geschlagen werden. Für Arbeiter/Immigrantenmobilisierungen, um die Nazis zu stoppen! Für Arbeiterverteidigungsgruppen gegen Naziterror!

Die deutsche Bourgeoisie stößt bei ihrem Griff nach größeren Anteilen am Weltmarkt auf ihre imperialistischen Konkurrenten, was zu Handelskriegen und letztlich zum imperialistischen Krieg führt. Die SPD war schon beim Ersten Weltkrieg 1914 das entscheidende Instrument der deutschen Bourgeoisie, um die Arbeiter auf die imperialistische Schlachtbank zu führen. Wir fordern: Bundeswehr/ NATO/UNO raus aus dem Balkan! Die Arbeiterklasse muß zu dem Verständnis gewonnen werden, daß nur der Sturz des kapitalistischen Ausbeutungssystems und die Errichtung der Diktatur des Proletariats - die Herrschaft der Arbeiter weltweit - Schluß machen kann mit imperialistischem Krieg. Wir Trotzkisten kämpfen für Oktoberrevolutionen weltweit!

Die bolschewistische Oktoberrevolution hat 1917 die Arbeiterklasse Rußlands an die Macht geführt und durch die Errichtung einer Rätemacht die Bourgeoisie als Klasse zerschlagen. Die Russische Revolution war eine Inspiration für die Arbeiter und Unterdrückten auf der ganzen Welt. In Deutschland erhoben sich 1918/19 die proletarischen Massen und gründeten Arbeiter- und Soldatenräte. Doch im Gegensatz zu Rußland hatten sich die revolutionären Spartakisten zu spät von der SPD abgespalten. Aufgrund der Schwäche der revolutionären Führung gelang es den Ebert/Scheidemann/Noske-Bluthunden von der SPD, die Klassenherrschaft der Bourgeoisie zu retten. Die SPD organisierte die Freikorps, die Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ermordeten, und führte die blutige Niederschlagung der revolutionären Arbeiter an. Gerade aufgrund ihres bürgerlichen Programms war die SPD bei jeder Massenerhebung der Arbeiter das Hauptbollwerk gegen die Revolution.

Die syphilitische Kette der Sozialdemokratie

Wir Trotzkisten wollen die fortgeschrittenen Arbeiter zu dem Bewußtsein gewinnen, daß die Arbeiterklasse nicht einfach den existierenden Staatsapparat übernehmen und für ihre eigenen Interessen ausnutzen kann - der Kapitalismus ist ein System der Klassenherrschaft. Dieser Staat - der die Herrschaft einer Klasse" verkörpert, die Diktatur der Bourgeoisie - muß zerschlagen und durch einen Staat ersetzt werden, der auf Arbeiterräten basiert, auf den Organen der proletarischen Klassenherrschaft. Darin besteht die Scheidelinie zwischen dem revolutionären Marxismus und dem reformistischen Verrat der Pseudolinken. Vorgeblich trotzkistische Gruppen wie Linksruck, Sozialistische Alternative Voran, Gruppe Arbeitermacht und andere haben zur Wahl der SPD bzw. PDS aufgerufen und damit die Lüge gestützt, daß die Sozialdemokratie die historischen Interessen des

Proletariats zum Ausdruck bringe. Die Rolle der Sozialdemokratie besteht jedoch darin, wirklichen Klassenkampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie zu verhindern und Arbeiterwut in parlamentarischen Reformismus zu kanalisieren.

Mit Aufrufen wie „Jetzt Druck machen!" *(Voran,* Dezember 1998) und dem Jubel „Europa ist nun rosa. Machen wir es rot!" *(Arbeiterinnenstandpunkt,* November 1998), oder „jetzt die SPD-Grüne-Regierung durch außerparlamentarische Aktionen zur Rücknahme der Verschlechterungen unter der Ära Kohl ... zwingen" *(Avanti,* November 1998) kommt deren reformistische Politik zum Ausdruck. Unter dem Deckmantel „Kampf gegen rechts" besteht ihre ganze Strategie darin, auf die SPD, die sie gewählt haben, Druck auszuüben. Dieser Politik des Druckausübens liegt ihre Konzeption zugrunde, daß das kapitalistische System unter einer SPD-Regierung den Interessen der Arbeiterklasse und Unterdrückten dienen könne.

Das deutsche Kapital hat die Nazis finanziert und 1933 an die Macht gebracht, um die Arbeiterorganisationen zu zertrümmern und dadurch eine Revolution zu verhindern. Die Arbeiter wurden von ihren verräterischen Führungen kampflos an Hitler ausgeliefert: Die SPD zog aus Angst vor der Arbeiterrevolution die Herrschaft der Nazis vor, während Stalins/Thälmanns KPD mit der „Sozialfaschismus"-Linie die kommunistischen Arbeiter entwaffnete und dafür sorgte, daß die sozialdemokratischen Arbeiter bei ihrer konterrevolutionären Führung blieben. Heute verbreiten die Reformisten und Zentristen die Lüge, daß die Faschisten durch eine „Einheit" mit der SPD gestoppt werden könnten.

Ein Beispiel für Zentrismus - den Trotzki als „revolutionär in Worten, reformistisch in Taten" charakterisierte - ist die Gruppe Spartakus (GS). Das besondere Markenzeichen der GS und ihrer Gesinnungsgenossen, der Internationalen Bolschewistischen Tendenz, ist ihre Besessenheit, die revolutionären Spartakisten der Internationalen Kommunistischen Liga zu diffamieren, während sie den Sozialdemokraten und deren reformistischen und zentristischen Anhängseln hinterherkriechen. Sie besteht aus verbitterten Ex-Mitgliedern unserer Organisation, die während des zweiten Kalten Krieges gegen die deformierten und degenerierten Arbeiterstaaten Anfang der 80er Jahre aus unserer Organisation einzeln davonschlichen. Konfrontiert mit der wütenden SPD-Kampagne gegen die Rote Armee in Afghanistan und der SPD-Unterstützung für die antisemitische, konterrevolutionäre Solidarnosc in Polen, sprangen die späteren GSler ab. Für sie reduzierte sich der Trotzkismus fälschlicherweise darauf, der Sozialdemokratie einen antisowjetischen Treueschwur zu leisten.

Wir Trotzkisten bestanden darauf, daß die Oktoberrevolution international auf die entwickelten kapitalistischen Länder ausgeweitet werden mußte. Wir kämpften für die bedingungslose militärische Verteidigung des sowjetischen degenerierten Arbeiterstaats und der deformierten Arbeiterstaaten gegen innere Konterrevolution und imperialistische Angriffe, während wir klarmachten, daß nur die proletarisch-politische Revolution - der Sturz der stalinisfischen parasitären Kaste und die Rückeroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse - die Restauration des Kapitalismus in der UdSSR und Osteuropa hätte verhindern können. In der sich entwickelnden politischen Revolution in der DDR 1989/90, als Hunderttausende mit Bannern „Für kommunistische Ideale! Keine Privilegien" auf die Straße gingen, kämpften wir für den Sturz der stalinistischen Bürokratie durch die proletarisch-politische Revolution im Osten und für ihre Ausweitung durch die soziale Revolution im Westen.

Nur wir Trotzkisten der Internationalen Kommunistischen Liga kämpften gegen die kapitalistische Wiedervereinigung und für eine rotes Arbeiterrätedeutschland. Als mitten in dieser Situation Nazis das Treptower Ehrenmal für die Rote Armee schändeten, riefen wir Spartakisten zu einer Einheitsfrontaktion am 3. Januar 1990 auf. Wir mobilisierten in den Betrieben, und die SED-PDS sah sich gezwungen, den Aufruf aufzugreifen. In Treptow fand vor 250000 Arbeitern ein politischer Kampf zwischen unserem Programm „Für ein Rotes Rätedeutschland! Arbeiter- und Soldatenräte an die Macht!" und der SED-PDS-Führung statt, die ihre Arbeiterbasis in die kapitalistische Wiedervereinigung führen wollte. Die GS wütete darüber, daß wir nicht die SDP/SPD, die offene Agentur der Imperialisten bei ihrem Drang nach Osten, zu dieser prosowjetischen Demo eingeladen hatten, und spuckte Gift und Galle über unsere Warnung: „SPD - Trojanisches Pferd der Konterrevolution!"



AP/Roland Weihrauch

ÖTV-Protest in Köln, Anfang 1998: SPD will Entlassungen fortsetzen

Bei den jüngsten Wahlen hat die GS zwar nicht zu einer Stimmabgabe für SPD oder PDS aufgerufen, aber zugleich Propaganda herausgebracht, die die Arbeiter zur Einheit mit der SPD-Führung aufrief, mitten in deren rassistischer und sozialimperialistischer Wahlkampagne:

> „Die Aufgabe von Revolutionärinnen ist es, im antifaschistischen Kampf auch die Einheitsfront mit den reformistischen Führungen von Gewerkschaften, SPD und PDS zu suchen, um sie in der Aktion mit .ihrer' Basis zu testen." *(Bolschewik,* April 1998)

Ihre Pose, nicht zu einer Wahl von SPD/PDS aufzurufen, ist also ein betrügerisches Manöver: Sie stellen die SPD als Achse für den Kampf gegen Faschismus dar, während dieselbe SPD rassistischen Terror gegen Immigranten und Anti-Nazi-Demonstranten organisiert. Die Politik der GS unterscheidet sich keinen Deut von ihren zentristischen Konkurrenten, die offen und in ständig wiederkehrender Leier zur Wahl der SPD aufrufen mit der Forderung: „Testet die Reformisten im Klassenkampf!" *(Arbeitermacht,* November/Dezember 1998).

Das war auch die Politik der GS in Duisburg, wo sie sich Ende 1997 an der Bildung eines „Bündnisses" mit Pseudotrotzkisten, Autonomen und stalinistischen/guevaristischen

Fortgesetzt auf Seite 20

Islamische Reaktion...

Fortsetzung von Seite 11

sofortigen Errichtung eines Arbeiterstaates" auf. Doch gleichzeitig fordern sie, „dem Kapitalismus die weitreichendsten Reformen aufzuzwingen", und landen dabei, nach anderen, fremden Klassenkräften zu suchen, die den Unterdrückten zu Hilfe kommen sollen. Man nehme zum Beispiel ihre Appelle an die Vereinten Nationen, eine imperialistische Räuberhöhle (wie Lenin ihren Vorgänger, den Völkerbund, nannte). Als Washington 1996 weitere Luftangriffe auf den Irak androhte, appellierte die AKPI an die UNO, „der Arroganz der Vereinigten Staaten ein Ende zu setzen", und weigerte sich, das Proletariat dazu aufzurufen, dieses halbkoloniale Land gegen einen imperialistischen Angriff zu verteidigen. Wie wir immer wieder betont haben, ist der Sturz des Schlächters Saddam Hussein die Aufgabe des *irakischen Proletariats* und nicht der Imperialisten, die ihn nur durch einen anderen antikommunistischen Diktator ersetzen würden.

Zwar stellte sich die AKPI gegen die islamische Reaktion im Iran, doch in Afghanistan wollte sie nicht einmal die elementare Position beziehen, die Intervention der sowjetischen Roten Armee gegen die von der CIA bewaffneten moslemischen Mörder zu unterstützen. Darin drückt sich ihre vollkommen falsche Auffassung aus, daß die Sowjetunion Mitte der 20er Jahre „staatskapitalistisch" geworden sei, weil die russische Arbeiterklasse es nicht geschafft habe, vollständig „die Wirtschaftsverhältnisse zu revolutionieren". Die AKPI übernimmt ausdrücklich den nationalistischen Mythos, es sei möglich, den „Sozialismus in einem Land" aufzubauen. Dies ist entgegengesetzt zum marxistischen Verständnis, daß das Proletariat seine Herrschaft wenigstens auf die wichtigsten imperialistischen Zentren international ausweiten muß, um zu einer sozialistischen Gesellschaft zu gelangen. Die AKPI lehnt den Kurs von Leo Trotzkis Linker Opposition ab, die dafür kämpfte, die Sowjetunion zum Programm des proletarischen Internationalismus zurückzubringen, das die bolschewistische Revolution und die frühe Kommunistische Internationale beflügelt hatte, und muß daher notwendigerweise zum katastrophalen Dogma der „Revolution in Etappen" zurückfallen.

Im Iran 1978/79 war die Unterstützung der von den Ajatollahs geführten „Bewegung" durch fast alle selbsternannten Linken in deren Leugnung der revolutionären Fähigkeit des Proletariats begründet. In diesem Fall standen sie Seite an Seite mit Kräften, die nicht einmal *vorgaben,* „progressiv" zu sein. Heutzutage stellen die International Socialists zu ihrer Schande weiterhin die islamische Reaktion als eine „antiimperialistische" und „revolutionäre" Alternative hin. Wie wir in *Workers Vanguard* Nr. 613 vom 13. Dezember 1994 schrieben:

> „Die Politik der Cliff-Anhänger ist selbstmörderisch für sie selbst und für alle Arbeiter, Jugendlichen und Frauen, die das Pech haben, von ihnen beeinflußt zu werden. Das Proletariat muß politisch um ein Programm gesammelt und gefestigt werden, das nicht die Diktatoren in Uniform durch Theokraten mit Turban ersetzt, sondern seine eigene Klassenherrschaft erreicht, damit es nicht ins finsterste Mittelalter zurückgeworfen wird, sondern die Gesellschaft voranbringt zur sozialistischen Befreiung und Aufklärung."»

SPD herrscht...

Fortsetzung von Seite 19

Immigrantenorganisationen beteiligte, als Reaktion auf wiederholte Polizeiüberfälle auf linke türkische und kurdische Kulturvereine. Dieser Polizeiterror im SPD-regierten Ruhrgebiet richtet sich direkt gegen die potentiell machtvolle multiethnische Arbeiterklasse mitten im industriellen Zentrum Deutschlands. Es ist die Aufgabe von Revolutionären, klar zu sagen, daß die Verantwortung für diesen rassistischen Staatsterror bei der SPD liegt, um die Arbeiter von jeglichen Illusionen in diese Arbeiterverräter zu brechen.

Aber der Zweck des Duisburger „Bündnisses" war es, die Wut über diesen Polizeiterror in die Bahnen der SPD zu lenken. In ihrem eigenen Aufruf zur Demo am 15. November 1997 (gegen Polizei„über"griffe!) erwähnt die GS mit keinem Wort die SPD, deren Bullen die Immigrantenzentren terrorisieren! Einheitsfronten können eine machtvolle Taktik für eine revolutionäre Partei sein, durch die verschiedene Organisationen in der Aktion gegen einen gemeinsamen Feind vereint werden, während sie die revolutionäre politische Unabhängigkeit und die Freiheit der Kritik der leninistischen Avantgardepartei bewahrt. Die GS hat nichts dergleichen organisiert! Sie beschränkte gezielt ihre eigene Propaganda auf das, was für ihre Wunsch-Bündnispartner (die in ihrem Mobilisierungsflugblatt für die Demo ebenfalls nicht kritisiert werden) akzeptabel ist.

Wie gefährlich solche Propagandablöcke sind, zeigte sich dann auf der Duisburger Demo, als der „Bund Internationale Kommunisten" im Namen des Bündnisses vom Mikro aus rassistische Appelle an die Bullen richtete, schärfer gegen Drogendealer und Hütchenspieler vorzugehen. Auch die türkischen stalinistischen Organisationen, die Teil des Bündnisses waren, sind für diese Aufrufe an die Bullen mitverantwortlich, durch die die vielen Immigranten auf dieser Demo direkt gefährdet wurden. Das zeigt die selbstmörderische Konsequenz ihres reformistischen Programms: Der „Kampf gegen Drogen" und gegen „Ausländerkriminalität" sind genau die Schlagworte, mit denen die SPD-Bullen die PKK und andere Organisationen kriminalisieren und Immigranten abschieben.

Nachdem die GS sich unkritisch für diese Pro-SPD-Demonstration begeistert hatte, die ihr dann um die Ohren flog, wagen es diese Schurken der GS, die SpAD in ihrer Presse anzugreifen, weil unser Verkaufsteam an diesem ekelhaften Appell zur Stärkung des kapitalistischen Staates nicht teilhaben wollte und die Demo verließ. Diese Demo war die faule Frucht der Politik von GS, die SPD/PDS „in der Aktion mit ‚ihrer' Basis zu testen".

Was allen Zentristen gemeinsam ist, ist ihre Unterstützung der Sozialdemokratie, die die Arbeiterklasse an den kapitalistischen Staat kettet und den Kampf des Proletariats im eigenen Klasseninteresse verhindert. Wie Lenin in *Staat und Revolution* die Aufgabe von Revolutionären definierte:

> „Wir aber werden mit den Opportunisten endgültig brechen; und das ganze klassenbewußte Proletariat wird mit uns sein im Kampf nicht um eine .Verschiebung der Machtverhältnisse', sondern um den *Sturz der Bourgeoisie,* um die *Zerstörung* des bürgerlichen Parlamentarismus, um die demokratische Republik vom Typ der Kommune oder die Republik der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten, um die revolutionäre Diktatur des Proletariats."

Es ist unsere Aufgabe, durch politischen Kampf gegen die reformistischen und zentristischen Organisationen diese Hindernisse für eine Revolution aus dem Weg zu räumen. Die Spartakist-Arbeiterpartei kämpft für die Schmiedung einer multiethnischen revolutionären Avantgardepartei - eine Partei, die wie Lenins Bolschewiki ein Volkstribun aller Unterdrückten ist und die klassenbewußtesten Elemente des Proletariats im Kampf für sozialistische Revolution zusammenschmiedet.«

Tibet...

Fortsetzung von Seite 24

Arbeiterstaates, die durch jahrzehntelange stalinistische Mißwirtschaft vorbereitet worden war, wieder erstarkt.

Besonders angesichts der fanatischen „Freiheit-für-Tibet"-Kampagne gegen den chinesischen deformierten Arbeiterstaat bekräftigt die trotzkistische Internationale Kommunistische Liga (IKL) erneut die Notwendigkeit der bedingungslosen militärischen Verteidigung von China gegen imperialistische Angriffe und innere Konterrevolution. Um die Verwüstungen zu stoppen, die durch die Wiedereinführung der kapitalistischen Sklaverei drohen, müssen Chinas werktätige Massen eine proletarisch-politische Revolution gegen die stalinistische bürokratische Kaste durchführen. Hierfür ist es erforderlich, eine wirklich kommunistische Partei zu schmieden, die im Internationalismus von Lenins Bolschewik! und der frühen Kommunistischen Internationale verwurzelt ist, deren revolutionäres Programm von Trotzkis Vierter Internationale weitergeführt wurde. Der Schlüssel hierfür ist das Verständnis, daß der einzige Weg zu einer sozialistischen Gesellschaft des Überflusses in der möglichst schnellen Ausweitung der proletarischen Revolution auf ganz Süd- und Südostasien und nach Südkorea und Japan liegt.

Die Hölle des lamaistischen Tibets

Für die Imperialisten hat Tibet kaum geopolitische Bedeutung. Aber es stellt einen Test dar, wie weit die Stalinisten der KP Chinas noch entschlossen sind, ihre Herrschaft zu verteidigen. Die Bereitschaft des früheren sowjetischen Führers Gorbatschow, die baltischen Staaten ziehen zu lassen und, was am wichtigsten war, den „Einfluß" der UdSSR auf Ostdeutschland aufzugeben, intensivierte den imperialistischen Druck auf die Sowjetunion und ermutigte die einheimischen Konterrevolutionäre, was letztendlich zu Jelzins proimpefialistischem Putsch im August 1991 führte.

Als der Chef des US-Imperialismus Clinton im Juni 1998 Beijing besuchte, entrollte er das Banner der „Autonomie" für Tibet - was nicht zufällig das augenblickliche Programm des Dalai Lama ist - als Teil seines Programms für ein „demokratisches" China. Die Grünen-Politikerin Antje Vollmer, Vorkämpferin „tibetischer Menschenrechte", distanziert sich heutzutage von Hollywood-Kämpfern und deutschen Esoterikera und versucht im Interesse des deutschen Imperialismus, zwischen ihrem Vertrauten Dalai Lama und der Beijing-Bürokratie zu vermitteln: „Mit einem Neuanfang in Tibet muß die Reduzierung der Macht des Klerus einhergehen" *(taz,* 20. August 1998). Gestützt auf die Erfahrungen mit der kapitalistischen Konterrevolution in Osteuropa, leistet sie mit diesem utopischen Angebot ihren Beitrag für das Vordringen des deutschen Kapitals nach China.

Der überwältigenden Postkartenschönheit von „Shangri-La" [dem Tibet nachempfundenen Paradies eines Romans der 30er Jahre] zum Trotz hat Tibet nur minimalste Grundlagen für eine Besiedlung durch Menschen, eine Realität, die zur Entwicklung einer Gesellschaft mit unverwechselbaren Zügen beigetragen hat, zum größten Teil isoliert vom Rest der Welt und von solchen modernen Störungen wie Alphabetisierung, medizinische Versorgung und Zivilisation im allgemeinen. Geformt durch die Verschmelzung einer Aristokratie, ähnlich der des Feudalismus, mit einem riesigen Priesterstand, der zu manchen Zeiten mehr als 20 Prozent der männlichen Bevölkerung umfaßte, herrschte die Lamakratie Jahrhunderte bis 1959 über eine Gesellschaft von Bauern und Hirten. Erst dann, neun Jahre nach dem Einmarsch der chinesischen Volksbefreiungsarmee (VBA) in dieses Gebiet, begann die Beijinger Bürokratie in Tibet grundlegende Reformen einzuführen.



ASUP/Visirais/Focus

1987: Reaktionäre buddhistische Mönche wüten in Lhasa, Haupstadt von Tibet

Die Theokratie in der tibetischen Hauptstadt Lhasa dominierte die Gesellschaft so effektiv und brutal, daß keinerlei historische Beispiele bekannt geworden sind für episodische Bauernaufstände, wie sie für die vorkapitalistischen Gesellschaften in der übrigen Welt charakteristisch waren. In der Tat gibt es keine historischen Aufzeichnungen über irgendwelche Unruhen. Es ist ein Maßstab für die Intensität der Unterdrückung und Ausbeutung im lamaistischen Tibet, daß das, was wahrscheinlich die proportional größte und faulste herrschende Schicht in der Menschheitsgeschichte gewesen ist, wirtschaftlich durch Bauern, die Gerste anbauen, und Viehhirten, die Yak-Rinder halten, am Leben gehalten wurde. Im wesentlichen bedeutete dies die Arbeit von Frauen, denn sowohl die Mönche als auch ein nicht unerheblicher Teil der männlichen Bevölkerung, der das mönchische Leben nachahmte, nachdem er durch die Zeugung von Kindern „gesündigt" hatte, widmeten sich nur der inneren Einkehr.

Nach der Besetzung von Tibet durch die VBA im Jahre 1950 benutzte der amerikanische Imperialismus - wobei es parallele Bemühungen durch die herrschenden Klassen von Indien, Taiwan und Japan gab - Tibets herrschende Schicht und deren Furcht vor der geringsten Reform, um Widerstand gegen den frisch geschaffenen chinesischen deformierten Arbeiterstaat zu schüren. 1959 kam es in Chinas Sichuan-Provinz, die im Osten von Tibet liegt, zu einer Rebellion, die von der CIA angestiftet, bewaffnet und finanziert wurde und deren Höhepunkt ein Aufstand der Mönche und Mitglieder des Adels in Lhasa war. Dieses Unternehmen - das nur scheitern konnte - wurde von den USA zynisch inszeniert, einfach nur um China Ärger zu machen. Gegen das imperialistische Gezeter wegen des „armen kleinen Tibets" traten die Trotzkisten standhaft für die Verteidigung Chinas ein („Tibet: Maos Afghanistan", *Spartacist,* deutsche Ausgabe Nr. 7/8, Sommer 1980).

Der Aufstand wurde zerschlagen, der Dalai Lama floh nach Indien und die KPCh löste umgehend seine Verwaltung auf - die „Tibetische Lokalregierung" -, die 1951 gebildet worden war. Erst jetzt ging Mao daran, die Ulag (Frondienste der Bauern), die Sklaverei und die unendliche Zahl von Steuern, die an die -Aristokratie und die Klöster zu zahlen waren, abzuschaffen. Bis dahin hatten sich die Klöster einfach Kinder genommen, um die Mönchsbevölkerung aufzufüllen, während die Dörfer gezwungen waren, Kinder für staatliche Funktionen in Lhasa herzugeben, wobei Jungen, die auf diese Art und Weise „geschenkt" worden waren, von den Mönchen als Gespielen genommen wurden. Das Land, der Viehbestand und die Ackerbaugeräte der Aristokraten, die ins Exil flohen, wurden an die Bauern verteilt,

Fortgesetzt auf Seite 22

Tibet...

Fortsetzung von Seite 21

genauso wie das Land und das Vieh der Klöster, die sich am Aufstand beteiligt hatten. Wie ein häufiger Besucher der Region das nachrevolutionäre Tibet beschrieb: „Wenigstens sieht man jetzt keine ausgezehrten, in Lumpen gehüllte Leibeigene mehr, die den Müll eines Adligen tragen, der warme Kleidung, Türkisringe und Goldarmbänder trägt" *(Guardian*, 29. Dezember 1973, zitiert in A. Tom Grunfeld: „The Making of Modern Tibet" [Die Schaffung des modernen Tibets], 1996).

Selbst die bescheidenen Reformen, die unter der Herrschaft der KPCh eingeführt worden waren, wurden durch Sabotage von Seiten der übriggebliebenen tibetischen Aristokraten und durch die engstirnige Politik der stalinistischen Bürokratie, die durchsetzt war mit chinesischem „Groß-Han"-Chauvinismus, noch abgeschwächt. Die Adligen, die blieben, erhielten Entschädigungen für ihr Eigentum, ebenso die „loyalen" Klöster, die seitdem Subventionen vom chinesischen Staat bekamen. Maos „Großer Sprung nach vorn" Ende der 50er Jahre - eine utopische Kampagne, um China durch Masseneinsatz unqualifizierter Bauern in den Stand einer fortgeschrittenen Industriemacht zu katapultieren - unterminierte in starkem Maße die landwirtschaftlichen und sozialen Reformen. Indem utopische Sprücheklopferei an die Stelle von materieller Realität gesetzt wurde, brachte dieser Sprung *rückwärts* die industrielle und landwirtschaftliche Produktion zum Stillstand, was zu einer schrecklichen Hungersnot in ganz China führte.

Später, während der „Großen Proletarischen Kulturrevolution", die Mitte der 60er Jahre begann, als Mao Millionen von Studenten mobilisierte, um seine Position in einem innerbürokratischen Fraktionsstreit zu stärken, waren die Tibeter heftigem Groß-Han-Chauvinismus ausgesetzt. Im Verlauf dieser völlig falsch bezeichneten Kampagne, die sich gegen alles „Ausländische" richtete und gegen solche „kapitalistischen" Einflüsse vorging wie die akkumulierten wissenschaftlichen Kenntnisse und gegen klassische Musik, wurden die tibetische Sprache und Nationaltracht (einschließlich der typischen Frisuren) verboten. Ein Großteil von dem, was zum Kern der tibetischen „Kultur" gehört hatte - Klöster, religiöse Kunstwerke und Schriften -, wurde einfach zerschlagen und zerstört, auch wenn dies den positiven Nebeneffekt hatte, Mönche dazu zu zwingen, tatsächlich arbeiten zu müssen. Durch staatliche Beschlüsse wurden nomadische Hirten über Nacht in Bauern „verwandelt" und die Bauernschaft wurde in großen Landwirtschaftskommunen organisiert, denen es nicht nur an Maschinen fehlte, sondern auch am notwendigen Boden, um großflächige Landwirtschaft zu betreiben. Wie vorherzusehen, gab es derartige Beeinträchtigungen der landwirtschaftlichen Produktion, daß 1981 ein Fünftel der Bevölkerung Tibets auf Hilfsliefefungen der Zentralregierung angewiesen war, allein um überleben zu können.

Deng Xiaopings Aufstieg zur Macht kurz nach Maos Tod war begleitet von der Aufhebung von Han-chauvinistischen Einschränkungen gegenüber der tibetischen Sprache, Kleidung und Haartracht. Die Klöster wurden wieder aufgebaut und neu ausgestattet, die müßiggängerischen Mönche kamen in Scharen zurück und zählen im Augenblick rund 40-50000. Zur gleichen Zeit haben die „Marktreformen", die unter Deng eingeführt wurden, die Han-Privilegien in diesem Gebiet verstärkt, genauso wie die Abneigung der meisten Tibeter gegen ihre Besatzer. Die wachsende Präsenz der VBA mit ihren relativ gut bezahlten Offizieren und Soldaten und deren Familien sowie ihre vorherrschende Rolle in den neugegründeten Unternehmen (die in Tibet hauptsächlich auf Tourismus ausgerichtet sind) hat auch zu einem Zuzug von han-chinesischen Unternehmern geführt, die han-chinesische Arbeiter beschäftigen.

Die realen Errungenschaften für die tibetischen Massen aufgrund des Exportes der Chinesischen Revolution von 1949 - von der Einführung einer modernen Gesundheitsversorgung bis zur Etablierung eines Minimums an Ausbildung, wodurch das Analphabetentum von 90 Prozent auf ungefähr 45 Prozent reduziert wurde - existieren Seite an Seite mit weiterhin schreiender Ungleichheit. Tibetische Bauern und Hirten verdienen im Durchschnitt umgerechnet rund 115 DM im Jahr, 79 Prozent der tibetischen Frauen im gebärfähigen Alter können nicht lesen und schreiben. Solche krassen Unterschiede nehmen durch die Einführung kapitalistischer Markt„reformen" rapide zu.

Hollywood trommelt für Konterrevolution

Im vollen Bewußtsein der Möglichkeiten, die sich durch die Politik der Bürokratie der KPCh ergeben, die immer mal wieder Diskussionen über den Status von Tibet führt, hat der Dalai Lama sich von seinen früheren Forderungen nach Unabhängigkeit, die er nach der antisowjetischen Annäherung zwischen den USA und Maos China Anfang der 70er Jahre immer seltener erhoben hatte, „weiterentwickelt". Jetzt hat der Gottkönig seine Bereitschaft zum Ausdruck gebracht, über irgendeine Art von „Autonomie"-Vereinbarung zu feilschen, ab und zu hört man von ihm auch Statements, die die Modernisierungen und sogar eine gewisse Art von „Sozialismus" billigen. Zur gleichen Zeit haben die Adligen und Lamas, die die tibetischen Exilgemeinden auf dem indischen Subkontinent aufrechterhalten, nach der endgültigen Zerstörung der russischen Oktoberrevolution 1991/92 zunehmend versucht, internationalen Druck für die Unabhängigkeit Tibets zu mobilisieren.

Diese Entwicklungen haben einen bunten Haufen von Leuten aus der amerikanischen Unterhaltungsbranche dazu gebracht, sich für den reaktionären antikommunistischen Kreuzzug gegen China einzusetzen. Bekannt ist Richard Gere, der Schauspieler und zeitweilige Schüler des Dalai Lamas, der sich vorgenommen hat, Tibet „in den USA zu einem geläufigen Ausdruck wie Ariel oder Meister Propper zu machen". Gere scheint jedoch vor kurzem im inneren Zirkel des Dalai Lamas abgelöst worden zu sein. Wenn man Christopher Hitchens' Bericht in der Zeitschrift *Nation* (27. Juli 1998) Glauben schenken kann, dann ist „Steven Seagal, der wie ein schwachsinniger Roboter agierende .Schauspieler', der uns Filme wie ‚Hard to Kill' und ‚Under Siege' bescherte, zu einem reinkarnierten Lama erklärt worden". Hitchens merkt an, „Überlegungen, daß Seagals Vermögen hilfreich dafür war, ihn zum himalayaischen Status eines Tulku.[heilige Person] zu erheben, werden selbst von einigen Anhängern und Eingeweihten nicht für völlig abwegig erklärt".

Diese Jet-Set-„Künstler", die unweigerlich ihre Gurus an innerer Leere übertreffen, möchten gern ihrer Sammlung von Anliegen und extravaganten Spielzeugen ein Tibet hinzufügen, das „au naturel" erhalten werden müsse, ein Disneyland, wo friedliche und einfache Menschen in „organischen" Beziehungen leben, die noch unverdorben von der „Zivilisation" sind. In Wirklichkeit verteidigen sie eine Gesellschaft, die noch vor wenigen Jahrzehnten so von Krankheiten heimgesucht war, daß schätzungsweise *90 Prozent* der Bevölkerung an Geschlechtskrankheiten litt; eine Gesellschaft, wo in armen Familien die Frau vom Ehemann mit seinen männlichen Verwandten geteilt wurde und bei reichen Männern zu der Reihe von Ehefrauen hinzugefügt wurde; eine Gesellschaft, wo das Leben brutal, hart und kurz war und wo den Massen nicht die geringste Hoffnung auf Besserung oder irgendeine Art von Veränderung angeboten wurde. Und diese Gesellschaft, oder eine, die ihr stark ähnelt, würde wieder entstehen, wenn die Exil-Lamas/

Adligen in einem „unabhängigen" Tibet wieder an die Macht kämen.

Um zu betonen, wie wichtig es für das chinesische Proletariat ist, gegen den Han-Chauvinismus der stalinistischen Bürokratie anzukämpfen und für das Recht der Tibeter, der moslemischen Uiguren Xinjiangs und anderer nationaler und ethnischer Minderheiten einzutreten, haben wir die Forderung aufgestellt für „das Recht auf Unabhängigkeit für eine tibetische *Sowjetrepublik*" („China am Scheideweg: Proletarisch-politische Revolution oder kapitalistische Versklavung?", *Spartacist,* deutsche Ausgabe Nr. 20, Winter 1997/98). Angesichts der sozialen Bedingungen in Tibet ist diese Forderung jedoch falsch. Es gibt im Augenblick keinerlei Basis für *irgendein* unabhängiges Tibet, wo es weder eine einheimische Kapitalistenklasse gibt - noch nicht einmal eine kapitalistische Schicht von Kompradoren - noch eine Arbeiterklasse von irgendeiner Bedeutung. Es gibt keinen Weg, um auch nur bestimmen zu können, was die Massen in Tibet wollen könnten. Die werktätige Bevölkerung - Bauern und Viehhirten - bleibt unorganisiert, politisch stumm und isoliert in einer Vielzahl von kleinen Dörfern und Siedlungen.

In *Permanente Revolution* schrieb der bolschewistische Führer Leo Trotzki 1930:

> „Unter den Bedingungen des imperialistischen Zeitalters kann die nationaldemokratische Revolution nur dann bis zum siegreichen Ende durchgeführt werden, wenn die sozialen und politischen Verhältnisse des Landes reif dazu sind, das Proletariat als den Führer der Volksmassen an die Macht zu stellen. Und wenn dieses noch nicht der Fall ist? Dann wird der Kampf um die nationale Befreiung nur sehr geteilte, und zwar gegen die werktätigen Massen gerichtete Resultate ergeben."

Wie im Fall von anderen schrecklich rückständigen Ländern, z.B. Afghanistan, kann selbst ein Mindestmaß von Modernisierung nur von außen kommen. Das ist der Grund, warum wir zur Zeit der sowjetischen Militärintervention gegen die von der CIA unterstützten feudalistischen Reaktionäre in Afghanistan 1979 die Forderung aufstellten: „Hoch die Rote Armee! Für die Ausweitung der sozialen Errungenschaften der Oktoberrevolution auf die afghanischen Völker!" In diesem Zusammenhang verwiesen wir auf die Ausweitung der bolschewistischen Macht auf Zentralasien in den 20er Jahren, die die Basis legte für einen enormen Sprung vorwärts für die Werktätigen dieser Region, besonders für die Frauen, die unter der islamischen Hierarchie brutal unterdrückt worden wären. Der Rückzug des Kreml aus Afghanistan Ende der 80er Jahre setzte die Frauen und Linken dort der grauenhaften Herrschaft der Mörderbanden der Taliban aus und führte kurz darauf zur kapitalistischen Konterrevolution in der Sowjetunion selber.

In Tibet war es nur der Einmarsch der Armee des chinesischen deformierten Arbeiterstaates, der die Massen in die Lage versetzte, auch nur .die minimalsten Schritte in Richtung sozialen Fortschritts zu beginnen. Das Schicksal des tibetischen Volkes ist untrennbar verbunden mit dem Kampf für proletarisch-politische Revolution in China und sozialistische Revolution auf dem indischen Subkontinent und in ganz Südost- und Ostasien.

China: Für proletarisch-politische Revolution!

Für den Sturz der bürokratischen Kaste, die drauf und dran ist, die letzten verbleibenden Errungenschaften der Chinesischen Revolution zu liquidieren, ist die Führung einer proletarischen Partei notwendig, die, wie Lenin es vorgegeben hat, als Volkstribun agieren muß, indem sie für alle Unterdrückten kämpft. Dies bedeutet zum Beispiel, gegen die Erosion der Errungenschaften zu kämpfen, die die Frauen seit 1949 erlangt haben, und gegen jedes Aufkommen von Groß-Han-Chauvinismus zu kämpfen, der von der nationalistischen Bürokratie gefördert wird. Eine proletarisch-politische Revolution in China würde sich sofort der Wut der von den Imperialisten geführten Reaktion ausgesetzt sehen. Die einzige Verteidigung dagegen ist die internationale Mobilisierung der Arbeiterklasse im Kampf für die Ausweitung der roten Revolution besonders auf Südkorea und Japan.

Der Schlüssel für den Sieg der Oktoberrevolution war der unerschütterliche Internationalismus der Bolschewiki; dazu gehörte auch ihre Verteidigung des Rechts auf Selbstbestimmung für die vielen unterdrückten Nationen im zaristischen Völkergefängnis. Nach der Machteroberung gewährten die Bolschewiki in der Tat diesen Nationen das Recht auf Lostrennung, während Autonomieregelungen getroffen wurden für die verschiedenen Völker, die sich noch nicht zu Nationen entwickelt hatten. Aber besonders als die junge Sowjetrepublik von der weißen Konterrevolution unter der Führung der Imperialisten belagert wurde, war die nationale Selbstbestimmung wie andere bürgerlich-demokratische Fragen der Verteidigung der proletarischen Staatsmacht untergeordnet. Die kurzlebigen ukrainischen und georgischen „Republiken" dieser Zeit erwiesen sich trotz ihrer Behauptungen, sie seien „neutral", und trotz einer Patina von „sozialistischer", radikaler bäuerlicher und sogar anarchistischer Herrschaft praktisch als Einfallstraßen für die Streitkräfte, die von den Imperialisten gegen das rote Rußland mobilisiert wurden. In ähnlicher Weise könnte heute ein „unabhängiges" Tibet nur als Plattform für imperialistische Provokationen gegen den deformierten Arbeiterstaat China dienen.

Die Voraussetzungen für jede nennenswerte tibetische Autonomie oder, falls gewünscht, Unabhängigkeit sind die Zerstörung von jedem Überbleibsel aristokratischer und klösterlicher Macht - und die Beendigung jeder staatlichen Unterstützung für die Klöster - durch die Mobilisierung der tibetischen Massen in Sowjets der Werktätigen, die verbunden sind mit der proletarischen Sowjetherrschaft in China. Erst dann könnte das Volk von Tibet damit beginnen, die Jahrhunderte von Fast-Sklaverei und schrecklichen Entbehrungen zu überwinden und den Weg von Fortschritt, Prosperität und menschlicher Freiheit einzuschlagen, die das Ziel der sozialistischen Revolution sind. Diese Fortschritte hängen heute von einer siegreichen politischen Revolution der Arbeiterklasse in China als Teil des Kampfes für ein sozialistisches Asien ab.

Übersetzt nach Workers Vanguard *Nr. 695, 28. August 1998*



SPARTACIST

Theoretische und dokumentarische Quellensammlung der IKL

Deutsche Ausgabe
Nr. 19, Winter 1997/98

DM 3,- zuzüglich Porto
(im Abo des *Spartakist* enthalten)

Bestellt bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 555
10127 Berlin

Konto 11988-601,
Postbank Frankfurt/M.,
BLZ50010060

SPARTAKIST

„Freies Tibet": Schlachtruf für Konterrevolution in China

In den letzten Jahren ist eine der rückständigsten und unzugänglichsten Regionen dieser Erde von Hollywood-Filmstars sowie von imperialistischen Politikern ins Rampenlicht gerückt worden. Die lautstarken Forderungen nach der „Befreiung" Tibets von chinesischer Herrschaft haben es geschafft, auch eine beträchtliche Zahl von liberalen und linken Jugendlichen vor den Karren eines der langjährigsten antikommunistischen Feldzüge der Imperialisten zu spannen. Dies wurde von einem scheinbar endlosen Bombardement von Filmen unterstützt, in denen Tibets „traditionelle" - und rückständige - Kultur und ihr freiwillig ins Exil gegangener Gottkönig, der Dalai Lama, Star der Anzeigen für Apple-Computer, hochgejubelt werden. So gab es zum Beispiel den Film „Sieben Jahre in Tibet", in dem der deutsche Nazi Heinrich Harrer in den 30er Jahren zum Idol erhoben wird, der zur tibetischen Sache konvertierte. Eine Reihe von Rap- und Rockgruppen wie die Beastie Boys und die Red Hot Chili Peppers engagierten sich bei der Organisierung von „Freiheitskonzerten", um Geld für diese gegen China gerichtete Kampagne aufzutreiben.



Der Tagesspiegel

Berlin 1995: Der Berliner Bürgermeister Diepgen trifft den Dalai Lama, Hohepriester der Konterrevolution

Die „Freiheit-für-Tibet"-Kampagne entstand durch Machenschaften der amerikanischen CIA und anderer imperialistischer Kräfte, in Deutschland durch SPDler und Grüne, deren Ziel es ist, eine kapitalistische Konterrevolution in China anzuheizen. Bis zu ihrem Sturz im Anschluß an die Chinesische Revolution von 1949 herrschte die tibetische „Lamakratie" über eine Gesellschaft, in der Sklaverei - sexuelle und andere - weitverbreitet war, wo es keinerlei medizinische Versorgung gab und die Fähigkeit, lesen und schreiben zu können, das Vorrecht von (einigen) Mitgliedern der herrschenden Priesterkaste war. Obwohl die Revolution von 1949 von Beginn an bürokratisch deformiert war, stürzte sie die Herrschaft der Kapitalisten und Großgrundbesitzer, errichtete eine kollektivierte Planwirtschaft und legte damit die Basis für große Fortschritte für die Arbeiter, Bauern und Minderheitsvölker Chinas, einschließlich der Tibeter.

Heute steht das nationalistische Regime der stalinistischen Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) selber an der Spitze der Kampagne für eine kapitalistische Restauration, indem sie sowohl imperialistische als auch einheimische Kapitalinvestitionen wieder einführte, wobei ihre eigenen Kader sich in Scharen an Unternehmungen beteiligen, um schnell zu Geld zu kommen. Die Beijing-Bürokratie läßt die „eiserne Reisschüssel" - die Garantie auf einen Arbeitsplatz, eine Wohnung und andere Sozialleistungen - immer schneller verrosten. So gibt es im Augenblick Pläne, die Subventionen für Werkswohnungen von Staatsbetrieben abzuschaffen, wodurch Millionen von Menschen obdachlos zu werden drohen. Die sich abzeichnende Bedrohung durch das Elend des „freien Marktes" hat zu weitverbreitetem Widerstand, auch zu Streiks, durch das chinesische Proletariat geführt.

Zur Zeit betreiben die Imperialisten, besonders in Wirtschaftskreisen, eine eher zurückhaltende Politik, weil sie zu Recht sehen, daß das Regime in Beijing China an den Rand der Konterrevolution gebracht hat. Aber die herrschende Klasse der USA hat im Koreakrieg, im Vietnamkrieg und vorher schon im Zweiten Weltkrieg bewiesen, daß sie ohne weiteres Massenmorde durchführen wird - bis hin zur nuklearen Einäscherung -, um ihre Vorherrschaft in der Welt aufrechtzuerhalten und die „Plage" des Kommunismus auszulöschen. Und sie würde es in China wieder tun, falls sie dies für erforderlich hält. In der Tat sind die imperialistischen Mächte im Unterschied zur Zeit der Russischen Revolution 1917, als sie durch den Ersten Weltkrieg erschöpft und ideologisch bankrott waren, heute durch die konterrevolutionäre Zerstörung des sowjetischen degenerierten

Fortgesetzt auf Seite 21

Für bedingungslose militärische Verteidigung von China gegen imperialistische Angriffe und innere Konterrevolution!